

II. Die MPG in ihrer Zeit

Jaromír Balcar

1. Einleitung¹

In diesem Kapitel behandeln wir die Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) von 1946/48 bis 2002/05 in ihren zeithistorischen Zusammenhängen, das heißt als Teil der deutschen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zugleich eingebettet in europäische und globale Bezüge. Der Blick ist auf die MPG als Ganzes gerichtet, als Organisation, als soziales Gefüge, als Institution der außeruniversitären Grundlagenforschung, die im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik einen prominenten Platz einnimmt. Von ihrer Vorgängerin, der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), übernahm sie als organisatorischen Markenkern das »Harnack-Prinzip«, das für personenzentrierte und langfristige Forschungsförderung steht, im Gegensatz zu den kürzeren Projektzyklen, die an den Universitäten dominieren. In den Max-Planck-Instituten – heute sind es rund 80 – wird in verschiedensten Zweigen der Naturwissenschaften geforscht, aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften sind in der MPG vertreten. Über alle disziplinären Grenzen hinweg eint sie der Anspruch, Spitzenforschung von internationalem Rang zu betreiben.

Im Folgenden wird die Geschichte einzelner Institute allerdings nur behandelt, wenn sie für die Entwicklung der MPG insgesamt richtungsweisend bzw. charakteristisch war. Im Kern geht es um die Gesamtheit der internen und externen Leitungsstrukturen und Lenkungsmechanismen (kurz: die Governance) der MPG, ihre Finanzierung und ihre Organisationsformen, ihren sich wandelnden Ort in der Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik und Europas, um ihr Verhältnis zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, um grundsätzliche, die Gesamtorganisation betreffende Weichenstellungen, die über die Prioritäten und Strukturprinzipien dieser rasant wachsenden Forschungsgesellschaft entschieden – und all dies im Wandel der Zeit. So geraten wichtige Leitungsgremien der MPG

wie Senat und Verwaltungsrat in den Fokus, ihre Arbeitsweise und die Personen, die zentrale Ämter wie das des Präsidenten oder des Generalsekretärs bekleideten. Wo immer dies notwendig und möglich erscheint, richtet sich der Blick über die MPG hinaus, etwa auf ihre Interaktion mit Forschungsministerien und Kultusbürokratie in Bund und Ländern, mit Unternehmen und Verbänden oder auf andere Akteure des Wissenschaftssystems, mit denen die MPG in Kooperation und Konkurrenz verbunden war – und mit denen sie gemeinsam in Form der (bis heute bestehenden) »Allianz der Wissenschaftsorganisationen« ein institutionelles Gegengewicht bildete, das den Einfluss der Politik bei wichtigen Entscheidungen, wie beispielsweise der Gründung oder Schließung von Instituten, begrenzen half.²

Um Kontinuität und Wandel zu identifizieren und nachvollziehbar zu machen, ist Periodisierung in der Geschichtswissenschaft zentral. Die *Unterscheidung von Phasen* ermöglicht die Feststellung von diachronen Ähnlichkeiten und Unterschieden sowie, darauf aufbauend, die Frage nach Mechanismen, Bedingungen und Folgen von Veränderungen und Persistenz. Es liegt in der Natur der Dinge, dass immer unterschiedliche Periodisierungen möglich sind. Die Einteilung richtet sich nach den Erkenntniszielen. Da es hier um das Zusammenspiel von Wissenschafts- und Zeitgeschichte, um das Verhältnis von MPG-internen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen geht, haben wir uns für eine Gliederung des Untersuchungszeitraums entschieden, die *multidimensionale Kriterien* berücksichtigt. Dadurch geraten einerseits MPG-interne Veränderungen, andererseits allgemeine zeitgeschichtliche Zäsuren – und das Verhältnis zwischen beiden – in den Blick. Dabei stellten sich in der Zeit variable Wachstumsmuster als zentral heraus: in der Unterscheidung von Phasen beschleunigten und sol-

¹ Die Einleitung stammt von Jaromír Balcar und Jürgen Kocka.

² Osganian und Trischler, *Wissenschaftspolitische Akteurin*, 2022.

chen stark reduzierten Wachstums sowohl in der Haushaltsentwicklung der MPG als auch in den Konjunkturzyklen, die die Bundesrepublik und (West-)Europa im Untersuchungszeitraum durchliefen. Aber auch andere Schwellen, Zäsuren, Bruchstellen der Entwicklung waren einzubeziehen: grundlegende Veränderungen und Weichenstellungen in der MPG (etwa im Zusammenhang mit dem generationellen Wandel des wissenschaftlichen Personals oder mit dem Wechsel im Präsidentenamt) sowie politische Großereignisse mit Auswirkung auf die MPG (wie der Wiedergewinn partieller Souveränität durch die Bundesrepublik 1955 oder die deutsche Wiedervereinigung 1990). Es liegt auf der Hand, dass eine Phaseneinteilung aufgrund so heterogen zusammengesetzter Kriterien nur zu groben Zäsuren, nicht aber zur Festsetzung scharfer Einschnitte führen kann. Doch mindert das weder den heuristischen Nutzen der gewählten Periodisierung bei der empirischen Erforschung des Gegenstands noch die Chance, mit ihrer Hilfe über die differenzierende Darstellung von Phasen den komplexen Wandel der MPG im Untersuchungszeitraum nachzuzeichnen. Im Folgenden wird zwischen vier Phasen der Entwicklung unterschieden, in denen die MPG auf je zeitgebundene politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und wissenschaftliche Herausforderungen reagieren musste:

1. In der Gründungsphase der MPG, die mit dem Kriegsende einsetzte, ging es unter den Bedingungen der alliierten Besatzung zunächst um die Frage, ob die KWG als Organisationstyp und in ihrer übrig gebliebenen Substanz fortbestehen sollte; dies war alles andere als selbstverständlich. Nachdem dieses Ziel unter dem Einfluss des beginnenden Kalten Kriegs und als Ergebnis einer dezidierten Verschiebung des Schwerpunkts nach Westen bis 1949 erreicht war, bestand in den ersten Jahren der Bundesrepublik die Haupttätigkeit der Organisation darin, die über Westdeutschland verstreuten Einrichtungen der KWG unter der Fahne der MPG zu sammeln. Sehr viel mehr war angesichts der stark begrenzten Finanzmittel, die in der »Gründungskrise« der Bundesrepublik (Hans Günter Hockerts) für Forschung zur Verfügung standen, und aufgrund der alliierten Forschungsbeschränkungen nicht möglich. In ihren ersten Jahren war die neu gegründete MPG kaum mehr als eine Fortsetzung der KWG unter neuem Namen.³
2. Dies änderte sich 1955, als die Pariser Verträge der Bundesrepublik weitgehende Souveränitätsrechte zuerkannten und das »Wirtschaftswunder« finanzielle

Verteilungsspielräume eröffnete, von denen auch die Forschung profitierte. Der anlaufende europäische Integrationsprozess gliederte die westdeutsche Wissenschaft in europäische Verbundprojekte ein, was den Wiedereinstieg in zuvor verbotene Forschungsfelder erleichterte und die Finanzierungsgrundlage verbreiterte. Auf dieser Basis verzeichnete die MPG einen einzigartigen Wachstumsschub, der zum einen zur Gründung zahlreicher neuer Institute, zum anderen zum Ausbau bereits bestehender Forschungseinrichtungen führte. Zur Bewältigung dieses Wachstums überarbeitete die MPG mehrfach ihre Satzung, was die Jahre von 1955 bis 1972 als eine zusammenhängende Phase der inneren Formfindung charakterisiert und was wir im Folgenden als »lange 1960er-Jahre« bezeichnen. Mit der Reform von 1972 reagierte sie zugleich auf Proteste und Demokratisierungsforderungen, die ab 1968 aus den Reihen des wissenschaftlichen Nachwuchses und in der für die MPG immer wichtiger werdenden Öffentlichkeit laut wurden.⁴

3. In den frühen 1970er-Jahren endete die Wachstumsphase in der Bundesrepublik und in Westeuropa allerdings abrupt. Stagflation – also steigende Inflation bei Stagnation der Wirtschaft – und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichneten die Zeit »nach dem Boom« (Anselm Doering-Manteuffel). Für die MPG zeitigte dies weitreichende Folgen: Sie musste den Auf- und Ausbau großer und teurer Institute, deren Gründung noch in Jahren mit zweistelligen Haushaltszuwächsen beschlossen worden war, in Zeiten knapper Kassen bewältigen und parallel dazu ihre wissenschaftliche Erneuerung bewerkstelligen. Die MPG-Spitze reagierte auf diese Herausforderung mit einer Politik der Flexibilisierung: Da reale Zuwächse im Haushalt bis auf Weiteres ausblieben, bemühte sich die MPG nicht ohne Erfolg, Ressourcen aus der eigenen Substanz freizumachen, also bestehende Abteilungen und ganze Institute zu schließen, um durch die interne Umverteilung von Mitteln den Anschluss an die internationale Wissenschaftsentwicklung zu halten. Hinzu kam verstärkter Druck aus der Politik, mittels eigener Forschungsergebnisse zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen.
4. Der Zusammenbruch der DDR und des Ostblocks bewirkte 1989/90 quasi über Nacht eine abermalige Trendwende. Im Zuge des »Aufbaus Ost« standen die Zeichen plötzlich wieder auf Wachstum, sollte die MPG in den neuen Bundesländern doch möglichst

³ Dazu ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019.

⁴ Zum Zäsurcharakter des Jahres 1972 siehe Balcar, *Wandel*, 2020, 6–7.

rasch in demselben Maße vertreten sein wie in den alten.⁵ Da es der Politik damit nicht schnell genug gehen konnte, geriet die MPG unter zuvor nie gekanntem Druck. Zudem erstreckte sich das Wachstum – anders als in den langen 1960er-Jahren – nun nicht auf die gesamte Forschungsorganisation: Während die MPG im Osten des Landes enorm expandierte, musste sie im Westen weitere schmerzhaft Einschnitte hinnehmen, zu denen abermals die Schließung ganzer Institute gehörte. Neben der Wiedervereinigung und ihren Folgen prägten Trends zu beschleunigter Europäisierung und Globalisierung die vierte Entwicklungsphase. Ab Mitte der 1990er-Jahre wurden Gelder aus Brüssel zunehmend wichtiger und auch die innere Internationalisierung der MPG schritt merklich voran. Zugleich geriet die MPG in einen weltweit immer schärferen Wettbewerb um die »besten Köpfe«, für den sie wegen der Besonderheiten der Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik nicht immer gut gerüstet war.

Mit Blick auf die Wissenschaftlichen Mitglieder kommt als weiteres Distinktionsmerkmal hinzu, dass jede dieser vier Phasen mit einer jeweils spezifischen generationellen Schichtung korrespondiert. Bei aller gebotenen Vorsicht lassen sich unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG zwischen 1946 und 2002 vier *wissenschaftliche Generationen* unterscheiden:⁶

1. Die Angehörigen der ersten Generation, die man auch als Gründergeneration bezeichnen könnte, waren vor 1885 geboren und noch im Kaiserreich sozialisiert worden. Geprägt wurden sie einerseits von den großen theoretischen Durchbrüchen, die insbesondere auf dem Gebiet der Physik um 1900 gelangen, andererseits von einer Gesellschaft, die horizontal von mehr oder weniger scharf voneinander abgegrenzten sozialmoralischen Milieus sowie vertikal von stark ausgeprägten Hierarchien und viel Untertanengeist charakterisiert war.⁷ Daraus resultierte in verschiedenen Bereichen – und eben auch in der Wissenschaft – ein Leitungsmodell, das weitgehend auf Befehl und Gehorsam beruhte. In der KWG fand es seine spezifische Ausprägung im »Harnack-Prinzip«, das den

Direktor eines Instituts nicht nur mit ungeteilter Entscheidungskompetenz ausstattete, sondern Gründung und Fortexistenz des gesamten Instituts unmittelbar von diesem einen »großen Geist« abhängig machte.⁸ Zu dieser Generation gehörten etwa der erste MPG-Präsident Otto Hahn (1879–1968), Max von Laue (1879–1960) und, als einer der letzten, Otto Warburg (1883–1970). Sie gaben der MPG in ihrer Gründungsphase das Gesicht, sorgten für die weitgehende Fortführung der Traditionen aus der KWG in der MPG, zogen sich jedoch bereits im Lauf der langen 1960er-Jahre aus Altersgründen zurück.

2. Die Angehörigen der zweiten Generation hatten in den Jahren um die Jahrhundertwende herum das Licht der Welt erblickt. Ihre wissenschaftliche Ausbildung sowie ihre prägenden Erfahrungen sammelten sie in der Weimarer Republik und vor allem in der NS-Zeit, als die meisten von ihnen einen Ruf an eine Universität erhielten und zum Wissenschaftlichen Mitglied der KWG berufen wurden. Zu ihren Erfahrungen, die langfristige Prägestärke besaßen, gehörten die Indienstnahme der Wissenschaft durch den Nationalsozialismus bzw. die »Selbstgleichschaltung« und »Selbstmobilisierung der Wissenschaft«.⁹ Beides lief darauf hinaus, dass sich die wissenschaftliche Forschung nichtwissenschaftlichen – technischen, militärischen oder politischen – Belangen unterzuordnen hatte. Bis in die 1970er-Jahre hinein bekleideten die Exponenten dieser Generation, zu der Adolf Butenandt (1903–1995), Werner Heisenberg (1901–1976), Richard Kuhn (1900–1967), Werner Köster (1896–1989), Franz Wever (1892–1984) und Ernst Ruska (1906–1988) zählten, innerhalb der MPG die zentralen Führungspositionen, bevor sie im Lauf der 1970er-Jahre emeritiert wurden.

3. Diejenigen, die zur dritten Generation gehörten und später einmal zu den Trägern der Instrumentenrevolution zählen sollten,¹⁰ hatten ihre wissenschaftliche Ausbildung zumeist in den 1940er-Jahren begonnen, teils noch in der NS-Zeit, teils unter alliierter Besatzungsherrschaft. Mit ihnen setzte sich die Internationalisierung der Wissenschaft auf breiter Front durch: Viele

⁵ Zur MPG im Prozess der deutschen Vereinigung siehe ausführlich Ash, *MPG im Kontext*, 2020; Ash, *MPG im Prozess*, 2023.

⁶ Balcar, *Wandel*, 2020, 24–28. Grundlegend zur Generationenforschung Mannheim, Problem, 1928. Eine kurze theoretische Einführung bietet Jureit, *Generation*, 2017.

⁷ Siehe dazu Lepsius, *Parteiensystem*, 1973; Alter, *Heinrich Manns Untertan*, 1991; Retallack, *Obrigkeitsstaat*, 2009.

⁸ Zum vielbeschworenen »Harnack-Prinzip«, seiner symbolischen Bedeutung für KWG/MPG und den Veränderungen, die es im Lauf der Zeit erfuhr, siehe Laitko, *Harnack-Prinzip*, 2015; Laitko, *Forschungsorganisation*, 1996; Vierhaus, *Bemerkungen*, 1996.

⁹ Das hat vor allem das Forschungsprojekt »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« herausgearbeitet. Siehe dazu zusammenfassend Rürup, *Spitzenforschung*, 2014.

¹⁰ Siehe dazu Steinhauser, *Zukunftsmaschinen*, 2014, 15–16, 46–50 u. 344–347. – Peter Galison geht sogar so weit, die moderne Physik in drei weitgehend autonome Segmente zu gliedern, nämlich Theorie, Experiment und Instrument. Galison, *Image and Logic*, 1997, 797–803.

dieser Männer wie auch der wenigen Frauen, die innerhalb dieser Generation in wissenschaftliche Spitzenpositionen aufsteigen sollten, verbrachten zumindest einen Teil ihrer Postdoc-Zeit im Ausland, die meisten – nicht selten mit Fulbright-Stipendien ausgestattet – in den USA. Dort erhielten sie nicht nur eine Ahnung davon, was Wissenschaftspolitik im internationalen Maßstab bedeuten konnte, sondern lernten auch eine andere Universitäts- und Wissenschaftskultur kennen. Daraus dürfte nicht zuletzt eine größere Offenheit für kollegiale Leitungsformen resultiert haben, die in den Max-Planck-Instituten ab 1964 formal installiert und binnen weniger Jahre gang und gäbe wurden. Zu dieser Generation gehörten unter anderen Manfred Eigen (1927–2019), Reimar Lüst (1923–2020), Renate Mayntz (geb. 1929), Hans-Joachim Queisser (geb. 1931), Hellmut Fischmeister (geb. 1927), Hans-Jürgen Engell (1925–2007), aber auch noch Paul Crutzen (geb. 1933–2021), Peter Fulde (geb. 1936) und Gerhard Ertl (geb. 1936). Sie gaben in der MPG in der dritten und vierten Entwicklungsphase den Ton an.

4. Die Exponenten der vierten Generation, zu denen beispielsweise Simon White (geb. 1951), Peter Gruss (geb. 1949), Alexander Bradshaw (geb. 1944), Rashid Sunyaev (geb. 1943) und Martin Stratmann (geb. 1954) zählen, zeichneten sich durch verstärkte Instrumenten- und Technikorientierung aus. Computer und Internet waren und sind aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit nicht mehr wegzudenken, ihr Gebrauch hatte bereits in der Ausbildungszeit dieser Wissenschaftler:innen zum Standard gehört. Diese Generation war noch stärker international orientiert als ihre Vorgänger. Nicht nur hatten viele von ihnen im Ausland studiert, vor allem in den USA und in Westeuropa. Im Zuge der in den 1990er-Jahren beschleunigten Globalisierung und der Gründung von 18 Instituten in den neuen Bundesländern rekrutierte die MPG nun in verstärktem Maße Forscher:innen, die nicht in Deutschland geboren worden waren. Unabhängig von der Herkunft der Direktor:innen avancierte nunmehr Englisch zur Umgangssprache an den meisten Max-Planck-Instituten. Erst in dieser Generation, die ab den 1990er-Jah-

ren verstärkt bei Berufungen zum Zuge kam, machten Frauen einen nennenswerten Anteil unter den wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG aus.

Zwar wirkt ein solches Modell wissenschaftlicher Generationen etwas holzschnittartig und sagt wenig über Haltungen und Verhalten der einzelnen Angehörigen dieser Alterskohorten aus; Generationen sind per se *Problemgemeinschaften*, nicht *Problemlösungsgemeinschaften*. Dennoch erscheint es als heuristisches Instrument geeignet, uns für die Veränderungen zu sensibilisieren, die durch das Ausscheiden bzw. die Neuberufung von wissenschaftlichen Mitgliedern auf der Direktorebene stattfanden, zumal sich die MPG 1949 vom Lebenszeitprinzip ihrer Direktoren verabschiedete. Seit diesem Zeitpunkt schied man als Direktor eines Max-Planck-Instituts in der Regel mit 68 automatisch aus dem Amt.¹¹ Die MPG sah sich in diesem Moment vor die Entscheidung gestellt, ob die Abteilung bzw. das Institut weitergeführt, auf einen anderen Forschungszweig ausgerichtet oder geschlossen werden sollte. Daher eröffneten Emeritierungen, zumal wenn sie sich wie in den Wachstumsphasen der 1960er- und 1990er-Jahre zu einem Generationswechsel bündelten, der MPG besondere Chancen zur wissenschaftlichen Neuausrichtung.

Während die Geschichte der Bundesrepublik bis zur Jahrtausendwende als leidlich gut erforscht gelten kann (wenngleich archivgestützte Arbeiten bislang nur in Ausnahmefällen über die Zäsur von 1989/90 hinausreichen),¹² weist der Forschungsstand zur Geschichte der MPG noch erhebliche Lücken auf.¹³ Gut erforscht ist bislang nur ihre Gründungsgeschichte, wozu die Präsidentenkommission »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« wesentlich beigetragen hat.¹⁴ Einige wichtige Arbeiten zur Chancengleichheit,¹⁵ zu Partizipation und Mitbestimmung¹⁶ sowie zur MPG im »Aufbau Ost«¹⁷ gingen aus dem Forschungsprogramm »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« in Form von Preprints und monografischen Studien hervor, doch sind die Lücken nach wie vor groß. Um sie zu schließen, mussten wir für diese Studie auf bislang nicht publizierte Quellen zurückgreifen. Sie beruht im Wesentlichen auf den Protokollen der Leitungsgremien der MPG – Senat,

11 Siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 310.

12 Siehe etwa die Überblicksdarstellungen von Conze, *Suche nach Sicherheit*, 2009; Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, 2006; Wolfrum, *Die Bundesrepublik*, 2005.

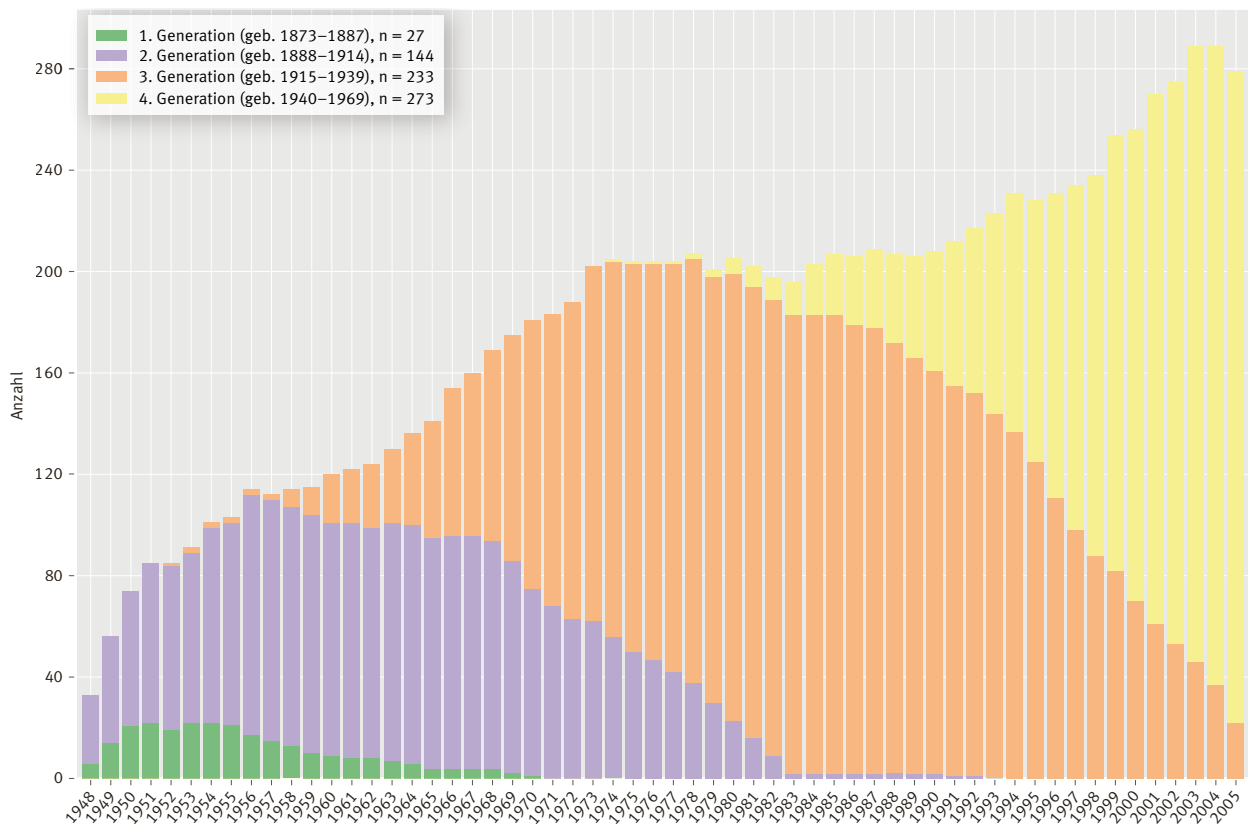
13 Für einen Überblick und erste Einblicke siehe unten, Anhang 5.3.

14 Siehe dazu Balcar, *Ursprünge*, 2019; Wertvolle Vorarbeiten »auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft« bei Hoffmann, Kolboske und Renn, *Anwenden*, 2015.

15 Kolboske, *Chancengleichheit*, 2018; Kolboske, *Hierarchien*, 2023.

16 Scholz, *Partizipation*, 2019. Scholz, *Transformationen*, in Vorbereitung.

17 Ash, *MPG im Kontext*, 2020. Ash, *MPG im Prozess*, 2023.



Verwaltungsrat sowie, allerdings in geringerem Maße, Wissenschaftlicher Rat und seine Sektionen –, die im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (AMPG) in Berlin-Dahlem liegen.¹⁸ Ausgewertet haben wir nicht nur die Niederschriften, sondern auch die Korrespondenzen im Vorfeld und im Nachgang der Sitzungen sowie die umfangreichen Beilagen; darunter befinden sich zahlreiche Schriftstücke, die als Schlüsseldokumente für die Geschichte der MPG gelten können. Ergänzend haben wir die Periodika der MPG herangezogen, vor allem die *Jahrbücher der Max-Planck-Gesellschaft*, die *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* und die Ausgaben des *MPG-Spiegel*, die aufschlussreiche Berichte zur Entwicklung der Gesellschaft aus der Binnenperspektive enthalten.

Die folgende Darstellung lässt erkennen, wie sehr die materiellen Verhältnisse und der Geist der jeweiligen Zeit die MPG in sich wandelnden Formen geprägt haben, wie sehr diese also Teil der allgemeinen Geschichte (vor allem der Bundesrepublik) war. In der Studie wird zugleich deutlich, dass die MPG in hohem Maße in der Lage war, sich auf wechselnde Herausforderungen einzustellen, produktiv auf sie zu reagieren und im eigenen Bereich die Verhältnisse kräftig mitzugestalten. Sie nahm

Abb. 1: Aktive Wissenschaftliche Mitglieder der MPG nach Generationen (1948–2005). – Quelle: Biografische Datenbank des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« (GMPG). doi.org/10.25625/YTCJKZ.

Probleme als Herausforderungen nicht nur auf, sondern trug auch zu ihrer Lösung bei. Sie reagierte nicht nur, sondern agierte. Mit anderen Worten: Die Max-Planck-Gesellschaft war ein in der Geschichte der Bundesrepublik nicht unwichtiger Akteur.¹⁹

Es ist bemerkenswert, dass mit der Gründung der KWG 1911 institutionalisierte Prinzipien exzellenter außer-universitärer Forschung länger als ein Jahrhundert überlebt haben, und das in einer Zeit rasanten wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandels. In ihrem Selbstverständnis sieht sich die MPG bis heute verpflichtet, die Traditionen der KWG fortzusetzen. Dies ist weit mehr als bloße Rhetorik, wie sich beispielsweise an der Fortdauer personenzentrierter Leitungsstrukturen in den sehr autonom arbeitenden und langfristig planenden Forschungsinstituten zeigt. Am selben Beispiel lässt die ins Einzelne gehende Darstellung in den folgenden Abschnitten aber

¹⁸ Zu den Chancen und Problemen dieser Quellengattung Rusinek, Gremienprotokolle, 1992. Siehe auch unten, Anhang 5.1.

¹⁹ Kocka: 75 Jahre, 2023.

auch erkennen, wie viel Wandlungen möglich waren, die dieses Prinzip zwar nicht aushebelten, aber modifizierten und in der Realität einschränkten – etwa durch den Übergang von monokratisch zu kollegial geleiteten Instituten, der in der zweiten Entwicklungsphase einsetzte. Dadurch wurde das Harnack-Prinzip ein Stück weit gelockert, aber nicht aufgehoben. Überkommene hierarchische Strukturen – etwa mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse oder die Mitbestimmung des Personals – blieben trotz einer Vielzahl von einzelnen größeren und kleineren Reformen im Untersuchungszeitraum erstaunlich stabil.²⁰ Auch die Freiheiten und Innovationschancen der Institutsleitungen blieben immens, was angesichts der Regeldichte, die in der MPG dramatisch zunahm, keine Selbstverständlichkeit war; Wachstum und Bedeutungsgewinn der Generalverwaltung legen davon beredtes Zeugnis ab, wie wir im Folgenden zeigen werden.

Der Anspruch auf wissenschaftliche Autonomie, ihre dezidierte Einforderung und Verteidigung gegenüber staatlichen Steuerungsansprüchen und wirtschaftlichen Verwertungsinteressen sind seit Jahrzehnten zentrale Elemente der Selbstdarstellung und Rhetorik, aber auch der praktischen Politik der MPG. Verbunden war (und ist) das Postulat der wissenschaftlichen Selbstverwaltung mit der Betonung von Grundlagenforschung als Markenzeichen,

durchaus im graduellen Unterschied zur KWG, die sehr viel stärker von privatwirtschaftlicher Finanzierung abhängig, während öffentliche Mittel den Großteil der Ressourcen ausmachen, von denen die MPG lebt. Im Kampf um ihre Autonomie hatte und hat die MPG beträchtlichen Erfolg – zweifellos eine Ursache ihrer hierzulande und international ausnehmend hohen Reputation. Wie ihr dies in der föderalistischen Bundesrepublik und zunehmend auch in den europäischen Strukturen gelang, zeigt die folgende Darstellung im Einzelnen.

Auch im internationalen Vergleich wird dies als Besonderheit und Stärke der MPG erkennbar: dass sie zwar vornehmlich aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, aber weit davon entfernt bleibt, eine staatliche Agentur oder Behörde zu sein; dass sie zwar – vor allem in industriennahen Forschungsgebieten – enge Kooperationsbeziehungen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen und Interessen unterhält, aber selbst kein Player im System der privatwirtschaftlich-kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft ist. Staatsnah, aber nicht etatistisch, sehr wirtschaftsfreundlich, aber kein marktwirtschaftlicher Akteur – wie es der MPG gelang, diese besondere Stellung zu erlangen und zu verteidigen (so sehr diese sich in ihren Mischungsverhältnissen verändert hat), das werden wir in den folgenden Kapiteln detailliert erläutern.

²⁰ Siehe Kolboske, *Chancengleichheit*, 2018; Scholz, *Partizipation*, 2019.

2. Von der KWG zur MPG (1945–1955)

2.1 Rahmenbedingungen unter alliierter Besatzung

Die MPG ist älter als die Bundesrepublik, wenn auch nicht sehr viel. Sie entstand in den unmittelbaren Nachkriegsjahren aus der Konkursmasse der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die sich so sehr mit dem NS-Regime gemein gemacht hatte, ja ein Teil des verbrecherischen Systems geworden war, dass sie faktisch mit ihm zugrunde ging – wiewohl sie formell weiterbestand, bis eine außerordentliche Hauptversammlung sie am 21. Juni 1960 offiziell liquidierte.¹ Der Übergang von der KWG zur MPG erfolgte vor dem Hintergrund und zugleich als Teil eines vielschichtigen Transformationsprozesses, in dem Deutschland – unter maßgeblicher Mitwirkung der alliierten Siegermächte – in zwei Teilstaaten zerfiel, die jeweils zu integralen Bestandteilen einer sich herausbildenden bipolaren Weltordnung wurden.² Bereits im September 1946 kam es zur Gründung der MPG, die allerdings auf die britische Besatzungszone beschränkt blieb; sie wurde im Februar 1948 durch eine Organisation gleichen Namens ersetzt, die in der britischen und amerikanischen Zone aktiv war. Im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 dehnte sich die MPG auch auf die französische Zone aus.

Bei Kriegsende war nicht absehbar gewesen, dass Deutschland und die Deutschen schon bald wieder Partner der Siegermächte sein würden. Die totale Niederlage hatte zum Zusammenbruch der staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen des »Dritten Reichs« geführt. An deren Stelle trat die Verwaltung durch die Siegermächte, zum einen in den vier Besatzungszonen,

zum anderen in Gestalt des Alliierten Kontrollrats, der die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes besaß, seine Handlungsfähigkeit jedoch im Zuge des heraufziehenden Ost-West-Konflikts schon bald einbüßte.³ Der Kalte Krieg markierte eine Zäsur: Bis 1947/48 war die Zukunft Deutschlands weitgehend offen, konkurrierten unterschiedliche Neuordnungskonzepte miteinander und vieles schien möglich zu sein; danach ging es den Westmächten wie auch der Sowjetunion primär um die Integration ihrer Besatzungszonen in den eigenen Machtblock, was den Möglichkeiten einer Neuordnung Grenzen setzte. Das galt auch für die KWG: Ohne den Kalten Krieg hätte sie wahrscheinlich nicht als MPG überlebt.

Durch die Teilung Europas gewannen die Deutschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs sukzessive an Handlungsmöglichkeiten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Während der Transformationsprozess im Osten von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in die zunehmend planwirtschaftlich agierende Einparteiensherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und damit in die zweite deutsche Diktatur führte, gelang im Westen – nicht zuletzt dank massiver Unterstützung von Amerikanern und Briten – die Etablierung einer stabilen repräsentativen Demokratie mit föderativem Staatsaufbau. Der Zustrom von über zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen brach zuvor stabile und gegeneinander abgeschottete Milieus auf, während die Teilhabe immer breiterer Gesellschaftsschichten am Massenkonsum, der in den 1950er-Jahren einsetzte, zur Entschärfung gleichwohl weiter bestehender Klassenkonflikte beitrug. Die daraus resultierende soziale Wirklichkeit hat der Soziologe Helmut Schelsky

¹ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 400–403. – Die Geschichte der KWG im Nationalsozialismus ist von einer Präsidentenkommission umfangreich aufgearbeitet worden. Rürup, *Spitzenforschung*, 2014.

² Hierzu und zum Folgenden der luzide Überblick bei Ritter, *Über Deutschland*, 1998.

³ Überblick bei Benz, *Potsdam 1945*, 1986.

bereits 1953 einflussreich als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« beschrieben.⁴ Die Wirtschaftsordnung des Weststaats basierte auf dem ordoliberalen Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das einerseits der unsichtbaren Hand der Marktkräfte vertraute und eine Sozialisierung der Produktionsmittel ablehnte, andererseits soziale Schief lagen durch staatliche Eingriffsmöglichkeiten und den Ausbau des sozialen Netzes einzudämmen versuchte. Ein völliges Novum markierte die umfassende politische, ökonomische, militärische und nicht zuletzt wissenschaftliche Integration der Bundesrepublik in die europäischen und transatlantischen Bündnissysteme, die das westliche Europa gegen den sowjetisch beherrschten Teil des Kontinents in Stellung brachten. Eingehgt durch und eingebunden in den europäischen Einigungsprozess, erhielt die Bundesrepublik 1955 einen großen Teil ihrer staatlichen Souveränität zurück.

In dieser politischen Großwetterlage, die der mit zunehmender Dauer schärfer werdende Ost-West-Konflikt prägte, erfolgte der Übergang von der KWG zur MPG, den wir im Folgenden anhand von drei leitenden Fragestellungen nachzeichnen werden:

Wie und warum gelang es erstens, die schiere Fortexistenz der KWG in Gestalt der MPG zu sichern? Ihr Überleben als Forschungsgesellschaft war angesichts der gut dokumentierten Mitwirkung ihrer Mitglieder an Angriffskrieg und Massenverbrechen akut gefährdet, ja zeitweise sogar unwahrscheinlich. Die Amerikaner etwa planten, die KWG aufzulösen. Zudem betrieben alle vier Besatzungsmächte unter den deutschen Wissenschaftlern eine rege Rekrutierungspolitik, um auf diese Weise die Früchte der massiven Wissenschaftsförderung in der NS-Zeit zu ernten; insbesondere ging es dabei um militärisch nutzbares Know-how, etwa im Raketenbau, in dem Deutschland 1945 sozusagen Weltmarktführer war. Der durch organisierte Abwerbung und Zwangsrekrutierungen ausgelöste Exodus der Forscher stellte eine massive Bedrohung für die Zukunft Deutschlands als Wissenschaftsstandort dar.

Zweitens untersuchen wir, wie sich, parallel und analog zum politischen Systemwechsel, die KWG in ihrem Übergang zur MPG wandelte. Die Ausgangslage für die Schaffung eines organisatorischen Rahmens für außeruniversitäre Spitzenforschung in Deutschland war nach Kriegsende denkbar schlecht: Ein erheblicher Teil der Forschungsinfrastruktur lag in Trümmern, zudem waren viele Institute aus den städtischen Ballungszentren in ländliche Regionen verlagert worden. Hinzu kamen

die von den Alliierten verhängten umfangreichen Forschungsverbote. Der Zusammenhalt der noch verbliebenen Forschungseinrichtungen der KWG war, nicht zuletzt durch die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, infrage gestellt. Es mussten Leitungsstrukturen etabliert werden, die mit dem Demokratisierungsimperativ der Westmächte in Einklang standen, ohne die eigene Autonomie preiszugeben. Auch galt es, Mittel für den Wiederaufbau zu akquirieren und die Finanzierung der Forschung für die Zukunft dauerhaft zu sichern.

Eine weitere Herausforderung stellte – drittens – die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus dar, mit der die Alliierten die deutsche Bevölkerung in toto konfrontierten. Das Ziel lautete, die deutsche Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren, um ein abermaliges Abgleiten in den Totalitarismus (inklusive Weltkrieg und Völkermord) zu verhindern. Für die KWG, deren Personal vielfach durch »Selbstgleichschaltung«, Rüstungsforschung und Menschenversuche diskreditiert war, stellte dies eine massive Bedrohung dar. Wie reagierte die MPG darauf und wie wirkte sich die Entnazifizierung auf die Direktoren und die Belegschaften der Institute aus?

2.2 Die Sammlung der Kaiser-Wilhelm-Institute unter der Fahne der MPG

Mit der militärischen Besetzung Deutschlands ging sämtliche Entscheidungsgewalt auf die Alliierten über, während die deutschen Akteure in völliger Unsicherheit (re-)agierten, was ihre Zukunft betraf. Vieles erschien in den ersten Jahren der Besatzungsherrschaft möglich, selbst die Zerschlagung einer ehemals so hoch angesehenen Institution wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Amerikaner forderten ihre Auflösung als eine »Institution des Dritten Reichs«,⁵ während alle vier Besatzungsmächte in ihren Zonen eigene wissenschaftspolitische Ziele und Interessen verfolgten. Obwohl die alliierte Politik der Etablierung einer zonenübergreifenden deutschen Wissenschaftsorganisation zuwiderlief, gelang es, das Organisationsmodell der KWG, langfristig angelegte außeruniversitäre Forschung in ganz unterschiedlichen Disziplinen unter einem Dach zu vereinigen, zu sichern – wenn auch unter einem anderen Namen: als Max-Planck-Gesellschaft.

⁴ Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie*, 1955, 218. Siehe dazu Braun, Schelskys Konzept, 1989.

⁵ Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 408.

2.2.1 Westverschiebung und Forschungskontrolle

Eine der wesentlichen Weichenstellungen dafür erfolgte bereits vor dem Kriegsende: die »Westverschiebung« der KWG.⁶ Um sie vor dem Bombenkrieg zu schützen, wurden die aus historischen Gründen in Berlin-Dahlem konzentrierten Kaiser-Wilhelm-Institute ab 1943 in vermeintlich sichere Gegenden verlegt, hauptsächlich in ländliche Regionen im Süden und Südwesten Deutschlands.⁷ Im Zuge dieser Verlagerung verließen rund drei Viertel des wissenschaftlichen Personals bis Kriegsende Berlin.⁸ Die verlagerten Institute und ihre Belegschaften bildeten später »die Keimzelle für den Wiederaufbau der Gesellschaft« im entstehenden Weststaat.⁹

Eine besondere Bedeutung für die weitere Entwicklung hatte die Verlegung der Generalverwaltung: Als im Januar 1945 das Berliner Stadtschloss, seit 1922 Verwaltungssitz der KWG, schwer beschädigt wurde, wich auch die Generalverwaltung aus – ins kaum vom Krieg in Mitleidenschaft gezogene Göttingen.¹⁰ Die Stadt lag im Westen, sodass man angesichts der sich abzeichnenden Niederlage nicht mit der aus dem Osten heranrückenden Roten Armee konfrontiert wurde. Als Sitz einer Akademie und mit einer der ältesten deutschen Universitäten stellte Göttingen für die Wissenschaft ein vertrautes Pflaster dar, wo die KWG mit der Aerodynamischen Versuchsanstalt (AVA) und dem Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Strömungsforschung bereits vertreten war. Vor allem aber standen in Göttingen auf dem Gelände der AVA ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung, um die Generalverwaltung und weitere Kaiser-Wilhelm-Institute unterzubringen.¹¹ Damit verschob sich der Schwerpunkt der KWG von Berlin nach Göttingen, das nach Kriegsende in der britischen Besatzungszone lag. Deshalb fand die zweite Gründung der MPG im Februar 1948 denn auch in der Stadt an der Leine statt, die bis in die 1960er-Jahre hinein das administrative Zentrum der MPG blieb.

Unmittelbar nach Kriegsende war daran indes noch gar nicht zu denken gewesen. Trotz der kaum zu übersehenden Spannungen zwischen den Siegermächten galt zunächst die Gewährleistung der Sicherheit vor Deutschland – sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets einigen konnten – als oberste Maxime der Besatzungspolitik. Daraus resultierte eine Deutschlandpolitik unter überwiegend negativen Vorzeichen. Die Wissenschaftspolitik ist dafür ein gutes Beispiel. Angesichts der engen Verbindung von Wissenschaft und Rüstungsproduktion sollte auch die Forschung einer strengen Kontrolle unterworfen werden, um Deutschland nachhaltig zu entmilitarisieren. Dieser Leitlinie folgte das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946, das bereits in der Präambel unmissverständlich das Ziel formulierte, die »naturwissenschaftliche Forschung für militärische Zwecke und ihre praktische Anwendung für solche Zwecke zu verhindern [...] und sie in friedliche Bahnen zu lenken«. Das galt explizit nicht nur für die »angewandte naturwissenschaftliche Forschung«, sondern ebenfalls für die »grundlegende naturwissenschaftliche Forschung«, so sie »rein oder wesentlich militärischer Natur« war – beides war den Deutschen nunmehr verboten.¹² In der Praxis bewirkten diese Vorschriften, dass beispielsweise dem von Walther Bothe geleiteten Institut für Physik des KWI für medizinische Forschung in Heidelberg rund zwei Jahre lang jegliche Forschungsarbeit untersagt wurde, ja dem Personal war bis auf Weiteres nicht einmal das Betreten der Institutsgebäude erlaubt.¹³

Die Einschränkungen betrafen auch ganze Forschungsfelder. Unter die Verbote des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 fielen mit der Nuklearforschung und der Uranaufbereitung Forschungsbereiche, deren zerstörerisches Potenzial mit dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki offensichtlich geworden war. Als Teil ihrer Entmilitarisierungsstrategie sorgten die Alliierten zumindest in den ersten Jahren der Besatzungsherrschaft mit

6 Zum Begriff »Westverschiebung« und ihrer Bedeutung siehe Albrecht und Hermann, KWG im Dritten Reich, 1990, 401.

7 Zu den Verlagerungen der KWG während des Kriegs siehe ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1022–1034. Zum Standort Dahlem siehe Engel, Dahlem, 1990.

8 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 17. Zu den gravierenden territorialen Verschiebungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft um 1945 siehe vom Bruch, *Traditionsbezug und Erneuerung*, 2002, 15–17.

9 Renn, Kant und Kolboske, *Stationen der KWG/MPG*, 2015, 62.

10 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1034–1036.

11 Diesen Aspekt betonte Ernst Telschow im Rückblick vor dem Senat der MPG. Protokoll der 13. Sitzung des Senates vom 18.1.1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 94–95.

12 Kontrollrat, *Kontrollratsgesetz Nr. 25*, in Kraft getreten am 7.5.1946. Siehe dazu auch Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 86–87.

13 Richard Kuhn: MPI für medizinische Forschung, in: *Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949 vom 8.3.1949* (im Folgenden zitiert als »FS Hahn«), Bl. 158, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186; Walther Bothe: Institut für Physik am MPI für medizinische Forschung, ebd., Bl. 164–165.

engmaschigen Kontrollen dafür, dass die ausgesprochenen Forschungsverbote nicht bloß auf dem Papier standen.¹⁴ Jede deutsche Einrichtung, die die Genehmigung zur Wiederaufnahme von Forschungsarbeiten erhalten hatte, musste alle vier Monate einen detaillierten »technischen Bericht« vorlegen.¹⁵ Auf deutscher Seite akzeptierte man die alliierten Forschungsbeschränkungen und -kontrollen, um den Fortbestand der KWG als Forschungsverbund zu wahren. Die Strategie, die sich dahinter verbarg, lässt sich auf die Formel »Existenzsicherung durch Entmilitarisierung« bringen.¹⁶ Sie sollte sich mittelfristig als erfolgreich erweisen.

2.2.2 Die Kaiser-Wilhelm-Institute in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Auf der Ebene der einzelnen Institute ging es zunächst ebenfalls um die Sicherung der Existenz. Die Institutsleiter und ihre Mitarbeiter:innen standen in der unmittelbaren Nachkriegszeit oft genug buchstäblich vor einem Scherbenhaufen und sahen sich mit vier Problemkreisen konfrontiert:¹⁷ Große Schwierigkeiten warf, erstens, die teilweise oder vollständige Verlagerung der Forschungsstätten auf, und auch deren Rückführung erwies sich als extrem mühsam. Oftmals hatte die Verlagerung die Forschungsarbeit mehr oder weniger zum Erliegen gebracht, zumal dann, wenn die Verlagerung zu einer Zersplitterung des Instituts geführt hatte. Mitunter wurden die Schwierigkeiten nach Kriegsende noch größer, wenn sich die verlagerten Institutsteile plötzlich in unterschiedlichen Besatzungszonen wiederfanden. In eine besonders kritische Lage gerieten die landwirtschaftlichen Institute, die zuvor in den deutschen Ostgebieten ansässig gewesen waren, die infolge des Potsdamer Abkommens an Polen abgetreten werden mussten.

Erschwerend kam – zweitens – hinzu, dass die meisten Institute den Verlust eines Teils ihrer Belegschaft verkraften mussten, darunter nicht wenige Direktoren, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen und kaum zu ersetzende Techniker. Einige waren im Krieg umgekommen, andere zogen die Besatzungsmächte bei der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus nach Kriegsende aus dem Verkehr. Hinzu kamen Abgänge durch die gezielte Abwerbepolitik der Alliierten, aber auch durch die Beru-

fung von Institutsdirektoren und Mitarbeitern auf Lehrstühle und Professuren. Drittens gesellten sich zu den Personalsorgen fast überall finanzielle Engpässe, weil die Institute ihre bisherigen Einnahmequellen eingebüßt hatten. Da die Notetats bei Weitem nicht ausreichten, mussten vielerorts die Gehälter der Angestellten erheblich gekürzt werden; manche Direktoren sahen sich angesichts der akuten Finanznot sogar genötigt, einen Teil ihrer Belegschaft zu entlassen. Kriegszerstörungen, Einquartierungen und Beschlagnahme sorgten viertens für grassierende Raumknappheit. Wenig besser sah es beim wissenschaftlichen Inventar aus, an dem in der unmittelbaren Nachkriegszeit enormer Mangel herrschte – teils aufgrund von Kriegsschäden, teils wegen Demontagen.

Dies alles führte dazu, dass die Forschung in den Kaiser-Wilhelm-Instituten praktisch zum Erliegen kam. Statt neue Experimente durchzuführen, war das verbliebene Personal zunächst in erster Linie damit beschäftigt, die in der Kriegszeit erzielten Forschungsergebnisse zu Papier zu bringen, und zwar hauptsächlich im Rahmen der Field Information Agency, Technical (FIAT) Review of German Science, von der noch die Rede sein wird; diese Arbeit brachte den Autor:innen Geld ein, das sie angesichts stark gekürzter oder ganz ausbleibender Gehaltszahlungen dringend benötigten. Dass der Wiederaufbau der Institute dennoch gelang, lag an der Treue des Stammpersonals, der nicht nur finanziellen Unterstützung von Wirtschaft, Politik und Besatzungsmächten, aber auch an der Göttinger Generalverwaltung, dem Verhandlungsgeschick der Institutsdirektoren und nicht zuletzt an dem Umstand, dass Verwaltung und Politik auf wissenschaftliche Expertise angewiesen waren, um die Nachkriegskrise zu überwinden.¹⁸

Angesichts der drastischen Einschnitte bei den Gehältern, zu denen sich die Institutsleitungen gezwungen sahen, darf die Treue des Personals nicht als Selbstverständlichkeit abgetan werden, schließlich mussten ja auch die Mitarbeiter:innen sich selbst und ihre Angehörigen durch die harte Nachkriegszeit bringen. Dessen ungeachtet arbeitete das Gros der Belegschaft teils ohne Bezahlung, teils mit stark reduzierten Bezügen in den Forschungseinrichtungen weiter. Allen Widrigkeiten zum Trotz nahmen die Stammkräfte die Instandsetzung der beschädigten Institutsgebäude beherzt in Angriff. Vielleicht noch wichtiger für das Überleben der Institute in

¹⁴ Zur Nachkriegsplanung der Alliierten und ihrer Umsetzung siehe Cassidy, *Controlling German Science*, 1994.

¹⁵ Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 21. Zur Forschungskontrolle in der KWG/MPG siehe Heinemann, *Überwachung und »Inventur«*, 2001.

¹⁶ Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 412.

¹⁷ Siehe dazu und zum Folgenden ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019, 45–61.

¹⁸ Siehe dazu und zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, ebd., 61–69.

der unmittelbaren Nachkriegskrise war die Unterstützung von Wirtschaft und Politik auf regionaler Ebene und seitens der Besatzungsmächte. Da zentrale Institutionen auf der Länderebene fehlten, blieben die Möglichkeiten für die Politik, Schützenhilfe zu leisten, zunächst weitgehend auf die lokale Ebene beschränkt, was der »kommunale[n] Wissenschaftspolitik im Zeichen des Wiederaufbaus« besondere Bedeutung verlieh.¹⁹ Später engagierten sich die Länder ebenfalls in der Wissenschaftsförderung. Auch die Besatzungsmächte griffen den Instituten häufig unter die Arme, um ihre jeweilige Besatzungszone als Wissenschaftsstandort zu stärken. Die lokale Wirtschaft trug ebenfalls ihren Teil dazu bei, dass die Institute die schwierige Nachkriegszeit überstanden. Als beispielsweise das Institut für Metallforschung wegen ausgebliebener Zahlungen der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie in die Breddouille geriet, bedeuteten einzelne Forschungsaufträge mittelständischer schwäbischer Industriebetriebe die Rettung.²⁰ Auch die Generalverwaltung in Göttingen half wiederholt mit kleineren Finanzspritzen aus; die Beträge waren zwar nicht hoch, doch kam es seinerzeit auf jeden Pfennig an. Gerade bei den besonders industrienahen Kaiser-Wilhelm-Instituten verringerten diese Zahlungen die Abhängigkeit von der Wirtschaft und stellten einen – wenn auch kleinen – Schritt in Richtung Grundlagenforschung dar.

Gemessen am Finanzbedarf der Institute war das Geld der Generalverwaltung kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Deswegen beschritten einige Institute den Weg der Selbsthilfe und nutzten die noch vorhandenen Werkstätten, führten Reparaturen durch oder stellten in bescheidenem Umfang selbst Geräte her, um sich finanziell über Wasser zu halten. Auf der Haben-Seite der Institute ließ sich auch das Verhandlungsgeschick ihrer Direktoren verbuchen. Berufungen auf Lehrstühle von Universitäten aus Deutschland und dem Ausland verschafften ihnen die Möglichkeit, an alter Wirkungsstätte nachzuverhandeln – und davon machten sie reichlich Gebrauch, um bei den alliierten und deutschen Behörden mehr für sich und ihre Institute herauszuschlagen. Als Großmeister in dieser Disziplin darf Adolf Butenandt gelten, in dessen Nachkriegskarriere sich forschungspolitische Interessen

aus dem In- und Ausland, NS-Vergangenheit und ungebrochene wissenschaftliche Reputation in eigentümlicher Weise verschränkten. Wiederholte Versuche, ihn in die Schweiz zu berufen, scheiterten teils am Widerstand von Politik und Öffentlichkeit, teils an der erheblichen Verbesserung seiner Forschungsbedingungen in Tübingen, die ein Konsortium der drei Chemieunternehmen Bayer, Hoffmann-La Roche und Schering finanzierte.²¹ Hinzu kam, dass so manche Forschungen einen Beitrag zur Lösung damals akuter Probleme zu leisten versprachen, weshalb sie von staatlicher Seite wie auch von der Privatwirtschaft besonders gefördert wurden. Angesichts der Ernährungskrise, die Deutschland im Würgegriff hielt,²² galt das vor allem für die landwirtschaftlichen Institute, aber auch für das KWI für Arbeitsphysiologie.²³ Auch die rechtswissenschaftlichen Institute konnten mit Expertise aufwarten, die seinerzeit gefragt war, warfen doch die Niederwerfung, Befreiung und Besetzung Deutschlands zahlreiche juristische Fragen auf, die damals Neuland darstellten.²⁴ So viele Schwierigkeiten die Nachkriegszeit den Instituten bereitete, so sorgten die spezifischen Probleme jener Jahre zugleich dafür, dass Verwaltung, Politik und Wirtschaft nicht auf wissenschaftlich fundierte Beratung verzichten konnten – und dies trug indirekt zur Existenzsicherung der Institute bei.

2.2.3 Besatzer und Besetzte

Die einzelnen Institute waren eine Sache, die KWG als Dachorganisation eine ganz andere – deren Überleben hing von den Besatzungsmächten ab. Zwar einte die Maxime »Sicherheit vor Deutschland« Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets zunächst, doch betrieben sie keine einheitliche Wissenschaftspolitik, sondern verfolgten jeweils eigene übergeordnete Ziele. Alle vier Mächte legten allerdings ein eminentes Interesse an den bemerkenswerten Forschungsergebnissen an den Tag, die im »Dritten Reich« erzielt worden waren – sei es, um sie selbst zu nutzen, sei es, um zu verhindern, dass sie anderen Mächten in die Hände fielen.²⁵ Die Deutschen hatten also etwas zu bieten, was ihnen Handlungsspielräume gegenüber den Besatzern verschaffte. Darüber hinaus er-

¹⁹ Deutinger, *Kommunale Wissenschaftspolitik*, 1999.

²⁰ Köster, *MPI für Metallforschung*, 1962, 70–71.

²¹ Ausführlich: Stoff, Butenandt, 2004. Siehe auch Balcar, *Ursprünge*, 2019, 66–67.

²² Trittel, *Hunger und Politik*, 1990; Erker, *Hunger und sozialer Konflikt*, 1994.

²³ Lehmann, *MPI für Arbeitsphysiologie*, 1962, 96.

²⁴ Davon profitierte vor allem das KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, dessen Angehörige in der Nachkriegszeit eine rege und gut bezahlte Gutachterstätigkeit entfalteten. Dölle, *MPI für ausländisches und internationales Privatrecht*, 1962, 315.

²⁵ Z. B. Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 243–246.

öffnete die Uneinigkeit der Sieger im Zeichen der heraufziehenden Systemkonkurrenz und Blockbildung den Besiegten unverhofft die Möglichkeit, über Allianzen mit der einen oder anderen Besatzungsmacht eigene Interessen durchzusetzen. Davon machten unterschiedliche Akteure, die nach der Leitung der KWG trachteten, regen Gebrauch. Daraus resultierte ein auf unterschiedlichen Ebenen ausgetragener Machtkampf entlang komplizierter Konfliktlinien, der vom Sommer 1945 bis in den Herbst 1949 andauerte. Sein Ausgang sollte die künftige Gestalt der MPG maßgeblich mitprägen.

Die Amerikaner und Friedrich Glum

Die Amerikaner, denen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Führungsrolle in der westlichen Welt zukam, wollten die militärische Besetzung Deutschlands nutzen, um eine tiefgreifende Umgestaltung ins Werk zu setzen.²⁶ Über den Weg zu diesem Ziel war sich die US-Politik indes nicht einig. Für Finanzminister Henry Morgenthau stand die Bestrafung von NS-Verbrechern und die Wiedergutmachung von NS-Unrecht im Vordergrund,²⁷ während man im War Department und im State Department den Wiederaufbau der wirtschaftlichen und politischen Strukturen des besetzten Landes favorisierte. Langfristig sollten sich diejenigen durchsetzen, die Deutschland wieder in das internationale System eingliedern wollten. Die Amerikaner gewährten den Deutschen Hilfe zur Selbsthilfe, um in der immer schärfer werdenden und zunehmend Reaktionen erfordernden Konkurrenz mit den Sowjets die wirtschaftliche Erholung Europas voranzutreiben, die ohne den Motor Deutschland kaum gelingen konnte. Darin bestand der Grundgedanke des European Recovery Program, das aus US-Perspektive auch zur »Immunsierung der deutschen Bevölkerung gegen kommunistische und sowjetische Einflüsse« beitragen sollte.²⁸ In der ersten Phase behielten jedoch die Hardliner die Oberhand. Die Direktive der Joint Chiefs of Staff Nr. 1067, kurz vor Kriegsende erlassen, legte die Grundzüge der US-Besatzungspolitik fest und betonte den Aspekt der Bestrafung.²⁹

In Bezug auf die Forschung wies die Direktive den Besatzungsoffizieren drei Aufgaben zu: erstens Forschungsaktivitäten zu unterbinden und Forschungseinrichtungen zu schließen, zweitens Labore zu zerstören, die für die deutsche Kriegsmaschinerie gearbeitet hatten, und drittens die Wiederaufnahme von Forschungen nur in Einzelfällen und nur nach gründlicher Prüfung zu gestatten.³⁰ Diesen Leitlinien folgte dann auch das bereits zitierte Kontrollratsgesetz Nr. 25, das die Forschungsmöglichkeiten in Deutschland regelte und limitierte. Bei den US-Offizieren vor Ort, die die Bewältigung des alltäglichen Mangels zu organisieren hatten, stießen diese Vorgaben jedoch auf Unverständnis. Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay und seine Mitstreiter versuchten alles, um die Wirtschaft in der US-Zone möglichst schnell wieder in Gang zu bringen.³¹ Das lag ganz auf der Linie von Roger Adams, dem Leiter der Foreign Economic Administration im State Department, in dessen Konzept die Forschung einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft leisten sollte.³²

Forschungskontrolle, Entnazifizierung und Wiederaufbau der deutschen Forschung stellten indes nur die eine Seite der US-Wissenschaftspolitik dar. Auf der anderen Seite verfolgten die Amerikaner massive Eigeninteressen, und zwar zum einen über den Transfer von Know-how aus Deutschland in die USA, zum anderen durch die Abwerbung von deutschen Spitzenwissenschaftlern und Technikern. Um den Stand der Forschung in Deutschland zu dokumentieren und den Technologietransfer aus Deutschland zu forcieren, hatten die Amerikaner eine Reihe spezieller Organisationen ins Leben gerufen.³³ Die wichtigste war die FIAT, die »the greatest transfer of mass intelligence ever made from one country to another« ins Werk setzte.³⁴ Das in Deutschland akkumulierte Know-how sollte dem US-Militär und der amerikanischen Industrie gleichermaßen zugutekommen, weshalb die Teams von FIAT nicht nur praktisch unbegrenzten Zugang zu Forschungseinrichtungen, sondern auch zu Industriebetrieben erhielten. Hinter diesem Vorgehen stand die Überlegung, dass derartige »Intellectual Reparations« die einzige Form von Reparationen sein

26 Zur US-Besatzungspolitik siehe die monumentale Studie von Henke, *Amerikanische Besetzung*, 1996. Siehe auch den knappen Überblick bei Rupieper, *Amerikanische Besatzungspolitik*, 1999.

27 Greiner, *Morgenthau-Plan*, 1999. Ausführlich dazu Greiner, *Morgenthau-Legende*, 1995.

28 Graml, *Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik*, 1999, 28.

29 Baganz, *JCS 1067*, 1999.

30 Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 128.

31 Cassidy, *Controlling German Science*, 1994, 210. Zur Rolle Clays siehe ausführlich Krieger, *General Lucius D. Clay*, 1987.

32 Zum Adams-Plan siehe Cassidy, *Controlling German Science*, 1994, 212–215.

33 Überblick bei Werth-Mühl, *Berichte alliierter Nachrichtendienste*, 2001.

34 Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 68.

würden, die man realistischerweise vom besiegten und zerstörten Deutschland erwarten konnte.³⁵ Zeitgenössische Schätzungen bezifferten den Gesamtwert der Beute, die Amerikaner und Briten auf diese Art machten, mit rund zehn Milliarden US-Dollar.³⁶ Für die deutschen Forscher:innen eröffnete der erzwungene Wissenstransfer im Wege der FIAT Reports die willkommene Möglichkeit, die eigenen Forschungsergebnisse, die zuvor als kriegswichtige Staatsgeheimnisse behandelt worden waren, zu veröffentlichen. Die Serie »FIAT Review of German Science« erschien in über 80 Bänden, an denen zahlreiche Forscher:innen aus Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Instituten mitwirkten.³⁷ Es blieb allerdings nicht allein bei derartigen Berichten. Im Rahmen von »Project Overcast« und mehr noch »Operation Paperclip« rekrutierten die Amerikaner über 1.000 deutsche Forscher und Techniker.³⁸ Der bekannteste von ihnen war Wernher von Braun, der – zusammen mit seinem Mitarbeiterstab – bis 1945 beträchtliches Know-how bei der Entwicklung und dem Bau von Raketentriebwerken akkumuliert hatte.³⁹

Zugleich eröffnete die US-Besatzungspolitik deutschen Akteuren die Möglichkeit, eigene Ziele zu verfolgen. Sozusagen im Windschatten der Amerikaner versuchte Friedrich Glum, bis 1937 Amtsvorgänger Ernst Telschows als Generaldirektor der KWG, wieder Fuß in der MPG zu fassen und die Leitung ihrer Generalverwaltung an sich zu bringen.⁴⁰ Zunächst war Glum in Berlin für die Amerikaner als Rechtsberater tätig, bevor er 1946 im Rang eines Ministerialdirigenten in die Bayerische Staatskanzlei unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) eintrat. Von München aus bemühte sich Glum um eine »süddeutsche Lösung« der Neustrukturierung der Forschungslandschaft.⁴¹ Der Sonderausschuss Wissenschaftliche Forschung des Länderrats der US-Zone, der aus Fachleuten der Wissenschaftsförderung bestand, folgte Glums Konzept, das auf die Zerschlagung der KWG

hinausgelaufen wäre, jedoch nicht. Schließlich gelang es Telschow, mit der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln, die Glum im Frühjahr 1933 verfasst und in denen er die Hitler-Regierung eifertig begrüßt hatte, seinen Rivalen nachhaltig zu diskreditieren und schließlich zur Aufgabe zu bewegen.⁴²

Die Sowjets und Robert Havemann

Auch die Deutschlandpolitik der Sowjets blieb lange Zeit uneindeutig, weil man sich in Moskau nicht entscheiden konnte, ob man sich mit der eigenen Besatzungszone zufriedengeben oder nicht doch nach dem ganzen Deutschland greifen sollte. So versuchten die Sowjets, insbesondere hinsichtlich der Reparationen, beides zugleich. Letztlich scheiterte Moskau sowohl mit dem Versuch, Zugriff auf den wirtschaftlich hoch entwickelten Westen Deutschlands zu erhalten, als auch mit der Forderung, die eigenen Reparationsansprüche völkerrechtlich verbindlich auf zehn Milliarden US-Dollar festzuschreiben.⁴³ Erfolgreicher war die Politik der Sowjetisierung: Die sowjetische Besatzungsmacht begann in der eigenen Zone frühzeitig damit, ein radikales sozioökonomisches Transformationsprogramm zu implementieren, was zu tiefen Eingriffen in das Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge der Sowjetischen Besatzungszone führte. Mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED wurden auch politisch die Weichen in Richtung einer sozialistischen Einparteiendiktatur gestellt.⁴⁴

In der Wissenschaftspolitik verfolgten die Sowjets einen ähnlichen Kurs wie in der Reparationsfrage – und zugleich analoge Ziele wie die Amerikaner. Auch Moskau ging es darum, in den Besitz des Know-hows zu gelangen, das die Deutschen im Zuge der NS-Rüstungsforschung angesammelt hatten. Unmittelbar nach der Eroberung Berlins begannen die Sowjets mit der Demontage der

35 Fisch, *Reparations*, 1996.

36 Gimbel, *Science, Technology and Reparations*, 1990, 152 u. 170.

37 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 23–24.

38 Jacobsen, *Operation Paperclip*, 2014. Grundlegend nach wie vor Lasby, *Project Paperclip*, 1971.

39 Allgemein Biddle, *Dark Side of the Moon*, 2009; Ash, *Wandlungen*, 2018, 32–33.

40 Przyrembel, *Friedrich Glum und Ernst Telschow*, 2004. Zu Glum siehe vom Brocke, *KWG in der Weimarer Republik*, 1990, 251–266. Siehe auch die Autobiografie Glum, *Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik*, 1964.

41 Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 426. Siehe dazu und zum Folgenden ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1134–1143.

42 Zu den Details dieser Intrige, in der sich der braune Bock zum entnazifizierenden Gärtner machte, siehe vom Brocke, *KWG in der Weimarer Republik*, 1990, 263–266.

43 Schätzungen gehen davon aus, dass die UdSSR Reparationen über eine »Trophäenaktion, Demontagen, Warenlieferungen, Zahlungen und andere Werte in Höhe von mindestens vierzehn Milliarden Dollar (nach 1938-Weltmarktpreisen)« erhielt, »die Leistungen der Kriegsgefangenen und der zwangsdeportierten deutschen Wissenschaftler und Ingenieure in der Sowjetunion nicht mitgerechnet«. Scherstjanoi, *Sowjetische Besatzungspolitik*, 1999, 81.

44 Überblick bei Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997. Siehe auch Scherstjanoi, *Sowjetische Besatzungspolitik*, 1999.

noch vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen. Davon waren unter anderem das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und das KWI für Physik betroffen.⁴⁵ Die Abteilung für Tieftemperaturphysik des KWI für Physik wurde mitsamt ihrem Leiter, Ludwig Bewilogua, »in die Sowjetunion gebracht, zusammen mit seiner kompletten Abteilung, deren technischer Ausrüstung und allem Inventar einschließlich Wasserhähnen, Waschbecken und Türklinken«. ⁴⁶ Später ging auch Moskau dazu über, gezielt deutsche Spitzenforscher abzuwerben – bisweilen mit verlockenden Angeboten, häufiger aber unter Anwendung von Zwang. So wurden in einer einzigen Nacht im Oktober 1946 mehrere Tausend deutsche »Spezialisten«, die zuvor in der Rüstungsindustrie gearbeitet hatten, in die Sowjetunion gebracht.⁴⁷

Was die KWG betrifft, waren die Sowjets von Anfang an gegenüber den Westalliierten im Nachteil, denn aufgrund der zahlreichen Verlagerungen befanden sich bei Kriegsende nur noch wenige KWG-Einrichtungen im sowjetischen Machtbereich.⁴⁸ Deswegen konnte die sowjetische bzw. ostzonale Einflussnahme auf die KWG nur über Berlin erfolgen. Damit verknüpften die Sowjets das weitere Schicksal der KWG/MPG mit dem der ab Juli 1945 in vier Sektoren aufgeteilten ehemaligen Reichshauptstadt. Als Hebel diente der Vier-Mächte-Status der Stadt, der eine einheitliche Verwaltung Berlins durch den Magistrat vorsah. Dieser hatte Anordnungen der Alliierten Kommandantur umzusetzen – wenn diese Anordnungen einstimmig von den vier Stadtkommandanten der Siegermächte beschlossen worden waren.⁴⁹ Die Gelegenheit, Einfluss auf die in Dahlem verbliebenen Institute zu nehmen, ergab sich schon Anfang Juli 1945, als mit Otto Winzer ein Mitglied der »Gruppe Ulbricht« zum Leiter des Amtes für Volksbildung des Berliner Magistrats avan-

cierte. Winzer betrieb gezielte Kaderpolitik, indem er den Physikochemiker Robert Havemann, einen überzeugten Kommunisten, mit der kommissarischen Leitung der KWG beauftragte.⁵⁰

Havemann machte sich mit großem Elan ans Werk und unterstrich seinen Leitungsanspruch sowohl gegenüber den Beschäftigten in Dahlem als auch gegenüber der Göttinger Generalverwaltung. Unter Verweis auf den Eintrag seines Namens in das Berliner Vereinsregister hob er sämtliche Vollmachten Ernst Telschows auf und setzte ein Personalrevirement in der Berliner Verwaltung in Gang, durch das Telschow-Vertraute beurlaubt wurden.⁵¹ Havemanns Möglichkeiten – und damit auch der Einfluss der Sowjetunion auf die KWG als Ganzes – waren jedoch trotz dieser Maßnahmen begrenzt.⁵² Zwar verfügte Havemann formal über die Institutsgebäude in Berlin-Dahlem, doch waren deren Einrichtungen von der Roten Armee demontiert worden, was die Forschungsmöglichkeiten stark einschränkte. Zudem stieß Havemann bei den in Berlin verbliebenen KWG-Direktoren auf Ablehnung, weil seine Bestellung angeblich nicht satzungskonform erfolgt war.⁵³ Dies wiederum erleichterte der Generalverwaltung in Göttingen den Kampf gegen diesen Rivalen: Da Havemann »nicht nach den Satzungen zum Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ernannt worden« sei, bestritten die Göttinger seine »Verfügungsberechtigung über die Konten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Institute in der Britischen Zone«. ⁵⁴

Ins gleiche Horn stieß Max Planck, der in einem Rundschreiben an die Institutsleiter vom 15. September 1945 auf das Schreiben der »in Dahlem noch anwesenden Wissenschaftler« Bezug nahm und seinerseits betonte, »daß die Ernennung des Herrn Dr. Havemann nicht der

45 Stamm, *Staat*, 1981, 43; Albrecht und Hermann, *KWG im Dritten Reich*, 1990, 401.

46 Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 246–247.

47 Ash, *Wandlungen*, 2018, 33. Näheres bei Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 259–269.

48 Laitko, *Etablierung der Deutschen Akademie*, 2018, 322.

49 Dazu ausführlich Rengel, *Berlin nach 1945*, 1993, 77–193.

50 Das Ernennungsschreiben vom 5.7.1945 ist abgedruckt bei Hoffmann, *Robert Havemann*, 1991, Dokument 2.4, 101. Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1056–1057. – Den Aspekt der Kaderpolitik betont Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 65–66.

51 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 26–27.

52 Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 66–68. Siehe zum Folgenden Oexle, *Göttingen*, 1994, 46; Renn, *Kant und Kolboske, Stationen der KWG/MPG*, 2015, 67–68; Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 409, 425–428, 435 u. 441–442.

53 Schreiben leitender Direktoren und Mitarbeiter vom 7.7.1945 an die Generalverwaltung der KWG, abgedruckt in: Hoffmann, *Robert Havemann*, 1991, Dokument 2.5, 101–102; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1057–1059; Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 189. Der Vorwurf, Havemann sei nicht vom Senat gewählt worden, diente nur als Vorwand.

54 Schreiben der KWG-Generalverwaltung in Göttingen, Sommer 1945, an die Deutsche Bank, abgedruckt in: Hoffmann, *Robert Havemann*, 1991, Dokument 2.6, 102.

Satzung entspricht und von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht anerkannt wird.«⁵⁵ Im Oktober 1945 unternahm Telschow eine Rundreise durch die Westzonen, um die Direktoren der dortigen Institute gegen die Berliner Zentrale einzuschwören und von ihnen umgekehrt einen »klaren Auftrag zur Eindämmung der Ansprüche Havemanns« zu erhalten.⁵⁶

Angesichts dieses Schismas blieb Havemanns Einfluss faktisch auf Berlin und die SBZ beschränkt. Zudem sah er sich mit großen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Berliner Institute konfrontiert, deren Haushalt für 1946 nicht einmal zur Hälfte gedeckt werden konnte, wodurch sich das traditionsreiche KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in seiner Existenz bedroht sah.⁵⁷ In dieser kritischen Lage verschaffte die Wiedereröffnung der Preußischen Akademie der Wissenschaften als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Sommer 1946 den Instituten in Dahlem eine neue Finanzierungsmöglichkeit. Im Zuge des Aufbaus einer Forschungsakademie – eines neuen Typs von Akademie, die überregional und mit gesamtdeutschem Anspruch tätig sein, multifunktional aufgestellt und mit eigenen Forschungsinstituten ausgestattet werden sollte⁵⁸ – richtete sich das Augenmerk auf die in Berlin verbliebenen Forschungseinrichtungen der KWG. Im Sommer unterbreitete ein Vertreter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, die die Finanzierung der Berliner Akademie übernommen hatte, Havemann den Vorschlag, »Mittel für die Forschung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute bereitzustellen«. Havemann, der damit zwischen die Fronten der Besatzungsmächte geriet, machte seine Zustimmung von der Genehmigung der US-Militärregierung abhängig. Da sich die Deutsche Akademie der Wissenschaften jedoch unter dem direkten Einfluss der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) befand, standen die Amerikaner diesem Finanzierungsangebot »sehr distanziert« gegenüber.⁵⁹

Nachdem sich diese Option zerschlagen hatte, verfiel Havemann auf die Idee, zur Finanzierung der Institute in Dahlem Geldquellen aus den drei übrigen Zonen anzuzapfen. Im August 1946 legte er den Plan vor, die »ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute« in Berlin »zu einer Hochschule der wissenschaftlichen Forschung« umzufunktionieren, um dort »die stets nur geringe Zahl der hervorragend begabten jungen Wissenschaftler in ihren Instituten zu unterrichten«. Auf diese Weise wollte Havemann die Möglichkeiten nutzen, »durch welche die ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute zum Wiederaufbau des deutschen Lebens und zur Entwicklung eines freiheitlichen Geistes beizutragen imstande sind«. ⁶⁰ Der Clou seines Plans bestand darin, dass das Konzept einer Deutschen Forschungshochschule (DFH) frappant den in den USA geläufigen Schools of Advanced Studies ähnelte. Nicht zuletzt deshalb rannte Havemann mit seinem Vorschlag bei Fritz Karsen offene Türen ein, der als Chief Higher Education and Teacher Training in der Hauptabteilung Education and Cultural Relations vom Office of Military Government for Germany (OMGUS) für sämtliche Fragen der Hochschulbildung in der US-Zone zuständig war.⁶¹ Auf Karsens Initiative wurde der Umfang der geplanten Einrichtung erheblich ausgeweitet. Das Projekt verfolgte zwei Ziele: Es sollte zum einen die Finanzierung der Berliner Institute sichern, zum anderen zur Demokratisierung der deutschen Wissenschafts- und Hochschullandschaft beitragen.⁶² Nach schwierigen Verhandlungen gelang es Karsen, die Länder der US-Zone zum Abschluss eines Staatsabkommens zu bewegen, das die Deutsche Forschungshochschule in Form einer Stiftung ins Leben rief und nach einem festen Schlüssel finanzierte.⁶³

Der heraufziehende Kalte Krieg durchkreuzte diesen Plan jedoch. Die zunehmende Abschottung der Sektoren schränkte Havemanns Möglichkeiten, Einfluss auf die Institute in Dahlem zu nehmen, weiter ein. Anfang Mai

⁵⁵ Rundschreiben vom 15.9.1945 an die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute, abgedruckt in: ebd., Dokument 2.7, 103. Siehe auch Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 27; Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 190.

⁵⁶ Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 428.

⁵⁷ James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 148.

⁵⁸ Nötzoldt, Deutsche Akademie der Wissenschaften, 2018, 365 u. 380–382.

⁵⁹ Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 34–35.

⁶⁰ Plan Robert Havemanns für die ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute vom 21.8.1946, abgedruckt in: ebd., 183–185, Zitate 184 u. 183. Zum Gründungsprozess der DFH siehe im Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, die minutiöse Aufarbeitung in ebd., 32–76; Hoffmann, Physikochemiker und Stalinist, 1991, 69. Siehe dazu auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193, die die Initiative zur Gründung der DFH allerdings Fritz Karsen zuschreibt.

⁶¹ Zur Biografie von Karsen siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 163.

⁶² James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 148–149. Siehe auch Florath, Orientierungsprobleme, 2016, 82–83.

⁶³ Bayern sollte 50 Prozent der Kosten tragen, Württemberg-Baden und Hessen jeweils 25 Prozent. Staatsabkommen zwischen Bayern, Hessen und Württemberg-Baden und Stiftungsurkunde über die Errichtung der Forschungshochschule vom 3. Juni 1947, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 192–196.

1946 hatten die Amerikaner der Kommandantur die Zuständigkeit für die in Dahlem gelegenen Forschungsinstitute entzogen und sie direkt dem Stadtkommandanten ihres Sektors unterstellt. Als die für die SBZ zuständige Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung im Juli 1947 dazu überging, die in der SBZ gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute in die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zu integrieren, war der Kampf um die KWG für Havemann endgültig verloren.⁶⁴ Im Juli 1949 betrieben die Amerikaner seine Ablösung als Verwaltungsdirektor der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute. Im Frühjahr 1950 nahmen die West-Berliner Behörden einen Artikel Havemanns in der Ost-Berliner Zeitung *Neues Deutschland* zum Anlass,⁶⁵ um ihn auch aus seiner letzten Dahlemer Bastion, der des Abteilungsleiters am KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, zu entlassen und ihm das Betreten des Instituts zu verbieten.⁶⁶ Havemann, seit 1949 Abgeordneter der DDR-Volkammer, übersiedelte daraufhin nach Ost-Berlin, wo er einen Lehrstuhl für angewandte physikalische Chemie an der Humboldt-Universität übernahm.

Die Franzosen und die »Tübinger Herren«

Frankreich befand sich am Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Sonderstellung: Zwar zählte die Grande Nation offiziell zu den vier Siegermächten, fühlte sich jedoch als Siegermacht zweiter Klasse behandelt. Wie in Teheran und Jalta saßen die Franzosen auch in Potsdam nicht mit am Tisch, als die »großen Drei« – Churchill, Roosevelt und Stalin – über die Nachkriegsordnung Europas und die Zukunft Deutschlands verhandelten. Daher sahen sich die Franzosen allenfalls eingeschränkt an die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gebunden. Zur Leitlinie ihrer Deutschlandpolitik avancierten die eigenen Sicherheitsinteressen gegenüber dem Nachbarn im Osten; solange diese nicht ausreichend befriedigt schienen, torpedierte Paris jedes gemeinsame Vorgehen der vier

Siegermächte im Alliierten Kontrollrat und in der Berliner Stadtkommandantur. Vor allem war man in Paris bestrebt, eine allzu rasche wirtschaftliche Erholung und die abermalige Formierung eines deutschen Nationalstaats zu verhindern.⁶⁷

In der Wissenschaftspolitik ging es den Franzosen in erster Linie darum, die in den Südwesten Deutschlands verlagerten Institute in der eigenen Zone zu halten, um direkten Einfluss auf die deutsche Forschung nehmen und diese so unter Kontrolle halten zu können.⁶⁸ Die Möglichkeiten dafür waren gar nicht einmal so schlecht. Während die französische Zone von ihrer wirtschaftlichen Potenz nicht an die übrigen drei Besatzungszonen heranreichte, hatte die kriegsbedingte Verlagerung eine Reihe bedeutender Forschungsinstitute in den Südwesten gespült; unter ihnen befanden sich mit dem KWI für Biologie, dem KWI für Biochemie, dem KWI für Chemie und dem KWI für ausländisches und internationales Privatrecht vier besonders renommierte Institute der KWG. Den Franzosen schwebte eine Integration dieser Forschungsinstitute in die Universitäten vor, zumindest aber sollten sie nicht mehr über die KWG bzw. die MPG, sondern von den Ländern ihrer Zone finanziert werden. Diesem Zweck diente die Schaffung eines Forschungsrats als Dachorganisation für die Institute auf Länderebene. In dem neu geschaffenen Forschungsausschuss für Württemberg-Hohenzollern, der für Personal- und Haushaltsfragen zuständig war, dominierten Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute.⁶⁹ Während die französische Besatzungspolitik einigen Raum für akademische Selbstverwaltung und deutsche Mitbestimmung ließ, schob sie einem Beitritt der Kaiser-Wilhelm-Institute ihrer Zone zur entstehenden MPG zunächst einen Riegel vor.⁷⁰

Im Unterschied zu Glum in München oder Havemann in Berlin starteten die Direktoren der in der französischen Zone gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute keine Initiative, um die (Wieder-)Gründung der KWG voranzutreiben bzw. die Führung der MPG an sich zu bringen, weil sie »nach

64 Zum Versuch Havemanns, die KWG von Berlin aus wieder zu errichten, wie auch zum Scheitern dieses Versuchs siehe ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1059–1077. Zur Integration von Kaiser-Wilhelm-Instituten in die Deutsche Akademie der Wissenschaften siehe Nötzold, *Wissenschaftsbeziehungen*, 1990, 792. Die Datierung nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 448.

65 In diesem Artikel kritisierte Havemann die US-Atomwaffenpolitik und deren »Wasserstoff-Superbombe« scharf. Prof. Dr. Robert Havemann: Greifen und Begreifen, in: *Neues Deutschland* vom 5.2.1950, auszugsweise abgedruckt in: Hoffmann, *Robert Havemann*, 1991, Dokument 2.8, 104–106.

66 Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Volksbildung (gez. Stadtrat May) an Prof. Dr. Havemann vom 27.2.1950 betr. Ihre Tätigkeit in der Forschungsgruppe Dahlem, abgedruckt in: ebd., Dokument 2.9, 106.

67 Überblick bei Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik*, 1999.

68 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 165–183.

69 Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 18./19.3.1949, in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 70, 226–227.

70 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1098–1099; Fassnacht, *Universitäten am Wendepunkt?*, 2000.

Kriegsende ein eigenes, recht bequemes Arrangement mit den französischen Besatzern ausgehandelt« hatten.⁷¹ Dafür gab die Gestalt, in der die Besatzungsmacht ihnen entgegentrat, den Ausschlag: Die »Tübinger Herren« sahen sich nicht mit Berufssoldaten konfrontiert, sondern mit ihnen wohlbekannten französischen Kollegen. Für die Tübinger Institute war der Chef der Mission Scientifique, Lieutenant-Colonel André Lwoff, zuständig, im zivilen Leben Chef de Service de Physiologie Microbienne am Institut Pasteur in Paris. Alfred Kühn, Direktor des KWI für Biologie, charakterisierte ihn als »Forscher von Rang«.⁷² Gerade die Institute für Biologie und Biochemie fanden in Lwoff »einen starken Fürsprecher«, der »Entscheidendes zur Entspannung im Verhältnis zwischen den deutschen Wissenschaftlern und der französischen Militärregierung« beisteuerte.⁷³ Josef Mattauch, Direktor des KWI für Chemie, meinte rückblickend, »dass insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten des Instituts die französische Besatzung der amerikanischen weit vorzuziehen war«.⁷⁴ Zu dieser Einschätzung trug bei, dass die Franzosen als erste Besatzungsmacht einer Finanzierung der in ihrer Besatzungszone gelegenen Forschungseinrichtungen durch die Länder zustimmten. Die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst hatte schon am 10. Juli 1945 die Betreuung der Kaiser-Wilhelm-Institute in Tübingen übernommen, zugleich war deren Finanzierung »aus Staatsmitteln vorgesehen«.⁷⁵ Daher konnten die Institute in der französischen Zone zunächst auf eine für die damaligen Verhältnisse üppige Alimentierung durch das jeweilige Sitzland vertrauen. Das galt insbesondere für diejenigen Institute, die in und um Tübingen untergekommen waren. Mit Carlo Schmid (SPD) und Hans Rupp (SPD) sorgten zwei ehemalige KWG-Angehörige dafür, dass Württemberg-Hohenzollern bereits 1946 eine Million Reichsmark (RM) für die verlagerten Institute im Staatshaushalt einplante.⁷⁶

Kein Wunder, dass den Direktoren aus der französischen Zone ein Beitritt zur sich formierenden MPG

zunächst wenig attraktiv erschien, zumal sich gerade die Direktoren der in Tübingen ansässigen Institute nicht nach der Bevormundung durch die Generalverwaltung unter Telschow zurücksehnten. Mit der sich abzeichnenden Weststaats-Gründung änderte sich diese Perspektive jedoch. Nachdem die Finanzierung der Institute in der französischen Zone durch die Währungsreform vom Juni 1948 erheblich schwieriger geworden war, da die stabile D-Mark den Landesregierungen nicht mehr so locker saß wie die bereits stark entwertete Reichsmark, sahen sich die Franzosen zum Handeln gezwungen, um einen »Exodus der Forscher« aus ihrer Zone zu verhindern.⁷⁷ Ernst Telschow ahnte schon seit dem Herbst 1948, dass die Franzosen ihren Widerstand gegen den Beitritt der im Südwesten gelegenen Kaiser-Wilhelm-Institute zur MPG nicht durchhalten konnten, da die kleinen und finanzschwachen Länder Südwestfalen-Hohenzollern und Südbaden »niemals in der Lage sein werden, die in diesem Raum konzentrierten hochwertigen Forschungsinstitute mit ausreichenden Mitteln zu versehen«.⁷⁸ Butenandt berichtete dem Senat der MPG im März 1949, dass der Notetat des Landes Württemberg-Hohenzollern nur eine Auszahlung von 70 Prozent der Löhne und Gehälter zulasse und der Sachetat der Institute »mässig« sei.⁷⁹ Den Ausschlag für die Zustimmung der Franzosen zur Ausdehnung der MPG auch auf ihre Besatzungszone gab schließlich das Argument, dass die Tübinger Institute von einer gemeinsamen Finanzierung durch elf westdeutsche Länder profitieren würden. So gaben sie schließlich schweren Herzens ihren Widerstand gegen die Eingliederung der Kaiser-Wilhelm-Institute aus dem Südwesten Deutschlands in die MPG auf.

Die Briten und die Göttinger Generalverwaltung

Von allen Besatzungsmächten agierten die Briten am pragmatischsten und weitsichtigsten.⁸⁰ Aufgrund des bedeutenden Machtzugewinns der Sowjetunion erteilte der

71 Schüring, *Kinder*, 2006, 249–250, Zitat 249. Siehe dazu auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1047–1048.

72 Alfred Kühn, KWI für Biologie, in: FS Hahn, Bl. 287, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186. Dazu auch Balcar *Ursprünge*, 2019, 38–39.

73 Lewis, *Kalter Krieg in der MPG*, 2004, 416.

74 Josef Mattauch: KWI für Chemie, in: FS Hahn, Bl. 271, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186.

75 Alfred Kühn: KWI für Biologie, in: FS Hahn, Bl. 286–287, ebd.

76 Lewis, *Kalter Krieg in der MPG*, 2004, 407.

77 Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 453. – Zu den finanziellen Problemen der Institute in der französischen Zone siehe auch den Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 18./19.3.1949, Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 70, 223–227, 225–227.

78 Protokoll der 3. Sitzung des Senates vom 29.10.1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 3.SP, fol. 10.

79 Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 18./19.3.1949, in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 70, 223–227, 225.

80 Jürgensen, *Britische Besatzungspolitik*, 1999.

britische Premier Winston Churchill einer allzu nachhaltigen Schwächung des bisherigen Kriegsgegners eine Absage. Der Eindruck des vom Krieg weitgehend verheerten Landes bewirkte bei den Briten eine rasche Abkehr von einer Politik der Bestrafung. An deren Stelle trat die wirtschaftliche Erholung der eigenen Besatzungszone als wichtigste Zielsetzung. Früher als in Paris und Washington erkannte man in London, dass es künftig weniger um eine Sicherheit vor Deutschland gehen würde, sondern im Angesicht des sich abzeichnende Kalten Kriegs um »Sicherheit mit Deutschland«,⁸¹ also um die Integration Deutschlands oder eines Teils von Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft.

Auch in der Wissenschaftspolitik vertraten die Briten »eine ausgesprochen liberale Position«.⁸² Dies lag auch an der amerikanisch-britischen Alsos-Mission, die der Frage nachging, wie weit die Deutschen bei der Entwicklung einer Atombombe gekommen waren. Nachdem die an der Mission beteiligten Geheimdienste herausgefunden hatten, dass das deutsche Atomwaffenprojekt sang- und klanglos gescheitert war,⁸³ setzte sich im Herbst und Winter 1945 in London eine konziliantere Haltung durch. Ihr lag die Erkenntnis zugrunde, dass man den Deutschen in einem enger zusammenrückenden Westeuropa wieder Spitzenforschung gestatten müsse – allerdings mit einer wichtigen Differenzierung: Grundlagenforschung sollte den Deutschen ohne Beschränkungen erlaubt sein, anwendungsorientierte Forschung (vor allem natürlich militärische) dagegen weiterhin verboten.⁸⁴ In dieser Unterscheidung liegt *ein* Nukleus für die Transformation der MPG in eine Einrichtung der Grundlagenforschung, die die KWG nie gewesen ist, auch wenn ihre Mitglieder dies später behaupteten, um sich von Rüstungsforschung und NS-Verbrechen abzugrenzen. Ganz uneigennützig waren allerdings auch die Motive der Briten nicht: Sie wollten die deutsche Grundlagenforschung unter ihrer Kontrolle halten, »um an den Ergebnissen partizipieren zu können«.⁸⁵ Beim Eintreiben der »intellektuellen Reparationen« operierten die Briten über weite Strecken gemeinsam mit den Amerikanern, und auch was die Ab-

werbung deutscher Spitzenforscher betrifft, blieben sie nicht untätig.⁸⁶

Dass sich besonders die Briten darum bemühten, die deutschen Forschungsaktivitäten wieder anzukurbeln, hatte auch etwas mit der Verteilung der Forschungsinstitute auf die Besatzungszonen zu tun: In der britischen Zone befanden sich 17 Kaiser-Wilhelm-Institute, in der US-Zone nur acht.⁸⁷ Hinzu kam, dass die Idee der KWG – vor allem naturwissenschaftliche Forschung in besonders innovativen (Grenz-)Bereichen außerhalb der Universitäten zu organisieren, um herausragende Gelehrte von Lehrverpflichtungen zu befreien – nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den Briten (und in geringerem Maße sogar bei den Franzosen) tief verwurzelt war, erschien doch die KWG aus britischer Perspektive geradezu als Gegenstück zur Royal Society; sie stellte in einem aufzubauenden neuen deutschen Wissenschaftssystem, wie es sich die Briten vorstellten, einen zentralen Baustein dar. Die deutschen Spitzenforscher waren indes selbst nicht untätig und erweiterten ihre internationalen Netzwerke, um den Fortbestand der KWG zu sichern. Das galt insbesondere für Otto Hahn, der – wie einige der Entscheidungsträger auf britischer Seite auch – zur »Rutherford-Familie« gehörte, den Freunden, Mitarbeitern und Schülern des großen Experimentalphysikers und Nobelpreisträgers Ernest Rutherford.⁸⁸

Die Aufgeschlossenheit der Briten resultierte also auch aus persönlichen Kontakten, die unmittelbar nach Kriegsende erneuert und vertieft wurden. Schon im April 1945 hatten britische und amerikanische Truppen zehn Forscher, die am deutschen Uranprojekt beteiligt gewesen waren – darunter neben Hahn auch Werner Heisenberg, Max v. Laue und Carl Friedrich v. Weizsäcker –, im Auftrag der Alsos-Mission verhaftet und auf den englischen Landsitz Farm Hall verbracht, wo sie bis Anfang 1946 interniert blieben.⁸⁹ In langen und vertraulichen Gesprächen mit ihnen konnten sich die »Gastgeber« von ihrer Kooperationsbereitschaft überzeugen. So wurden im Herbst und Winter 1945 in Farm Hall die »Grundlagen für die Wissenschaftspolitik in Nachkriegsdeutschland

81 Ebd., 54.

82 Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 744.

83 Goudsmit, *Alsos*, 1996.

84 Potthast, »Rassenkreise« und die Bedeutung des »Lebensraums«, 2003, 744.

85 Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 423.

86 Werth-Mühl, Berichte alliierter Nachrichtendienste, 2001, 40; Gimbel, *Deutsche Wissenschaftler*, 1990.

87 Cassidy, *Controlling German Science*, 1994, 203.

88 Dies nach Oexle, *Göttingen*, 1994, 49–52 u. 59. Siehe dazu auch Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003, 34.

89 Die Gespräche, die die internierten Wissenschaftler untereinander führten, wurden ohne deren Wissen abgehört. Die Protokolle wurden in den 1990er-Jahren veröffentlicht. Ebd. – Siehe auch Hoffmann, *Operation Epsilon*, 1993.

geschaffen.«⁹⁰ Insbesondere Otto Hahn wurde während seiner Zeit in Farm Hall auf Herz und Nieren geprüft, genau instruiert und auf seine künftige Rolle als Präsident einer deutschen Forschungsorganisation vorbereitet.⁹¹ Die Briten hatten sich nicht nur für den Fortbestand der KWG entschieden; sie wussten auch, wer der richtige Mann sein würde, um sie künftig zu leiten.

Wie in der französischen Zone André Lwoff gab es auch in der britischen Zone eine Person, die ganz wesentlich zum gedeihlichen Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten beitrug: Bertie K. Blount, der Beauftragte für Wissenschaft der britischen Militärregierung.⁹² Blount hatte 1931 in Frankfurt am Main in Chemie promoviert und fühlte sich der deutschen Wissenschaft eng verbunden. Als britischer Besatzungsoffizier residierte Blount ebenfalls auf dem Gelände der AVA und damit in unmittelbarer Nachbarschaft der verlagerten Generalverwaltung der KWG.⁹³ So entwickelte sich insbesondere zu Ernst Telschow eine enge persönliche Beziehung. Die Göttinger konnten sich stets auf die Hilfe des Briten verlassen – so sehr, dass Blount mit Fug und Recht als »Geburtshelfer der MPG« gelten darf.⁹⁴ Hinzu kam als institutionelles Band zwischen den Briten und ihren künftigen deutschen Partnern der German Scientific Advisory Council, der sich am 1. Januar 1946 in den Räumen der AVA in Göttingen gründete, um die Militärregierung »in allen wissenschaftlichen Fragen [zu] beraten und von sich aus Wünsche und Anregungen an die Militär-Regierung weiter[zuleiten.«⁹⁵ Ihm gehörten unter dem Vorsitz Blounts nicht nur Ernst Telschow, sondern später auch Otto Hahn und Werner Heisenberg an, was die Verbindung der KWG (und bald schon der MPG) zur britischen Besatzungsmacht nochmals intensiverte.

2.2.4 Die doppelte Gründung der MPG

So war es in erster Linie den Briten zu verdanken, dass das Organisationsmodell der KWG erhalten blieb und sich der Göttinger Zirkel um Otto Hahn und Ernst Telschow gegen seine Konkurrenten in der amerikanischen und sowjetischen Zone durchsetzen konnte.⁹⁶ Auf der Grundlage einer Direktive vom 16. November 1945, die den Deutschen zwar jede Form der militärischen Forschung untersagte, der Grundlagenforschung aber keine Beschränkungen auferlegte,⁹⁷ beorderte der britische Brigadegeneral Frank Spedding den gerade erst aus Farm Hall nach Göttingen zurückgekehrten Otto Hahn am 3. Januar 1946 zur »Wiederingangsetzung der deutschen Wissenschaft, vor allem auch der Kaiser-Wilhelm-Institute, soweit sie sich auf englisch besetztem Gebiet befinden.«⁹⁸ Damit war das Überleben der KWG vorerst gesichert.

Einzig in der Frage des Namens gab es Dissens: Während die in Deutschland verbliebenen Wissenschaftler an dem traditionsreichen Namen festhalten wollten,⁹⁹ bestanden die Briten auf einer Änderung – und blieben in diesem Punkt hart. Angeblich war es der britische Biochemiker und Nobelpreisträger Henry H. Dale, der Präsident der Royal Society, der den Vorschlag machte, die KWG in »Max-Planck-Gesellschaft« umzubenennen. »Es ist nur der Name, gegen den sie etwas haben«, soll Dale argumentiert haben, »allein das Wort Kaiser Wilhelm beschwört ein Bild von rasselnden Säbeln und maritimer Expansion herauf. Nennen sie es Max-Planck-Gesellschaft, und jeder mann wird zufrieden sein.«¹⁰⁰ Nachdem dieser Name erst einmal im Raum stand, wurden keine Alternativvorschläge mehr unterbreitet. Im Rückblick erwies sich die Umbenennung als glückliche Fügung: Der wissenschaftliche Rang Max Plancks stand außer Frage, zudem galt der allseits hochgeschätzte Physiker im In- und Aus-

⁹⁰ Renn, Kant und Kolboske, *Stationen der KWG/MPG*, 2015, 69.

⁹¹ Oexle, Göttingen, 1994, 50–51. Zur Internierung der deutschen Wissenschaftler in Farm Hall, die Oexle als »Experimentalanordnung mit Folgen« gedeutet hat, siehe ausführlich Oexle, *Hahn, Heisenberg und die anderen*, 2003, 27–38.

⁹² Siehe die biografische Würdigung bei Oexle, Bertie Blount, 1999. Zur Rolle Blounts siehe im Folgenden auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 191–193.

⁹³ Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 419; Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 95. Ausführlich zur Rolle Blounts Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1087–1089 u. 1199.

⁹⁴ Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1088. Die MPG würdigte seine Verdienste, indem sie ihm 1984 die Ehrenmitgliedschaft verlieh. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 578.

⁹⁵ Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 278.

⁹⁶ Die Rolle der Briten bei der Gründung der MPG ins rechte Licht gerückt zu haben ist vor allem das Verdienst des langjährigen Direktors am Göttinger MPI für Geschichte, Otto Gerhard Oexle. Oexle, Göttingen, 1994.

⁹⁷ Alter, KWG in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, 1990, 744.

⁹⁸ Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 279. Siehe auch Oexle, Göttingen, 1994, 58.

⁹⁹ Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1091–1095.

¹⁰⁰ Zitiert nach Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 102. Die englische Version des Zitats findet sich bei Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193.

land als Gegner des Nationalsozialismus und als »integrer Mann«. ¹⁰¹ Max Planck verschaffte der Gesellschaft als Namenspatron symbolisches Kapital, das sie nach Weltkrieg und Zivilisationsbruch gut brauchen konnte.

Im Sommer 1946 wurde eine Umgründung unausweichlich. Die Zukunft der KWG war seit Kriegsende unsicher gewesen. Gerüchte, dass die Amerikaner ihre Auflösung betrieben, hatte Roger Adams, Professor für Chemie und wissenschaftspolitischer Berater Clays, bereits am 10. Dezember 1945 bestätigt. Acht Monate später schien plötzlich Eile geboten. Wie Hahn von Blount erfuhr, hatte der Alliierte Kontrollrat auf amerikanische Initiative hin am 2. August 1946 die Auflösung der KWG formell beschlossen. ¹⁰² Zwar zerbrach die Viermächteregierung während der Arbeit an dem entsprechenden Kontrollratsgesetz, zudem legten die vier Besatzungsmächte den Auflösungsbeschluss recht unterschiedlich aus, ¹⁰³ doch erhielten die deutschen Akteure von diesen Entwicklungen, die sich auf den höchsten Ebenen der Besatzungspolitik abspielten, gar nicht, nur unvollständig oder verspätet Kenntnis. Daher erschien ihnen der Handlungsdruck unverändert hoch, weshalb die Generalverwaltung in Göttingen mit Unterstützung der Briten fieberhaft an der Gründung einer »Auffanggesellschaft für den Notfall« arbeitete. ¹⁰⁴

Die Gründung der »Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in der Britischen Zone« erfolgte am 11. September 1946 im Clementinum, dem Theologischen Konvikt zu Bad Driburg. Das war die (erste) Geburtsstunde der MPG, der zu diesem Zeitpunkt 13 Institute angehörten, darunter die Institute für Arbeitsphysiologie in Dortmund, für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik auf Gut Imbshausen, für Bastfaserforschung, das zunächst in Stammbach und später in Bielefeld ansässig war, für Eisenforschung in Düsseldorf, für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, für Tierzucht und Tierernährung auf dem Remontegut Mariensee und für Züchtungsforschung auf dem Gut Voldagsen. Hinzu kamen die in Göttingen ansässigen

Institute für Hirnforschung, für Instrumentenkunde, für Physik und für Strömungsforschung sowie die Hydrobiologische Anstalt in Plön und das Deutsche Spracharchiv (Institut für Phonometrie) in Braunschweig. ¹⁰⁵ Auf der Gründungssitzung wurde Otto Hahn, der die Amtsgeschäfte des KWG-Präsidenten offiziell seit dem 1. April 1946 geführt hatte, zum Präsidenten der MPG gewählt. Hahns wichtigstes Ziel lautete, von Göttingen aus die KWG als MPG wieder aufzubauen und als eine zusammenhängende Organisation der Grundlagenforschung in allen drei westlichen Besatzungszonen zu etablieren – und das lag ganz auf der Linie der Briten. ¹⁰⁶

Allerdings gestaltete sich die von Göttingen aus betriebene Ausdehnung der MPG auf die amerikanische und französische Zone schwierig. Nicht nur die Amerikaner sträubten sich, auch bei einigen Länderregierungen stieß der Plan der Expansion der KWG/MPG auf wenig Gegenliebe. Zur Begründung verwies etwa die Bayerische Staatsregierung darauf, dass führende Repräsentanten des NS-Staats und der Rüstungsindustrie Spitzenpositionen in der KWG innegehabt hatten. Das galt beispielsweise für den vormaligen Landwirtschaftsminister Herbert Backe, den SS-Brigadeführer und Bankier Kurt Freiherr von Schröder und für Albert Vögler, den letzten Präsidenten der KWG, der zugleich der starke Mann bei den Vereinigten Stahlwerken gewesen war, einem der größten Rüstungskonzerne des »Dritten Reichs«. ¹⁰⁷ Inwiefern die Länder dieses Argument vorschoben, um die Forschungsinstitute unter der eigenen Kontrolle zu halten, ist heute kaum mehr zu sagen. Umgekehrt verhallte auch ein Appell an den Militärgouverneur der US-Zone ungehört, mit dem sich auf eine Bitte Otto Hahns hin am 5. April 1947 alle zehn deutschen Nobelpreisträger bei Lucius D. Clay für den Erhalt der KWG eingesetzt hatten. ¹⁰⁸

Die Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur »Bizone«, die zum 1. Januar 1947 aus primär ökonomischen und versorgungstechnischen Motiven heraus erfolgte, ¹⁰⁹ verbesserte jedoch die Realisierungschancen für die Expansionsbestrebungen

101 Rürup, *Spitzenforschung*, 2014, 112. Kritisch zur angeblich anti-nationalsozialistischen Haltung Plancks im »Dritten Reich« Albrecht, *Besuch bei Adolf Hitler*, 1993.

102 Siehe Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 408. Zur Auflösung der KWG durch den Alliierten Kontrollrat siehe auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1085–1086; Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 191–193.

103 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 73.

104 Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 432. Der Begriff Auffanggesellschaft stammt von den Gründern der MPG. Auszug aus dem Protokoll über die Gründungssitzung der MPG in der Britischen Zone am 11.9.1946 im Theologischen Konvikt zu Bad Driburg, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 64, 202–205, Zitat 204.

105 Eine Aufstellung der 13 Gründungsinstitute findet sich bei Renn, Kant und Kolboske, *Stationen der KWG/MPG*, 2015, 75.

106 Oxle, *Göttingen*, 1994, 58.

107 Walker, *Otto Hahn*, 2003, 45–46; Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 160–161.

108 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 161; Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 436–437.

109 Benz, *Die Gründung der Bundesrepublik*, 1999, 49–78.

der MPG. Im Sommer 1947 gelang es Hahn in schwierigen Verhandlungen, den Amerikanern die Zustimmung zur Ausdehnung der MPG auf die US-Zone abzurufen.¹¹⁰ Die Bedingung lautete allerdings, dass die neue MPG weder vom Staat noch von der Wirtschaft abhängig sein dürfe und für die Aufnahme weiterer Institute offen sein müsse. Daraufhin wurde die bereits bestehende, auf die britische Zone beschränkte MPG am 24. Februar 1948 von einer außerordentlichen Hauptversammlung aufgelöst und an ihrer Stelle zwei Tage später in Göttingen eine neue MPG gegründet, und zwar als »Vereinigung freier Forschungsinstitute, die nicht dem Staat und nicht der Wirtschaft angehören«.¹¹¹ An dieser Stelle wird deutlich, wie die Vorgaben der Alliierten »sich auch langfristig auf die Gestaltung und das Selbstverständnis der MPG als einer staats- und wirtschaftsfernen Forschungsinstitution« auswirkten.¹¹²

Mit der Ausweitung der Bizone zur Trizone, zu der ab März 1948 auch das französische Besatzungsgebiet gehörte, war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Kaiser-Wilhelm-Institute der französischen Zone der MPG beitreten würden. Vertreter aus dem Südwesten nahmen ab Ende 1948 an den Senatsitzungen der MPG teil. Bei der Gründung des Forschungsausschusses für Württemberg-Hohenzollern im März 1949 bestand »allseitiges Einverständnis darüber, dass die Beschlüsse des Ausschusses nur im Einvernehmen mit der MPG gefasst werden sollen, damit diese bei einer erhofften baldigen Ueberleitung der französischen Institute in die MPG alsdann bereits von der MPG anerkannt sind«.¹¹³ Dem Beitritt standen jedoch einstweilen zwei Hindernisse entgegen: Zum einen mussten zunächst die heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen der Göttinger Generalverwaltung und den »Tübinger Herren«, in denen es vor allem um die Person Ernst Telschows ging, ausgestanden werden.¹¹⁴ Zum anderen leisteten die Franzosen immer

noch hinhaltenden Widerstand gegen eine Ausweitung der MPG auf den Südwesten. Erst am 8. Juli 1949 gelang es, die Anerkennung der MPG durch alle drei Westmächte zu erwirken.¹¹⁵ Auf dieser Grundlage wurden die in der französischen Besatzungszone gelegenen Institute am 18. November 1949 in die MPG aufgenommen.¹¹⁶ Mit dem Beitritt des KWI für Biochemie, des KWI für Biologie und des KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, die alle drei in Tübingen ansässig waren, sowie des gerade nach Mainz umgezogenen KWI für Chemie, der Vogelwarte Radolfzell, der Arbeitsgruppe des KWI für Physik in Hechingen und der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre waren, wie Präsident Hahn befriedigt feststellte, »nunmehr sämtliche Kaiser-Wilhelm-Institute in den drei Westzonen in der Max-Planck-Gesellschaft zusammengeschlossen«.¹¹⁷

Deutlich länger dauerte es mit der Reintegration der in Berlin verbliebenen Institute und Abteilungen, die in die Deutsche Forschungshochschule eingegliedert worden waren.¹¹⁸ Dem stand zweierlei entgegen: Erstens herrschte über die künftige Finanzierung der in Dahlem gelegenen Institute noch keine Klarheit, zweitens mussten MPG und Berliner Senat ihren Konflikt um die Grundstücke in Dahlem beilegen, die früher von der KWG genutzt worden waren. Im Kern berührten beide Themen die Zukunft der Deutschen Forschungshochschule, die seit der Gründung der Freien Universität Berlin ungewiss war.¹¹⁹ Überhaupt hatte die Forschungshochschule bei den Universitäten, die eine Degradierung zu reinen Lehrbetrieben fürchteten, einen schweren Stand. Zudem verlor sie mit der Rückkehr von Fritz Karsen in die USA ihren wichtigsten Mentor. Selbst unter dem eigenen Personal, das sich überwiegend der KWG zugehörig fühlte und eine Eingliederung in die MPG anstrebte, hatte die Forschungshochschule nur wenig Rückhalt.¹²⁰

110 Mark Walker betont, dass den Amerikanern dabei »die Aktivitäten und Intentionen der Angehörigen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während des ›Dritten Reiches‹ verzerrt dargestellt wurden«. Walker, *Otto Hahn*, 2003, 43–48.

111 So lautet die Formulierung in § 1 Satz 2 der ersten Satzung der MPG aus dem Jahr 1948, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 67, 211–221, Zitat 211. Zum Zeitpunkt ihrer (zweiten) Gründung gehörten der MPG 23 Institute und Forschungsstellen an. Siehe die Aufstellung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 297–299.

112 Kolboske et al., *Anfänge*, 2018, 11. Ähnlich auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 193.

113 Protokoll der 4. Sitzung des Senates vom 18./19.3.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 4.SP, fol. 68.

114 Zu den heftigen internen Streitigkeiten, die dem Beitritt der in der französischen Zone gelegenen Institute vorangingen, siehe Lewis, *Kalter Krieg in der MPG*, 2004. Siehe auch unten, Kap. II.2.4, 56.

115 Anerkennung der MPG durch die drei Besatzungsmächte vom 8.7.1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 72, 231–232.

116 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 314–316. Auszug aus dem Senatsprotokoll [der MPG] vom 18.11.1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 74, 233.

117 Protokoll der 6. Sitzung des Senates vom 18.11.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 6.SP, fol. 88.

118 Zum Folgenden ausführlich Balcar, *Ursprünge*, 2019, 80–85.

119 Ausführlich Lönnendonker, *Freie Universität Berlin*, 1988.

120 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 72–74 u. 152–154; Hoffmann, *Physikochemiker und Stalinist*, 1991, 69–70.

Der Streit um die Grundstücke in Dahlem zog sich fast ein Jahrzehnt hin und wurde erst durch einen Vertrag, den KWG und MPG am 5. Juli 1957 mit dem Land Berlin abschlossen, endgültig beigelegt.¹²¹ Es dauerte deswegen so lange, weil gleichzeitig die Finanzierung der Berliner Institute zu klären war. Mit dem Abschluss des Königsteiner Abkommens im Jahr 1949, von dem noch ausführlicher die Rede sein wird, schien dies vom Tisch, doch konnten sich Berlin und die MPG lange nicht auf die Bedingungen verständigen, zu denen die Berliner Institute der MPG beitreten sollten. Umstritten war nicht nur, welche Institute in die MPG aufgenommen werden sollten, sondern auch, welchen Einfluss der Berliner Senat auf die Forschungseinrichtungen in Dahlem künftig haben sollte. Dass die Berliner Seite immer wieder neue Forderungen erhob, erschwerte eine Einigung zusätzlich. Als unannehmbar bezeichnete die MPG den wiederholt vorgebrachten Wunsch, die Generalverwaltung an die Spree zurückzuverlegen.¹²² Einen wichtigen Schritt zur Beilegung des Konflikts markierte der wechselseitige Austausch von Vertretern in den jeweiligen Leitungsgremien: Der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) und Erwin Stein (CDU), der hessische Kultus- und Justizminister, wurden als Repräsentanten der Deutschen Forschungshochschule in den Senat der MPG aufgenommen, Ernst Telschow sowie später auch Max v. Laue und Otto Warburg als Vertreter der MPG in den Stiftungsrat der Forschungshochschule.¹²³ Danach kam eine Einigung in der Sache relativ rasch zustande: Die MPG verpflichtete sich, »keines der jetzt in Berlin arbeitenden Institute zu verlegen«, und sicherte der Stadt Berlin in den Kuratorien der in Dahlem gelegenen Max-Planck-Institute jeweils zwei Sitze zu.¹²⁴ Im Gegenzug konzidierte der Stiftungsrat der Deutschen Forschungshochschule, dass die Berliner Institutsdirektoren zwar »von den zuständigen Organen der Forschungshochschule« bestellt werden sollten, jedoch »nur mit Zustimmung des Wissenschaftlichen Rates und

des Senats der MPG«.¹²⁵ Daraufhin gab Ernst Reuter die Auflösung der Stiftung zum 30. Juni 1953 bekannt und zum 1. Juli 1953 übernahm die MPG die Einrichtungen der Deutschen Forschungshochschule. Ihre Betreuung erfolgte durch das Berliner Büro der MPG, das nun als Verwaltungsstelle Berlin der Max-Planck-Gesellschaft firmierte und wie bisher unter der Leitung des Telschow-Vertrauten Walther Forstmann stand.¹²⁶

Mit der Abwicklung der Deutschen Forschungshochschule fielen die in Berlin verbliebenen Institute und Abteilungen der KWG an die MPG. Darunter befand sich mit dem ehemaligen KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, das nach der Gründung eines Parallelinstituts in Göttingen in Fritz-Haber-Institut (FHI) der MPG umbenannt worden war, eine der ältesten und renommiertesten Forschungseinrichtungen der KWG.¹²⁷ Mit Otto Warburg konnte die MPG zudem einen weiteren Nobelpreisträger in ihren Reihen begrüßen. Formell zu Ende ging die Geschichte der KWG am 21. Juni 1960. An diesem Tag rang sich eine außerordentliche Hauptversammlung dazu durch, die Auflösung der KWG in einem »schmerzlichen Schlußakt« förmlich zu beschließen.¹²⁸ Damit war die KWG endgültig Geschichte.

2.3 Finanzgeschichte – Verstaatlichung und Zentralisierung

Der Übergang von der KWG zur MPG markiert den tiefsten Einschnitt in der Finanzgeschichte der Gesellschaft. Die 1911 gegründete KWG hatte sich etwa zur Hälfte aus Spenden der Wirtschaft und der Industrie finanziert und die andere Hälfte ihrer Mittel von der öffentlichen Hand bezogen.¹²⁹ Zwar fällt der Anteil des Staats an der Finanzierung der KWG höher aus, wenn man etwa die zur Verfügung gestellten Grundstücke in Dahlem mit einrechnet und bedenkt, dass dieser Anteil in manchen

¹²¹ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 376.

¹²² Ernst Reuter an Otto Hahn vom 21.3.1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 7.SP, fol. 256.

¹²³ Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 133 u. 140.

¹²⁴ Protokoll der 15. Sitzung des Senates vom 11.11.1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 15.SP, fol. 165.

¹²⁵ Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 140.

¹²⁶ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 347.

¹²⁷ Zur Wiedereingliederung des FHI in die MPG siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 617–623; James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 151–155.

¹²⁸ Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V.i.L durch die Außerordentliche Hauptversammlung am 21.6.1960, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 84, 249–250, Zitat 250.

¹²⁹ Allerdings war die Staatsquote starken Schwankungen unterworfen und variierte von KWI zu KWI, weil der Anteil an Spenden und Zuschüssen aus der Wirtschaft sehr unterschiedlich war. Nach Berechnungen von Rüdiger Hachtmann lag die Staatsquote der KWG insgesamt 1924 bei 34,4 Prozent, 1936 bei 84 und 1938 noch bei 70 Prozent, bevor sie 1944 wieder auf 59,3 Prozent absank. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1264 (Tabelle 2.1).

Jahren tatsächlich größer war als offiziell ausgewiesen, und wenn man berücksichtigt, dass die staatlichen Zuschüsse, die die KWG im Zuge der forcierten Rüstungsforschung vor und während des Zweiten Weltkriegs erhielt, tendenziell deutlich zunahm. Dennoch hat die Wirtschaft stets einen signifikanten Teil der Einnahmen der KWG bestritten, während die MPG schon unmittelbar nach ihrer Gründung fast völlig von Zuschüssen der öffentlichen Hand abhängig war,¹³⁰ die sie in Form von Globalzuweisungen erhielt. Das bewirkte einen gewaltigen Zentralisierungsschub, da die Institute dadurch ihr Mitspracherecht in den Finanzverhandlungen mit den Geldgebern verloren¹³¹ – eine dauerhafte Weichenstellung, die bis heute nachwirkt.

Anfangs zehrte die in Göttingen untergekommene Generalverwaltung von Mitteln der KWG, die Ernst Telschow im Frühjahr 1945 gerade noch rechtzeitig von Berlin nach Göttingen transferiert hatte. Sie stammten aus zwei Spenden in Höhe von jeweils einer Million RM. Die erste hatte die Fördergemeinschaft der deutschen Industrie der KWG 1944 zur Verfügung gestellt, die zweite hatte Telschow auf Vermittlung von Hermann v. Siemens erhalten, und zwar explizit »zur Verwendung nach meinem Ermessen für den Betrieb der Institute und der Generalverwaltung«.¹³² Um den Zugriff auf diese Mittel entbrannte nach Kriegsende zwischen Berlin und Göttingen ein heftiger Streit. Einmal mehr war es vor allem der Unterstützung der Briten zu verdanken, dass Telschow sich im Sommer 1945 im Kampf um die Konten der KWG gegen Havemann durchsetzte.¹³³ Zwar reichte dieses Geld, wie Telschow Ende Juli 1945 schrieb, selbst »bei größter Sparsamkeit« nur für »ein halbes bis ein Jahr«.¹³⁴ Immerhin sicherte aber dieser Notgroschen nicht nur das finanzielle Überleben der Kaiser-Wilhelm-Institute in der unmittelbaren Nachkriegszeit, sondern förderte auch deren Anhänglichkeit an die Generalverwaltung in Göt-

tingen, auf deren Zahlungen die Institute in Ermangelung anderer Geldquellen angewiesen waren. Telschows eiserne Reserve stellte eine finanzielle Klammer dar, die ein Auseinanderdriften der bei Kriegsende vor allem über Süddeutschland verteilten Forschungsstätten verhinderte und deren provisorischen Weiterbetrieb ermöglichte. Das war eine weitere Voraussetzung, um den Verbund der Institute der KWG über den Zusammenbruch von 1945 hinweg zu erhalten.

Die Währungsreform vom Juni 1948, die schlagartig sämtliche noch verbliebenen Rücklagen der KWG entwertete, vergrößerte die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Institute. Da sich die vormaligen Geldgeber aus der Industrie nach Kriegsende selbst in einer schweren Krise befanden, war die MPG schon frühzeitig auf staatliche Zuschüsse angewiesen, um den Betrieb der Institute aufrechtzuerhalten. Seinerzeit existierte noch kein (west-)deutscher Staat, sodass als Zuschussgeber nur die Länder infrage kamen. Hinsichtlich des Modus der Forschungsfinanzierung gab es allerdings zunächst große Unterschiede zwischen den drei westlichen Besatzungszonen: In der französischen und in der US-Zone erfolgte die Finanzierung der Institute durch die jeweiligen Länder, also dezentral, in der britischen Zone dagegen ab April 1947 durch das Zentralhaushaltsamt.¹³⁵ Auch die Bildung der Bizone änderte nichts an den unterschiedlichen Finanzierungsmodi, obwohl die MPG deren Gründung zum Anlass nahm, auf eine Ausweitung ihrer Finanzbasis zu drängen, und zu diesem Zweck – überhaupt erstmals! – einen Stellenplan vorlegte.¹³⁶

Das Modell der dezentralen Finanzierung brachte zwei gravierende Nachteile mit sich: Erstens bedeuteten die jährlich wiederkehrenden Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzministerium des Sitzlandes eine Belastung für die Institute, zweitens warf dieses Modell – aus der Perspektive der Geldgeber – die Frage auf, wie überregio-

130 So schon die zeitgenössische Feststellung im Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG über die bei der MPG durchgeführte Prüfung der Übernahmebilanz zum 21.6.1948 und des Rechnungsabschlusses (Generalverwaltung »Öffentliche Mittel«) zum 31.3.1949 (gez. Dr. Bösselmann, gez. Dr. Jacobs), Bl. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 68. – Ein knapper Überblick über die Finanzgeschichte von KWG und MPG bei Hachtmann, *Strukturen, Finanzen und das Verhältnis zur Politik*, 2010. Siehe dazu auch Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 86–92.

131 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 97–98. Die stark steigenden staatlichen Zuschüsse, die einen zügigen Wiederaufbau der Infrastruktur ermöglichten, entzog möglicher Kritik aus den Instituten jegliche Grundlage. Siehe zur Entwicklung des Haushalts der MPG unten, Anhang 1, Tabelle 1 und Anhang, Grafik 2.6.

132 Ernst Telschow, Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: FS Hahn, Bl. 3, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186. In der Chronik der KWG/MPG liest man eine etwas andere Darstellung: Danach habe die »Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie« der KWG im Februar 1945 zwei Millionen RM gespendet, und zwar »mit Rücksicht auf die großen Aufgaben – insbesondere auch für die Notwendigkeiten, die sich nach dem Kriege ergeben«. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 264.

133 Oexle, Göttingen, 1994, 46. Siehe dazu und zur Rolle, die Erika Bollmann bei diesem Transfer spielte, Kolboske, *Hierarchien*, 2023, 109.

134 Zitiert nach Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 422.

135 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 97; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 292.

136 Adressat war die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, die Vorläuferin des Bundesfinanzministeriums. Protokoll der 2. Sitzung des Senates vom 18.7.1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 2.SP, fol. 3.

nal relevante Forschungseinrichtungen künftig finanziert werden sollten. Die »begrenzte Finanzkraft«, erkannte rückblickend Kurt Pfuhl aus der Generalverwaltung, zwang »die nach 1945 überwiegend neu geschaffenen Gebietskörperschaften zu einer Koordinierung, ja Kombination ihrer Förderungsmaßnahmen«. ¹³⁷ Auch ein Land wie Bayern mit einer langen staatlichen Tradition konnte diese Last aufgrund seiner eklatanten Finanzschwäche nicht allein stemmen. ¹³⁸ Deswegen verfiel der in der Bayerischen Staatskanzlei tätige Friedrich Glum im März 1947 auf die Idee, die überregional bedeutsamen Forschungsinstitute von den Ländern gemeinsam finanzieren zu lassen. Bei den Verhandlungen über ein Staatsabkommen zwischen den Ländern der US-Zone, mit dem die Finanzierung der Deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem geregelt werden sollte, verknüpfte Glum ohne Wissen der Amerikaner die Finanzierung der Forschungshochschule mit der Finanzierung der Forschungsinstitute in den Ländern der US-Zone. ¹³⁹ Aus den Verhandlungen der Länder Bayern, Hessen und Württemberg-Baden resultierten zwei Dokumente, die als »Vorläufer« des Königsteiner Abkommens gelten können: ¹⁴⁰ zum einen ein Staatsabkommen, mit dem die Deutsche Forschungshochschule in Form einer Stiftung des öffentlichen Rechts ins Leben gerufen wurde, zum anderen ein Staatsvertrag, der die Finanzierung von Forschungsinstituten mit überregionaler Bedeutung in der US-Zone regelte. ¹⁴¹ Der Kernsatz des Staatsvertrags lautete, dass die Verantwortung für die »herrenlos« gewordenen Institute, die zuvor »ganz oder teilweise vom Reich verwaltet und finanziert« worden waren, »in Zukunft nicht mehr durch ein Reichskultusministerium getragen werden [kann], sondern ihre Verwaltung und Finanzierung [...] von den deutschen Staaten gemeinsam geregelt werden müssen«. ¹⁴² Damit stellten die Länder der US-Zone frühzeitig die Weichen für die künftige Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Deutschland.

Am 10. März 1948 beantragte Otto Hahn bei der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets eine einheitliche Finanzierung der MPG. Die daraufhin gebildete »Kommission für die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft«, sollte Wege ausloten, um die Alimentierung der Forschungsstätten in der Bizone zu gewährleisten. ¹⁴³ Da die Kultusminister einmal mehr auf die Zuständigkeit der Länder in Kultusangelegenheiten pochten, sodass die Bizone als Geldgeber nicht infrage kam, schlug die Kommission vor, den in der US-Zone 1947 geschlossenen Staatsvertrag für den Beitritt der Länder aus der britischen und der französischen Zone zu öffnen. Zugleich stellte die Kommission drei Grundsätze für die künftige Finanzierung außeruniversitärer Forschungsinstitute auf: Sie sollte, erstens, die »materiellen Voraussetzungen« schaffen, dass Wissenschaft und Forschung »einen wirksamen Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Deutschlands« leisten konnten, zweitens »die für Forschungszwecke verfügbaren Mittel so ökonomisch wie möglich« einsetzen und drittens sicherstellen, »daß im künftigen Bundesstaat Kultur- und Wissenschaftspflege grundsätzlich Aufgabe der Länder sein werden«. ¹⁴⁴ Das war der Startschuss für die Verhandlungen zwischen den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, die im April 1949 zum Königsteiner Abkommen führten, dem »forschungspolitischen ›Grundgesetz‹ der jungen Bundesrepublik«. ¹⁴⁵

Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch schwierig: Erstens musste ein Finanzierungsschlüssel gefunden, zweitens festgelegt werden, welche Institute überhaupt als förderungswürdig gelten sollten. ¹⁴⁶ Die Generalverwaltung der MPG in Göttingen opponierte zunächst vehement gegen die Ausweitung des 1947 von den Ländern der US-Zone geschlossenen Staatsvertrags. Telschow wetterte, dass dies von Ländern wie Bayern ausgehe, die bis dato »niemals etwas für die Forschung getan hätten«. ¹⁴⁷

137 Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 285.

138 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001; Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 125.

139 Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 56–58. Eine Aufstellung der Institute, die mittels des Staatsvertrags von den drei Ländern gemeinsam finanziert werden sollten, findet sich ebd., 59–60. Zum Folgenden siehe ebd., 61–74.

140 Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 126. Bremen und Berlin traten beiden Vereinbarungen am 25.2.1948 bei.

141 Auch hier galt der Verteilungsschlüssel, der zur Finanzierung der Deutschen Forschungshochschule festgelegt worden war: Bayern bestritt 50 Prozent der Kosten, Hessen und Württemberg-Baden je 25 Prozent. Begründung zum Staatsabkommen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute, undatiert, abgedruckt in: Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 197–201, 200.

142 Ebd., 197.

143 Siehe dazu und zum Folgenden Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 286–287.

144 Zitiert nach Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 75–76. Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 289.

145 Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 125, sowie unten, Kap. IV.2.1, 479.

146 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 53; Pfuhl, Königsteiner Staatsabkommen, 1959, 288.

147 Zitiert nach Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 126.

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Koenen, sprang der MPG bei und blockierte die Initiative zunächst. Erst die schwierige Haushaltslage der Länder infolge der Währungsreform vom Juni 1948 und die Einsetzung des Parlamentarischen Rats im September 1948, mit der sich die Gründung eines westdeutschen Bundesstaats abzeichnete, brachten wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen. Im Juni 1948 trat die »Flurbereinigungskommission« des Länderrats zusammen, die – argwöhnisch beäugt von der MPG, die Eingriffe in ihren Besitzstand fürchtete – klären sollte, welche Forschungsinstitute als überregional relevant anzusehen waren und wie diese künftig finanziert werden sollten.¹⁴⁸ Die Verhandlungen zogen sich jedoch der unterschiedlichen Interessen der Länder wegen in die Länge. Erst am 24. März 1949 gelang es den Kultusministern der Länder, eine Einigung zu erzielen – buchstäblich in letzter Minute, da bereits am 1. April das neue Haushaltsjahr begann.¹⁴⁹

Das Königsteiner Abkommen, das am 1. April 1949 in Kraft trat, regelte nicht nur die Finanzierung der MPG und ihrer Institute sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Es enthielt darüber hinaus eine Liste von 53 Instituten, die künftig ebenfalls durch die Ländergemeinschaft alimentiert wurden.¹⁵⁰ Um die Einigung zu ermöglichen, hatten sich die Kultusminister in Königstein darauf verständigt, »nicht in ›sachliche Debatten‹ einzutreten«, sondern die Institute rein schematisch »nach der Höhe ihres Jahresetats in regionale, überregionale und zentrale Forschungseinrichtungen« einzuteilen.¹⁵¹ Der Umlage-schlüssel sah vor, dass die Länder zwei Drittel der jeweils notwendigen Gesamtsumme im Verhältnis ihrer Steuereinnahmen, ein Drittel nach ihrem Bevölkerungsanteil beisteuern mussten. Hinzu kam die »Interessenquote« der jeweiligen Sitzländer, die bei Max-Planck-Instituten 12,5 Prozent, bei den übrigen Forschungsinstituten 25 Prozent und bei Museen 30 Prozent betrug.¹⁵² Das Königsteiner Abkommen fixierte die Finanzierung der

MPG und ihrer Institute durch die Ländergemeinschaft der Trizone, die mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 zur Bundesrepublik wurde. »Gegenüber den Finanzierungsstrukturen der KWG war diese Zentralisierung der Finanzpolitik innerhalb der MPG ein organisationspolitisches Novum.«¹⁵³ Zwei Faktoren hatten für die Einigung der Länder den Ausschlag gegeben: Erstens ließ sich so der Widerstand der Franzosen gegen einen Zusammenschluss aller ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in den drei Westzonen überwinden.¹⁵⁴ Zweitens untermauerten die Länder dadurch ihre Kultushoheit.¹⁵⁵ Einer Bundesfinanzierung schoben sie bereits mit dem ersten Satz des Königsteiner Abkommens einen Riegel vor, indem sie betonten: »Die Länder der drei Westzonen betrachten die Förderung der Wissenschaft grundsätzlich als eine Aufgabe der Länder.«¹⁵⁶

Unter dem Druck der politischen Strukturen und Ereignisse fanden die Länder die Kraft zu einem weitsichtigen Kompromiss. Der in Königstein ausgehandelte Finanzierungsmechanismus »ergab den gewollten Ausgleich zwischen Kulturhoheit der Länder und länderübergreifenden Schwerpunktsetzungen in der Forschung, denen sich der Bund später als weitere Kraft anschließen konnte.«¹⁵⁷ Die Königsteiner Formel ermöglichte eine zeitgemäße Wissenschaftsförderung auf föderaler Grundlage. Zudem trug die dezentrale Lösung dazu bei, die im Ausland damals noch weitverbreiteten und tief-sitzenden Ängste vor Deutschland zu mindern. Dies war wiederum eine Voraussetzung für die Einbindung der westdeutschen Wissenschaft in europäische Kontexte, die in den 1950er-Jahren parallel zu gleichartigen Bestrebungen auf der politischen Ebene einsetzte. Am meisten profitierte allerdings die MPG vom Königsteiner Abkommen. Sie blieb durch diese Art der Finanzierung frei vom Zugriff einer einzigen Exekutive – eine langfristig wirksame Weichenstellung, denn auch der Bund bzw. die Bundesministerien mussten sich später in diese Strukturen einfügen. Das war die Voraussetzung dafür, dass die

148 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 99–100.

149 Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 126–127.

150 Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1.4.1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 71, 227–231. – Eine ausführliche Analyse bei Pfuhl, *Öffentliche Forschungsorganisation*, 1958, 116–164.

151 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 259–260.

152 Pfuhl, *Königsteiner Staatsabkommen*, 1959, 290.

153 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 97–98.

154 Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 453.

155 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 102–104.

156 Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1.4.1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 71, 227–231, Zitat 227.

157 Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 459.

MPG ihre Autonomie gegenüber der Politik bewahren konnte, obwohl sie weitgehend von staatlichen Finanzmitteln abhängig war.

Aus dieser Abhängigkeit ergaben sich aber mehrere Probleme. Die »Gründungskrise« der Bundesrepublik zwang die Länderregierungen, viel Geld zur Bewältigung der Kriegsfolgelasten aufzuwenden.¹⁵⁸ Hinter dieser gewaltigen Aufgabe musste der Wiederaufbau der Wissenschaft zurückstehen. Die MPG reagierte auf die knappen Mittel mit einer Selbstbeschränkung, das heißt mit der Auf- oder Abgabe von Forschungseinrichtungen: Das galt für das in Berlin-Dahlem beheimatete KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, von dem schließlich nur die Abteilung für experimentelle Erbpathologie unter Hans Nachtsheim weitergeführt wurde.¹⁵⁹ Ebenfalls aufgegeben wurde das benachbarte Deutsche Etymologische Institut in der KWG, das später in der DDR in anderer Trägerschaft fortexistierte. Hinzu kamen die im Ausland gelegenen Institute, auf die die MPG keinen Zugriff hatte.¹⁶⁰ Aufgrund von Haushaltskürzungen war es ebenfalls nicht mehr möglich, das Institut für Phonometrie in der Verwaltung der MPG zu belassen und das am Bodensee gelegene Institut für Seenforschung und Seenbewirtschaftung weiter zu finanzieren.¹⁶¹

Die Finanzierung nach dem Königsteiner Schlüssel fachte zudem die Konkurrenz zwischen den Ländern an. Otto Hahn seufzte schon im Sommer 1949, dass »diejenigen Länder, in denen bereits eine Massierung von Forschungs-Instituten z. T. durch die seinerzeit vorgenommene Verlagerungen aus Berlin zu verzeichnen« war, auf »eine Zentralisation der Forschung« drängten, während die anderen Länder, »die keine Institute haben, aber die Max-Planck-Gesellschaft finanziell unterstützen«,

eine »Dezentralisation« der MPG forderten, um auch in den Genuss von Max-Planck-Instituten zu kommen.¹⁶² Bundesländer, die nach eigener Auffassung in Königstein zu kurz gekommen waren, versuchten später, auf eigene Faust Änderungen durchzusetzen. Für die MPG konnte dies nachteilige Folgen haben. So hatte beispielsweise Rheinland-Pfalz bis zuletzt darauf gedrängt, das vormalige KWI für Rebenzüchtung in die gemeinsame Finanzierung durch die Ländergemeinschaft aufzunehmen, was die MPG ablehnte, weil sie dem Institut keine überregionale Bedeutung beimaß.¹⁶³ Dem Senat der MPG war durchaus bewusst, dass er dadurch »die Finanzierung der MPG von seiten des Landes Rheinland-Pfalz« gefährdete.¹⁶⁴ So kam es denn auch: Rheinland-Pfalz als Sitzland kürzte eigenmächtig die Zuschüsse an die MPG, um mit dem eingesparten Geld das Institut für Rebenzüchtung zu finanzieren.¹⁶⁵

Wie sehr die MPG angesichts der kriegsbedingten Verlagerung des Großteils der Forschungseinrichtungen der KWG und infolge der Finanzierung durch die Ländergemeinschaft zum Spielball der Länderkonkurrenz geworden war, verdeutlichen die Streitereien um das MPI für Silikatforschung. Das ursprünglich in Dahlem ansässige KWI für Silikatforschung war 1943 weitgehend in ländliche Regionen Unterfrankens verlagert worden. Nach Kriegsende zeigte der Freistaat Bayern zunächst kein Interesse an dem Institut. Die Wirtschaftsverbände der Glas- und Keramikindustrie, für die das Institut eine wichtige Rolle als Innovationsmotor spielte, drängten auf seine Verlegung nach Aachen. Als der Umzug bereits unter Dach und Fach zu sein schien, wurden plötzlich Stimmen aus Unterfranken laut, die aus regionalpolitischen Gründen eine Ansiedlung des Instituts in Würz-

158 Hockerts, *Integration der Gesellschaft*, 1986.

159 Sachse, »als Neugründung zu deutender Beschluss...«, 2011, besonders 34–38.

160 Dazu zählten das in Piräus ansässige Deutsch-Griechische Institut für Biologie, die Biologische Station Lunz, das Schlesische Kohlenforschungsinstitut in Breslau, das KWI für Kulturpflanzenforschung in Wien mit dem ihm angeschlossenen Versuchsgut Tuttenhof in Niederösterreich, von dem später die in Dahlem ansässige Abteilung für Kulturpflanzen unter ihrer Leiterin Elisabeth Schiemann in die MPG zurückkehrte, das in der Nähe von Sofia gelegene Deutsch-Bulgarische Institut für landwirtschaftliche Forschung, das ab 1948 von seinem deutschen Direktor Arnold Scheibe als Forschungsstelle für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung in der MPG auf Gut Neuhof weiterbetrieben wurde, das Deutsch-Italienische Institut für Meeresbiologie in Rovigno, dessen deutscher Teil unter dem Direktor Joachim Hämmerling zunächst nach Langenargen verlagert und 1947 als KWI für Meeresbiologie in Wilhelmshaven neu gegründet wurde, die Observatorien des Sonnenblick-Vereins in Österreich, die auf die Wiener Akademie der Wissenschaften übergangen, sowie das in der Mark Brandenburg gelegene KWI für Rebenzüchtungsforschung. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 332–333.

161 Ebd., 309.

162 Auszug aus dem Bericht Otto Hahns im Senat der MPG am 22.7.1949, zitiert nach ebd., 307.

163 Protokoll der 3. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.1.1950, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 3.VP, fol. 5. – Das Institut war 1942 aus dem KWI für Züchtungsforschung ausgegliedert und in ein eigenständiges KWI mit Sitz in Müncheberg umgewandelt worden. 1945 wurde das Institut zunächst nach Würzburg verlagert, 1947 in die Forschungsgesellschaft für Rebenzüchtung GmbH umgewandelt und in die Nähe von Landau in der Pfalz verlegt. Im November 1949 lehnte der Senat seine Aufnahme in die MPG ab. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1449–1450.

164 Protokoll der 5. Sitzung des Senates vom 22.7.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 5.SP, fol. 48.

165 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984, 265; Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 104.

burg verlangten. Ende Juni 1949 fasste der Bayerische Landtag einen Beschluss, der die Annahme des Königsteiner Abkommens vom Verbleib des MPI für Silikatforschung in Würzburg abhängig machte. Nachdem Nordrhein-Westfalen zähneknirsch dem Drängen Bayerns nachgegeben hatte, fügte sich auch der Senat der MPG ins Unvermeidliche und beschloss – auf einen in scharfem Ton gehaltenen Brief des bayerischen Kultusministers Alois Hundhammer (CSU) hin, der der MPG unverhohlen mit der Kürzung der bayerischen Zuschüsse gedroht hatte – am 18. November 1949, das MPI für Silikatforschung in Würzburg zu belassen.¹⁶⁶ Standortkonkurrenz und Länderproporz machten der MPG kontinuierlich zu schaffen, und zwar im Grunde bis heute. Das war der Preis, den die MPG für die Finanzierung durch die Ländergemeinschaft entrichten musste.

2.4 Zur Governance – Politik- und Industrieferne als Überlebensstrategie

Anders als bei der Finanzierung markierte die Wiedergründung der KWG als MPG keinen Bruch in der Governance der Organisation, und zwar weder in den Strukturen noch bei den Personen. Neu war hauptsächlich, dass sich die MPG in ihrer Satzung vom Februar 1948 gegen jede Einflussnahme von außen verwahrte. Explizit erklärte sie sich sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft gegenüber für unabhängig.¹⁶⁷ Damit gab die MPG dem Druck der Westmächte nach, die vor allem der militärischen Nutzung von Forschungsergebnissen einen Riegel vorschieben wollten. Es war bereits die Rede davon, dass die Amerikaner ihre Zustimmung zur Ausdehnung der MPG auf die Bizone von einer solchen Klausel abhängig gemacht hatten.¹⁶⁸ Die MPG akzeptierte diese Bedingung, zumal man schnell erkannte, dass sie zugleich als Schutzwall gegen jeden Versuch der Einflussnahme staatlicher Stellen diente. Dies trug gerade in ihrer Gründungsphase dazu bei, dass die MPG ihre Handlungsauto-

nomie in der Wissenschaftspolitik wahren konnte, obwohl sie weitgehend von den Zuschüssen der öffentlichen Hand abhängig geworden war. Auf diese Weise leistete die MPG einen Beitrag zur Festigung der Autonomie der Wissenschaft gegenüber politisch-ideologisch motivierten Steuerungsansprüchen – ein Punkt, an dem sich die Bundesrepublik wohltuend vom NS-Staat wie auch von der DDR unterschied.

Was die Rechtsform betrifft, so wurde die MPG – wie schon die KWG – als »eingetragener Verein«, das heißt als privatrechtliche Organisation ins Leben gerufen. In dieser Verfasstheit fand die »wissenschaftliche Autonomie der Max-Planck-Gesellschaft [...] sinnfälligen Ausdruck und zugleich rechtliche Kontur«.¹⁶⁹ Auch der innere Aufbau des Leitungsgefüges der MPG – der Gremien und ihrer wechselseitigen Beziehungen – gemahnte stark an die KWG.¹⁷⁰ Zwei Leitungsorgane, die Mitgliederversammlung und der Vorstand, waren aufgrund der Rechtsform als eingetragener Verein vorgegeben. Als Mitgliederversammlung fungierte die jährlich zusammentretende Hauptversammlung der MPG, zu der alle Mitglieder eingeladen waren: Fördernde und Wissenschaftliche Mitglieder, Mitglieder von Amts wegen und Ehrenmitglieder. Ihr wichtigsten Aufgaben bestanden in der Wahl der Senatoren, der Prüfung der Jahresrechnungen und der Genehmigung von Satzungsänderungen, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Da sie in der Regel nur Entscheidungen nachvollzog, die andere Gremien zuvor gefällt hatten, diente die Hauptversammlung in erster Linie der Selbstdarstellung der MPG »gegenüber Staat und allgemeiner Öffentlichkeit«.¹⁷¹ Als Vorstand im Sinne des Vereinsrechts fungierte der Verwaltungsrat der MPG, der in der KWG als »Verwaltungsausschuss« firmiert hatte.¹⁷² Ihm gehörten qua Amt der Präsident, die Vizepräsidenten, der Schatzmeister und der Schriftführer nebst ihren Stellvertretern sowie der Generalsekretär an. Dem Verwaltungsrat oblag die »Führung der laufenden Geschäfte« und die »Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft«. In der Gründungsphase der MPG beschränkte

¹⁶⁶ Eine eingehende Analyse der Gründungsgeschichte des MPI für Silikatforschung bei Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 49–83. Siehe auch Deutinger, *Kommunale Wissenschaftspolitik*, 1999.

¹⁶⁷ Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 67, 211–220, 211.

¹⁶⁸ Siehe dazu Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 78.

¹⁶⁹ Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 19. Dazu und zum Folgenden ausführlich unten, Kap. IV.4.2.

¹⁷⁰ Eine detaillierte Analyse der Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Gremien bietet Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 24–42. Siehe dazu auch Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 79–81. – Die folgende Analyse bezieht sich auf die Erste Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 67, 211–220. Siehe zum Folgenden auch Balcar, *Ursprünge*, 2019, 112–116.

¹⁷¹ Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 80.

¹⁷² Die Satzung der KWG vom 11.1.1911 ist abgedruckt in: Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 899–903. Zum Verwaltungsausschuss der KWG siehe die §§ 7 und 12–13.

sich seine Rolle weitgehend darauf, die Beschlüsse des Senats vorzubereiten; die Entscheidungen selbst fällt er dagegen nicht.

Der Wissenschaftliche Rat, der ebenfalls aus der KWG übernommen wurde, fungierte als Vertretungskörperschaft der Wissenschaftlichen Mitglieder. Anfangs bestand er aus zwei Sektionen, der Biologisch-Medizinischen (BMS) und der Chemisch-Physikalisch-Technischen (CPTS); 1950 kam, wie schon früher in der KWG, eine Geisteswissenschaftliche Sektion (GWS) hinzu.¹⁷³ Das Problem des Wissenschaftlichen Rats bestand von Anfang an darin, dass er über keine klar umrissenen Zuständigkeiten verfügte, denn an dieser Stelle blieb die Satzung erstaunlich schwammig. Daher wirkte er im Gefüge der Satzung von 1948 fast wie ein fünftes Rad am Wagen.

Das zentrale Leitungsgremium der MPG war der Senat, der aus von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern und Mitgliedern von Amts wegen bestand, wobei Letztere zunächst ausnahmslos MPG-Funktionsträger waren und nicht länger Vertreter der Politik. Die Satzung von 1948 stellte damit nicht lediglich den Zustand wieder her, der vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Senat der KWG geherrscht hatte, sondern entzog den Regierungen in Bund und Ländern das Recht, eigene Vertreter in den Senat der MPG zu entsenden. Die Forderung der Amerikaner, die MPG müsse unabhängig vom Staat bleiben, fand auch in dieser Bestimmung ihren Niederschlag. Dem Senat oblagen zentrale Aufgaben: Zum einen wählte er die leitenden Repräsentanten der Gesellschaft, allen voran den Präsidenten, zum anderen verfügte er über umfassende Entscheidungskompetenzen. Darunter fiel die Aufnahme bzw. der Ausschluss von »Mitgliedsinstituten«, die Ernennung von Wissenschaftlichen Mitgliedern sowie die Aufstellung des Haushaltsplans und des Jahresberichts. Dass der Senat in der Gründungsphase der MPG zu ihrem eigentlichen Entscheidungszentrum avancierte und damit weit mehr war als ein bloßer »Aufsichtsrat«,¹⁷⁴ lag an drei Faktoren: der geringen Mitgliederzahl dieses Gremiums, seiner hochrangigen personellen Besetzung und der damals noch überschaubaren Größe der MPG.

Zwischen 1948 und 1954 gehörten dem Senat insgesamt 39 Männer an,¹⁷⁵ das Gremium blieb in der Gründungsphase also eine reine Herrenrunde, ganz wie schon der Senat der KWG. Im Februar 1948 wählte die Gründungsversammlung den Präsidenten und elf Senatoren,

hinzukamen von Amts wegen der Generalsekretär und die Vorsitzenden der beiden Sektionen des Wissenschaftlichen Rats. Mit der Gründung der Geisteswissenschaftlichen Sektion folgte auch deren Vorsitzender sowie der zweite Generalsekretär als weitere Amtssenatoren. Im April 1951 schied satzungsgemäß die Hälfte der Wahl-senatoren aus, die indes größtenteils wiedergewählt wurden. Bereits zuvor hatte der Senat weitere Mitglieder kooptiert, indem er sie der Hauptversammlung zur Zuwahl vorgeschlagen hatte, oder zu Ehrenmitgliedern ernannt. Unter den 39 Senatoren, die dem Senat zwischen 1948 und 1954 angehörten, befanden sich 29 Wahl-senatoren, sechs Mitglieder von Amts wegen, drei Ehrensensatoren und der Präsident. Die Gründungsmannschaft aus dem Februar 1948 bestand aus sieben Wissenschaftlern, drei Wirtschaftsvertretern und zwei Politikern, die allerdings nicht als Regierungsvertreter, sondern *ad personam* gewählt worden waren. Zählt man die Personen hinzu, die bis 1954 hinzugewählt wurden, gehörten dem Senat in der ersten Phase 17 Wissenschaftler, elf Wirtschaftsvertreter und acht Politiker an, von denen allerdings nur zwei in ihre politische Funktion gewählt worden waren. Hinzukamen die beiden Generalsekretäre Ernst Telschow und Otto Benecke sowie Hans Böckler, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Die Wissenschaftler, die anfangs den Senat dominierten, hatten fast alle bereits vor 1933 Leitungsfunktionen in der KWG ausgeübt. Insofern charakterisierte ein hohes Maß an personeller Kontinuität den Neustart. Die MPG hielt es wie der entstehende Weststaat, der seine personelle Erstausrüstung für Politik und Wirtschaft weitgehend aus der Weimarer Republik übernahm. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung war der Senat der MPG allerdings sehr viel »wissenschaftlicher«, als es der Senat der KWG je gewesen war. Zudem handelte es sich bei den Wissenschaftlern durch die Bank um Hochkaräter wie Werner Heisenberg, Max v. Laue, Richard Kuhn, Heinrich Wieland oder Adolf Windaus; eine höhere Dichte an Nobelpreisträgern gab es in diesem Gremium nie, weder früher noch später. Vertreter von Politik und Wirtschaft, die im Senat der KWG ein Übergewicht besessen hatten,¹⁷⁶ fehlten im ersten Senat der MPG zwar nicht gänzlich, blieben jedoch gegenüber den Wissenschaftlern eindeutig in der Minderheit. Zudem achtete man – jedenfalls anfangs – peinlich genau darauf, nur Personen aufzunehmen, die unbelastet aus der NS-Zeit hervorgegangen waren.

173 Protokoll der 9. Sitzung des Senates vom 4.10.1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 9.SP, fol. 48–49.

174 Als solchen bezeichnet ihn Meusel, *Außeruniversitäre Forschung*, 1999, 79.

175 Die folgende Analyse basiert auf den Aufstellungen bei Heinemann, *Wiederaufbau der KWG*, 1990, 467–469.

176 Siehe die Aufstellungen bei vom Brocke, *KWG in der Weimarer Republik*, 1990, 349–355, und bei Albrecht und Hermann, *KWG im Dritten Reich*, 1990, 403–406. Siehe auch Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1082–1084.

Im Februar 1948 bestand die Riege der Wirtschaftskapitäne aus lediglich drei Männern, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl bereits das 60. Lebensjahr überschritten und zuvor schon enge Beziehungen zur KWG unterhalten hatten: Wilhelm Bötzes, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Industriebank, Alfred Petersen, Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft AG, und Theo Goldschmidt, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Essen. Aus der Politik stammten zunächst nur zwei Senatoren, die notabene nicht die Regierungen repräsentierten, denen sie angehörten: Adolf Grimme (SPD), ehemals Preußischer Kultusminister und nunmehr Kultusminister des Landes Niedersachsen, und Heinrich Landahl (SPD), Kultursenator der Hansestadt Hamburg. Die Zuwahl prononciertem Demokraten war – ebenso wie der Verzicht auf KWG-Senatoren, die sich durch ihr Verhalten in der NS-Zeit kompromittiert hatten – der primär an die Adresse der Besatzungsmächte gerichtete Versuch, sich ostentativ vom NS-Regime zu distanzieren.

Allerdings hielt die Dominanz der Wissenschaftler nicht allzu lange an. Es folgte eine Art Rückfall in die alten KWG-Zeiten. Bereits im Oktober 1948 kehrte Heinrich Hörlein, der ab 1937 KWG-Senator gewesen war, in den Senat der MPG zurück; seine Karenzzeit als Direktor der 1945 aufgelösten IG-Farbenindustrie AG, die unter anderem in ihrem Werk Auschwitz-Monowitz am Judenmord mitgewirkt hatte,¹⁷⁷ war relativ kurz ausgefallen. Gleichzeitig wurde auch Heinrich Kost, der Generaldirektor der Deutsche Kohlenbergbau-Leitung Essen, aufgenommen, nachdem das von ihm geleitete Unternehmen 300.000 DM für das MPI für Kohlenforschung und das MPI für Arbeitsphysiologie gespendet hatte,¹⁷⁸ kurz nach der Währungsreform eine Menge Geld. Weitere hochrangige Wirtschaftsvertreter kamen in schneller Folge hinzu, darunter der vormalige Reichsbankdirektor Karl Blessing, das Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG Fritz Gummert, der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte Hermann Reusch oder auch Wilhelm Roelen, der Vorstandsvorsitzende von Thyssen-Gas.¹⁷⁹

Parallel zur Rückkehr der Industriellen kam auch die Politik wieder zum Zuge. Das Königsteiner Abkommen verlangte im Gegenzug für die finanzielle Alimentierung,

»daß den Ländern im Senat der Max-Planck-Gesellschaft eine angemessene Vertretung einzuräumen ist.«¹⁸⁰ Der Senat kooptierte daraufhin den niedersächsischen Finanzminister Georg Strickrodt (CDU) in seiner Funktion als Vorsitzender der Finanzministerkonferenz der Länder; als er dieses Amt abgab, ersetzte ihn Heinrich Weitz (CDU), der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen. Zuvor war bereits Hermann Pünder (CDU), seinerzeit Oberdirektor des Frankfurter Wirtschaftsrats, Mitglied des Senats geworden. 1950 kam Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas (CSU) an die Reihe, dessen Zuwahl im Zusammenhang mit dem Versuch stand, die landwirtschaftlichen Institute der MPG vom Bund finanzieren zu lassen.¹⁸¹ Weitere hochrangige Politiker folgten, was der MPG zwei Vorteile brachte: Erstens fanden dadurch viele heikle Verhandlungen – insbesondere, aber keineswegs ausschließlich um Haushaltsfragen – in ihrem Senat statt und nicht im Verwaltungsausschuss des Königsteiner Abkommens oder später in den zuständigen Gremien der Bund-Länder-Konferenz. Zweitens wurde die MPG von den Mitgliedern ihrer Leitungsgremien bei Verhandlungen im politischen Raum mitvertreten, saß also gleichsam mit am Tisch, wenn in den Ländern, im Bund und sogar in Europa über die Vergabe von Finanzmitteln entschieden wurde. Dieser Aspekt ihrer Governance ist ein Grund für die nach wie vor große Durchschlagskraft der MPG in Finanzierungsfragen.

Was das Zusammenspiel der Leitungsgremien betrifft, war und blieb vieles von den Personen abhängig, die die Führungspositionen bekleideten. Das galt vor allem für die zentrale Gestalt im Ämtergefüge der MPG, den Präsidenten – ihn betraute die Satzung mit dem Vorsitz »aller Verwaltungsorgane der Gesellschaft« –, und seine Beziehung zum Generalsekretär der Gesellschaft, dessen Kompetenzen die Satzung nicht näher regelte. Otto Hahn, der das Präsidentenamt von 1946 bis 1960 innehatte, gehörte zwar zu den herausragenden Wissenschaftlern seiner Zeit und galt als unbelastet vom Nationalsozialismus, ein Wissenschaftsmanager war er dagegen nicht.¹⁸² Deswegen blieb er zur Ausübung der Amtsgeschäfte auf die Unterstützung Ernst Telschows angewiesen, einen mit allen Wassern gewaschenen Verwaltungsfachmann, der

¹⁷⁷ Wagner, *IG Auschwitz*, 2000.

¹⁷⁸ Protokoll der 3. Sitzung des Senates vom 29.10.1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 3.SP, fol. 104A.

¹⁷⁹ Balcar, *Ursprünge*, 2019, 125–127.

¹⁸⁰ Staatsabkommen der Länder des amerikanischen, des britischen und des französischen Besatzungsgebietes über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen vom 1.4.1949, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 71, 227–231, Zitat 228.

¹⁸¹ Balcar, *Ursprünge*, 2019, 123–124.

¹⁸² Dazu abwägend Sime, *The Politics of Memory*, 2006.

die Generalverwaltung der KWG ab 1937 geleitet hatte.¹⁸³ Allerdings hatte sich Telschow von 1933 bis 1945 sehr weitgehend mit dem NS-Regime eingelassen, dem er seinen kometenhaften Aufstieg zum Generaldirektor der KWG verdankte. Aufgrund seiner engen Kontakte zu den Mächtigen im »Dritten Reich« war es der KWG einerseits möglich gewesen, in Finanzangelegenheiten gewissermaßen »mit sich selbst« zu verhandeln.¹⁸⁴ Doch hatten sie sich damit weitaus stärker an das NS-Regime gebunden, als es zum Überleben der Organisation nötig gewesen wäre – und dieses Odium blieb nach 1945 insbesondere an Telschow haften. Um seine Karriere in der MPG fortsetzen zu können, war er darauf angewiesen, dass Hahn seine schützende Hand über ihn hielt. Hahn und Telschow befanden sich mithin in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, was sie umso fester aneinanderkettete.

Gestützt auf Hahns Rückendeckung, übte Telschow in den Anfangsjahren noch großen Einfluss in der MPG aus, der weit über den eines weisungsgebundenen Verwaltungsleiters hinausging. Nach wie vor besaß er exzellente Kontakte in Politik und Wirtschaft, aber auch zu den Briten, und unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern war er geachtet oder gefürchtet. Allerdings gebot er nach Gründung der MPG nicht mehr über dasselbe Maß an Macht und Einfluss wie noch in der KWG.¹⁸⁵ In wichtigen Fragen, in denen Hahn und Telschow uneins waren, setzte sich der Präsident gegen den Generalsekretär durch, etwa was die Aufnahme von Wissenschaftlern mit brauner Vergangenheit oder die Anknüpfung offizieller Wissenschaftskontakte nach Israel betraf.¹⁸⁶ Da die Mehrebenendemokratie der Bundesrepublik anderen Prinzipien gehorchte als der »Führerstaat«, funktionierten Telschows Herrschaftstechniken nicht mehr. Das Königsteiner Abkommen hatte nicht nur die Finanzierung der MPG gesichert, sondern auch den Weg der Aufstellung eines Haushalts institutionalisiert – die Institute hingegen finanziell nicht länger von persönlichen Absprachen des Generaldirektors in den Hinterzimmern von Staat, Wirtschaft und Partei ab. Und wenn die MPG Unter-

stützung aus Politik und Wirtschaft benötigte, konnte sie sich auf ihre Senatoren verlassen, deren Einfluss auf die Entscheidungen im Bund und in den Ländern weitaus größer war als der Telschows.

Ein letzter Faktor, der die Macht des Generaldirektors limitierte, bestand in der Einführung des Kollegialitätsprinzips an der Spitze der Generalverwaltung. Sie resultierte aus einem Streit um Telschows Person, der sich zur »Zerreißprobe für die gesamte Max-Planck-Gesellschaft« auswuchs.¹⁸⁷ Die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute in der französischen Zone machten nämlich ihren Beitritt zur MPG davon abhängig, dass Telschow aus dem Amt des Generaldirektors entfernt wurde. Da Hahn sich jedoch nicht in der Lage sah, auf Telschow zu verzichten, einigte man sich schließlich auf einen Kompromiss: die Ernennung eines zweiten Generalsekretärs, der die gleichen Rechte und Pflichten haben sollte wie Telschow.¹⁸⁸ Für die Position des »weiteren geschäftsführenden Mitglieds des Verwaltungsrats« konnte die MPG den Sozialdemokraten Otto Benecke gewinnen, der sein Amt am 1. Oktober 1951 antrat. Benecke, der in der ersten deutschen Demokratie Mitarbeiter des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker gewesen war, diente »als Ausgleich für die alles in allem sehr rechtslastige Generalverwaltung«, wodurch die MPG nicht zuletzt »der neuen Machtverteilung in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Rechnung« trug.¹⁸⁹

2.5 Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und Vergangenheitspolitik

Dass es im Übergang von der KWG zur MPG ein erstaunlich hohes Maß an Kontinuität gab, lag nicht zuletzt an der ganz und gar unzureichenden Entnazifizierung.¹⁹⁰ Dabei hatte es zunächst völlig anders ausgesehen. Die Alliierten, und hier vor allem die Amerikaner, betrachteten unmittelbar nach Kriegsende eine umfassende Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft als Voraussetzung

183 Zu Telschow siehe ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 633–648.

184 Ebd., 140; Hachtmann, *KWG 1933–1945*, 2008, 35–38.

185 Siehe dazu und zum Folgenden Balcar, *Ursprünge*, 2019, 132–138.

186 Zur Kontaktaufnahme der MPG mit Israel und zur Haltung Telschows dazu siehe Steinhauser, Gutfreund und Renn, *Relationship*, 2017, 31–35.

187 Schüring, *Kinder*, 2006, 247.

188 Ausführlich zu diesem Konflikt und seinem Ausgang ebd., 247–256; Lewis, *Kalter Krieg in der MPG*, 2004, passim; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1143–1147; Balcar, *Ursprünge*, 2019, 138–141.

189 Schüring, *Kinder*, 2006, 253 u. 255.

190 Siehe dazu und zum Folgenden auch unten, Kap. IV.6.4.

für deren Demokratisierung, die von unten, an den *grass roots*, ansetzen sollte.¹⁹¹ Aus diesem Grund nahmen die Amerikaner die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus in weit größerem Umfang, energischer und radikaler in Angriff als Briten und Franzosen.¹⁹² Was das Personal der KWG betrifft, bekamen dies vor allem die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute zu spüren, denn sie unterlagen dem »automatic arrest«.¹⁹³ Die US-Army zog viele von ihnen aus dem Verkehr, sobald sie ihrer im Verlauf ihres Vormarschs habhaft wurde, danach blieben sie auf unbestimmte Zeit inhaftiert.¹⁹⁴

Ob es dabei die Falschen traf, davon gibt eine Festschrift eine Ahnung, die die Generalverwaltung am 8. März 1949 anlässlich des 70. Geburtstags von Otto Hahn in maschinenschriftlicher Form vorlegte. Unter dem Titel »Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949« bilanzierten die Institutsdirektoren den steinigigen Weg des Wiederaufbaus von den letzten Kriegstagen bis zum Jahreswechsel 1948/49.¹⁹⁵ Die einzelnen Darstellungen spiegelten nicht zuletzt die Einstellungen der Institutsleiter zu Nationalsozialismus, Krieg und Kriegsende wider, das einige wenige als Befreiung, die große Mehrheit jedoch als Niederlage und Besetzung empfanden. Das Genre der Festschrift und die Zeitumstände trugen das Ihre dazu bei, dass nicht wenige Direktoren die krisenhafte Übergangsphase von der KWG zur MPG mit apologetischen Tendenzen schilderten. Ein Beispiel der besonderen Art bietet die geradezu grotesk verzerrte Darstellung der angeblich so unbeschwerten Tage in der NS-Zeit, bevor die Bomben der Alliierten zu fallen begannen, aus der Feder von Franz Wever, dem Direktor des KWI für Eisenforschung. Sie wird nur noch überboten von Wever selbst, der an anderer Stelle »die ständigen Beraubungen durch verschleppte Ausländer und andere dunkle Elemente« nach Kriegsende beklagte.¹⁹⁶

Wever ist ein extremes Beispiel, aber kein Einzelfall. Vielfach vermischten sich in den Berichten der Institutsleiter die Kritik an den von den Alliierten verhängten Zwangsmaßnahmen mit der mangelnden Einsicht in die

eigene – persönliche und institutionelle – Mitverantwortung für die verbrecherische NS-Politik und die deutsche Kriegsführung. Umgekehrt war auch die Einsicht in den Ursachenzusammenhang zwischen dem von Deutschland begonnenen Weltkrieg, der mit der totalen Niederlage des Deutschen Reichs geendet hatte, und den Folgen dieser Niederlage für Deutschland und die Deutschen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Überwiegend sahen sich die KWI-Direktoren als Opfer, die schuldlos in die Mühlen der Besatzungsbürokratie geraten waren, deren »Abrechnungsfuror« sie nicht begreifen konnten oder wollten.

Die Maßnahmen zur Entnazifizierung, die zunächst die Alliierten und später auch deutsche Stellen ergriffen, betrafen freilich nicht allein die Leitungsebene der Institute, sondern wirkten sich auf allen Hierarchiestufen aus. Das zeigt das Beispiel des KWI für Eisenforschung: Als Ersten nahmen US-Truppen unmittelbar nach ihrem Einmarsch den Direktor Franz Wever fest und brachten ihn in ein Lager nach Frankreich, aus dem er im September 1945 entlassen wurde. Im August 1945 verhafteten die Amerikaner zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts, ehe eine »innerbetriebliche Reinigung«, die auf Initiative der Handels- und Gewerbekammer Hannover erfolgte, zur Trennung von drei weiteren Mitarbeitern führte. Nach Auswertung der Fragebögen wurden schließlich auf Druck der Militärregierung abermals neun Personen im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens entlassen.¹⁹⁷ Besonders hart traf es diejenigen, die östlich der Oder-Neiße-Linie oder in der Tschechoslowakei verhaftet wurden. Zwar galten sie dort als »unersetzliche Spezialisten« und blieben als solche zunächst von der Vertreibung verschont, doch gerieten sie – wenn sie die Übersiedlung in die Sowjetunion ablehnten – in die Mühlen der polnischen oder tschechoslowakischen Retributionspolitik. Für die Mitarbeiter des im Sudetenland gelegenen Hauptstandorts des KWI für Bastfaserforschung und ihre Familienangehörigen bedeutete dies eine längere Irrfahrt, die sie in den Jahren 1945 und 1946 durch vier verschiedene

191 Zum amerikanischen Demokratisierungskonzept siehe Balcar, *Politik auf dem Land*, 2004, 39–51.

192 Überblick bei Rauh-Kühne, *Entnazifizierung*, 1995; Vollnhals, *Entnazifizierung*, 1991. Mit Blick auf die KWG/MPG siehe Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1048–1050.

193 *Automatic arrest* bedeutete, dass Angehörige bestimmter Personengruppen von den Besatzungsbehörden ohne Einzelprüfung sofort festzusetzen waren. Dies war, neben der Entnazifizierung, der Leitgedanke der Direktive JCS 1067, die zunächst als temporäre Leitlinie für die US-Besatzungspolitik unmittelbar nach der Eroberung Deutschlands ausgearbeitet worden war; die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz folgten diesen Vorstellungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ziemlich genau. Latour und Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau*, 1973, 9–27; Baganz, JCS 1067, 1999.

194 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1095, Anm. 147.

195 FS Hahn, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186. Siehe dazu auch Schüring, *Kinder*, 2006, 261–268.

196 Franz Wever, MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, Bl. 41 und Bl. 46, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186.

197 Ebd., Bl. 46–47.

Lager führte, bevor man sie schließlich in die US-Zone abschob.¹⁹⁸

Die von den Alliierten ergriffenen Maßnahmen führten indes nicht zu einem dauerhaften Personalrevirement. Das Gros der zunächst Entlassenen wurde umgehend wieder eingestellt, sobald sie ihre Entnazifizierungsverfahren durchlaufen hatten, in denen die meisten Beschuldigten aus den Reihen der ehemaligen KWG als »politisch tragbar« oder »unbedenklich« eingestuft wurden oder unter die Jugendamnestie fielen.¹⁹⁹ Beim KWI für Eisenforschung, um bei diesem Beispiel zu bleiben, betraf das fünf Personen.²⁰⁰ Die MPG selbst agierte bei der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus bestenfalls halbherzig. Wie schwer es ihr fiel, sich selbst von der verbrecherischsten Seite des NS-Regimes abzugrenzen, verdeutlicht der Umgang mit Otmar Freiherr v. Verschuer, dem Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, der sich durch seinen rabiatischen Antisemitismus und seine indirekte Mitwirkung – über seinen Schüler, den KZ-Arzt Josef Mengele – an Menschenversuchen in Auschwitz vollständig diskreditiert hatte.²⁰¹ Und doch brachte es die MPG nicht fertig, einen Wissenschaftler fallenzulassen, den sie als ehemaligen KWI-Direktor als einen der ihren betrachtete. Allerdings scheiterte zunächst jede Form der »Wiederbeschäftigung« Verschuers am hessischen Kultusminister Erwin Stein.²⁰² Das lag hauptsächlich daran, dass Robert Havemann Verschuers »Verbindung nach Auschwitz« im Frühjahr 1946 öffentlich gemacht und bei den Amerikanern gegen den »Rassefanatiker« interveniert hatte.²⁰³

Schließlich kam Adolf Butenandt seinem Kollegen, mit dem er in der Kriegszeit gemeinsam zur Tuberkulose-Abwehr geforscht hatte, zur Hilfe, und das, obwohl der Biochemiker selbst »Bedenken gegen die Belastung der Max-Planck-Gesellschaft mit einem neuen Institut

für Anthropologie« hegte.²⁰⁴ Im September 1949 verfasste Butenandt gemeinsam mit dem Biophysiker Boris Rajewsky, dem Zoologen Max Hartmann und dem Pharmakologen Wolfgang Heubner eine Denkschrift, die als »eines der erstaunlichsten Beispiele der Persilscheineliteratur der Nachkriegszeit« gelten kann.²⁰⁵ Die krude und doch zeittypische Argumentation lief zum einen darauf hinaus, Verschuer als gläubigen Christen (und so als heimlichen Regimegegner) und objektiven Wissenschaftler (und nicht als »Rassefanatiker«) zu stilisieren, der sich allein seiner »wissenschaftlichen Forschungsarbeit« hingegeben habe, und zwar frei von jeder »politischen Ideologie«. Zum anderen versuchten die Verfasser, Verschuers »Beziehungen zu Auschwitz« herunterzuspielen, indem sie seine Kenntnisse vom dort begangenen Massenmord in Zweifel zogen; dabei bezeichneten sie Josef Mengele als harmlosen »Lazarettarzt«, der möglicherweise selbst nicht über die »Greuel und Morde in Auschwitz orientiert« gewesen sei.²⁰⁶ Die Denkschrift verfehlte ihr Ziel nicht: 1954 erhielt Verschuer einen Lehrstuhl für Humanogenetik an der Universität Münster.

Dass die Entnazifizierung auf diese Weise zur »Mitläuferfabrik« (Lutz Niethammer) verkam,²⁰⁷ lag indes nicht nur am Unwillen der Deutschen, entschieden mit dem Nationalsozialismus und den Nazis zu brechen. Auch die Besatzer verhielten sich inkonsequent, was die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland betraf. Für sie hatte nämlich die Anwerbung von Rüstungsforschern im Zuge des heraufziehenden Systemgegensatzes zwischen Ost und West Vorrang. So kam es, »daß die Besatzungsmächte die Zusammenhänge nicht immer bis in die letzten Einzelheiten aufdecken wollten. Die Alliierten kümmerten sich mehr um die Wunder der deutschen Technik – um Raketenforschung und dergleichen – als etwa um die Frage, wie wer was über den Judenmord und

198 Ernst Schilling, Institut für Bastfaserforschung, in: FS Hahn, Bl. 84, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186. Siehe dazu allgemein Staněk, *Internierung und Zwangsarbeit*, 2007.

199 Aktennotiz von Sommer zum Gespräch mit Hentze vom 24.9.1946, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 124, fol. 273. Entnazifizierung der Wissenschaftler des KWI für Züchtungsforschung vom 22.11.1948, ebd., fol. 64.

200 Franz Wever, MPI für Eisenforschung, in: FS Hahn, Bl. 46–47, AMPG, Vc. Abt., Rep. 4, Nr. 186.

201 Zu Verschuer siehe Schmuhl, *Grenzüberschreitungen*, 2005, 470–482; Massin, *Rasse und Vererbung als Beruf*, 2003; Gausemeier, *Rassenhygienische Radikalisierung*, 2003; Massin, Mengele, 2003.

202 Protokoll der 5. Sitzung des Senates vom 22.7.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 5.SP, fol. 135.

203 Sachse, Butenandt und von Verschuer, 2004, 299–300.

204 Protokoll der 6. Sitzung des Senates vom 18.11.1949, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 6.SP, fol. 259–260.

205 Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 28. Siehe dazu und zum Folgenden ausführlich Sachse, Butenandt und von Verschuer, 2004. Zu Butenandts Rolle siehe auch Lewis, *Kalter Krieg in der MPG*, 2004, 434–435.

206 Protokoll der 11. Sitzung des Senates vom 6.4.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 11.SP, fol. 136–138. Zur Argumentation der Denkschrift und ihren Folgen siehe ausführlich Sachse, Butenandt und von Verschuer, 2004, 301–316, Zitate 308–309; Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 28–30; Sachse, »Persilscheinkultur«, 2002, 230–237.

207 Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, 1982; Vollnhals, *Entnazifizierung*, 1991. Mit Blick auf die Wissenschaften siehe Ash, *Verordnete Umbrüche*, 1995.

zu welchem Zeitpunkt wußte.« Aus dem gleichen Grund wurde »viel mehr Energie [...] darauf verwandt, sich das Wissen deutscher Wissenschaftler nutzbar zu machen, als deutsche Wissenschaftler vor Gericht zu bringen.«²⁰⁸ So kam manch Täter ungestraft davon – beispielsweise Wilhelm Eitel, der Direktor des KWI für Silikatforschung, der schon vor der Machtübernahme Hitlers ein Antisemit und eifriger Nazi gewesen war. 1933 hatte Eitel die Zeit für gekommen gehalten, um die KWG im »deutsch-nationalen Sinne« umzuorganisieren und auf Rüstungsforschung auszurichten.²⁰⁹ Dessen ungeachtet gehörte Eitel zu denjenigen, die die Amerikaner nach Kriegsende im Rahmen der »Operation Paperclip« abwarben – und auf diese Weise vor einer Bestrafung schützten.

Das Beispiel illustriert, wie die Anwerbung deutscher Wissenschaftler die juristische Abrechnung mit Nazis und Kriegsverbrechern, die sich gerade die Amerikaner auf die Fahnen geschrieben hatten, konterkarierte. Ganz ähnlich gingen auch die Sowjets vor – mit der gleichen unerfreulichen Nebenwirkung auf die stockende Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft. So gelang ihnen beispielsweise die Anwerbung von Peter Adolf Thießen, bis 1945 Direktor des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und übergangsweise Leiter der KWG.²¹⁰ Thießen hatte als einer der ganz wenigen KWI-Direktoren zu den »alten Kämpfern« gezählt, die der NSDAP bereits vor 1933 beigetreten waren.²¹¹ Unter deutschen Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren sprach sich schnell herum, wie zuvorkommend deutsche »Spezialisten« in der SBZ behandelt wurden und welche hervorragenden Arbeitsbedingungen sie in der Sowjetunion vorfanden. Da man sich auf diese Weise zugleich einem Verfahren vor der Spruchkammer elegant entziehen konnte, boten nicht wenige deutsche Forscher den Sowjets ihre Dienste freiwillig an.²¹²

Auch die Absicherung der Versorgung rangierte in der Prioritätenliste der Alliierten vor der Bestrafung von NS-Verbrechen. Bei Heinrich Kraut etwa, dessen Arbei-

ten im Dienst der NS-Kriegswirtschaft und im Zusammenhang mit der Ausbeutung der besetzten Ostgebiete gestanden hatten und der im großen Stil Forschungen an KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen durchgeführt hatte,²¹³ drückten die Briten mehr als nur ein Auge zu. Trotz seiner Vergangenheit durfte er seine in der NS-Zeit begonnenen biologisch-chemischen Untersuchungen physiologischer Prozesse – vor allem über den Zusammenhang von Ernährung und Leistungsfähigkeit – am KWI für Arbeitsphysiologie in Dortmund fortsetzen, nun freilich gleichsam zivilisiert, das heißt ihrer militärischen und rasseideologischen Implikationen entkleidet. Angesichts der desaströsen Ernährungssituation förderten die Briten seine Forschungen nach Kräften. Bereits 1945 gelang es Kraut, der sich als Experte des Ernährungsmanagements in Zeiten knapper Ressourcen einen Namen gemacht hatte, Finanzmittel vom Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone einzuwerben. Damit legte Kraut den Grundstein für eine glänzende Nachkriegskarriere, auf deren Höhepunkt er 1956 zum Gründungsdirektor des MPI für Ernährungsphysiologie avancierte.²¹⁴

Die durch die alliierten Forschungsbeschränkungen erzwungene Umorientierung auf Grundlagenforschung ließ sich ebenfalls als rhetorische Entlastungsstrategie im Prozess der Entnazifizierung instrumentalisieren. Die aus der KWG stammenden Wissenschaftler nahmen diese Steilvorlage dankbar auf: Die Differenzierung zwischen scheinbar unpolitischer Grundlagenforschung und angewandter militärischer Forschung sowie die Rückprojektion der Ausrichtung auf anwendungsferne Grundlagenforschung auf die KWG ermöglichte es ihnen, sich von der Unterstützung für Hitlers Krieg und der Mitwirkung an den Verbrechen des NS-Regimes zu distanzieren.²¹⁵ Auf diese Weise entwickelte sich die nach 1945 in der KWG/MPG ubiquitäre Bezugnahme auf die Grundlagenforschung zu einem Instrument des »Whitewashing« belasteter deutscher Wissenschaftler. Damit trugen auch die

208 Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000, 31. Das folgende Zitat ebd.

209 Stoff, *Zentrale Arbeitsstätte*, 2006, passim, Zitat 4 u. 24. – Dennoch verlieh ihm die Freie Universität Berlin 1966 die Ehrendoktorwürde. James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 142. Siehe dazu auch Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 197.

210 Zur Biografie Thießens siehe Eibl, *Peter Adolf Thiessen*, 1999; Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 246–247. Zu Thießens Rolle als kurzzeitiger Leiter der KWG siehe Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013, 24–26.

211 Macrakis, *Surviving the Swastika*, 1993, 195 u. 197. – Thießen, der zusammen mit zehn seiner Mitarbeiter in die Sowjetunion ging, kehrte nach dem Ende seines auf zehn Jahre befristeten Vertrags in die DDR zurück, wo er als einer der führenden Wissenschaftler galt und – u.a. durch die Gründung des ostdeutschen Forschungsrats – aktiv am Aufbau einer »sozialistischen Wissenschaft« mitwirkte. Zur eilig betriebenen Entnazifizierung Thießens, die die Sowjets noch in Berlin besorgten, siehe Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 246–247.

212 Siehe Naimark, *Russen in Deutschland*, 1997, 258–259.

213 Man denke etwa an die »Krautaktion«, bei der Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter massenhaft zu Menschenversuchen missbraucht worden waren, um den Nahrungsbedarf für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu berechnen. Eichholtz, »Krautaktion«, 1991.

214 Dazu ausführlich Thoms, MPI für Ernährungsphysiologie, 2012.

215 Ausführlich Sachse, *Historisierung*, 2014, 251–255; Maier, »Grundlagenforschung« als Persilschein, 2004.

Briten ungewollt ihr Scherflein dazu bei, die angestrebte gründliche Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft im Wege der Spruchkammerverfahren zu konterkarieren. Im Zweifelsfall rangierte der Wiederaufbau – unter anderem der KWG in Gestalt der MPG – auch bei den Briten höher als die Entnazifizierung, und der heraufziehende Kalte Krieg tat ein Übriges, diese Haltung noch zu verstärken.²¹⁶ Auch deshalb fiel die personelle Kontinuität in der deutschen Wissenschaft über die Zäsur von 1945 wesentlich größer aus, als notwendig gewesen wäre, um den Wissenschaftsbetrieb in den beiden deutschen Staaten wieder anzukurbeln.

Zu der stark ausgeprägten personellen Kontinuität gesellte sich das Festhalten an den alten, streng hierarchischen Strukturen, denn eine Demokratisierung der MPG unterblieb fast vollständig. Zwar entstanden auf Drängen der Briten bereits im Dezember 1946 Betriebsräte in den Göttinger Einrichtungen, aus denen im Juni 1948 dort ein »Hauptbetriebsrat« hervorging, der an die Generalverwaltung angeschlossen war. Bei der MPG-Spitze um Hahn und Telschow, die Betriebsvereinbarungen im »Familienunternehmen« MPG schlicht für »Unheil« hielten, stieß die betriebliche Mitbestimmung jedoch auf schroffe Ablehnung. Da die MPG als »Tendenzbetrieb« galt,²¹⁷ waren die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte – zumal in Personalfragen – ohnehin stark eingeschränkt. Geografisch blieb der Hauptbetriebsrat auf Göttingen beschränkt und ab Mitte der 1950er-Jahre ließen seine Aktivitäten spürbar nach.²¹⁸ Damals wurde dies in der MPG kaum als Defizit empfunden, vielmehr galt die nicht zu übersehende strukturelle und personelle Kontinuität zur KWG bald schon nicht mehr als Problem für einen demokratischen Neubeginn in Westdeutschland, sondern als Garant für die Leistungsfähigkeit der MPG als prestigeträchtigster Wissenschaftsorganisation der Bundesrepublik.

Zwar kritisierten auch die Briten bisweilen die nur schleppend betriebene Entnazifizierung in der KWG/MPG,²¹⁹ doch blieb dies weitgehend ohne Folgen. So fand

eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit im Grunde gar nicht statt – und wenn es sich nicht vermeiden ließ, sie zu thematisieren, redete man die Verbindung zu den Repräsentanten des NS-Staats und ihren Verbrechen klein. Das galt beispielsweise für den Umgang mit Herbert Backe, Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und ab 1942 dessen kommissarischer Leiter, der 1937 zum Senator und 1941 zum 1. Vizepräsidenten der KWG avanciert war. Anlässlich des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion hatte Backe einen nach ihm benannten Hungerplan entwickelt, der den Tod von rund 30 Millionen Menschen einkalkulierte.²²⁰ Damit nicht genug, spielten die auf landwirtschaftliche Forschung ausgerichteten Kaiser-Wilhelm-Institute in Backes Konzeptionen von Autarkie und Ostexpansion durchaus eine Rolle,²²¹ doch davon wollte Otto Hahn nach Kriegsende nichts wissen. Im Juni 1947 schrieb der MPG-Präsident: »Die Tatsache, daß Persönlichkeiten wie der frühere Reichsernährungsminister Backe [...] dem Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angehört haben, ist m. E. ohne Bedeutung. Dem Senat der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft gehörten stets Mitglieder der Reichsregierung an. Ebenso wie früher haben unter dem Dritten Reich diese Persönlichkeiten in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft keine führende Rolle gespielt. Sie sind zum allergrößten Teil nicht in Erscheinung getreten und haben sich von jeder Einflußnahme ferngehalten.«²²²

Mit dieser Haltung trug Hahn dazu bei, die Vergangenheit zu verdunkeln.²²³ Sie war keineswegs auf den Präsidenten beschränkt. Verdrängung und Ausblendung statt Selbstreflexion und Aufarbeitung, auf diese Formel lässt sich der Umgang der MPG mit ihrer KWG-Vergangenheit in der Nachkriegszeit bringen. Deswegen verbietet es sich, den bewussten Verzicht auf besonders belastete KWG-Funktionäre beim Aufbau der MPG als eine Art unausgesprochene Distanzierung vom Nationalsozialismus bzw. von der Rolle, die die KWG im »Dritten Reich« gespielt hatte, zu interpretieren. Es ging vielmehr um die Außenwirkung. Um die neue Gesellschaft in einem mög-

216 Scientific Officer R. M. Goody an Sommer, A Note Upon AVA Problems, AMPG, II. Abt., Rep. 66. Nr. 5, fol. 68–69; Vermerk von Hans Seeliger vom 2.10.1946, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 124, fol. 262.

217 Mit dem Begriff Tendenzbetrieb bezeichnet das deutsche Betriebsverfassungsrecht einen Betrieb bzw. ein Unternehmen, das nicht primär gewinnorientiert wirtschaftet, sondern politische, wissenschaftliche oder künstlerische Ziele verfolgt. Bei Tendenzbetrieben sind die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats insbesondere in personellen Angelegenheiten eingeschränkt. Die MPG zählte (und zählt) sowohl als Wissenschaftsorganisation als auch als gemeinnütziger eingetragener Verein zu den Tendenzbetrieben.

218 Ausführlich Scholz, *Partizipation*, 2019, 25–78.

219 Aktennotiz über eine Besprechung mit Professor Hahn, Oberst Blount, Mr. Goody, Mr. Purchase und Mr. Newel am 31.7.1946, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 5, fol. 103.

220 Eine biografische Skizze bei Lehmann, Herbert Backe, 1993. Zum »Hungerplan« siehe Benz, *Der Hungerplan*, 2011.

221 Heim, *Kalorien*, 2003, 23–33.

222 Zitiert nach ebd., 22.

223 Dies betont Sime, *The Politics of Memory*, 2006.

lichst günstigen Licht erscheinen zu lassen, sollten, so Otto Hahn bereits im August 1946, zu ihrer Gründung »mehr Wissenschaftler herangezogen [werden] als Industrielle, weil dies im In- und Ausland sicherlich einen guten Eindruck macht.«²²⁴ Rückblickend sprach Hahn von einem »Antinazi-Senat« der KWG in der britischen Zone, der angeblich 1947 eine wichtige Rolle dabei gespielt hatte, Clay die Zustimmung zur Ausdehnung auf die US-Zone abzurufen.²²⁵

Weit weniger Mühe gab man sich, um vormalige Angehörige der KWG, die nach 1933 aus rassistischen oder politischen Gründen aus der KWG vertrieben worden waren, für eine Mitarbeit in der MPG zu gewinnen.²²⁶ Soweit es sich um ehemalige Wissenschaftliche Mitglieder handelte, wurden sie in der Regel mit dem Status eines »Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglieds« abgespeist. Nur wenige Emigranten bemühten sich aktiv um eine Rückkehr nach Deutschland; zwischen den Emigranten und den »Dagebliebenen und Dabeigewesenen« entwickelten sich bisweilen »belastete Beziehungen«,²²⁷ zumal wenn die Rückkehrer auf die Bestrafung derjenigen drängten, die seinerzeit an ihrer Entrechtung mitgewirkt hatten. In anderen Fällen verhinderten ehemalige Nationalsozialisten die Rückkehr von Emigranten: Als der Pflanzengenetiker Max Ufer seine Wiedereinstellung am MPI für Züchtungsforschung betrieb, wurde dies vom Direktor des Instituts, Wilhelm Rudorf, hintertrieben.²²⁸ Kein Wunder, dass Albert Einstein die Berufung zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied der MPG ausschlug, auch wenn er der einzige Emigrant war, der dies seinerzeit ablehnte.

2.6 Fazit

Die MPG entstand 1946 bzw. 1948 als »Auffanggesellschaft«, um von der verbliebenen Substanz der KWG, über der das Damoklesschwert der Auflösung durch die Alliierten schwebte, zu retten, was noch zu retten war. Diese Aufgabe erfüllte die MPG mit Bravour. Die Jahresrechnung 1949/50, die erstmals alle zur MPG gehörenden Forschungsstätten im gesamten Bundesgebiet ent-

hielt, führte »29 rechtlich unselbständige Institute, sowie 2 treuhänderisch verwaltete Institute, 4 gemeinsame Betriebe sowie 4 rechtlich selbständige Institute mit insgesamt 1.442 Beschäftigten« auf.²²⁹ Damals zählte die MPG 74 Wissenschaftliche Mitglieder, hinzu kamen 49 Wissenschaftliche Mitglieder der KWG und der Deutschen Forschungshochschule.²³⁰ Im Zuge der Eingliederung der in West-Berlin gelegenen Institute wuchs die Zahl der Forschungsstellen bis zum März 1955 auf 38 an, in denen »2.050 wissenschaftliche Mitarbeiter und Angestellte« Beschäftigung fanden. »Damit ist sowohl in der Anzahl der Forschungsstätten als auch der beschäftigten Personen nicht nur der Stand des Jahres 1944, sondern auch der Stand des Jahres 1939 bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft überschritten«, hieß es im Jahrbuch der MPG für 1955 nicht ohne Stolz.²³¹ Die Sammlung der Kaiser-Wilhelm-Institute unter der Flagge der MPG war damit abgeschlossen.

Mehrere Faktoren trugen dazu bei, dass das Organisationsmodell der KWG überlebte und dass sich der Göttinger Kreis um Otto Hahn und Ernst Telschow gegen seine innerdeutschen Rivalen durchsetzen konnte. Basis war die Westverschiebung der KWG in der letzten Kriegsphase, die in der Übersiedlung der Generalverwaltung nach Göttingen gipfelte. Damit befand sich das Zentrum der zukünftigen MPG in der britischen Besatzungszone. Die entschiedene und früh wirksam werdende Unterstützung der Briten, die für die MPG eher als Schutz- denn als Besatzungsmacht agierten, trug mehr als alles andere zum Überleben der KWG als Wissenschaftsorganisation bei. Ohne diese Hilfe wäre es kaum gelungen, die über den Süden und Westen Deutschlands verstreuten Kaiser-Wilhelm-Institute bei der Stange zu halten, zumal alternative Organisationsmodelle für einen Dachverband im Raum standen: zum einen die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, deren Aufbau die Sowjets in der SBZ/DDR vorantrieben, zum anderen die von den Amerikanern favorisierte Deutsche Forschungshochschule, die als Zusammenschluss der in Dahlem ansässigen Kaiser-Wilhelm-Institute nach dem Vorbild der amerikanischen Schools of Advanced Studies entstand. Für die MPG günstig wirkte sich die entstehende Blockkon-

²²⁴ Zitiert nach Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1083.

²²⁵ Hahn, Ansprache, 1960, 271–278, Zitat 274.

²²⁶ Rürup, *Schicksale*, 2008. Siehe dazu und zum Folgenden auch Schüring, *Kinder*, 2006.

²²⁷ Heinsohn und Nicolaysen, *Belastete Beziehungen*, 2021.

²²⁸ Ausführlich Schüring, Vorgang, 2002.

²²⁹ Auszug aus der Niederschrift über die 2. Ordentliche Hauptversammlung der MPG vom 13.9.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 79, fol. 4.

²³⁰ Diese Angaben nach Bergemann, *Mitgliederverzeichnis*, 1990; Tempelhoff und Ullmann, *Mitgliederverzeichnis*, 2015. – Für die Unterstützung der Auswertung dieser Mitgliederverzeichnisse sei Aron Marquart herzlich gedankt.

²³¹ Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Die MPG im Jahre 1954/55, 1955, Zitate 5.

frontation aus, die es zunächst den Briten, später dann auch den Amerikanern geraten erscheinen ließ, »ihre« Deutschen weniger als geschlagene Kriegsgegner und mehr als künftige Verbündete zu betrachten. In dieser Perspektive erschien die deutsche Forschung als ein Instrument, das einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung des zerstörten Landes leisten konnte.

Hinzu kam, dass die Göttinger zwei Galionsfiguren aufbieten konnten, die im In- und Ausland gleichermaßen hohes Ansehen genossen: Max Planck und Otto Hahn. Dass ein Mitarbeiter des Office of Strategic Services (OSS), des Nachrichtendienstes des US-Kriegsministeriums, Max Planck Mitte Mai 1945 nach Göttingen brachte, war zweifellos ein »Glücksfall«.²³² Mit diesem »Coup« war die »strategische Absicht [der Sowjets; J.B.], über Havemann Einfluss auf die gesamte KWG zu nehmen, [...] de facto gescheitert«.²³³ Da sich Planck aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr in der Lage sah, das Präsidentenamt der KWG/MPG zu übernehmen, designierte er Otto Hahn als seinen Nachfolger.²³⁴ Eine kluge Entscheidung, denn sie befestigte die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der britischen Besatzungsmacht, war Hahn doch in der Wissenschaftslandschaft Großbritanniens bestens vernetzt. Zu den beiden Präsidenten gesellte sich eine Riege weiterer Nobelpreisträger wie Werner Heisenberg, Richard Kuhn, Max v. Laue und Adolf Windaus, von deren Renommee die MPG in ihrer Gründungsphase profitierte.

Last, but not least hatte auch die Generalverwaltung unter Ernst Telschow ihren Anteil daran, dass sich der Göttinger Gründerzirkel im Machtkampf gegen die Konkurrenz in Berlin, München und Tübingen durchsetzen konnte. Der erfahrene und administrativ mit allen Wassern gewaschene Telschow nutzte instinktsicher sämtliche Möglichkeiten, um die Stellung der MPG als Nachfolgeorganisation der KWG zu sichern. Eine solche Gelegenheit ergab sich im Juli 1949, als die Amerikaner Robert Havemann seines Amts als Verwaltungsdirektor der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute enthoben. Telschow betrieb daraufhin – in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auf fragwürdiger rechtlicher Grundlage, aber taktisch überaus geschickt – die Löschung Havemanns als vorläufigen Leiter der KWG aus dem Vereinsregister von Berlin-Charlottenburg und setzte einen Notvorstand unter Franz Arndt ein.

»Damit waren die Rechtsansprüche auf das Vermögen der KWG in Berlin in den Händen der Generalverwaltung in Göttingen«,²³⁵ die auch deswegen den Sieg im Ringen um die künftige Leitung der KWG/MPG davontrug.

Vergleicht man die MPG mit der KWG, fällt Kontinuität ins Auge, aber auch so manche Neuerung. Anders als die KWG stilisierte sich die MPG von Anfang an zu einer Institution der »reinen Grundlagenforschung«, obwohl sie eine Reihe von Instituten in ihrem Verbund behielt, die anwendungsorientierte Forschung betrieben. Die Bezugnahme auf die Grundlagenforschung verfolgte – auf jeweils verschiedenen Zeitebenen – drei Stoßrichtungen: Mit Blick auf die Vergangenheit sollte sie die Forscher:innen der KWG von dem Vorwurf entlasten, Forschung für Hitlers Krieg betrieben oder an den NS-Verbrechen in irgendeiner Form mitgewirkt zu haben. Für die Gegenwart – die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – sollte die Betonung der Grundlagenforschung die wissenschaftliche Tätigkeit der MPG als konform mit den alliierten Vorgaben ausweisen, die angewandte Forschung, insbesondere mit militärischem Bezug, untersagten, Grundlagenforschung dagegen gestatteten. Bezogen auf die Zukunft diente der Hinweis, eine Institution der Grundlagenforschung zu sein, nicht zuletzt als Rechtfertigung dafür, dass die MPG das Gros ihrer Finanzmittel von der öffentlichen Hand erhielt.²³⁶

Letzteres stellte eine weitere Neuerung dar, die weit in die Zukunft wirkte. Für die MPG bedeutete die Neuregelung ihrer Finanzierung, die das Ergebnis des Ringens um eine zentrale oder föderale Ausrichtung der Wissenschaftspolitik in Westdeutschland war, eine tiefe Zäsur. War die KWG dezentral vom Staat und von der Wirtschaft finanziert worden, bestritt die öffentliche Hand den Großteil des Haushalts der MPG, und zwar seit ihrer Gründung. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Institute der KWG/MPG buchstäblich von der Hand in den Mund gelebt, bevor es ab 1947 gelang, die staatliche Finanzierung der Grundlagenforschung sicherzustellen, zunächst allerdings mit großen Unterschieden zwischen den drei westlichen Besatzungszonen. Das zentrale Finanzierungsmodell der britischen Zone, das eine Alimentierung der Institute über einen Globalzuschuss an die MPG vorsah, die das Geld dann an die Forschungsstätten weiterreichte, bot sowohl für die Geldgeber als

232 Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 410. Ähnlich auch Albrecht und Hermann, KWG im Dritten Reich, 1990, 402.

233 Laitko, Etablierung der Deutschen Akademie, 2018, 325–326.

234 Rundschreiben Max Plancks an die Direktoren aller Kaiser-Wilhelm-Institute und den Wissenschaftlichen Rat z.Hd. der drei Sektionsvorsitzenden, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 60, 198.

235 Heinemann, Wiederaufbau der KWG, 1990, 442. Siehe auch Florath, Orientierungsprobleme, 2016, 94–97.

236 Zur vergangenheitspolitischen, gegenwartsbezogenen und zukunftsorientierten Funktion des Begriffs Grundlagenforschung siehe Sachse, Historisierung, 2014, 264.

auch für die Empfänger die meisten Vorteile. Deswegen orientierte sich das Königsteiner Abkommen, mit dem die Ländergemeinschaft die Finanzierung der außeruniversitären Forschung übernahm, an diesem Modell. Der Pakt der Ländergemeinschaft ermöglichte nicht nur die Zustimmung der Franzosen zur Ausdehnung der MPG auf alle drei westlichen Besatzungszonen, sondern untermauerte auch die Kultushoheit der Länder im Bereich der Forschung, noch ehe die Bundesrepublik aus der Taufe gehoben worden war.

Allerdings lief die Königsteiner Formel auf einen Kompromiss hinaus, mit dem die Länder ihre Ziele nur teilweise erreichen konnten. Ihre Kultusministerien mussten darauf verzichten, auf die einzelnen Max-Planck-Institute direkten Einfluss zu nehmen. Nur auf diese Weise konnten die Länder die latente Bedrohung eines Einstiegs des Bundes in die Forschungsfinanzierung einsteilen bannen. Die MPG profitierte von dem Konflikt zwischen Bund und Ländern, der in der Bonner Mehr Ebenendemokratie strukturell angelegt war. »Die Logik dieser forschungspolitischen Konstellation schloß für die MPG sowohl die Gefahr einer föderalistischen Zersplitterung wie eines zentralstaatlichen Dirigismus aus, indem sich die beiden forschungspolitischen Kontrahenten in ihren Steuerungsbemühungen wechselseitig neutralisierten.«²³⁷ So erlangte die MPG ein zuvor nie gekanntes Maß an forschungspolitischer Unabhängigkeit, und das paradoxerweise just in dem Moment, in dem sie sich weitgehend in die finanzielle Abhängigkeit von der öffentlichen Hand begab.

Der Übergang von der KWG zur MPG machte jedoch nicht alles neu. In der Governance der MPG erfolgte kein radikaler Bruch mit den Traditionen der KWG, hier herrschte vielmehr ein Mix aus reichlich Kontinuität und einem Schuss Wandel. Zugespitzt ließe sich sagen, dass die institutionelle Konsolidierung der jungen MPG nicht zuletzt deswegen so schnell gelang, weil sich im Vergleich zur KWG so wenig veränderte. Der Aufbau der Leitungsgremien und ihre Struktur, wie sie die Satzung der MPG von 1948 vorsah, erinnerten stark an die KWG. Allerdings verschob sich das eigentliche Machtzentrum ein Stück weit von der »Exekutive« – dem Präsidenten und der Generalverwaltung, die im »Dritten Reich«

bestimmend gewesen waren – auf die »Legislative«, den Senat. In ihm dominierten anfangs renommierte Wissenschaftler, während sich die Vertreter aus Politik und Wirtschaft zunächst in der Minderheit befanden. Das begann sich jedoch schon bald wieder zu ändern, sodass sich die Führungsriege der MPG tendenziell in Richtung KWG rückentwickelte – bei nach wie vor großer personeller Kontinuität: Kaum ein MPG-Senator der Gründerjahre hatte nicht zuvor schon engste Kontakte zur KWG unterhalten oder war in ihr Mitglied gewesen. An der Spitze der Gesellschaft kam es zu einem Zusammenspiel von zwei Personen, die diese Kontinuität verkörperten und das Funktionieren der MPG in der Umbruchsphase sicherstellten: Otto Hahn, der als Nobelpreisträger der MPG Prestige verlieh, und Ernst Telschow, auf dessen Verwaltungserfahrung Hahn bei der Führung der Amtsgeschäfte nicht verzichten konnte.

Auch an der personellen Besetzung der Institute änderte sich, aufs Ganze gesehen, wenig, weil das Gros der deutschen Wissenschaftler:innen mehr oder weniger ungeschoren die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus überstand. Das lag nicht nur an der mangelnden Bereitschaft der Deutschen, sich ihrer Verantwortung zu stellen, was die Entnazifizierung bisweilen zu einer »Mitläuferfabrik« verkommen ließ. Hinzu kam – als Spezifikum der Wissenschaft – das merkwürdige Spannungsverhältnis, in dem Entnazifizierung und »Intellectual Reparations« zueinander standen. Vor die Wahl gestellt, deutsche Wissenschaftler für ihre (Un-)Taten in der NS-Zeit zu bestrafen oder von ihrem Know-how sowohl militärisch als auch ökonomisch zu profitieren, entschieden sich die Besatzungsmächte fast immer für Letzteres. »[S]owohl für die sowjetischen als auch für die amerikanischen Militärbehörden und Geheimdienste spielte die NS-Vergangenheit der deutschen Wissenschaftler und Techniker keine Rolle, »wenn die Qualifikation der betreffenden Person selbst genutzt werden konnte und damit keinesfalls in die Hände der konkurrierenden Alliierten fallen sollte.«²³⁸ Das trug dazu bei, dass die personelle Kontinuität in der Wissenschaft über die Epochengrenze von 1945 hinweg ähnlich stark ausgeprägt war wie etwa in Ministerien und Behörden.²³⁹ Im Übergang von der KWG zur MPG gab es keine »Stunde null«.

237 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 110.

238 Ash, *Wandlungen*, 2018, 52.

239 Siehe dazu die Beiträge in: Creuzberger und Geppert, *Ämter und ihre Vergangenheit*, 2018.



Foto 1: Adolf Butenandt und der amtierende MPG-Präsident Otto Hahn (in der Mitte: Porträt von Lise Meitner), 1959 (oben)

Foto 2: Otto Hahn und der neue MPG-Präsident Adolf Butenandt bei der Nobelpreisträgertagung in Lindau 1963 (unten links)

Foto 3: Walter Bothe und Erich Regener vor dem MPI für medizinische Forschung, Heidelberg 1955 (unten rechts)



Foto 4: Ansprachen des scheidenden MPG-Präsidenten Otto Hahn und des neu gewählten Präsidenten Adolf Butenandt auf der Hauptversammlung, Bremen 1960 (oben links)

Foto 5: Übergabe der Amtskette von Butenandt an den neuen MPG-Präsidenten Reimar Lüst, Bremen 1972 (oben rechts)

Foto 6: Übergabe des Präsidentenamts von Lüst an Heinz A. Staab, Bremen 1984 (Mitte links)

Foto 7: Übergabe der Amtskette von Staab an den neuen Präsidenten Hans F. Zacher, Lübeck 1990 (Mitte rechts)

Foto 8: Amtsübergabe von Zacher an den neuen MPG-Präsidenten Hubert Markl, Saarbrücken 1996 (unten links)

Foto 9: Hubert Markl mit Generalsekretärin Barbara Bludau, der ersten Frau an der Spitze der Generalverwaltung der MPG, München 1996 (unten rechts)



Foto 10: Interview mit Feodor Lynen vom MPI für Zellchemie zu seinem Nobelpreis für Medizin, 1964 (oben)

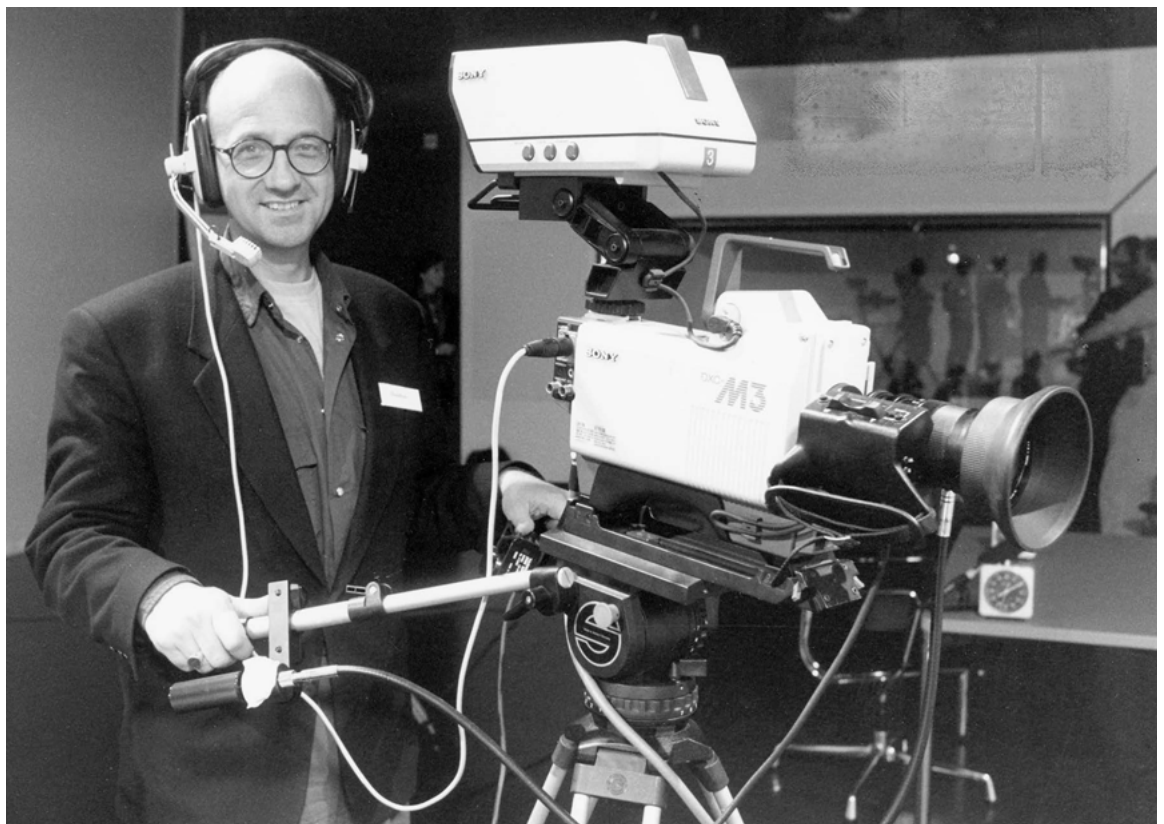
Foto 11: MPG-Präsident Adolf Butenandt im Gespräch mit einer Reporterin der *Quick*, 1968 (unten)



Foto 12: Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker, dem Gründungsdirektor des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Saarbrücken 1970 (oben links)

Foto 13: Interview mit Heinz A. Staab, Heidelberg 1988 (oben rechts)

Foto 14: »Medientraining«: MPG-Mitarbeiter:innen (hier: Florian Holsboer vom MPI für Psychiatrie) sollen Berührungsängste gegenüber den Medien abbauen, 1990 (unten)



3. Die formative Phase der MPG (1955–1972)

3.1 Wachstum als Chance und Herausforderung

Sieht man von der Westverschiebung und der geänderten Finanzierungsgrundlage ab, bedeutete der Übergang von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Max-Planck-Gesellschaft bis 1955 wenig mehr als die Änderung des Firmenschildes. Der eigentliche Wandel fand in den folgenden knapp zwei Dekaden statt: Zur gleichen Zeit, als sich die Bundesrepublik vom ungeliebten Provisorium zu einem respektablen, im In- und Ausland angesehenen Staatswesen mauserte,¹ kristallisierte sich in dieser formativen Phase eine neue Gestalt der MPG als integrierte Wissenschaftsgesellschaft heraus, die sie in den folgenden Jahrzehnten – und im Grunde bis heute – beibehalten sollte. Das wichtigste Kennzeichen dieser Transformation war der atemberaubende Wachstumsschub, den die Gesellschaft in jenen Jahren durchlief. 1955, als ihre Gesamtaufwendungen rund 42,2 Millionen DM betragen,² unterhielt die MPG – wie erwähnt – 38 Institute und Forschungsstellen, in denen sie 2.050 wissenschaftliche Mitarbeiter:innen und (sonstige) Angestellte beschäftigte.³ 1971 waren es bereits 54 Institute und Forschungsstellen mit 7.840 Planstellen, davon 2.028 Planstellen für Wis-

senschaftler:innen.⁴ Der Gesamthaushalt des Jahres 1972, der sich aus drei separaten Haushalten zusammensetzte, belief sich auf über 577 Millionen DM.⁵ Das heißt, die Zahl der Institute hatte zwischen 1955 und 1972 knapp um die Hälfte zugelegt, die Zahl der Beschäftigten hatte sich annähernd vervierfacht und der Haushalt mehr als verzehnfacht.

Für den atemberaubenden Wachstumsschub, den die MPG in den langen 1960er-Jahren erlebte, zeichneten vier Faktoren, besser gesagt: deren Zusammenspiel, verantwortlich: Erstens fielen die alliierten Forschungsbeschränkungen weg, als am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, die das Besatzungsregime von Amerikanern, Briten und Franzosen in Westdeutschland beendeten, das Besatzungsstatut von 1949 aufhoben und der Bundesrepublik weitgehende Souveränitätsrechte zusprachen.⁶ Die westdeutsche Forschung konnte nun wieder in Bereichen tätig werden, die zuvor angesichts ihrer militärischen Implikationen tabu gewesen waren – etwa die Luftfahrtforschung,⁷ vor allem aber die Kernforschung.⁸ Letzterer wurde nicht nur potenziell große ökonomische Bedeutung zugeschrieben, sie galt seinerzeit als »Inbegriff von Zukunftsoptimismus und Hoffnung«.⁹ Die Bundesregierung legte ein ambitioniertes Atompro-

1 Siehe dazu die erste, 1974 erschienene Zwischenbilanz bei Löwenthal und Schwarz, *Die zweite Republik*, 1974. Die darin versammelten Beiträge zeichnen bei aller wissenschaftlich gebotenen Vorsicht bereits ein sehr positives Bild von der Entwicklung der Bundesrepublik in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens.

2 Bericht des niedersächsischen Landesrechnungshofs über die Prüfung der Verwertung der Länderzuschüsse durch die MPG im Rechnungsjahr 1955 vom 11.2.1957 (gez. Dr. Härtig), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 127, fol. 3.

3 Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1955*, 1955, 5.

4 Die Bezeichnung Wissenschaftler schließt hier Direktoren, Abteilungsleiter und Assistent:innen ein. In diesen Zahlen nicht enthalten sind dagegen Gastwissenschaftler:innen und Stipendiat:innen. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1972*, 1972, 12.

5 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresrechnung 1972*, 1974, 145.

6 Siehe dazu und zum Folgenden Küsters, *Pariser Verträge*, 2011; dort auch die Texte der sechs Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten, die das Vertragspaket bildeten.

7 Ausführlich Trischler, *Luft- und Raumfahrtforschung*, 1992.

8 Müller, *Geschichte der Kernenergie*, Bd. 1, 1990; Radkau, *Aufstieg und Krise*, 1983, 132–196.

9 Herbert, *Geschichte*, 2014, 800.

gramm auf, das in der Gründung mehrerer großer Forschungsanlagen mündete. Der westdeutsche (Wieder-) Einstieg in die Kernforschung tangierte auch die MPG, in deren Reihen sich einige der prominentesten deutschen Atomforscher befanden. Zweitens schuf das »Wirtschaftswunder«, das in den 1950er- und 1960er-Jahren nicht nur Westdeutschland, sondern ganz Europa erfasste, finanzielle Verteilungsspielräume. Von dem Geldsegen profitierten auch die Wissenschaft und nicht zuletzt die MPG – davon wird noch die Rede sein.

Zur Finanzierung der Forschung trug, drittens, deren zunehmende Europäisierung bei,¹⁰ die einen Teil des europäischen Integrationsprozesses ausmachte. Dies betraf insbesondere die Großforschung, was die Wiedereingliederung der westdeutschen Wissenschaft in die internationale Scientific Community wesentlich erleichterte. Den Anfang machte CERN, ein gemeinsames europäisches Unterfangen im Bereich der kernphysikalischen Grundlagenforschung, das angesichts des Vorsprungs der USA und der UdSSR auf dem Gebiet der Kernforschung die Kräfte in Westeuropa bündeln sollte. Auf einen Vorschlag des französischen Physikers Louis de Broglie hin konstituierte sich im Mai 1952 der Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire in Genf. Zu den Gründungsmitgliedern zählten Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik Deutschland.¹¹ 1957 markierte die Unterzeichnung der Römischen Verträge durch die Regierungschefs von Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Niederlande einen weiteren Meilenstein im Prozess der europäischen Integration, nicht zuletzt im Bereich der Wissenschaftspolitik. Sie stellten der seit 1952 existierenden Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl¹² mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) zwei weitere Säulen des Einigungsprozesses an die Seite. Auch EURATOM diente der gemeinsamen europäischen Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie, war indes deutlich anwendungsorientierter als CERN.¹³ 1964 folgte die European Molecular Biology Organization (EMBO),

eine Art europäische Akademie auf dem Gebiet der Molekularbiologie.¹⁴

Dass auf nationaler und europäischer Ebene so viel Geld in die Forschung investiert wurde, lag, viertens, nicht zuletzt an einem spektakulären Erfolg der Sowjetunion im »Space Race«: Am 4. Oktober 1957 glückte ihr der Start einer Interkontinentalrakete, die den ersten Satelliten in die Erdumlaufbahn beförderte. Das Kurzwellsignal, das der legendäre Sputnik für 21 Tage ausstrahlte, »piepste das Zeitalter der Raumfahrt ein«.¹⁵ Im Westen löste dieses Ereignis Ängste und Sorgen aus. Angesichts der Systemkonkurrenz des Kalten Kriegs erschien das Aufholen des Rückstands gegenüber der Sowjetunion als Überlebensfrage sowohl in militärischer als auch in ökonomischer Perspektive. Deswegen steigerten die westlichen Industriestaaten ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung ab diesem Zeitpunkt signifikant, wovon insbesondere die Weltraumforschung profitierte.

In der Bundesrepublik befeuerte der Sputnik-Schock die sogenannte Rückstandsdebatte, in der seit 1955 beklagt wurde, dass die westdeutsche Forschung im internationalen Vergleich zurückgefallen sei.¹⁶ In diesen Kontext gehören auch die Debatte um eine Bildungsreform und die Gründung des Berliner Instituts für Bildungsforschung, von der noch die Rede sein wird. Die MPG profitierte einerseits finanziell vom Sputnik-Schock, andererseits stieg der politische und gesellschaftliche Druck, sich besonders in den zuvor verbotenen Forschungsbereichen zu engagieren, in denen der deutsche Rückstand seit der NS-Zeit signifikant angewachsen war, was nun die wirtschaftliche und militärische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zu bedrohen schien.

Reagieren musste die MPG in dieser Phase auf zwei Großtrends, einen wissenschaftlichen und einen gesellschaftlich-politischen. Die wissenschaftliche Forschung schlug seit der Mitte des 20. Jahrhunderts den Weg in Richtung Großforschung ein. Die Zeiten, in denen kleine Labors ausgereicht hatten, um bahnbrechende Entdeckungen zu machen, gingen in vielen Wissenschaftsbereichen zu Ende. Ohne teure und technologisch immer anspruchsvollere Forschungsapparate wie Teilchenbeschleuniger, Elektronenmikroskope, Radioteleskope oder

10 Darauf wiesen schon Zeitgenoss:innen hin. Siehe etwa Ballreich, *Forschungsförderung*, 1959.

11 Ausführlich Hermann et al., *History of CERN*, Bd. 1, 1987; Heisenberg, *Europäische Organisation*, 1954.

12 Zur Montanunion siehe Bühner, *Ruhrstahl*, 1986.

13 Politische Union, Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, 25.3.1957, <http://www.politische-union.de/eagv03/>. Siehe auch Weilemann, *Gründungsgeschichte von EURATOM*, 1983.

14 Zu EMBO siehe unten, Kap. III.9. und Kap. IV.9.5.1.

15 Notstand, *Der Spiegel*, 21.2.1998, Zitat 44. Siehe dazu und zum Folgenden Siddiqi, *Sputnik*, 2003; Röthlein, *Mare Tranquillitatis*, 1997, 57–59. Mit Bezug zur MPG auch Keppler, *Weg zum MPI*, 2003, 10–11.

16 Siehe dazu und zum Folgenden Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 96–100, sowie unten, Kap. IV.2.1.

Trägerraketen war es kaum mehr möglich, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erzielen, die die Forschung im internationalen Maßstab voranbrachten. Die zunehmende Spezialisierung erforderte immer größer werdende Teams, die unterschiedliches Expertenwissen kombinierten. »Moderne Forschung kann nur dann wirksam werden«, brachte es Adolf Butenandt auf den Punkt, »wenn die Anzahl der bearbeiteten Arbeitsrichtungen verwandter Gebiete sowie die Anzahl und Größe der Arbeitsgruppen eine ›kritische‹ Grenze überschreiten.«¹⁷ Damit stellte der Trend zu »Big Science« das Harnack-Prinzip infrage, betraf also den organisatorischen Markenkern der MPG als Nachfolgerin der KWG.

Forschung wurde aber nicht nur größer, sondern dadurch auch erheblich kostspieliger.¹⁸ Privates Mäzenatentum reichte nun noch weniger aus als früher, sodass die Rolle des Staats als Financier der Forschung immer wichtiger wurde. Die Großforschungsprojekte ihrerseits verfolgten wegen der weitgehenden Abhängigkeit von der öffentlichen Hand in erster Linie Ziele, die als politisch bzw. gesellschaftlich relevant galten und – zumindest perspektivisch – ökonomisch verwertbar zu sein versprachen. So formierte sich Großforschung im Dreieck aus Staat, Wirtschaft und Wissenschaft.¹⁹ Das Paradebeispiel stellte die Kernphysik dar, in der – in den Worten von Wolfgang Gentner – die »Zeit der Konquistadoren, als man mit einer Hand voll Menschen ein Königreich erobern konnte«, nach 1945 »vorüber« war.²⁰ Der Wiedereinstieg in die Atomforschung bedeutete für Westdeutschland zugleich den Einstieg in die Großforschung. Da die gewaltigen Mittel, die für die neuen Kernforschungszentren aufzubringen waren, die Finanzkraft der Länder überstiegen, musste der Bund einspringen, der auf diese Weise »einen wichtigen und prestigeträchtigen Bereich der Forschungspolitik in seinen Einflußbereich« brachte.²¹ Damit gingen entsprechende Steuerungsansprüche einher, denen sich auch die MPG ausgesetzt sah.

Eine ganz andere Herausforderung für die MPG stellte der politische und gesellschaftliche Wandel dar, den die Bundesrepublik in dieser Phase durchlebte. Während die zeithistorische Forschung die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik der 1950er-Jahre auf den Begriff der »Modernisierung im Wiederaufbau« gebracht hat,²² gelten die 1960er-Jahre wahlweise als »dynamische Zeiten«²³ oder als »Wendezeit der Bundesrepublik«.²⁴ In der Historiografie werden die soziokulturellen Veränderungen, die Westdeutschland in dieser Dekade erfassen, als »Fundamentalliberalisierung« (Ulrich Herbert)²⁵ oder »Westernisierung« (Anselm Doering-Manteuffel)²⁶ bezeichnet. Die Wohlstandsgesellschaft, die sich in den 1950er-Jahren herauschälte, bildete die materielle Grundlage für tiefgreifende Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse, die in der Bundesrepublik von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1970er-Jahre eine besondere Dynamik entfalteten – so ein Wertewandel, der gelegentlich als »Silent Revolution« firmierte.²⁷ Ganz so still ging dieser Wandel indes nicht über die Bühne. Seinen eruptiven Höhepunkt erlebte er 1968 mit den Protesten der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung. Dabei handelte es sich zwar um ein globales Phänomen, doch schlugen die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik wegen der zuvor weitgehend verdrängten NS-Vergangenheit im internationalen Vergleich besonders hohe Wellen.²⁸ Als Trägerschicht des Wandels und des Protests trat hauptsächlich die nachwachsende Generation auf, allen voran ihr akademisch gebildeter Teil. Der daraus resultierende Generationenkonflikt trug maßgeblich dazu bei, dass die MPG in eine Auseinandersetzung mit dem eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs geriet, in der es auch in der Wissenschaft primär um das Aufbrechen verkrusteter Strukturen ging, die dort noch aus alten KWG-Zeiten stammten.

Die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung verband die Debatten in der MPG allerdings nicht

17 Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30.11.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 20.

18 Dies beklagte beispielsweise Otto Hahn auf der Hauptversammlung 1959. Hahn, Ansprache, 1959, 254.

19 Szöllösi-Janze und Trischler, *Entwicklungslinien*, 1990, besonders 14.

20 Gentner, *Erkenntnis*, 1965, 81–82.

21 Szöllösi-Janze und Trischler, *Entwicklungslinien*, 1990, 16.

22 Schildt und Sywottek, *Modernisierung im Wiederaufbau*, 1993.

23 Schildt, Siegfried und Lammers, *Dynamische Zeiten*, 2000.

24 Frese, Paulus und Teppe, *Demokratisierung*, 2003.

25 Herbert, *Liberalisierung*, 2002.

26 Doering-Manteuffel, *Westernisierung*, 2000; Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, 1999.

27 Inglehart, *The Silent Revolution*, 1977. Für die Bundesrepublik siehe Klages, *Wertorientierungen im Wandel*, 1984; Klages, *Verlaufsanalyse*, 1992.

28 Zur globalen Komponente besonders instruktiv Hockerts, »1968«, 1999. Eine gute Gesamtdarstellung der westdeutschen Protestbewegung und ihrer internationalen Zusammenhänge bietet Frei, *Jugendrevolte*, 2018.

nur mit der Studentenbewegung, sondern auch mit dem Programm einer neuen Bundesregierung, die erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik nicht unter Führung der Union stand. Die SPD, die 1966 als Juniorpartner der CDU und der bayerischen CSU in eine Große Koalition eingetreten war und ihre Regierungstauglichkeit unter Beweis gestellt hatte, schaffte nach der Bundestagswahl von 1969 den »Machtwechsel«.²⁹ Die von Willy Brandt geführte sozialliberale Koalition trat mit dem Anspruch an, »mehr Demokratie wagen« zu wollen.³⁰ Damit traf sie den Nerv einer ganzen Generation – und zwang auch die MPG dazu, intensiv über eine Änderung ihrer Leitungs- und Entscheidungsstrukturen nachzudenken. Eine zusätzliche Herausforderung, zu der sich die MPG verhalten musste, bestand darin, dass sich seit der Bildung der Großen Koalition auch der Politikstil in Bonn zu verändern begann. Die Hinwendung zur zuvor verpönten Planung vergrößerte den Bedarf an Politikberatung, der in einer immer komplexer werdenden Welt ohnehin zunahm.³¹

In diesem Kapitel untersuchen wir zunächst Finanzierung und Finanzgebaren der MPG von 1955 bis 1972 und fragen, wofür sie das viele Geld ausgab. Danach widmen wir uns dem Verhältnis der MPG zu Staat und Wirtschaft, wobei es in erster Linie um die Konflikte mit der Bundesregierung und den Länderregierungen geht, die als eine Folge des Wachstums in dieser Phase ausbrachen und in denen letztlich die Autonomie der MPG zum Gegenstand der Verhandlungen wurde. Daran anschließend analysieren wir, welche Schritte die MPG unternahm, um das enorme Wachstum zu bewältigen; anhand der Satzungsreformen von 1959, 1964 und 1972 beschäftigen wir uns mit den heftigen Auseinandersetzungen um die innere Demokratisierung der MPG, die sich an der Frage entzündeten, ob und gegebenenfalls wie die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollten, und zwar sowohl in den einzelnen Instituten als auch in der MPG insgesamt.

3.2 Geldsegen und Institutsgründungen

3.2.1 Das westdeutsche »Wirtschaftswunder«

Die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, die die junge Bundesrepublik ab den frühen 1950er-Jahren verzeichnete, schuf die materielle Voraussetzung für Wachstum und Transformation der MPG. Den Zeitgenoss:innen kam das einsetzende Wirtschaftswachstum, das mit steigenden Reallöhnen und einem schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit einherging, angesichts der Mangelerfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Erinnerungen an die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er-Jahre manchmal märchenhaft vor. Trotz des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen herrschte ab Mitte der 1950er-Jahre Vollbeschäftigung, die bald in Arbeitskräftemangel umschlug.³² Das »Wirtschaftswunder« war indes bei näherer Betrachtung der strukturellen Faktoren und des trotz aller Zerstörungen immer noch vorhandenen Potenzials Westdeutschlands eine wenig wundersame Entwicklung und zudem kein deutsches, sondern ein westeuropäisches Phänomen. Mit Blick auf die steigenden Einkommen und die deutlich verbesserten Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten gilt die Phase vom Kriegsende 1945 bis zum Ölpreisschock Mitte der 1970er-Jahre – eine in der modernen Geschichte einzigartige Wachstums- und Wohlstandsperiode – in der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte als die »Trente Glorieuses«.³³

In der Bundesrepublik sprang der Motor der Konjunktur mit dem »Korea-Boom« wieder an.³⁴ Das Brutto sozialprodukt, das 1955 bescheidene 181,4 Milliarden DM betragen hatte, stieg bis 1961 auf 331,4 Milliarden DM, 1966 betrug es 487,4 Milliarden DM, um bis 1972 auf 827,2 Milliarden DM zu klettern.³⁵ Die günstige konjunkturelle Entwicklung bei gleichzeitig sinkender Arbeitslosigkeit spülte erheblich mehr Geld in die Staatskasse. Ab 1955 stiegen die Gesamteinnahmen der öffentlichen Hand von 45 Milliarden DM³⁶ über 114 Milliarden DM

29 Baring, *Machtwechsel*, 1982.

30 Der Text des berühmten Regierungsprogramms findet sich bei Süß, Brandts Regierungserklärung, 2011.

31 Siehe beispielsweise Seefried, *Experten für die Planung?*, 2010. Zur Durchsetzung des Planungsgedankens in der Bundesrepublik siehe Ruck, *Kurzer Sommer*, 2000; Süß, »Wer aber denkt für das Ganze?«, 2003.

32 Siehe ausführlich Abelshausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, 2011. Einen knappen Überblick gibt Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, 2006, 79–82; Wolfrum, *Die Bundesrepublik*, 2005, 115–130.

33 Der Begriff geht auf Jean Fourastié zurück, einen französischen Demografen. Fourastié, *Les Trente Glorieuses*, 1979. Siehe dazu die Analysen von Kaelble, *Kalter Krieg*, 2011, 81–123; Ambrosius und Kaelble, *Folgen des Booms*, 1992.

34 Abelshausen, *Wirtschaft und Rüstung*, 1997, 3–19.

35 Diese Angaben erfolgen in den jeweiligen Preisen, d.h., die Inflation ist nicht berücksichtigt. Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 508; Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1979, 514.

36 Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1960, 418.

(1962)³⁷ auf 237 Milliarden DM im Jahr 1972 an,³⁸ das heißt, sie verfünffachten sich in dieser Zeitspanne. Das eröffnete wachsende Verteilungsspielräume. Die Politik nutzte sie unter anderem dazu, um die sozialen Netze fester und enghmaschiger zu knüpfen.³⁹ Die Rentenreform von 1957 brachte die Einführung der dynamischen Rente, was wesentlich zur sozialen Integration der westdeutschen Gesellschaft beitrug, allerdings angesichts der damals unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl zugleich den Charakter eines Wahlgeschenks hatte.⁴⁰

Auch die Ausgaben der öffentlichen Hand für Hochschulen und Forschung stiegen in den 1950er- und 1960er-Jahren stark an, von bescheidenen 408 Millionen DM im Jahr 1950 (was 9 DM pro Kopf der Bevölkerung entsprach) über 2,4 Milliarden DM (43 DM je Einwohner) 1961 bis auf 14,3 Milliarden DM (232 DM je Einwohner) 1972.⁴¹ Besonders beeindruckend fielen die Zuwachsraten während der Zeit der Großen Koalition und in den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition aus. Zwar floss der Löwenanteil der Mittel, die die öffentliche Hand für Wissenschaft und Forschung bereitstellte, in den Ausbau von Universitäten, deren Expansion »eine Schlüsselbedeutung in den säkularen Prozessen gesellschaftlichen Wandels« zukam,⁴² doch zählte auch die MPG zu den Profiteuren.⁴³ 1960 konstatierte Otto Hahn im Rückblick auf seine Präsidentschaft mit dem ihm eigenen Understatement, dass der rasche Wiederaufbau und zunehmende Ausbau der MPG und ihrer Institute »durch die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik« massiv »begünstigt« worden seien.⁴⁴

3.2.2 Mehr Geld für die Grundlagenforschung

Zwei Trends kennzeichneten die Haushaltsentwicklung der MPG in den langen 1960er-Jahren: erstens hohe jährliche Zuwachsraten, zweitens eine zunehmende Abhängigkeit von den Zuschüssen der öffentlichen Hand, die bereits 1957 über drei Viertel des MPG-Budgets ausmachten.⁴⁵ Beides lag am Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG – wie übrigens auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Am 28. Juni 1956 bewilligte der Deutsche Bundestag auf Initiative der MPG-Senatoren Carlo Schmid (SPD) und Hermann Pünder (CDU) der MPG erstmalig einen Sonderhaushalt von sieben Millionen DM, der über die von der Ländergemeinschaft zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel hinausging. Die MPG erhielt den Betrag, den sie »zur Pflege der Auslandsbeziehungen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und besonderer Zwecke der Grundlagenforschung beantragt« hatte, »zur freien Verfügung«.⁴⁶ Die Einschränkungen des Verwendungszwecks dienten dazu, den Bedenken der Länder Rechnung zu tragen, die sich gegen eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der (Grund-)Finanzierung der MPG richteten.⁴⁷ Da die Länder allein jedoch nicht über ausreichende Mittel verfügten, blieb ihnen letztlich nichts anderes übrig, als den Einstieg des Bundes in die Forschungsförderung hinzunehmen. Im Gegensatz zu den Ländern schwamm der Bund seinerzeit förmlich im Geld, denn Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) hatte die für damalige Verhältnisse ungeheure Summe von rund acht Milliarden DM für Besatzungskosten und einen »Wehrbeitrag« der Bundesrepublik im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beiseitegelegt. Nachdem die EVG jedoch durch das negative Votum der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954 hinfällig ge-

37 Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1965, 444.

38 Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 400.

39 Ruck und Boldorf, *Sozialpolitik*, 2007.

40 Hockerts, *Sicherung im Alter*, 1985, 313–316; Hockerts, *Rentenreform 1957*, 2011; Torp, *Pension Reform*, 2016.

41 Diese Angaben nach Statistisches Bundesamt, *Statistisches Jahrbuch*, 1975, 398.

42 Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, 2000, 410.

43 Ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 62–64.

44 Ansprache von Otto Hahn in der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen: Hahn, *Ansprache*, 1960, Zitat 277.

45 Schatzmeisterbericht: Jahresrechnung 1957/58 (auf der 10. Ordentlichen Hauptversammlung am 4.6.1959 zu Saarbrücken gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 144, fol. 7. Siehe dazu Balcar, *Wandel*, 2020, 65–67. Zur Haushaltsentwicklung siehe auch unten, Anhang 1, Tabelle 1 und Anhang, Grafik 2.6.

46 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 366. Protokoll der 25. Sitzung des Senates vom 6.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206. Protokoll der 25. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 25.VP, fol. 2. Schließlich stellte der Bund der MPG im Rechnungsjahr 1956 neun Millionen DM zur Verfügung. Schatzmeisterbericht: Jahresrechnung 1956/57 (auf der 9. Ordentlichen Hauptversammlung am 29.5.1958 in Hannover gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 137, fol. 12.

47 Diese Bedenken hatte der hessische Finanzminister Heinrich Troeger (SPD) auf der Senatssitzung im Juni 1956 vorgebracht. Protokoll der 24. Sitzung des Senates vom 12.6.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 24.SP, fol. 163–171.

worden war,⁴⁸ machte es sich im wortwörtlichen Sinne bezahlt, dass die MPG einflussreiche Politiker in ihren Senat aufgenommen hatte. Schmid und Pünder ergriffen in einer Art informellen Großen Koalition die Initiative, der MPG einen Bundeszuschuss zukommen zu lassen, und sorgten für Rückendeckung aus den beiden größten Fraktionen im Bundestag – und damit für den Erfolg des Unternehmens. Einzig die MPG zierte sich anfangs noch ein wenig, denn sie wollte unbedingt den Eindruck vermeiden, »aus militärischen Zwecken dienenden Mitteln mitfinanziert« zu werden.⁴⁹ Daher setzte sie alle Hebel in Bewegung, um den Bundeszuschuss nicht vom Verteidigungs-, sondern vom Innenministerium zu erhalten, womit sich beide Bundesministerien schließlich einverstanden erklärten.⁵⁰

Die Bundesförderung blieb keine Eintagsfliege. 1958 machten Mittel aus dem Bundeshaushalt bereits 23,6 Prozent der Gesamteinnahmen der MPG aus, mit stetig steigender Tendenz.⁵¹ Neben 11,4 Millionen DM vom Bundesinnenministerium erhielt die MPG 6,7 Millionen DM vom Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft.⁵² Es bildete sich eine Kostenteilung heraus, die sich für die MPG als vorteilhaft erwies: Die Länder trugen die fortlaufenden Ausgaben, insbesondere die Personalkosten, während der Bund die einmaligen, vor allem investiven Ausgaben der MPG übernahm, was »eine viel größere Beschleunigung der genehmigten Bauvorhaben« ermöglichte.⁵³ Diese Aufteilung zwischen den Ländern und dem Bund bildete seinerzeit auch die Grundstruktur der Einnahmenseite des Haushalts der MPG,⁵⁴ sie erinnert entfernt an die Finanzierung der KWG, bei der der preußische Staat die Personalkosten

getragen und die Grundstücke gestellt, während die Industrie die Investitionskosten übernommen hatte⁵⁵ – mit dem Unterschied, dass nun beide Finanzierungsträger zur öffentlichen Hand gehörten. Zunächst hatte die Ländergemeinschaft noch ein klares Übergewicht, doch stieg der Bundesanteil kontinuierlich an; 1969 lagen die Zuschüsse von Bund und Ländergemeinschaft fast gleichauf, ab 1971 bezog die MPG dann mehr Geld vom Bund als von den Ländern.⁵⁶ Die Bundesregierung griff seinerzeit gern tief in die Tasche, um nationale Prestigeprojekte zu realisieren und international moralischen Kredit zurückzugewinnen.⁵⁷

Regelungsbedürftig blieb allerdings, zu welchen Konditionen die MPG das Geld aus Bonn erhalten sollte. Während die MPG darauf bestand, den Bundeszuschuss »zur freien Verfügung« zu erhalten, sah die Bundeshaushaltsordnung eine Reihe von »Bevolligungsbedingungen« vor, die die MPG-Spitze für unannehmbar hielt.⁵⁸ Konkret ging es um genaue Verwendungsnachweise bei der Mittelanforderung, zusätzliche Prüfungen durch den Bundesrechnungshof, Eigentumsvorbehalte des Bundes, die Übertragbarkeit der Mittel und einiges anderes mehr. Die MPG nahm zwar das Geld des Bundes gern an, sie wollte es aber nach eigenem Gutdünken verwenden können. Der Verwaltungsrat sprach sich »mit größtem Nachdruck dafür aus, die Freiheit der Max-Planck-Gesellschaft zu wahren und keine dieser Freiheit widersprechenden wesentlichen Bedingungen anzuerkennen«.⁵⁹ Am Ende gaben die Haushälter nach. Der Präsident des Bundesrechnungshofs erklärte sich damit einverstanden, den Jahresbericht der MPG »als Generalbericht über die Verwendung des Bundeszuschusses« zu akzeptieren, was

48 Zum Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung siehe Maier, Auseinandersetzungen um die Westintegration, 1990, 226–230. Siehe auch Herbst, *Option für den Westen*, 1996, 99–105.

49 Protokoll der 25. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 2–7.

50 Ebd. Zum Problem der Finanzierung rüstungsrelevanter Forschung siehe Paul, Arbeitsbericht, 1990, 270–272.

51 Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 121.

52 Schatzmeisterbericht: Jahresrechnung 1958/59 (auf der 11. Ordentlichen Hauptversammlung am 18.5.1960 in Bremen gehalten), AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 153, fol. 5.

53 Protokoll der 25. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 33.

54 Das war bis 1962 der Fall. Für das Haushaltsjahr 1963 einigten sich Bund und Länder darauf, »daß sich der Bund mit 50 % an der Finanzierung der Einrichtungen, die im Rahmen des Königsteiner Staatsabkommens finanziert werden, beteiligt«. Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23.11.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 439.

55 Dazu ausführlich Witt, *Wissenschaftsfinanzierung*, 1990.

56 Siehe dazu mit genauen Angaben Balcar, *Wandel*, 2020, Tabelle 3, 69–70.

57 Den letztgenannten Aspekt betonte Bundespräsident Heinrich Lübke in seiner Ansprache vor der Hauptversammlung der MPG 1960 in Bremen: Lübke, *Ansprache*, 1960, 293.

58 Siehe beispielsweise den Auszug aus der Ansprache Otto Hahns vor der Festversammlung der MPG am 28.6.1957 in Lübeck: Hahn, *Ansprache*, 1957, vor allem 197–198. Siehe auch Balcar, *Wandel*, 2020, 70–72.

59 Protokoll der 25. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 4.

die MPG »von quälenden Einzelberichten befreite«. ⁶⁰ Er ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er die alle zwei Jahre in der *Zeitschrift für Naturwissenschaften* erscheinenden Berichte der Max-Planck-Institute »als wissenschaftliche[n] Bericht über die Verwendung der Bundesmittel« anerkannte. ⁶¹ Zudem verzichtete der Bund auf den ansonsten üblichen Eigentumsvorbehalt »an den aus den Zuwendungen beschafften beweglichen Gegenständen«. ⁶² Weiter konnte die Politik, die ja ihrerseits der Öffentlichkeit gegenüber für die Verwendung der Steuermittel in der Verantwortung stand, der MPG kaum entgegenkommen.

Bei den Ländern sorgte der Einstieg des Bundes in die Finanzierung der MPG für beträchtliche Verärgerung. Die MPG war klug genug, ihre bis dato wichtigsten Geldgeber nicht vor den Kopf zu stoßen. Als der Senat im November 1956 beschloss, den in Aussicht gestellten Zuschuss des Bundes anzunehmen, verband er dies mit der beschwichtigenden Erläuterung an die Adresse der Länder, mit dem dadurch zu bildenden »Sonderhaushalt« ließen sich »dringende Pläne und Vorhaben außerhalb und in Ergänzung des Königsteiner Abkommens« durchführen. ⁶³ Später lehnte die MPG wohlweislich das Angebot des Bundes ab, ihre Finanzierung allein zu übernehmen. ⁶⁴ Den Ausschlag dafür gaben nicht zuletzt die guten Erfahrungen, die die MPG mit der Finanzierung durch die Ländergemeinschaft gemacht hatte. So widerstand man der Verlockung des Bundesangebots, das einerseits höhere Zuschüsse versprach, andererseits aber mit der Gefahr einer stärkeren Einflussnahme des Geldgebers auf die MPG einherging. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Bund und Länder am 4. Juni 1964 auf ein »Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung«, das die paritätische Finanzierung der MPG (und auch der DFG) durch Bund und Länder

formell besiegelte, das Königsteiner Abkommen ersetzte und die Sonderförderung des Bundes ablöste. ⁶⁵ Diese Regelung erwies sich für die MPG als sehr günstig, weil sie von nun an mit zwei Geldgebern konfrontiert war, die sich in der bundesrepublikanischen Mehrebenendemokratie strukturell als Rivalen gegenüberstanden – man konnte also, falls nötig, einen Geldgeber gegen den anderen ausspielen. Deswegen widersetzte sich die MPG auch so energisch einem Vorstoß der Länderfinanzminister, der darauf abzielte, die Finanzierung der MPG wieder ganz in die eigenen Hände zu bekommen. Im Verein mit der DFG und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) gelang es der MPG-Spitze durch eine Intervention beim Bundeskanzler, die Initiative der Länder zu vereiteln. ⁶⁶

Auf ähnliche Weise verliefen wenig später auch die Pläne der Troeger-Kommission im Sande, die eine umfassende Finanzreform vorbereiten sollte und sich in ihrem Bericht gegen die in Königstein gefundene Finanzierungsformel aussprach, weil »die Vorstellung einer Ländergemeinschaft als Träger von Aufgaben, die der Förderung von Forschungseinrichtungen gelten, dem Verfassungsrecht fremd sind«. ⁶⁷ Zudem vertrat die von Heinrich Troeger (SPD), dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, geleitete Kommission die Ansicht, dass »die Förderung der Max-Planck-Gesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der einzelnen Sitzländer« sei, weshalb die Finanzierung »zu 50 % durch den Bund und zu 50 % durch das jeweilige Sitzland« erfolgen sollte. ⁶⁸ Präsident Butenandt witterte darin nicht zu Unrecht eine Gefahr für die »Homogenität unserer Gesellschaft«, da das von der Kommission vorgeschlagene Finanzierungsmodell den Abschied vom Globalhaushalt bedeutet hätte und möglicherweise auf eine völlige Dezentralisierung der MPG hinausgelaufen wäre. Dank der

60 Protokoll der 33. Sitzung des Senates vom 3.6.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 188; Protokoll der 27. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22.1.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 27.VP, fol. 3–7; Protokoll der 29. Sitzung des Verwaltungsrates vom 26.6.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 29.VP, fol. 4–8.

61 Protokoll der 33. Sitzung des Senates vom 3.6.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 189.

62 Protokoll der 29. Sitzung des Verwaltungsrates vom 26.6.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 29.VP, fol. 5.

63 Protokoll der 25. Sitzung des Senates vom 6.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 25.SP, fol. 198–206, Zitat fol. 204.

64 Protokoll der 32. Sitzung des Senates vom 12.2.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 152. Siehe dazu und zum Folgenden Balcar, *Wandel*, 2020, 73–74.

65 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 428. Zu den Konflikten zwischen Bund und Ländern, die dem Verwaltungsabkommen vorangegangen waren, siehe Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 115–120.

66 Balcar, *Wandel*, 2020, 76.

67 Protokoll der 50. Sitzung des Senates vom 12.3.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 299, Hervorhebung J.B. Die von Bundeskanzler Ludwig Erhard eingesetzte Kommission legte 1966 ein umfangreiches Gutachten vor, das zahlreiche Vorschläge zur Neuordnung des Finanzausgleichs, zur Einführung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie zu einer Reform der Gemeindefinanzen enthielt. Kommission für die Finanzreform, *Gutachten über die Finanzreform*, 1966.

68 Protokoll der 50. Sitzung des Senates vom 12.3.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 300. Das folgende Zitat findet sich ebd., Hervorhebung J.B.

Rückendeckung aus dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung gelang es Butenandt jedoch, Troeger zu einer Umformulierung des Berichts zu bewegen, »daß der Weg der Finanzierung über das Bund/Länder-Abkommen nicht verhindert wird.«⁶⁹ Damit war die Gefahr abgewendet worden.

So blieb es bei dem Paradox, dass die MPG einerseits in stetig weiter zunehmende finanzielle Anhängigkeit von der öffentlichen Hand geriet, andererseits aber ihre forschungspolitischen Handlungsspielräume gegenüber Bund und Ländern verteidigen konnte. Die gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder bescherte der MPG nicht nur ein erstaunliches Maß an Unabhängigkeit von ihren Geldgebern, sondern auch ungeahnte – und später niemals wieder erreichte – jährliche Zuwachsraten im Haushalt von teilweise über 20 Prozent. Die stetig steigenden Zuschüsse der öffentlichen Hand marginalisierten die übrigen Einnahmequellen, vor allem die Spenden aus der Wirtschaft, was die finanzielle Abhängigkeit der MPG vom Fiskus noch vergrößerte. In der MPG wurde diese Entwicklung bereits früh als »Strukturwandel« interpretiert und durchaus kritisch gesehen.⁷⁰ Tatsächlich brachte die spezifische Finanzierung durch die öffentliche Hand drei Nachteile mit sich: Erstens bestand die Kehrseite des Königsteiner Modells, das mit dem Verwaltungsabkommen von 1964 um den Bund erweitert wurde, in einem Phänomen, das man als »Geleitzugsprinzip« bezeichnen kann: Im Rahmen der paritätischen Globalförderung bestimmte letztlich der finanzschwächste Geldgeber – das langsamste Schiff des Geleitzuges, um im Bild zu bleiben – die Höhe der Gesamtzuschüsse, denn auch er musste auf einen bestimmten prozentualen Anteil kommen, den der Verteilungsschlüssel vorab festlegte. Wäre es allein nach dem Bund gegangen, hätte die MPG in den 1950er- und 1960er-Jahren noch deutlich höhere staatliche Zuschüsse erhalten. Das verhinderten die finanzschwächsten Länder, die der MPG eine indirekte Wachstumsgrenze zogen.⁷¹ Zweitens zwang die Finanzierung aus Staatsmitteln die MPG zur Anwendung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes. Dadurch fehlte es ihr mitunter an der nötigen Flexibilität, um sich im inter-

nationalen Wettbewerb um heiß begehrte Wissenschaftsstars durchsetzen oder auch die Abwerbung hoch qualifizierter Techniker durch die Industrie verhindern zu können. Drittens musste die MPG den stetig komplexer und komplizierter werdenden Vorschriften für den Umgang mit staatlichen Finanzmitteln gerecht werden, was einen beachtlichen Ausbau der Verwaltungskapazitäten erforderlich machte. Darüber hinaus führte die Reform der Bundeshaushaltsordnung in den späten 1960er-Jahren zu einer Zunahme der regulativen Komplexität, wodurch die Handlungsspielräume der MPG im Umgang mit den öffentlichen Mitteln spürbar abnahmen.⁷²

3.2.3 Einstieg in neue Forschungsfelder und Gründung neuer Institutstypen

Die MPG nutzte den enormen Wachstumsschub zu einer wissenschaftlichen Neuausrichtung, die durch Gründung neuer oder Erweiterung bereits bestehender Institute erfolgte. In dieser Phase erwiesen sich die Prinzipien der Fertilität und Mutationsfähigkeit – also die Fähigkeit der MPG, neue Institute durch Ausgliederung von Abteilungen, durch Zusammenlegen von Forschungseinrichtungen oder durch Umgründungen bestehender Institute zu etablieren – als besonders wirksam.⁷³ Zwar kam es mitunter auch zur Fortsetzung von Forschungsansätzen, die sich bereits in der KWG etabliert hatten. So knüpfte das 1956 gegründete MPI für Geschichte beispielsweise an das 1944 untergegangene KWI für deutsche Geschichte an, weshalb man in der MPG auch nicht von einer Neugründung, sondern von einer »Wiedererrichtung« sprach.⁷⁴ Überwiegend jedoch orientierte sich die MPG im Zuge des zuvor nicht gekannten Wachstums auf neue, aktuelle Forschungsthemen um oder schuf ganz neue Typen von Forschungseinrichtungen. Zu Letzteren zählte das Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der MPG, das 1969 in Tübingen entstand. Hoch qualifizierten Nachwuchskräften wurden hier für eine befristete Zeit Ressourcen zur Verfügung gestellt, um sich auf die höheren wissenschaftlichen Wei-

⁶⁹ Protokoll der 52. Sitzung des Senates vom 14.12.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 351–352. Siehe dazu auch Balcar, *Wandel*, 2020, 76–78.

⁷⁰ So etwa der – wie stets besonders kritische – Senator Georg Schreiber. Protokoll der 33. Sitzung des Senates vom 3.6.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 186.

⁷¹ Dazu ausführlich und mit Vergleichszahlen der Ausgaben des BMFT und der institutionellen Förderung der MPG Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 127–134.

⁷² Zum Finanzgebaren der MPG und den Auswirkungen der zunehmenden staatlichen Regulierung siehe ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 79–88.

⁷³ Dazu Renn und Kant, *Forschungserfolge*, 2010, 75–76. Siehe auch unten, Kap. IV.4.1.

⁷⁴ So im Gründungsbeschluss vom 25.3.1955, zitiert nach Schöttler, *Die Ära Heimpel*, 2017, 5. Siehe auch Rösener, *MPI für Geschichte*, 2014; Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, 1989, 242–252; Kraus, *Gründung und Anfänge*, 2016. Siehe unten, Kap. III.14.

hen – den Ruf auf eine Professur oder die Ernennung zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG – vorzubereiten.⁷⁵

Während die Neugründungen in der Biologisch-Medizinischen Sektion keine eindeutige Schwerpunktbildung erkennen lassen, setzte die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion in der zweiten Phase stark auf die Weltraumforschung.⁷⁶ Dies war zum einen dem Sputnik-Schock geschuldet, zum anderen dem Umstand, dass sich die deutschen Physiker aufgrund der alliierten Forschungsverbote nach 1945 primär mit theoretischen Fragen der Astro- und Plasmaphysik beschäftigt hatten. Zu dem neuen und rasch expandierenden Forschungscluster zählten mit dem MPI für Aeronomie in Katlenburg/Lindau (1958), dem MPI für Astrophysik in Garching (1958), dem MPI für Kernphysik in Heidelberg (1958), dem MPI für extraterrestrische Physik in Garching (1963) sowie dem MPI für Radioastronomie in Bonn (1966) und dem MPI für Astronomie in Heidelberg (1967) eine Reihe von Institutsneu- bzw. -ausgründungen, die das Gesicht der MPG bis heute mitprägen. Um die Aktivitäten all dieser Institute zu bündeln, richtete die MPG im Frühjahr 1960 eine »Arbeitsgruppe für extra-terrestrische Forschung« ein, der die Direktoren Julius Bartels, Ludwig Biermann, Walter Dieminger, Wolfgang Gentner und Werner Heisenberg angehörten. Die zusätzlichen Kosten, die die MPG beim Bundesministerium für Atomfragen einwarb, hatte man zunächst auf 300.000 DM geschätzt, doch verzehnfachte sich der Betrag im Handumdrehen. Zur Begründung hieß es lapidar, »daß wirkliche Weltraumforschung nur mit großen Mitteln möglich sei«.⁷⁷

Um die hohen Kosten zu stemmen und um angesichts des Rückstands gegenüber der Sowjetunion und den USA die Kräfte zu bündeln, arbeiteten die Staaten Westeuropas auf dem Gebiet der Weltraumforschung eng zusammen.⁷⁸ 1962 wurden zu diesem Zweck gleich drei europäische Organisationen ins Leben gerufen: das European Southern Observatory (ESO), die europäische Südsternwarte, die Teleskope in Chile betreiben sollte, die European Space Research Organisation (ESRO), deren Ziel darin bestand, gemeinsame Satelliten zu Forschungszwecken zu entwickeln, und die European Launcher Development

Organisation (ELDO), die eine europäische Trägerrakete konstruieren sollte, um Europa einen von den USA unabhängigen Zugang zum Weltraum zu sichern. Nach dem Misserfolg der »Europa-II-Rakete« fusionierte die ELDO 1975 mit der ESRO zur European Space Agency (ESA).⁷⁹ In diese Kooperation war die MPG aufs Engste eingebunden. So fungierte beispielsweise Reimar Lüst, der Gründungsdirektor des MPI für extraterrestrische Physik, von 1962 bis 1964 als Technischer Direktor der ESRO und von 1968 bis 1970 als deren Vizepräsident, um schließlich – nach dem Ende seiner Amtszeit als MPG-Präsident – von 1984 bis 1990 als Generaldirektor der ESA zu wirken.⁸⁰

Zu dem beachtlichen Institutsverbund, der sich mit Fragen der Weltraumforschung befasste, gehörte im Grunde auch das 1960 in Garching bei München aus der Taufe gehobene Institut für Plasmaphysik (IPP), mit dem auch die MPG in die Großforschung einstieg. Werner Heisenberg hatte im Oktober 1956 die Initiative ergriffen und dem damaligen Bundesatomminister Franz Josef Strauß (CSU) die Gründung einer Anlage zur Kernfusionsforschung vorgeschlagen. Mit dem Argument: »Das experimentelle und theoretische Studium der genannten Vorgänge ist überall noch sehr jung, so daß wir uns von Deutschland aus noch mit einer vernünftigen Aussicht auf Erfolg in die internationale Konkurrenz einschalten können«,⁸¹ machte Heisenberg dem Minister den Einstieg in das neue Forschungsfeld schmackhaft. Siegfried Balke (CSU), der Strauß als Atomminister beerbte, bewilligte im März 1957 erste Mittel »für den Aufbau einer theoretischen und experimentellen Arbeitsgruppe« am MPI für Physik und Astrophysik, um die Fusionsforschung in der Bundesrepublik anzukurbeln.⁸² Wichtige Weichenstellungen brachte die zweite Genfer Atomkonferenz vom Herbst 1958: Erstens hoben die führenden Atomkräfte die Geheimhaltung für die Fusionsforschung auf, zweitens erhielten vorschnelle Hoffnungen auf eine baldige Entwicklung eines Fusionsreaktors einen Dämpfer. Das führte – drittens – dazu, die Fusionsforschung wieder stärker als Grundlagenforschung zu betrachten, was in einer Reihe von Ländern den Anstoß gab, bestehende Forschungen auszuweiten oder aber ganz neu aufzuneh-

75 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1070–1072; Knippers, Friedrich-Miescher-Laboratorium, 1971.

76 Siehe zum Folgenden Bonolis und Leon, *Astronomy*, 2023, 206–296; siehe auch unten, Kap. III.6.

77 Protokoll der 47. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.11.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 22.

78 Lüst, *Internationale Zusammenarbeit*, 1961.

79 Krige, Russo und Sebesta, *History of ESA*, Bd. 1, 2000.

80 Appenzeller, Reimar Lüst, 2021.

81 Werner Heisenberg an Franz Josef Strauß vom 10.10.1956, Anlage: Pläne für Arbeiten auf dem Gebiet der thermonuklearen Reaktionen am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen bzw. München, undatiert, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 1, 11–14, Zitat 12.

82 Siegfried Balke an Werner Heisenberg vom 1.3.1957, in: ebd., Dokument 2, 15–16, Zitat 16.

men.⁸³ Im Mai 1959 stellte Heisenberg gemeinsam mit mehreren Kollegen einen »Antrag auf die Errichtung eines Forschungszentrums Garching zum Studium der kontrollierten thermonuklearen Fusion.«⁸⁴ Der Gutachterausschuss Plasmaphysik, eine von Carl Friedrich von Weizsäcker geleitete Arbeitsgruppe des Arbeitskreises Kernphysik der Deutschen Atomkommission, befürwortete den Antrag nachdrücklich und sprach sich zugleich dafür aus, »die geplante Fusionsforschungsanlage wegen ihrer Größenordnung, wegen der speziellen Zielsetzung sowie wegen der geplanten engen Zusammenarbeit zwischen dem Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, der Universität München und der Technischen Hochschule München nicht als neues Institut im Verband der Max-Planck-Gesellschaft« zu gründen.⁸⁵ Auf dieser Grundlage stimmte auch das Bundesatomministerium dem Antrag zu,⁸⁶ die förmliche Genehmigung eines Bundeszuschusses in Höhe von 9.457.000 DM erfolgte noch am selben Tag.⁸⁷

Schwerer war es, den hartnäckigen Widerstand von KWG-Traditionalisten innerhalb der MPG zu überwinden, die den Einstieg in die Großforschung schon aus Kostengründen ablehnten. Um die Entscheidung vorzubereiten, setzte der Senat eine Kommission ein, die im November 1959 dafür plädierte, »daß die Max-Planck-Gesellschaft elastisch genug sein muß, um wissenschaftlich wirklich bedeutende Einrichtungen betreuen zu können, auch wenn sie – gemessen an dem Institutstyp, der bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Auge gefaßt worden war – atypisch sind.«⁸⁸ Zugleich sprach sich die Kommission dafür aus, das neue Institut – »trotz der unmittelbaren arbeitsmäßigen Verbindung des Vorhabens Garching mit dem Max-Planck-Institut für

Physik und Astrophysik« – als eigenständige Forschungseinrichtung mit eigener Rechtsfähigkeit und Satzung ins Leben zu rufen, zugleich aber »im Verband der Max-Planck-Gesellschaft zu belassen«,⁸⁹ wofür sie Haftungsfragen und die avisierte Kooperation mit EURATOM ins Feld führte.⁹⁰ Auf dieser Grundlage stimmte schließlich auch der Senat der Gründung des IPP zu. Sie erfolgte am 28. Juni 1960, und zwar in der Rechtsform einer GmbH.⁹¹ Damit war auch der Streit um die Großforschung innerhalb der MPG entschieden und für die nächsten 20 Jahre gehörte die »Großforschungsfähigkeit« gewissermaßen zum Markenkern der MPG.⁹²

Allerdings sollte das IPP das einzige echte Großforschungsinstitut in der MPG bleiben, das diesen Status durch seine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) dokumentierte. Eine Sonderstellung nahmen drei weitere Institute ein, deren Gründung Mitte der 1960er-Jahre beschlossen wurde und die auf die Entwicklung der MPG immensen Einfluss haben sollten: das MPI für Festkörperforschung in Stuttgart, das MPI für biophysikalische Chemie in Göttingen und das MPI für Biochemie in Martinsried bei München. In diesen Einrichtungen plante die MPG, ihre Aktivitäten auf Forschungsfeldern, die als besonders wichtig und förderungswürdig galten, zu bündeln und räumlich zu konzentrieren. Die drei Institute einte nicht allein die Zielsetzung, sich gleichsam als nationale Kompetenzzentren in zukunftsfähigen, gerade auch für die Industrie relevanten Forschungsbereichen zu etablieren. Hinzu kamen die für herkömmliche Max-Planck-Institute ungewöhnliche Größe, die ausgeprägten Department-Strukturen, die in dem neuen Institutstyp den Versuch einer Antwort auf die »amerikanische Herausforderung« erkennen lassen,⁹³

83 Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 79–84; Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 304–306.

84 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1298. Der Antrag vom 17.6.1959, der Kosten für die Ausbaustufe I und den Beginn der Ausbaustufe II auf 9,22 Mio. DM bezifferte, ist abgedruckt bei Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 6, 35–53.

85 Stellungnahme des Gutachterausschusses Plasmaphysik zu den Plänen für den Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München vom 23.6.1959, abgedruckt in: ebd., Dokument 7, 55–58, Zitat 58.

86 Vermerk des Bundesatomministeriums vom 28.10.1959 betr. Bundeszuschuß für den Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München, abgedruckt in: ebd., Dokument 8, 59–63.

87 Siegfried Balke an die Generalverwaltung der MPG vom 28.10.1959 betr. Bundeszuschuß zum Aufbau einer größeren Fusionsforschungsanlage in Garching bei München, abgedruckt in: ebd., Dokument 9, 63–64.

88 Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11.11.1959, abgedruckt in: ebd., Dokument 10, 65–67, 66.

89 Protokoll der 34. Sitzung des Senates vom 27.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 207; Niederschrift über die Sitzung der Senatskommission »Strukturwandel« am 11.11.1959, abgedruckt in: ebd., Dokument 10, 65–67, hier 66.

90 Siehe dazu auch Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 132.

91 Gesellschaftsvertrag und Satzung des Instituts für Plasmaphysik GmbH vom 28.6. bzw. 30.6.1960, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 12, 69–76. Siehe dazu ausführlich Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 133–135. Die MPG und Heisenberg teilten sich die Anteile an der GmbH im Verhältnis 20 zu 3. Boenke, *Institut für Plasmaphysik*, 1990, 102.

92 Balcar, *Wandel*, 2020, 118–120.

93 Die These von der eklatanten technologischen Rückständigkeit Europas gegenüber den USA popularisierte der französische Journalist Servan-Schreiber, *Amerikanische Herausforderung*, 1968. Zu der Diskussion und zur Reaktion der Politik siehe ausführlich Bähr, *Technologiepolitik*, 1995.

die Lage an den Rändern von Großstädten bzw. – im Falle Göttingens – eines etablierten Wissenschaftsstandorts, die Campus-Idee und last, but not least die für damalige Verhältnisse überaus moderne Architektur der Gebäude im Waschbeton-Stil,⁹⁴ was Vergleiche mit den neu gegründeten Reformuniversitäten der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre wie Bochum, Bielefeld oder Bremen nahelegt.⁹⁵

Dass der gleichzeitige Aufbau von drei Instituten dieser Größenordnung einen finanziellen Kraftakt darstellte, der die verfügbaren Investitionsmittel auf Jahre hinaus band, war den Leitungsgremien der MPG vollkommen klar. Entsprechend hoch fiel die Meldung des Mittelbedarfs für die Jahre 1967 bis 1970 aus, die die MPG für den Bundesbericht Forschung II vorlegte. Für 1967 veranschlagte man den nötigen Zuwachs im Haushalt auf 19,5 Prozent, für 1968 auf 21, für 1969 auf 18 und für 1970 auf 16 Prozent.⁹⁶ Notabene waren in diesen hohen Zuwachsraten die Mittel, die für das MPI für Festkörperforschung, das zu gründende Institut für Radioastronomie und für die »Südsternwarte« (geschätzter Finanzbedarf 31 bzw. 75 Millionen DM) benötigt wurden, noch nicht enthalten – die Generalverwaltung setzte schlicht voraus, »daß die Finanzierung solcher Großprojekte aus Sondermitteln erfolgt«.⁹⁷ Ganz wohl war den Leitungsgremien ob dieser schwindelerregenden Zahlen allerdings nicht. »Problematisch bleibt jedoch«, hieß es in den *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft* von 1969, »wie in den nächsten fünf Jahren der hohe Investitionsbedarf der Gesellschaft finanziert werden kann«.⁹⁸

Aus vier Gründen drängte die MPG trotz der sich abzeichnenden Finanzierungsschwierigkeiten auf eine parallele Realisierung dieser Vorhaben. Der erste ergab sich aus der zunehmenden Raumnot in Tübingen, Göttingen und vor allem in München, wo das erst 1956 eingeweihte Institutsgebäude des MPI für Biochemie kaum zehn Jahre später bereits aus allen Nähten zu platzen drohte.⁹⁹ Zweitens sprach die bevorstehende Emeritierungswelle für die Schaffung von Forschungszentren, da sich der Generationswechsel unter den Direktoren bei größeren, von einem Kollegium geleiteten Instituten leichter bewerkstelligen ließ als bei kleineren, nach dem Harnack-Prinzip organisierten Einheiten. Die Einführung des

Department-Systems diene daher auch dazu, die existierenden Institute über die anstehenden Direktorenwechsel hinaus zu stabilisieren, zumal kollegial geleitete Forschungszentren in ihrer inhaltlichen Ausrichtung flexibler zu sein versprochen, was die Anpassung an neue Trends und Entwicklungen der Forschung erleichterte. Drittens waren die Forschungszentren Teil einer internen Strukturreform der MPG. Da selbst herausragende Gelehrte sich nicht mehr in der Lage sahen, das gesamte Forschungsfeld zu überblicken, nahm die Bedeutung von Spezialisierung und Kooperation zu. Das machte eine teilweise Abkehr vom Harnack-Prinzip erforderlich, dessen »Strukturfehler« – der Umstand, dass die MPG bzw. ein Max-Planck-Institut nur bei der Emeritierung des Institutsleiters auf aktuelle Forschungstrends reagieren konnte – nun durch die Aufteilung des Forschungskomplexes in eine Reihe selbstständiger Abteilungen behoben werden sollte.¹⁰⁰ Damit vollzog die MPG, viertens, zugleich den Trend zur verstärkten Kooperation innerhalb und außerhalb von Fachgrenzen nach, der die Forschung weltweit kennzeichnete und der durch die vielfache Institutionalisierung der europäischen Forschungs Kooperation einen zusätzlichen Schub erhalten hatte. Der Aufbau der Forschungszentren half, Stabilität und Flexibilität zu verbessern, denn ihre Struktur richtete sich nach dem Baukastenprinzip. Spätere Ergänzungen, Erweiterungen und Ersetzungen waren jederzeit und ohne großen Aufwand möglich, und zwar sowohl personell als auch baulich. Flexibilität lautete das Erfolgsrezept der neuen Einrichtungen – im Grunde gilt dies für Max-Planck-Institute auch heute noch.¹⁰¹

3.3 Die MPG zwischen Politik und Wirtschaft

Wachstum und Neuausrichtung der MPG bedingten zugleich Veränderungen ihres Verhältnisses zu Politik und Wirtschaft. Nachdem sie sich in ihrer Gründungsphase von beiden gleichermaßen distanziert und emanzipiert hatte, was der Geschäftsgrundlage geschuldet war, auf der die Alliierten zur Fortführung der KWG als MPG bestanden, folgte in der zweiten Phase eine vorsichtige Wiedernäherung, zumindest an einen der früheren Partner:

94 Keßler, Pöppelmann und Both, *Brutal modern*, 2018.

95 Z. B. Hoppe-Sailer, Jöchner und Schmitz, *Ruhr-Universität Bochum*, 2015.

96 Protokoll der 53. Sitzung des Senates vom 11.3.1966, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 155.

97 Ebd.

98 Max-Planck-Gesellschaft, *Finanzierung*, 1969, 198.

99 Protokoll der 50. Sitzung des Senates vom 12.3.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 322.

100 Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004, 191.

101 Ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 129–133.

die Politik. Der Staat war als Financier für die MPG zu wichtig geworden, um ihn ignorieren zu können. Zudem brachten die rasanten Haushaltszuwächse die MPG mehr oder weniger automatisch in Konflikte mit ihren Geldgebern. Dabei ging es um zentrale Fragen, die in der Phase der (Wieder-)Gründung nur vorläufig geklärt worden waren: zum einen um die Entscheidungshoheit bei der Gründung neuer Institute, zum anderen um die Verfügungsrechte über die zum Großteil aus Staatsmitteln finanzierten Forschungseinrichtungen. Im Kern stand also die Autonomie der MPG auf dem Spiel. Während sie um ihr Verhältnis zur Politik rang, vergrößerte sich in der zweiten Phase ihre Wirtschaftsferne sogar noch.

3.3.1 Grundlagenforschung und Wirtschaftsferne

Nachdem die MPG bereits in den Gründungsjahren in ihrer Außendarstellung ostentativ auf Grundlagenforschung Bezug genommen hatte, änderte sich nun auch die innere Einstellung der Leitungsorgane und der MPG-Mitglieder zu diesem diffusen Begriff signifikant. Grundlagenforschung mauserte sich zum »institutionelle[n] Ordnungsmuster innerhalb der MPG« (Carola Sachse),¹⁰² das heißt zu dem Kriterium für die Inklusion bzw. Exklusion von Forschungseinrichtungen. Wenngleich dieses Kriterium aufgrund der begrifflichen Unschärfe nie klare Konturen gewann,¹⁰³ diente die Nähe bzw. Ferne zur Grundlagenforschung bei der Entscheidung über Institutsgründungen und -schließungen als Richtschnur und Orientierungsrahmen. Auf diese Weise trug die Fixierung auf die Grundlagenforschung nicht unmaßgeblich zu dem Transformationsprozess bei, den die MPG in den 1950er- und 1960er-Jahren durchlief.

In der Wiederaufbauphase der MPG hatte ein instrumentelles Verständnis dieses Leitbegriffs vorgeherrscht. Die Bezugnahme auf Grundlagenforschung und ihre problematische retrospektive Projektion auf die KWG nutzte die MPG in erster Linie als Deckmantel, der die Mit-

wirkung deutscher Spitzenwissenschaftler an Kriegsforschung und Medizinverbrechen im Nationalsozialismus verschleiern sollte.¹⁰⁴ Hinzu kamen die Forschungsbeschränkungen der Alliierten, die sich insbesondere gegen angewandte – zumal militärisch nutzbare – Forschung richteten.¹⁰⁵ Die MPG musste also in den ersten Jahren ihres Bestehens schon allein deswegen die Grundlagenforschung preisen, um die eigenen Forschungsaktivitäten dem Bereich des Unbedenklichen zuzuordnen. Die Realität sah jedoch anders aus. Die Interessen der westdeutschen Industrie im Wiederaufbau dienten auch der jungen MPG als Richtschnur – hier ist eine weitere Kontinuitätslinie zur KWG zu erkennen. Das verdeutlicht ein Blick auf diejenigen Institute, die sich mit landwirtschaftlicher Forschung befassten. Vor dem Hintergrund der Ernährungskrise in der unmittelbaren Nachkriegszeit dominierte bei ihnen eindeutig die Anwendungsorientierung.¹⁰⁶ Während die Bastfaserforschung 1957 abgewickelt wurde, da sie wegen des Erfolgs der Kunstfasern keine ökonomische Bedeutung mehr besaß,¹⁰⁷ erfuhr die erst 1948 gegründete Forschungsstelle v. Sengbusch eine verstärkte Förderung, da sie die damaligen Interessen der Industrie bediente; 1957/59 stieg sie zum MPI für Kulturpflanzenforschung auf.¹⁰⁸ Industriekontakte und Anwendungsrelevanz galten in der Gründungsphase der MPG realiter nicht als Makel, sondern – wie zuvor schon in der KWG – eher als Gütesiegel.

Das änderte sich in der zweiten Phase. Ab Mitte der 1950er-Jahre setzte innerhalb der MPG die Internalisierung des Anspruchs ein, Grundlagenforschung zu betreiben. Was dem nicht entsprach, hatte kaum noch Chancen, in die MPG aufgenommen zu werden, denn neben Exzellenz – also einem qualitativen Kriterium – avancierte Grundlagenforschung zum Markenkern der Corporate Identity der MPG. Unter diesem gemeinsamen Label fanden sehr heterogene Forschungsrichtungen und Institute Platz, ließen sich aber nach außen als zusammengehörende Einheit darstellen. Das heißt nicht, dass die MPG nun alle anwendungsorientierten Forschungszweige bzw.

¹⁰² Sachse, *Historisierung*, 2014, 255.

¹⁰³ Zum Problem der klaren Abgrenzung der Grundlagenforschung von der angewandten Forschung in historischer und vergleichender Perspektive siehe Schauz, *Basic Research*, 2014.

¹⁰⁴ Dazu vor allem Sachse, *Historisierung*, 2014, 251–255; Maier, »Grundlagenforschung« als Persilschein, 2004.

¹⁰⁵ Balcar, *Ursprünge*, 2019, 14–16.

¹⁰⁶ Z. B. Erker, *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft*, 1998; Erker, *Hunger und sozialer Konflikt*, 1994. Zu den Auswirkungen auf die MPG siehe Schwerin, *Biowissenschaften*, in Vorbereitung.

¹⁰⁷ Protokoll der 28. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.2.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 28.VP, fol. 20–21; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 372.

¹⁰⁸ Protokoll der 28. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.2.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 28.VP, fol. 20–21; Protokoll der 25. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.11.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 25.VP, fol. 42. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 860–862. Siehe dazu demnächst ausführlich Schwerin, *Biowissenschaften*, in Vorbereitung.

Institute abgestoßen hätte. Von der KWG hatte sie einen »Gemischtwarenladen« übernommen,¹⁰⁹ zu dem auch solche Institute gehörten wie das MPI für Eisenforschung in Düsseldorf oder das in Mülheim an der Ruhr ansässige MPI für Kohlenforschung, die sich durch ausgeprägte Industrienähe auszeichneten. Wie ein Blick auf Karl Ziegler, den langjährigen Direktor des MPI für Kohlenforschung, zeigt, schlossen sich Anwendungsorientierung und Spitzenforschung keineswegs aus. Ziegler, der als Vater des modernen Kunststoffzeitalters gilt, erhielt für seine Forschungen über die Polymerisation mit metallorganischen Katalysatoren 1963 gemeinsam mit Giulio Natta den Nobelpreis für Chemie¹¹⁰ – und damit gleichzeitig die Eintrittskarte für den Parnass der Wissenschaft.

Auch wenn anwendungsnahe Spitzenforschung somit weiterhin ihren Platz in der MPG fand, orientierte diese sich aufs Ganze gesehen in den 1950er- und 1960er-Jahren eindeutig in Richtung Grundlagenforschung. Eng wurde es im Zuge dieser Entwicklung für anwendungsorientierte Forschungsbereiche, deren Bedeutung für die Wirtschaft und Industrie abnahm. Das galt insbesondere für die landwirtschaftlich ausgerichteten Institute, die sich nach der Überwindung der Ernährungskrise unversehens auf der »Abschussliste« wiederfanden – ihnen drohte die Schließung oder die Ausgliederung aus der MPG. Das galt unter anderem für das zuvor erwähnte MPI für Kulturpflanzenzüchtung, das mit der Emeritierung seines Direktors, Reinhold v. Sengbusch, zum 31. Dezember 1969 in die Obhut des Bundes kam und als Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung weitergeführt wurde.¹¹¹

Da die öffentliche Hand ihren Haushalt weitgehend finanzierte, musste sich die MPG – anders als ihre Vorgängerorganisation – auch nicht um die Verwertbarkeit bzw. Vermarktungsfähigkeit der in den Max-Planck-Instituten erzielten Forschungsergebnisse kümmern. Daher entschied der Verwaltungsrat, als er im Juni 1951 über eine Patentverwertungsgesellschaft debattierte, »daß die

Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung im Augenblick nicht gegeben erscheint«, und legte das Thema zu den Akten.¹¹² Und dabei blieb es einstweilen: Nachdem am 18. Juli 1953 das erste bundesdeutsche Patentgesetz verabschiedet worden war, bemühte sich die Fraunhofer-Gesellschaft um die Gründung einer Patentstelle, die für die gesamte von der öffentlichen Hand geförderte Forschung in der Bundesrepublik zuständig sein sollte.¹¹³ Die MPG jedoch erteilte dem Angebot, sich an dieser Patentstelle zu beteiligen, Mitte der 1950er-Jahre eine Absage.¹¹⁴

Die Berufung auf Grundlagenforschung bescherte der MPG zwei große Vorteile. Zum einen fand sie damit einen spezifischen Platz im westdeutschen Forschungssystem, das sich in den 1950er-Jahren herausbildete und schnell stabilisierte.¹¹⁵ Es gliedert sich in einen privatwirtschaftlich finanzierten Teil, die Industrieforschung, und einen staatlich finanzierten Sektor, der wiederum zwei Bereiche umfasst: die Forschung an den Universitäten, vertreten von der WRK und der DFG, und die außeruniversitäre Forschung. Letztere bestand zunächst nur aus der MPG; später kamen noch die Fraunhofer-Gesellschaft hinzu, die den Bereich der anwendungsorientierten Forschung abdeckte,¹¹⁶ die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, die sich 1995 in Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. umbenannte,¹¹⁷ sowie die 1991 ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste, ein Dachverband von Instituten aus den unterschiedlichsten Disziplinen und Forschungsbereichen, der von Bund und Ländern gemeinsam finanziert wurde und seit 1997 unter der Bezeichnung Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) firmiert.¹¹⁸ Der MPG diente die Bezugnahme auf Grundlagenforschung jenseits der Universitäten – und damit auch jenseits des in den einzelnen Fächern etablierten Kanons – als Nische, Label und Alleinstellungsmerkmal.

Die einzelnen Organisationen des westdeutschen Wissenschaftssystems waren untereinander eng verflochten, einerseits durch den wechselseitigen Austausch von Ver-

109 Sachse, *Historisierung*, 2014, 255.

110 Remane, Karl Ziegler, 2007; Martin, *Polymere und Patente*, 2002.

111 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 863. Siehe dazu demnächst ausführlich Schwerin, *Biowissenschaften*, in Vorbereitung.

112 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates vom 1.6.1951, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 244, fot. 131.

113 Ausführlich Hermann, *Technologietransfer*, 1997.

114 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates vom 4.3.1955, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 243, fot. 412–415; Vermerk Hans Seeligers vom 22.1.1955 betr. Patentstelle für die deutsche Forschung, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 244, fot. 408–409; Vermerk Hans Ballreichs vom 6.4.1956 betr. Besprechung bei der Fraunhofer-Gesellschaft, Patentstelle für die deutsche Forschung, vom 28.3.1956, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 243, fot. 260–262; Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 16.

115 Siehe dazu und zum Folgenden den knappen Überblick bei Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 40–48; Balcar, *Wandel*, 2020, 98–105.

116 Zur Fraunhofer-Gesellschaft siehe Trischler und vom Bruch, *Forschung*, 1999.

117 Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990.

118 Ausführlich Brill, *Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*, 2017.

tretern (und später auch Vertreterinnen) in den jeweiligen Leitungsorganen, andererseits über ihr Leitungspersonal, das sich »aus einem kleinen Reservoir von Personen« rekrutierte, wobei »der Wechsel in gleicher oder ähnlicher Funktion in eine der anderen Institutionen [...] häufig« vorkam.¹¹⁹ Doch nicht nur unter den Leitungspersönlichkeiten herrschte unter den westdeutschen Forschungsorganisationen ein reger Austausch, auch ganze Institute konnten den Träger wechseln. Dies war beispielsweise beim MPI für Silikatforschung der Fall, das angesichts seiner Industrienähe und seiner starken Anwendungsorientierung nicht mehr recht in die MPG zu passen schien. Als die MPG es mit dem Ausscheiden seines Direktors Adolf Dietzel 1971 an die Fraunhofer-Gesellschaft abtrat,¹²⁰ stellte dieser Schritt eine Art Frontbegradigung innerhalb des westdeutschen Forschungssystems dar.

Zum anderen erleichterte die Berufung auf die (außeruniversitäre) Grundlagenforschung in Verbindung mit der engen Vernetzung mit den übrigen Akteuren im Forschungssystem es der MPG, ihre weitgehende staatliche Alimentierung zu rechtfertigen. Sie nahm dabei implizit, bisweilen auch explizit Bezug auf das lineare Modell, das der Grundlagenforschung eine zentrale Rolle für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft zuschreibt.¹²¹ So hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, Ernst Telschow im Zusammenhang mit Geldmitteln aus dem Marshallplan bereits im Sommer 1948 gefordert, »dass ein erheblicher Betrag vorab für die Grundlagenforschung abgezweigt« werden müsse, »denn ohne Grundlagenforschung wäre die Industrieforschung binnen kurzem unfruchtbar«.¹²² Hierbei konnte man an Gedanken anknüpfen, die bereits Adolf v. Harnack in seiner berühmten Denkschrift vom 21. November 1909 formuliert hatte.¹²³ Nicht zufällig engagierte sich die MPG bevorzugt auf Forschungsfeldern, die weit genug von den Interessen des Staates und der Wirtschaft entfernt waren, um als »reine Grundlagenforschung« akzeptiert zu werden, aber doch – mit Verweis auf das lineare Modell – für Staat und Wirtschaft genug Relevanz besaßen, um die Finanzierung durch die öffentliche Hand zu rechtfertigen. Das

Paradebeispiel in den langen 1960er-Jahren stellte die Weltraumforschung dar.

3.3.2 Neue Wege in der Politikberatung

Die Politikberatung eröffnete einen anderen Weg, über den sich die MPG in ihrer zweiten Entwicklungsphase wieder an die Politik annäherte. Politikberatung an sich war für die MPG nicht neu. Schon die KWG hatte Institute eigens zu diesem Zweck eingerichtet, etwa das 1924 gegründete KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das nicht zuletzt dazu diente, die Reichsregierung beim Umgang mit dem Versailler Vertrag zu beraten.¹²⁴ Mitte der 1960er-Jahre kamen drei weitere rechtswissenschaftliche Institute hinzu, auch sie gegründet bzw. in die MPG aufgenommen, um der Bundesregierung (und nicht nur ihr) in rechtlichen Fragen beizustehen, die im Zuge des europäischen Einigungsprozesses immer komplexer wurden – von diesen Instituten wird im folgenden Abschnitt noch die Rede sein.

Neuland betrat die MPG dagegen mit der Gründung von zwei dezidiert sozialwissenschaftlich ausgerichteten Instituten, die sich mit seinerzeit tagesaktuellen politischen Fragen befassen sollten: das Berliner Institut für Bildungsforschung und das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Beide Institute wurden von einem Netzwerk protestantischer Wissenschaftler und Intellektueller initiiert, das auf langjährigen persönlichen Freundschaften und gemeinsamen Einstellungen beruhte; zentral war die Überzeugung, dass die Problemlösungskompetenz der Wissenschaft(en) zur Bewältigung aktueller politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen genutzt werden sollte, ja musste. Allerdings stießen beide Institute aufgrund dieser Ausrichtung innerhalb der MPG auf heftigen Widerstand.

Die Gründungsgeschichte des MPI für Bildungsforschung reicht weit zurück,¹²⁵ mindestens bis in die Bildungsreformdebatte, die in den 1950er- und 1960er-Jahren in Westdeutschland hohe Wellen schlug und mit

119 Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 111–112.

120 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1485.

121 Ausführlich Lax, *Das »lineare Modell der Innovation«*, 2015.

122 Protokoll der 2. Sitzung des Senates vom 18.7.1948, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 2.SP, fol. 8.

123 Denkschrift von Harnack an den Kaiser vom 21.11.1909, abgedruckt in: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *50 Jahre KWG/MPG*, 1961, Dokument 4, 80–94.

124 Dazu Hueck, *Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus*, 2000, 490–491; vom Brocke, *KWG in der Weimarer Republik*, 1990, 300–304. Siehe dazu jetzt auch Lange, *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung*, 2020.

125 Behm, *Anfänge der Bildungsforschung*, 2017. Zur Einordnung in den zeithistorischen Kontext siehe Kenkmann, *Bundesdeutsche »Bildungsmisere«*, 2000.

Georg Pichts Artikelserie über die »deutsche Bildungskatastrophe« ihren Höhepunkt erreichte.¹²⁶ Gleichzeitig stieg als Ausfluss des beginnenden Planungsdiskurses in der Bundesrepublik der Bedarf an Bildungsforschung als Politikberatung.¹²⁷ In dieser Situation verfasste der bestens vernetzte Rechtsanwalt Hellmut Becker, der Sohn des vormaligen preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker, eine Denkschrift über Ziele und Strukturen eines einschlägigen Forschungsinstituts.¹²⁸ Auf dieser Grundlage beantragten Carl Friedrich von Weizsäcker, Hermann Heimpel und Carlo Schmid, die als Direktoren bzw. Senatoren in der MPG über einigen Einfluss geboten, im April 1959 die Einsetzung einer Kommission, die die Gründung eines entsprechenden Instituts prüfen sollte.¹²⁹

In diesem Fall mahlten die Gremienmühlen jedoch langsam. Dass sich die MPG mit der Entscheidung zur Gründung eines Instituts für Bildungsforschung so schwertat, lag nicht allein an der sozialwissenschaftlichen und gleichzeitig politiknahen Ausrichtung dieser Einrichtung, deren Tätigkeit sich nicht ohne Weiteres als Grundlagenforschung bezeichnen ließ. Aus der Politik wurde die Befürchtung laut, »das Institut könne aus den rein wissenschaftlichen Arbeiten abgleiten« und »unter dem Schutz der Max-Planck-Gesellschaft schließlich in die Entscheidungsbereiche der Herren Kultusminister unmittelbar eingreifen«.¹³⁰ Auch aus der MPG hagelte es Kritik. Prälat Georg Schreiber meldete »große Bedenken« gegen ein solches »Mammutinstitut« an, das »leicht als ein weltanschauliches Institut« gebrandmarkt werden könne und »ein Politikum« bedeute.¹³¹ Ein zu-

sätzliches Hindernis lag in der Person des designierten Direktors: Becker, der weder habilitiert, ja anfangs noch nicht einmal promoviert war, noch in der Lehre tätig, entsprach so gar nicht dem Profil eines MPI-Direktors.¹³² Auch die Kultusministerkonferenz stieß sich an Becker und forderte, dass die Leitung des neuen Instituts in den Händen eines »anerkannten Gelehrten« liegen müsse.¹³³ Gleichzeitig stand und fiel das ganze Unternehmen mit Becker,¹³⁴ auch wenn die mit der Sondierung beauftragte Senatskommission betonte, dass es sich um »ein von einem dringenden Sachanliegen gefordertes Institut« handle.¹³⁵ Nach langen Debatten und einem komplizierten Abstimmungsprozess mit den Länderregierungen beschloss der MPG-Senat schließlich im September 1961 die Institutsgründung. Allerdings galt es »wegen seiner Neu- und Andersartigkeit« als »Experiment«, weshalb es »zunächst nicht als vollwertiges MPI, sondern als ein von der MPG betreutes Institut gegründet« wurde.¹³⁶ Erst im Sommer 1971 erhielt es die Weihen eines »echten« Max-Planck-Instituts.¹³⁷

Noch höhere Wellen schlug die Auseinandersetzung um das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, die rund ein Jahrzehnt später ausgetragen wurde.¹³⁸ Auch diesmal ging der Impuls von einer Denkschrift aus, in diesem Fall verfasst von Carl Friedrich von Weizsäcker. Wieder drehte es sich um wissenschaftliche Politikberatung, diesmal allerdings nicht auf ein Politikfeld begrenzt, sondern umfassend und in größeren internationalen Zusammenhängen. Nachdem die seit Dezember 1966 in Bonn regierende Große Koalition aus Union und SPD die Devise »Planung als Re-

126 Picht, *Bildungskatastrophe*, 1964. Das 1964 erstmals aufgelegte Buch fasste Pichts Artikelserie zusammen, die 1963 in der Zeitschrift *Christ und Welt* erschienen war. Zur Bildungsreformdebatte und zur Bildungsexpansion, die sich daran anschloss, siehe Conze, *Suche nach Sicherheit*, 2009, 242–250. Zu Picht, der ebenfalls Teil des protestantischen Netzwerks war, siehe Rudloff, Georg Picht, 2009.

127 Siehe dazu die instruktive Skizze von Rudloff, *Öffnung oder Schließung*, 2018.

128 Die Denkschrift trug den Titel »Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?«. Thoms, *MPI für Bildungsforschung*, 2016, 1011, Anm. 1. Zu Beckers berühmten Vater siehe Düwell, Becker, 1991.

129 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11.11.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178. Zur Gründung des MPI für Bildungsforschung siehe Kant und Renn, *Eine utopische Episode*, 2014, 232–234; Thoms, *MPI für Bildungsforschung*, 2016, 1012–1014.

130 Z. B. das Protokoll der 41. Sitzung des Senates vom 9.3.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 45.

131 Ebd., fol. 48.

132 Protokoll der 36. Sitzung des Senates vom 17./18.5.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 135. Deswegen enthielten sich, als der MPG-Senat im November 1962 über Becker als Direktor abstimmte, immerhin sechs Senatoren der Stimme. Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23.11.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 464.

133 Ebd., fol. 462.

134 Protokoll der 36. Sitzung des Senates vom 17./18.5.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 135.

135 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11.11.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 179; Kant und Renn, *Eine utopische Episode*, 2014.

136 Thoms, *MPI für Bildungsforschung*, 2016, 1014. Zum Gründungsbeschluss siehe das Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6.12.1961, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 224–227.

137 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 163–169.

138 Die gründlichste Aufarbeitung der (Gründungs-)Geschichte des Starnberger MPI bei Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 11–22; Leendertz, *Gescheitertes Experiment*, 2014. Siehe dazu auch Laitko, *MPI zur Erforschung*, 2011, sowie unten, Kap. III.14.

formprinzip« (Hans Günter Hockerts) ausgegeben hatte,¹³⁹ stieg der Bedarf an wissenschaftlicher Expertise für politische Entscheidungen nochmals stark an. Damit schlug die Stunde der Zukunftsforschung, die unter der Bezeichnung Futurologie insbesondere im angloamerikanischen Raum, aber auch in Frankreich für Aufsehen sorgte.¹⁴⁰ Mit Fragen der Zukunft, vor allem im Kontext der internationalen Friedens- und Konfliktforschung, hatte sich Weizsäcker, der sich dabei sukzessive vom Physiker zum Philosophen gewandelt und seinen Arbeitsplatz am MPI für Physik und Astrophysik gegen einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Hamburg eingetauscht hatte, seit geraumer Zeit beschäftigt.¹⁴¹ Hinter Weizsäcker stand dasselbe Netzwerk, das bereits die Gründung des Instituts für Bildungsforschung betrieben hatte. Insbesondere Weizäckers Mentor Werner Heisenberg warf seinen gesamten Einfluss in die Waagschale, um die massiven inhaltlichen wie auch politischen Bedenken gegen dieses Unternehmen zu überwinden.¹⁴² Das Institut wurde schließlich nach langen Debatten im November 1968 gegründet, im Januar 1970 nahm es in Sarnberg seine Arbeit auf und im März 1971 wurde Jürgen Habermas – ebenfalls gegen starke Widerstände aus der MPG, die sich sowohl an seiner politischen Orientierung als auch an seiner angeblich fehlenden wissenschaftlichen Qualifikation festmachten – zum Wissenschaftlichen Mitglied und zweiten Direktor am Institut berufen.¹⁴³

Angesichts der KWG-Tradition und im Vergleich zu den anderen Neugründungen, die die MPG bis 1972 vornahm, ragen die Institute für Bildungsforschung und für Zukunftsforschung als etwas völlig Neues, ja Unerhörtes hervor. Beide verbanden sich mit »utopischen Erwartungen«, bei beiden ging es um den »Versuch, traumatische Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in erlösende Zukunftsvisionen umzusetzen, die einer Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit entgegenwirken sollten«.¹⁴⁴ Auch wenn sie diese hohen Ansprüche nicht einlösen konnten, bleibt festzuhalten, dass die MPG niemals zuvor und auch später nie wieder den Mut aufbrachte,

konzeptionell und vom Erkenntnisanspruch her derart gewagte Forschungsstätten ins Leben zu rufen. Deswegen war die MPG wohl auch nie so sehr am Puls der (west-)deutschen Gesellschaft wie in dieser Phase, in der sie zentrale Diskurse aufgriff, um sie zum Gegenstand primär sozialwissenschaftlich orientierter Institute zu machen.

3.3.3 Der Konflikt mit den Ländern um die rechtswissenschaftlichen Institute

Der rasante Ausbau, den die MPG in den langen 1960er-Jahren vorantrieb, brachte sie mehr oder weniger automatisch in einen Konflikt mit der Ländergemeinschaft, die seit dem 1949 geschlossenen Königsteiner Abkommen als einer ihrer Hauptgeldgeber wirkte. Hierbei ging es um die zentrale Frage, wer in letzter Instanz über die Gründung neuer Max-Planck-Institute entscheiden durfte: die MPG als ihre Trägerin oder die Länderregierungen als Financier.¹⁴⁵ Konkret drehte sich der Streit um die Gründung bzw. die Aufnahme von drei weiteren rechtswissenschaftlichen Instituten, die sich mit der europäischen Rechtsgeschichte, dem Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht sowie mit dem Strafrecht befassten.¹⁴⁶ Vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses sollten sie durch Rechtsvergleichung zur Angleichung und Vereinheitlichung der Rechtssysteme innerhalb der Sechsergemeinschaft beitragen, weshalb auch der Vorsitzende der EWG-Kommission, Walter Hallstein, zu ihren Befürwortern zählte. Zugleich entsprach das Vorgehen der MPG ganz dem von Harnack formulierten Prinzip, eine Institutsgründung »um einen bedeutenden Gelehrten herum« vorzunehmen.¹⁴⁷ Das galt insbesondere für den Zivilrechtler, Rechtsphilosophen und Rechtshistoriker Helmut Coing, der als Gründungsdirektor des Instituts für Rechtsgeschichte vorgesehen war. Coing, die »Verkörperung des Begriffs ›Groß-Ordinarius der Ordinarien-Universität« und ein »Netzwerker par excellence«,¹⁴⁸ zählte

¹³⁹ Hockerts, *Planung als Reformprinzip*, 2003.

¹⁴⁰ Siehe dazu die instruktive Studie von Seefried, *Zukünfte*, 2015, die das Phänomen der Zukunftsforschung in seine internationalen Kontexte einordnet. Siehe auch Seefried, *Gestaltbarkeit der Zukunft*, 2015. Zum Aspekt der Zukunftsforschung als Politikberatung siehe Seefried, *Experten für die Planung?*, 2010.

¹⁴¹ Zu den Veränderungen der wissenschaftlichen Interessen Weizäckers siehe Walker, »Mit der Bombe leben«, 2014.

¹⁴² Carson, *Wissenschaftsorganisator*, 2005, 219; Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 273–274.

¹⁴³ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 886–888; Protokoll der 99. Sitzung des Verwaltungsrates vom 1.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 73–74.

¹⁴⁴ Kant und Renn, *Eine utopische Episode*, 2014, 238.

¹⁴⁵ Zum Folgenden ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 133–145. Siehe unten, Kap. III.13.

¹⁴⁶ Zu diesen Instituten Thiessen, *MPI für europäische Rechtsgeschichte*, 2023; Steinhauer, *Institut auf der Suche*, 2023; Ziemann, *Werben um Minerva*, 2023.

¹⁴⁷ Zum Harnack-Prinzip siehe Laitko, *Harnack-Prinzip*, 2014. Siehe auch die Beiträge in: vom Brocke und Laitko, *Harnack-Prinzip*, 1996.

¹⁴⁸ Hockerts, *Erbe für die Wissenschaft*, 2018, 176.

nicht nur zu den herausragenden deutschen Rechtsgelehrten seiner Zeit, sondern war – unter anderem als Rektor der Universität Frankfurt am Main (1955–1957), erster Vorsitzender des Wissenschaftsrats (1958–1961) und langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Fritz-Thyssen-Stiftung (1960–1995) – auch ein überaus einflussreicher Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisator.¹⁴⁹ Hans-Heinrich Jescheck und Eugen Ulmer, die als Gründungsdirektoren der beiden anderen Institute auserkoren waren, hatten vielleicht nicht den Rang eines Helmut Coing, galten aber doch als »die ersten Vertreter der betreffenden Fächer«.¹⁵⁰

Dennoch erwies sich die Gründung der drei neuen Institute als schwierig und langwierig. Kritik daran kam von innen und von außen. Einige Wissenschaftliche Mitglieder um Georg Schreiber befürchteten, dass durch die Aufnahme weiterer rechtswissenschaftlicher Institute in der Geisteswissenschaftlichen Sektion der MPG ein Ungleichgewicht entstehen könne. Zur Klärung dieser »Grundsatzfrage« wurde schließlich eine Senatskommission eingesetzt.¹⁵¹ Der Hauptwiderstand ging allerdings von den Ländern aus, bei denen die Initiative der MPG aus unterschiedlichen Gründen auf Ablehnung stieß. Erstens galten die Rechtswissenschaften traditionell als Kernbereich der Universitäten, zweitens befanden sie sich durch den Studienabschluss qua Staatsexamen in einer besonderen Staatsnähe, drittens erforderten sie – anders als etwa astrophysikalische Forschungseinrichtungen – keine großen und teuren Forschungsinstrumente, die sich an einzelnen Universitäten nur schwer beschaffen ließen. Am schwersten wog jedoch, dass sich die Länder durch die Gründungsbeschlüsse der MPG vor vollendete Tatsachen gestellt fühlten, da sie die Finanzierung der neuen Institute übernehmen sollten, ohne in den Gründungsprozess eingebunden gewesen zu sein.¹⁵² Dieser Einwand war aus Perspektive der Länderregierungen durchaus nachvollziehbar, denn die Minister mussten sich gegenüber der Öffentlichkeit für den Einsatz der von ihnen verwalteten Finanzmittel verantworten – ein

generelles Problem, wenn die öffentliche Hand in einem demokratischen System Grundlagenforschung finanziert. Zudem befürchteten die Länder, »daß den Universitäten durch die Gründung geisteswissenschaftlicher Institute bei der Max-Planck-Gesellschaft Lehrer und Nachwuchskräfte verlorengehen würden«.¹⁵³ Dagegen beharrte die MPG auf dem Standpunkt, dass nur die Wissenschaft selbst darüber befinden könne, welche Gelehrten oder Forschungszweige künftig gefördert werden sollten.¹⁵⁴

Der Streit weitete sich zu einer Debatte um die Grundsatzfrage aus, ob die MPG überhaupt weitere geisteswissenschaftliche Institute gründen sollte, ja, ob sie als Trägerorganisation für Geisteswissenschaften überhaupt geeignet sei. Eine weitere Senatskommission, die eigens zur Beantwortung dieser Frage eingesetzt worden war, kam zu dem Ergebnis, »daß die Frage der Aufnahme neuer Max-Planck-Institute nicht davon abhängen kann, ob es sich um ein Vorhaben auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften oder der Naturwissenschaften handelt, sondern daß die Frage jeweils nur lauten kann, »welche Organisationsform ist in der Lage, für das betreffende Forschungsgebiet optimale Leistungsmöglichkeiten sicherzustellen?«¹⁵⁵ Dies akzeptierten die Länder nicht und verweigerten einstweilen neuen geisteswissenschaftlichen Max-Planck-Instituten die Finanzierung, was die Gründung der drei Rechtsinstitute weiter verzögerte. Auch die MPG blieb in der Sache hart. Sie konnte sich auf einflussreiche Bundesgenossen verlassen: Zum einen machten sich die Wirtschaftsvertreter im MPG-Senat für die drei neuen Institute stark, die auch der westdeutschen Industrie angesichts der fortschreitenden europäischen Einigung notwendig erschienen.¹⁵⁶ Zum anderen, und das gab den Ausschlag, stärkte der Bund der MPG den Rücken und forderte sie sogar nachdrücklich auf, an den Gründungsbeschlüssen festzuhalten.¹⁵⁷ Mit dem Verwaltungsabkommen von 1964, das die gemeinsame Finanzierung der MPG durch Bund und Ländergemeinschaft regelte, fiel es den Ländern zunehmend schwer, ihre Verzögerungstaktik durchzuhalten, zumal sie eine weitere

149 Trotz seiner eminenten Bedeutung als Rechtswissenschaftler und Wissenschaftsmanager liegt noch keine Biografie über Helmut Coing vor. Siehe einstweilen die autobiografische Schrift Coing, *Wissenschaften und Künste*, 2014.

150 Protokoll der 42. Sitzung des Senates vom 23.5.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 21.

151 Ebd., fol. 22.

152 Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23.11.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 451–452. Siehe auch Protokoll der 50. Sitzung des Senates vom 12.3.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 288.

153 Protokoll der 44. Sitzung des Senates vom 13.3.1963, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 246.

154 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6.12.1961, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 223; Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23.11.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 451.

155 Protokoll der 49. Sitzung des Senates vom 4.12.1964, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 254.

156 Ebd., fol. 255–256. Protokoll der 50. Sitzung des Senates vom 12.3.1965, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 50.SP, fol. 304.

157 Protokoll der 49. Sitzung des Senates vom 4.12.1964, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 49.SP, fol. 255.

Erosion ihrer Stellung in der Forschungspolitik befürchten mussten, von der allein der Bund profitiert hätte. Somit setzte sich die MPG schließlich in diesem Streit dank der Unterstützung des Bundes gegen die Länder durch. Ohne die grundlegende Änderung ihrer Finanzierungsstruktur wäre es der MPG seinerzeit sehr wahrscheinlich nicht möglich gewesen, sich gegen den hartnäckigen Widerstand der Länder stärker in den Geisteswissenschaften zu engagieren.

3.3.4 Der Konflikt mit dem Bund um das IPP

Den einen Geldgeber gegen den anderen auszuspielen, verstand die MPG indes auch zulasten des Bundes, wie der Konflikt um das Institut für Plasmaphysik (IPP) zeigt, der parallel zur Auseinandersetzung um die Gründung der drei Rechtsinstitute die Gemüter erhitze. Obwohl das Bundesfinanzministerium für den Aufbau des Instituts allein in den ersten Jahren rund 80 Millionen DM zur Verfügung stellen sollte¹⁵⁸ – weit mehr, als jedes andere Institut in der Geschichte der KWG/MPG bis zur Mitte der 1960er-Jahre verschlungen hatte –, war der Bund nicht an der Institut für Plasmaphysik GmbH beteiligt. Nachdem der Bundesrechnungshof diesen Umstand 1961 gerügt hatte, pochte der Haushaltsausschuss des Bundestags auf eine Mehrheitsbeteiligung an dem Institut bzw. seiner Trägergesellschaft.¹⁵⁹ Es folgte ein rund zehnjähriges Tauziehen, in dem es ganz grundsätzlich um die Organisation der Großforschung, ihre Finanzierung zwischen Bundes- und Länderinteressen sowie um ihre Stellung zwischen staatlichem Steuerungsanspruch und wissenschaftlicher Autonomie ging.¹⁶⁰

Das IPP markierte den Präzedenzfall, an dem die Zukunft der Großforschung in der Bundesrepublik ausge-

handelt wurde.¹⁶¹ Aus der Perspektive der MPG ging es darum, die Erosion der Autonomie in der Forschungspolitik zu verhindern. Um eine Übertragung von 51 Prozent der Anteile an der GmbH zu erzwingen, sperrte der Bundeshaushaltsausschuss 1963 zuvor bewilligte Investitionsmittel in Höhe von zehn Millionen DM, für die die MPG »bereits rechtliche Verpflichtungen eingegangen« war.¹⁶² Dies brachte die MPG nicht nur finanziell in die Bredouille, sondern verzögerte den Auf- und Ausbau des IPP beträchtlich. Die Länder, die ebenfalls zur Finanzierung des IPP beitrugen, wenn auch in wesentlich geringerem Maße als der Bund, waren in diesem Fall die natürlichen Verbündeten der MPG.¹⁶³ Zunächst erwies es sich als nicht ganz einfach, alle elf Länder auf eine gemeinsame Linie einzuschwören,¹⁶⁴ doch letztlich stärkten sie der MPG gegenüber dem Bund den Rücken. Im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (BMwF) war man sich durchaus darüber im Klaren, dass die MPG »gegen den Wunsch des Haushaltsausschusses, dem Bund die Mehrheit in der ›Plasmaphysik GmbH‹ zu überlassen, ernste Bedenken« hegte. »Sie befürchtet«, so konstatierte ein interner Vermerk des Ministeriums vom 26. April 1963 mit großer Klarheit, »daß der Fall ›Plasmaphysik GmbH‹ nicht ein Sonderfall sei, sondern das ›Trojanische Pferd‹, mit dem der Bund in die MPG eindringen *wolle* oder richtiger nach dem Wunsch des Haushaltsausschusses eindringen *solle*«. ¹⁶⁵ Schon aus diesem Grund kam für die MPG ein Nachgeben in der Sache nicht infrage. Zur Begründung verwies man auf die Satzung aus dem Jahr 1948, in der die Unabhängigkeit der MPG von Staat und Wirtschaft festgeschrieben war.¹⁶⁶

Nach langem und zähem Ringen einigte man sich darauf, dass der Bund 90 Prozent der Kosten für die Großforschung übernahm, während das jeweilige Sitzland – im Fall des IPP also Bayern – die restlichen 10 Prozent

¹⁵⁸ Siehe Protokoll der 46. Sitzung des Senates vom 6.12.1963, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415.

¹⁵⁹ Ernst Telschow und Günter Lehr an Adolf Butenandt vom 25.1.1963, Anlage: Auszug aus dem Kurzprotokoll der 18. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 21.3.1962, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 36, 161–163.

¹⁶⁰ Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 99–102; zu den Hintergründen siehe Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990, 150–151.

¹⁶¹ Dies war den Leitungsgremien der MPG vollkommen bewusst. Protokoll der 45. Sitzung des Senates vom 15.5.1963, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 146.

¹⁶² Ebd., fol. 143. Zu den Forderungen des Bundes und den Mitteln, mit denen er ihnen Nachdruck verlieh, siehe auch den Vermerk BMwF (gez. Trabandt) vom 26.4.1963 betr. IPP GmbH, Beteiligung des Bundes, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 37, 163–165; siehe auch Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 207–215; Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 280.

¹⁶³ So auch Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 106.

¹⁶⁴ Protokoll der 48. Sitzung des Senates vom 10.6.1964, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 158.

¹⁶⁵ Vermerk BMwF (gez. Trabandt) vom 26.4.1963 betr. IPP GmbH, Beteiligung des Bundes, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 37, 163–165, Zitat 163, Hervorhebungen im Original.

¹⁶⁶ Protokoll der 46. Sitzung des Senates vom 6.12.1963, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 415.

beisteuerte.¹⁶⁷ Trotz seiner anderen Finanzierungsart wurde das IPP Anfang 1971 in ein echtes Max-Planck-Institut umgewandelt, was aus der Sicht der MPG der bestmögliche Ausgang des Konflikts war. Susan Boenke führt den Erfolg in erster Linie »auf das starke wissenschaftspolitische Gewicht der MPG« zurück; das Nachgeben des Bundeswissenschaftsministeriums sei »als ein Resignieren gegenüber ihrem Widerstand und dem des IPP zu werten«.¹⁶⁸ Hinzu kam zum einen, dass die Großforschungsinstitute auf die immer forscher vorgetragenen Steuerungsansprüche des Bundes mit einem Schulterchluss reagierten, nämlich mit der Gründung der AGF, die bereits auf ihrer Gründungsversammlung selbstbewusst eigene Vorstellungen von der künftigen Organisation der Großforschung und zu ihrem Verhältnis zum Staat formulierte.¹⁶⁹ Damit gewann die MPG bzw. das IPP einen weiteren Verbündeten in der Auseinandersetzung mit dem Bund. Zum anderen agierten die drei Männer, die zwischen 1962 und 1972 dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung vorstanden, in der Auseinandersetzung um das IPP sehr unterschiedlich. Während Hans Lenz von der FDP zwischen Bundeshaushaltsausschuss und MPG zu vermitteln suchte, ging es seinem Nachfolger Gerhard Stoltenberg (CDU) dezidiert darum, den Steuerungsanspruch des Bundes in der Forschung – und in diesem Fall konkret: gegen die MPG – durchzusetzen. Dieses Ziel wiederum verfolgte sein Nachfolger, der parteilose Hans Leussink, nicht weiter, weshalb es ihm weniger schwerfiel, in dem Streit nach- und den Steuerungsanspruch des Bundes aufzugeben.¹⁷⁰ Die starke Position der MPG war dem Umstand geschuldet, dass sie im Setting der bundesrepublikanischen Mehrebenendemokratie in den Ländern mächtige Verbündete hatte, die sie in ihrer Auseinandersetzung mit dem Bund unterstützten. So wurde aus der Institut für Plasmaphysik GmbH zum 1. Januar 1971 das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, das – obwohl es keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr hatte – auch fortan nach dem für Großforschungseinrichtungen maßgeblichen Schlüssel von 90 zu 10 vom Bund und vom Freistaat Bayern finanziert wurde.¹⁷¹

3.3.5 Atomwaffen für die Bundeswehr?

Zu Konflikten mit der Politik kam es freilich nicht nur in Geldangelegenheiten. Über ihre Funktion in der Politikberatung gewann die Wissenschaft auch in der breiten Öffentlichkeit an Ansehen. Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen stiegen zu Autoritäten bei der Erklärung komplexer Phänomene in einer immer komplizierter werdenden Welt auf, sodass es nur eine Frage der Zeit war, wann es darüber zu einem Konflikt mit den politisch Verantwortlichen kam. Nicht zufällig wurde die Kernforschung zur Arena dieser Auseinandersetzung, weil sich hier nicht klar zwischen ziviler und militärischer Relevanz bzw. Nutzenanwendung unterscheiden ließ und weil es in diesem Forschungsfeld seit jeher eine eigentümliche Verschränkung von Wissenschaft und Politik gegeben hatte, die im Oktober 1955 – unmittelbar nach dem Wiedereinstieg Westdeutschlands in die Kernforschung – zur Gründung eines Bundesministeriums für Atomfragen geführt hatte. Der Forschung brachte dies den großen Vorteil, dass die Politik – zumal unter der Federführung eines eigenen Bundesministeriums – sehr viel durchsetzungsstärker war, was die Bereitstellung von Forschungsmitteln betrifft, als eine Selbstverwaltungsorganisation. Damit ging jedoch der Nachteil einher, dass sich die Wissenschaft in noch stärkere Abhängigkeit von der Politik begab und so mehr oder weniger automatisch in (partei-)politische Auseinandersetzungen hineingezogen wurde.¹⁷² Genau dies geschah in den Jahren 1956/57.

Während Wissenschaft und Politik bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie an einem Strang zogen, kam es in diesen Jahren zwischen Bundesregierung und Atomforschern zu einem Konflikt über die Frage, ob die im Entstehen begriffene Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte. Vor dem Hintergrund eines amerikanischen Strategiewechsels, der darauf hinauslief, die konventionellen US-Streitkräfte in Europa zu reduzieren und stattdessen taktische Atomwaffen zu stationieren, liebäugelten Kanzler Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß öffentlich damit, die Bundeswehr ebenfalls mit diesen neuartigen Waffen aus-

167 Für das IPP griff der neue Finanzierungsmodus ab dem 1.1.1970. Vermerk aus dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen, undatiert, betr. IPP, Ausführung des Wirtschaftsplanes 1970, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 33, 154. Siehe dazu auch Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990, 154–155; Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 108 u. 113.

168 Boenke, Institut für Plasmaphysik, 1990, 115.

169 Zu diesem Prozess wie auch zu den Positionen der AGF siehe ausführlich Szöllösi-Janze, Arbeitsgemeinschaft, 1990.

170 Siehe dazu das Kurzprotokoll der 11. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 29.10.1969 im MPI für Physik und Astrophysik, abgedruckt in: Lucha, *Dokumente zu Entstehung und Entwicklung*, 2005, Dokument 45, 185–186.

171 Vertrag zwischen der MPG und dem IPP vom 16.12.1970, abgedruckt in: ebd., Dokument 46, 187; Satzung des IPP vom 1.1.1971, abgedruckt in: ebd., Dokument 47, 188–192; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1302–1303. Die Finanzierung des IPP durch Bund und Sitzland erfolgte abzüglich der Zuwendungen von EURATOM. Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 171.

172 So schon Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 104–105.

zurüsten.¹⁷³ Als Adenauer sich am 5. April 1957 in einer Pressekonferenz zu einer Verharmlosung von taktischen Kernwaffen hinreißen ließ, in denen er »nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie« erblickte,¹⁷⁴ reagierten 18 deutsche Atomforscher mit der »Göttinger Erklärung«, mit der sie die Öffentlichkeit über die fatale Wirkung von Atomwaffen aufklären und die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur bewegen wollten.¹⁷⁵ Schon die »kleinen« taktischen Atomwaffen, die damals zur Verfügung standen, hieß es in der Erklärung, entfalteten eine ähnliche Wirkung wie die Hiroshima-Bombe, und »durch Verbreitung von Radioaktivität« sei es ohne Weiteres möglich, »die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon auszurotten«. Da die atomare Abschreckung »auf die Dauer [...] unzuverlässig« sei, könne sich die Bundesrepublik am besten schützen, indem sie »ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet«.¹⁷⁶

Zwar war die MPG als solche nicht direkt in die Auseinandersetzung verwickelt und Otto Hahn betonte auf der Hauptversammlung Ende Juni 1957, »daß es sich dabei nicht um eine Erklärung der Max-Planck-Gesellschaft« handelte, sondern dass die 18 Atomexperten »jeder für sich, im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung auf Grund ihrer Sachkenntnis gehandelt« hätten.¹⁷⁷ Doch kamen die führenden Köpfe der 18 Unterzeichner aus den Reihen der MPG: Carl Friedrich von Weizsäcker, der die »Göttinger Erklärung« aufgesetzt hatte,¹⁷⁸ Werner Heisenberg, der angesehenste Atomphysiker des Landes, und Präsident Otto Hahn, über dessen Büro die Koordination der Erklärung gelaufen war und den – als einen der »Entdecker der Kernspaltung« – eine tief empfunden

ene persönliche Betroffenheit zu seinem Engagement motiviert hatte. Die Veröffentlichung der Erklärung führte kurzzeitig zur Verstimmung der Bundesregierung, die der MPG-Hauptversammlung von 1957 in Lübeck demonstrativ fernblieb.¹⁷⁹ Den Regierungsparteien waren die heftigen Reaktionen der Öffentlichkeit im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 unangenehm, zumal die oppositionelle SPD sich an die Spitze der gesellschaftlichen Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atomtod stellte.¹⁸⁰ Zunächst unterschätzte Adenauer das Gewicht, das die Öffentlichkeit dem Urteil der Wissenschaftler zummaß, und kanzelte die Unterzeichner kühl ab – in Anspielung auf die »Göttinger Sieben« des Vormärz bezeichnete die Presse sie als »Göttinger Achtzehn«.¹⁸¹ Nachdem der Kanzler seine Fehleinschätzung erkannt hatte, gelang es ihm, die Wissenschaftler zu einem gemeinsamen Communiqué zu bewegen und den Konflikt auf diese Weise beizulegen.¹⁸² Für den Wahlausgang spielte die Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung und Atomforschern zwar letztlich keine Rolle, die Union fuhr mit 50,2 Prozent der Stimmen einen glänzenden Wahlsieg ein.¹⁸³ Folgenlos blieb der Protest der Wissenschaftler jedoch nicht, denn die Einmischung von ausgewiesenen Experten in politische Debatten setzte ein Zeichen. Die im Entstehen begriffene westdeutsche Zivilgesellschaft bezog ihre Stärke nicht zuletzt daraus, dass sich Wissenschaftler und Intellektuelle zunehmend an politischen Debatten beteiligten und die Position der Regierung kritisch hinterfragten. Insofern ist die »Göttinger Erklärung« ein Beispiel dafür, dass die Adenauer-Ära nicht ganz so restaurativ gewesen ist, wie man ihr oft unterstellt.

173 Zur Rolle von Strauß siehe ausführlich Siebenmorgen, *Franz Josef Strauß*, 2015, 125–147; Möller, *Franz Josef Strauß*, 2015, 184–205.

174 Bundeskanzler Adenauer über die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, 5.4.1957, in: Bühner, *Adenauer-Ära*, 1993, 165–167, Zitat 166.

175 So Heisenberg, *Der Teil und das Ganze*, 1972, 265. – Zur »Göttinger Erklärung« vom 12.4.1957, die in der Forschung auf breites Interesse gestoßen ist, siehe im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Lorenz, »Göttinger Erklärung«, 2011; Lorenz, *Protest der Physiker*, 2011; Kraus, *Uranspaltung*, 2001; Kraus, *Atomwaffen*, 2007; Carson, *Heisenberg in the Atomic Age*, 2010, 320–330; Balcar, *Wandel*, 2020, 162–170.

176 Die »Göttinger Erklärung« vom 12.4.1957 ist u. a. abgedruckt bei Sontheimer, *Adenauer-Ära*, 1991, 210–211.

177 Hahn, Ansprache, 1957, 199.

178 Walker, »Mit der Bombe leben«, 2014.

179 Anstelle der bundespolitischen Prominenz sprachen in Lübeck als Vertreter der Politik Bürgermeister Walther Böttcher (CDU) und der Kultusminister Schleswig-Holsteins, Edo Osterloh (CDU). Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung, 1957, 187.

180 Zur westdeutschen Friedensbewegung in den 1950er-Jahren siehe Gassert, *Bewegte Gesellschaft*, 2018, 78–90; Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, 2000, 319–323.

181 Hermann, *Werner Heisenberg*, 1976, 105. Die »Göttinger Sieben« war eine Gruppe von sieben Professoren, die 1837 gegen die Aufhebung der liberalen Verfassung des Königreichs Hannover protestierten und deswegen von der Universität Göttingen entlassen wurden, was sie zu Galionsfiguren der nationalliberalen Bewegung im »Vormärz« machte. Hardtwig, *Vormärz*, 1998, 21–23.

182 Schwarz, *Staatsmann*, 1991, 236; Kraus, *Uranspaltung*, 2001, 57, 246–266. Zur Sichtweise des Kanzlers siehe Adenauer, *Erinnerungen*, 1989, 294–297.

183 Görtemaker, *Geschichte der BRD*, 1999, 345–347.

3.4 Die Bewältigung des Wachstums

Um das stürmische Wachstum zu bewältigen, das sie in ihrer zweiten Entwicklungsphase erlebte, baute die MPG ihre Generalverwaltung aus und nahm umfassende Veränderungen ihrer Leitungs- und Entscheidungsstrukturen vor. Einige dieser Änderungen, insbesondere die mehrfachen Satzungsreformen, waren das Resultat intensiver interner Beratungen und Debatten, andere Ausfluss mehr oder weniger kontingenter Entwicklungen. Letzteres galt vor allem für den Wechsel im Präsidentenamt, der 1960 erfolgte und mit einem Generationswechsel unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG einherging.

3.4.1 Der Wechsel im Präsidentenamt

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der MPG war ein Wechsel an ihrer Spitze, der einen »Epochenwandel in der Gesellschaft« ankündigte.¹⁸⁴ Auf der in Bremen tagenden Hauptversammlung des Jahres 1960 übernahm der Biochemiker Adolf Butenandt das Präsidentenamt von Otto Hahn, der die Amtskette seit der Wiedergründung der KWG als MPG 14 Jahre lang getragen hatte. Auch wenn Hahn nicht ganz so hilflos war, wie er bisweilen dargestellt wird,¹⁸⁵ lag ihm die Leitung einer großen Wissenschaftsorganisation wie der MPG offensichtlich nicht. Hahn war im Grunde ein unpolitischer Mensch, der ganz in seinen Forschungen aufging – ein Wissenschaftler, kein Wissenschaftsmanager. Als MPG-Präsident musste er sich auf dem rutschigen Parkett der Politik bewegen, was ihm ebenso schwerfiel, wie innerhalb der MPG permanent die wissenschaftspolitische Agenda zu setzen und dabei nicht selten zuwider-

laufende Interessen auszugleichen. »Führung« im Sinne von Machtausübung war Hahns Sache nicht. Daher blieb er während seiner Präsidentschaft stets auf die Unterstützung von Generalsekretär Ernst Telschow angewiesen.

Hahns Nachfolger war von ganz anderer Statur. Mit der Wahl Butenandts legte der Senat die Führung der MPG in die Hände eines Machtmenschen mit großem Organisationstalent. Butenandt war ein exzellenter Wissenschaftler, der 1939 den Chemie-Nobelpreis erhalten hatte.¹⁸⁶ Zugleich ermöglichten ihm seine ausgeprägte Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit, sich über Nacht in veränderten politischen Verhältnissen zurechtzufinden. Weder der Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus noch der Zusammenbruch des »Dritten Reichs«, die Besatzungsherrschaft oder die Etablierung demokratischer Strukturen in Westdeutschland bedeuteten für ihn einen Karriereknick; vielmehr verstand es Butenandt jeweils geschickt, sich die Möglichkeiten, die ihm die Systemwechsel boten, zunutze zu machen.¹⁸⁷

1927 schloss der 1903 geborene, aus kleinen Verhältnissen stammende Butenandt das Chemiestudium mit einer Promotion bei Adolf Windaus in Göttingen ab, 1930 folgte die Habilitation und 1933 der Ruf an die Technische Hochschule Danzig. Der nächste Karriereschritt kam 1936 mit der Berufung zum Direktor des KWI für Biochemie in Berlin-Dahlem, die er – gestützt auf einen wachsenden Mitarbeiterstab und eine zunehmende Zahl von Schüler:innen – zum Einstieg in weitere Forschungsfelder nutzte.¹⁸⁸ Bis heute ist umstritten, inwieweit Butenandt selbst in der NS-Zeit an Kriegsforschung und Medizinverbrechen beteiligt war bzw. Kenntnis von entsprechenden Forschungsarbeiten seiner Mitarbeiter hatte.¹⁸⁹ Trotz nicht unerheblicher NS-Belastung, wegen der sein Name noch im Frühjahr 1947 auf der Fahndungsliste des US-Militärgeheimdiensts Counter Intelli-

184 Carson, *Wissenschaftsorganisator*, 2005, 219.

185 Das gilt insbesondere für Rüdiger Hachtmann, der Hahn »Hilflosigkeit« attestiert. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, 2007, 1199.

186 Butenandt durfte den Nobelpreis jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Empfang nehmen, weil Hitler die Annahme verboten hatte, nachdem Carl von Ossietzky 1935 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war. Siehe dazu die Laudatio auf Butenandt: The Nobel Prize: Award Ceremony Speech, 1949, <https://www.nobelprize.org/prizes/chemistry/1939/ceremony-speech/>.

187 Satzinger, Butenandt, *Hormone und Geschlecht*, 2004. Obwohl Butenandt seit rund 20 Jahren im Fokus der Forschung steht, ist der Forschungsstand nach wie vor unbefriedigend. Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biografie Butenandts steht nach wie vor aus. Die Präsidentenkommission »Geschichte der KWG im Nationalsozialismus« hat dafür einige wichtige Bausteine geliefert, die Zeit nach 1945 und insbesondere die Phase von Butenandts Präsidentschaft ist dabei jedoch unterbelichtet bzw. ganz ausgeblendet geblieben. Schieder und Trunk, *Butenandt*, 2004. Die Biografie Peter Karlsons ist eine unkritische Hagiografie aus der Feder eines Schülers. Karlson, *Adolf Butenandt*, 1990. Eine erste Annäherung an das »Phänomen Butenandt«, allerdings verfasst im Duktus der Anklage, bei Ebbinghaus und Roth, Rockefeller Foundation, 2002.

188 Hier wie auch auf seinen späteren Stationen versammelte Butenandt, der den wissenschaftlichen Nachwuchs wie ein Magnet anzog, eine beeindruckende Schar von Schüler:innen um sich. Eine einschlägige Untersuchung kommt auf insgesamt 218 Doktoranden und 30 Doktorandinnen. Kinas, *Butenandt*, 2004, 7.

189 Roth, *Kontroverse um Adolf Butenandt*, 2007; Proctor, *Adolf Butenandt*, 2000; Müller-Hill, *Erinnerung und Ausblendung*, 2002; Klee, *Auschwitz*, 2015, 228–229; Klee, *Deutsche Medizin im Dritten Reich*, 2001, 350–355; Gausemeier, *Heimatfront*, 2004; Trunk, *Rassenforschung und Biochemie*, 2004; Ebbinghaus und Roth, Rockefeller Foundation, 2002, 402–411.

gence Corps (CIC) stand, kam Butenandt unbeschädigt durch die Entnazifizierung. In Tübingen, wohin das KWI für Biochemie 1943/44 verlegt worden war, gab sowohl die französische Besatzungsmacht als auch die deutsche Verwaltung dem Wiederaufbau des Wissenschaftsstandorts den Vorrang vor der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. Als Direktor seines Instituts und Inhaber des Lehrstuhls für physiologische Chemie an der Eberhard Karls Universität Tübingen saß Butenandt schon bald nach Kriegsende wieder fest im Sattel,¹⁹⁰ zumal der wendige Biochemiker auch in der schwierigen Nachkriegszeit auf seine engen Verbindungen zur pharmazeutischen Industrie bauen konnte, die seine steile Karriere von Anfang an gefördert hatte.¹⁹¹ Ein Firmenkonsortium stellte die nötigen Mittel bereit, um Butenandt weiterhin hervorragende Forschungsbedingungen zu schaffen und ihn trotz mehrerer Angebote aus der Schweiz in Deutschland zu halten.

Nach der Eingliederung der Institute aus der französischen Zone gehörte Butenandt umgehend wieder zum Kreis derjenigen, die in der MPG das Sagen hatten. Nachdem er im November 1949 in den Senat kooptiert worden war, wurde schon 1954 erstmals die Frage an ihn herangetragen, ob er gegebenenfalls die Präsidentschaft der MPG übernehmen würde.¹⁹² Als die MPG dann Ende der 1950er-Jahre einen Nachfolger für den amtsmüden Otto Hahn suchte, schlug Butenandts Stunde, zumal aussichtsreiche Kandidaten wie Karl-Friedrich Bonhoeffer zwischenzeitlich verstorben waren, während andere wie Carl Friedrich v. Weizsäcker »mit Rücksicht auf seine wissenschaftliche Entwicklung und seine wissenschaftlichen Pläne« bereits im Vorfeld abgewinkt hatten.¹⁹³ So blieb als einziger ernst zu nehmender Rivale der Biochemiker Richard Kuhn vom MPI für medizinische Forschung übrig, gegen den sich Butenandt jedoch schon im ersten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit durchsetzen konnte.¹⁹⁴

Im Rückblick war Butenandt, dem die Forschung den »Habitus eines Patriarchen« attestiert,¹⁹⁵ der umstrittenste, aber auch der einflussreichste Präsident der MPG. Zwar sollte man nicht der Versuchung erliegen,

alle Entwicklungen, die die MPG in den zwei Amtsperioden seiner Präsidentschaft durchlief, umstandslos auf Butenandts Wirken zurückzuführen. Auch gilt es, in Rechnung zu stellen, dass die hier vor allem herangezogenen Quellen – die Protokolle der Leitungsorgane der MPG nebst ihren Anlagen – in besonderem Maße auf den Präsidenten fokussiert sind, der sowohl im Verwaltungsrat als auch im Senat den Vorsitz führte. Dieser Fokus verzerrt die Perspektive, zumal Butenandt die Rolle des Präsidenten in diesen Gremien noch einmal akzentuierte. Doch bei aller gebotenen Zurückhaltung führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass Butenandt der MPG während seiner Präsidentschaft den Stempel aufgedrückt hat.

Neben der Persönlichkeit des Präsidenten trugen dazu mehrere Umstände bei:¹⁹⁶ Erstens leitete Butenandt nach dem Ausscheiden der beiden Generalsekretäre Ernst Telschow und Otto Benecke, von denen gleich noch die Rede sein wird, die Generalverwaltung der MPG quasi selbst. Zweitens kam er nicht allein, sondern installierte nach der Übernahme des Präsidentenamts eine Gruppe von Vertrauten in der Führungsriege der MPG, zu der Hans Dölle und insbesondere der BASF-Vorstandsvorsitzende Carl Wurster zählten, die 1960 zu Vizepräsidenten der MPG aufstiegen.¹⁹⁷ In einem Akt vorausseilenden Gehorsams hatten Verwaltungsrat und Senat zuvor darauf verzichtet, die turnusmäßig freiwerdenden Führungspositionen wieder zu besetzen, um dem neuen Präsidenten die Möglichkeit zu geben, Kandidaten seines Vertrauens zu benennen¹⁹⁸ – eine bedeutende Machtbefugnis jenseits der geschriebenen Satzung. In diesen Kontext gehört auch, drittens, dass Butenandt sich mit dem »Besprechungskreis Wissenschaftspolitik« eine Art Küchenkabinett schuf, über dessen Zusammensetzung er nach eigenem Gutdünken entschied; in dieser Runde von Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft fielen besonders in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft richtungweisende Entscheidungen, denen die nach der Satzung zuständigen Gremien im Nachhinein zustimmten. Viertens stärkte eine unter Butenandts Ägide 1964 beschlossene

190 Stoff, Butenandt, 2004; Ebbinghaus und Roth, Rockefeller Foundation, 2002, 411–412; Balcar, *Ursprünge*, 2019, 38–40 u. 66–67.

191 Siehe dazu und zum Folgenden Gaudillière, *Biochemie und Industrie*, 2004; Gaudillière, *Better Prepared*, 2005.

192 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Otto Hahns an die Senatoren der MPG vom 9.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352. Siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30.10.1959, ebd., fol. 318–333.

193 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Otto Hahns an die Senatoren der MPG vom 9.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 340.

194 Auf Butenandt waren 27 Stimmen entfallen, fünf Senatoren hatten für Kuhn gestimmt, eine Stimme war ungültig. Protokoll der 34. Sitzung des Senates vom 27.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 338–352.

195 Hockerts, *Erbe für die Wissenschaft*, 2018, 183.

196 Siehe zum Folgenden ausführlich, soweit nicht anders gekennzeichnet, Balcar, *Wandel*, 2020, 39–41.

197 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 400 u. 920.

198 Protokoll der 34. Sitzung des Senates vom 27.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 188.

Satzungsreform die Stellung des Präsidenten, dem nunmehr die Aufgabe zufiel, die Wissenschaftspolitik der MPG zu entwerfen, und der das Recht hatte, Eilentscheidungen ohne die zuständigen Gremien zu treffen.¹⁹⁹ Auf dieser Grundlage konnte Butenandt fast nach Belieben schalten und walten.

3.4.2 »Südverschiebung« der MPG und Ausbau der Generalverwaltung

Zu den wichtigsten Weichenstellungen, die auf Butenandt zurückgingen, zählte die »Südverschiebung« der MPG.²⁰⁰ Als sich die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu normalisieren begannen, wurden die geografischen und verkehrstechnischen Nachteile des Standorts Göttingen, wo die KWG in Krieg und Nachkrieg Unterschlupf gefunden hatte, offensichtlich. Ab den frühen 1950er-Jahren schmiedete Telschow Pläne, die Generalverwaltung in die Nähe der Bundeshauptstadt zu verlegen, um engere Führung zu den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern halten zu können.²⁰¹ Allerdings wog die Stärkung des Zonenrandgebiets in den Augen der Politik zunächst schwerer als der Wunsch einer Wissenschaftsorganisation, ihrer hinderlichen Randlage an der Leine zu entkommen. Die Generalverwaltung musste einstweilen in Göttingen verbleiben, während man in Düsseldorf eine Geschäftsstelle einrichtete.²⁰² Zeitgleich begann die MPG damit, ihren Schwerpunkt sukzessive von Göttingen nach München zu verschieben, wobei Butenandt eine »Magnetwirkung« entfaltete:²⁰³ 1952 hatte er einen Ruf an die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität erhalten und war 1956 mitsamt dem MPI für Biochemie an die Isar übersiedelt.²⁰⁴ Zwei Jahre später folgten ihm

Werner Heisenberg und das MPI für Physik, das bei dieser Gelegenheit umorganisiert und in MPI für Physik und Astrophysik umbenannt wurde. Der Umzug stand im Zusammenhang mit dem Wiedereinstieg Westdeutschlands in die Atomforschung. Heisenberg hatte gehofft, dass die große Kernforschungsanlage, als deren designierter Direktor er galt, ebenfalls in München angesiedelt werden würde. Zwar zerschlug sich diese Hoffnung, weil sich Baden-Württemberg in dem mit harten Bandagen geführten Konkurrenzkampf gegen Bayern durchsetzen konnte,²⁰⁵ doch hielt die von Wilhelm Hoegner (SPD) geführte Bayerische Staatsregierung ihr Angebot an Heisenberg aufrecht, die beträchtlichen Kosten für die Übersiedelung seines Instituts in die Landeshauptstadt zu übernehmen. Am 11. Oktober 1955 beschloss der MPG-Senat schließlich die Verlegung des MPI für Physik von Göttingen nach München; zugleich wurde die Abteilung für Astrophysik in ein Teilinstitut umgewandelt.²⁰⁶

Die Bayerische Staatsregierung hatte hoch gepokert, um Wissenschaftsstars wie Adolf Butenandt und Werner Heisenberg für einen Umzug nach München zu gewinnen – und gewonnen. Neben dem MPI für Biochemie und dem MPI für Physik kam nach längerem Hin und Her schließlich auch das von Wolfgang Graßmann geleitete MPI für Eiweiß- und Lederforschung in die Landeshauptstadt,²⁰⁷ die sich auf diese Weise in den 1950er-Jahren zu einem Zentrum der MPG entwickelte. Der Hauptgewinn winkte freilich beim Präsidentenwechsel von 1960, denn Butenandt akzeptierte das Amt nur unter der Bedingung, die Leitung seines Instituts und damit seinen Hauptwohnsitz in München behalten zu können. Die Generalverwaltung sollte in Göttingen verbleiben, die MPG in München ein kleines und personell dünn besetztes »Präsidialbüro« einrichten.²⁰⁸ Dabei blieb es

199 Ebbinghaus und Roth, Rockefeller Foundation, 2002, 415; Marsch, Adolf Butenandt, 2003, 136.

200 Siehe zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Balcar, *Wandel*, 2020, 41–52.

201 Ernst Telschow an Hermann Pünder vom 16.10.1950, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 10.SP, fol. 223; Protokoll der 13. Sitzung des Senates vom 18.1.1952, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 13.SP, fol. 141.

202 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 338 u. 344. Diese Geschäftsstelle wurde zum 1.7.1967 »im Zuge der Konzentration der Generalverwaltung in München« wieder aufgelöst. Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1966, 1967, 253.

203 Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 191.

204 Zu Butenandts Übersiedlung von Tübingen nach München siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 373; Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 112–127; Trischler, Nationales Innovationssystem, 2004, 187–190.

205 Siehe zu diesem Konflikt Gleitsmann-Topp, *Im Widerstreit der Meinungen*, 1986; Carson, Nuclear Energy Development, 2002; Boenke, *Entstehung und Entwicklung*, 1991, 93–98.

206 Protokoll der 22. Sitzung des Senates vom 11.10.1955, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 22.SP, fol. 175–180; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 360. Dazu ausführlich Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 128–148.

207 Zur Verlegung des MPI für Eiweiß- und Lederforschung nach München siehe ausführlich Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001, 84–111.

208 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Otto Hahns an die Senatoren der MPG vom 9.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 324; siehe auch den Entwurf dieses wichtigen Dokuments vom 30.10.1959, ebd., fol. 318–333; Protokoll der 43. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.1.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 43.VP, fol. 2.

jedoch nicht, im Lauf der 1960er-Jahre zog eine Abteilung nach der anderen in den repräsentativen Ludwigsbau der Münchner Residenz, wo die Generalverwaltung untergebracht worden war.²⁰⁹

Die Verlegung der Generalverwaltung nach München markiert den Beginn einer langen und engen Verbindung zwischen der MPG und dem Freistaat Bayern, die bis heute andauert und von der beide Seiten profitierten. In der Bayerischen Staatsregierung gewann die MPG einen verlässlichen Partner, der zur Modernisierung des in der Nachkriegszeit ökonomisch noch rückständigen Agrarlands zwei wichtige Weichenstellungen vornahm: Zum einen setzte sie auf Hightech, insbesondere auf die Atomkraft, um den Standortnachteil als revierfernes Binnenland auszugleichen; zum anderen betrieb sie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen als Mittel regionaler Strukturpolitik, mit der der Freistaat dauerhaft modernisiert werden sollte.²¹⁰ Beide Strategien waren bereits angelegt, bevor die CSU in Bayern mit absoluter Mehrheit regierte. Die Bayerische Staatsregierung – ob noch unter einem Ministerpräsidenten der SPD oder später der CSU – ließ sich die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen der Spitzenklasse viel Geld kosten. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Freistaat in den 1950er- und 1960er-Jahren noch längst nicht der Krösus unter den Bundesländern war, als der er sich heute gern geriert.

Auch die Generalverwaltung selbst durchlief in den langen 1960er-Jahren einen tiefgreifenden Wandel. Parallel zur Verlegung nach München erfuhr der Verwaltungsapparat der MPG einen massiven Ausbau und einen Modernisierungsschub. An der Spitze schied Generalsekretär Telschow 1960 aus Altersgründen aus dem Amt. Zwei Jahre später zog sich auch Otto Benecke aus gesundheitlichen Gründen zurück. Daraufhin betraute Butevant Hans Ballreich und Hans Seeliger, die beide bereits in der Generalverwaltung tätig waren, mit »der Führung der Verwaltungsgeschäfte«.²¹¹ Beide hatten indes nicht die Statur, in die Fußstapfen von Telschow und Benecke zu treten. Seeliger schied schon Ende 1963 auf eigenen Wunsch aus, Ballreich musste seinem angegriffenen Ge-

sundheitszustand Tribut zollen und ging 1967 vorzeitig in den Ruhestand.²¹² Erst als es im April 1966 gelang, den erfahrenen Juristen Friedrich Schneider für dieses Amt zu gewinnen, verfügte die MPG wieder über einen echten Generalsekretär, der sich zuvor im Wissenschaftsrat in gleicher Funktion den Ruf eines hervorragenden Wissenschaftsmanagers erworben hatte.

Der Übergang von Telschow zu Schneider bedeutete eine Abkehr von den Verwaltungstraditionen der KWG. Die frühe MPG hatte nahtlos an die Generalverwaltung der KWG angeknüpft, indem sie das Personal – soweit noch verfügbar – und auch die nur rudimentär ausgeprägten Strukturen übernahm. Erst 1955 erfolgte eine Aufgliederung der Generalverwaltung in fünf Referate. 1964 fand eine Reorganisation statt, wodurch die Generalverwaltung in sieben Abteilungen gegliedert wurde. Eine weitere Strukturreform reduzierte 1971 die Zahl der Abteilungen wieder auf sechs, untergliederte sie ihrerseits aber in Referate und Hilfsreferate.²¹³ Die verschiedenen Reorganisationsversuche reagierten auf ein stark erweitertes Aufgabenprofil der Generalverwaltung. Zum einen kamen laufend neue Tätigkeitsfelder hinzu, zum anderen musste die Münchner Zentrale immer mehr Pflichten übernehmen, die die Verwaltungen der einzelnen Institute überforderte. Das galt beispielsweise für die Lohn- und Gehaltszahlungen nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT). Um die Institutsverwaltungen von dieser Aufgabe zu entlasten, richtete die Generalverwaltung eine Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle ein, an die bis 1968 »die meisten Institute« angeschlossen werden konnten.²¹⁴ Als Folge ihrer immer umfangreicheren Betätigungsfelder vervielfachte sich der Personalbedarf der Generalverwaltung. 1962 hatte ihr Stellenplan 61 Planstellen ausgewiesen, 1968 waren es 120 und 1971 bereits 182.²¹⁵ Auf diese Weise wandelte sich die Generalverwaltung der MPG von einer kleinen, verschworenen und ganz auf die Person Ernst Telschows ausgerichteten Gruppe in einen personell bestens besetzten, funktional differenzierten, aufs Ganze gesehen überaus schlagkräftigen Verwaltungsapparat.

209 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 8–9; Balcar, *Wandel*, 2020, 48–51.

210 Deutinger, *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat*, 2001; Trischler, *Nationales Innovationssystem*, 2004; Milosch, *Modernizing Bavaria*, 2006, 36–39 u. 93–100.

211 Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1961, 1962, 165.

212 Max-Planck-Gesellschaft, *Aus den Instituten*, 1968, 146.

213 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 934–935. Siehe unten, Kap. IV.4.4.2.

214 Ausarbeitung (gez. scho/leh): Verwaltungsrat, Bericht des Generalsekretärs vom 27.2.1968, Rationalisierung der Verwaltung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76, fol. 38–39, Zitate fol. 38. Siehe dazu auch Ausarbeitung von Kurt Pfuhl: Verwaltungsrat, Bericht des Präsidenten vom 11.5.1965, betr.: Rationalisierung der Verwaltung, hier: Zentrale Gehaltsbuchhaltung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65, fol. 51–54.

215 Vermerk Dietrich Ranft vom 12.2.1980 betr. TOP 9 der Sitzung des Verwaltungsrates vom 22.11.1979, hier: Wertigkeit der Stellen leitender Mitarbeiter der Generalverwaltung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 119.VP, fol. 312–317, hier fol. 317.

3.4.3 Erneuerung per Generationswechsel

Der Wechsel im Präsidentenamt von Hahn zu Butenandt steht exemplarisch für einen umfassenden Generationswechsel, den die MPG in ihrer zweiten Entwicklungsphase durchlief, und zwar nicht nur an der Spitze, sondern auch unter ihren Wissenschaftlichen Mitgliedern. Dieser war wiederum Teil der wissenschaftlichen Neuausrichtung der MPG, die sich nicht nur in der Gründung neuer und teilweise neuartiger Forschungsstätten zeigte, sondern auch in der Berufung von jüngeren Wissenschaftlern, die in den 1920er- und 1930er-Jahren geboren waren und damit der dritten wissenschaftlichen Generation angehörten.²¹⁶ Sie waren indes nicht nur deutlich jünger, sondern auch anders sozialisiert worden als ihre Vorgänger und hatten in ihrer großen Mehrheit wohl auch andere Vorstellungen von Wissenschaft und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft als die Altvorderen, die größtenteils bereits in der KWG geforscht hatten. In zwei Punkten glich das Profil der Jüngeren allerdings auffällig dem ihrer Vorgänger: Bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern, die ab Mitte der 1950er-Jahre bis Anfang der 1970er-Jahre berufen wurden, handelte es sich noch überwiegend, bei den Direktoren fast ausschließlich, um deutsche bzw. in Deutschland geborene Männer; Frauen und Ausländer kamen (noch) nicht zum Zug. Der Astrophysiker und spätere MPG-Präsident Reimar Lüst personifiziert die neue Generation von Wissenschaftlern, die in der zweiten Phase sukzessive in leitende Positionen des westdeutschen Wissenschaftsbetriebs aufstieg, wie kaum ein zweiter.²¹⁷

Welche Dimension der generationelle Wandel in der MPG von 1955 bis 1972 annahm, machen einige Zahlen deutlich: 1955 gehörten erst zwei Wissenschaftliche Mitglieder der MPG dieser dritten Generation an, während 22 zur ersten Generation (der vor 1890 geborenen) und 80 zur zweiten (der um 1900 Geborenen) zählten. 1965 hatte sich das Bild bereits gewandelt: Nur noch vier Wissenschaftliche Mitglieder entstammten der Gründergeneration, 91 gehörten der zweiten Generation an und bereits 48 zählten zur dritten Generation. 1972 war die Gründergeneration der KWG aus der MPG verschwunden, und auch die zweite Generation hatte ihren Zenit

überschritten, zu ihr zählten am Ende der langen 1960er-Jahre nur noch 63 Wissenschaftliche Mitglieder. Dagegen stellte die jüngere Generation mit 125 Angehörigen nunmehr die größte Gruppe.²¹⁸

Der Jahresbericht 1958/59 zeugt in komprimierter Form von diesem sich über ein Jahrzehnt erstreckenden Generationswechsel.²¹⁹ Man liest dort einerseits, dass das KWG-Urgestein Max v. Laue (1879–1960), der sich um den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach 1945 in besonderem Maße verdient gemacht und zuletzt als Direktor des Berliner Fritz-Haber-Instituts gewirkt hatte,²²⁰ im Alter von 79 Jahren in den Ruhestand getreten war; andererseits wurden wesentlich jüngere Männer zu Wissenschaftlichen Mitgliedern berufen, die die MPG in den folgenden Jahren mitprägen sollten, darunter Wolfgang Gentner (1906–1980), der Nachfolger von Walther Bothe und Gründungsdirektor des MPI für Kernphysik in Heidelberg,²²¹ sowie drei Schüler des 1957 verstorbenen Karl-Friedrich Bonhoeffer: Manfred Eigen (1927–2019), Reinhard Schlögl (1919–2007) und Hans Strehlow (1919–2012).²²² Mit der Berufung jüngerer Wissenschaftler, die einen wesentlichen Teil ihrer akademischen Sozialisation in der USA durchlaufen hatten, kam es zu einer Art mentaler Internationalisierung der MPG, auf längere Sicht zu einem Schub in Richtung Liberalisierung, womöglich sogar Demokratisierung. Die jungen Direktoren wie Eigen oder Lüst unterschieden sich jedenfalls sowohl in ihrem Habitus als auch in ihrem Umgang mit den Mitarbeiter:innen deutlich von den um Distinktion und Distanz bemühten Ordinarien alter Schule vom Schlage eines Hermann Heimpel, des Direktors des MPI für Geschichte, gegen die bald schon die Studentenbewegung zu Felde ziehen sollte.

3.4.4 Die Reform der Governance-Strukturen der MPG

Auf den vielfältigen Wandel, den die MPG in den langen 1960er-Jahren vollzog, reagierten ihre Leitungsorgane mit einer Reihe von Reformen der Satzung, die als Etappen eines zusammenhängenden Reformprozesses

²¹⁶ Siehe im Folgenden oben Kap. II.1, 29–31.

²¹⁷ Zu Lüst und den Erfahrungen, die die dritte wissenschaftliche Generation der MPG prägten, siehe Balcar, *Wandel*, 2020, 28–33.

²¹⁸ Diese Angaben stammen aus der Biografischen Datenbank des Forschungsprogramms GMPG. Siehe oben, Kap. II.1, 31 (Abb. 1).

²¹⁹ Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht und Vorschau, 1959, 239.

²²⁰ Zeitz, *Max von Laue*, 2006.

²²¹ Im Zuge der Berufung Gentners wurde Bothes Institut für Physik aus dem MPI für medizinische Forschung ausgegliedert und in ein eigenständiges MPI für Kernphysik umgewandelt. Protokoll der 32. Sitzung des Verwaltungsrates vom 17.12.1957, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 32.VP, fol. 12–14; Protokoll der 33. Sitzung des Verwaltungsrates vom 26.3.1958, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 33.VP, fol. 8–10.

²²² Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht und Vorschau, 1959, 239.

begriffen werden müssen. In der Gründungsphase der MPG hatten sich ihre Leitungsorgane nur am Rande mit Satzungsfragen befasst; man übernahm als Rechtsnachfolgerin der KWG weitgehend deren Satzung und änderte sie nur insoweit, als Anpassungen an die Rahmenbedingungen der Besatzungszeit notwendig erschienen. Die Satzungsänderungen, die ab Ende der 1950er-Jahre erfolgten, waren Spiegelbilder der Wandlungsprozesse, die die MPG zwischen 1955 und 1972 durchlief, zugleich aber auch Manifestationen von äußerem und innerem Veränderungsdruck, auf den die MPG Antworten finden musste.

Den Auftakt markierte ein Vorstoß der Bundesregierung, die angesichts der von Jahr zu Jahr größer werdenden Bundeszuschüsse an die MPG im Sommer 1958 auf eine Vertretung des Innen- und des Finanzministeriums im Senat drängte.²²³ Die daraufhin eingesetzte Kommission arbeitete zügig: Ab Ende 1959 gehörten dem Senat von Amts wegen drei Vertreter der Länder und zwei des Bundes an.²²⁴ Hier schlug sich die finanzielle Abhängigkeit der Forschungsgesellschaft von der öffentlichen Hand direkt in ihrer (formellen) Governance nieder. Für die MPG erwies sich dies – wie bereits zuvor die Aufnahme von Vertretern der Länder²²⁵ – als Glücksfall, weil Meinungsverschiedenheiten schnell und direkt ausgeräumt werden konnten. Die Regierungsvertreter fungierten gewissermaßen als Botschafter der MPG, die deren Bedürfnisse und Handlungslogiken den zuständigen Ministerialbürokratien gleichsam übersetzten – und genau diesen »Übersetzungen« verdankte die MPG einen Teil ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Bund und Ländern.

Damit hatte die Senatskommission die ihr übertragene Aufgabe eigentlich erledigt. Doch wurde sie nicht aufgelöst, sondern beauftragt, die bestehende Satzung einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen und Änderungsvorschläge zu unterbreiten, wo immer dies angezeigt schien. Im Frühjahr 1960 kam die Kommission zu dem Ergebnis, »daß die gesamte Satzung der Max-Planck-

Gesellschaft überarbeitet und den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt werden muß«.²²⁶ Der Vorsitzende der Kommission, der Jurist Hans Dölle, begründete dies damit, »daß die geltende Satzung nicht frei von Unklarheiten war und daß sich seit ihrem Inkrafttreten innerhalb und außerhalb der Gesellschaft Entwicklungen angebahnt hatten, denen eine Reihe von Satzungsbestimmungen nicht genügend entgegenkamen«.²²⁷

Als Adolf Butenandt 1960 das Präsidentenamt übernahm, beschleunigte sich der Reformdiskurs, der sich von nun an um drei Themenkreise drehte: erstens die Erarbeitung von Grundsätzen für die Gründung neuer Max-Planck-Institute, zweitens die Möglichkeit der Schließung von Forschungseinrichtungen und drittens das Verhältnis der MPG zur Großforschung. Eine erste Satzungsänderung betraf den Verwaltungsrat, der personell erweitert wurde. Dies war notwendig geworden, nachdem dieses Gremium im Zuge des Wachstums der MPG, aber auch aufgrund der Amtsführung Butenandts zulasten des Senats an Bedeutung gewonnen und sich dabei von einem vorbereitenden Gremium in die operative Kommandozentrale der MPG verwandelt hatte. Damit er seine wachsende Aufgabenfülle bewältigen konnte, wurde der Verwaltungsrat 1960 von sechs auf acht Personen aufgestockt.²²⁸ Zu diesem Reformschritt sah sich der Präsident auch deswegen genötigt, weil im Senat und unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern massive Kritik an dem von Butenandt eingesetzten und nach eigenem Gutdünken berufenen »Beratungskreis Wissenschaftspolitik« laut geworden war. Nun firmierte dieses Gremium unter der Bezeichnung »erweiterter Verwaltungsrat«. In dieser Form erhielt es schließlich die Absolution von Hans Dölle, dem Spiritus Rector der Reform.²²⁹ Ein Reizthema war und blieb die Frage, in welchem Maße die Wissenschaftlichen Mitglieder an der Satzungsreform mitwirken sollten. Eine Gruppe um den Tübinger Biologen Georg Melchers versuchte auf der Hauptversammlung von 1962, ein Mitspracherecht in der Satzungsre-

223 Gerhard Schröder an Otto Hahn vom 31.7.1958, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 31.SP, fol. 108, fol. 172; Protokoll der 31. Sitzung des Senates vom 15.10.1958, ebd., fol. 108. Siehe dazu auch Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

224 Protokoll der 32. Sitzung des Senates vom 12.2.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 32.SP, fol. 54; Protokoll der 38. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11.2.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 38.VP, fol. 3–4. Die Reform wurde schließlich auf der Hauptversammlung des Jahres 1959 formell verabschiedet, nachdem Hans Dölle sie dort nochmals eingehend erläutert hatte. Siehe Max-Planck-Gesellschaft, Neufassung von § 12 der Satzung, 1959.

225 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 124–125.

226 Protokoll der 35. Sitzung des Senates vom 16.3.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 277.

227 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 7.

228 Protokoll der 35. Sitzung des Senates vom 16.3.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 278. Die Hauptversammlung von 1960 billigte den Änderungsvorschlag des Senats ohne lange Debatte. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 398–399. Siehe unten, Kap. IV.4.2.2.

229 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 50–51. Zu der Kritik an Butenandts Vorgehen siehe auch Protokoll der 39. Sitzung des Senates vom 7.6.1961, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP, fol. 136; Protokoll der 46. Sitzung des Senates vom 6.12.1963, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46 SP, fol. 379.

formkommission zu erwirken, konnte sich mit diesem Vorstoß jedoch nicht durchsetzen.²³⁰ So blieb die aktive Mitarbeit an der Reform weitgehend auf einen relativ kleinen Kreis von Personen beschränkt, die fast alle zum engeren Umfeld des Präsidenten zählten.

Angesichts der Komplexität der Materie dauerte es bis zum November 1963, ehe die Kommission dem Senat den Entwurf einer umfassenden Satzungsreform vorlegen konnte. Fünf Ziele standen dabei im Fokus: Erstens sollte die Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder »im Rahmen des Instituts« genauer bestimmt, zweitens eine »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats bewirkt, drittens die »Figur des Präsidenten [...] deutlicher profiliert«, viertens der Verwaltungsrat als operatives Leitungsgremium gestärkt und fünftens die Möglichkeit einer kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten geschaffen werden.²³¹ Ganze Arbeit leistete die Reformkommission, was die Profilierung des Präsidenten betraf. Die Konturierung seiner Befugnisse sollte einerseits für die Person des Präsidenten Klarheit in der Amtsführung schaffen, also dessen Rechte und Pflichten eindeutig festlegen, andererseits aber auch umreißen, »welcher Art die Persönlichkeit sein soll, die künftig als Kandidat für die Wahl zum Präsidenten der MPG in Betracht zu ziehen ist.«²³² Seine Aufgaben blieben nicht auf die Repräsentation der Gesellschaft nach außen beschränkt. Vielmehr erhielt der Präsident nun eine umfassende Eilkompetenz in allen Fragen, die keinen Aufschub duldeten, zudem sollte er die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der MPG entwerfen, was ihm eine Art Richtlinienkompetenz in der wissenschaftlichen Ausrichtung der MPG verschaffte. Die Kombination dieser Befugnisse machte den Präsidenten zum eigentlichen Machtzentrum der MPG.²³³

Gestärkt ging auch der Verwaltungsrat aus der Reform von 1964 hervor, die ihm im Gefüge der satzungsmäßigen Organe der MPG drei wichtige Funktionen zuschrieb: Erstens wirkte er, gemeinsam mit dem Generalsekretär, als Vorstand der MPG im Sinne des Vereinsrechts;²³⁴ zweitens übte er die Aufsicht über die Generalverwaltung aus und war ihr gegenüber weisungsbefugt, wes-

halb der Generalsekretär als solcher dem Verwaltungsrat – im Unterschied zu früher – nicht mehr von Amts wegen angehörte; drittens sollte er den Präsidenten beraten und wichtige Beschlüsse vorbereiten, sofern er diese nicht eigenständig fassen konnte. Die neuen Befugnisse machten aus dem Verwaltungsrat »das maßgebende Exekutiv-Organ der Gesellschaft.«²³⁵ Auch wenn der Senat nach der Satzung von 1964 immer noch das wichtigste Beschlussgremium der MPG blieb, verlor er faktisch zu Lasten des Verwaltungsrats an Gewicht.

Was die Stärkung der Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder betrifft, lief die Präzisierung ihrer Rechte und Pflichten vor allem darauf hinaus, die Position »des Institutsleiters« zu stärken, wobei »Leitung« sich sowohl auf die wissenschaftliche Arbeit als auch auf die Verwaltung des Instituts bezog.²³⁶ Als wesentliche Weichenstellung für die Zukunft sollte sich die Einführung der kollegialen Leitung in den Max-Planck-Instituten erweisen, die in den 1950er-Jahren noch die große Ausnahme gewesen war, in den 1960er-Jahren bei Neugründungen zur Regel wurde und bereits in den frühen 1970er-Jahren in der großen Mehrheit der Institute galt. 1950 waren von den insgesamt 34 Max-Planck-Instituten nur drei in Abteilungen bzw. in Teilinstitute untergliedert gewesen und kollegial geleitet worden, 1960 waren es bereits 21 von 40 Instituten und 1970 dann 40 von 52 Instituten.²³⁷ Hans Dölle erblickte in dieser Neuerung »im Grunde nur die Bestätigung einer schon gelegentlich geübten Praxis.«²³⁸ Mit der Einführung der kollegialen Leitung reagierten Satzungskommission und Senat aber auch auf den allgemeinen Trend in Richtung »Big Science«.

Die »Aktivierung« des Wissenschaftlichen Rats stand als Forderung schon länger im Raum, weil ihn viele seiner Mitglieder für schwerfällig, entscheidungsunfähig und weitgehend ohnmächtig hielten. Sie gelang indes nicht, weil es auch die Reform von 1964 versäumte, diesem Gremium handfeste Befugnisse zu verschaffen und Zuständigkeiten zuzuweisen. Konkrete Vorschläge Konrad Zweigerts stießen bei Butenandt auf Ablehnung und fanden im Senat keine Mehrheit.²³⁹ Die jährliche Berichts-

230 Protokoll der 42. Sitzung des Senates vom 23.5.1962, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 29–30; Max-Planck-Gesellschaft, Hauptversammlung, 1962, 133.

231 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 8–10, Zitat 9. Siehe zum Folgenden Balcar, *Wandel*, 2020, 179–186.

232 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10.

233 Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 26. Siehe unten, Kap. IV.4.2.4.

234 Dies sieht § 26 Abs. 1 BGB vor. Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 53.

235 Ebd., 50.

236 Siehe unten, Kap. IV.4.3.1.

237 Diese Angaben nach Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1971, 1972, 245.

238 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 10.

239 Protokoll der 48. Sitzung des Senates vom 10.6.1964, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 48.SP, fol. 184–185.

pflicht des Präsidenten, die stattdessen in der Satzung verankert wurde,²⁴⁰ war allenfalls ein Trostpflaster.

Zwei Faktoren führten dazu, dass das Thema Satzungsreform bald wieder auf die Agenda der Leitungsgremien der MPG kam: Zum einen blieben die Schockwellen von »68« nicht auf die Universitäten beschränkt, sondern wirkten sich auch auf die MPG aus – davon wird noch ausführlich die Rede sein. Zum anderen war es der Reformkommission bis 1964 nicht gelungen, die anvisierte »Absterbeordnung« für Max-Planck-Institute zu entwickeln.²⁴¹ Das erwies sich gegen Ende der langen 1960er-Jahre als Manko, weil es zu diesem Zeitpunkt für die MPG immer dringender wurde, einmal geschaffene und seither bestehende Forschungseinrichtungen auch wieder schließen zu können. Der forcierte Ausbau von Hochschulen und Universitäten, den Bund und Länder in den 1960er-Jahren ins Werk setzten, zwang die MPG »zu sehr eingehenden wissenschaftspolitischen Überlegungen in bezug auf ihre eigenen Aufgaben«, und aus dem 1967 vorgelegten Bundesbericht Forschung II leitete man die »Notwendigkeit noch stärkerer Konzentration« ab.²⁴² Hinzu kam, dass diejenigen Direktoren, die der zweiten wissenschaftlichen Generation angehörten, gegen Ende der 1960er-Jahre die Emeritierungsgrenze erreichten. Viele waren jedoch nicht bereit, ihren Posten für Jüngere zu räumen, sondern bemühten sich nach Kräften darum, ihre Amtszeit ein ums andere Mal verlängern zu lassen oder zumindest ihren Arbeitsplatz und den damit verbundenen Zugang zu den Ressourcen des Instituts zu behalten. Dies brachte die MPG in eine schwierige Lage, denn solange die ehemaligen Leiter an ihren Instituten verblieben, konnte sie die Forschungseinrichtungen weder schließen noch neues Leitungspersonal rekrutieren. Doch waren der MPG die Hände gebunden, denn ein von ihr in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten stellte unmiss-

verständlich klar, dass die MPG keine rechtliche Handhabe besaß, um einmal bestellte Direktoren abzusetzen und bestehende Institute zu schließen.²⁴³ Eine entsprechende Handhabe zu schaffen, um Institute gegebenenfalls schließen zu können, war daher eines der Ziele der letzten Phase des Reformprozesses.

Diesmal mahlten die Mühlen der Reformkommission, die Butenandt 1968 einsetzte, langsam. Die Kommission tagte nicht nur im Plenum, sondern auch in vier Unterkommissionen.²⁴⁴ Ihre Mitglieder holten bei der Generalverwaltung und bei einzelnen Max-Planck-Instituten umfassende Informationen ein, um auf dieser Grundlage eine Unmenge von Papieren auszuarbeiten, die dann diskutiert, modifiziert und wieder verworfen wurden. Hinzu kamen vielfältige und zeitraubende Konflikte in der Sache, so dass die Präsidentenkommission für Strukturfragen dem Senat erst Anfang März 1970 einen ersten Bericht vorlegte, der auf Personal- und Institutsstrukturen einging. Bei dieser Gelegenheit wurde die Präsidentenkommission in eine Senatskommission umgewandelt und personell erweitert.²⁴⁵ Parallel dazu erhielten die Max-Planck-Institute – also nicht nur die Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder, sondern auch die dort beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen – Gelegenheit zur Stellungnahme, wovon sie reichlich Gebrauch machten.²⁴⁶ Die erweiterte Strukturkommission sah sich daraufhin mit einer Flut von Änderungs- und Ergänzungswünschen konfrontiert, deren Bearbeitung abermals viel Zeit kostete. Ende Juni 1971 rang sich der Wissenschaftliche Rat »im Prinzip« zur Anerkennung der »Grundsätze der MPG« durch, die der eigens zu diesem Zweck eingesetzte Intersektionelle Ausschuss – von dem noch die Rede sein wird – ausgearbeitet hatte. Auf dieser Grundlage erstattete die Senatskommission für Strukturfragen ihren Bericht, den der Senat Mitte März 1972 »im Grundsatz« billigte.²⁴⁷

240 Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 66. Siehe unten, Kap. IV.4.2.5.

241 Mit diesem Begriff bezeichneten Butenandt und andere ein Verfahren, das festlegte, unter welchen Voraussetzungen und auf welchen Wegen Max-Planck-Institute geschlossen werden konnten. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11.11.1960, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 115–116.

242 Protokoll der 22. Ordentliche Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27.6.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 76; Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, *Bundesbericht Forschung II 1967*, 28.7.1967, v.a. 253.

243 Rechtsgutachten von Albrecht Zeuner vom 25.9.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 79.VP, hier v.a. fol. 99; Vermerk von Edmund Marsch zum Rechtsgutachten von Zeuner vom 16.10.1968, ebd., fol. 35.

244 Unterkommissionen waren für Institutsstruktur, für Personalstruktur, für Schlichtungsverfahren und für Fragen der Erfolgskontrolle gebildet worden. Protokoll der 68. Sitzung des Senates vom 10.3.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 68.SP, fol. 253–255; Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 189.

245 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 471; Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11.6.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 27–37; Scholz, *Partizipation*, 2019, 114–115.

246 Auswertung der Stellungnahmen der Wissenschaftlichen Mitglieder und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Institute der MPG zum Bericht über die Institutsstruktur der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 21.5.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 121–139.

247 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 484 u. 489.

Die Diskussionen zogen sich weiter hin, ehe die vom 20. bis 23. März 1972 wiederum in Bremen tagende Hauptversammlung – in einer untypisch stürmischen Sitzung und erst nach erregten Debatten – eine abermalige Satzungsreform beschloss.²⁴⁸

Die Satzungsreform von 1972 markiert den bislang tiefsten Einschnitt in die Verfassung und Verfasstheit der MPG in ihrer Geschichte. Sie umfasste fünf Kernbereiche:²⁴⁹ Erstens die – allerdings stark eingeschränkte – Einführung von Elementen der Mitbestimmung für die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen; immerhin war diese Gruppe von nun an wenigstens im Senat sowie im Wissenschaftlichen Rat und seinen Sektionen vertreten. Zweitens wurde in Gestalt von Berater:innen auf Sektionsebene ein Schlichtungsverfahren ins Leben gerufen, das als Mittel zur Beilegung interner Konflikte dienen sollte, worauf insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen gedrängt hatten. Drittens brachte die Reform die Befristung der Leitungsfunktionen auf Instanzebene und damit einen Schritt zur Reduzierung der Allmacht der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder. Dies ging mit einer Zunahme der Macht zentraler Organe und der Generalverwaltung einher, die nunmehr bereits zu einem früheren Zeitpunkt, also noch vor der Emeritierung eines Direktors, Verfügungsgewalt über Stellen und Mittel erhielten, zumindest in der Theorie. Während dies die Stellung der aktiven Wissenschaftlichen Mitglieder schwächte, erfolgte, viertens, die persönliche Absicherung der scheidenden Direktoren; die Regelung der Rechtsstellung der Emeriti sicherte ihnen auch im schlimmsten Fall – der Nichtverlängerung ihrer Leitungsfunktion – weiterhin Arbeitsplatz und Ausstattung. Fünftens führte die Reform eine institutionalisierte Effizienzkontrolle ein, und zwar in Gestalt von Fachbeiräten und Visiting Committees; diese Kontrollorgane sollten die Arbeit der einzelnen Max-Planck-Institute wie auch ganzer Forschungsrichtungen innerhalb der MPG und ihrer Sektionen kontinuierlich evaluieren. Gerade von dieser letzten Neuerung sollte die MPG noch sehr profitieren, allerdings erst rund 25 Jahre später.

3.5 »68« in der MPG: Der Streit um die Mitbestimmung

Die letzte Phase des seit den späten 1950er-Jahren laufenden inneren Reformprozesses der MPG erhitze die Gemüter weit mehr als zuvor, weil der Reformimpuls noch durch die vor allem von Studierenden getragene Protestbewegung, die auch die Bundesrepublik seit 1967/68 in Atem hielt, verstärkt wurde.²⁵⁰ »68« bewirkte einen Schub für den Reformdiskurs innerhalb der MPG, wirkte auf manche aber auch abschreckend. Die Verbindung zu Außerparlamentarischer Opposition und Studentenbewegung erklärt, warum die letzte Etappe des Reformprozesses von 1968 bis 1972 besonders konfliktreich verlief. Das enorme Wachstum der MPG sorgte automatisch für den »Import« der Studentenbewegung in die Gesellschaft, die ihren wissenschaftlichen Nachwuchs von den Universitäten bezog. Dadurch färbte die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Hochschulen auf die MPG ab und half auch dort, verkrustete Strukturen zumindest teilweise aufzubrechen.²⁵¹ Konkret ging es um das Maß an Mitbestimmung, das den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen sowohl in den einzelnen Instituten als auch in den zentralen Organen der MPG zugestanden werden sollte. Drei Faktoren zeichneten dafür verantwortlich, dass die Mitbestimmungsfrage ab 1968 ins Zentrum des Reformprozesses rückte, und zwar so sehr, dass sie andere Themenkomplexe – unter anderem die »Absterbeordnung« – fast völlig an den Rand drängte: erstens die Forderungen aus den Reihen der Mitarbeiter:innen, zweitens die Politik der seit 1969 amtierenden sozialliberalen Bundesregierung und drittens der 1970 ins Leben gerufene Gesamtbetriebsrat, der mit der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 wesentlich an Bedeutung gewann.²⁵²

Der erste und stärkste Impuls kam aus der Belegschaft der MPG, die im Kontext von Studentenbewegung und Universitätsreformen ebenfalls mehr Mitspracherechte einforderte. Artikuliert wurden diese Forderungen nicht nur von den Vertretern der Mitarbeiter:innen in der Strukturkommission, sondern auch vom Verband der

248 Ebd., 491–492. Eine Schilderung des Verlaufs des »Aufstand[s] der Forscher« in der MPG und seines Ausgangs bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 184–197.

249 Die im Folgenden genannten Eckpunkte der Reform bezeichnete Butenandt gegenüber dem Verwaltungsrat als »die wesentlichen Punkte«. Protokoll der 93. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13./14.3.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 93.VP, fol. 209. Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 491–492.

250 Einen guten Überblick bietet Frei, *Jugendrevolte*, 2018.

251 Protokoll der 22. Ordentlichen Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27.6.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 90–91. Die MPG stellte keinen Sonderfall dar, vielmehr müssen die Debatten innerhalb der MPG als Teil eines größeren Diskurses um Mitbestimmung gesehen werden, der in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren die gesamte Bundesrepublik erfasste und von hier aus auf alle Forschungseinrichtungen übergriff. Siehe ausführlich Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 11 u. 157–197.

252 Siehe zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, die ausführliche Analyse bei Balcar, *Wandel*, 2020, 192–235.

Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF), dessen Mitglieder zu einem beträchtlichen Teil aus der MPG kamen.²⁵³ Noch aktiver waren die Delegiertenversammlungen des wissenschaftlichen Personals der MPG, die sich ab den späten 1960er-Jahren als regionale Graswurzelbewegungen mehr oder weniger zeitgleich an verschiedenen Standorten herausbildeten und überregional zu einer »Mitarbeiterkonferenz« zusammenschlossen.²⁵⁴ Beide Sprachrohre der Mitarbeiter:innen diskreditierten sich jedoch durch überzogene Forderungen: Der VWF reagierte auf eine gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten von DFG, MPG und WRK, die sich in scharfer Form gegen eine Politisierung der Universitäten im Kontext der angelaufenen Reformen gewandt hatten,²⁵⁵ mit einer Rücktrittsforderung an die Adresse Butenandts.²⁵⁶ Ab diesem Moment rangierte der VWF »vorwiegend auf einem wissenschaftspolitischen Abstellgleis« und spielte in der Reformdiskussion innerhalb der MPG keine Rolle mehr.²⁵⁷ Die Mitarbeiterkonferenz der MPG, die im Juni 1971 in Bad Arnoldshain tagte, manövrierte sich mit den dort formulierten Thesen ins Abseits, in denen der wissenschaftliche Nachwuchs in ungewöhnlich heftiger Form mit den verkrusteten Strukturen in der MPG ins Gericht ging. Unter anderem forderte er »eine Änderung der Zusammensetzung der Organe«, »so daß die Mitwirkung aller in der Max-Planck-Gesellschaft Tätigen und die angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit garantiert werden.«²⁵⁸ Sowohl die Rücktrittsforderung des VWF als auch die »Arnoldshainer Thesen« bewirkten unter denjenigen Wissenschaftlichen Mitgliedern, die den Forderungen der Assistent:innen grundsätzlich aufgeschlossen

gegenüberstanden, einen Solidarisierungseffekt mit der unter Beschuss geratenen MPG-Spitze.²⁵⁹ In der Reaktion auf die »Arnoldshainer Thesen« wurde zudem klar, dass nur eine Minderheit der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen hinter der Forderung nach einem radikalen Umbruch der Strukturen der MPG stand.²⁶⁰

Der zweite Impuls, der die Mitbestimmungsfrage in der MPG auf die Tagesordnung brachte, ging von der neuen Bundesregierung aus, die ab dem Herbst 1969 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik nicht unter der Führung von CDU/CSU stand. Das Kabinett von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) hatte sich umfangreiche Reformen auf die Fahnen geschrieben, wobei der Wissenschafts- und Bildungspolitik eine Schlüsselrolle bei der weiteren Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft zukommen sollte. Brandt ging es dabei auch um die »Überwindung überalterter hierarchischer Formen« im Wissenschaftsbetrieb, wie er in seiner berühmten Regierungserklärung vom Herbst 1969 ausführte.²⁶¹ Butenandt verstand dies als Kampfansage an die Adresse der MPG und verteidigte die herausgehobene Stellung ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder mit dem »Prinzip der vollen Verantwortlichkeit unserer Institutsdirektoren«, an dem die MPG auch künftig festhalten müsse.²⁶² Angesichts des erklärten Willens ihres wichtigsten Geldgebers, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, konnte die MPG jedoch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Der dritte Impuls in Richtung Mitbestimmung ging vom Gesamtbetriebsrat der MPG aus, der sich im Herbst 1970 auf Betreiben von Betriebsräten aus einzelnen Max-Planck-Instituten konstituierte.²⁶³ Der Gesamtbetriebsrat

253 Zum VWF siehe Deich, *Redistribution of Authority*, 1979, 425–426; Scholz, *Partizipation*, 2019, 107–114. Der VWF stellte das Pendant zur Bundesassistentenkonferenz dar, die in erster Linie die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Universitäten und Hochschulen vertrat. Huber, *Entwicklung und Wirkung*, 1986.

254 Zu den Delegiertenversammlungen siehe Scholz, *Partizipation*, 2019, 125–131; Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 187–188.

255 Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und des Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik« vom 3.5.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 339–340.

256 Presseerklärung des VWF zur Presseerklärung der Präsidenten der DFG, der MPG und der WRK zum Thema »Gefahr für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik«, undatiert (Mai 1969), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 342; Protokoll der 64. Sitzung des Senates vom 25.11.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 15–16; Erklärung des VWF: Jahresversammlung des VWF am 13./14.6.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 344. Siehe dazu auch Scholz, *Partizipation*, 2019, 111–113.

257 Ebd., 114. Ähnlich auch Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 164.

258 Zu den »Arnoldshainer Thesen« siehe Scholz, *Partizipation*, 2019, 130–133; Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 191. Die »Arnoldshainer Thesen« sind abgedruckt bei Scholz, *Partizipation*, 2019, 172–174, Zitat 172. Siehe auch »Der Rest kommt aus der Industrie«. Claus Grossner über die Verflechtung von Forschung und Wirtschaft, in: Grossner, *Rest*, 1971, 112.

259 Protokoll der 69. Sitzung des Senates vom 24.6.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 7–28. Siehe auch Scholz, *Partizipation*, 2019, 134–135.

260 Den »Eindruck, daß die Gemäßigten in der Mehrzahl waren«, hatte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats bereits in Arnoldshain gewonnen. Otto Westphal an Edmund Marsch vom 5.6.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 480, fol. 192. Abgedruckt bei ebd., 136. Dieser Umstand erklärt wohl auch, warum der heftige Protest in den Max-Planck-Instituten nach 1972 rasch wieder abflaute.

261 Zitiert nach Süß, *Brandts Regierungserklärung*, 2011.

262 Protokoll der 64. Sitzung des Senates vom 25.11.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 64.SP, fol. 12.

263 Ausführlich Scholz, *Partizipation*, 2019, 85–93.

um seinen Vorsitzenden Günter Hettenhausen vom MPI für Strömungsforschung machte sich schon qua Amt für mehr Mitbestimmung stark, was noch durch die engen Beziehungen zu den Gewerkschaften verstärkt wurde, die in den frühen 1970er-Jahren Universitäten und Forschungseinrichtungen als neue Einflussbereiche für sich erschlossen.²⁶⁴ Dies trübte allerdings das Verhältnis zwischen Gesamtbetriebsrat und MPG-Spitze, da Letztere das Auftreten von Gewerkschaften in einzelnen Max-Planck-Instituten und in der Gesamtgesellschaft als Einmischung von außen empfunden zu haben scheint.²⁶⁵ Wiederholt äußerten führende Köpfe der MPG die Befürchtung, dass »Funktionäre« in die MPG-Gremien Einzug halten könnten,²⁶⁶ weshalb sie sich dagegen sträubten, Wahlen für eine Vertretung des wissenschaftlichen Personals in den Instituten abhalten zu lassen. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972, die die Stellung und die Mitspracherechte der Betriebsräte stärkte,²⁶⁷ gewann der Gesamtbetriebsrat zusätzlich an Gewicht. Die Generalverwaltung der MPG machte jedoch umgehend klar, dass sie von der auch in der Gesetzesnovelle enthaltenen Tendenzbetriebsklausel, die die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte unter anderem bei politischen Organisationen, Verlagen und Forschungseinrichtungen wesentlich einschränkte,²⁶⁸ umfassend Gebrauch zu machen gedachte – eine Haltung, in der sie die Wirtschaftsvertreter im Verwaltungsrat bestärkte.²⁶⁹

Die MPG-Spitze sah sich in der Mitbestimmungsdebatte vom Zeitgeist, von den eigenen Beschäftigten, von der Bundesregierung und vom Gesamtbetriebsrat gleichzeitig in die Defensive gedrängt. Sie betonte da-

gegen fachliche Qualifikation und individuelle Leistung als Kriterien wissenschaftlicher Qualität und trat letztlich dafür ein, an den bestehenden Macht- und Einflussstrukturen möglichst wenig zu ändern. Zwar gab es auch in der MPG Männer wie etwa den Hamburger Juristen Konrad Zweigert, die mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter:innen begrüßten und die im Zuge der Reformdiskussionen mit elaborierten Vorschlägen aufwarteten, wie dies im Rahmen einer umfassenden Strukturreform der MPG verwirklicht werden könnte.²⁷⁰ Die große Mehrheit der Wissenschaftlichen Mitglieder wollte davon jedoch nichts wissen, zumal sie ähnlich chaotische Verhältnisse wie an den Universitäten befürchtete.²⁷¹

Angesichts dieser Herausforderung rief der Wissenschaftliche Rat samt seinen Sektionen ein Gremium ins Leben, das den Einfluss der Wissenschaftlichen Mitglieder auf Entscheidungen der MPG spürbar vergrößerte: den Intersektionellen Ausschuss (ISA), der aus drei gewählten Mitgliedern pro Sektion bestand.²⁷² Die wichtigste Aufgabe dieses »Neunerausschusses« bestand zunächst darin, den Rahmen für die anstehende Satzungsänderung abzustecken. Die »Grundsätze der MPG«, die der Intersektionelle Ausschuss Anfang Mai 1971 vorlegte, zogen die Grenzen, innerhalb derer eine Strukturreform der MPG möglich war, denkbar eng: Von einer »Mitbestimmung« konnte keine Rede sein, allenfalls eine »Mitberatung« sollte den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen zugestanden werden.²⁷³ An dieser Maxime hielt die Führungsriege der MPG eisern fest, obwohl die eigene Belegschaft wie auch die Bundesregierung – in Gestalt der Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft,

264 Freyberg, »Wissenschaft und Demokratie«, 1973.

265 Z. B. das Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 2.3.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 107 verso.

266 Drehbuch der 92. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 9.

267 Testorf, *Ein heißes Eisen*, 2017, 275–278.

268 Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 18. Der »Tendenzparagraf« des Betriebsverfassungsgesetzes in der Fassung von 1972 ist abgedruckt in: ebd., 26–27.

269 Rundschreiben von Generalsekretär Schneider Nr. 7/1972 an die Direktoren und Leiter der Max-Planck-Institute vom 24.2.1972 betr. Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 41–43; Anlage zum Rundschreiben Nr. 7/1972: Erste Bemerkungen zur Anwendung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes vom 15.1.1972 in der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 435; Horst K. Jannott an Adolf Butenandt vom 24.2.1972 betr. Betriebsverfassungsgesetz, ebd., fol. 43; Telex Carl Wurster an Adolf Butenandt vom 25.2.1972 betr. Betriebsverfassungsgesetz, ebd., fol. 44.

270 Konrad Zweigert: Organisationsreform der MPG vom 25.4.1970, in Anlage zu: Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13.5.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 101–106.

271 Z. B. Protokoll der 62. Sitzung des Senates vom 7.3.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 10; Protokoll der 63. Sitzung des Senates vom 12.6.1969, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP, fol. 14; Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11.6.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 34.

272 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 471; Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23.11.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 30. Siehe unten, Kap. IV.4.2.5.

273 Grundsätze der MPG (Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wissenschaftlichen Rat) vom 5.5.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 25. Abgedruckt bei Röbbcke, *Mitbestimmung*, 1997, 190.

Hildegard Hamm-Brücher (FDP) – nachdrücklich »mehr Demokratie« in der MPG einforderte.²⁷⁴ Rückendeckung erhielt die MPG-Spitze dabei insbesondere von der bayrischen CSU, die auch diesen Konflikt nutzte, um sich als konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition zu profilieren.²⁷⁵ Diese Episode zeigt einmal mehr, dass die MPG ihre bemerkenswerte Autonomie ganz wesentlich den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Bund und in den Ländern verdankte, die der Mehrebenendemokratie der Bundesrepublik strukturell innewohnten. Das betraf nicht nur die Forschungspolitik, sondern auch Fragen ihrer inneren Struktur.

Zwar konnte die MPG-Spitze auf diese Weise eine Einflussnahme der Bundesregierung abwehren, doch gab sie in der Öffentlichkeit ein wenig vorteilhaftes Bild ab. In der letzten Reformphase von 1968 bis 1972 hatte die MPG eine durchwegs schlechte Presse, was freilich auch daran lag, dass sie damals noch keine professionelle PR-Arbeit betrieb. Erst 1971 richtete die MPG ein eigenes Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung ein, dessen Leitung der erfahrene Wissenschaftsjournalist Robert Gerwin übernahm.²⁷⁶ An den überkommenen Lenkungs- und Leitungsstrukturen in der MPG änderte das nichts, und genau die wurden in den späten 1960er-Jahren öffentlich kritisiert. Zum Skandalon geriet vor allem die Zusammensetzung von Senat und Verwaltungsrat, in denen Wirtschaft, Industrie und Hochfinanz sehr prominent, die Regierungen von Bund und Ländern dagegen nur marginal, ganz überwiegend von Amts wegen, oder gar nicht vertreten waren – und dies, obwohl die öffentliche Hand den Großteil der finanziellen Mittel für die MPG aufbrachte und nicht die Wirtschaft. Lange Zeit war dies nicht anstößig erschienen. Doch ab Mitte der 1960er-Jahre, in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, als sich marxistisch motivierte Kapitalismuskritik nicht nur in linksextremen Zirkeln verbreitete, geriet die MPG aufgrund des Übergewichts

der Wirtschaftsvertreter in ihren Leitungsgremien unter massiven Beschuss.²⁷⁷ Zwar lässt sich dieses Ungleichgewicht in den Leitungsgremien der MPG ebenso wenig leugnen wie der Honorationencharakter der MPG-Senatoren, doch erscheinen die Vorwürfe der Kritiker überzogen: Ein willenloses Werkzeug oder erweitertes Labor der Industrie war die MPG zu keinem Zeitpunkt. Vielmehr profitierte sie vom persönlichen Renommee und der damit verbundenen Durchsetzungsfähigkeit ihrer Senatoren. Dies war nicht verwunderlich, da die MPG-Spitze die Wirtschaftsvertreter bewusst auswählte, um ihre wissenschaftspolitische Durchschlagskraft zu erhöhen, wie das Beispiel des Schatzmeisters Klaus Dohrn illustriert. Männer wie er, dessen Wort in Bonn und bei den Landesregierungen Gewicht hatte, sicherten der MPG hinter den Kulissen der »Deutschland AG« viel Einfluss.²⁷⁸

In der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung nutzte dies allerdings wenig. Die Strukturkommission, die im Frühsommer 1970 von einer Präsidenten- in eine Senatskommission umgewandelt und dabei personell erweitert worden war, suchte fieberhaft nach einem für alle Seiten tragbaren Kompromiss. Der Kommissionsbericht sah schließlich vor, die »Mitberatung« an den Instituten über deren Satzungen zu institutionalisieren; darüber hinaus sollten Vertreter des wissenschaftlichen Personals in die drei Sektionen und in den Senat aufgenommen werden.²⁷⁹ Einen Modus für die Bestimmung dieser Vertreter zu finden – zwischen demokratischer Wahl und patriarchalischer Auswahl – erwies sich auch deswegen als überaus schwierig, weil die Führungsriege der MPG die Wahl von »Funktionären« in die Leitungsgremien unbedingt verhindern wollte.²⁸⁰ Nach langem Hin und Her stimmte im Frühjahr 1972 auch der Wissenschaftliche Rat dem Vorschlag der Kommission zu, allerdings erst, nachdem die Vorlage entschärft worden war: Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen im Senat sollten in Berufungsangelegenheiten nicht stimmberech-

274 Protokoll der 69. Sitzung des Senates vom 24.6.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 13–14. Eine auf dem zweiten Delegiertentag am 11. und 12. Mai 1972 in Göttingen verabschiedete Resolution bezeichnete den Zwischenbericht der Strukturkommission als »Pseudoreform«. Protokoll der 94. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 83.

275 Protokoll der 69. Sitzung des Senates vom 24.6.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 15. Zu den Auseinandersetzungen zwischen CSU und sozialliberaler Koalition siehe Mintzel, *Geschichte der CSU*, 1977, 397–406.

276 Protokoll der 89. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 9.3.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 89.VP, fol. 215. Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 484–485; Leendertz, *Medialisierung*, 2014, 556–557.

277 Siehe beispielsweise Hochamt, *Der Spiegel*, 28.6.1971, 110–114.

278 Ahrens, Gehlen und Reckendrees, *Die »Deutschland AG«*, 2013. Zur Zusammensetzung der Leitungsgremien der MPG siehe ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 200–206. Siehe unten, Kap. IV.4.2.1 und Kap. IV.4.2.2.

279 Vermerk Dietmar Nickel: Zwischenbericht der Präsidentenkommission für Strukturfragen vom 17.5.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 90.VP, fol. 7–24.

280 Drehbuch der 92. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.11.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 92.VP, fol. 9. Siehe auch Protokoll der 70. Sitzung des Senates vom 19.11.1971, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 70.SP, fol. 7–22.

tig sein.²⁸¹ Eine Minderheit unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern, die in der Abstimmung unterlegen war, agitierte jedoch weiter gegen diesen Kompromiss, denn ihnen gingen selbst diese stark eingeschränkten Mitberatungsrechte ihrer Assistent:innen noch zu weit.²⁸²

Da für die Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, erschien der Ausgang der Bremer Hauptversammlung im Juni 1972 lange ungewiss. Erst ein flammender Appell des ehemaligen Bundeswissenschaftsministers Gerhard Stoltenberg, der vehement für die Annahme des vorgelegten Satzungsentwurfs plädierte, sorgte schließlich dafür, dass die Vorlage mit knapper Mehrheit durchkam.²⁸³ Aus der Sicht der Delegiertenversammlungen und des Gesamtbetriebsrats, die sich wesentlich mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhofft hatten, war das Ergebnis eine herbe Enttäuschung. Und auch der alte wie der neue Präsident bedauerten, dass die Rechte der Belegschaftsvertreter im Senat auf Druck des wissenschaftlichen Rats weiter eingeschränkt worden waren.²⁸⁴ So setzten sich die halsstarrigen Institutsleiter schließlich nicht nur gegen den aufmüpfigen wissenschaftlichen Nachwuchs durch, sondern auch gegen die MPG-Spitze.

Ganz ähnlich erging es den Bemühungen, die Leitungsfunktion der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder zu begrenzen, um die Schließung von Abteilungen und ganzen Instituten zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.²⁸⁵ Die MPG-Zentrale sollte frühzeitig – das heißt vor der Emeritierung eines Wissenschaftlichen Mitglieds – Zugriff auf die in den Max-Planck-Instituten investierten Finanzmittel erhalten.²⁸⁶ Die MPG reagierte damit auf ein Rechtsgutachten von 1968 und wollte auf diese Weise ihre Flexibilität in der Forschungspolitik ver-

größern. Ursprünglich hatte dieser Aspekt am Anfang der dritten Phase des Reformprozesses gestanden, doch wurde er in der Folgezeit weitgehend von den Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in den Hintergrund gedrängt. In der Reformkommission gab es über diesen Punkt keine Konflikte, weil Wissenschaftliche Mitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter:innen hier an einem Strang zogen: Während Erstere die Befristung der Leitungsfunktion als Möglichkeit begrüßten, Fehlentscheidungen bei Berufungen im Nachhinein korrigieren zu können,²⁸⁷ werteten Letztere diese Regelung als »Korrektiv bei Entscheidungsmissbrauch«.²⁸⁸ Kein Wunder, dass gerade diejenigen Wissenschaftlichen Mitglieder, denen bereits moderate Formen der Mitwirkung von Mitarbeiter:innen zu weit gingen – und die vor allem aus der Biologisch-Medizinischen Sektion kamen –, auch gegen die Befristung ihrer Leitungsfunktionen Sturm liefen.²⁸⁹ Zwar konnten sie die Verabschiedung einer grundsätzlichen Befristungsbestimmung in der Bremer Hauptversammlung nicht verhindern,²⁹⁰ doch stand und fielen deren Wirksamkeit mit den konkreten Verfahrensregeln, die erst noch ausgearbeitet werden mussten.

Zu diesem Zweck wurde abermals eine Kommission eingesetzt, die sich ohne lange Debatten darauf verständigte, eine von nun an alle sieben Jahre anstehende Verlängerung der Leitungsfunktionen zur Regel zu machen, von der nur in Ausnahmefällen abgewichen werden sollte.²⁹¹ Als Instrument der Forschungsplanung fiel die Befristungsregelung damit praktisch aus, was im Verwaltungsrat auf harsche Kritik stieß, weil dadurch der eigentliche Sinn der Neuregelung ausgehebelt wurde,²⁹² die Flexibilität der MPG in ihrer Forschungspolitik zu

281 Drehbuch für die 94. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 16–22. Siehe auch Protokoll der 72. Sitzung des Senates vom 21.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 19–30.

282 Drehbuch der 94. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 17. Protokoll der 72. Sitzung des Senates vom 21.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 19–30.

283 Gerwin, Im Windschatten der 68er, 1996, 220.

284 Protokoll der 72. Sitzung des Senates vom 21.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 26.

285 Siehe zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Balcar, *Wandel*, 2020, 236–243.

286 Dies betonte kein Geringerer als Expräsident Adolf Butenandt, als der Senat im März 1975 über die Schließung des MPI für Landarbeit und Landtechnik debattierte. Protokoll der 80. Sitzung des Senates vom 7.3.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP, fol. 121.

287 In ungewohnter Schärfe sprach dies Helmut Coing aus. Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15.3.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 28–29. Butenandt formulierte es in der Sache ähnlich, aber doch erheblich konzilianter. Butenandt, Auszug der Ansprache, 1972, 277.

288 Einführung zum Vorschlag zur Änderung der Satzung der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 297.

289 Protokoll der 72. Sitzung des Senates vom 21.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 22.

290 Max-Planck-Gesellschaft, Änderung der Satzung, 1972, 248.

291 Vermerk Dr. Ni/Pa: Ergebnisse der ersten Sitzung der Präsidentenkommission »Verfahren für die Befristung von Leitungsfunktionen«, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 244.

292 Protokoll der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22.11.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 211–214. Siehe dazu den Entwurf der Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen (§ 28 Abs. 4 der Satzung der MPG) vom 10.10.1973, ebd., fol. 114–117.

verbessern. Indes war allen Beteiligten klar, dass eine schärfere Regelung im Wissenschaftlichen Rat auf kaum zu überwindenden Widerstand stoßen würde,²⁹³ und so billigte man eine weitere Verwässerung der Beschränkung.²⁹⁴ Dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen damit ein weiteres Mal vor den Kopf gestoßen wurden,²⁹⁵ nahm man in Kauf. Die Selbstbezogenheit der Wissenschaftlichen Mitglieder hatte sich schließlich gegen die kompromissorientierten Ziele der MPG-Spitze durchgesetzt, die dann aber in Vorwegnahme der zu erwartenden Widerstände eine Verfahrensordnung auf den Weg brachte, die der ursprünglichen Intention dieser Reformmaßnahme zuwiderlief. Die allseits als notwendig erkannte Flexibilisierung ging auf diese Weise einseitig zu Lasten des wissenschaftlichen Personals, das sich seit den 1970er-Jahren vermehrt mit Zeitverträgen anstelle von Festanstellungen konfrontiert sah.²⁹⁶ Dies zeigt, dass die Entscheidungs- und Leitungsstrukturen – kurz: die Governance – der MPG allzu tiefe Einschnitte in die Struktur der Gesellschaft verhinderte, und zwar vor allem dann, wenn es die Stellung der nach dem Harnack-Prinzip skrupulös rekrutierten Wissenschaftlichen Mitglieder betraf. Dadurch wurden die stark ausgeprägten hierarchischen Strukturen, die bereits die KWG gekennzeichnet hatten, zementiert. Dies bestimmt bis heute die Wahrnehmung der MPG von außen.²⁹⁷

Während die Reformen der 1960er- und 1970er-Jahre die Herrschaft der Ordinarien an den Universitäten beendeten oder zumindest stark einschränkten, blieben strikte Hierarchien das strukturelle Merkmal der MPG. Offensichtlich fehlten hier die Student:innen, die mit vielfältigen Protestformen die Reformen an den Hochschulen erzwangen. Zudem profitierten auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in der MPG von den in der Regel hervorragenden Arbeitsbedingungen an den Max-Planck-Instituten, die ihnen eine gute Ausgangsposition für die eigene wissenschaftliche Karriere verschafften; das dürfte ihre geringere Neigung zu Protesten mit erklären. Die unterschiedliche Entwicklung hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass »68« (auch) ein Generationenkonflikt gewesen ist. In der MPG aber blieb ein Konflikt zwischen der zweiten wissenschaftlichen Generation, die Ende der langen 1960er-Jahre von der Bühne abzutreten begann,

und der dritten Generation, die ihre Nachfolge antrat, weitgehend aus. Deswegen traf der rebellische wissenschaftliche Nachwuchs auf eine relativ geschlossene Front der Wissenschaftlichen Mitglieder. Diese mochten unterschiedliche Meinungen darüber haben, wie die MPG auf die Mitbestimmungsforderung reagieren sollte, doch ließen sie sich in der emotionalisierten Debatte nicht auseinanderdividieren. Gestützt auf diesen Konsens konnte die MPG-Spitze ihre Ablehnung der Forderungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen wie auch des Gesamtbetriebsrats durchhalten, obwohl diese ganz auf der politischen Linie der sozialliberalen Bundesregierung lagen.

Wie man die Ergebnisse der Reformbemühungen bewertet, hängt davon ab, welchen Maßstab man anlegt. Gemessen an den Forderungen aus dem Kreis des wissenschaftlichen Personals, der Betriebsräte und des Gesamtbetriebsrats war die Reform kaum der Rede wert, denn faktisch änderte sich nichts an der Herrschaft der Direktoren. Nach wie vor besaßen die Belegschaften kaum nennenswerte Mitspracherechte, und zwar sowohl in den Instituten als auch in der MPG als Gesamtorganisation. Vergleicht man indes die Stellung der Wissenschaftlichen Mitglieder am Ende des Reformprozesses mit derjenigen, die sie in der KWG und in der frühen MPG besessen hatten, wird die mit der Reform von 1972 erreichte Zäsur augenfällig. Abgesehen von den politisch motivierten Eingriffen nach 1933 und nach 1945, die die absolute Ausnahme darstellten,²⁹⁸ hatten KWI-Direktoren ihren Posten im Grunde erst mit ihrem Ableben verlassen. Die MPG-Spitze hatte keinerlei Handhabe besessen, um in ihre Institutsführung einzugreifen, solange die Direktoren dabei nicht allzu eklatant gegen geltendes Recht und Gesetz verstießen. Die ab 1972 eingestellten Wissenschaftlichen Mitglieder mussten sich dagegen alle sieben Jahre eine mehr oder weniger gründliche Überprüfung ihrer Tätigkeit gefallen lassen, von der die Verlängerung ihrer Leitungsfunktion abhing. Auch wenn diese Überprüfung sich in der Regel als Formsache erwies, können sich die Wissenschaftlichen Mitglieder seither nicht sicher sein, dass dies auch in ihrem speziellen Fall so gehandhabt wird.

293 Protokoll der 98. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 22.11.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 98.VP, fol. 212–213.

294 Vermerk Dietmar Nickel: Verfahrensordnung zur Übertragung von Leitungsfunktionen vom 29.1.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 99.VP, fol. 14–16; Protokoll der 99. Sitzung des Verwaltungsrates vom 1.2.1974, ebd., fol. 16.

295 Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen im Senat verbargen ihre Enttäuschung über die in ihren Augen unzureichende Regelung nicht. Protokoll der 78. Sitzung des Senates vom 20.6.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 78.SP, fol. 23.

296 Siehe unten, Kap. II.4.5.

297 Ein extremes Beispiel bei Peacock, *We, the Max Planck Society*, 2014. Siehe unten, Kap. IV.4.

298 Ash, *Ressourcenaustausche*, 2015.

3.6 Fazit

Zwischen 1955 und 1972 erlebte die MPG eine Phase extremen Wachstums wie niemals zuvor und danach. Ihr Haushalt, bilanzierte die Unternehmensberatung McKinsey 1975, vergrößerte sich in dieser Zeit »nominal um ein Mehrfaches schneller [...] als das Bruttosozialprodukt, schneller als die F&E-Ausgaben der Industrie und teilweise auch schneller als die bekanntermassen überdurchschnittlich angewachsenen Bereiche staatlicher Forschungs- und Entwicklungsförderung«. Am Ende dieser Entwicklung konnte sich der Etat der MPG »mit dem Forschungsbudget der grössten Chemieunternehmen messen«, er überstieg »die F&E-Budgets von Grossforschungseinrichtungen teilweise um ein Mehrfaches«. ²⁹⁹ Ursächlich dafür war die großzügige Finanzierung primär aus öffentlichen Mitteln: In den Jahren des westdeutschen »Wirtschaftswunders« steckten Bund und Länder viel Geld in die MPG und andere Forschungseinrichtungen, weil sie Wissenschaft nicht nur als Garanten zukünftigen wirtschaftlichen Wohlstands und internationalen Ansehens schätzten, sondern auch als ein wichtiges Element von Modernisierung bejahten, durch die sich der noch junge westdeutsche Staat zunehmend definierte und festigte.

Dieses Wachstum bedeutete für die MPG einerseits eine große Chance: Neue Institute, darunter auch neue Institutstypen, konnten gegründet und neue Forschungsfelder erschlossen werden, während alte, aus der KWG übernommene Arbeitsfelder marginalisiert oder abgewickelt wurden. Dieser Prozess selektiver Umgestaltung stand unter dem Leitstern der »Grundlagenforschung«, die in dieser Phase zum zentralen Moment des Selbstverständnisses und der Selbstdarstellung, ja zum Markenzeichen der MPG (auch im Unterschied zur KWG) wurde – wie auch zu ihrem Alleinstellungsmerkmal unter den Institutionen der außeruniversitären Forschung. Das strich die MPG gegenüber ihren Geldgebern heraus, um die hohen staatlichen Zuschüsse zu rechtfertigen – was sie nicht daran hinderte, in nicht wenigen Einzelfällen anwendungsnahe Forschung zu betreiben. Ein anderes Kennzeichen des Wandels bestand in deutlich größer werdenden Instituten: 1950 zählte ein Max-Planck-Institut im Durchschnitt 34 Mitarbeiter:innen, 1960 waren es 44 und 1970 bereits 86. ³⁰⁰ Trotz dieser Hochskalierung blieben kleinere und mittlere Institute für die MPG auch weiterhin charakteristisch; einzig das 1960 gegründete IPP stieg in den Rang einer Großforschungseinrichtung

auf, was auch durch einen anderen Finanzierungsschlüssel zum Ausdruck kam.

Die MPG verschob ihren regionalen Schwerpunkt nach Süden und gewann in dieser Zeit international rasch wieder an Ansehen. Zwischen 1954 und 1973 wurden fünf ihrer Wissenschaftler mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Die Wissenschaft avancierte indes – neben der Wirtschaft – zu einer Triebkraft des europäischen Integrationsprozesses und mit ihr auch Forscher:innen aus der MPG, die sich in zunehmendem Maße an europäischen Verbundprojekten beteiligten. Gleichzeitig wirkte die MPG in dieser Phase immer stärker in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik hinein, und zwar auf verschiedenen Kanälen: durch die Vermehrung ihrer rechtswissenschaftlichen Institute, zu deren Kernaufgaben – neben der Schaffung einer Grundlage für die Vereinheitlichung der Rechtssysteme in Europa – die kontinuierliche Politikberatung zählte; durch die Gründung neuartiger sozialwissenschaftlicher Institute, die das Reformklima der 1960er- und 1970er-Jahre mitinspirierten (und die zugleich in diesem Klima gediehen) und wissenschaftliches Denken in Gesellschaft und Politik des Landes aufzuwerten versuchten; aber auch durch viel beachtete zivilgesellschaftliche Initiativen, an denen prominente Wissenschaftler beteiligt waren, die man mit der MPG identifizierte, so etwa die »Göttinger Erklärung« von 1957 gegen die Atombewaffnung der eben erst gegründeten Bundeswehr. Ein (neues) Gesicht erhielt diese spektakuläre Expansions-, Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte durch den Wechsel im Präsidentenamt, als 1960 der dynamische Biochemiker Adolf Butenandt auf den bedächtigen Chemiker Otto Hahn folgte, um bis 1972 zum wohl einflussreichsten, aber zugleich auch umstrittensten Präsidenten der MPG zu werden.

Das rasche Wachstum war aber nicht nur Chance, sondern auch Herausforderung. Auf die zunehmenden Fliehkräfte reagierte die Forschungsgesellschaft mit der Reform ihrer Governance, die in mehreren Stufen erfolgte. So führte die reformierte Satzung von 1964, in partieller Abkehr vom monokratischen Harnack-Prinzip, die Möglichkeit der kollegialen Leitung von Max-Planck-Instituten ein, die bereits im Lauf der nächsten Dekade zur Regel wurde. Überdies stärkte die Satzungsreform von 1964 die Rolle von Präsident und Verwaltungsrat, bewirkte also eine gewisse Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen. Einer weiteren Satzungsreform, die 1972 beschlossen wurde, waren jahrelange kontroverse Diskussionen vorausgegangen. Im Zentrum stand die

²⁹⁹ Ausrichtung der Verwaltungsorganisation auf die Zukunft. Ergebnisse einer Kurzuntersuchung vom November 1975, DA GMPG, BC 105630, fol. 1–176, Zitate fol. 113.

³⁰⁰ Berechnungen von Juliane Scholz nach den Haushaltsplänen der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 60. Siehe unten, Kap. IV.5.

Forderung nach Mitbestimmung, die die Mitarbeiter:innen, aber auch der neu geschaffene Gesamtbetriebsrat erhoben und die sich mit einem zentralen Anliegen der seit 1969 amtierenden sozialliberalen Bundesregierung deckte. Allerdings konnten sich die reformorientierten Kräfte innerhalb der MPG nicht gegen die konservativen Hardliner durchsetzen, sodass die Satzung von 1972 – anders als an den Universitäten, an denen seinerzeit bisweilen sogar eine Drittelparität eingeführt wurde – nur eine Mitberatung durch die Belegschaft vorsah. Die Satzungsreform von 1972 reagierte aber auch auf die Organisationsbedürfnisse einer stark erweiterten Institution, indem sie das Gewicht der überdurchschnittlich gewachsenen Generalverwaltung stärkte, die Leitungsfunktionen auf Institutsebene formal befristete und in den Instituten Fachbeiräte einsetzte, die beratend, aber auch – durch regelmäßige Berichterstattung an die Zentrale – kontrollierend wirken sollten. Überhaupt nahm die Regelungsdichte zu, die MPG wurde bürokratischer. Im Grunde entstand in den langen 1960er-Jahren eine neue Gesellschaft, die sich nun klar von ihrer Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, unterschied, die in den ersten Jahren nach 1948 institutionell, personell und in Bezug auf ihre wissenschaftliche Substanz praktisch in der MPG fortgesetzt worden war. So gesehen waren die Jahre zwischen 1955 und 1972 nicht nur eine Phase rasanten Wachstums, sondern auch eine Phase tiefgreifenden Wandels, in der die MPG als die integrierte Wissenschaftsgesellschaft entstand, als die wir sie heute kennen.

In eigenartigem Kontrast zur Dynamik von Wachstum und institutionellem Wandel standen die sozialen Strukturen der MPG, die sich aufs Ganze gesehen in den langen 1960er-Jahren nur wenig veränderten. Zwar nahm der Anteil des nichtwissenschaftlichen Personals in der MPG insgesamt sowie an den Belegschaften der Max-Planck-Institute zu; auch erfuhren die institutionalisierten Arbeitnehmerrechte durch die (Wieder-)Gründung

eines Gesamtbetriebsrats 1970 und die Einführung von Mitberatungsrechten im Senat, in den Sektionen des Wissenschaftlichen Rats und in den Max-Planck-Instituten 1972 eine Stärkung – doch gaben die Wissenschaftlichen Mitglieder auf allen Ebenen der MPG weiterhin den Ton an. Diese Gruppe, deren Mitgliederzahl sich von 100 auf 190 Personen beinahe verdoppelte, machte in den langen 1960er-Jahren einen Generationswechsel durch, in dessen Verlauf deutlich jüngere Männer – unter den in der zweiten Phase berufenen 181 Wissenschaftlichen Mitgliedern befanden sich nur drei Frauen! – in Spitzenpositionen kamen. Die MPG wurde dadurch weltoffener und manche der neu berufenen Direktoren pflegten einen weniger hierarchischen Umgang mit ihren Assistent:innen als die Altvorderen. Was die Herkunft der Direktoren betrifft, änderte sich dagegen kaum etwas an der Rekrutierungspraxis der MPG: Die Wissenschaftlichen Mitglieder blieben nicht nur durch und durch männlich, sondern auch deutsch und bürgerlich: Gut 60 Prozent stammten aus der Mittel- und Oberschicht, vorwiegend aus bildungs- und wirtschaftsbürgerlichen Familien, mit einem hohen Maß an Binnenrekrutierung aus der MPG selbst.³⁰¹

In gewisser Hinsicht ähnelt damit die Geschichte der MPG in jenen Jahrzehnten der Geschichte des entstehenden westdeutschen Staats: Nachdem unter der Ägide der Besatzungsmächte wichtige Weichen in Richtung einer politisch-gesellschaftlichen Neuordnung gestellt worden waren, zeichneten sich in den langen 1960er-Jahren weitere Demokratisierungs- und Modernisierungstendenzen ab, wenn auch einstweilen gleichsam noch mit angezogener Handbremse. Die MPG vollzog institutionell und wissenschaftlich einen Wandel, indem sie die sich bietenden Chancen des Wachstums beherzt ergriff und sich geschickt an neue Herausforderungen anpasste. Zugleich vermied sie aber allzu scharfe Brüche mit den KWG-Traditionen, etwa den radikalen Austausch ihres Leitungspersonals oder eine durchgreifende Demokratisierung ihrer inneren Strukturen.

301 Dies nach Berechnungen von Juliane Scholz. Siehe unten, Kap. IV.5.



Foto 1: Bundespräsident Theodor Heuss zu Besuch am MPI für Physik und Astrophysik, mit dessen Direktor Werner Heisenberg, Göttingen 1951 (oben links)

Foto 2: Bundespräsident Gustav Heinemann bei der MPG-Hauptversammlung in Bremen, 1972 (oben rechts)

Foto 3: Bundespräsident Walter Scheel, Konrad Zweigert, Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas am MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg 1976 (unten)

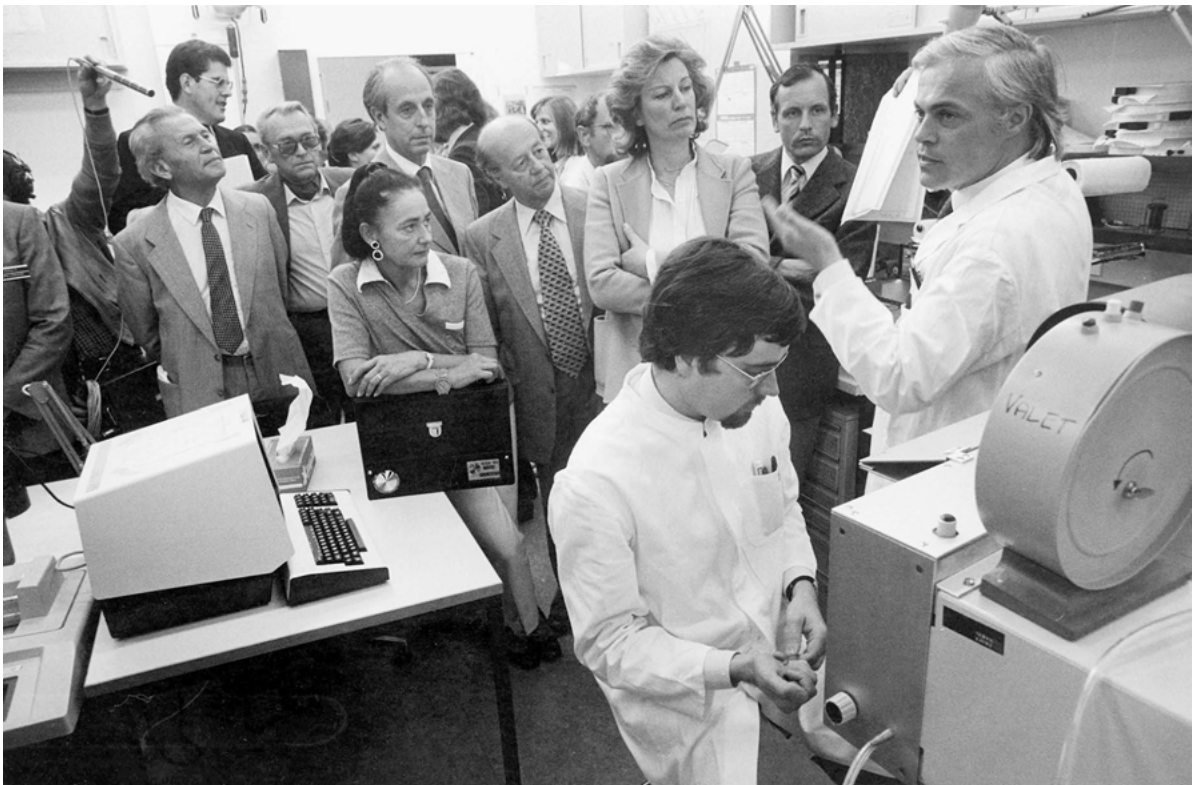
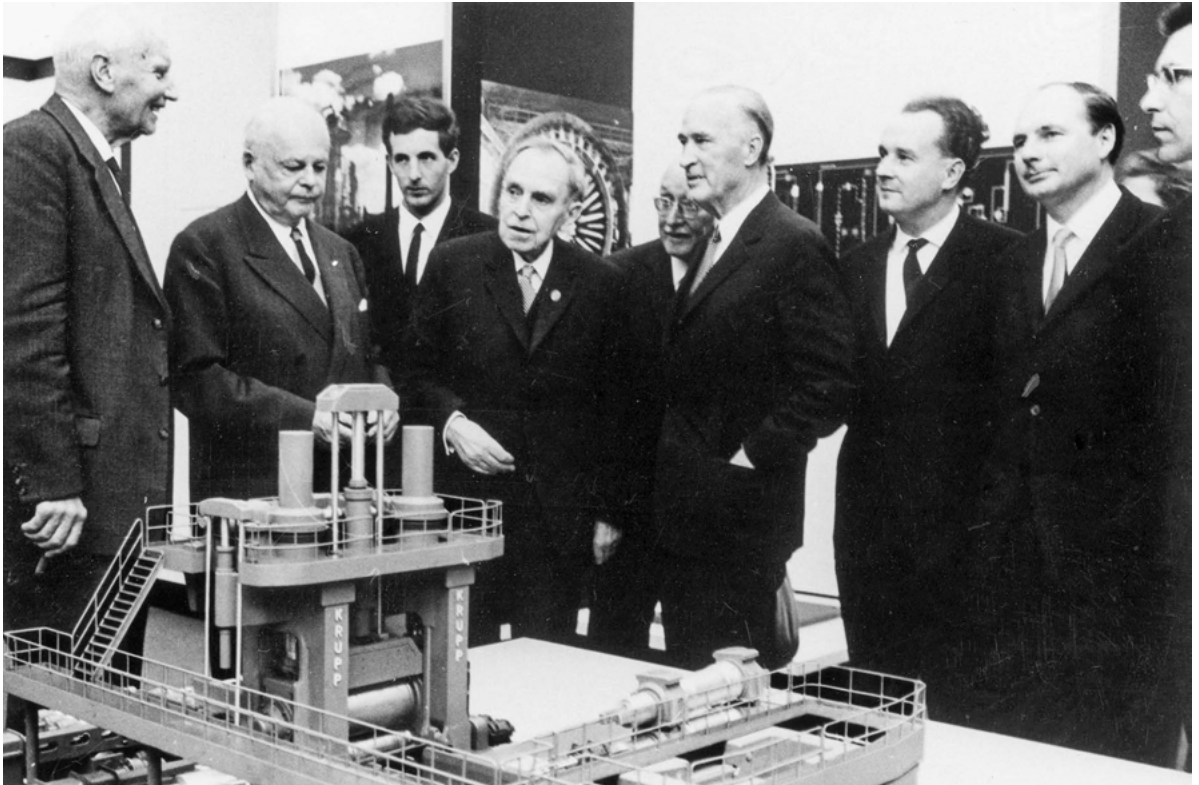


Foto 4: Am Rande der Senatssitzung der MPG in der Villa Hügel, dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Krupp; von links: Walther Gerlach, Ernst Telschow, unbekannt, Otto Hahn, Wolfgang Grassmann, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, Otto Meitinger, Willibald Scholz, Edmund Marsch, Essen 1965 (oben)

Foto 5: Besuch von Mildred Scheel, Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, die eine Forschungsgruppe zu Tumor-Zytometrie am MPI für Biochemie finanzierte, Martinsried 1981 (unten)



Foto 6: Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (links) und dessen Bruder Carl Friedrich von Weizsäcker, Bonn 1978 (oben)

Foto 7: Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und Fang Yi, stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China, mit Reimar Lüst beim Empfang am MPI für extraterrestrische Physik, Garching bei München 1978 (unten)



Foto 8: MPG-Mitglieder auf dem Weg nach Israel zum ersten Besuch beim Weizmann-Institut für Wissenschaft in Rehovot; von links nach rechts: Feodor Lynen, Wolfgang und Alice Gentner, Otto Hahn und Josef Cohn, Flughafen Zürich 1959 (oben links)

Foto 9: Wolfgang Gentner (rechts), Direktor am MPI für Kernphysik, mit Meyer W. Weisgal, Vorsitzender des Weizmann-Instituts für Wissenschaft, Rehovot 1965 (oben rechts)

Foto 10: MPG-Delegation mit Adolf Butenandt auf Japan-Reise, 1960er-Jahre (unten links)

Foto 11: MPG-Delegation mit Adolf Butenandt bei General Francisco Franco, Madrid 1963 (unten rechts)



Foto 12: Beginn der Wissenschaftskooperation mit China, MPG-Präsident Reimar Lüst in Peking, 1974 (oben)

Foto 13–15: Reimar Lüst im Gespräch mit Wu Youxun, dem Vizepräsidenten der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (unten)



Foto 16: Chinesische Wissenschaftsdelegation zu Gast bei der MPG; links neben Lüst: Chou Pei-yuan von der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, München 1974 (oben)

Foto 17: Hubert Markl mit Lu Yongxiang von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, 1997 (unten)



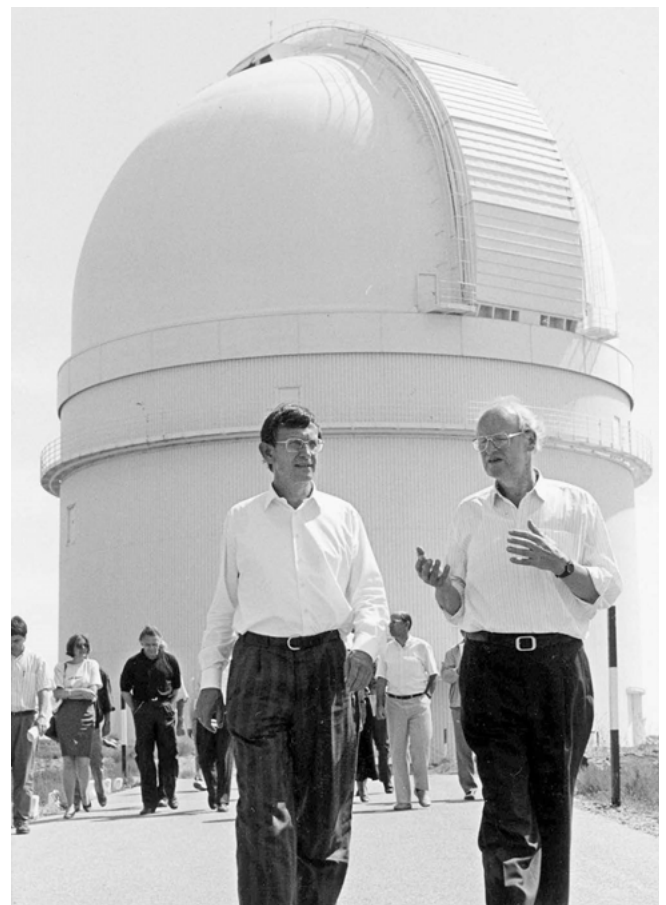


Foto 18: Wissenschaftsaustausch mit der UdSSR, u.a. mit Angehörigen des MPI für extraterrestrische Physik und der russischen Geophysikerin Valeria E. Troitskaya, Moskau 1974 (links oben)

Foto 19: Mit der Kanzlermaschine auf dem Weg zur 200-Jahr-Feier der USA (v.r.n.l.): Helmut Schmidt, Kurt Sontheimer, Reimar Lüst, Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, Juli 1976 (links unten)

Foto 20: Das Observatorium Calar Alto des MPI für Astronomie wurde 1979 als deutsch-spanische Kooperation im kargen Bergland Spaniens errichtet (oben)

Foto 21: Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber zu Besuch in Calar Alto, mit Hans Elsässer, Gründungsdirektor des MPI für Astronomie, 1991 (rechts)



4. Die MPG nach dem Boom (1972–1989)

4.1 Rahmenbedingungen und Herausforderungen

In den frühen 1970er-Jahren trat die MPG in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Das lag an einer Fülle neuer Herausforderungen und Veränderungen, die sowohl die MPG selbst als auch ihr Umfeld betrafen und die sich nicht ohne Weiteres an einer konkreten Jahreszahl festmachen lassen. Wenn wir die Zäsur im Jahr 1972 ansetzen (und nicht etwa 1969 oder 1975), dann vor allem deswegen, weil dieses Jahr für wichtige Veränderungen in der MPG steht: Zum einen kam mit der Verabschiedung der Satzungsreform auf der in Bremen tagenden Hauptversammlung ein Reformprozess innerhalb der Gesellschaft zum Abschluss, der in den späten 1950er-Jahren begonnen hatte. Die kontroversen Debatten um Art und Umfang der Mitwirkungsrechte von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in der MPG mündeten in ein relativ vage gefasstes Recht auf »Mitberatung«, nicht in wirkliche Mitbestimmung. Wie sich diese und andere Reformschritte, etwa die zeitliche Begrenzung der Leitungsfunktion der Wissenschaftlichen Mitglieder, in der Praxis bewähren würden, mussten die kommenden Jahre erst noch erweisen.

Zum anderen erfolgte 1972 in Bremen ein Wechsel im Präsidentenamt: Adolf Butenandt, der der MPG über eine Dekade lang seinen Stempel aufgeprägt hatte, übergab die Amtskette an Reimar Lüst. Wie zwölf Jahre zuvor, als Butenandt die Nachfolge von Otto Hahn angetreten hatte, stand auch diese Amtsübergabe für einen Generationswechsel.¹ Mit Butenandt trat eine wissenschaftliche Generation von der Bühne ab, deren Angehörige in der Regel noch als Direktoren von Kaiser-Wilhelm-Instituten

berufen worden waren und die Indienstnahme durch das NS-Regime miterlebt oder die »Selbstgleichschaltung« der Wissenschaft aktiv vorangetrieben hatten. Nach materiell und teilweise auch persönlich schwierigen Jahren unter der Besatzungsherrschaft hatten sie federführend beim Wiederaufbau der Wissenschaft im westdeutschen Wirtschaftswunder mitgewirkt – die unbestreitbaren Leistungen, aber auch die Versäumnisse (insbesondere die auch im Bereich der Wissenschaft weitgehend unterbliebene Abrechnung mit dem Nationalsozialismus) waren zu einem beträchtlichen Teil ihr Werk.

Die jüngere Generation, für die Lüst stand, hatte ihre wissenschaftliche Laufbahn dagegen meist erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen, an dem viele ihrer Angehörigen als Soldaten teilgenommen hatten. Dies war die eine generationelle Prägung, die Erfahrungen im Ausland (meist in den Vereinigten Staaten), wo sie als relativ junge Leute mit einer weitaus offeneren Wissenschaftskultur in Kontakt gekommen waren, die andere. Der nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen resultierende kollegiale Führungsstil und das Bewusstsein, Teil eines Forschungsteams zu sein (wenngleich natürlich in leitender Position), passte ungleich besser zu der »Gesellschaft im Aufbruch«,² die sich in der Bundesrepublik herausgebildet hatte, als die patriarchalische und bisweilen auch gutsherrliche Art, in der Adolf Butenandt sein Institut und die MPG geleitet hatte.

Der neue Präsident sah sich von Beginn seiner Amtszeit an mit einer Fülle von Problemen konfrontiert, denn er übernahm das Ruder in einer Phase vielfältigen Umbruchs. In den frühen 1970er-Jahren kamen die »Trente Glorieuses«, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem im westlichen Europa für Wachstum, Jobs und zunehmen-

¹ Robert Gerwin, der langjährige Leiter des Referats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Generalverwaltung, sprach gar von einem »echten Generationsprung«. Gerwin, *Im Windschatten der 68er*, 1996, 215.

² Korte, *Gesellschaft im Aufbruch*, 2009.

den Wohlstand gesorgt hatten,³ an ihr Ende. Nun schlug ein Bündel ökonomischer Krisen durch: die Ölpreiskrise von 1973 und 1979, die dadurch verschärfte Strukturkrise im Industriesektor, aus der wiederum Massenarbeitslosigkeit folgte, und die Stagflation – all dies trug nicht nur in der Bundesrepublik zur zeitgenössischen Wahrnehmung der 1970er-Jahre als krisenhaftes Jahrzehnt bei.⁴ Der Einschnitt war so tief, dass die zeithistorische Forschung die folgenden Dekaden als Zeit »nach dem Boom« charakterisiert hat.⁵ Hinzu kam eine Reihe weiterer Herausforderungen im nationalen, europäischen und globalen Maßstab, die sich – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – ebenfalls auf die MPG auswirkten.

Dazu zählte die fortschreitende Umweltverschmutzung und -zerstörung. 1972 prangerte der berühmte Bericht des Club of Rome den Raubbau an der Natur an, auf dem das extensive Wirtschaftswachstum beruht hatte.⁶ In Westdeutschland waren es insbesondere der saure Regen, die Luft- und Gewässerverschmutzung sowie – ab den späten 1970er-Jahren – das »Waldsterben«, die die »Grenzen des Wachstums« offensichtlich machten und zum Politikum werden ließen.⁷ Auch die Kernkraft, auf deren friedliche Nutzung man in den 1950er- und 1960er-Jahre so große Hoffnungen als saubere Energiequelle der Zukunft gesetzt hatte, entwickelte sich nun mehr und mehr von einer Lösung des Energieproblems zum Problem selbst. Die Angst vor dieser unsichtbaren Gefahr stieg mit jedem Unfall in einem Kernkraftwerk weltweit, um 1986 mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ihren vorläufigen Höhepunkt zu erreichen.⁸ Als Reaktion auf diese Entwicklungen entstand die Umwelt- bzw. Anti-Atomkraft-Bewegung. Sie war – teils auf älteren Fundamenten aufbauend – aus der Studenten- und Protestbewegung von »68« hervorgegangen und mündete gegen Ende der 1970er-Jahre in die Gründung einer neuen Partei: Die Grünen erweiterten das westdeutsche Parteienspektrum um eine vierte Kraft, verharteten allerdings sowohl im Bund als auch in den Ländern zunächst noch in Fundamentalopposition gegen »das System«.⁹

Eine Herausforderung ganz anderer Art, deren Wurzeln ebenfalls in die Protestbewegung der 1960er-Jahre zurückreichen, stellte der Linksterrorismus dar. Er war zwar ebenfalls kein bloß westdeutsches Phänomen, griff jedoch hierzulande seit den frühen 1970er-Jahren mit einer Intensität um sich, die allenfalls noch in Italien (wo es zugleich auch einen wachsenden Rechtsterrorismus gab) und mit Abstrichen auch in Frankreich zu verzeichnen war.¹⁰ Die Bundesregierung reagierte auf die Terrorwelle, die im »Deutschen Herbst« des Jahres 1977 gipfelte, aber damit noch längst nicht an ihr Ende gekommen war, zunächst verunsichert, dann mit Härte. Die »innere Sicherheit«, die in den 1960er-Jahren allenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, mauserte sich so zu einem politischen Thema ersten Ranges.¹¹

Auch auf der internationalen Ebene geriet vieles in Bewegung. Der europäische Einigungsprozess, der nach dem Abschluss der Römischen Verträge wenn nicht auf der Stelle getreten, so doch an Dynamik verloren hatte, nahm in den 1970er- und 1980er-Jahren wieder Fahrt auf. Zum 1. Januar 1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei. Dem folgte zum 1. Januar 1979 das Europäische Währungssystem mit der Einführung einer europäischen Währungseinheit, des ECU. Im selben Jahr fanden erstmals Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Nachdem Griechenland 1981 zum zehnten EG-Mitglied geworden war, unterzeichneten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande im Juni 1985 in Schengen ein Abkommen, das die Abschaffung sämtlicher Personenkontrollen an den Grenzen der Unterzeichnerstaaten vorsah. Anfang 1986 wuchs die EG mit dem Beitritt Portugals und Spaniens auf zwölf Mitgliedsstaaten an, deren Außenminister im Februar 1986 in Luxemburg die »Einheitliche Europäische Akte« unterzeichneten, die die Römischen Verträge reformierte und auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes abzielte. Damit hatte die Europäische Gemeinschaft, die in den 1950er-Jahren bescheiden gestartet war, wichtige

³ Siehe beispielsweise die Beiträge in Kaelble, *Der Boom*, 1992.

⁴ Jarausch, *Das Ende der Zuversicht?*, 2008. Für Großbritannien siehe Turner, *Crisis?*, 2008.

⁵ Doering-Manteuffel, *Nach dem Boom*, 2007.

⁶ Eine deutsche Übersetzung erschien ein Jahr später: Meadows, *Grenzen des Wachstums*, 1973.

⁷ Metzger, *Waldsterben*, 2015.

⁸ Brüggemeier, *Tschernobyl*, 1998.

⁹ Zur Entstehung und Entwicklung dieser neuen politischen Kraft siehe Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*, 2011.

¹⁰ Weinbauer, Requate und Haupt, *Terrorismus*, 2006; Hürter und Rusconi, *Die bleiernen Jahre*, 2010; Hof, *Staat und Terrorismus*, 2011; Lammert, *Der neue Terrorismus*, 2017.

¹¹ Scheiper, *Innere Sicherheit*, 2010; Bergstermann, *Stammheim*, 2016; Hürter, *Terrorismusbekämpfung*, 2015.

Schritte in der Entwicklung hin zur Europäischen Union getan.¹²

Auch im Rest der Welt kam es zu einschneidenden Veränderungen. So öffnete sich die Volksrepublik China, die sich bis dahin weitgehend von der Außenwelt abgeschottet hatte, nach dem Tod ihres Gründervaters Mao Zedong langsam Richtung Westen. Dazu trug maßgeblich ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik bei, den der neue starke Mann der Kommunistischen Partei Chinas, Deng Xiaoping, 1979 einleitete. Im selben Jahr betrat »mit der Iranischen Revolution unter Khomeini der fundamentalistische politische Islam die Weltbühne«.¹³ Hinzu kam der »Zweite Kalte Krieg«, der eine Zäsur im Verhältnis der beiden Supermächte USA und Sowjetunion bedeutete. Denn der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan beendete 1979 schlagartig die Phase der Entspannung zwischen Ost und West, die in den 1960er-Jahren begonnen und mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 läutete eine neue Runde im Rüstungswettlauf ein. In der Bundesrepublik trug der Streit um den NATO-Doppelbeschluss nicht unwesentlich zum Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition bei: Im September 1982 zogen sich die FDP-Minister aus der Bundesregierung zurück und wenig später ermöglichte der Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur Union in Bonn die »Wende«.¹⁴ Gleichzeitig formierte sich jenseits der Parlamente eine stetig wachsende Friedensbewegung, die in den frühen 1980er-Jahren Hunderttausende Anhänger:innen zu den jährlichen Ostermärschen auf die Straßen brachte. Angesichts der hoch technisierten Kriegsführung, die mit dem US-amerikanischen Raketenabwehrprogramm SDI sogar auf den Weltraum ausgriff, geriet zunehmend auch die Forschung ins Visier der Kritiker:innen.¹⁵

Mit all diesen Gegebenheiten sah sich die MPG konfrontiert; einige wirkten sich direkt, andere indirekt auf sie aus. Hinzu kamen wissenschaftsgeschichtliche Umbrüche, die sich dem Einfluss der Politik weitgehend entzogen. Das galt vor allem für die Dritte Industrielle Re-

volution und die mit ihr verbundene Medienrevolution, kurz: die Digitalisierung.¹⁶ Das Aufkommen des Computers markiert zweifellos einen der tiefsten Einschnitte des 20. Jahrhunderts, der sich auf praktisch alle Lebensbereiche auswirkte. Zunächst handelte es sich allerdings noch nicht um Personal Computer (der PC kam erst in den 1980er-Jahren auf den Markt), sondern die Maschinen traten ihren Siegeszug in Form von extrem kostspieligen Großrechenanlagen an. Zu ihren Einsatzgebieten zählten anfangs Militär und Raumfahrt, doch Computer revolutionierten nicht zuletzt die Wissenschaft(en) selbst. Die Forschung zählte zu den wenigen Bereichen, in denen sich der computerbedingte Wandel bereits frühzeitig – nämlich schon in den 1960er-Jahren – bemerkbar gemacht hatte. Ab den 1970er-Jahren stellte der Zugang zu leistungsfähigen Rechenanlagen in den meisten Naturwissenschaften die Vorbedingung dar, um international konkurrenzfähig zu sein. Wissenschaftsorganisationen sahen sich gezwungen, entsprechende Geräte zu beschaffen und in regelmäßigen Abständen zu erneuern, wollten sie in der Scientific Community weiterhin eine Rolle spielen. Aufgrund der hohen Anschaffungskosten kamen die Computer vor allem in Rechenzentren zum Einsatz, die möglichst vielen Einrichtungen zur Verfügung standen. Zur Bewältigung dieser Herausforderung gründete die MPG den »Beratenden Ausschuss für EDV-Anlagen in der Max-Planck-Gesellschaft« (BAR), der am 20. Mai 1968 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Der BAR erfüllte eine »doppelte Funktion«: Zum einen sollte er die »Generalverwaltung bei der Bereitstellung der beantragten Mittel« unterstützen, zum anderen den Instituten »bei der Planung und dem sinnvollen Einsatz der verschiedenen Typen von Rechenanlagen« unter die Arme greifen.¹⁷ Der gesteigerten Bedeutung der Informationstechnologie für Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft trug die MPG allerdings erst relativ spät Rechnung, nämlich im Jahr 1988 mit der Gründung des MPI für Informatik.¹⁸

Andere wissenschaftshistorische Trends zeigten sich zwar nicht so deutlich, wirkten sich in der dritten Entwicklungsphase jedoch ebenfalls auf die MPG aus. Auch jenseits des Computers zählte die Technisierung der Wissenschaft(en) im Zuge der weiter fortschreitenden Instru-

12 Thiemeyer, *Europäische Integration*, 2010.

13 Bösch, *Zeitenwende*, 2019, 9. Zur Revolution im Iran siehe ebd., 18–60. Zur Öffnung Chinas, die Bösch als »Wege in die Globalisierung« deutet, ebd., 141–186.

14 Scholtyssek, FDP, 2012.

15 Gassert, Geiger und Wentker, *Zweiter Kalter Krieg*, 2011; Hansen, *Abschied*, 2016.

16 Bell, *Technologische Revolution*, 1990. Siehe auch unten, Kap. III.1.

17 Biron und Hennings, *Geschichte des BAR*, 2001, 82–83. Dort finden sich u.a. Aufstellungen der Rechenanlagen, die in der MPG angeschafft wurden. Zur zunehmenden Computerisierung der Forschung siehe unten, Kap. IV.7.5.

18 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 716–719.

mentenrevolution zu den Kennzeichen der 1970er- und 1980er-Jahre. So waren etwa Neurowissenschaften und Medizin stark von den neuen Möglichkeiten bildgebender Verfahren beeinflusst, die ihnen dank Magnetresonanzen- oder auch Kernspintomografie Einblicke in den menschlichen Körper und dessen Organe eröffneten.¹⁹ Diese maschinengetriebene Zugangsweise führte etwa in der Hirnforschung weg vom Pathologischen, das heißt der Konzentration auf »kranke« Gehirne, die bis in die 1960er-Jahre hinein vorgeherrscht hatte, hin zu Neurophysiologie und Neurochemie, die auch in die MPG Einzug hielten. Überall bewirkten die erheblich umfangreicher werdenden Geräteparks eine zunehmende Spezialisierung und Technisierung der Forschung – und eine Vervielfachung der Kosten. Das galt insbesondere für die Raumfahrt, die die Möglichkeiten der extraterrestrischen Forschung extrem erweiterte; unter Präsident Lüst wurde dieser Schwerpunkt der MPG weiter ausgebaut. Die Lebenswissenschaften folgten dem Trend in Richtung Molekularisierung, vor allem in der biochemischen Forschung setzte man ganz auf die Molekularbiologie. Die 1970er-Jahre gelten als »goldene Zeit der Molekularbiologie«, da sie damals noch hauptsächlich wissenschaftsintrinsischen Motiven folgte; erst in den 1980er-Jahren schlug die Kommerzialisierung auch auf dieses Forschungsfeld durch.²⁰

Zur selben Zeit machten sich in Westdeutschland Tendenzen bemerkbar, die wissenschaftliche Forschung nicht mehr primär unter dem Fortschrittsparadigma sahen, sondern kritisch hinterfragten. Das galt besonders für die zunehmende Ablehnung der menschlichen Eingriffe in das Erbgut, aber auch von Tierversuchen. Nicht zuletzt musste die MPG auf staatliche Regulierungsbestrebungen auf diesen und anderen Feldern reagieren; aus ihrer Perspektive galt es, allzu starke Restriktionen zu verhindern, um der Forschung in der Bundesrepublik ähnliche Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten wie anderswo. Hier warf die Globalisierung, die ab den 1990er-Jahren auch die Wissenschaft mit voller Wucht erfassen sollte, bereits ihre Schatten voraus.

Indes war nicht Wissenschaftskritik das Kennzeichen jener beiden Dekaden. Vielmehr nahm der Stellenwert, den Politik und Gesellschaft der Wissenschaft zumaßen, in den 1970er- und 1980er-Jahren nochmals deutlich zu, und zwar nicht allein durch den weiter steigenden Bedarf an wissenschaftlicher Welterklärung. Maßgeblich ange-

stoßen von Daniel Bells Arbeit über die postindustrielle Gesellschaft kam eine länger anhaltende Debatte über die Rolle von Wissen bzw. Wissenschaft als (Produktiv-) Kraft für gesellschaftliche Veränderung auf. Sie mündete in das Konzept der Informationsgesellschaft, aber auch der Wissens- bzw. Wissenschaftsgesellschaft, was eine partielle Abkehr vom Primat der Ökonomie bedeutete, mit dem gesellschaftlicher Wandel spätestens seit Marx landläufig erklärt worden war. Anstelle der Produktivkräfte Kapital und Arbeit sahen Bell (und andere) in Wissen und informationellen Ressourcen die künftigen Quellen der wirtschaftlichen Wertschöpfung.²¹ Damit lag allerdings die Messlatte, die wissenschaftliche Forschung meistern sollte, enorm hoch.

Natürlich waren die 1970er- und 1980er-Jahre weitaus heterogener, als es diese Kurzcharakterisierung andeutet – man denke etwa an den Regierungswechsel von 1982 in Bonn, der Helmut Kohl (CDU) anstelle von Helmut Schmidt (SPD) ins Kanzleramt brachte, oder den abermaligen Wechsel im Präsidentenamt der MPG 1984 von Reimar Lüst zu Heinz A. Staab. Zudem wirkten die skizzierten Herausforderungen nicht durchgehend auf dem gleichen Intensitätsniveau auf die MPG und ihr Umfeld ein. Aber sie unterscheiden die Entwicklung dieser beiden Dekaden doch klar von der in den langen 1960er-Jahren, die im Zeichen wirtschaftlichen Wachstums und großer ökonomischer Verteilungsspielräume gestanden hatten, wie auch von der in den 1990er-Jahren, als es in Institutionen wie der MPG vor allem um die Ausgestaltung der deutschen Einheit und um die Bewältigung der Folgen der Globalisierung gehen sollte. Für die MPG waren die Jahre »nach dem Boom« eine Bewährungsprobe: Würde es ihr auch unter den Bedingungen knapper Kassen gelingen, am Puls der Zeit zu bleiben, was für eine Wissenschaftsorganisation bedeutet: Würde die MPG weiterhin in neue Forschungsfelder einsteigen können? Woher würde sie die nötigen Mittel nehmen, um entsprechende Forschungseinrichtungen zu gründen und zu etablieren? Und wie würde sie auf Forderungen aus Politik und Gesellschaft reagieren, das Ihre zur Bewältigung politischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen beizutragen? Diese Herausforderungen bilden die Klammer, die die 1970er- und 1980er-Jahre als *eine* Periode in der Geschichte der MPG zusammenhält – und von dem Vorher und Nachher unterscheidet.

¹⁹ Borck, Kernspintomographie, 2005.

²⁰ Rheinberger, Kurze Geschichte, 2000.

²¹ Bell, *The Coming*, 1973. Dazu auch Leendertz, Schlagwort, 2012. Siehe unten, Kap. III.1.3.3 und Kap. III.1.3.4.

4.2 Haushaltsentwicklung – Im »stationären Zustand«

4.2.1 Die ökonomische Trendwende

Die größte Herausforderung der 1970er- und 1980er-Jahre stellte die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft dar, und zwar weltweit.²² 1971 kollabierte das System von Bretton Woods, auf dessen festen Wechselkursen das internationale Handelssystem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs basiert hatte.²³ Dies wirkte sich schon bald auf den Ölpreis aus, der – auch als gezielt eingesetztes Machtinstrument der Mitgliedsstaaten der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) – regelrecht explodierte.²⁴ Die erste Ölpreiskrise von 1973, die eine bereits schwelende Strukturkrise im Industriebereich dramatisch verschärfte, traf die von fossilen Brennstoffen abhängige Weltwirtschaft ins Mark.²⁵ In der Bundesrepublik manifestierten sich die ökonomischen Turbulenzen vor allem als Krise der alten Industriebranchen, die kapitalintensiv, kaum automatisiert und mit hohem Personalbedarf produzierten: Montansektor, Textilindustrie, Schiffbau.²⁶ Daraus resultierte ein Folgeproblem, das die westdeutsche Gesellschaft seit Mitte der 1950er-Jahre nicht mehr gekannt hatte, aber aus historischen Erfahrungen heraus fürchtete: Massenarbeitslosigkeit.²⁷ 1972 registrierte die Bundesanstalt für Arbeit knapp 250.000 Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von 1,1 Prozent entsprach. 1974 betrug die Arbeitslosenquote bereits 2,6 Prozent und 1975 verdoppelte sie sich fast auf 4,7 Prozent. In der folgenden Dekade kam es zu einer weiteren Verdoppelung auf 9,3 Prozent (1985); bis zum Ende der 1980er-Jahre, als immer noch 2.037.781 Menschen in Westdeutschland

einen Job suchten, ging die Arbeitslosenquote nur langsam auf 7,9 Prozent zurück.²⁸

Auch andere Indikatoren zeigten seit den frühen 1970er-Jahren nach unten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das in den 1950er-Jahren hohe zweistellige Zuwachsraten aufgewiesen und in den langen 1960er-Jahren meist immerhin noch über 5 Prozent gelegen hatte, brach mit der ersten Ölpreiskrise regelrecht ein: 1974 erreichte das Wachstum nur noch magere 0,5 Prozent, 1975 schrumpfte die westdeutsche Volkswirtschaft sogar um 1 Prozent. Eine kurzfristige Erholung machte die zweite Ölpreiskrise von 1979 zunichte und erst ab 1988 nahm das Wachstum in der Bundesrepublik wieder etwas Fahrt auf.²⁹ Die Politik reagierte auf diese krisenhaften Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt mit dem keynesianischen Rezept des Deficit Spending. Angesichts sinkender Staatseinnahmen finanzierte der Bund die stark steigenden Ausgaben in zunehmendem Maße durch die Aufnahme neuer Schulden.³⁰ Da es weder der sozialliberalen, noch der schwarz-gelben Bundesregierung gelang, die Nettokreditaufnahme wieder zu senken, glitt die Bundesrepublik in den »Schuldenstaat« ab.³¹ Schlimmer noch, die steigenden Staatsausgaben fachten im Verein mit kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen (nicht zuletzt im öffentlichen Dienst) die Inflation an, die ab 1972 empor-schnellte und bis 1982 auf hohem Niveau verharrte.³² Alle Maßnahmen, die die Politik ergriff, um die wirtschaftliche Stagnation zu beenden, die Konjunktur zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, verpufften. Das Gespenst der Stagflation ging um. Daher saß der öffentlichen Hand das Geld nicht mehr so locker, zumal die Bundesregierung große Summen in die Sozialsysteme pumpte, um die sozialen Folgen des durch die Krise beschleunig-

22 Die Wirtschaftskrise der frühen 1970er-Jahre gilt in der Historiografie mittlerweile als tiefe Zäsur nicht nur der deutschen, sondern zumindest der westeuropäischen Geschichte. Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, 2007; Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, 2019; Doering-Manteuffel, Raphael und Schlemmer, *Vorgeschichte*, 2016.

23 James, *Rambouillet*, 1997.

24 Graf, *Öl und Souveränität*, 2014.

25 Eric J. Hobsbawm sprach rückblickend sogar von einem »Zusammenbruch« der Weltwirtschaft 1973/74. Hobsbawm, *Zeitalter der Extreme*, 1995, 362.

26 Siehe pars pro toto zur Textilindustrie Lindner, *Westdeutsche Textilindustrie*, 2008.

27 Raithel, *Jugendarbeitslosigkeit in der BRD*, 2012; Eversberg, *Destabilisierte Zukunft*, 2016; Wiede, *Zumutbarkeit von Arbeit*, 2016.

28 Diese Angaben nach Statistisches Bundesamt, *Registrierte Arbeitslose*, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrab003ga.html>.

29 Alle Angaben nach Institut für Wachstumsstudien, *Wachstum*, 2002, Tabelle 2, 3. Die Angaben beruhen auf in den Jahrbüchern des Statistischen Bundesamts veröffentlichten Daten, wobei die unterschiedlichen Preise und Berechnungssysteme vereinheitlicht wurden, sodass die Zahlen für die 1960er-Jahre mit denen für die 1970er-Jahre vergleichbar sind.

30 Ausführlich Hinrichs, *Verschuldung des Bundes*, 2002.

31 Ausführlich Ullmann, *Abgleiten in den Schuldenstaat*, 2017.

32 Statistisches Bundesamt, *Inflationsrate*, 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4917/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-seit-1948/>.

ten ökonomischen Strukturwandels abzufedern.³³ Dafür musste sie an anderer Stelle Budgets kürzen. Angesichts dieser veränderten ökonomischen Großwetterlage sah sich auch die MPG zum Sparen gezwungen.

4.2.2 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die MPG

Da sich die MPG seit ihrer Wiedergründung sehr weitgehend aus staatlichen Mitteln finanzierte, schlugen die Geldschwierigkeiten von Bund und Ländern direkt auf ihren Haushalt durch. Die zweistelligen jährlichen Zuwachsraten, die die MPG in den langen 1960er-Jahren verbucht hatte – noch 1971 verzeichnete sie gegenüber dem Vorjahr ein sattes Plus von 28,2 Prozent –, gehörten der Vergangenheit an. Hans-Hilger Haunschild, ab 1971 Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), machte im Mai 1973 klar, »daß sich die Max-Planck-Gesellschaft auf einen stationären Zustand einstellen müsse«.³⁴ In den späten 1970er-Jahren und über weite Strecken der 1980er konnte die MPG schon froh sein, wenn ihr Bund und Länder einen jährlichen Haushaltszuwachs von 3 Prozent bewilligten. Dabei handelte es sich notabene um Bruttowerte; berücksichtigt man die vergleichsweise hohe Inflation und die massiv steigenden Personalausgaben der MPG, blieb von den nominalen Zuwächsen der Dekade von 1975 und 1985 real kaum etwas übrig.³⁵

Eine Untersuchung der Finanzabteilung der Generalverwaltung bezifferte den durchschnittlichen jährlichen Zuwachs im Haushalt für die Dekade von 1968 bis 1978 nominal auf 9,2 Prozent, real dagegen – aufgrund der »zunehmende[n] Belastung durch anteilig zu zahlende Sozialleistungen und die Preissteigerungen bei den Sachausgaben« – nur auf 1,6 Prozent und kam zu dem ernüchternden Ergebnis: »Die realen Gesamtausgaben liegen seit 1974 jeweils unter dem realen Ausgabenniveau 1973.«³⁶ Von da an gehörte der Verweis auf den real stagnierenden Haushalt zum Standardrepertoire,

mit dem die MPG ihre unzureichende finanzielle Ausstattung durch die öffentliche Hand beklagte. »Eine Analyse der Haushaltsentwicklung zeige unter Einbeziehung von Sonderfinanzierungen und Projektförderung nominal seit 1972 eine Verdoppelung der Gesamtausgaben der Gesellschaft«, erläuterte Präsident Staab 1986. »In realen Werten – nach Abzug der Auswirkungen der Lohn- und Preisentwicklung – liege der Etat aber jetzt um 2 % unter dem Niveau des Jahres 1972.«³⁷

Erschwerend kam hinzu, dass der Großteil der geringen Zuwächse, die Bund und Länder der MPG ab 1972 noch zugestanden, bereits fest verplant war. Mitte der 1960er-Jahre – zu einem Zeitpunkt, als ein Ende der hohen jährlichen Zuwachsraten noch nicht absehbar gewesen war – hatte die MPG die Gründung einiger großer und extrem teurer Forschungseinrichtungen beschlossen.³⁸ Während die MPG beim Aufbau des MPI für Biochemie und des MPI für biophysikalische Chemie bis 1972 bereits erhebliche Fortschritte gemacht hatte, stand sie beim MPI für Festkörperforschung und beim MPI für Astronomie noch am Anfang. Trotz Sondermitteln aus Bonn verschlang die Verwirklichung dieser ambitionierten Projekte über Jahre hinweg einen erheblichen Teil des realen Zugewinns. Die Finanzabteilung der Generalverwaltung schätzte Anfang 1973, dass »kaum ein höherer Betrag als 1 % [der Haushaltszuwächse der MPG; J.B.] für Neuvorhaben bis 1977 disponibel« war.³⁹ Die einmal gefällten Gründungsbeschlüsse angesichts der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen zu revidieren kam für die MPG nicht infrage, da sie sowohl gegenüber den bereits berufenen Gründungsdirektoren der neuen Institute als auch gegenüber deren Sitzländern im Wort stand.

Einen anderen Engpass, der die Neugründung von Forschungseinrichtungen erschwerte, gab es beim Personal. Die Geldgeber fanden sich zunehmend weniger bereit, der MPG neue Stellen zu bewilligen. Nach Berechnungen der Generalverwaltung war die Zahl der Planstellen zwischen 1960 und 1972 um 175 Prozent, beim wissenschaftlichen Personal um 150 Prozent und bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern um 62,6 Prozent gestie-

³³ Leisering, *Nach der Expansion*, 2016.

³⁴ Protokoll der Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung (SAFPP) vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 8.

³⁵ Siehe dazu unten, Anhang 1, Tabelle 1 und Anhang, Grafik 2.6.

³⁶ Wieland Keinath: Entwicklung der Ausgaben der Max-Planck-Gesellschaft in den Jahren 1968–1978 vom 10.1978, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 116, fol. 334–336.

³⁷ Protokoll der 138. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.6.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 138.VP, fol. 257–258.

³⁸ Balcar, *Wandel*, 2020, 120–133.

³⁹ Sprechvorlage über die Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 53. Siehe dazu auch einen Vermerk von Manfred Meinecke: Vorbereitung der Sitzung des Planungsausschusses am 15.5.1973; hier: Finanzrahmen vom 4.5.1973, ebd., fol. 117–120.

gen, doch danach kaum noch.⁴⁰ Als Präsident Staab anlässlich des 75-jährigen Bestehens der KWG/MPG eine Bilanz der Entwicklung von 1972 bis 1986 zog, beklagte er, »daß jetzt bereits im fünfzehnten Jahr sowohl die Gesamtstellenzahl als insbesondere auch die Zahl der Wissenschaftlerstellen praktisch stagniert.«⁴¹ In der dritten Phase machte sich das Personal zusehends als Kostenfaktor bemerkbar. Neben der Inflation bewirkten vor allem die stark zunehmenden Lohn- und Gehaltszahlungen, dass die Schere zwischen nominalem Haushaltswachstum und realen finanziellen Möglichkeiten immer weiter auseinander ging. Angesichts hoher Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst entwickelten sich die Personalausgaben zum wahren Kostentreiber. »Am deutlichsten war die Preisentwicklung im Personalbereich spürbar«, hieß es in der bereits erwähnten Analyse der Finanzabteilung. »Während die Personalausgaben von 1968 bis 1978 von rd. 102 Mio. DM auf rd. 315 Mio. DM anstiegen, also um rd. 210 %, nahm die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum nur um 24 % zu. Im Jahresdurchschnitt mußten damit für einen Beschäftigten 9,5 % mehr an Lohn und Gehalt einschließlich Sozialleistungen aufgewendet werden.«⁴² Allerdings trug die MPG zu den überproportional gestiegenen Personalkosten selbst bei, indem sie die Gehälter ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder bis 1978 nach eigenem Gutdünken erhöhte, und zwar »ohne Beteiligung der Finanzierungsträger« und »nicht nur zur Abwehr von Rufen«.⁴³

Schließlich geriet in den 1970er- und 1980er-Jahren auch der Finanzierungsmechanismus der MPG selbst in eine Krise. Zwar machte die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28. November 1975 die gemeinsame Forschungsförderung durch Bund und Länder nun auch rechtlich wasserdicht,⁴⁴ doch kamen in den frühen 1970er-Jahren Zweifel auf, ob der paritätische Finanzierungsmechanismus noch zeitgemäß war. Das Kernpro-

blem bestand darin, dass die Finanzkraft der Länder nicht ausreichte, um die Großprojekte der MPG (mit) zu bezahlen, weshalb sich die Finanzierungslast tendenziell immer stärker in Richtung des Bundes verschob. Bei Licht besehen, befand sich die paritätische Alimentierung der MPG durch Bund und Ländergemeinschaft, die seit 1964 gängige Praxis war,⁴⁵ bereits vor Beginn der ökonomischen Turbulenzen in einer Krise. Generalsekretär Friedrich Schneider zog daraus im Juni 1972 die Konsequenz, »daß die Max-Planck-Gesellschaft bei einem Festhalten an der derzeitigen hälftigen Finanzierung durch Bund und Länder geringere Zuwachsraten hinnehmen oder aber eine Änderung des Finanzierungsschlüssels anstreben müsse«.⁴⁶ Der Nachteil des »Geleitzugprinzips«, das seit dem Königsteiner Abkommen von 1949 der Pferdefuß im ansonsten für die MPG so günstigen institutionellen Arrangement ihrer staatlichen Finanzierung gewesen war,⁴⁷ erreichte in den frühen 1970er-Jahren eine Dimension, die aus der Perspektive der MPG das ganze System infrage stellte. Sollte sie nicht doch auf eine alleinige (oder zumindest weitgehende) Finanzierung durch den Bund setzen, der die mangelnde Finanzkraft der Länder ohnehin durch Sonderzuweisungen ausgleichen musste?⁴⁸ Das Thema blieb in den 1980er-Jahren aktuell. »Auch der Bund müsse deutlich machen«, forderte der Verwaltungsrat im November 1985, »daß die Beiträge zur Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe nicht am finanzschwächsten Partner orientiert werden könnten«.⁴⁹

Einstweilen sprang der Bund mit Sondermitteln in die Bresche, um die größten Haushaltslöcher zu stopfen – für die MPG allerdings ein zweischneidiges Schwert. Das zusätzliche Geld nahm man zwar gern, doch sahen die Leitungsgremien durch die Verschiebung von der Grund- zur Sonderfinanzierung die Unabhängigkeit der Gesellschaft bedroht. Die Jahresrechnung 1982 verzeichnete auf der

40 Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 30.3.1982, betr. Punkt 6 der Tagesordnung: Strukturelle Entwicklungen im Bereich des wissenschaftlichen Personals der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 209.SP, fol. 329.

41 Bericht des Präsidenten im Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft vom 30.1.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 213.SP, fol. 242, Hervorhebung im Original.

42 Wieland Keinath, Entwicklung der Ausgaben der Max-Planck-Gesellschaft in den Jahren 1968–1978 vom Oktober 1978, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 116.VP, fol. 336.

43 Protokoll der 116. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23.11.1978, ebd., fol. 14.

44 Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG. Bundesanzeiger Nr. 240 vom 30.12.1975, 4, zuletzt geändert durch Vereinbarung vom 25.10.2001, in: Bundesanzeiger, 25218; Wissenschaftlicher Dienst, *Finanzielle Förderung*, 2006, 7–8; siehe auch unten, Kap. IV.2.3.2.

45 Ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 65–79.

46 Protokoll der 94. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 94.VP, fol. 102. Siehe auch Vorschau auf den Haushalt 1973, ebd., fol. 44–46.

47 Siehe Hohn und Schimank, *Konflikte und Gleichgewichte*, 1990, 127–134; Balcar, *Wandel*, 2020, 78–79.

48 Protokoll der 72. Sitzung des Senates vom 21.6.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 72.SP, fol. 14–16.

49 Protokoll der 137. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1985, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 137.VP, fol. 182.

Einnahmenseite ein Wachstum der staatlichen Zuschüsse zur institutionellen Förderung um magere 4,17 Prozent, während die Zuweisungen im Rahmen der Projektförderung um 32 Prozent angestiegen waren.⁵⁰ So wuchs der Anteil an Mitteln der Projektförderung zwischen 1982 und 1987 im Haushalt A der MPG von 8 auf auf 15 Prozent.⁵¹ Ohne Sondermittel des Bundes waren in den 1970er- und 1980er-Jahren Institutsneugründungen kaum mehr möglich, was intern als Indiz dafür galt, »daß bei strenger Betrachtung schon heute von einer Finanzkrise der Max-Planck-Gesellschaft gesprochen werden müsse«.⁵² Für problematisch hielt man insbesondere, dass »die schwerpunktmäßige Förderung von Vorhaben nicht mehr ausschließlich von ihrer eigenen Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität, sondern von äußeren Rahmenbedingungen wie Förderungsprogrammen des Bundes« abhing.⁵³ Durch die Bewilligung (oder Verweigerung) von Sondermitteln entschied der Bund sehr stark mit, worüber in der MPG geforscht wurde und worüber nicht. Deswegen forderte Ernst-Joachim Mestmäcker, Direktor am MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, »daß das Prinzip der Prioritätensetzung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten gewahrt bleibe«.⁵⁴ Weit mehr als in den ersten beiden Phasen musste die MPG nun darum kämpfen, dass ihre wissenschaftspolitische Unabhängigkeit gegenüber den Geldgebern nicht durch den zunehmenden Anteil an Sonder- und Drittmitteln an ihrem Gesamthaushalt eingeschränkt wurde.

4.3 Planung als Strategie der Krisenbewältigung

Um trotz erheblich geringerer Haushaltszuwächse weiterhin in neue Forschungsfelder einsteigen zu können und die wissenschaftspolitische Autonomie gegenüber den Geldgebern zu wahren, setzte die MPG in der dritten Phase ihrer Entwicklung verstärkt auf Planung. Daran ist bemerkenswert, dass die MPG dieses Instrument erst

mit einer beträchtlichen Zeitverzögerung einzusetzen bereit war. In den 1960er-Jahren hatte in Europa eine regelrechte Planungseuphorie geherrscht, die auch die Bundesrepublik erfasste.⁵⁵ Eine planmäßige, gesteuerte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft versprach, die ökonomischen und sozialen Verwerfungen zu vermeiden, die die Älteren noch aufgrund der Erfahrung mit der Großen Depression der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre fürchteten. Neuartige Instrumente der Wirtschafts- und Fiskalpolitik wie Globalsteuerung oder Mittelfristige Finanzplanung sollten es ermöglichen, derartige Katastrophen künftig zu vermeiden. Dass die Wirtschaftskrise von 1966/67 auch dank des beherrzten Einsatzes keynesianischer Rezepte schnell hatte überwunden werden können, war Wasser auf die Mühlen der Planungsbefürworter:innen. Als diese Instrumente jedoch im Kampf gegen die 1973/74 einsetzende Stagflation wirkungslos blieben, ließ die Begeisterung für die Planung in der Politik rasch wieder nach.

In den Führungszirkeln der MPG hingegen herrschte in den langen 1960er-Jahren nach wie vor jene Planungs-skepsis vor, die in den 1950er-Jahren für die Bundesrepublik kennzeichnend gewesen war.⁵⁶ Dafür gaben zwei Gründe den Ausschlag: Zum einen bezweifelte man in der MPG grundsätzlich, dass sich wissenschaftliche Forschungspläne lässt. »Die Problematik einer Mehrjahresplanung im Bereich der Forschung ist bekannt«, erklärte Generalsekretär Schneider. »Die Forschung als schöpferischer Prozeß stellt auch die Max-Planck-Gesellschaft vor die Frage, wie sie wichtigen, nicht vorhersehbaren Entwicklungen gerecht zu werden vermag.«⁵⁷ Zum anderen hatte die MPG bereits negative Erfahrungen gesammelt, die die Vorstellung von der Unplanbarkeit der Forschung verfestigten. Wiederholt verwies man auf die »Aufstellung eines Fünfjahresplanes im Rechnungsjahr 1956/1957« und die »Vorausschätzungen unseres Bedarfs für die Bundesforschungsberichte I und II«, bei denen sich »wichtige Entwicklungstendenzen in der Forschung« – genannt wurden »die spätere Gründung des

⁵⁰ Protokoll der 130. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 130.VP, fol. 114.

⁵¹ Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 12. Seit das IPP 1971 in die MPG integriert worden war, gliederte sich deren Haushalt in zwei Teile: Haushalt B umfasste das IPP, zu deren Finanzierung der Bund 90 Prozent und das Sitzland Bayern 10 Prozent beitrugen, Haushalt A alle übrigen Institute und die zentralen Einrichtungen der MPG, die jeweils zur Hälfte vom Bund und von der Ländergemeinschaft finanziert wurden.

⁵² Protokoll der 17. Sitzung des SAFPP vom 24.4.1985, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 212.SP, fol. 270 recto.

⁵³ Protokoll der 142. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.11.1987, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 142.VP, fol. 11–12.

⁵⁴ Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 13.

⁵⁵ Seefried, *Zukünfte*, 2015; Leendertz, *Ordnung schaffen*, 2008. Zur Planungseuphorie der 1960er-Jahre siehe Ruck, Kurzer Sommer, 2000.

⁵⁶ Ruck, Kurzer Sommer, 2000, 365–370.

⁵⁷ Rundschreiben von Friedrich Schneider an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 23.9.1968 betr. Mittelfristige Finanzplanung der MPG für die Jahre 1970–1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 207.

Instituts für Plasmaphysik oder die zukünftige Bedeutung der Kybernetik« – nicht hatten vorhersehen lassen.⁵⁸ Präsident Butenandt sprach im Juni 1970 mit Blick auf die Veränderungen in der westdeutschen Wissenschaftslandschaft sogar von einem »Planungs-Dschungel«. Mit dieser Formulierung verlieh er seiner »Befürchtung« Ausdruck, »daß wir schließlich in einen Zustand geraten, in dem mehr geplant als geforscht wird.«⁵⁹ Unter Butenandts Ägide war es mit Planung in der MPG nicht weit her. Als Generalsekretär Schneider die »Entwicklung der Forschungsbereiche der Max-Planck-Gesellschaft von 1960 [bis] 1972« bilanzierte, konstatierte er, dass diese »nicht das Ergebnis einer Planung« gewesen sei, »sondern historische Gründe habe«, die bis in die Zeiten der KWG zurückreichten, die »da begonnen [habe], wo man sich nennenswerte Ergebnisse erhoffte.«⁶⁰

4.3.1 Der Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung

Das sollte sich ab 1972 schlagartig ändern, und auch deswegen markiert dieses Jahr in der Geschichte der MPG eine Zäsur. Eine der Weichenstellungen der Satzungsreform von 1972 bestand darin, mit dem Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung (SAFPP) ein zentrales Koordinationsgremium für Planungsfragen zu schaffen. Butenandt hatte ein solches Gremium noch nicht zur Verfügung gestanden, weshalb er den »Besprechungskreis Wissenschaftspolitik« einberufen hatte, was jedoch intern auf Kritik gestoßen war, da die Statuten ein solches Küchenkabinett nicht vorsahen.⁶¹ Angesichts dieser Erfahrung hielt Lüst die Schaffung des SAFPP für erforderlich, »um die Planungen in einem kontinuierlichen und in der Satzung fest verankerten Gremium auf breiterer Basis vorbereiten zu können.«⁶²

Große Bedeutung, die weit über die in der Satzung formulierten Aufgaben hinausreichte, erlangte das relativ kleine Gremium dank seiner hochkarätigen personellen Zusammensetzung. Seine Mitglieder lassen sich in vier Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe gehörten beson-

ders angesehene Wissenschaftliche Mitglieder der MPG, darunter die drei ihre jeweilige Sektion repräsentierenden Vizepräsidenten. Die zweite Gruppe bildeten Männer aus der Wirtschaft, die im SAFPP die industrielle Forschung vertraten. Sie besaß allerdings zahlenmäßig kein großes Gewicht – anders als im Senat und im Verwaltungsrat, wo sie weitaus stärker vertreten war, als es dem Beitrag von Wirtschaft und Industrie zur Finanzierung der MPG entsprach.⁶³ Die dritte Gruppe bestand aus hochrangigen Wissenschaftspolitikern aus Bund und Ländern. Sie zu beteiligen erwies sich als kluger Schachzug, weil sich auf diese Weise die Planung der MPG mit den Haushaltsplanungen von Bund und Ländern abstimmen ließ. Die Präsidenten bzw. Vorsitzenden deutscher und internationaler Forschungsorganisationen – konkret: des französischen Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) und des britischen Science Research Council (SRC) – machten die vierte Gruppe aus. Sie war besonders wichtig, weil sie die Planungen der MPG mit denen anderer Akteure im westdeutschen Wissenschaftssystem und in Europa verzahnte.

Den Vorsitz im SAFPP führte qua Amt der Präsident. Mit Reimar Lüst hatte es seit 1972 ein Mann inne, der zu Recht als besonders planungsaffin galt.⁶⁴ Trotz seiner jungen Jahre – bei Amtsantritt war Lüst 49 Jahre alt und damit genau 20 Jahre jünger als sein Amtsvorgänger – blickte der Astrophysiker damals bereits auf eine beachtliche wissenschaftliche Laufbahn zurück, die ihn mit 37 zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG und mit 40 zum Direktor des Instituts für extraterrestrische Physik am MPI für Physik und Astrophysik gemacht hatte. Zudem hatte sich Lüst national wie international als »Wissenschaftsmacher« etabliert.⁶⁵ Von 1962 bis 1964 hatte der Astrophysiker als wissenschaftlicher Direktor der European Space Research Organisation und von 1968 bis 1970 als deren Vizepräsident amtiert. 1965 war er als Mitglied in den Wissenschaftsrat gewählt und 1970 in den Beratenden Ausschuss für Bildung und Wissenschaft beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft kooptiert worden. Den vorläufigen Höhepunkt seiner Karriere als Wissenschaftsorganisator stellte im

⁵⁸ Protokoll der 59. Sitzung des Senates vom 5.3.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 59.SP, fol. 12. Siehe dazu auch Drehbuch der Verwaltungsratssitzung vom 4.3.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 2–61 verso.

⁵⁹ Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11.6.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 9.

⁶⁰ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 6.

⁶¹ Balcar, *Wandel*, 2020, 176–177.

⁶² Sprechvorlage über die Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 46.

⁶³ Balcar, *Wandel*, 2020, 200–206. Siehe unten, Kap. IV.4.2.1 und Kap. IV.4.2.2.

⁶⁴ Die folgenden Angaben, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach Lebenslauf Professor Dr. rer. nat. Reimar Lüst, undatiert, Anlage zu: Reimar Lüst an Adolf Butenandt vom 20.10.1971, GVMPG, BC 204881, fol. 186–188.

⁶⁵ Die Bezeichnung nach Lüst und Nolte, *Wissenschaftsmacher*, 2008.

November 1969 seine Wahl zum Vorsitzenden des Wissenschaftsrats dar.⁶⁶ Damit erfüllte Lüst ein Auswahlkriterium, das Vizepräsident Konrad Zweigert im Vorfeld der Wahl stark gemacht hatte, nämlich »besondere Wissenschaftsmanager-Qualifikationen«.⁶⁷ Die MPG bekam mit Lüst einen jungen und überaus dynamischen Präsidenten, der als Wissenschaftler wie als Wissenschaftspolitiker im In- und Ausland hohes Ansehen genoss. Er beherrschte die Klaviatur der westdeutschen Wissenschaftspolitik, wie er es auch verstand, auf der Bühne der europäischen Wissenschaftsdiplomatie *bella figura* zu machen. Mit Reimar Lüst saß der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz.

Aufgrund seiner Erfahrungen als Wissenschaftsmanager war Lüst ein wahrer Meister der Gremienarbeit. Anders als Butenandt trachtete er nicht danach, stets selbst alle Fäden in der Hand zu behalten, sondern delegierte eine Reihe von Aufgaben an seine Stellvertreter. Den SAFPP machte Lüst zu seiner Schaltzentrale. In ihm liefen die Fäden aus den drei Sektionen und den vielen Kommissionen, die über die Zukunft einzelner Institute oder ganzer Forschungsfelder berieten, zusammen. So avancierte der SAFPP von 1972 bis 1984 zur de facto wichtigsten Steuerungsinstanz der MPG, auch wenn der Ausschuss nominell ein reines Beratungsgremium war, das Beschlüsse lediglich vorbereiten sollte.⁶⁸ Die hochkarätige Zusammensetzung, die Autorität des ihm vorstehenden Präsidenten sowie sanfter Druck auf die Sektionen, die einzelnen Institute in diesem Sinne zu beeinflussen, sorgten dafür, dass die für die jeweilige Entscheidung zuständigen Gremien in der Regel die »Empfehlungen« des SAFPP unverändert übernahmen.⁶⁹

Auf seiner ersten Sitzung am 15. Mai 1973 umriss Reimar Lüst das »Aufgabengebiet des Ausschusses«, wobei er drei Bereiche unterschied: In der »Sachplanung« galt es erstens, »Stand und Entwicklungstendenz der Forschung deutlich zu machen und auszuwerten, um daraus Vorschläge für die Priorität von Forschungsvorhaben zu erarbeiten«. Parallel dazu müsse das neue Gremium – zweitens – die personellen Möglichkeiten im Blick be-

halten, »da die Verfügbarkeit eines ausgezeichneten Wissenschaftlers für ein Sachvorhaben eine unverzichtbare Voraussetzung sei und auch in Zukunft bleiben müsse«. Bei aller Planung wollte die MPG also auch unter ihrem neuen Präsidenten nicht vom Harnack-Prinzip lassen, das bereits die Wissenschaftsförderung in der KWG geprägt hatte. Drittens schrieb Lüst dem Ausschuss die Aufgabe zu, »die Entwicklung in der Max-Planck-Gesellschaft für die Öffentlichkeit überschaubarer [zu] machen und die Grenzen von Planung im Bereiche der Grundlagenforschung [zu] verdeutlichen«.⁷⁰ Die MPG hatte aus den Fehlern ihrer jüngsten Vergangenheit gelernt, als ihr Intransparenz und fehlende Öffentlichkeitsarbeit in der Debatte um Satzungsreform und Mitbestimmung eine schlechte Presse beschert hatten.⁷¹

4.3.2 Die Politik der Flexibilisierung

Der Schwerpunkt der Arbeit des SAFPP lag in der Praxis auf dem ersten Aufgabengebiet, der Sachplanung. Dabei trat – je länger, desto stärker – die Frage in den Vordergrund, wie der Einstieg in neue Forschungsfelder finanziert werden konnte. Das umfasste nicht nur den Aufbau von Neuem, sondern zugleich die Abwicklung von Altem. Angesichts ausbleibender Haushaltszuwächse und eingeschränkter Einsparungsmöglichkeiten im laufenden Betrieb blieb der MPG nämlich kaum etwas anderes übrig, als bereits vorhandene Ressourcen umzuschichten – entweder durch die Schließung von Instituten bzw. einzelnen Abteilungen oder durch »eine Verschiebung der Schwerpunkte«.⁷² Die Generalverwaltung ging im Herbst 1973 davon aus, dass die »Entwicklung unserer Gesellschaft von einer allmählich abnehmenden Wachstumsrate und von dem Übergang zu einem weitgehend stationären Zustand gekennzeichnet ist«. Der »Erhaltung der Beweglichkeit der Gesellschaft« komme »gerade aufgrund dieser Entwicklung eine besondere Bedeutung zu«, um auch in Zukunft »neue Forschungsvorhaben mindestens alle zwei Jahre zu initiieren«.⁷³ Der Planungs-

⁶⁶ Lüst übernahm auch dieses Amt in einer schwierigen Zeit. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 113–119.

⁶⁷ Konrad Zweigert an Adolf Butenandt vom 13.5.1970, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 86.VP, fol. 102.

⁶⁸ Reimar Lüst an Hans Maier vom 20.12.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 218.SP, fol. 93.

⁶⁹ Z. B. Protokoll der 9. Sitzung des SAFPP vom 1.3.1978, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 205.SP, fol. 6–7. Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 16–17.

⁷⁰ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 5–6. Diesen Aspekt hatte Lüst bereits in einem Interview betont, das er der *Süddeutschen Zeitung* unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten gegeben hatte. Urban, Mehr Mitbestimmung, *Süddeutsche Zeitung*, 23.11.1971.

⁷¹ Balcar, *Wandel*, 2020, 198–199.

⁷² Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 8–9.

⁷³ Vermerk Nickel: Sprechvorlage für die 2. Sitzung des SAFPP vom 18.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 58–59.

ausschuss schlussfolgerte aus einer Bestandsaufnahme, »daß gerade die stagnierende Haushaltsentwicklung eine größere Beweglichkeit innerhalb der Gesellschaft erfordert«. Er drängte auf »eine strenge Prüfung der Fortführung von Forschungsvorhaben bei der Emeritierung von Institutsdirektoren« und auf »eine ständige Prüfung innerhalb der Institute selbst, ob Forschungsprojekte ggf. abgebrochen werden sollen«. ⁷⁴ *Flexibilisierung* – der Leitbegriff der inneren Entwicklung der MPG in der Ära Lüst – bedeutete also die grundsätzliche Bereitschaft, laufende Forschungsvorhaben aufzugeben, um mit den vorhandenen Ressourcen neue wissenschaftliche Projekte in Angriff nehmen zu können.

Den Flaschenhals bei Neugründungen stellten in zunehmendem Maße die Planstellen dar. Die »eigentliche Problematik unseres Haushalts« erblickte die Generalverwaltung im »Bereich der personellen Ressourcen«. ⁷⁵ Die Haushälter aus Bund und Ländern zögerten ab Mitte der 1970er-Jahre, neue Stellen zu bewilligen. Dadurch versuchten die »Finanzierungsträger«, wie Staatssekretär Haunschild erklärte, »die ungleichgewichtigen Entwicklungen von Personal- und Sachkosten zu bremsen«. ⁷⁶ Dieser Kurswechsel zeitigte gravierende Folgen für die MPG. Allein für die Jahre 1975 und 1976 klaffte »eine Lücke von insgesamt 120 Stellen«. ⁷⁷ Kurzfristig ließ sie sich mithilfe der Personalmittelreserve schließen, doch schob man »die eigentlichen Probleme« auf diese Weise nur vor sich her. Eine dauerhafte Lösung erschien nur »innerhalb des gegebenen personellen Rahmens der Institute« möglich. ⁷⁸ Auch wenn die Personalabteilung bezweifelte, dass sich durch interne Umschichtungen genügend Stellen freimachen ließen, um den Bedarf zu decken, gab es keinen anderen Ausweg, ⁷⁹ auch wenn das schmerzhaft Einschnitte bedeutete. ⁸⁰

In der Debatte über »die hierfür erforderlichen Methoden« standen sich zwei Positionen gegenüber: Die Vertreter der Politik empfahlen aus psychologischen

Gründen, »sich bei der Umverteilung von Personalstellen eines Systems von globalen Kürzungen zu bedienen [...], da dabei die Beweislast hinsichtlich der tatsächlichen Stellenbedürfnisse auf die Institute verlagert würde«. Damit stießen sie jedoch unter den Wissenschaftlern, die im SAFPP in der Mehrheit waren, auf einhellige Ablehnung. Zwar bezeichnete auch Lüst Kürzungen nach der »Rasenmähermethode« als »einfach in der Durchführung«, doch würden sie »den spezifischen Erfordernissen der Institute nicht gerecht werden«. ⁸¹ Die Mehrheit im SAFPP wollte stattdessen aus der Not eine Tugend machen und die sich ergebende Möglichkeit nutzen, um die in der MPG versammelten Forschungen einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Dafür griff sie auf ältere Überlegungen zurück, um »zu überdenken, welche Bereiche entbehrt werden können«. ⁸² Mit einem Mal kam alles auf den Prüfstand.

Die Mitglieder des SAFPP setzten zunächst ihre Hoffnung darauf, dass die 1972 eingeführte Befristung der Leitungsfunktionen der Wissenschaftlichen Mitglieder ihnen ihre Aufgabe erleichtern würde. Die Kommission, die das entsprechende Verfahren entwickeln sollte, entzog dem jedoch die Grundlage. Ihre Mehrheit sprach sich dafür aus, »die Begrenzung der Leitungsfunktion nicht als gezieltes Instrument der Forschungsplanung zu verwenden«, sondern stattdessen »das in der Satzung verankerte Prinzip der Kontinuität« zu wahren. ⁸³ Wegen der hartleibigen Interessenpolitik der Wissenschaftlichen Mitglieder, die ihre privilegierte Stellung mit allen Mitteln verteidigten, verpasste die MPG die einmalige Gelegenheit, die gerade von Lüst immer wieder beschworene »Flexibilität der Gesellschaft« zu verbessern. ⁸⁴ So gesehen, zahlte die MPG für ihr Festhalten am Harnack-Prinzip, das den Wissenschaftlichen Mitgliedern in ihrer internen Governance enormes Gewicht verlieh, einen hohen Preis. ⁸⁵

Aber auch in anderer Hinsicht stieß die Flexibilisierungsstrategie des SAFPP auf massive Schwierigkeiten.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Sprechvorlage für die 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 93.

⁷⁶ Protokoll der 4. Sitzung des SAFPP vom 5.11.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 449.

⁷⁷ Sprechvorlage für die 4. Sitzung des SAFPP vom 10.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 26. Zu den Berechnungen der zur Deckung des dringendsten Bedarfs in den kommenden Jahren fehlenden Planstellen siehe auch ebd., fol. 74–75.

⁷⁸ Ebd., fol. 26.

⁷⁹ Ebd., fol. 74.

⁸⁰ Protokoll der 4. Sitzung des SAFPP vom 5.11.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 448.

⁸¹ Ebd., fol. 449–450.

⁸² Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 27.6.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1947, fol. 94.

⁸³ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 10–11. Siehe dazu ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 236–243.

⁸⁴ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 2–58, Zitat fol. 13.

⁸⁵ Siehe unten, Kap. IV.4.

Im Wissenschaftsbereich gab es damals keine Vorbilder, an denen sich die MPG hätte orientieren können. Um Neugründungen durch die Umschichtung von Mitteln zu ermöglichen, musste die MPG Stellen über einen gewissen Zeitraum sozusagen ansparen, doch ließ sich diese Art von Vorratshaltung mit Planstellen nur schwer mit den Haushaltsordnungen der öffentlichen Hand vereinbaren.⁸⁶ Zu diesen administrativen Hürden kam die jeder Institution innewohnende Tendenz hinzu, die eigene Existenz auch in Zukunft zu sichern. Dieser Überlebensreflex war in den Max-Planck-Instituten besonders stark ausgeprägt, da die Wissenschaftlichen Mitglieder darin ihr Lebenswerk erblickten, das auch nach ihrer Emeritierung fortgeführt werden sollte. Pointiert formuliert, nahmen die Direktoren die Schließung der eigenen Abteilung oder des gesamten Instituts als Geringschätzung der wissenschaftlichen Lebensleistung wahr, als Ausweis ihres Scheiterns. Deswegen setzten sie alle Hebel in Bewegung, um die Fortführung ihrer Forschungsarbeit nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst sicherzustellen.⁸⁷ Hinzu kam, dass der stetig stärker werdende Schließungsdruck Zank zwischen den Sektionen hervorrief. So vermeinte etwa Alfred Gierer, Direktor am MPI für Virusforschung, die »Ernsthaftigkeit, bestimmte Institute in Frage zu stellen, [...] nur im Bereich der Biologisch-Medizinischen Sektion zu erkennen.«⁸⁸ Lüst war sich dieser Probleme bewusst: »Beweglichkeit im Einsatz des Stellenpotentials klingt als Forderung vielleicht vernünftig«, hatte der Präsident bereits Ende 1972 erklärt, »sie in der Praxis bei mehr als 50 Forschungsinstituten zu handhaben, ist selbst nach längerer Vorbereitung problematisch; sie von heute auf morgen durchzuführen, ist schlicht unmöglich.«⁸⁹

Eine besondere Herausforderung bestand darin, die Planung auf der zentralen Ebene mit den Vorhaben der einzelnen Institute zu verzahnen. Zu diesem Zweck beschritt der SAFPP zwei Wege: Zum einen bat der Präsident die Institute in einem Rundschreiben, »eine Darstellung der gegenwärtigen Arbeiten sowie der Vorhaben

und Projekte der nächsten fünf Jahre zu geben«,⁹⁰ wobei die Direktoren von zwei alternativen Entwicklungsszenarien ausgehen sollten. Deren Reaktionen auf eventuelle Stellenkürzungen fielen, wie zu erwarten gewesen war, kritisch aus,⁹¹ was der MPG-Spitze »in den bevorstehenden schwierigen Verhandlungen mit den Finanzierungsträgern nachdrückliche argumentative Unterstützung« bot.⁹² Zum anderen setzte der SAFPP verstärkt auf den Einsatz international besetzter Visiting Committees, um die Arbeit einzelner Institute und ganzer Forschungsbereiche evaluieren zu lassen, weil die im Wesentlichen aus Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG bestehenden Kuratorien und Kommissionen nicht selten geschönte Berichte vorlegten, die sich für die Frage der künftigen Weiterentwicklung als wenig hilfreich erwiesen.⁹³ Auf beiden Wegen hoffte die Generalverwaltung, besseren Einblick in das zu gewinnen, was in den Instituten voring.⁹⁴ Ohne dieses Wissen ließ sich die Entwicklung der MPG nicht zentral beeinflussen oder gar steuern.

Ein Instrument, das mit den gesteigerten Planungsaktivitäten in den 1970er- und 1980er-Jahren auch in der MPG an Bedeutung gewann, war die Mittelfristige Finanzplanung. Die Planung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand über einen mehrjährigen Zeitraum sollte, so der Kerngedanke dieses 1967 eingeführten Instruments, einen effizienteren Einsatz staatlicher Mittel gewährleisten. Zur Ergänzung des jährlichen Haushaltsplans wurden die Ausgaben und Einnahmen für einen Zeitraum von fünf Jahren angegeben, der mit dem vorangegangenen Haushaltsjahr einsetzte, das laufende Haushaltsjahr einschloss und drei weitere Jahre in die Zukunft reichte. Dadurch sollten finanzpolitische Prioritäten gesetzt, die Kosten und Folgekosten von projektierten Maßnahmen aufgedeckt und die Planungen verschiedener Träger frühzeitig miteinander koordiniert werden.⁹⁵ Die MPG war zunächst skeptisch gewesen und hatte erst im Herbst 1968 einen ersten mittelfristigen Finanzplan vorgelegt.⁹⁶ Mit der Gründung des SAFPP erhielt die Mittel-

⁸⁶ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 2–58, Zitat fol. 12.

⁸⁷ Ein Beispiel für diese Haltung bei Schöttler, *MPI für Geschichte*, 2020, 110–123.

⁸⁸ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 26.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 3–24, fol. 18.

⁸⁹ Protokoll der 73. Sitzung des Senates vom 29.11.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 73.SP, fol. 15.

⁹⁰ Protokoll der 5. Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 365.

⁹¹ Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 181–186.

⁹² Protokoll der 5. Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 365–366.

⁹³ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 5.11.1975, ebd., fol. 455–456; Sprechvorlage für die 4. Sitzung des SAFPP vom 10.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 35–36.

⁹⁴ Siehe am Beispiel der Vermarktung von Forschungsergebnissen Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 25.

⁹⁵ *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft*, 1967. Zavelberg, *Mehrfährige Finanzplanung*, 1970.

⁹⁶ Rundschreiben Friedrich Schneiders an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 23.9.1968, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 207–222.

fristige Finanzplanung größeres Gewicht, denn mit ihrer Hilfe sollte der Ausschuss eigene Planungen durchführen und substantiieren können. Dadurch verwandelte sich die zuvor oft gescholtene Finanzplanung von einer lästigen Pflichtübung in ein Werkzeug zur Weiterentwicklung der MPG.⁹⁷

Zwei Faktoren verhinderten jedoch, dass sich die Hoffnungen der MPG erfüllten, im Wege der »MifriFi« Bund und Länder auf verlässliche Haushaltszusagen – und dementsprechende Haushaltszuwächse – festlegen zu können. Zum einen beschränkte die Entwicklung der öffentlichen Kassen den Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung. So lagen, um nur ein Beispiel zu nennen, die Anforderungen der MPG für die Jahre 1972 bis 1976 »so hoch«, dass das Planwerk in den Augen von Manfred Meinecke, dem Leiter der Finanzabteilung, »als überholt betrachtet werden muß«.⁹⁸ In den folgenden Jahren ging die Schere zwischen dem, was die MPG meinte, für die weitere gedeihliche Entwicklung der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik fordern zu müssen, und den Beträgen, die die Haushälter der öffentlichen Hand angesichts schwindender Staatseinnahmen und wachsender Staatsausgaben bewilligen zu können glaubten, immer weiter auseinander. Zum anderen stellte sich heraus, dass auf Zusagen von Bund und Ländern immer weniger Verlass war, je länger die Wirtschafts- und Finanzkrise andauerte. Die MPG, die mit den einmal bewilligten Finanzmitteln und Stellen fest rechnete, geriet dadurch immer wieder in die Bredouille. Als beispielsweise der Bundestag 1980 eine deutliche Kürzung des bereits bewilligten Stellenhaushalts der MPG beschloss, sah sich die MPG »zu Überlegungen gezwungen, ob und in welcher Weise die in den mittelfristigen und langfristigen Planungen vorgesehenen Forschungsvorhaben verwirklicht werden können«; man war vor die Notwendigkeit gestellt, »gegebenenfalls auch neue Prioritäten [zu] setzen«.⁹⁹ Die Mittelfristige Finanzplanung machte den Haushalt der MPG mitnichten planbarer, vor allem dann nicht, wenn es um Zuwächse ging.

Es gab aber auch einen Hoffnungsschimmer: die Altersstruktur der Wissenschaftlichen Mitglieder. Eine Bestandsaufnahme im Frühjahr 1975 ergab, dass mehr als

50 von ihnen zwischen 60 und 68 Jahre alt waren; man schätzte, dass mindestens die Hälfte in den nächsten fünf Jahren emeritiert würden und dass bis 1983 weitere 20 bis 25 Emeritierungen anstünden.¹⁰⁰ Da eine Abteilung und manchmal sogar ein ganzes Institut mit dem Direktor bzw. der Direktorin stand und fiel – hier entfaltete das aus der KWG übernommene Harnack-Prinzip nach wie vor seine volle Wirkung –, die Leitungspersonen während ihrer aktiven Dienstzeit nach ebendiesem Prinzip aber praktisch unantastbar waren, bot sich allein im Moment ihres Ausscheidens aus dem aktiven Dienst die Möglichkeit für eine Reallokation von Ressourcen innerhalb der MPG. Die Kumulation von Emeritierungen ermöglichte umfassende »Zukunftsüberlegungen«, ging man doch davon aus, »daß etwa ein Drittel des Forschungspotentials der Max-Planck-Gesellschaft in allernächster Zukunft in den Organen und Gremien der Max-Planck-Gesellschaft zur Diskussion stehen wird«.¹⁰¹ Die Generalverwaltung sah darin »eine Chance, vielleicht die einzige Chance für die Max-Planck-Gesellschaft, trotz stationärer Entwicklung des Stellenplans auch in Zukunft ein gewisses Maß an Beweglichkeit für die Disposition der Forschung in unseren Instituten zu erhalten«.¹⁰²

Bei der Umsetzung der MPG-internen Umschichtung von Mitteln und insbesondere bei der Entscheidung, welche Forschungsbereiche zu diesem Zweck eingestellt werden sollten, wirkten verschiedene Organe wie ein Orchester zusammen, wobei der SAFPP die Rolle des Dirigenten übernahm. Den Sektionen, in deren Zuständigkeit Berufungsfragen fielen, kam im Planungsprozess die Aufgabe zu, »das Spektrum der gegenwärtigen Schwerpunkte der Forschung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft einer eingehenden Beratung [zu] unterziehen« und im Kontext anstehender Emeritierungen die »ersten Vorstellungen zur Schwerpunktbildung« zu entwickeln.¹⁰³ Als »Orientierung« sollten den Sektionen jene »Schwerpunkte der Entwicklung« dienen, die der SAFPP erarbeitet hatte. Das Ziel seiner Beratungen lautete, »sich in absehbarer Zeit weitere Klarheit über die ›Probleminstitute‹ zu verschaffen«.¹⁰⁴ Eine Vorlage, die die Generalverwaltung erstellt hatte, teilte die bestehenden Max-Planck-Institute in drei Gruppen ein: erstens »Institute, die gegenwärtig für die

97 Vermerk Nickel: Sprechvorlage für die 2. Sitzung des SAFPP vom 18.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 63; Protokoll der 11. Sitzung des SAFPP vom 16.1.1980, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 207.SP, fol. 32.

98 Vermerk Manfred Meinecke vom 4.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 117–120, Zitat fol. 118.

99 Protokoll der 11. Sitzung des SAFPP vom 16.1.1980, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 207.SP, fol. 4–5.

100 Diese Angabe nach Ergänzung zur Sprechvorlage zur 5. Sitzung des SAFPP am 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol.32–36.

101 Ebd., fol. 35.

102 Ebd., fol. 35–36.

103 Protokoll der 5. Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 366.

104 Ebd., fol. 381.

Überlegungen und Maßnahmen zur Planung keinen Ansatz erkennen lassen«,¹⁰⁵ zweitens »Institute, zu deren künftiger Entwicklung sich Fragen mit Bezug auf wissenschaftliche Orientierung, Größenordnung und Struktur ergeben«,¹⁰⁶ und drittens »Institute, zu deren künftiger Entwicklung unter Gesichtspunkten der wissenschaftlichen Orientierung, des Umfangs und der Struktur Entscheidungen erforderlich und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten sind«.¹⁰⁷ Die Aufstellung ergab, dass sich in der MPG bis Mitte der 1970er-Jahre zahlreiche Probleme angehäuft hatten, die zuvor nicht offen zutage getreten oder vom Glanz der Neugründungen überstrahlt worden waren. In Zeiten knapper Kassen erwiesen sich diese Problemfälle mit einem Mal als Chance für die MPG, denn aus dieser Konkursmasse ließ sich gegebenenfalls Neues schaffen.

Auf diese Weise gelang es dem SAFPP – wenn auch erst nach langen und kontroversen Debatten –, einen erheblichen Teil des Stellenbedarfs, der in Lüst's zwölftjähriger Amtszeit anfiel, »aus dem gegebenen Plafond der Gesellschaft verfügbar zu machen«.¹⁰⁸ Das war eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit eine Reihe großer Institute arbeitsfähig gemacht werden musste, deren Gründung noch unter Butenandt beschlossen worden war. Dafür trennte sich die MPG nicht nur weitgehend von der landwirtschaftlichen Forschung,¹⁰⁹ sondern auch von einer Reihe anderer traditionsreicher Einrichtungen, beispielsweise dem Institut für Werkstoffwissenschaft am MPI für Metallforschung oder dem Institut für Elektronenmikroskopie am Fritz-

Haber-Institut; selbst die Abteilung von Jürgen Aschoff am MPI für Verhaltensphysiologie in Seewiesen wurde nach seiner Emeritierung geschlossen, obwohl Aschoff in den 1960er- und 1970er-Jahren eine der prägenden Persönlichkeiten der MPG gewesen war.

Trotz einer Fülle von Hindernissen und Widerständen gelang es der MPG unter Federführung des SAFPP, Ressourcen in beachtlichem Maße umzuschichten. Genau dies machte den Kern der Erfolgsbilanz von Reimar Lüst aus. Als er 1984 nach zwei Amtszeiten aus dem Präsidentenamt ausschied, verkündete er vor der abermals in Bremen tagenden Festversammlung der MPG nicht ohne Stolz: »Insgesamt konnten in den vergangenen zwölf Jahren zehn neue Institute gegründet werden. Darüber hinaus haben sieben zeitlich befristete Projektgruppen ihre Arbeit aufgenommen. Dies war nur möglich, indem mehr als 600 Personalstellen aus bestehenden und geschlossenen Instituten freigemacht und neuen oder vorhandenen Instituten zugeführt wurden. Während dieses Zeitraums wurden zwanzig Institute, Abteilungen und Forschungseinrichtungen in der Max-Planck-Gesellschaft geschlossen.«¹¹⁰

4.3.3 Das Ende der Planungseuphorie

Die Strategie, die Erneuerungsfähigkeit der MPG durch die interne Umschichtung von Ressourcen zu gewährleisten, kam mit dem Präsidentenwechsel im Jahr 1984 an ihr Ende. Nach zwölf Jahren als Präsident übergab Reimar Lüst, der die Geschicke der MPG in seiner Amtszeit in

105 Zu dieser Gruppe zählten aus der Biologisch-Medizinischen Sektion das MPI für molekulare Genetik, das MPI für biologische Kybernetik, das MPI für Immunbiologie, das MPI für Virusforschung, das MPI für Zellbiologie sowie die Forschungsstelle Vennesland und die Forschungsstelle für Psychopathologie und Psychotherapie; aus der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion gehörten dazu das MPI für Aeronomie, das MPI für Meteorologie, das MPI für Astronomie, das MPI für Radioastronomie, das MPI für Physik und Astrophysik (hier die Institute für Astrophysik und extraterrestrische Physik), das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), das MPI für Eisenforschung, das MPI für Kohlenforschung, das Gmelin-Institut sowie das MPI für biophysikalische Chemie, das MPI für Festkörperforschung und das MPI für Metallforschung; aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion (GWS) waren es das MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das MPI für ausländisches und internationales Strafrecht, das MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, das MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, das MPI für europäische Rechtsgeschichte sowie die Bibliotheca Hertziana und das MPI für Geschichte. Notiz von Beatrice Fromm an die Vizepräsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP am 15.5.1975, hier: Bericht der Vizepräsidenten zu den Stellungnahmen der Institutsleitungen zum Rundschreiben Nr. 1/1975 vom 7.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 38–40, 42, 87 u. 120.

106 Zu dieser Gruppe, die nur aus Instituten der BMS bestand, zählten das MPI für Biochemie, das MPI für experimentelle Medizin, das MPI für medizinische Forschung, das MPI für physiologische und klinische Forschung, das MPI für Psychiatrie, das MPI für Verhaltensphysiologie und das MPI für Biologie. Ebd., fol. 53, 100 u. 127.

107 Zu dieser Gruppe zählten aus der BMS das MPI für Pflanzengenetik, das MPI für Züchtungsforschung, das MPI für Ernährungsphysiologie, das MPI für Systemphysiologie, das MPI für Hirnforschung, das MPI für Biophysik, das MPI für Limnologie und das Friedrich-Miescher-Laboratorium; aus der CPTS das MPI für Kernphysik, das Institut für Physik des MPI für Physik und Astrophysik, das MPI für Chemie, das Fritz-Haber-Institut und das MPI für Strömungsforschung; und aus der GWS das MPI für Bildungsforschung sowie das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Ebd., fol. 71, 110 u. 135.

108 Vermerk Fromm: Sprechvorlage zur 6. Sitzung des SAFPP vom 23.10.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 202.SP, fol. 36–61, Zitat fol. 38.

109 Schwerin, *Biowissenschaften*, in Vorbereitung.

110 Ansprache Reimar Lüst's in der Festversammlung der MPG in Bremen am 29.6.1984, zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 575.

ähnlich starkem Maße geprägt hatte wie zuvor Adolf Butenandt, das Amt an Heinz A. Staab. Wie schwer es der MPG fiel, Lüst zu ersetzen, zeigt schon der Umstand, dass die Kommission, die im November 1982 zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten eingesetzt worden war, ernsthaft eine Satzungsänderung erwo, »um dadurch die Möglichkeit einer Wiederwahl des amtierenden Präsidenten zu eröffnen«.¹¹¹ Dazu kam es freilich nicht. Ebenso verwarf die Wahlkommission den Gedanken, »für das Präsidentenamt eine außerhalb der Gesellschaft – möglicherweise im Ausland – tätige Persönlichkeit zu gewinnen, um den internationalen Charakter der Gesellschaft zu betonen und ihre Beziehungen zu Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen im Ausland zu stärken«; zur Begründung führte man die Rolle der MPG in der Wissenschaftspolitik und »ihr besonderes Verhältnis zu Bund und Ländern als Finanzierungsträger« an. Nachdem einige favorisierte Kandidaten signalisiert hatten, »daß sie eine Wahl nicht annehmen würden«, verfiel die Kommission schließlich auf den Chemiker Heinz A. Staab, Direktor und Abteilungsleiter am MPI für medizinische Forschung in Heidelberg.¹¹²

Aus drei Gründen war der Kommission mit diesem Vorschlag kein großer Wurf gelungen. Erstens war Staab zwar ein hoch angesehener Wissenschaftler, aber bis zu seiner Wahl zum MPG-Präsidenten noch nicht an exponierter Stelle als Wissenschaftspolitiker in Erscheinung getreten.¹¹³ Zweitens wollte Staab seine Forschungen auch während seiner Amtszeit fortsetzen, also nur eine Art Teilzeitpräsident sein. Dies stand im Widerspruch zum Anforderungsprofil, das die Wahlkommission formuliert hatte, in dem es unter anderem hieß, »daß das Präsidentenamt auch künftig ein Hauptamt bleiben muss und nebenamtlich nicht wahrgenommen werden kann«.¹¹⁴ Drittens verpasste die MPG die Gelegenheit, mit

der Wahl eines ausländischen Wissenschaftlers oder gar einer Präsidentin ein Zeichen der Internationalisierung bzw. der gesellschaftlichen Modernisierung zu setzen. Staab erwies sich – im Kontrast zu seinen Amtsvorgängern – als schwacher Präsident, dem es nicht gelang, der MPG seinen Stempel aufzudrücken. Anders als Butenandt und Lüst wollte Staab im Grunde gar nicht gestalten. Zunächst führte er die Politik seines Amtsvorgängers fort, durch interne Umschichtung von Ressourcen neue Forschungseinrichtungen gründen zu können. Er agierte dabei jedoch halbherzig und ließ es bei Appellen an die Wissenschaftlichen Mitglieder bewenden, ihre Institute bzw. Abteilungen bei Emeritierung »besenrein« zu übergeben, das heißt Mitarbeiterstellen nicht durch unbefristete Anstellungen zu blockieren. In einer Reihe von Fällen verhallten diese Appelle ungehört, wie Staab selbst wiederholt konsterniert konstatieren musste – so etwa in seinem Bericht vor dem Wissenschaftlichen Rat vom 30. Januar 1986, einer Philippika wider das unsolidarische Verhalten seiner Kollegen.¹¹⁵

Entnervt von solchem »Mangel an Loyalität der Max-Planck-Gesellschaft gegenüber«,¹¹⁶ aber auch von den Mühen, die die Schließung bestehender Forschungseinrichtungen mit sich brachten, leitete Staab wenig später eine Kehrtwende in der Forschungspolitik der MPG ein. Das in der Haushaltsplanung »hervorgehobene Ziel« bestand nunmehr in der »Sicherung des Status quo«. Dies bedeutete, dass bestehende Einrichtungen nicht mehr überprüft und gegebenenfalls geschlossen werden sollten, um mit diesen Ressourcen Neues zu schaffen; Staab setzte stattdessen auf eine »Konzentration auf Ersatzberufungen an die bestehenden Institute«, die seiner Ansicht nach ebenfalls »wissenschaftliche Erneuerung einschließe«.¹¹⁷ Nunmehr rangierte Besitzstandswahrung vor Innovation, damit verlor der SAFPP sein wichtigstes Betätigungsfeld.

111 Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit von 1984 bis 1990 vom 30.9.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 3, fol. 65–68, Zitat fol. 66.

112 Ebd., fol. 65–68.

113 Von 1966 bis 1968 hatte Staab als Dekan und von 1968 bis 1970 als Prorektor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gewirkt, von 1976 bis 1979 war er Mitglied des Wissenschaftsrats und 1981/82 Vorsitzender der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, doch die Leitungsebene der in der »Heiligen Allianz« zusammengeschlossenen wichtigsten deutschen Wissenschaftsorganisationen war ihm bis 1986 verschlossen geblieben. Guggolz, Heinz A. Staab, 1999.

114 Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit von 1984 bis 1990 vom 30.9.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 3, fol. 65–68.

115 Bericht des Präsidenten im Wissenschaftlichen Rat der MPG vom 30.1.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 213.SP, fol. 245–253.

116 Ebd., fol. 247.

117 Protokoll der 19. Sitzung des SAFPP vom 20.5.1987, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 214.SP, fol. 9. Dieser Kurswechsel hatte sich bereits in den »haushaltspolitischen Leitlinien« angekündigt, die der Verwaltungsrat angesichts der herrschenden Finanznot im November 1986 aufstellte. »Neuvorhaben können, unabhängig von der fachlichen Bewertung der einzelnen Projekte, aus der Grundfinanzierung vorerst nicht durchgeführt werden«, hieß es dort. »Die durch Emeritierungen freiwerdenden Stellen und Mittel sind in vollem Umfang erforderlich, um durch Ersatzberufungen die Arbeitsfähigkeit der bestehenden Institute zu erhalten.« Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.11.1986 in München, betr.: Punkt 4.3 der Tagesordnung/Haushaltspolitische Leitlinien der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 139.VP, fol. 146.

Zum Bedeutungsverlust des SAFPP in der Ära Staab trugen drei weitere Faktoren bei. Erstens war der Ausschuss über die Jahre aus einem kleinen, personell exzellent besetzten Thinktank zu einem Gremium von über 20 Mitgliedern angewachsen. Je mehr Personen mit am Tisch saßen, desto schwieriger wurde es, die Vertraulichkeit der Beratungen zu gewährleisten. Das führte dazu, dass dem SAFPP besonders sensible Dokumente, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, zusehends vorenthalten wurden. Angesichts des erheblich vergrößerten Kreises fiel es den Mitgliedern zudem deutlich schwerer, unkonventionelle Vorschläge zu machen – sei es, um nicht als in der Sache unkundig zu erscheinen, sei es, um nicht damit zitiert zu werden.

Zweitens verlor der SAFPP schrittweise seine internationalen Mitglieder, die einige originelle Vorschläge eingebracht hatten. Als 1981 der Generalsekretär des CNRS von seinem Amt zurücktrat, gelang es nicht, seinen Nachfolger für eine Mitwirkung im SAFPP zu gewinnen.¹¹⁸ Angesichts der seltenen Anwesenheit des Vorsitzenden des SRC, verzichtete die MPG-Führung ab 1986 auch auf die Mitwirkung von britischer Seite. Dieser Entscheidung lag die Überlegung der Generalverwaltung zugrunde, »daß die zunehmend auf interne Probleme gerichteten Aufgaben des Ausschusses einen jedenfalls vorübergehenden Verzicht auf die Einbeziehung ausländischer Ratgeber rechtfertigen würden«. ¹¹⁹ Außerdem war der Aufwand für die Mitwirkung von Wissenschaftspolitikern aus dem europäischen Ausland »in der Tat erheblich« gewesen. Für beide Mitglieder mussten Dolmetscher zu den Sitzungen des SAFPP hinzugezogen und die schriftlichen Vorlagen ihnen »in Vorgesprächen am Tage vor den Sitzungen mündlich noch einmal ausführlich erläutert« werden, was Beatrice Fromm aus der Generalverwaltung oder Präsident Lüst höchstselbst besorgt hatten.¹²⁰ Durch den Verzicht auf die Mitwirkung ausländischer Mitglieder, an der Reimar Lüst besonders gelegen gewesen war, fand so etwas wie ein Stück Re-Nationalisierung, ja Provinzialisierung des Ausschusses statt.

Drittens verzeichnete der Haushalt der MPG ab Mitte der 1980er-Jahre wieder reale Zuwächse, die zwar bescheiden ausfielen, aber doch perspektivisch Spielräume für Neugründungen eröffneten. Der Druck, Altes zu

beenden, um Neues beginnen zu können, ließ somit spürbar nach. Zu dieser Entwicklung trug bei, dass die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes in den 1980er-Jahren deutlich unter denen der 1970er-Jahre lagen und dass die Inflationsrate sank. Als »die für 1988 und 1989 vereinbarten Tariferhöhungen niedriger als erwartet ausgefallen« waren, nutzte die MPG den so entstandenen finanziellen Spielraum, um ihr »Geräte-Modernisierungsprogramm« voranzutreiben.¹²¹ Auf diese Weise blieb von den nominellen Haushaltszuwächsen real mehr übrig. Hinzu kam, dass es Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) gelang, die MPG von pauschalen Kürzungsmaßnahmen auszunehmen,¹²² mit denen die unionsgeführte Bundesregierung die Staatsverschuldung einzudämmen gedachte. Mittel im großen Stil intern umzuschichten erwies sich deswegen in Staabs Amtszeit nicht mehr als unumgänglich. Der Bonner Bildungsgipfel vom 21. Dezember 1989 beendete schließlich die finanzielle Stagnation. Die öffentliche Hand fand sich bereit, der MPG für die Jahre von 1991 bis 1995 einen jährlichen Haushaltszuwachs von 5 Prozent zu garantieren, wodurch die MPG erstmals in ihrer Geschichte eine mittelfristige Planungssicherheit in ihrem Haushalt zu haben schien.¹²³ Dass es anders kommen sollte, ahnte damals noch niemand.

4.4 Neue Forschungseinrichtungen in Zeiten knapper Kassen

Die Entscheidung, in welche Forschungsfelder eine Institution einsteigen soll, ist die Königsdisziplin der Planung im Bereich der Wissenschaft. So bestand denn auch der eigentliche Gründungszweck des SAFPP darin, den Senat zu beraten, welche Institute neu gegründet werden sollten, um den Anschluss an die modernsten Entwicklungen und die neuesten Trends in der Wissenschaft nicht zu verpassen, Innovationschancen wahrzunehmen und die MPG auch international konkurrenzfähig zu halten. Kein einfacher Auftrag, denn es gab im Bereich der Forschung kaum Vorbilder, an denen sich der SAFPP hätte orientieren können. Wie ihr Präsident Julius Speer erklärte, hatte »der Versuch der Deutschen Forschungsgemeinschaft,

118 Vermerk von Beatrice Fromm, betr.: Besuch beim CNRS am 27.2.1985 vom 25.2.1985, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 213.SP, fol. 75–76.

119 Vermerk von Beatrice Fromm für den Präsidenten, betr.: Mitgliedschaft des Vorsitzenden des Science and Engineering Research Council im SAFPP vom 24.1.1986, ebd., fol. 73.

120 Ebd.

121 Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 11.

122 Protokoll der 141. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11.6.1987, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 141.VP, fol. 13.

123 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 10.

durch systemanalytisches Vorgehen zu Planungstechniken zu kommen, zu keinem Ergebnis geführt.¹²⁴

Gleichwohl lagen dem Ausschuss viele Gründungsanträge aus der MPG, aber auch von außen vor. Also ging es zunächst darum, Prioritäten zu setzen. Bereits in seiner ersten Sitzung nahm der SAFPP wichtige Weichenstellungen vor: Zum einen verständigten sich die Mitglieder darauf, »daß die Sachüberlegungen mit den Personalüberlegungen synchron laufen sollten«. Zum anderen sollten die »Anträge auf Neuvorhaben« in drei Kategorien eingeteilt werden: Die Anträge in Kategorie I wurden ohne weitere Debatten verworfen, über die in Kategorie II wollte man weitere Überlegungen anstellen und zu den Anträgen in Kategorie III sollten »konkrete Verfahren in den Organen« eingeleitet werden.¹²⁵ Angesichts der ausbleibenden Haushaltszuwächse sah sich das Gremium allerdings bald mit einer weiteren Frage konfrontiert: nämlich über neue und finanziell weniger aufwendige Formen der Forschungsförderung nachzudenken.

4.4.1 Befristete Projektgruppen als neues Instrument der Forschungsförderung

Seit den Tagen der KWG bestand der »klassische« Weg, neue Forschungsfelder zu erschließen oder bestehende Forschungsfelder zu erweitern bzw. zu vertiefen, in der Gründung eines Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Instituts. Da dies der MPG nach 1972 angesichts des enger werdenden Finanzrahmens nur noch sehr eingeschränkt möglich war, sahen sich ihre Gremien schon bald gezwungen, über alternative Formen der Wissenschaftsförderung nachdenken. Problematisch erschien im Licht ausbleibender Haushaltszuwächse nicht zuletzt die »hohe, 20- bis 25jährige Lebensdauer der Institute«. Deshalb lag der Gedanke nahe, kurzlebige Forschungseinheiten »für einen Zeitraum von fünf Jahren ins Leben zu rufen«.¹²⁶

Solche befristeten Forschungseinrichtungen stellten kein absolutes Neuland für die MPG dar. Ein Pilotprojekt

etwa war das 1969 in Tübingen eingerichtete Friedrich-Miescher-Laboratorium für selbstständige Arbeitsgruppen, in dem »jüngeren, besonders qualifizierten Wissenschaftlern Gelegenheit gegeben« wurde, »sich in völliger Unabhängigkeit in einer auf drei bis fünf Jahre befristeten Tätigkeit für die Berufung auf einen Lehrstuhl oder eine äquivalente Stellung – etwa zum Wissenschaftlichen Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft – zu qualifizieren«.¹²⁷ Ein Jahr später folgten vier weitere selbstständige Arbeitsgruppen, die im Umfeld des MPI für molekulare Genetik entstanden. Bis 1975 wuchs die Zahl der befristeten Projektgruppen auf zwölf an, die »im Wesentlichen auf dem Gebiet der Molekularbiologie« tätig waren.¹²⁸ Neu war nun, dass befristete Einrichtungen nicht mehr nur für den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern für gestandene Forscher:innen eingerichtet wurden. Dafür spielten Vorbilder aus dem europäischen Ausland eine nicht unwichtige Rolle, beispielsweise die vom Medical Research Council in Großbritannien geschaffenen »Units« – kleinere, auf Zeit eingerichtete Forschungseinheiten mit einem Leiter und jeweils drei bis vier Wissenschaftlern, von denen seinerzeit bereits über 100 auf der Insel existierten. Sir Brian Flowers zufolge, dem Vorsitzenden des SRC, hatten sich die »Units« in der Praxis bewährt, weshalb man in England die »kurzfristige Förderung einzelner Arbeitsgruppen [...] als notwendige komplementäre Förderung zu den Instituten der Universität und anderen Einrichtungen langfristiger Förderung« ansah.¹²⁹

Der SAFPP beschloss »eine ernsthafte Prüfung eines Förderungssystems für begrenzte Zeit«. Der zu diesem Zweck eingesetzte Unterausschuss »zur Frage künftiger Förderungsmethoden durch die Max-Planck-Gesellschaft«¹³⁰ empfahl nach der ersten Sitzung am 26. Oktober 1973, dass die MPG befristete Projektgruppen einrichten sollte, »um die langfristige Bindung von Betriebs- und Investitionsmitteln bei neuen interessanten Projekten zu vermeiden und auf diese Weise die Mobilität der Max-Planck-Gesellschaft auch bei abnehmenden Wachstumsraten zu erhalten«.¹³¹ Das sollte geschehen, wenn sich

124 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 15.5.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 15.

125 Ebd., fol. 16.

126 Ebd., fol. 12.

127 Notiz von Beatrice Fromm für den Präsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, hier: Bericht der Vizepräsidenten zu den Stellungnahmen der Institutsleitungen zum Rundschreiben NR. 1/1975 vom 9.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 84. Zum Friedrich-Miescher-Laboratorium siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1070–1072; Knippers, Friedrich-Miescher-Laboratorium, 1971.

128 Notiz von Beatrice Fromm für den Präsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, hier: Bericht der Vizepräsidenten zu den Stellungnahmen der Institutsleitungen zum Rundschreiben Nr. 1/1975 vom 9.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 83–85, Zitat fol. 84.

129 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 26.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 12.

130 Ebd., fol. 15.

131 Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 56–59, Zitat fol. 57.

ein Forschungsvorhaben nicht für die Gründung eines Max-Planck-Instituts eignete, wenn das Thema »von den Universitäten z. Zt. noch nicht wahrgenommen werden« konnte oder falls eine »Übergangsphase« bis zur Gründung eines Instituts erforderlich erschien. Für die Leitung der Arbeitsgruppen sollten »Hochschullehrer« gewonnen werden, die für diesen Zweck von ihren Universitäten zu beurlauben waren, während für »das übrige Personal« von vornherein »nur eine befristete Anstellung in Betracht« kam.¹³² Nach seiner zweiten Sitzung legte der Unterausschuss im Oktober 1974 eine »Untersuchung über die Möglichkeiten der Förderung befristeter Projektgruppen durch die Max-Planck-Gesellschaft« vor,¹³³ in der er seine Überlegungen präziserte.

Mit ihrem Vorstoß kam die MPG allerdings zwei anderen Akteuren im westdeutschen Forschungssystem ins Gehege, nämlich der DFG, die die Finanzierung befristeter Projektgruppen als ihre Domäne begriff, und den Universitäten, auf deren Personal die MPG für ihre befristeten Forschungseinrichtungen zurückgreifen wollte. Die Reaktionen fielen heftig aus. »Die Erhaltung der Beweglichkeit der MPG bei abnehmenden Wachstumsraten [...] ist zweifellos wünschenswert«, hieß es aus dem DFG-Präsidium, »erscheint aber nicht als geeignetes Kriterium für die prinzipielle Abgrenzung zwischen den Förderungsmaßnahmen von DFG und MPG.« Bei den geplanten Projektgruppen handele es sich »nach der bisherigen Aufgabenverteilung zwischen MPG und DFG im Rahmen der allgemeinen Forschungsförderung um eine typische DFG-Aufgabe«.¹³⁴ Deswegen forderte die DFG bei ihrer Einrichtung ein Mitsprache-, ja sogar ein Veto-recht. Ähnlich scharf ging das bayerische Kultusministerium, das sich zum Gralhüter der universitären Interessen aufschwang, mit dem Vorstoß der MPG ins Gericht. Staatssekretär Erwin Lauerbach (CSU) kritisierte, es sei »nichts damit gewonnen, daß arbeitsrechtliche Probleme (z. B. das Problem des befristeten Arbeitsvertrages) von der Max-Planck-Gesellschaft um den Preis abgewendet werden, daß sie dann bei den wissenschaftlichen Hochschulen der Länder entstehen«. Insbesondere stieß sich Lauerbach daran, »daß das leitende Personal für die Pro-

jektgruppen möglichst im Wege der teilweisen Beurlaubung von den Hochschulen gewonnen werden sollte«. Da »in vielen Bereichen der Hochschule Schwierigkeiten bezüglich der Lehrkapazität« bestünden, können »weder eine Beurlaubung noch die Genehmigung für eine etwaige Nebentätigkeit bei der Max-Planck-Gesellschaft schon im Voraus erwartet werden«.¹³⁵

Lüsts Antworten waren kleine diplomatische Meisterwerke. Der MPG-Präsident betonte, die MPG verfolge mittels intensivierter Kooperation mit den Universitäten das »Ziel optimaler Nutzung des Forschungspotentials in der Bundesrepublik«, was »angesichts zunehmend begrenzter finanzieller Ressourcen« geboten sei. Zudem könne die MPG kaum »mehr als ein halbes Dutzend Projektgruppen gleichzeitig unterhalten«, und »in diesem bescheidenen Rahmen müßte die Problematik einer temporären Entlastung von Hochschullehrern im Bereich der Lehre durch Vereinbarungen, die, den jeweils gegebenen Erfordernissen angemessen, zwischen Kultusverwaltung, Universität und Max-Planck-Gesellschaft zu treffen wären, zu bewältigen sein«.¹³⁶ Der DFG schrieb Lüst, »daß wir uns der möglichen Gefahr solcher Überschneidungen natürlich völlig bewußt sind«, weshalb »eine eingehende Abstimmung mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Voraussetzung« dafür sei, dass die MPG »den Weg der Projektgruppenförderung überhaupt gehen« wolle.¹³⁷ Was das Verfahren betraf, nahm Lüst einen Vorschlag des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Reimut Jochimsen (SPD), auf, der empfohlen hatte, »für die Abgrenzung mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine festere Form als lediglich die gegenseitige Vertretung in den Gremien und die Absprache der Geschäftsstellen« vorzusehen. Zu diesem Zweck hatte er die Bildung von einem »gemeinsamen Unit-Ausschuß beider Organisationen« ins Spiel gebracht.¹³⁸ Auf dieser Grundlage lenkte schließlich auch die DFG ein, sodass der MPG-Senat das Konzept befristeter Projektgruppen am 22. November 1974 verabschieden konnte.¹³⁹

Auch bezüglich der Projektgruppen fiel dem SAFPP die Aufgabe zu, aus dem beachtlichen Pool an Vorschlägen

132 Ebd., fol. 57–58.

133 Vorlage des Unterausschusses »Befristete Förderungsmaßnahmen« des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung vom 8.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 46–59.

134 Deutsche Forschungsgemeinschaft: Anmerkungen zur Vorlage über die Förderung befristeter »Projektgruppen« durch die Max-Planck-Gesellschaft vom 15.5.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 219.SP, fol. 189–194, Zitate fol. 190–192.

135 Erwin Lauerbach an Reimar Lüst vom 5.8.1974, ebd., fol. 162–164.

136 Reimar Lüst an Hans Maier vom 3.10.1974, ebd., fol. 169–171.

137 Reimar Lüst an Heinz Maier-Leibnitz vom 15.6.1974, ebd., fol. 10–12.

138 Reimut Jochimsen an Reimar Lüst vom 16.5.1974, ebd., fol. 187–188.

139 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 508.

diejenigen herauszufiltern, deren Realisierung das größte wissenschaftliche Potenzial freizusetzen versprach. Die ersten drei Projekte, die mehr oder weniger zeitgleich realisiert wurden, beschäftigten sich mit Laserforschung, Sozialrecht und Sprachforschung. Sie offenbarten die Möglichkeiten, aber auch die Probleme, die mit dem neuen Instrument der Forschungsförderung einhergingen. Auch zur Einrichtung einer befristeten Projektgruppe benötigte die MPG zusätzliche Mittel, um das Vorhaben anzuschieben. So wäre das Projekt Sozialrecht beinahe daran gescheitert, dass Bund und Länder der MPG 1974 und 1975 nur minimale Zuwächse im Haushalt bewilligten, die selbst für die Einrichtung einer Projektgruppe kaum ausreichten. Daraufhin beantragte die MPG beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft einen Zuschuss, um »die Max-Planck-Gesellschaft für eine Anfangsphase der Arbeit dieser Projektgruppe von dem Hauptteil der sachlichen und personellen Aufwendungen zu entlasten«.¹⁴⁰ Ähnlich sah es bei der Arbeitsgruppe für Psycholinguistik aus, deren Anschubfinanzierung eine Sachbeihilfe der Stiftung Volkswagenwerk in Höhe von 1,8 Millionen DM sicherstellte.¹⁴¹ Einen Sonderfall stellte die Projektgruppe Laserforschung dar, da ihre Finanzierung »seit der Gründung im Jahre 1976 auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Forschung und Technologie und der Max-Planck-Gesellschaft aus Projektmitteln des Bundes« erfolgte.¹⁴² Dieser Umstand sollte später die Umwandlung der Projektgruppe in ein MPI für Quantenoptik erschweren, da dies mit der Umstellung der Finanzierungsgrundlage einherging – und dazu mussten die Länder zustimmen.

Gründungsentscheidungen bedeuten immer auch Entscheidungen gegen Pläne, in andere Forschungsfelder einzusteigen – zumal in Zeiten knapper Kassen. Dies engte die Handlungsspielräume der MPG in der Forschungspolitik im Vergleich zu den langen 1960er-Jahren erheblich ein. Unter den Bedingungen faktischen Nullwachstums wurde Forschungsplanung zum Nullsummenspiel. Die Entscheidung zur Gründung einer Projektgruppe für internationales Sozialrecht, die auf eine Anregung des Präsidenten des Bundessozialgerichts, Georg Wannagat, aus dem Jahr 1972 zurückging,¹⁴³ war de facto zugleich eine Entscheidung gegen zwei weitere rechtsvergleichen-

de Forschungsvorhaben, die die Gremien der MPG zur selben Zeit beschäftigten: zum einen gegen den Vorschlag, ein Institut für internationales Finanz- und Steuerrecht ins Leben zu rufen, der allerdings bereits in der Sektionskommission überwiegend auf Ablehnung gestoßen war;¹⁴⁴ zum anderen gegen die Idee, ein Institut für vergleichendes Privatversicherungsrecht zu gründen, das der Aufgabe hätte dienen sollen, »eine Harmonisierung der europäischen Versicherungsvertragsrechte wissenschaftlich vorzubereiten«.¹⁴⁵ Im SAFPP herrschte die Meinung vor, dieser Vorschlag sei, »verglichen mit dem Antrag ›Sozialrecht‹, [...] weniger interessant«.¹⁴⁶ Dieses Urteil war gleichbedeutend mit einer Absage, denn auch wenn die drei Anträge formal nicht in direkter Konkurrenz zueinander standen, war doch angesichts der angespannten Haushaltslage klar, dass die MPG allenfalls einen von ihnen würde realisieren können.

Erschwerend kam hinzu, dass auch die Projektgruppen nach dem Harnack-Prinzip funktionierten, das heißt, die Realisierungschancen standen und fielen damit, dass eine geeignete und allseits überzeugende Leitungspersonlichkeit zur Verfügung stand. Da die MPG diese in der Regel von den Universitäten gewinnen musste und dabei nicht mit einer lebenslangen Stellung an einem Max-Planck-Institut locken konnte, erwies sich dies mitunter als schwer zu erfüllende Bedingung. Deshalb standen auch Projekte, die inhaltlich über jeden Zweifel erhaben schienen, zwischenzeitlich auf der Kippe. Das galt beispielsweise für ein Vorhaben, das zunächst unter dem Titel »Linguistik und Sprachpsychologie« firmierte und von dem man hoffte, dass es »zu neuen grundlegenden anthropologischen Erkenntnissen« verhelfen würde.¹⁴⁷ Die Besonderheit des Gründungsantrags bestand darin, dass er über die Sektionsgrenzen hinausging, weshalb zu seiner Beratung eine intersektionelle Kommission gebildet wurde, die aus Mitgliedern der Biologisch-Medizinischen und der Geisteswissenschaftlichen Sektion bestand. Aus der sektionsübergreifenden Anlage bezog das Projekt seinen Charme, sein unbestreitbar großes innovatives Potenzial sowie seine Durchschlagskraft in den MPG-Gremien. Schnell avancierte es zum Favoriten unter den Neuvorschlägen. Die geplante Projektgruppe zur »Erforschung der Sprache« sollte aus einer »sprachtheoretisch

140 Sprechvorlage für die 4. Sitzung des SAFPP, 10.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 24–25.

141 Protokoll der 8. Sitzung des SAFPP vom 4.3.1977, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 204.SP, fol. 24.

142 Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 18.

143 Zur Gründungsgeschichte siehe ausführlich Schulte und Zacher, *Der Aufbau*, 1981; Eichenhofer, *MPI für Sozialrecht*, 2023.

144 Sprechvorlage für die 3. Sitzung des SAFPP, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 45.

145 Hans Dölle, Fritz Reichert-Facilides und Reimer Schmidt an Reimar Lüst, undatiert, ebd., fol. 119–126, Zitat fol. 119.

146 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, ebd., fol. 23.

147 Alfred Gierer: Vorschlag für ein Max-Planck-Institut für Sprachforschung, ebd., fol. 63–67.

arbeitenden Gruppe und einer Arbeitsgruppe von ›Pragmatikern‹ – den Psycholinguisten‹ – bestehen.¹⁴⁸ Die Realisierung erwies sich allerdings als enorm schwierig, weil es an geeigneten Persönlichkeiten mangelte, die diese beiden Bereiche im Rahmen des ohnehin noch recht jungen Forschungsfelds zusammenführen konnten. Da »in der Bundesrepublik keine hinreichende Fachkompetenz in dieser Disziplin vorhanden« war, verfiel die Kommission schließlich auf Willem J. M. Levelt, der am Department für Psychologie der Universität Nijmegen lehrte.¹⁴⁹ Das sollte später die Umwandlung in ein Max-Planck-Institut erschweren, weil die Geldgeber auf einen Standort in Westdeutschland drängten.

Die Einrichtung von Projektgruppen begründete indes Pfadabhängigkeiten bei einer späteren Umwandlung in ein Max-Planck-Institut. Rudolf Vierhaus, Direktor am MPI für Geschichte, erkannte hellsichtig, »daß hier ein grundsätzliches Problem vorliege, das bei der Gründung von Projektgruppen zu beachten sei. Mit der Wahl der leitenden Wissenschaftler sowie des Standortes der Projektgruppen sei im Grunde schon die Weichenstellung für die Zukunft dieser Vorhaben erfolgt.«¹⁵⁰ Das traf auf alle drei genannten Projektgruppen zu. Wollte man Hans F. Zacher als Direktor eines MPI für internationales und vergleichendes Sozialrecht halten, kam eine Verpflanzung an einen anderen Standort nicht infrage, da Zacher »zur Übernahme der Leitung des neu gegründeten Instituts nur bei einer Ansiedlung in München bereit« war.¹⁵¹ Ähnlich lagen die Dinge bei der Umwandlung der Projektgruppe Laserforschung in das MPI für Quantenoptik. Präsident Lüst erklärte, »daß bei allem Verständnis für das politische Ziel einer regional ausgewogenen Forschungsförderung in den Bundesländern nicht übersehen werden dürfe, daß wissenschaftliche Gründe für die Beibehaltung des bisherigen Standortes in Garching sprechen.«¹⁵² Gleiches galt für die Projektgruppe Psycholinguistik. Zwar erwartete die MPG bei deren Umwandlung in ein Max-Planck-Institut »in den Verhandlungen mit den Finanzierungsträgern gewisse Widerstände gegen den Standort Nijmegen«, doch stand für Lüst fest, »daß eine Entschei-

dung gegen Nijmegen zum jetzigen Zeitpunkt das Ende der Arbeiten der Projektgruppe bedeuten würde.«¹⁵³ Die Pfadabhängigkeit bei der Standortwahl hatte zur Folge, dass die drei neuen Institute die bereits bestehenden regionalen Disparitäten verschärften: Während München bzw. Bayern profitierten und auch das Ausland bedacht wurde, ging der Rest der Republik leer aus. Die Drift der MPG nach Süden, die ein Kennzeichen ihrer Entwicklung in den langen 1960er-Jahren gewesen war,¹⁵⁴ setzte sich auch unter der Präsidentschaft von Reimar Lüst fort.

4.4.2 Institutsgründungen in Abhängigkeit von der Politik

Wissenschaftlich erwiesen sich die ersten drei befristet eingerichteten Forschungsgruppen als voller Erfolg. Wie Lüst Anfang 1979 rekapitulierte, waren sie »mit dem doppelten Ziel geschaffen« worden, »zeitlich befristete Forschungsaufgaben durchzuführen und wissenschaftliches Neuland zu erschließen«. Das Urteil des Präsidenten fiel uneingeschränkt positiv aus: »In beiden Funktionen habe sich die Einführung der Projektgruppen bewährt.«¹⁵⁵ Damit stand die MPG allerdings vor dem Problem, das sie durch die Schaffung von Projektgruppen eigentlich hatte umgehen wollen: neue Institute in Zeiten knapper Kassen zu gründen. So gesehen, war die MPG zur Gefangenen des eigenen Erfolgsmodells geworden. Einen großen Vorteil hatten die Projektgruppen allerdings: Sie waren in der Regel relativ klein, wie klassische Kaiser-Wilhelm-Institute auf eine Führungsperson orientiert und daher – verglichen mit den weit größeren, aus mehreren Abteilungen bestehenden Max-Planck-Instituten, wie sie seit den langen 1960er-Jahren üblich geworden waren – in Aufbau und Unterhalt erheblich billiger. Nur deswegen sah sich die MPG überhaupt in der Lage, ihre spätere Umwandlung in ein Max-Planck-Institut durch die interne Umschichtung von Ressourcen zu bewerkstelligen. Hierbei ging es in erster Linie um die Bereitstellung von Planstellen, die im Zuge der vom SAFPP

148 Sprechvorlage für die 4. Sitzung des SAFPP, 10.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 29–30.

149 Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 23.

150 Ebd., fol. 24.

151 Zacher führte dabei »neben sachlichen Argumenten« auch »persönliche Gründe« an. »Nach seinem erst vor wenigen Jahren erfolgten Umzug nach München scheute er eine erneute Umsiedlung seiner großen Familie mit schulpflichtigen Kindern.« Protokoll der 118. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.5.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 118.VP, fol. 110.

152 Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 21.

153 Ebd., fol. 22 u. 24.

154 Ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 41–52.

155 Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 17. Ähnlich positiv hatte sich Lüst zuvor bereits im Verwaltungsrat geäußert. Protokoll der 115. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.6.1978, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 115.VP, fol. 7.

orchestrierten Flexibilisierungspolitik aus geschlossenen Abteilungen oder Instituten gewonnen wurden. Auf diese Weise gelang es, das MPI für Psycholinguistik, das MPI für internationales und vergleichendes Sozialrecht sowie wenig später auch das MPI für Gesellschaftsforschung sozusagen aus dem Bestand der MPG heraus zu gründen.

Große Institute aufzubauen war jedoch auf diese Weise nicht möglich. Hierzu war die MPG auf die finanzielle Hilfe von Bund und Ländern angewiesen, die deutlich über eine »normale« Förderung hinausging. Das vergrößerte deren Einfluss auf Institutsgründungen erheblich im Vergleich mit der zweiten Phase, in der die MPG ihren Autonomieanspruch gegenüber ihren Geldgebern auch in dieser Beziehung hatte durchsetzen können.¹⁵⁶ Pointiert formuliert, sah sich die MPG zur Gründung größerer Institute in der dritten Phase nur noch unter der Bedingung in der Lage, dass der Bund (bzw. die Wirtschaft, um deren Ankurbelung es der Bundespolitik seinerzeit in besonderem Maße ging) ein massives Eigeninteresse an der betreffenden Forschungseinrichtung besaß. Nur unter dieser Voraussetzung fand sich der Bund bereit, tiefer in die Schatulle zu greifen und neue Institute im Wesentlichen allein – das heißt ohne die Länder und mit Sonderzuweisungen – zu finanzieren. Das war bei allen drei großen Institutsgründungen jener Jahre der Fall: beim MPI für Meteorologie, beim MPI für Quantenoptik und auch beim MPI für Polymerforschung. Auf diese Weise geriet die MPG in ihrer Wissenschaftspolitik in eine gesteigerte Abhängigkeit von Sonderzuweisungen aus Bonn. Zugleich sah sie sich gezwungen, die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Relevanz ihrer Neuvorhaben gegenüber Politik und Öffentlichkeit stärker zu betonen als zuvor.

Beim MPI für Meteorologie, das »auf eine Anregung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie an die Max-Planck-Gesellschaft herangetragen wurde«,¹⁵⁷ handelte es sich streng genommen nicht um eine Neugründung, denn das Institut für Radiometeorologie und maritime Meteorologie existierte bereits – und zwar in der Trägerschaft der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG). Die FhG wollte es allerdings nicht länger in ihren Reihen

behalten, »da sich das Forschungsprogramm des Instituts weitgehend an der Grundlagenforschung orientiere und deswegen nicht dem Konzept der Fraunhofer-Gesellschaft entspreche«, wie Lüst dem SAFPP im Oktober 1973 berichtete.¹⁵⁸ Nachdem die FhG endlich ihren Platz im westdeutschen Forschungssystem gefunden hatte – nämlich als Institution der angewandten Forschung¹⁵⁹ –, hatte sie für das meteorologische Institut keine Verwendung mehr. Die Übertragung an die MPG stellte, ähnlich wie die Überführung des MPI für Silikatforschung an die FhG wenige Jahre zuvor, eine Frontbegrädigung innerhalb des westdeutschen Forschungssystems dar.

Dem BMFT lag sehr an der Aufnahme des Instituts in die MPG, da »der wissenschaftliche Rang des Hamburger Instituts von den Fachleuten als sehr hoch eingeschätzt« wurde, jedoch »eine Eingliederung in die Universität Hamburg [...] nicht möglich« erschien. Zu den Wünschen der Bundesregierung trat eine intrinsische Motivation der MPG hinzu. Für sie war das Übernahmeangebot »insbesondere von Interesse im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Zukunft des Max-Planck-Instituts für Aeronomie in Lindau, da ggf. ein Teil der zukünftigen Entwicklung dieses Instituts im Bereich der meteorologischen Aeronomie liegen könne«.¹⁶⁰ Aus Sicht der MPG-Spitze bot die Offerte des Bundes eine willkommene Möglichkeit, das kriselnde MPI für Aeronomie, dem angesichts der Emeritierung seiner beiden Direktoren ein Generationswechsel in der wissenschaftlichen Leitung bevorstand, durch eine Verbindung zur Meteorologie wieder auf Kurs zu bringen.¹⁶¹

Die Ergebnisse einer Expertenkommission, die über die Zukunft des MPI für Aeronomie beriet, fasste Christian Junge, der Pionier der Erdsystemforschung in der MPG,¹⁶² in einem Memorandum zusammen. »Verglichen mit dem Engagement der MPG in Astronomie, Astrophysik und extraterrestrischer Forschung«, urteilte der Direktor des MPI für Chemie, »wurde der ausserordentlichen Entwicklung der Erdwissenschaften in den letzten Jahrzehnten, insbesondere auch der theoretischen Meteorologie, kaum Rechnung getragen.«¹⁶³ Auch sei die

156 Ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 133–145.

157 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 26.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 9–10. Siehe dazu auch den Vermerk der Abt. Ia der Generalverwaltung der MPG, betr. Institut für Radiometeorologie und maritime Meteorologie vom 19.10.1973, ebd., fol. 53. Diese Gründungsgeschichte analysiert ausführlich Lax, *Wissenschaft*, 2020, 43–65.

158 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 26.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 10.

159 Trischler und vom Bruch, *Forschung*, 1999, 98–131.

160 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 26.10.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 198.SP, fol. 10.

161 Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 16–19; Sprechvorlage für die Sitzung des SAFPP, ebd., fol. 48–49. Dazu ausführlich Lax, *Wissenschaft*, 2020, 48–53; Bonolis und Leon, *Astronomy*, 2023, 351–368.

162 Zu Christian Junge siehe Lax, *Atmosphärenchemie*, 2018, 42–45.

163 Christian Junge: Memorandum zur Frage der Aufnahme meteorologischer oder meteorologisch-ozeanographischer Grundlagenforschung in die MPG vom 4.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 130–136, Zitat fol. 130.

Bundesrepublik an groß angelegten internationalen Forschungsprojekten zur Klimaforschung »so gut wie nicht beteiligt«, weil »ein genügend leistungsfähiges zentrales Forschungsinstitut fehlt, das sich ganz diesen grundlegenden Fragen widmen kann«. Die Gründung eines MPI für Meteorologie sollte, so Junge, »die Basis dafür liefern, daß auch die Bundesrepublik sich in angemessener Weise an diesen dringenden und hoch aktuellen Fragen beteiligen könnte«. Junge hob noch einen weiteren Aspekt positiv hervor: Obwohl es sich dabei »um Grundlagenforschung im eigentlichen Sinne« handle, besäßen »die gewonnenen Kenntnisse gleichzeitig große potentielle Bedeutung für angewandte Fragestellungen« – in Junges Augen »ein Gesichtspunkt, der für die Forschungsplanung in der heutigen Zeit nicht unbeachtet bleiben sollte«. ¹⁶⁴

Auf Grundlage dieses Memorandums bewertete auch die zuständige Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion »die wissenschaftliche Aufgabe« der Meteorologie als »sehr hoch« und gab gegenüber dem Senat »ein eindeutig positives Votum« ab. ¹⁶⁵ Den SAFPP überzeugte die Übernahme des meteorologischen Instituts, »da hier interessante Ansätze vorhanden« seien, die es »wert« seien, »weiter verfolgt zu werden«. Hinzu kam ein weiterer Aspekt: Generalsekretär Schneider sah »besondere Vorteile [...] darin, daß Planstellen und Räume übernommen werden können, was eine schnelle Verwirklichung des Projekts ermögli- che«. ¹⁶⁶ Dieser Gesichtspunkt war gerade angesichts sehr begrenzter finanzieller Mittel nicht von der Hand zu weisen. Nicht zuletzt deswegen sprach man sich in diesem Fall gegen eine befristete Projektgruppe aus. Die Sektion begründete dies damit, »daß wegen der Komplexität des gesamten Gebietes das Vorhaben nur in einem langfristig angelegten Forschungsprogramm verwirklicht werden könne und daher nur in der Form eines Instituts angegangen werden könne«. ¹⁶⁷ Am 15. März 1974 wurde das MPI für Meteorologie formell aus der Taufe gehoben, bereits im Jahr darauf nahm es seine Arbeit auf. ¹⁶⁸

Auch das Max-Planck-Institut für Quantenoptik war keine Neugründung im eigentlichen Sinn. Es ging aus der bereits erwähnten Projektgruppe Laserforschung hervor, die unter den von der MPG eingerichteten Projektgruppen einen Sonderfall darstellte, und zwar schon aufgrund ihrer Größe. Ursprünglich hatte es sich um eine Arbeitsgruppe am IPP gehandelt, die aus 20 Wissenschaftlern und 29 Hilfskräften bestand und sich mit Laser- und Laserplasmauntersuchungen befasste. Da man am IPP jedoch anderen Wegen, Plasma einzuschließen und stabil zu halten, den Vorzug gab, sollte die Arbeitsgruppe nicht zuletzt aufgrund der extrem hohen Kosten, die die Laserforschung verursachte, nicht fortgeführt werden. ¹⁶⁹ Innerhalb und außerhalb der MPG gab es allerdings zahlreiche Unterstützer, die sich für die Fortsetzung der hochmodernen Laserforschung starkmachten. Vizepräsident Wolfgang Gentner etwa verwies »auf die große Bedeutung, die man besonders in den USA, England und Frankreich der Laserforschung beimesse«, wofür auch militärische Aspekte sprachen. ¹⁷⁰ Die Bundesregierung zeigte sich ebenfalls sehr an einer Fortführung der Garching Laserforschung interessiert und sicherte ab 1975 die »Übernahme von Personal-, Sach- und Investitionskosten« für eine Übergangszeit zu. ¹⁷¹ Auf dieser Grundlage wurde die Projektgruppe für Laserforschung, die zunächst aus drei Arbeitsgruppen bestand, zum 1. Januar 1976 offiziell eingerichtet. ¹⁷²

Damit war die Entscheidung nur vertagt, »ob und in welcher Weise wir Laserforschung in der Max-Planck-Gesellschaft als notwendig ansehen und daher in unserem Verbands weiter betreiben wollen«. ¹⁷³ Im Raum standen verschiedene Möglichkeiten: die Gründung eines eigenen Instituts, die Fortführung der Gruppe am IPP, allerdings auf anderer Finanzierungsgrundlage, oder ihre Überführung in eine andere Trägerschaft. Siegbert Wittkowski, der seit 1969 den Arbeitsbereich »Experimentelle Plasmaphysik 3« am IPP leitete, ¹⁷⁴ plädierte von Anfang

¹⁶⁴ Ebd., fol. 130–136, Zitate fol. 134.

¹⁶⁵ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, ebd., fol. 17. Das Votum der Sektion war einstimmig. Sprechvorlage für die 3. Sitzung des SAFPP, ebd., fol. 48–49.

¹⁶⁶ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, ebd., fol. 18.

¹⁶⁷ Sprechvorlage für die 3. Sitzung des SAFPP, ebd., fol. 49.

¹⁶⁸ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 1048.

¹⁶⁹ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 20. Siehe auch Siegbert Wittkowski: Vorschlag für ein Institut für Laserforschung vom 11.2.1974, ebd., fol. 80, sowie Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 90–92 u. 262–270.

¹⁷⁰ Protokoll der Sitzung des SAFPP vom 27.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 20.

¹⁷¹ Sprechvorlage für die 3. Sitzung des SAFPP, ebd., fol. 41.

¹⁷² Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 519. Siehe dazu auch Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, betr.: Punkt 4 der Tagesordnung: Beratungen zur Einrichtung einer Projektgruppe für Laserforschung in der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 187–189; Protokoll der 6. Sitzung des SAFPP vom 23.10.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 318–320.

¹⁷³ Sprechvorlage für die 3. Sitzung des SAFPP, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 42.

¹⁷⁴ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 466.

an für die Gründung eines MPI für Laserforschung. Ihm ging es darum, »die Einstellung der einzigen Hochleistungslaserentwicklung in Deutschland, die auch für andere Anwendungsgebiete in Wissenschaft und Technik von Bedeutung ist«, zu verhindern. Witkowski argumentierte damit, dass die Forschung nicht erst mühsam neu aufgebaut werden müsse, sondern komplett aus dem IPP übernommen werden könne. Das in Garching versammelte Team »sollte im wesentlichen den Kern des neuen Instituts bilden. Dadurch würde die sonst unvermeidliche Anlaufzeit vermieden und die Kontinuität der Arbeiten gewährleistet werden«. ¹⁷⁵ Für eine Institutsgründung fehlten jedoch einstweilen die erforderlichen Mittel. Auf der Suche nach einem Ausweg kollidierten die Wünsche der Wissenschaft mit dem Sparimperativ der Politik. Insbesondere die Verhandlungen mit den Ländern, die zur Finanzierung eines Max-Planck-Instituts mit ins Boot geholt werden mussten, gestalteten sich schwierig. Angesichts der großen wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung, die die Politik der Laserforschung zumaß, fand sich schließlich eine Lösung. Am 10. Mai 1979 wurde die Projektgruppe offiziell in das MPI für Quantenoptik umgewandelt. ¹⁷⁶

Die Geschichte des MPI für Polymerforschung, ¹⁷⁷ das als einzige wirkliche Neugründung eines großen Instituts in der dritten Phase gelten darf, begann im Grunde mit einer negativen Entscheidung. 1978 wurden am Fritz-Haber-Institut die dort laufenden Arbeiten zur Polymerforschung im Zuge einer »Neuorientierung der Forschungstätigkeit des Instituts« nach der Emeritierung von Rolf Hosemann und Kurt Ueberreiter eingestellt. ¹⁷⁸ Diese Entscheidung führte zu zahlreichen Interventionen »aus Wissenschaft und Industrie im In- und Ausland«, die »die besondere Bedeutung der Polymerforschung« betonten und »die Notwendigkeit ihrer verstärkten Förderung unterstrichen«. ¹⁷⁹ Eine von der DFG einberufene

Expertenkommission kam zu keinem einheitlichen Urteil, während der Verband der Chemischen Industrie, die Gesellschaft Deutscher Chemiker und die Deutsche Physikalische Gesellschaft intensive Lobbyarbeit für eine entsprechende Institutsgründung betrieben. ¹⁸⁰ Die MPG reichte die Begutachtung an den Wissenschaftsrat weiter, der wiederum 1979 eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Hans-Jürgen Engell vom MPI für Eisenforschung einsetzte, die die Lage der Polymerforschung in der Bundesrepublik sondieren sollte. ¹⁸¹ Auf der Grundlage dieser Beratungen verabschiedete der Wissenschaftsrat 1980 einen Bericht, der vorschlug, »ein interdisziplinäres Forschungsinstitut zu schaffen, für das, sollte es in der Form einer außeruniversitären Forschungseinrichtung verwirklicht werden, bevorzugt die Organisationsform eines Max-Planck-Instituts empfohlen« wurde. ¹⁸²

Als schwierig erwies sich die Finanzierung des Instituts, dessen Ressourcenbedarf weit über das hinausging, was die MPG durch interne Umschichtungen freimachen konnte. Aus diesem Grund dachte eine von Lüst eingesetzte Kommission über die Möglichkeit »einer stufenweisen Realisierung des Vorhabens« nach. ¹⁸³ Auch der Wissenschaftsrat war sich bewusst, »daß die Max-Planck-Gesellschaft mit den ihr gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln ein Institut dieser Größenordnung nicht tragen könnte, ohne die Erfüllung ihrer anderen Aufgaben zu gefährden«. Deswegen würden die »Errichtung und der Betrieb eines solchen Instituts [...] eine entsprechende Erhöhung des Haushalts der Gesellschaft voraussetzen«. ¹⁸⁴ Trotz ernsthafter Zweifel, »ob die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Polymerforschung finanziell überhaupt möglich« war, ¹⁸⁵ empfahlen sowohl der SAFPP als auch die CPTS eine Institutsgründung, die der Senat der MPG am 19. November 1982 offiziell beschloss. Die Standortwahl war auf Mainz gefallen, »da dort mit dem DFG-Sonderforschungsbereich Chemie und Physik

175 Siegbert Wittkowski: Vorschlag für ein Institut für Laserforschung vom 11.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 199.SP, fol. 80–87, Zitate fol. 80 u. 85.

176 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1422. Siehe ausführlich unten, Kap. III.8.

177 Siehe dazu und zum Folgenden Wegner, *MPI für Polymerforschung*, 2015, 15–58. Wegner schildert den Gründungsprozess ausführlich anhand von Dokumenten und en détail aus der Insider-Perspektive.

178 Die Empfehlung dazu hatte eine von der CPTS eingesetzte Kommission ausgesprochen. Protokoll der 8. Sitzung des SAFPP vom 4.3.1977, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 204.SP, fol. 17. Siehe dazu auch James et al., *Hundert Jahre*, 2011, 202–203.

179 Protokoll der 9. Sitzung des SAFPP vom 1.3.1978, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 205.SP, fol. 26.

180 Protokoll der 10. Sitzung des SAFPP vom 27.2.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 206.SP, fol. 32.

181 Protokoll der 11. Sitzung des SAFPP vom 16.1.1980, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 207.SP, fol. 14–15.

182 Protokoll der 12. Sitzung des SAFPP vom 7.7.1981, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 208.SP, fol. 23 verso; Wissenschaftsrat: Empfehlung zur Förderung der Polymerforschung in der Bundesrepublik Deutschland vom 14.11.1980, Drs. 5071/80, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 208.SP, fol. 334 recto–351 verso.

183 Beatrice Fromm: Beschlüsse und Ergebnisse der 12. Sitzung des SAFPP vom 7.7.1981, ebd., fol. 38–42, Zitat fol. 41.

184 Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 7.7.1981, ebd., fol. 329–333, Zitat fol. 331.

185 Protokoll der 14. Sitzung des SAFPP vom 2.11.1982, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 209.SP, fol. 2–37, Zitat fol. 4 verso.

der Polymeren ›ein breites Spektrum von Hochschuleinrichtungen mit Bezug zur Polymerforschung besteht‹ und da ›die räumliche Nähe zu industriellen Forschungseinrichtungen die Möglichkeit zur Einbeziehung spezieller Methoden, Apparate und Materialien bietet‹.¹⁸⁶ An der Finanzierung beteiligten sich sowohl Bund und Länder als auch der Fonds der chemischen Industrie, der die Hälfte der Kosten der apparativen Erstausrüstung übernahm. Geldprobleme führten allerdings immer wieder zu Verzögerungen, sodass die feierliche Eröffnung des Instituts bis zum 10. März 1986 auf sich warten ließ – der Auf- und Ausbau des Instituts war erst im Herbst 1995 abgeschlossen.

Indes machte nicht allein die schwieriger werdende Finanzierung Institutsneugründungen mehr als früher zu einer politischen Frage, sondern auch die ausgeprägten Unterschiede in der regionalen Verteilung der Forschungseinrichtungen der MPG. In der Phase der Expansion hatten vor allem die Südländer Baden-Württemberg und Bayern, in denen zuvor keine bzw. nur wenige Kaiser-Wilhelm-Institute ansässig gewesen waren, von der Ansiedlung neu gegründeter oder der Verlagerung bereits bestehender Max-Planck-Institute profitiert. Im Norden fehlten diese weitgehend, sieht man von Niedersachsen ab, wo die MPG mit Göttingen einen traditionellen Schwerpunkt besaß, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit nochmals stark an Bedeutung gewonnen hatte.¹⁸⁷ Mit der Übernahme des MPI für Meteorologie war die MPG auch in Hamburg vertreten, doch Bremen wie auch das Saarland warteten immer noch sehnsüchtig auf ein Max-Planck-Institut. Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung, seinerzeit im Rahmen des Länderfinanzausgleichs die größte Nettozahlerin, wähnte sich – gemessen an den eigenen Zahlungen für die MPG im Rahmen ihrer Bund-Länder-Finanzierung – nicht ausreichend berücksichtigt und verlangte, neue Institute bevorzugt im Rheinland oder in Westfalen anzusiedeln.¹⁸⁸ Ein angemessener Länderproporz und der Abbau des Süd-Nord-Gefälles mussten bei den Neugründungen mitbedacht werden – und gerade deswegen erwies sich die erwähnte Pfadabhängigkeit in der Frage des Stand-

orts, die sich bei den befristeten Arbeitsgruppen herauskristallisierte, als Problem.

Erst Ende der 1980er-Jahre gelang es der MPG, die beiden letzten weißen Flecken auf der bundesrepublikanischen Landkarte zu tilgen. Dazu hatten Bremen und das Saarland durch eigene Initiativen wesentlich beigetragen – wie auch die in der MPG umgehende Angst, dass diejenigen Bundesländer, die sich bei der regionalen Verteilung ihrer Forschungseinrichtungen benachteiligt fühlten, bei künftigen Haushaltsverhandlungen noch stärker auf die Bremse treten könnten.¹⁸⁹ Den Anfang machte das Saarland: In Saarbrücken sollte ein Max-Planck-Institut für Informatik entstehen, an dem die MPG-Gremien angesichts der im Lauf der 1980er-Jahre immer deutlicher hervortretenden Bedeutung der Informationstechnologie (nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Wirtschaft) großes Interesse zeigten. Saarbrücken lag als Standort insofern nah, als die dort beheimatete Universität des Saarlands bereits ein einschlägiges Institut von hervorragendem Ruf besaß, das als Keimzelle des zu gründenden Max-Planck-Instituts dienen konnte. Allerdings zog sich der Gründungsprozess in die Länge, weil sich die MPG von ihrem Wunschkandidaten für den Posten des Gründungsdirektors, A. Nico Habermann von der Universität Pittsburgh, eine Absage einhandelte.¹⁹⁰ Formell erfolgte die Gründung am 10. November 1988, bevor das Institut ein Jahr später – noch in Räumlichkeiten der Universität – seine Arbeit aufnahm.¹⁹¹

Ganz direkt ging das kleinste Bundesland Bremen zu Werke. 1988 reichte die Hansestadt den Antrag auf Gründung eines »Max-Planck-Instituts für Hochseebioogie«, der auf einer Denkschrift des Meeresbiologen Gotthilf Hempel aus dem Jahr 1986 beruhte, kurzerhand selbst bei der MPG ein. Die MPG war durchaus gewillt, dem Wunsch ihres Geldgebers zu entsprechen, doch erwies sich dies als gar nicht so einfach. Die BMS setzte eine Kommission ein, die gemeinsam mit der noch jungen Universität Bremen ein eigenständiges Forschungsfeld für das geplante Institut definieren sollte, das noch nicht von den bereits bestehenden Einrichtungen zur Meeresforschung bearbeitet wurde.¹⁹² Am 21. Juni 1990 wurde

186 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1326. Das Folgende nach ebd., 1328–1329.

187 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 12–14.

188 Protokoll der 116. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23.11.1978, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 116.VP, fol. 15.

189 Protokoll der 137. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1985, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 137.VP, fol. 182.

190 Protokoll der 145. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.11.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 145.VP, fol. 15; Protokoll der 147. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 147.VP, fol. 6; Protokoll der 148. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 148.VP, fol. 9.

191 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 716–719.

192 Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 7. Siehe dazu auch Protokoll der 148. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 148.VP, fol. 9–10.

das MPI für mikrobielle Ökologie offiziell gegründet, das im November 1991 in MPI für marine Mikrobiologie umbenannt wurde, um dadurch »die thematische Verwandtschaft mit dem Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie zum Ausdruck zu bringen«.¹⁹³ Mit der Gründung der Institute für Informatik in Saarbrücken und für maritime Mikrobiologie in Bremen war die MPG endlich »flächendeckend« – das heißt in jedem der damals elf Bundesländer – vertreten, worauf die Länder schon so lange gedrungen hatten.¹⁹⁴ Allerdings sollte die MPG nur wenig später neuerlich und in weit stärkerem Maße mit dem Problem des regionalen Proporz konfrontiert werden.

4.5 Zeitverträge als Ausweg?¹⁹⁵

Auch im Hinblick auf die Personalentwicklung waren die 1970er- und 1980er-Jahre eine Phase stark verlangsamten Wachstums. Von 1950 bis 1970 hatte sich die Zahl der Wissenschaftler:innen in der MPG von 418 auf 1.431 erhöht, also jährlich um etwa 12 Prozent, und die Zahl der Angehörigen des technischen Personals von 462 auf 2.426, das heißt pro Jahr um 21 Prozent. Von 1970 bis 1990 nahm dagegen die Zahl der Wissenschaftler:innen (Planstellen) nur von 1.431 auf 2.343 zu, also um gut 3 Prozent pro Jahr, und die für das technische Personal von 2.426 auf 3.636, das heißt nur um knapp 2,5 Prozent jährlich.¹⁹⁶

In dieser dritten Phase veränderte sich die Verteilung des Personals auf die drei Sektionen: Bis 1976 war die BMS die größte der drei Sektionen gewesen, doch nun löste sie die CPTS ab, deren Anteil an Beschäftigten von 43 Prozent (1973) auf knapp 56 Prozent (1985) anwuchs. Der Anteil der BMS ging im selben Zeitraum von 49 auf 37 Prozent zurück, während die GWS leicht von 7 auf 8 Prozent zulegte.¹⁹⁷ Was die Geschlechterverteilung

betrifft, änderte sich dagegen auch in der dritten Phase kaum etwas. Während 1975 nur 11 Prozent der Planstellen von Wissenschaftler:innen besetzt gewesen waren, erhöhte sich ihr Anteil bis 1990 leicht um zwei Prozentpunkte. In der GWS betrug der Frauenanteil in den späten 1980er-Jahren knapp 20, in der BMS knapp 18 und in der CPTS 6 Prozent.¹⁹⁸ Anders sah die Verteilung im nichtwissenschaftlichen Bereich aus; so arbeiteten in der Verwaltung – in der Generalverwaltung ebenso wie in den Verwaltungsabteilungen der Max-Planck-Institute – viermal so viele Frauen wie Männer.

Trotz gewisser Kontinuitätslinien änderte sich in der dritten Phase einiges in der Personalpolitik und der Personalentwicklung der MPG. Der Bedeutungszuwachs der Generalverwaltung äußerte sich auch darin, dass die Veränderungen in der Personalstruktur nun statistisch erfasst und regelmäßig im *Zahlenspiegel der MPG* publiziert wurden – eine wichtige Grundlage für die zentrale Personalplanung, die im Zeichen der Flexibilisierungspolitik an Bedeutung gewann.¹⁹⁹ Die nach Personalkategorien differenzierende, regelmäßig veröffentlichte Statistik machte stärker als zuvor sichtbar, dass die MPG neben dem zumeist unbefristet beschäftigten wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Stammpersonal zahlreiche Nachwuchskräfte in ihren Reihen hatte: vorwiegend Doktorand:innen und Postdoktorand:innen, die die Statistik als »Stipendiaten und Gastwissenschaftler« subsumierte; sie waren befristet angestellt und verließen die MPG in der Regel nach wenigen Jahren wieder.²⁰⁰ Gleichsam als Kompensation für den stagnierenden Stellenkegel nahm diese Gruppe von 1972 (2.045) bis 1989 (3.734) deutlich zu, wobei die GWS den höchsten Anteil an Stipendiat:innen aufwies (21 %), gefolgt von BMS (17 %) und CPTS (15 %).²⁰¹ Ihrer spezifischen Probleme nahm sich der 1970 gegründete Gesamtbetriebsrat an, der schon frühzeitig eine eigene Vertretung der Dokto-

¹⁹³ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 923–924.

¹⁹⁴ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 10.

¹⁹⁵ Der Text des Abschnitts 4.5 stammt von Juliane Scholz.

¹⁹⁶ Berechnungen auf Grundlage des *Zahlenspiegels der Max-Planck-Gesellschaft*, Jg. 1974–1993. Gesamtstellenpläne 1972–1987, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 234. — Haushaltsplan 1990 und 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 498; Haushaltsvoranschlag 1950, lt. Protokoll Verwaltungsrat vom 14.1.1950, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 23; Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) für das Rechnungsjahr 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 40; Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) für das Rechnungsjahr 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 45; Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) für das Rechnungsjahr 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 60. Siehe auch unten, Anhang, Grafik 2.6.

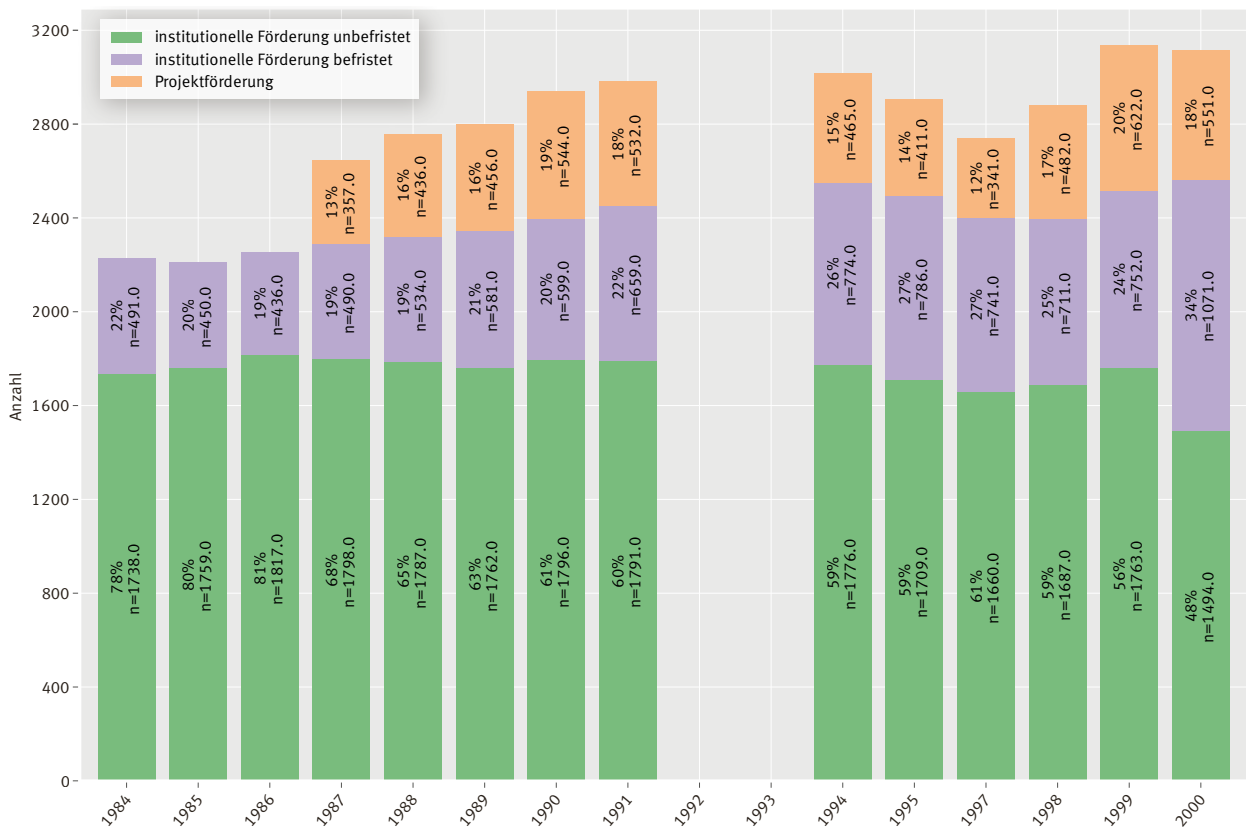
¹⁹⁷ Eigene Berechnungen nach der Beschäftigtenstatistik im *Zahlenspiegel der MPG*, Jg. 1974–1991.

¹⁹⁸ Übersicht Dienststellung nach Geschlecht, Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlenspiegel*, 1977, 14; Wissenschaftler:innen in der MPG, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 234, fol. 315; Ruschhaupt-Husemann und Hartung, Lage der Frauen, 1988.

¹⁹⁹ Die erste Ausgabe des *Zahlenspiegels der MPG* erschien 1974.

²⁰⁰ Doktorand:innen verbrachten 1988 zwischen zwei und drei Jahren in der MPG, nur 6 % mehr als drei Jahre.

²⁰¹ Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlenspiegel*, 1989, 7 u. 47; Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlenspiegel*, 1974, 2; Gesamtstellenplan 1972–1987, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 234.



rand:innen etablierte.²⁰² Trotz der fehlenden langfristigen Perspektive waren solche Ausbildungsplätze begehrt, denn angesichts der hervorragenden Arbeitsbedingungen in den Max-Planck-Instituten versprachen sie, die zukünftigen Karrierechancen zu verbessern.²⁰³ Aus der Perspektive der MPG waren diese Nachwuchskräfte ein dynamisches Element in der Personalstruktur, in der aufgrund der angespannten Haushaltslage Neueinstellungen und damit Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt waren. Angesichts der zahlreichen Zu- und Abgänge fungierte die MPG gewissermaßen als Durchlauferhitzer – und profitierte davon.²⁰⁴ Die mit dem befristeten Beschäftigungsverhältnis verbundenen sozialen Kosten mussten allerdings die Nachwuchskräfte tragen, zumal sich auf dem angespannten Arbeitsmarkt adäquate Anschlussbeschäftigungen nur schwer finden ließen.

Dieses Problem betraf freilich nicht nur Stipendiat:innen und Doktorand:innen, sondern auch die wissen-

Abb. 2: Befristete und unbefristete Verträge für Wissenschaftler:innen in der MPG (1984–2000). Institutionelle und Projektförderung. – Quellen: Zahlenspiegel 1985–1993; MPG in Zahlen 1994–1998; Zahlen und Daten/Facts and Figures 1998–2000. doi.org/10.25625/3NT4IV.

schaftlichen Mitarbeiter:innen an den Instituten, die seit den frühen 1970er-Jahren in zunehmendem Maße mit Zeitverträgen beschäftigt und damit weniger fest an die MPG angebunden wurden.²⁰⁵ Das lag zum einen an der Zunahme der Projektmittel, die eine unbefristete Anstellung nicht zuließen, zum anderen am Flexibilisierungskurs der MPG-Führung: Um eine Abteilung nach der Emeritierung des Direktors umwidmen zu können, mussten möglichst auch die Assistentenstellen verfügbar sein, durften also nicht durch Festanstellungen blockiert werden. Präsident Lüst hielt Zeitverträge »zur Lösung des Mobilitätsproblems« für »unverzichtbar«.²⁰⁶ Bei den Pro-

²⁰² Zankl, Probleme, 1973.

²⁰³ Siehe unten, Kap. IV.2.2.1

²⁰⁴ Für das Jahr 1992 hielt die MPG eine Zugangsrate aller Mitarbeiter:innen (einschließlich Projektförderung) von 20 % und eine Abgangsrate von 16,4 % fest. Die Zugangsrate der Wissenschaftler:innen einschließlich Projektförderung lag 1992 bei 33,2 % bei einer Abgangsrate von 26,6 %. Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlenspiegel*, 1993, 25.

²⁰⁵ Siehe dazu und zum Folgenden Leendertz, *Wissenschaftler auf Zeit*, 2020.

²⁰⁶ Protokoll der 5. Sitzung des SAFPP vom 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 382.

jektgruppen, die ab Mitte der 1970er-Jahre eingerichtet wurden, kamen ohnehin »nur Zeitverträge in Frage«. ²⁰⁷ Allerdings hintertrieben die Direktoren die Flexibilisierungspolitik teilweise, indem sie Mitarbeiterstellen noch kurz vor ihrer Emeritierung besetzten. So schilderte Präsident Staab einen Fall, in dem »vier Jahre vor der Emeritierung ein 29-jähriger unpromovierter Wissenschaftler mit einem unbefristeten Vertrag eingestellt« worden war. ²⁰⁸ Nicht zuletzt aufgrund des inhaltlichen Widerstands der Direktoren lag der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen mit Zeitvertrag über alle drei Sektionen hinweg ab Mitte der 1970er-Jahre relativ stabil bei rund 25 Prozent. ²⁰⁹ Allerdings liefert diese Statistik ein verzerrtes Bild, weil sie nur das wissenschaftliche Personal auf Planstellen berücksichtigt. Tatsächlich lagen die Verhältnisse anders, wie ein Blick auf das Jahr 1990 zeigt. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Anteil der auf Planstellen beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen mit Zeitverträgen 25 Prozent (599). Rechnet man allerdings die 544 Wissenschaftler:innen hinzu, die durch Projektmittel finanziert wurden, sowie die 3.732 Gastwissenschaftler:innen und Stipendiat:innen, waren am Ende der dritten Phase bereits 73 Prozent des wissenschaftlichen Personals auf Zeitvertragsbasis beschäftigt. ²¹⁰ Damit lag die MPG unter den deutschen Wissenschaftsorganisationen relativ weit vorne. Der Anteil der Zeitverträge war in der MPG deutlich höher als an den Universitäten, wenn auch weniger hoch als in den Großforschungseinrichtungen. ²¹¹

Debatten über die Vor- und Nachteile von Zeitverträgen hatten in der MPG in den späten 1960er-Jahren im Kontext der Verhandlungen über die 1972 verabschiedete Satzungsreform eingesetzt. 1974 erließ Präsident Lüst eine Zeitvertragsrichtlinie, die eine Altersgrenze von 33 Jah-

ren für diese Form der Beschäftigung einführte, aber nur Empfehlungscharakter besaß. ²¹² Seit diesem Zeitpunkt sind Zeitverträge in der MPG umstritten. Während der Gesamtbetriebsrat eine Deckelung des Anteils von Befristeten auf höchstens 25 Prozent je Institut forderte, ²¹³ plädierte die MPG-Führung für größere Spielräume – und setzte sich schließlich durch: 1984 reformierte Präsident Staab die geltende Zeitvertragsrichtlinie, die nunmehr bindend war und die Altersgrenze auf 35 Jahre heraufsetzte; zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, mehrere befristete Verträge in Folge abzuschließen, bis zu maximal sieben Jahren Beschäftigungsdauer. ²¹⁴ Die MPG-Leitung rechtfertigte die vermehrte Befristung von Anstellungsverträgen mit drei Argumenten: In ihren Augen zwang, erstens, die knappheitsbedingte Stagnation des Personalwachstums zu einer Flexibilisierung auch der Arbeitsbeziehungen, zweitens führte man die immer längere Verweildauer der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in der MPG an und, drittens, das daraus resultierende steigende Durchschnittsalter dieser Gruppe. ²¹⁵ Zudem benötigte die MPG frei werdende Stellen für Berufungsverhandlungen. Dass die Erfolgsquote bei der Berufung von Institutsdirektoren infolge zunehmender Rufabsagen (vor allem von Forscher:innen aus dem Ausland) von 84 Prozent im Jahr 1972 auf 81 Prozent 1980 gesunken war, ²¹⁶ galt in der MPG als Warnsignal.

Auch wenn sie in der dritten Phase noch nicht zur Regel wurde, setzte die Praxis der Befristung von Wissenschaftlerstellen in der MPG in den 1970er- und 1980er-Jahren ein, zunächst konzentriert vor allem auf jüngere Nachwuchskräfte. Neben den Großforschungseinrichtungen fungierte die MPG als Laboratorium für befristete Beschäftigungen im Wissenschaftsbereich, die inzwischen

207 Vorlage des Unterausschusses »Befristete Förderungsmaßnahmen« des SAFPP, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 46–59, Zitat fol. 53.

208 Bericht des Präsidenten im Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft vom 30.1.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 213.SP, fol. 236–264, Zitat fol. 247.

209 Tischvorlage für die 12. Sitzung des SAFPP vom 7.7.1981, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 208.SP, fol. 78–83, fol. 79; Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 30.3.1982, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 209.SP, fol. 332.

210 Eigene Berechnung nach Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlenspiegel*, 1990, 9–14.

211 Arbeitsverträge in Hochschule und Forschung. Untersuchung der Gewerkschaft ÖTV und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Nr. 16, Juli 1976, Bl. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 81, Nr. 51.

212 Ergebnisprotokoll über die 4. Sitzung der Präsidentenkommission für Zeitvertragsfragen vom 16.4.1974, DA GMPG, BC 105520, fot. 551–555.

213 Zankl, Zeitvertragskommission, 1974.

214 Grundsätze für den Abschluß befristeter Verträge mit wissenschaftlichen Mitarbeitern der Max-Planck-Gesellschaft, Fassung 1974 und Fassung 1984, AMPG, II. Abt., Rep. 81, Nr. 52; Richtlinien für den Abschluß befristeter Arbeitsverträge mit wissenschaftlichen Mitarbeitern der Max-Planck-Gesellschaft nach den §§ 57 a ff HRG, Fassung 1986, DA GMPG, BC 105520, fot. 6.

215 Protokoll der 12. Sitzung des SAFPP vom 7.7.1981, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 208.SP, fol. 11 verso–12 recto; Protokoll der 13. Sitzung des SAFPP vom 30.3.1982, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 209.SP, fol. 129 verso–130 recto; Materialien für die Sitzung des SAFPP vom 30.3.1982, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 209.SP, fol. 331–332.

216 Berufungen In- und Ausland, Erfolgsquote, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 234, fol. 138–141.

auf breiter Front zum Kennzeichen des Wissenschaftsbetriebs und zugleich zum Gegenstand verbreiteter Kritik geworden sind.²¹⁷ Die Lasten der Flexibilisierung, die es der MPG ermöglicht hat, die Haushaltsengpässe in dieser Phase zu bewältigen, hat sie weitgehend ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen aufgebürdet. Die privilegierte Stellung ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder blieb dagegen fast ungeschmälert erhalten. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass sich seit den 1960er-Jahren der Typ des mittelgroßen, kollegial geleiteten Instituts (meist mit rotierender Geschäftsführung) als Ideal der MPG durchsetzte.²¹⁸

Bei der Abfederung sozialer Härten, die die Politik der Flexibilisierung in erster Linie für die Belegschaft der zu schließenden Einrichtungen bedeutete, wirkte auch der Gesamtbetriebsrat mit. Er wollte vor allem sozialverträgliche Lösungen für die Angestellten der betroffenen Institute erreichen. Ein Erfolg zäher Verhandlungen, die mit der Schließung der landwirtschaftlichen Institute begonnen hatten, war der 1973 unterzeichnete Rahmensozialplan, der die wirtschaftlichen Folgen von Einsparungsmaßnahmen wie im Falle des MPI für Zellbiologie in Wilhelmshaven lindern sollte.²¹⁹ Die Zahlungen, die die MPG im Rahmen von Sozialplänen an die Betroffenen leistete, fielen sehr unterschiedlich aus. So schätzte Generalsekretär Dietrich Ranft »den Aufwand für Sozialplanleistungen an etwa 16 Starnberger Mitarbeiter auf rd. 1 Mio. DM gegenüber rd. 464.000 DM, die für 42 (der 79) Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Landarbeit und Landtechnik aufzubringen waren.«²²⁰

Von Umstrukturierungs- und Schließungsmaßnahmen waren von 1978 bis 1987 insgesamt 237 Mitarbeiter:innen betroffen, darunter 78 Wissenschaftler:innen. »Mehr als die Hälfte von ihnen« kündigte »das Arbeitsverhältnis unter Inanspruchnahme der Sozialplanregelungen«, weitere rund 100 Mitarbeiter:innen fanden »neue Arbeitsplätze in ihren Instituten oder in anderen Max-Planck-Einrichtungen«, sodass die MPG nur sieben Kündigungen aussprechen musste. Der Verwaltungsrat bilanzierte befriedigt, »daß für die Mitarbeiter bisher keine schwerwiegenden sozialen Probleme entstanden seien und die Gesellschaft mit dem Instrument der Schließung verantwortungsbewußt umgehe.«²²¹ Diese Beispiele zeigen, dass die Gründung des Gesamtbetriebsrats und

die Kämpfe um Mitbestimmung Anfang der 1970er-Jahre nicht folgenlos geblieben waren. Allerdings verhinderte die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und die für die MPG gültige Tendenzschutzklausel eine größere Mitsprache des Betriebsrats.²²² Was damals anderswo zu institutionalisierter Mitbestimmung in unterschiedlichen Formen führte, wirkte sich in der MPG nur abgeschwächt aus oder blieb auf einige wenige Institute begrenzt, die – wie in Starnberg und im Berliner Bildungsforschungsinstitut – damit einige Jahre lang experimentierten, auch wenn das erhebliche Konflikte hervorrief.²²³

Die sozialgeschichtlich relevanteste Veränderung in der dritten Phase der MPG betraf nicht die nur rudimentär ausgeprägten Mitbestimmungsrechte, sondern die Durchsetzung befristeter Arbeitsverhältnisse vor allem im Hinblick auf wissenschaftliche Nachwuchskräfte, aber auch darüber hinaus. Mit der partiellen Befristung von Arbeitsverhältnissen und der damit errungenen Flexibilisierung gelang es der MPG, eine produktive Antwort auf die finanziellen Engpässe zu finden, die mithilfe, auch unter ungünstigen Bedingungen ein gerüttelt Maß an Dynamik und Erneuerungsfähigkeit zu erhalten, ohne die wissenschaftspolitische und wissenschaftsgeschichtliche Erfolg unmöglich gewesen wäre. Allerdings wurden mit der Einführung von Zeitverträgen langfristig wirksame Weichen gestellt, deren soziale Folgen sehr ungleichmäßig verteilt sind und heute vielfach als spezifisches Problem des Subsystems Wissenschaft wahrgenommen werden.

4.6 Das Verhältnis der MPG zu Politik und Wirtschaft

Die MPG hatte in der zweiten Phase ihres Bestehens vor dem Hintergrund des »Wirtschaftswunders« den Anspruch, »Grundlagenforschung« zu betreiben, verinnerlicht und sich stärker von anwendungsorientierten Bereichen – und damit von der Wirtschaft – distanziert. Nun erzwang die einsetzende Rezession in der dritten Phase eine vorsichtige Wiederannäherung. Dies lag ganz im Interesse der Politik, die der Bekämpfung der Wirtschaftskrise oberste Priorität zumaß. Im Verhältnis der MPG zur Politik entwickelten sich Ambivalenzen: Einerseits flankierte die MPG durch ihre internationalen Kontakte

217 Z. B. Leendertz und Schlimm, Flexible Dienstleister, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.3.2018.

218 Siehe oben, Kap. II.3.4.4, 94.

219 Scholz, *Partizipation*, 2019, 95–98.

220 Protokoll der 121. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1980, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 121.VP, fol. 82.

221 Protokoll der 146. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.3.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 146.VP, fol. 9.

222 Zankl, Gesamtbetriebsrat, 1972; Röbbecke, *Mitbestimmung*, 1997.

223 Scholz, *Partizipation*, 2019, 168–170.

zumindest teilweise die Außenpolitik der Bundesregierung – dies traf insbesondere auf die Anbahnung von Beziehungen zur Volksrepublik China zu –, andererseits zog sich die MPG ein Stück weit aus der Politikberatung zurück, die in den langen 1960er-Jahren an Bedeutung gewonnen hatte.

4.6.1 Forcierter Technologietransfer: Die Garching Instrumente GmbH

Angesichts der Wirtschaftskrise stieg der Druck auf die Wissenschaftsorganisationen, einen Beitrag zu ihrer Überwindung zu leisten. Forschung wurde nun »verstärkt am Kriterium der wirtschaftlichen Relevanz gemessen«.²²⁴ So setzte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt ab Mitte der 1970er-Jahre auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, um auf diese Weise die Wirtschaft anzukurbeln. In diesem Zusammenhang sollte die Wissenschaft die Ergebnisse ihrer Forschung zügiger und öfter in technologische Innovationen umsetzen, die sich dann kommerziell vermarkten ließen. Mithilfe der Wissenschaft sollte die ökonomische Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland und die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten durch modernste Technik gesichert werden. Nicht zuletzt der kometenhafte Aufstieg Japans zu einer ökonomischen Großmacht gab den Kassandrarufern Auftrieb, die Bundesrepublik werde wirtschaftlich untergehen, wenn sie technologisch nicht zu den führenden Staaten der Welt aufschließe.

Die MPG traf die Forderung, Forschung müsse wirtschaftlich und gesellschaftlich »relevant« sein, nicht unvorbereitet. Sie hatte 1970 eine eigene Agentur für den Technologietransfer gegründet: die »Garching Instrumente Gesellschaft zur industriellen Nutzung von Forschungsergebnissen mbH« (kurz: Garching Instrumente oder GI). Die aus dem IPP hervorgegangene Firma war eigens geschaffen worden, um Erfindungen, Erfahrungswissen und Know-how aus den seinerzeit knapp 50 Max-Planck-Instituten in die Wirtschaft zu transferieren und damit kommerziell zu verwerten.²²⁵ Das war an sich nichts Neues. Dieses Geschäftsmodell hatte sich bereits in der KWG etabliert, deren Direktoren ihre Erfindungen regel-

mäßig hatten patentieren lassen,²²⁶ und zwar nicht allein in den industrienahen Instituten für Eisenforschung oder für Kohlenforschung, die sogar über eigene Agenturen zur Vermarktung von Patenten verfügten.²²⁷ Auch Adolf Butenandt, um nur ein besonders prominentes Beispiel zu nennen, war fast seine gesamte wissenschaftliche Karriere hindurch eng mit der Schering AG verbunden gewesen, wovon beide Seiten profitiert hatten.²²⁸ Neu war indes, dass die MPG mit der Gründung von GI versuchte, die Entwicklung von kommerziell verwertbaren Forschungsergebnissen zu forcieren und diese dann durch eine eigene Technologietransfer-Agentur zentral zu vermarkten – wiewohl GI kein Monopol auf die Vermittlung von Forschungsergebnissen aus der MPG besaß und nicht wenige Direktoren die Anmeldung ihrer Patente weiterhin selbst besorgten.

Mit der Gründung von GI war der MPG ein Coup gelungen: Sie forcierte den Technologietransfer aus der Grundlagenforschung heraus, noch bevor die Regierungen in Bund und Ländern darin ein Instrument zur Ankurbelung der schwächelnden Wirtschaft erblickten; als sie dies dann taten, fiel der MPG die Rolle des Vorreiters zu. Es kam zunächst nicht darauf an, ob GI Gewinn erwirtschaftete oder nicht; wichtig war, dass sich die renommierte MPG auf dem Gebiet des Technologietransfers engagierte. Tatsächlich war die allseits gepriesene Firma zunächst alles andere als ein finanzieller Erfolg, weil man Technologietransfer nach der Trial-and-Error-Methode betrieb.

Der Geburtsfehler von GI resultierte daraus, dass sich die MPG und das IPP nicht auf ein Geschäftsmodell hatten einigen können: Die MPG zielte auf eine klassische Patentagentur ab, die Patente über Lizenzverträge an die Wirtschaft vermitteln sollte.²²⁹ Das IPP hingegen wollte GI mit der Weiterentwicklung von Instrumenten zur Serienreife und deren anschließender Vermarktung betraut wissen, das heißt ein Unternehmen mit Entwicklungs-, Produktions- und Vertriebskapazitäten aufbauen. Während man also im IPP die Inwertsetzung der im eigenen Haus entwickelten *Forschungstechnologien* im Sinn hatte, ging es der MPG um die Vermarktung der aus den überaus heterogenen Max-Planck-Instituten stammenden *Forschungsergebnisse*. GI tat schließlich beides zugleich und entwickelte sich so zu einem Zwitter, der zwei Aktivitäten nachging, die sich im Grunde gegenseitig ausschlossen.²³⁰

224 Orth, *Autonomie und Planung*, 2011, 158.

225 Zur Geschichte von GI siehe ausführlich Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, passim.

226 Hartung, *Erfindertätigkeit*, 1996.

227 Zur »Studiengesellschaft Kohle« siehe Rasch, Weg, 2015.

228 Gaudillière, *Biochemie und Industrie*, 2004; Gaudillière, *Better Prepared*, 2005.

229 Kuhn, *Garching Instrumente*, 1970.

230 Der Geschäftsleitung war dies durchaus bewusst. Bericht der Geschäftsführung zur 10. Sitzung des GI-Beirats am 24.11.1975, AIPP, IPP 4, Nr. 510002, fot. 226–239.

Zudem verlief die Entwicklung von GI anders als ursprünglich geplant. Ab Mitte der 1970er-Jahre setzte die Firmenleitung ganz auf das scheinbar lukrativere Feld der Geräteentwicklung, um die Rentabilität des Technologietransfers möglichst schnell nachzuweisen – kurzfristige Profitabilität rangierte vor langfristigem Erfolg des Unternehmens. Da sich die Einwerbung entsprechender »Erfindungen« aus den Max-Planck-Instituten als schwierig und langwierig erwies, verfiel man auf die Idee, Geräte von Herstellern aus dem Ausland in Lizenz zu fertigen und zu vertreiben. So steuerte GI geradewegs auf den Abgrund zu, denn die auf Forschungsinstrumente begrenzte Produktpalette konfrontierte die Firma mit zwei Problemen:²³¹ Zum einen war der Markt für diese Erzeugnisse begrenzt, da fast nur Forschungseinrichtungen als Abnehmer infrage kamen. Zum anderen hatten derartige Produkte eine beschränkte Halbwertszeit, weil die Instrumente in der Regel rasch weiterentwickelt wurden.²³² Deswegen mussten die Garching permanent am Ausbau und an der Erneuerung ihrer Produktpalette arbeiten, was eine kleine Firma wie GI kaum leisten konnte.

Hinzu kam, dass GI für Konstruktion, Herstellung und Vertrieb von Geräten, auch in kleinem Maßstab, völlig unterkapitalisiert war. Selbst nach mehreren Kapitalerhöhungen betrug das Eigenkapital von GI lediglich 950.000 DM.²³³ Schon die durch die Ausweitung der Produktpalette bedingten rasant steigenden Lohn- und Lagerkosten überstiegen die Finanzkraft. Als 1978 ein Zulieferer in Konkurs ging und sich neue Geräte zum Teil als Flop erwiesen, zum Teil fehlerhaft waren und aufwendig nachgebessert werden mussten,²³⁴ fiel GI im

Frühjahr 1979 wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Der Gesamtverlust, den die MPG tragen musste, belief sich auf über 3,2 Millionen DM.²³⁵ Ende 1980 beklagte der Schatzmeister der MPG, Karl Klasen, »die außergewöhnliche Belastung des privaten Vermögens durch den Ausgleich der bei der Garching Instrumente GmbH eingetretenen finanziellen Verluste«.²³⁶

Trotz dieses Fiaskos hielt die MPG aus drei Gründen weiter an GI fest. Erstens stieg vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise die Bedeutung, die dem Technologietransfer zugeschrieben wurde, sodass Forschungspolitik »mehr denn je [...] unter dem Primat der Wirtschaftspolitik« stand.²³⁷ Erst im Oktober 1977 hatte sich der Sachverständigenkreis »Patente und Lizenzen bei öffentlich geförderter Forschung und Entwicklung« für eine »aktive Patent- und Lizenzpolitik« ausgesprochen, um die Vermarktung wirtschaftlich verwertbarer Forschungsergebnisse zu fördern.²³⁸ Zweitens war Technologietransfer gegen Ende der 1970er-Jahre einfach en vogue. Agenturen, die teilweise dem Vorbild von GI nacheiferten, schossen wie Pilze aus dem Boden, man veranstaltete eine European Technology Transfer Conference, die EG gründete eine Kommission für Einrichtungen des Technologietransfers und das BMFT vergab einen Technologietransfer-Preis, der »das Innovationsbewusstsein der Forscher stärken« sollte.²³⁹ Drittens profitierte die MPG in hohem Maße von ihrem Image als Pionier auf dem Gebiet des Technologietransfers. In dieser Rolle gefiel man sich und wurde darin nicht zuletzt vom Forschungsministerium bestärkt, das im April 1980 die GI als »wichtiges Pilotprojekt« bezeichnete.²⁴⁰ Kein Wun-

231 Siehe am Beispiel der Kernspintomografie die instruktive Untersuchung von Steinhäuser, *Zukunftsmaschinen*, 2014.

232 Dieses Problem hatte der weitsichtige Leiter der Abteilung Technik am IPP schon vor der Gründung von GI vorausgesehen. Vermerk der Abt. Technik des IPP (Karl-Heinz Schmitter) vom 22.11.1968 betr. Vorschlag zur Gründung einer Tochtergesellschaft mit dem Ziel der wirtschaftlichen Nutzung der Entwicklungsergebnisse des IPP, AIPP, IPP 4, Nr. 510001, fol. 132–135.

233 1973 wurde das Kapital der GI von 500.000 auf 700.000 DM erhöht. Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrats vom 27.6.1973, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 397–398. Eine weitere Kapitalerhöhung erfolgte Ende 1974. Der Verwaltungsrat beschloss, das Kapital der GI »letztmalig von derzeit DM 700.000,- auf DM 950.000,- bis 1 Mio. DM zu erhöhen, falls die Liquiditätslage der GARCHING INSTRUMENTE GmbH dies erfordert«. Protokoll der 102. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1974 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 102.VP, fol. 24.

234 Ausführlich Materialien für die 119. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22.11.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 119.VP, fol. 322–338.

235 Protokoll der 119. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22.11.1979, ebd., fol. 151–152.

236 Protokoll der 122. Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.11.1980, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 122.VP, fol. 130. Der Zusammenbruch von GI sorgte auch international für Aufsehen. Sogar die Zeitschrift *Nature* wartete mit einem eigenen Bericht auf. Höpfner, *Production Venture*, 1979, 347.

237 Trischler und vom Bruch, *Forschung*, 1999, 85.

238 Empfehlung zur Patent- und Lizenzpolitik der öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen vom Oktober 1977, zitiert nach Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 300.

239 Zum Technologietransferpreis des BMFT siehe die Vorlage zu Punkt 7 der Tagesordnung der 22. Sitzung des GI-Beirats vom 30.11.1982: Verschiedenes, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 1076, fol. 150.

240 Ungezeichneter Vermerk aus dem BMFT vom 18.4.1980 betr. Sitzung der Arbeitsgruppe DFG/MPG vom 23.4.1980, hier: Verwertungsvergütung für GI, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 1078, fol. 69–70.

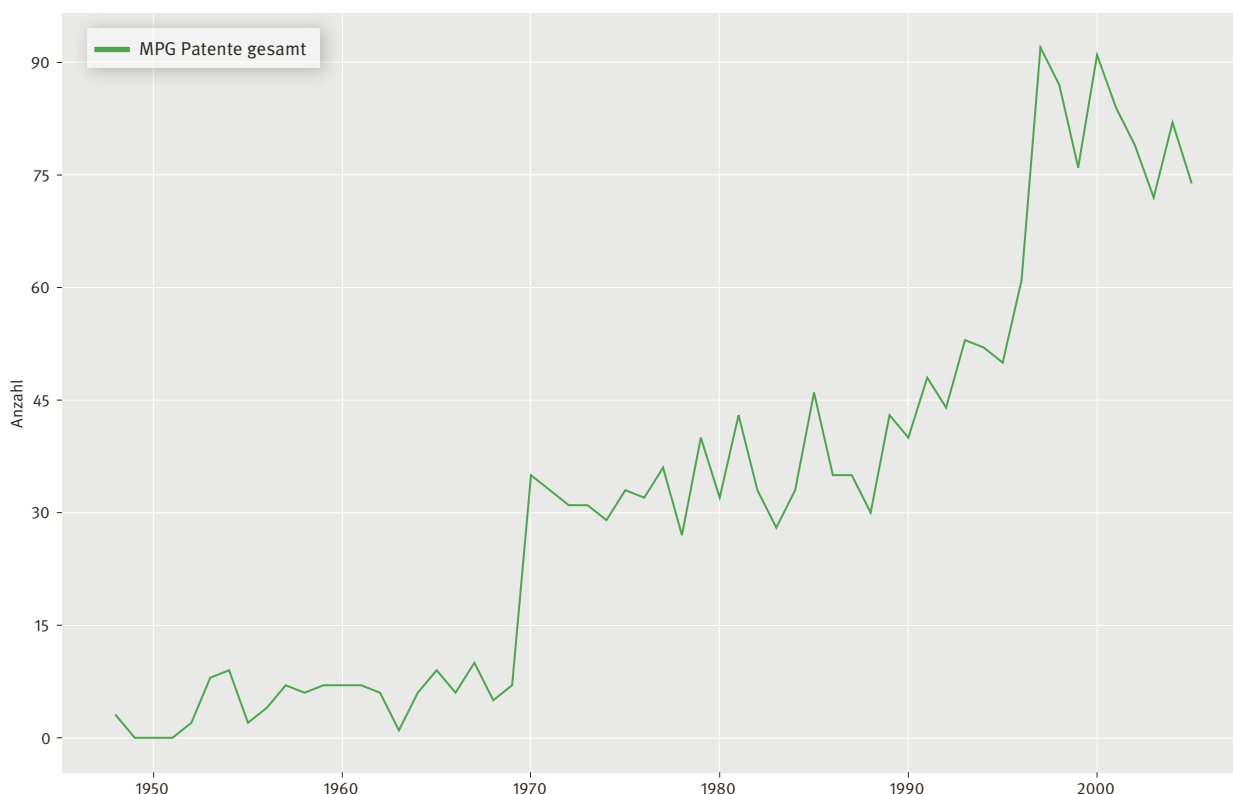


Abb. 3: Anzahl der Patente der gesamten MPG (1948–2005). – Quellen: Patentdatenbank GMPG auf Grundlage der Angaben der europäischen, der US-amerikanischen und der japanischen Online-Patentdatenbanken. doi.org/10.25625/BMQAUJ.

der, dass das BMFT finanzielle Unterstützung in Aussicht stellte, als GI vor der Pleite stand.²⁴¹

Die MPG, die seit 1970 nicht müde geworden war, ihre Vorreiterrolle im Technologietransfer herauszustreichen, war gewissermaßen zur Gefangenen ihrer eigenen Propaganda geworden. Eine Schließung von GI kam nicht infrage. Allerdings unterzog man die Firma einer umfassenden Restrukturierung: Die Abteilung, die Instrumente konstruierte und vertrieb, wurde abgewickelt. Künftig sollte sich GI auf die Vermarktung von Patenten und Lizenzen beschränken. Damit folgte die MPG dem Trend der Zeit, galt doch Ende der 1970er-Jahre der Patentschutz gemeinhin »als das wirksamste Mittel des heute in aller Munde befindlichen Technologietransfers«.²⁴² Im Zuge der Neuausrichtung des Geschäftsmodells von GI

wurde die Belegschaft drastisch reduziert: Von 35 Angestellten blieben lediglich ein Geschäftsführer, zwei wissenschaftliche Experten sowie drei Sekretärinnen. Der bescheidene Jahresetat von rund 500.000 DM wurde »ausschließlich für Gehälter, Kontaktpflege, Mieten und Reisen« verwendet, und man achtete nach dem gescheiterten Experiment des Instrumentenbaus streng darauf, keinen »Verwaltungswasserkopf« entstehen zu lassen.²⁴³ Damit wurde GI letztlich genau zu der kleinen, aber feinen Patentagentur, die der MPG von Anfang an vorgeschwebt hatte. Wenig später sollte sich dieses Modell dank des am MPI für biophysikalische Chemie entwickelten Flash-Patents finanziell als überaus lukrativ erweisen.²⁴⁴

4.6.2 Außenwissenschaftspolitik/ Wissenschaftsaußenpolitik²⁴⁵

Die frühen 1970er-Jahre brachten – forciert noch durch den Präsidentenwechsel von Butenandt zu Lüst – eine überfällige Umstrukturierung im Management der inter-

²⁴¹ Heinrich Kuhn: Vorläufiger Liquidations-Abschlussbericht GI zum 30.6.1979, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 1077, fot. 376–406.

²⁴² Krieger, *Innovation*, 1979, 353.

²⁴³ Zitiert nach dem Artikel: KFA Jülich und Hudson-Institut Indianapolis, *Gratwanderung*, 1984, 11–12.

²⁴⁴ Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 52–57.

²⁴⁵ Der Text des Abschnitts 4.6.2 stammt von Carola Sachse.

nationalen Beziehungen der MPG mit sich.²⁴⁶ Überfällig war sie vor allem aus zwei Gründen: Zum einen hatten sich mit dem starken Zuwachs an Instituten in den 1960er-Jahren die zu verwaltenden Kooperationsbeziehungen nicht nur entsprechend vermehrt. Sie waren sogar überproportional gewachsen, da vor allem der international gut vernetzte astrophysikalische Forschungscluster mit seinen zahlreichen bi- und multilateral betriebenen großtechnologischen Infrastrukturen und Forschungsk Kooperationen enorm ausgebaut wurde. All dies war mit aufwendigen Abstimmungsprozessen und Vertragsverhandlungen verbunden, was niemand besser verstand als der neue MPG-Präsident, der nicht nur diesen Cluster, sondern auch (und an führender Stelle) die europäische Weltraumforschung mitaufgebaut hatte. Das Arbeitsgebiet »Zusammenarbeit mit dem Ausland« nahm in den 1970er-Jahren innerhalb der dafür zuständigen Abteilung I der Generalverwaltung immer mehr Raum ein und wurde zum Hauptaktionsfeld des von Dietmar Nickel geleiteten Referats mit zunächst zwei, später vier Referent:innen. Sie sollten die Wissenschaftler in den Instituten bei der inhaltlichen Anbahnung und administrativen Umsetzung der von ihnen gewünschten Kooperationen mit Partnerinstitutionen im Ausland unterstützen. Zum anderen hatte die neue Ostpolitik sozialliberaler Prägung die außenpolitischen Mahnungen jener um Carl Friedrich v. Weizsäcker und Werner Heisenberg versammelten intellektuellen »Meinungsmacher« innerhalb der MPG ernst genommen, die sie unter anderem mit dem »Tübinger Memorandum« von 1961/62 in die öffentlich Debatte hineingetragen hatten.²⁴⁷ Zugleich hatte Willy Brandts bereits Ende der 1960er-Jahre gestartete »neue Außenpolitik« die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (neben der klassischen Diplomatie und den Außenhandelsbeziehungen) zu ihrer »dritten Säule« erklärt. Beides – die außenpolitischen ebenso wie die wissenschaftlichen und institutionellen Entwicklungen innerhalb der MPG – bot Anlass, die internationalen Beziehungen der MPG zu überdenken.

Mitte der 1970er-Jahre entwickelte der Auslandsreferent in einem in den folgenden Jahren immer wieder herangezogenen, gelegentlich modifizierten, aber im Kern richtungsstabilen Strategiepapier die administrativen Leitlinien zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit der MPG.²⁴⁸ Zunächst identifizierte Nickel vier Ebenen, auf denen sich solche Kooperationen abspielten:

erstens die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der European Science Foundation (ESF), den European Science Research Councils (ESRC), dem International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) und der Galapagos Foundation; zweitens die von seinem Präsidenten präferierte unmittelbare Zusammenarbeit zwischen einzelnen Max-Planck-Instituten und entsprechenden ausländischen Einrichtungen sowie – drittens – die in den 1970er-Jahren weiter zunehmende Zahl an Verbundprojekten wie die European Incoherent Scatter Facility in the Auroral Zone (EISCAT) oder das trinational mit dem CNRS und dem spanischen Instituto Geográfico Nacional (IGN) betriebene Institut de Radioastronomie Millimétrique (IRAM) in Grenoble. Als problematisch galten dagegen – viertens – langfristige Rahmenverträge mit ausländischen Einrichtungen; sie bestanden bis dahin nur mit dem israelischen Weizmann-Institut, dem spanischen Consejo Superior de Investigaciones Científicas (CSIC) und später auch mit dem französischen CNRS sowie dem japanischen RIKEN-Institut, nicht jedoch mit den wissenschaftlichen Dachorganisationen in den USA oder Großbritannien, obwohl gerade mit Forscher:innen in diesen Ländern zahlreiche wichtige und intensive Kooperationen gepflegt wurden.

Aus Sicht der Generalverwaltung gab es gute Gründe, gerade bei solchen »Allgemeinverträgen«, wie das Reizwort in der Münchner Zentrale lautete, zurückhaltend zu sein: Zunächst galt es, den grundsätzlichen und von der MPG auch zugestandenen Vorrang der DFG zu wahren. Sie war als eigentliche Repräsentantin der bundesdeutschen Wissenschaft im Ausland prädestiniert, solche binationalen Verträge abzuschließen, bei denen auch die Universitäten und alle anderen bei der DFG antragsberechtigten bundesdeutschen Wissenschaftseinrichtungen zu berücksichtigen waren. Darüber hinaus waren solche Verträge immer auch mit mehr oder minder konkreten Festlegungen verbunden, sei es von Forschungsfeldern, sei es von vorab definierten Austauschquoten und spezifischen Kooperationsformen. Alle derart vertraglich fixierten Vereinbarungen bedeuteten budgetäre und operative Festlegungen auf längere Sicht. Sie schränkten die Flexibilität ein, mit den Haushaltsmitteln, die in den 1970er- und 1980er-Jahren stets knapp bemessen waren, auf die wissenschaftlichen Kooperationsbedürfnisse, die in den Instituten im Zuge laufender Forschungsprozesse neu entstanden, kurzfristig reagieren zu können.

246 Siehe dazu und zum Folgenden ausführlich Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 106–110 und passim.

247 In dieser an den Deutschen Bundestag gerichteten Denkschrift vom 6.11.1961 hatten sich prominente Wissenschaftler, darunter Hellmut Becker, Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker, gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen. Greschat, *Mehr Wahrheit*, 2000.

248 Vermerk Dietmar Nickel vom 25.2.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 70, Nr. 373, fol. 34–37.

Maximale wissenschaftliche Autonomie der Institute und entsprechende finanzielle Flexibilität, nicht aber wie auch immer außen(wissenschafts)politisch definierte Ziele waren die Kriterien für eine den konkreten Forschungsinteressen dienenden Wissenschaftsaußenpolitik, wie sie die Generalverwaltung bevorzugte. An ihnen versuchte sich die MPG auch dann zu orientieren, wenn ihr die realen außenpolitischen Entwicklungen einen Strich durch die Rechnung machten. So gab es dank der Ostverträge zwar in den wissenschaftlichen Beziehungen zu vielen osteuropäischen Ländern merkliche Fortschritte. Aus Polen beispielsweise kam bis in die 1980er-Jahre hinein die drittgrößte Gruppe an Gastwissenschaftler:innen (nach denen aus den USA und Großbritannien); und auch die Gäste aus anderen Ostblockländern wurden zahlreicher, obwohl man auf die Wünsche ihrer Wissenschaftsakademien nach Rahmenverträgen nicht eingegangen war. Anders sah es mit den Kollegen aus der DDR aus; sie erhielten nur in ganz vereinzelten Fällen eine Reiseerlaubnis ihrer Regierung und auch in die Gegenrichtung waren die Reisemöglichkeiten beschränkt. Das mit Abstand wichtigste Forum deutsch-deutscher Wissenschaftsbegegnungen blieben die alle zwei Jahre abgehaltenen Hauptversammlungen der Leopoldina in Halle, die unter den vielen Wissenschaftlern aus westlichen Ländern auch viele Kollegen aus der MPG zu ihren aktiven Mitgliedern zählte. Sie durften nicht nur in die DDR einreisen, sondern sich auch in den Gremien dieser ältesten deutschen Wissenschaftsakademie engagieren.

Ebenso wenig verbesserten sich die für viele MPG-Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Fachrichtungen von der Limnologie bis zur Astrophysik so wichtigen Beziehungen zur Sowjetunion. Dies lag nicht nur an der restriktiven Ausreisepolitik seitens der Sowjets, die die Einladungen an sowjetische Wunschpartner immer wieder abschlägig beschieden. Es lag vor allem auch an der höchst misslichen Rolle, die der MPG von der bundesdeutschen Außenwissenschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion zugedacht war. Die Bundesregierung bemühte sich nahezu drei Jahrzehnten lang (bis 1987) vergeblich um ein bilaterales Kulturabkommen, das die West-Berliner Einrichtungen gleichberechtigt einbezog. Dabei nutzte sie die wissenschaftliche Zusammenarbeit und besonders diejenige der MPG als Flaggschiff bundesdeutscher Forschung gern als diplomatischen Joker. Mit je nach politischer Großwetterlage dosierten Restriktionen, die mit dem Ende der Entspannungspolitik nach 1979 zunahmen, versuchte sie, die sowjetische Seite, die

ihrerseits großes Interesse an den Forschungen in verschiedenen Max-Planck-Instituten hatte, zum Einlenken zu bewegen. Wenn die MPG sich nicht diesem Primat der Außenpolitik unterordnen wollte, musste sie dem Auswärtigen Amt für jede Form der Kooperation eine Zustimmung abringen. Oder aber sie ignorierte dessen Haltung, riskierte dann aber wegen der zahlreichen als »privat« deklarierten Reisen ihrer Wissenschaftler in sowjetische Wissenschaftszentren, sich als Verräterin an der gesamtdeutschen Sache abmahnen zu lassen.

Anders als man vor diesem Hintergrund vielleicht denken mag, spielte die MPG bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit als neuer »dritter Säule« der sozialliberalen Außenpolitik keine tragende Rolle. Hier waren vor allem die Technischen Hochschulen, die Fraunhofer-Gesellschaft und Einrichtungen der Berufsbildung gefragt, nicht aber der bundesdeutsche Gralshüter der Grundlagenforschung – mit einer höchst bemerkenswerten Ausnahme, die für die globalisierte Zukunft der MPG wegweisend werden sollte: China.

Was für die Bundesregierung die Berlin-Frage war, war für die Regierung der Volksrepublik China die Taiwan-Frage; die Ein-China-Politik soll sogar seinerzeit bei der Hallstein-Doktrin, die in der Berlin-Frage noch immer nachhallte, Pate gestanden haben.²⁴⁹ Diese eigentümliche außenpolitische Übereinstimmung zwischen konträren Herrschaftssystemen machte die MPG mit einem Mal zum gefragten Partner, als die bundesdeutsch-chinesischen Wissenschaftsbeziehungen 1973/74 im Gefolge der chinesisch-amerikanischen Pingpong-Diplomatie und noch unter kulturrevolutionären Vorzeichen starteten. Denn die MPG unterhielt zwar auch wissenschaftliche Kontakte nach Taiwan, aber sie hatte getreu ihren Leitlinien keinen Vertrag mit taiwanesischen Institutionen, etwa der Academia Sinica, geschlossen – anders als die DFG und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die damit für die Volksrepublik als Vertragspartner nicht mehr infrage kamen. Stattdessen übernahm die MPG – in diesem Fall in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und in deren Auftrag – für die nächsten fünf Jahre die Administration des gesamten wissenschaftlichen Austauschprogramms für die bundesdeutsche Seite. Sie ergriff die Chance, den sich öffnenden chinesischen Wissenschaftsraum zu erkunden und sich dort, soweit dies im Kontext einer kommunistischen Parteidiktatur möglich war, in eigener Regie zu positionieren; hier brauchte sie sich nicht wie besonders im Fall der Sowjetunion den von der DFG ausverhandelten Proze-

249 Runge, *Kooperation im Wandel*, 2002. Die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein benannte und bis 1969 geltende Doktrin erklärte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten zur DDR zum »unfreundlichen Akt« gegenüber der Bundesrepublik. Gülstorff, *Hallstein-Doktrin*, 2017.

duren unterzuordnen. Ende der 1970er-Jahre nutzte die MPG die Möglichkeit, die sich für sie mit Deng Xiaopings »Reform- und Öffnungspolitik« und dessen geschmeidiger Außenpolitik ergab: Sie reduzierte ihr Engagement auf die von ihr präferierten naturwissenschaftlichen Forschungsfelder und gab die Verwaltung der anderen an die inzwischen ebenfalls akzeptierten bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen (vor allem DFG, DAAD und FhG) ab, ohne ihre als außenwissenschaftspolitische Vorreiterin in China gewonnene Selbstständigkeit aufgeben und wieder hinter die DFG zurücktreten zu müssen. Die MPG trug neben vielen anderen westlichen Wissenschaftsorganisationen erheblich dazu bei, dass die chinesischen Naturwissenschaften – nach einem dramatischen Niedergang in der Dekade der Kulturrevolution²⁵⁰ – verblüffend rasch wieder zum internationalen Niveau aufschließen konnten. Sie erprobte dabei verschiedene Instrumente, wie Rückkehrstipendien für chinesische Nachwuchswissenschaftler:innen, Partnergruppen an chinesischen Standorten bzw. in dem von ihr eingerichteten biowissenschaftlichen »Gästelabor« in Shanghai, die sie auch heute noch für ihre internationale Zusammenarbeit nutzt.

Eine weitere Herausforderung stellte die aus Sicht der MPG falsch justierte Forschungspolitik der Europäischen Gemeinschaft dar. Zwar hatten alle bisherigen Präsidenten der MPG immer wieder die Schaffung eines europäischen Wissenschaftsraums gefordert, der es an Größe und Leistungsfähigkeit mit den USA und der Sowjetunion würde aufnehmen können. Aber so, wie die Kommission in Brüssel an diese Aufgabe heranging, sah sich die MPG in ihrem Selbstverständnis als autonome, größtenteils vom Bund und den Ländern grundfinanzierte Institution der Grundlagenforschung infrage gestellt: Erstens gaben die kommissionsseitig formulierten Forschungsrahmenprogramme die inhaltlichen Förderschwerpunkte und die Modi der multilateralen Kooperationen vor, an die man die Projektanträge und damit die Forschungsdesigns notgedrungen anpassen musste; zweitens steuerte die Kommission die Auswahlprozesse, statt sie in die Hände der europäischen Wissenschaftsorganisationen zu legen; drittens gehorchten diese Brüsseler Vorgaben dem politischen Primat der Kommission und sollten vornehmlich die Kohäsion unter den europäischen Mitgliedsländern fördern, statt die Cutting-Edge-Forschung voranzutreiben; viertens war zu befürchten, dass die aus nationalen Steueraufkommen aufgebrachten Brüsseler Förderbudgets Mittel von der national finanzierten Grundlagenforschung abzogen; fünftens schließlich verstärkten diese Programme den Trend zur Projektfinanzierung, den die zusätzlichen,

gerade für großtechnologische Forschungen dringend benötigten Bundesmittel angeschobenen hatten – und je stärker dieser Trend wurde, umso mehr drohte er die Grundfinanzierung zu unterminieren. Als die EG-Kommission sich 1972 anschickte, ihre zuvor im Wesentlichen auf die angewandte Forschung konzentrierte Förderpolitik mit der Gründung der ESF auf die Grundlagenforschung auszudehnen, war daher aus MPG-Perspektive nicht etwa Freude angesagt, sondern Gefahr im Verzug. Tatsächlich gelang es der Generalverwaltung im Verein mit anderen europäischen Wissenschaftsorganisationen in den folgenden drei Jahren, auf die Satzung der ESF, die Zusammensetzung ihrer Gremien und die Vergabemodi der Fördermittel Einfluss zu nehmen und die Macht der EG-Kommission zurückzudrängen.

Es gab aber auch außen(wissenschafts)politische Probleme, denen die MPG auswich. Anders als in den 1960er-Jahren, als ihre intellektuellen Führungspersonlichkeiten öffentlich einer realistischen Entspannungspolitik das Wort redeten, sich mit amerikanischen Vorbildern einer wissenschaftlichen Politikberatung auf höchster Ebene auseinandersetzten und eigens ein Max-Planck-Institut gründeten, das die Bedingungen der Möglichkeit einer friedlichen Weltgesellschaft erforschen sollte, verlor sich in der dritten Phase der außenpolitische Gestaltungswille der MPG als institutionellem Gesamtakteur immer mehr. Zwar bat Bundeskanzler Schmidt MPG-Präsident Lüst einige Male, ihn als Repräsentant der deutschen Wissenschaft auf Auslandsreisen zu begleiten, woraus sich eine belastbare Freundschaft zwischen den beiden Männern entwickelte. Zugleich bestand Lüst im bundesdeutschen Binnenverhältnis jedoch auf einer strikten Trennung von Politik und Wissenschaft – durchaus zum Missfallen des Kanzlers, der vergeblich die Sozialbindung steuerfinanzierter Forschung und die Bereitschaft ebenso bezahlter Wissenschaftler:innen einforderte, der Politik mit »ordnendem Überblick« zur Seite zu stehen.²⁵¹

In der MPG galt außenpolitisch im Gegenteil die Parole strikter politischer Neutralität – mit der Folge, dass sowjetische Dissidenten wie Andrej Sacharow vergeblich auf offizielle Unterstützung der MPG warteten. Umsonst baten auch MPG-Senatsmitglieder wie der 1982 gestürzte Bundeskanzler Schmidt und Peter Glotz, ebenfalls SPD, um eine wissenschaftliche Einschätzung der vom US-Präsidenten Ronald Reagan 1983 gestarteten Strategic Defense Initiative (SDI). Die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung im Juni 1989 auf dem Tian'anmen-Platz in Beijing blieb ebenso unkommentiert wie die spektakuläre Flucht eines langjährigen

²⁵⁰ Heberer, Wenhua da Geming, 2000.

²⁵¹ Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch* 1982, 1982, 22.

chinesischen Kooperationspartners, des Astrophysikers Fang Lizhi. Von Kollegen wie dem Kernphysiker Hans-Peter Dürr, der dennoch öffentlich als SDI-Kritiker und Friedensaktivist auftrat, und Wissenschaftlern wie Horst Afheldt, dessen am Starnberger Institut entwickelte defensive Verteidigungsstrategie²⁵² in der internationalen Abrüstungsdiskussion ebenso kritisch wie aufmerksam rezipiert wurde, distanzierte man sich, wo und wann immer es geboten schien, politische Neutralität zu demonstrieren.

4.6.3 Politikberatung? Nein danke!

So markierte die Abkehr von der proaktiven Politikberatung, die sie in der zweiten Entwicklungsphase noch energisch forciert hatte, eine wichtige Kehrtwende in der dritten Phase der Geschichte der MPG. Sie betraf insbesondere die geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute – mit Ausnahme der rechtswissenschaftlichen – und setzte ein, wenige Jahre bevor der vormalige MPG-Direktor Jürgen Habermas die »neue Unübersichtlichkeit« ausrief.²⁵³ Der Kurswechsel äußerte sich auf dreierlei Weise: Erstens versuchte die MPG-Spitze unter den Präsidenten Lüst und Staab – wie erwähnt –, eine klare Grenze zwischen Wissenschaft und Politik zu ziehen, um auf diese Weise Forschung gleichsam zu entpolitisieren. Stellungnahmen zu tagesaktuellen politischen Fragen wie beispielsweise dem Raketenschutzschirm SDI ließen sich zwar nicht immer verhindern, waren aber nicht mehr willkommen.²⁵⁴ Die MPG brach so mit einer Traditionslinie, die über das »Tübinger Memorandum« (1961), die »Göttinger Erklärung« (1957) und die »Mainauer Deklaration« (1955) zurückreicht bis zur Gründung des Deutschen Forschungsrats, der im März 1949 explizit zum Zweck der Politikberatung gegründet worden war und in dem MPG-Wissenschaftler wie Adolf Butenandt und Werner Heisenberg eine zentrale Rolle gespielt hatten.²⁵⁵ Zweitens wurden bestehende Institute, die eigens ins Leben gerufen worden waren, um Regierungen und Parlamenten in einer zunehmend komplexer werdenden Welt wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen anzubieten, entweder geschlossen oder so umstrukturiert, dass Politikberatung kaum mehr eine

Rolle spielte. Drittens ging die MPG nicht auf die Forderungen aus Politik und Öffentlichkeit ein, brandaktuelle Themen zum Forschungsgegenstand eines neu zu gründenden Max-Planck-Instituts zu machen. Letzteres galt ganz besonders für die zunehmende Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt.

In den langen 1960er-Jahren war die MPG mit der Gründung zweier Institute beherzt in die sozialwissenschaftliche Politikberatung eingestiegen. Beide Institute, das MPI für Bildungsforschung in Berlin und das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, waren intern schon zum Zeitpunkt ihrer Gründung nicht unumstritten gewesen und befanden sich in den 1970er-Jahren aufgrund massiver interner Schwierigkeiten in der Krise. In den frühen 1980er-Jahren führte eine Reihe von Umständen dazu, dass das eine Institut geschlossen, das andere personell reduziert und wissenschaftlich anders ausgerichtet wurde. In beiden Fällen hing die Krise der Institute mit der Emeritierung ihrer Gründungsdirektoren zusammen – ein für jedes Max-Planck-Institut heikler Moment: Die Gremien müssen dann nämlich die Frage beantworten, ob das betreffende Institut seinen Zweck erfüllt hat und – nach dem Harnack-Prinzip – abgewickelt werden kann, oder ob die wissenschaftliche Problemstellung, zu deren Bearbeitung es gegründet worden war, unter einer neuen Leitungspersonlichkeit weiterverfolgt werden soll. Und selbst wenn die Entscheidung für eine Weiterführung fällt, gestaltet sich die Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin mitunter schwierig, weil Institute oder Abteilungen in der MPG – ebenfalls als Folge des Harnack-Prinzips – weit stärker auf die Direktorin oder den Direktor ausgerichtet und zugeschnitten sind als in anderen Wissenschaftsorganisationen.

Prekär war der anstehende Generationswechsel insbesondere für das Starnberger MPI, das 1970 als »Institut auf Zeit« gegründet worden war;²⁵⁶ schon damals hatte man eine Schließung mit dem Ausscheiden des Gründungsdirektors explizit als eine Option ins Auge gefasst. Das Institut war nicht nur innerhalb der MPG umstritten gewesen, es avancierte aufgrund seiner thematischen Ausrichtung sowie seiner personellen Besetzung auch

²⁵² Afheldt, *Verteidigung*, 1983.

²⁵³ Habermas, *Neue Unübersichtlichkeit*, 1985.

²⁵⁴ Siehe dazu ausführlich Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 453–461.

²⁵⁵ Zum Deutschen Forschungsrat, der 1951 mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur DFG fusionierte, siehe Stamm-Kuhlmann, *Deutsche Forschung und internationale Integration*, 1990, 892–896. – In der »Mainauer Deklaration« hatte sich, auf eine Initiative von Otto Hahn und Max Born hin, eine Reihe von Nobelpreisträgern und weitere Spitzenforscher bereits gegen den Einsatz von Atomwaffen und die friedliche Lösung von Konflikten ausgesprochen.

²⁵⁶ Siehe dazu und zum Folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, die detaillierte Analyse von Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 14–49, Zitat 22. Siehe auch Leendertz, *Gescheitertes Experiment*, 2014; Leendertz, *Ungunst des Augenblicks*, 2014; mit etwas anderem Akzent: unten, Kap. III.14.

zu einem (partei-)politischen Zankapfel. So blieben die hitzigen Debatten um die Zukunft von Starnberg, die die Medien zusätzlich anheizten, nicht auf die MPG-Gremien beschränkt.²⁵⁷ Die näher rückende Emeritierung des Gründungsdirektors Carl Friedrich v. Weizsäcker, der den Arbeitsbereich I leitete, setzte eine Neustrukturierung des Instituts auf die Tagesordnung. Es galt nämlich als schlicht unmöglich, abermals einen Universalgelehrten zu finden, der die gesamte Breite von Weizäckers Abteilung abdeckte, in der zu Kriegsverhütung, politischer Ökonomie, Forschungspolitik und Wissenschaftstheorie, Quantentheorie und Philosophie geforscht wurde.

1975 beantragten die beiden Direktoren Habermas und Weizsäcker bei der MPG, eine dritte Abteilung für »Internationale Ökonomie« zu schaffen, um das Institut auf eine breitere Basis zu stellen, nicht zuletzt, um den Fortbestand des Instituts nach Weizäckers Emeritierung zu sichern. Doch genau aus diesem Grund lehnte eine von der Geisteswissenschaftlichen Sektion eingesetzte Kommission den Antrag ab. 1977 setzte die Sektion eine weitere Kommission ein, die über die Zukunft des Instituts beraten sollte. Unter anderem gewann sie den an der London School of Economics and Political Sciences lehrenden Ralf Dahrendorf dafür, ein Konzept für die Neuausrichtung des Instituts auszuarbeiten. Der prominente Soziologe, FDP-Politiker und MPG-Senator schlug vor, aus Weizäckers Abteilung lediglich die Arbeitsgruppe »Wissenschaftsforschung« fortzuführen und das Institut künftig in vier Arbeitsbereiche zu gliedern: Politische Soziologie, Politologie, Psychologie und den bereits bestehenden Arbeitsbereich von Jürgen Habermas, der sich mit Theorien der Sozialisation und der Entwicklung von Gesellschaftsformen befasste.²⁵⁸ Mit diesem Vorschlag verwandelte sich Dahrendorf über Nacht vom Gutachter zum aussichtsreichen Kandidaten für die Weizsäcker-Nachfolge.

Offen blieb die Frage, was aus Weizäckers Mitarbeiter:innen werden sollte. Dahrendorf wollte weder die Gruppe Ökonomie noch die Wissenschaftsforschung in seine künftige Abteilung übernehmen, während die Betroffenen eben darauf drängten. Daraus resultierten jene »schwierigen menschlichen Probleme«, die nicht unwesentlich dazu beitrugen, dass die Berufung Dahrendorfs schließlich scheiterte.²⁵⁹ Im März 1979 beschloss der

Senat mit großer Mehrheit die Schließung der Abteilung I, die Umbenennung des Instituts in MPI für Sozialwissenschaften und die Berufung von Ralf Dahrendorf. Da Dahrendorf die anhaltende öffentliche Debatte missfiel, er sich mehr Unterstützung aus der MPG gewünscht hätte und die personelle Abwicklung des Arbeitsbereichs I nicht übernehmen wollte, lehnte er den Ruf im Mai 1979 jedoch ab. Die Querelen mit Weizäckers Mitarbeiter:innen, bei denen es auch um Verhandlungen über einen Sozialplan ging, liefen unvermindert fort. Unterstützung erhielten sie vom Betriebsrat des Starnberger Instituts, der für alle Betroffenen Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der MPG forderte. Während die Generalverwaltung die Schaffung von Präzedenzfällen vermeiden wollte, in denen es wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen gelang, sich unkündbar zu machen, lehnte es Habermas ab, Musterprozesse zu führen. Hinzu kam, dass sich die Ludwig-Maximilian-Universität (LMU) München und die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung weigerten, den als linken Ideologen verschrienen Habermas zum Honorarprofessor zu ernennen. Es endete damit, dass Habermas im April 1981 entnervt von seinem Direktorenposten zurücktrat. Daraufhin empfahl der Senat die Schließung des gesamten Instituts. Das Team von Horst Afheldt, das sich mit »stabilitätsorientierter Sicherheitspolitik« befasste, wurde als selbstständige Arbeitsgruppe in der MPG weitergeführt.²⁶⁰ Die Arbeitsgruppe »Kriegsverhütung« unter Leitung von Klaus Gottstein übersiedelte an das MPI für Physik und Astrophysik, während mehrere Mitglieder der Projektgruppe »Wissenschaftsforschung« an die Universität Bielefeld wechselten, wo sie die Ergebnisse ihrer in Starnberg durchgeführten Forschungen in einer viel beachteten Studie veröffentlichten.²⁶¹

Die Schließung von Starnberg bedeutete indes nicht den Ausstieg der MPG aus den Sozialwissenschaften. Die Geisteswissenschaftliche Sektion wie auch der Senat verbanden den Schließungsbeschluss mit der Absicht, »über die Möglichkeiten der künftigen Förderung der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft weiter zu beraten«.²⁶² Aus diesen Beratungen resultierte schließlich 1985 die Gründung des MPI für Gesellschaftsforschung in Köln.²⁶³

Auch wenn die Restrukturierung des MPI für Bildungsforschung im Zuge des Wechsels von Hellmut Becker zu

257 Leendertz, *Medialisierung*, 2014.

258 Dies nach Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 888.

259 Zitiert nach Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 33.

260 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 68–69.

261 Daele, Krohn und Weingart, *Politische Steuerung*, 1979; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 889.

262 Protokoll der 99. Sitzung des Senats vom 22.5.1981, AMPG, II. Abt., Rep. 60, 99.SP, fol. 89 u. 91.

263 Link, *Soziologie*, 2022.

Paul B. Baltes in weniger dramatischen Bahnen verlief als das »Desaster von Starnberg«,²⁶⁴ bewirkte das Ausscheiden des Gründungsdirektors auch in diesem Fall einen Stresstest für das Institut. Im Grunde befand sich das MPI für Bildungsforschung, das unter Beckers Ägide zu einer »Denkfabrik« des Deutschen Bildungsrats mutiert war,²⁶⁵ seit Mitte der 1970er-Jahren in der Krise. Der 1974 vollzogene Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt symbolisierte die Abkehr der Bundesregierung vom Planungsgedanken, der den kometenhaften Aufstieg des Instituts für Bildungsforschung ermöglicht hatte. Mit der Auflösung des Bildungsrats im Jahr 1975 verlor das Institut eine wichtige Stütze und zugleich das Bindeglied zwischen Wissenschaft und Politik. Hinzu kam der rigide Sparkurs, den Lüst innerhalb der MPG steuerte. Die hervorragende personelle Ausstattung »mit derzeit 58 Wissenschaftlerstellen und 95 Planstellen für sonstiges Personal« sorgte dafür, dass bei den Diskussionen um Einsparungsmöglichkeiten in der Geisteswissenschaftlichen Sektion neben Starnberg immer auch das MPI für Bildungsforschung genannt wurde.²⁶⁶ 1975 fiel dann auch noch das Urteil des wissenschaftlichen Beirats des Instituts über einzelne Forschungsprojekte sehr negativ aus.

All dies ließ für die 1980 anstehende Emeritierung Beckers nichts Gutes erwarten. Ähnlich wie im Fall Weizsäcker erwies es sich als schwierig, »eine Persönlichkeit ähnlichen Formats und Zuschnitts zu ermitteln.«²⁶⁷ Im Jahr zuvor war es schon nicht gelungen, einen Nachfolger für Friedrich Edding zu finden. Da auch der dritte Direktor, Dietrich Goldschmidt, kurz vor der Emeritierung stand, schien sogar die komplette Schließung des Instituts denkbar. So weit kam es jedoch nicht. Die MPG-Gremien begnügten sich damit, eine umfängliche Reorganisation ins Werk zu setzen, »die de facto einer Neugründung gleichkam.«²⁶⁸ An die Stelle von Politikberatung trat nun verstärkt empirische Forschung und interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der MPG.

Dass die MPG mit Politikberatung offenkundig nichts mehr zu tun haben wollte, zeigt auch und vor allem das Beispiel der Umweltforschung, die ab 1972 – nach dem

Erscheinen des Berichts des Club of Rome – in aller Munde war.²⁶⁹ Anfangs versuchte die MPG, auf diesen Trend zu reagieren, doch kam dabei kaum etwas heraus. Noch 1972 beauftragte ihre Generalverwaltung die Firma Infratest damit, eine »Erhebung über Aktivitäten auf dem Gebiet der Umweltforschung« in den Max-Planck-Instituten durchzuführen. Das Ergebnis war jedoch wenig aufschlussreich: Infratest hatte 33 Institute angeschrieben und 18 Antworten erhalten, wobei acht Institute entsprechende Aktivitäten angaben, während zehn Institute Fehlanzeige meldeten. Als Gründe für die »ungenau[n] Ergebnisse« führte die Generalverwaltung in erster Linie definitorische Probleme an; so war keineswegs eindeutig, was man unter Begriffen wie »Umweltforschung« oder »Umweltschutz« konkret verstehen sollte. Hinzu kam, dass die Institute nicht klar unterschieden »zwischen einem gezielten Tätigwerden auf dem Gebiet des Umweltschutzes und einem mehr oder weniger zufälligen Tangieren dieser Probleme bei einzelnen Forschungsvorhaben«. Zu guter Letzt zeigte die Auswertung der Fragebögen, »daß eine Bejahung oder Verneinung zu den Fragestellungen von der subjektiven Auffassung der Betroffenen abhängt«. Während das MPI für Verhaltensforschung »ein Tätigwerden auf dem Gebiet der Umweltforschung ohne Einschränkung bejaht« und dabei unter anderem auf die »Bestandsaufnahme an europäischen Singvögeln« abgehoben hatte, sah man am MPI für Züchtungsforschung »Züchtungen auf biologische Resistenz – die zu einer Verminderung der eingesetzten Chemikalien beitragen sollen – nicht als ein Projekt der Umweltforschung« an.²⁷⁰

Der SAFPP war in der Frage gespalten, ob die MPG in die Umweltforschung einsteigen sollten und zu diesem Zweck gegebenenfalls ein eigenes Institut gründen sollte. Befürworter wie Jürgen Aschoff sahen die MPG in der Pflicht, sich der Umweltthematik als aktueller gesellschaftlicher Herausforderung anzunehmen. Die Skeptiker um Vizepräsident Feodor Lynen verwiesen auf »die Fülle von Problemen, die mit dem Begriff der Umweltforschung zusammenhängen, wie Rückstandsanalysen,

264 Heigert, Jürgen Habermas, *Süddeutsche Zeitung*, 14.4.1981, zitiert nach Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 47. Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach Thoms, MPI für Bildungsforschung, 2016, 1013–1018. Behm, *MPI für Bildungsforschung*, 2023.

265 Anweiler, *Bildungspolitik*, 2007, Zitat 628.

266 Protokoll der 5. Sitzung des SAFPP am 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 379; Vermerk Beatrice Fromm: Sprechvorlage zur 6. Sitzung des SAFPP vom 23.10.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 202.SP, fol. 54; Notiz von Beatrice Fromm an die Vizepräsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP am 15.5.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201.SP, fol. 135.

267 Thoms, MPI für Bildungsforschung, 2016, 1016.

268 Ebd., 1017.

269 Meadows, *Grenzen des Wachstums*, 1973. Siehe dazu Lax, *Wissenschaft*, 2020, 29–43. Zu den politischen Debatten um die Umweltforschung siehe Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 472–494, und unten, Kap. IV.10.3.

270 Vermerk: Infratest – Erhebung über Aktivitäten auf dem Gebiet der Umweltforschung für Herrn Dr. Marsch vom 10.11.1972, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 197.SP, fol. 113–115.

Änderung der Methoden zur Schädlingsbekämpfung, Verrottung von Kunststoffen etc.«, um daraus zu schließen: »Ein Max-Planck-Institut könne hier wohl kaum weiterhelfen.« Lynen, der in der Umweltforschung »mehr eine Aufgabe des Bundesministeriums für Forschung und Technologie« sah, schob den »Schwarzen Peter« der Politik zu. Schließlich einigte man sich darauf, eine neuerliche Erhebung zu den Aktivitäten der MPG auf dem Gebiet der Umweltforschung durchzuführen und die Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten, allerdings explizit »nicht mit dem Ziel einer Institutsneugründung«. ²⁷¹ Damit war die Richtung vorgegeben, und als Aschoff die Aufstellung schließlich vorlegte, bezeichnete Präsident Lüst sie lapidar als »Nebenprodukte« der Grundlagenforschung. ²⁷²

Auch als das »Waldsterben« Öffentlichkeit und Politik ab den späten 1970er-Jahren zunehmend beunruhigte, ergriff die MPG keine Initiative, im Gegenteil: Im Juni 1979 wurde das Institut für langfristige Kontrolle geophysikalischer Umweltbedingungen, das zum MPI für Aeronomie gehörte, geschlossen. ²⁷³ Da regte im Frühjahr 1983 – als die öffentliche Debatte um die kranken Wälder einen ersten Höhepunkt erreichte – der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) an, dass sich die MPG »an der Aufklärung des Waldsterbens« beteiligen sollte. ²⁷⁴ Von diesem Vorstoß überrascht, spielte die MPG-Spitze mit dem Gedanken, dazu eine auf fünf Jahre befristete Projektgruppe einzurichten. Lüst berief eine hochrangig besetzte Präsidentenkommission, die zwar durchaus Bedarf an »Grundlagenforschung zum Ökosystem Wald« erkannte, eine Projektgruppe jedoch für ungeeignet hielt. Im Ergebnis der Kommissionsberatungen sah die MPG »selbst keine Möglichkeit für eine wirksame Initiative« auf diesem Gebiet – und delegierte die Angelegenheit an die DFG. ²⁷⁵

Bei dieser Linie blieb die MPG auch später, nachdem sich Helmut Schmidt und Hans Leussink im Sommer 1986 abermals dafür eingesetzt hatten, »im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft ein entsprechend angeleg-

tes Institut zur Erforschung terrestrischer Ökosysteme zu gründen«. ²⁷⁶ Als der SAFPP ein Jahr später über die Gründung eines solchen Instituts beriet, hoben die Antragsteller, Jozef Schell vom MPI für Züchtungsforschung und Hubert Ziegler von der Technischen Universität München, hervor, »daß die wissenschaftliche Arbeit zwar auf den Wald konzentriert werden solle, aber gerade nicht im Sinne einer Schadensforschung«. ²⁷⁷ So mündete die zähe Debatte, in der die MPG einigen Kredit in Politik und Öffentlichkeit verspielte, letztlich in die Gründung des MPI für terrestrische Mikrobiologie und des MPI für marine Mikrobiologie, die beide die Ökologie nicht einmal mehr im Namen führten; bei Letzterem ging es aus Sicht der MPG primär darum, endlich auch im kleinsten Bundesland vertreten zu sein. ²⁷⁸

Der Rückzug der MPG aus der Politikberatung hing möglicherweise auch damit zusammen, dass konservative Kreise ab Mitte der 1970er-Jahre verstärkt versuchten, die Wissenschaftsorganisation politisch für sich zu vereinnahmen. In Bonn seit 1969 in der Opposition, legte die Union die bis dahin von allen politischen Parteien geübte Zurückhaltung ab, eindeutig parteipolitisch motivierte Vorschläge für die Gründung neuer Max-Planck-Institute zu unterbreiten. 1975 regte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, im Rahmen der MPG ein Institut für Familienforschung zu schaffen, ²⁷⁹ ein für die Union damals wie heute zentrales Politikfeld.

Nach der »Wende« von 1982 brach die von Helmut Kohl geführte schwarz-gelbe Koalition mit einer stillschweigenden Übereinkunft, an die sich bis dahin alle Bundesregierungen gehalten hatten: Sie versuchte gezielt, die eigene Regierungspolitik mittels Gründung neuer Max-Planck-Institute zu untermauern oder zu legitimieren. Mehrfach zielte die Regierung Kohl darauf ab, die MPG für ihre auswärtige Kulturpolitik zu instrumentalisieren. Das galt in erster Linie für die Gründung eines deutschen geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Japan, das in den MPG-Gremien als »Horchposten für die deutsche Wirtschaft« bezeichnet

²⁷¹ Protokoll der Sitzung des SAFPP am 15.5.1973, ebd., fol. 20–21.

²⁷² Sprechvorlage für die 4. Sitzung des SAFPP, 10.10.1974, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 200.SP, fol. 40. Siehe dazu die Aufstellung: Forschungsvorhaben in der MPG auf Gebieten der Umweltforschung und des Umweltschutzes, ebd., fol. 154–160.

²⁷³ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 544.

²⁷⁴ Protokoll der 130. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 130.VP, fol. 109. Zur Debatte über das Waldsterben siehe Metzger, *Waldsterben*, 2015, 203–436.

²⁷⁵ Protokoll der 15. Sitzung des SAFPP vom 4.10.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 210.SP, fol. 19 verso; Sprechvorlage für die 15. Sitzung des SAFPP vom 4.10.1983, ebd., fol. 141–142.

²⁷⁶ Materialien für die 19. Sitzung des SAFPP vom 20.5.1987, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 214.SP, fol. 148.

²⁷⁷ Protokoll der 19. Sitzung des SAFPP am 20.5.1987, ebd., fol. 19; Jozef Schell und Hubert Ziegler: Institut für terrestrische Ökologie bei der Max-Planck-Gesellschaft, undatiert, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 214.SP, fol. 151–158.

²⁷⁸ Siehe dazu Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 7–8.

²⁷⁹ Protokoll der 6. Sitzung des SAFPP vom 23.10.1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 244.SP, fol. 321.

und schließlich ohne Beteiligung der MPG gegründet wurde.²⁸⁰ Ähnlich erging es dem Wunsch der Politik nach einem Deutschen Historischen Institut in den USA, das ebenfalls in der Trägerschaft der MPG errichtet werden sollte. Der Verwaltungsrat lehnte auch dieses Ansinnen ab und begründete dies mit den »vorwiegend kulturpolitischen Aufgaben, die das Institut voraussichtlich wahrzunehmen haben werde«.²⁸¹

Am deutlichsten ausgeprägt war die parteipolitische Stoßrichtung bei der 1983 gestarteten Initiative zur Gründung eines »Instituts für Philosophie«, das sich der Kanzler persönlich wünschte, und zwar explizit in der Trägerschaft der MPG. Die zentrale Person, um die herum dieses Institut gegründet werden sollte, war Robert Spaemann, ein an der LMU München lehrender konservativ-katholischer Philosophieprofessor, der sich vehement gegen Abtreibung wie gegen Sterbehilfe aussprach, sich zugleich aber auch in Fragen von Ökologie und Umweltschutz engagierte. Die von Spaemann inspirierte Civitas-Gruppe galt Beobachter:innen »unter allen Spielarten des Konservatismus« als »anregendste«, aber damit zugleich »gefährlichste«.²⁸² Von ihm und seinem Mitarbeiter Peter Koslowski stammte auch das Konzept für die Institutsgründung.²⁸³ Die Ziele des geplanten Instituts umfassten »eine ›philosophische Politikberatung‹ und zugleich ausdrücklich eine Wirkung über die engeren Grenzen der Fachöffentlichkeit hinaus, verstanden als Beitrag zur ›geistigen und ethischen Orientierung‹«.²⁸⁴

Spaemann galt in der zeitgenössischen Debatte als »Gegenspieler« von Habermas.²⁸⁵ Tatsächlich liest sich sein Antrag über weite Strecken als Antithese des Konzepts, mit dem seinerzeit das Starnberger MPI gegründet worden war. »Nach den 70er-Jahren, die entscheidend durch Sozialutopismus und Szientismus geprägt waren, ist ein neues Bedürfnis nach geistiger und ethischer Orientierung und nach einer vernünftigen Begründung von Sitten und Lebensformen unserer Lebenswelt entstanden. Dieses Bedürfnis nach geistiger Orientierung ist

nur durch philosophische und religiöse Weisheit zu erfüllen, die die Ergebnisse der Wissenschaften aufnimmt, sie aber einfügt in eine umfassende Theorie der menschlichen Existenz und der Gesellschaft.« Zugleich gingen Spaemann und Koslowski hart mit ihren wissenschaftlichen und politischen Gegner:innen und der »Schwäche des ›kritischen Rationalismus‹« ins Gericht.²⁸⁶ Immer wieder schimmert in dem Antrag der Anspruch der neuen Bundesregierung durch, nicht nur eine andere Politik ins Werk setzen, sondern auch das geistige Klima des Landes ändern zu wollen. Kurzum, Kohl wollte seiner »geistig-moralischen Wende« von Spaemann die wissenschaftlichen Weihen verleihen lassen.

Bemerkenswert war indes nicht nur das eminent (parti-)politische Programm, das das geplante Institut verfolgen sollte, sondern auch die Art und Weise, wie es aus der Politik in die MPG eingespeist wurde. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich mit dieser Idee höchstpersönlich an Alfred Herrhausen gewandt, den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, der zugleich dem Senat der MPG angehörte. Wenig später erhielt Herrhausen vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die entsprechenden Unterlagen.²⁸⁷ Daraufhin unterbreitete der Bankier im Oktober 1983 Generalsekretär Dietrich Ranft den Vorschlag Kohls und erklärte, dass »bei dem Übergang auf den neuen Präsidenten Herr Professor Lüst nicht mehr der Adressat meiner Bitte sein kann«.²⁸⁸ Fast scheint es, dass Herrhausen Lüst, dessen Amtszeit 1984 endete, gezielt außen vor halten wollte – sei es, weil man ihn für einen Gegner des Projekts hielt, sei es, weil man sich bei einem neuen und noch unerfahrenen Präsidenten bessere Realisierungschancen ausrechnete. Doch daraus wurde nichts, denn Ranft war seinem Präsidenten gegenüber viel zu loyal, als dass er ihn in einer solchen Frage über- oder hintergangen hätte. Beide – Präsident wie Generalsekretär – hielten die Möglichkeiten, ein solches Projekt zu verwirklichen, schon aus finanziellen Gründen für gering, leiteten aber das Vorhaben pflichtgemäß an

280 Protokoll der 141. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11.6.1987, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 141.VP, fol. 12. Protokoll der 144. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 144.VP, fol. 5.

281 Protokoll der 18. Sitzung des SAFPP am 14.4.1986, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 213.SP, fol. 21. Protokoll der 137. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1985, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 137.VP, fol. 185.

282 Leggewie, *Der Geist*, 1987, 147. Zu Spaemann und der Civitas-Gruppe siehe ebd., 145–177.

283 Robert Spaemann und Peter Koslowski: Überlegungen zur Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Philosophie vom 29.6.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 211.SP, fol. 135–142.

284 Sprechvorlage für die 16. Sitzung des SAFPP vom 28.2.1984, ebd., fol. 49–50, Zitat fol. 49.

285 Leggewie, *Der Geist*, 1987, 156.

286 Robert Spaemann und Peter Koslowski: Überlegungen zur Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Philosophie vom 29.6.1983, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 211.SP, fol. 135–142, Zitate fol. 137–138.

287 Protokoll der 16. Sitzung des SAFPP vom 28.2.1984, ebd., fol. 17; Sprechvorlage für die 16. Sitzung des SAFPP vom 28.2.1984, ebd., fol. 49.

288 Alfred Herrhausen an Dietrich Ranft vom 26.10.1983, ebd., fol. 134.

den SAFPP weiter.²⁸⁹ Dieser machte mit dem Gründungsvorschlag kurzen Prozess, indem er sich die Meinung von Helmut Coing zu eigen machte, dass »Forschungen der vorgeschlagenen Art eher Aufgaben einer Akademie als der Max-Planck-Gesellschaft darstellen.«²⁹⁰ Das war ein vorgeschobenes Argument, um den Bundeskanzler nicht zu brüskieren. Tatsächlich stand die gesamte Führungsriege der MPG dem Vorschlag mit unverhohlener Skepsis gegenüber. Eine derartige Gründung würde, vermutete man in der Generalverwaltung, in der Öffentlichkeit »mit Sicherheit unter politischen Vorzeichen betrachtet werden«, und schlimmer noch, »eine Etikettierung als Gegenründung zu Starnberg läge nahe, und das wohl nicht zu Unrecht.«²⁹¹ Auf solche Art der »Politikberatung« konnte und wollte die MPG sich nicht einlassen.

Ganz gab die MPG die Politikberatung allerdings nicht auf. Die rechtswissenschaftlichen Institute blieben intensiv auf diesem Feld tätig, und auch am Kölner MPI für Gesellschaftsforschung beriet man unter Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf Regierungen und Parlamente, wenn auch empirisch fundierter und spezialisierter, als es dem Wissenschaftsverständnis des Starnberger Instituts entsprochen hatte.

4.7 Fazit

Vergleicht man die MPG des Jahres 1989 mit der aus dem Jahr 1972, dann fällt die quantitative Stagnation, hinter der sich teilweise sogar ein Schrumpfungsprozess verbarg, zumindest anhand der nackten Zahlen nicht auf. Die Zahl der Institute und Forschungsstellen war von 50 auf 62 gestiegen,²⁹² während sich beim Personal nur wenig geändert hatte: 1989 kamen zu den 8.723 Planstellen noch 3.732 »Gastwissenschaftler« und 803 »aus Projektmitteln finanzierte Mitarbeiter« (einschließlich Doktorand:innen) hinzu. Demgegenüber hatte der Jahresbericht 1973 noch 8.089 Planstellen verzeichnet und keine Angaben über »Gastwissenschaftler, Stipendiaten oder aufgrund eines persönlichen Forschungsauftrages beschäftigten Wissenschaftler« gemacht.²⁹³ Dagegen hatte sich das Haushaltsvolumen von 577 Millionen DM auf 1,322 Milliarden DM nominell weit mehr als ver-

doppelt.²⁹⁴ Allerdings war ein beträchtlicher Teil des Zuwachses nicht real, sondern der Inflation und zunehmenden Personal(neben)kosten geschuldet, die in den 1970er-Jahren – insbesondere was die beachtlichen Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst betrifft – auch Auswirkungen der Politik der sozialliberalen Bundesregierung waren. Bereits 1974 klagte Schatzmeister Klaus Dohrn, dass der achtprozentige Zuwachs des Gesamthaushalts 1972 gegenüber dem Vorjahr »zum nicht geringen Teil leider inflationsbedingt« sei.²⁹⁵ Unsichtbar bleibt in diesen Zahlen zudem, dass im selben Zeitraum zahlreiche Abteilungen und ganze Institute geschlossen wurden.

In ihrer dritten Entwicklungsphase (1972 bis 1989) schlug die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft aufgrund der weitgehenden Abhängigkeit der MPG von staatlichen Zuschüssen direkt auf ihren Haushalt durch. Die Zeit der großen Zuwächse, die den Ausbau in den langen 1960er-Jahren ermöglicht hatten, kam damit an ihr Ende; nun stagnierten die Mittel, die der MPG real zur Verfügung standen, in manchen Jahren gingen sie sogar leicht zurück. Entscheidend war jedoch, wie die MPG auf diese Herausforderung reagierte. Nie zuvor und nie danach wurde in der Gesellschaft so intensiv darüber nachgedacht, welche Forschungsziele man verfolgen und welche Forschungsfelder man beackern sollte – und welche nicht. Das extrem hohe Reflexionsniveau bei Institutsgründungen korrespondierte in den zwölf Jahren der Präsidentschaft von Reimar Lüst mit einer bis dato nicht gekannten Bereitschaft, Bestehendes infrage zu stellen. Abteilungen und ganze Institute, deren Forschungen nicht mehr dringlich oder zeitgemäß erschienen, wurden umgekrempelt oder abgewickelt, die dadurch frei werdenden Ressourcen in neue Projekte gesteckt. Durch diese Art der Umverteilung gelang es der MPG, in diesen finanziell kargen Jahren den Anschluss an die internationale Entwicklung der Forschung zu halten.

Eine zentrale Rolle bei der Konzeption wie auch der Umsetzung der Politik der Flexibilisierung kam dem Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung zu. Geschaffen im Zuge der Satzungsreform von 1972, avancierte der SAFPP unter dem planungsaffinen Reimar Lüst zum de facto wichtigsten Leitungsgremium der MPG, in dem maßgebliche Entscheidungen über die

²⁸⁹ Dietrich Ranft an Alfred Herrhausen vom 28.11.1983, ebd., fol. 133.

²⁹⁰ Protokoll der 16. Sitzung des SAFPP vom 28.2.1984, ebd., fol. 17.

²⁹¹ Sprechvorlage für die 16. Sitzung des SAFPP vom 28.2.1984, ebd., Zitate fol. 51.

²⁹² Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1973, 1974, 199. Die Angabe zur Zahl der Forschungseinrichtungen im Jahr 1989 laut Inhaltsverzeichnis des Jahresberichts der MPG 1990.

²⁹³ Max-Planck-Gesellschaft, Jahresbericht 1972, 1973, 268; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1990*, 1990, 78.

²⁹⁴ Max-Planck-Gesellschaft, Jahresrechnung 1972, 1974, 145; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1990*, 1990, 78.

²⁹⁵ Max-Planck-Gesellschaft, Jahresrechnung 1972, 1974, 146. Siehe dazu auch unten, Anhang 1, Tabelle 1 und Anhang, Grafik 2.6.

künftige Entwicklung der MPG fielen. Seine Bedeutung bezog der Ausschuss nicht zuletzt aus seiner hochkarätigen Besetzung, obwohl (oder gerade weil) Wirtschaftsvertreter – anders als in Senat und Verwaltungsrat – in ihm nur marginal präsent waren. Neben besonders angesehenen Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG gehörten ihm hochrangige Wissenschaftspolitiker aus Bund und Ländern sowie die Vorsitzenden deutscher und internationaler Forschungsorganisationen an. Dadurch wurden die Planungen der MPG nicht nur mit denen der öffentlichen Hand verzahnt, sondern auch mit den Vorhaben anderer Akteure im westdeutschen Wissenschaftssystem und in Europa abgestimmt. Die Partizipation an internationalen Forschungsprojekten nahm zu, aber auch hier sollte die Kooperation die Autonomie der MPG nicht beeinträchtigen, das heißt, langfristige Verträge und damit einhergehende Verpflichtungen sollten in der Wissenschaftsaußenpolitik vermieden werden. Über die Kooperation mit europäischen und global agierenden Partnern fanden auch ganz neue Ideen Eingang in die MPG. Nicht zuletzt die ausländischen Mitglieder des SAFPP brachten kreative Ideen ein, wie die MPG auf die schwindenden Zuwächse im Haushalt reagieren konnte. So ging die Einführung befristeter Forschergruppen, zu der die MPG in enger Kooperation mit der DFG und den Hochschulen schritt, nicht unwesentlich auf englische und französische Vorbilder zurück.

Die künftige Entwicklung planmäßig zu gestalten war allerdings auch für die MPG schwierig. Das lag nicht (nur) daran, dass sich die wissenschaftliche Entwicklung kaum mittel- oder gar langfristig planen ließ. Zu viele Faktoren, die die MPG nicht beeinflussen konnte, unterlagen Veränderungen, die sich auf die Plankennziffern auswirkten und diese nicht nur einmal zur Makulatur machten. Dies verdeutlicht die Mittelfristige Finanzplanung, an der sich die MPG aufgrund politischen Drucks nolens volens beteiligen musste. In den ersten Jahren erwiesen sich die von der MPG aufgestellten Finanzpläne auf der Ausgabenseite als unzuverlässig – die MPG benötigte im Planungszeitraum mehr Geld, als man vorab geschätzt hatte –, später betraf das vornehmlich die Einnahmenseite: Die Politik hatte zunächst höhere Zuwachsraten akzeptiert, diese dann aber angesichts der durch die Wirtschaftskrise bedingten Finanzprobleme der öffentlichen Hand wieder zurückgefahren. Da es der Mittelfristigen Finanzplanung an Verlässlichkeit fehlte, entstanden immer wieder beträchtliche Haushaltslöcher, die durch kurzfristige Umschichtungen gestopft werden mussten.

In diesem Krisenmanagement bewies der SAFPP Umsicht, Standfestigkeit und Größe. Seine Kürzungsvorschläge, die nötig waren, um den Haushalt der MPG an das schmalere Budget anzupassen, waren gut begründet,

abgestuft und ausgewogen. Vor allem aber vermieden sie Kürzungen nach der »Rasenmähermethode«, die bei einzelnen Instituten schwere Schäden angerichtet hätten. Unter Lüst gelang es, Planung als Mittel einer vernünftigen Umlage von Kürzungen einzusetzen, die für die betroffenen Institute zwar schmerzhaft, aber zu verkraften waren. Die ausgezeichnet funktionierende Institutsbetreuung durch vier Abteilungsleiter der Generalverwaltung, die in der MPG hohes Ansehen genossen, leistete dazu einen wichtigen Beitrag. Allerdings gelang es zu keinem Zeitpunkt, die Mittelfristige Finanzplanung mit der Sachplanung des SAFPP zu verzahnen, um der Planung dadurch ein solideres – eben auch finanzielles – Fundament zu verleihen. Die Mitglieder des SAFPP konnten dies angesichts fehlender Detailkenntnisse nicht leisten. Die Aufstellung von Finanzplänen war eine Wissenschaft für sich, in der die im SAFPP vertretenen Wissenschaftler:innen nicht bewandert waren und die deshalb Teil des Arkanwissens der Generalverwaltung blieb. Überhaupt nahm die Bedeutung der Generalverwaltung im Planungsprozess stetig zu, da sie die nötigen (insbesondere statistischen) Materialien zusammenstellen musste, auf die der SAFPP bei seinen Planüberlegungen nicht verzichten konnte.

Um Abteilungen beim Ausscheiden ihres Direktors umwandeln oder schließen zu können, ging die MPG ab den 1970er-Jahren zunehmend dazu über, ihr wissenschaftliches Personal über Zeitverträge anzustellen. Damit bürdete sie die sozialen Lasten ihrer Flexibilisierungspolitik einseitig ihren Mitarbeiter:innen und Nachwuchskräften auf. Aus der Perspektive der MPG-Spitze bestand die Kehrseite der Flexibilisierungspolitik in Sozialplänen, die aufgestellt werden mussten, um die von der Schließung von Forschungseinrichtungen betroffenen Mitarbeiter:innen materiell abzusichern. Fraglos riefen die Pläne selbst und deren Umsetzung in den betroffenen Instituten bisweilen Unruhe hervor – Starnberg war in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs, auch wenn die Querelen um die Schließung von Abteilungen oder ganzen Instituten in der Regel deutlich unter dem dortigen Erregungsniveau blieben. Die in einigen Fällen aufkommenden Streitigkeiten um die Sozialpläne erreichten auch längst nicht die Dimensionen des Konflikts, der von 1968 bis 1972 um die Mitbestimmung ausgetragen worden war.

Aufs Ganze gesehen stellte die MPG in den 1970er- und 1980er-Jahren ihre Fähigkeit unter Beweis, auch unter Knappheitsbedingungen Neues aufzugreifen; die Umverteilung von Mitteln, die dazu unabdingbar war, gelang weitgehend ohne große innere Konflikte. Allerdings schränkte der Eigensinn der Wissenschaftlichen Mitglieder, die verhinderten, dass die 1972 eingeführte

Befristung ihrer Leitungsfunktion als Instrument der Forschungsplanung eingesetzt werden konnte, den Spielraum für Umverteilungen ein. Die Reallokation von Ressourcen blieb in der MPG nur im Moment der Emeritierung von Wissenschaftlichen Mitgliedern möglich.

In Folge der knappen Kassen, die auch die Forschung zu spüren bekam, veränderte sich das Verhältnis der MPG zu Markt und Staat bzw. Politik und Wirtschaft. In erster Linie stieg der Druck auf die Wissenschaft, das Ihre zur Entwicklung kommerziell verwertbarer Technologien beizutragen, um auf diese Weise Wege aus der Wirtschaftskrise zu weisen und Westdeutschland als Industriestandort international konkurrenzfähig zu halten. Die MPG war dafür gut gerüstet, denn sie hatte bereits 1970 mit der Garching Instrumente GmbH eine eigene Firma ins Leben gerufen, die den Transfer von Erfindungen und Erfahrungswissen aus den Max-Planck-Instituten in die Wirtschaft fördern sollte. Vor diesem Hintergrund machte der Begriff »anwendungsorientierte Grundlagenforschung« die Runde. Zunächst setzte GI darauf, Einnahmen durch Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Forschungsinstrumenten zu erwirtschaften. Dieses Geschäftsmodell erwies sich jedoch Ende der 1970er-Jahre als Sackgasse – ein folgenloses Scheitern. Denn die MPG konnte sich damit rühmen, eine Vorreiterrolle beim Technologietransfer zu spielen, der im Lauf der 1970er-Jahre stetig an Bedeutung gewann, das heißt, sie bezog aus der Gründung von GI symbolisches Kapital, das sich bei den Vertreter:innen der Politik in klingende Münze umwandeln ließ. Deswegen hielt die MPG auch an ihrer Technologietransfer-Agentur fest, als diese 1979 zahlungsunfähig wurde. Auf lange Sicht sollten sich die Mittel, die man in die Sanierung der Firma steckte, als gute Geldanlage erweisen, denn mit einem anderen Geschäftsmodell sollte GI bald schwarze Zahlen schreiben.

Während die MPG in ihrer dritten Entwicklungsphase beherzt zur Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen schritt, nahm im gleichen Zeitraum ihre Bereitschaft, jenseits der Rechtswissenschaften Forschungen zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Probleme aufzunehmen, deutlich ab. Das galt insbesondere für den Bereich Ökologie, dem Politik und Öffentlichkeit angesichts zunehmender Umweltschäden immer größere

Bedeutung zumaßen. Es dauerte jedoch bis zum Ende der 1980er-Jahre, ehe die MPG zwei Institute gründete, die dezidiert dieser Problematik gewidmet waren. Parallel dazu wickelte die MPG Institute ab, die man in der zweiten Phase nicht zuletzt zum Zweck der Politikberatung gegründet hatte und die in den 1970er-Jahren in große innere Schwierigkeiten geraten waren. Das betraf das Starnberger MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, das nach allerlei Querelen geschlossen wurde, und das MPI für Bildungsforschung, das grundlegend umstrukturiert und auf empirische Forschung umgepolt wurde. Mit der »pragmatische(n) Wende«, wie Historiker:innen den Ausstieg aus der Politikberatung bezeichnet haben, kam die »utopische Episode« der MPG an ihr Ende.²⁹⁶ Dies mag auch eine Reaktion auf die zunehmenden Versuche insbesondere aus den Reihen der CDU/CSU gewesen sein, Max-Planck-Institute zu (partei-)politischen Legitimationszwecken gründen zu lassen.

Unter den Präsidenten Lüst und Staab unternahm die MPG den Versuch, Forschung gleichsam zu entpolitisieren; Stellungnahmen führender MPG-Wissenschaftler zu tagesaktuellen politischen Fragen, die in den langen 1960er-Jahren noch hohe Wellen geschlagen hatten, waren nun nicht mehr erwünscht. Damit gab die MPG ein Stück weit den Anspruch einer Forschungsorganisation preis, den Schleier der Unübersichtlichkeit einer stetig komplexer werdenden Welt mit den Mitteln der Wissenschaft zu lüften. Der Prozess der Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche, den man in der Forschung mit den Begriffen Wissenschafts- bzw. Wissensgesellschaft bezeichnet, ging weder mit der »Tendenzwende« noch mit der »Wende« von 1982 zu Ende.²⁹⁷ Die MPG jedoch tat sich seit den 1970er-Jahren zunehmend schwer damit, die »Bringschuld der Wissenschaft«, die Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Hauptversammlung des Jahres 1982 in Erinnerung rief,²⁹⁸ einzulösen. Dass Präsident Lüst den Spieß umzudrehen versuchte, indem er Schmidts Diktum die »Holschuld der Politik« gegenüberstellte,²⁹⁹ machte die Sache nicht besser. So war denn das Verhältnis der MPG zur Politik am Ende der 1980er-Jahre nicht spannungsfrei. Die größte politische Herausforderung stand der MPG indes noch bevor.

²⁹⁶ Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010; Kant und Renn, *Eine utopische Episode*, 2014.

²⁹⁷ Dazu Hoeres, *Von der »Tendenzwende«*, 2013. Siehe auch unten, Kap. III.1.

²⁹⁸ Schmidt, *Moral des Wissenschaftlers*, 1982, 60.

²⁹⁹ Lüst, *Wechselwirkungen*, 1982, 57.

RECHNERMETAMORPHOSEN

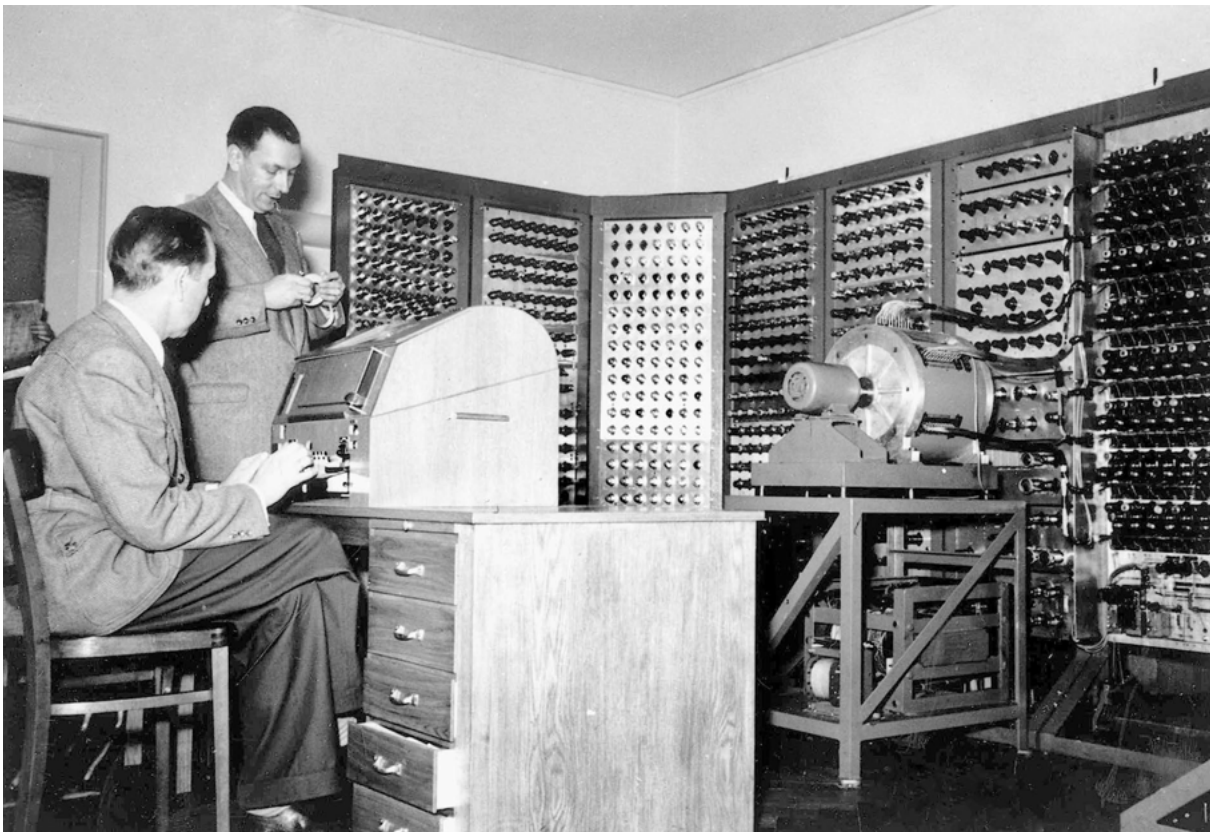
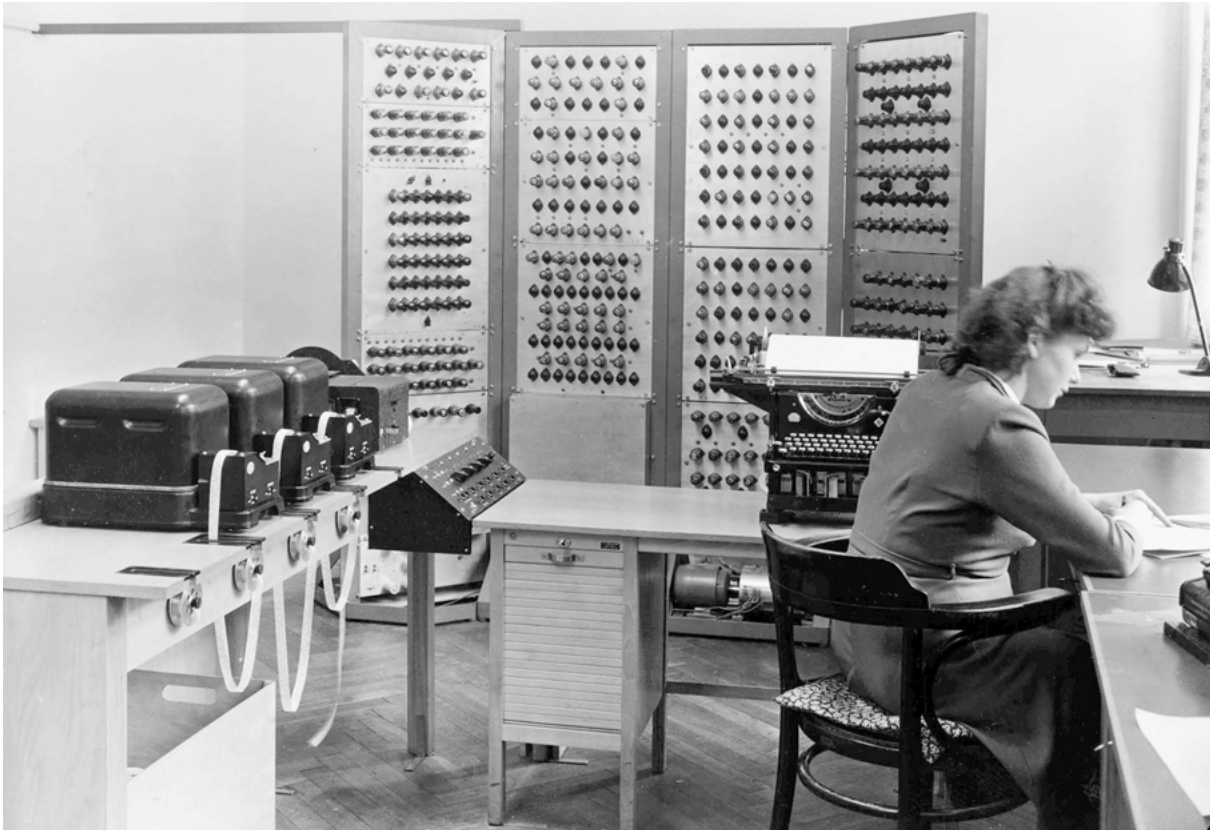


Foto 1: Der erste deutsche Großrechner – G1, benannt nach dem Standort Göttingen – wurde am MPI für Physik von Heinz Billing entwickelt, 1952 (oben)

Foto 2: Heinz Billing mit Lochstreifenband neben der nächsten Rechnergeneration, dem G2; am Commandopult Hermann Oehlmann, 1954 (unten)

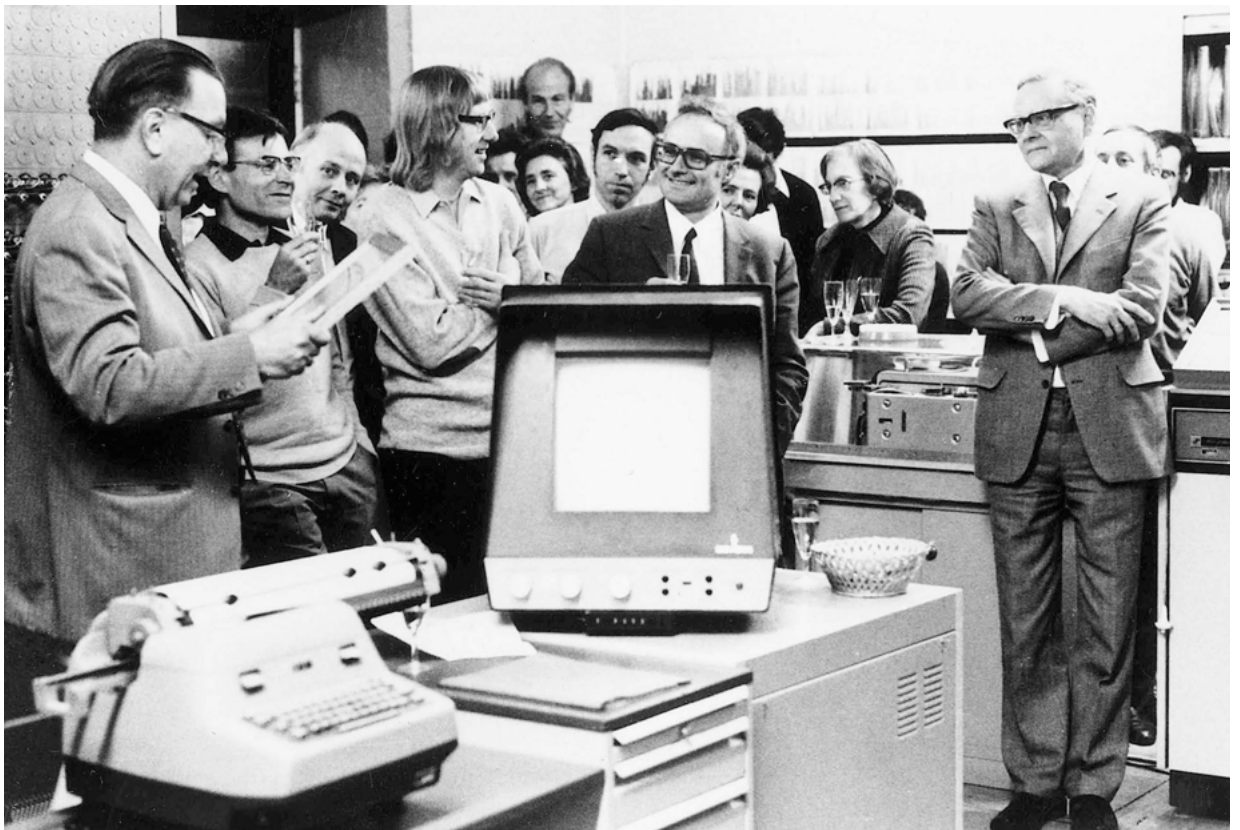
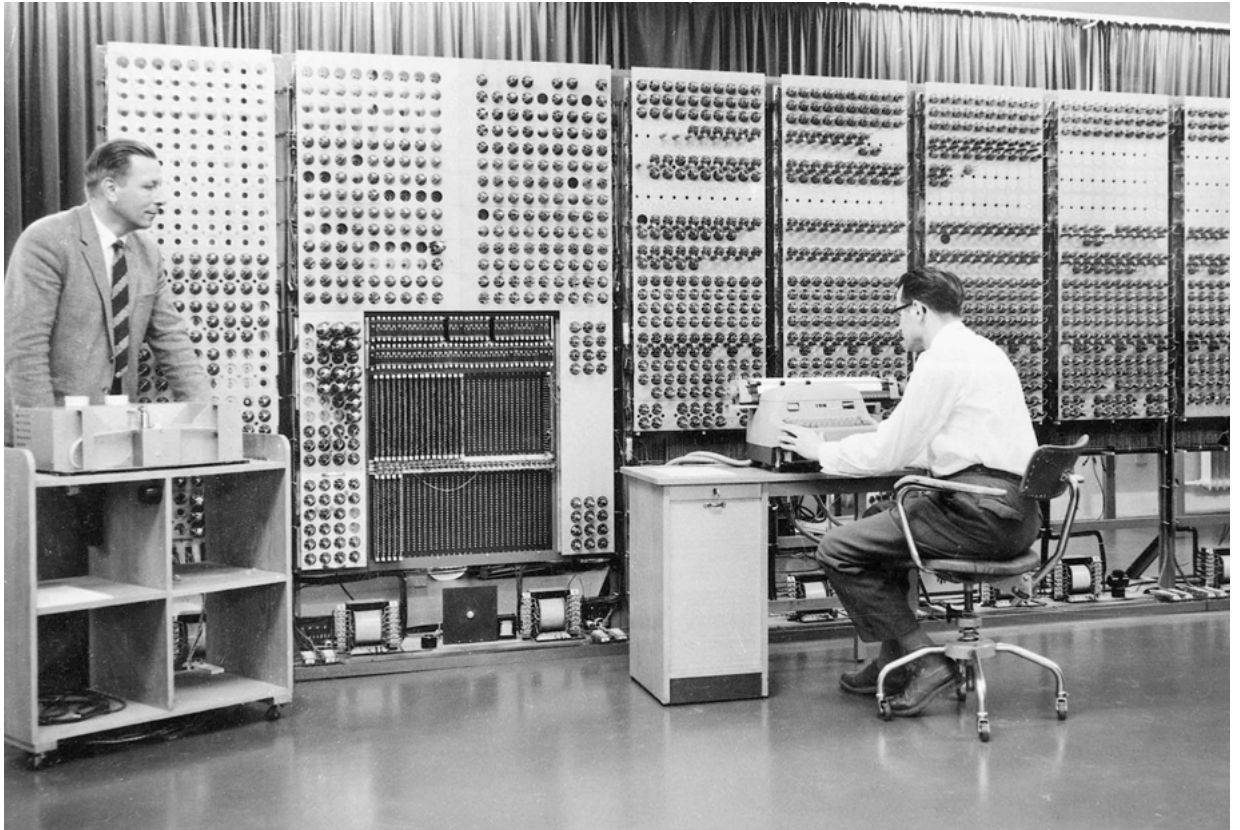


Foto 3: Heinz Billing neben dem soeben eingeweihten G3, an der Konsole Arno Carlsberg, 1960 (oben)

Foto 4: Heinz Billing (links) und Ludwig Biermann, Direktor am MPI für Physik und Astrophysik, (rechts) beim Shutdown des G3, 1972 (unten)



Foto 5: MPI für Plasmaphysik, Rechenzentrum mit Hochleistungsrechner CRAY (Mitte), Garching bei München 1980 (oben)

Foto 6: Steuerepult der »Tandem-Nachbeschleuniger-Kombination« am MPI für Kernphysik (Brigitte Huck), Heidelberg 1980 (unten)

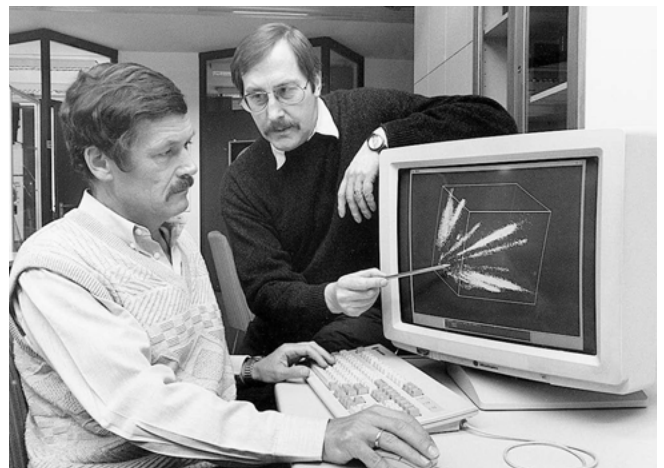
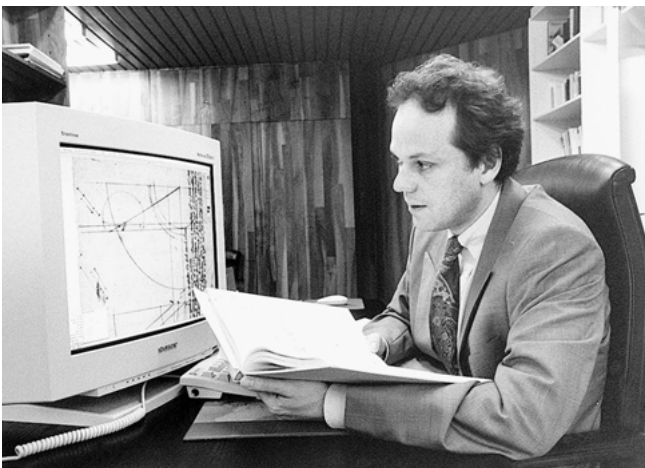


Foto 7: MPI für Immunbiologie (v.l.n.r.: Ulrich Schaible, Markus Simon, Klaus Eichmann), Freiburg 1990 (oben)

Foto 8: MPI für Wissenschaftsgeschichte (Jürgen Renn), Berlin 1995 (Mitte links)

Foto 9: MPI für extraterrestrische Physik (Gregor Morfill, Herbert Schein-graber), Garching bei München 1997 (Mitte rechts)

Foto 10: MPI für Hirnforschung (Kerstin Schmidt), Frankfurt am Main 1998 (unten links)

Foto 11: MPI für demografische Forschung (Ursula Witwer-Backofen), Rostock 2002 (unten rechts)

5. Zwischen »Aufbau Ost« und Globalisierung (1990–2002/05)

5.1 Das Ende der bipolaren Welt

Die weltgeschichtliche Zäsur von 1989/90 hat die MPG mit unerwarteten Herausforderungen konfrontiert, ihr zugleich neue Chancen eröffnet und ihre Politik in den nächsten anderthalb Jahrzehnten geprägt. Zwei gegenläufige, ja gegensätzliche Trends bestimmten ihre Entwicklung in den 1990er-Jahren: Enormes Wachstum in Ostdeutschland bei gleichzeitigen schmerzhaften Einschnitten im Westen sollten die MPG abermals stark verändern.

Im November 1989 implodierte die DDR. Ausgelagt von einer Reihe schwerer ökonomischer Krisen und den gescheiterten Bemühungen, mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung des Westens Schritt zu halten, kollabierte die SED-Diktatur. Der immer stärker werdenden Protestbewegung, die mit einer massenweisen Abwanderung der Bevölkerung einherging, hatte die Partei nichts mehr entgegenzusetzen, zumal die starrsinnigen SED-Funktionär:innen seit Mitte der 1980er-Jahre auch den Rückhalt aus Moskau verloren hatten. Dort versuchte Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU, letztlich erfolglos, das sozialistische System durch umfangreiche Reformmaßnahmen – Stichworte: Glasnost und Perestroika – zu retten; eine gewaltsame Niederschlagung von Protesten in den Satellitenstaaten der Sowjetunion nach dem Vorbild des Prager Frühlings 1968 stand für ihn nicht zur Debatte. So kam es, dass die Revolution von 1989 in Deutschland und Ostmitteleuropa weitestgehend ohne Gewalt und Blutvergießen über die Bühne ging.¹

Das Fallen des Eisernen Vorhangs eröffnete unverhofft die Möglichkeit, die beiden deutschen Staaten miteinander zu vereinen und damit den deutschen Nationalstaat,

der 1945 als Folge von Angriffskrieg und Völkermord gleichsam suspendiert worden war, in verkleinerter Form und mit veränderter gesellschaftlich-politischer Ausrichtung wiederherzustellen. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung, die diese Chance beherzt ergriff, sah sich mit zwei Problembereichen konfrontiert: einem deutschen und einem internationalen. Auf dem diplomatischen Parkett ging es darum, die Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zum Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten zu erwirken. Dabei waren Fragen zu klären, die für die internationale Sicherheitsarchitektur wie auch für die europäischen Strukturen zentrale Bedeutung hatten und daher »den schwierigsten Engpaß auf dem Weg zur deutschen Einheit« darstellten: Würde ein vereinigtes Deutschland weiterhin Mitglied in der EG und in der NATO sein oder künftig einen neutralen Status haben, etwa nach dem Vorbild Österreichs oder der Schweiz?² Dass die Deutschen dies selbst entscheiden durften, was nach Lage der Dinge auf eine Verankerung in den westlichen Bündnisstrukturen hinauslaufen musste, lag in erster Linie an der Einsicht, dem Weitblick und wohl auch an der Schwäche Gorbatschows. Im Gegenzug für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und den Verzicht auf ABC-Waffen erlangte die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags am 12. September 1990 die volle Souveränität. Damit endete die Verantwortung der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes; die sowjetischen Truppen, die sich noch auf dem Territorium der DDR befanden, sollten bis Ende 1994 abziehen.³

Parallel zu den nicht immer einfachen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie

¹ Siehe dazu aus der Fülle an einschlägiger Literatur Sapper und Weichsel, *Freiheit im Blick*, 2009; Maier, *Verswinden der DDR*, 1999; Vollnhals, *Jahre des Umbruchs*, 2011.

² Rödder, *Staatskunst statt Kriegshandwerk*, 1998, 221–260, Zitat 225.

³ Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 19.9.1990, abgedruckt in: Pautsch et al., *Einheit*, 2015, Dokument 152, 700–706.

Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten liefen in beiden Teilen Deutschlands intensive Debatten um die Ausgestaltung der »inneren Einheit«. Das eilig entworfene »Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas« vom 28. November 1989, mit dem Kohl die Initiative an sich riss, lief noch auf eine Konföderation zwischen DDR und Bundesrepublik hinaus.⁴ Das Programm war jedoch, kurz nachdem es der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, bereits wieder Makulatur. Unter dem Druck großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung, die vehement eine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse an diejenigen der Bundesrepublik forderten, verlor die Bürgerbewegung der DDR, deren Mut den Fall der Mauer überhaupt erst möglich gemacht hatte, rasch an Bedeutung. Statt einer demokratischen Reform der DDR rückte nun die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ganz oben auf die Tagesordnung. Umstritten blieb zunächst noch, ob die DDR einfach der Bundesrepublik (nach Art. 23 Grundgesetz) beitreten oder ob man die Wiedervereinigung nutzen sollte, um auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik grundlegend zu reformieren (auch diese Möglichkeit sah das Grundgesetz in Art. 146 vor).

Die angesichts der ökonomischen Misere hastig vorgezogenen Wahlen zur DDR-Volkskammer im März 1990 endeten mit einem überwältigenden Sieg der von der Ost-CDU geführten »Allianz für Deutschland«.⁵ Sie stellten endgültig die Weichen in Richtung eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 Grundgesetz. Nun ging es Schlag auf Schlag: Um den nicht abreißen Strom der Übersiedler:innen aus der DDR in die Bundesrepublik zu stoppen, kam mit der Wirtschafts- und Währungsunion die D-Mark am 1. Juli 1990 nach Ostdeutschland; gleichzeitig wurde die marktwirtschaftliche Transformation der Zentralplanwirtschaft eingeleitet, indem die »Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums« (meist kurz »Treuhänd« genannt) die »Volkseigenen Be-

triebe« der DDR übernahm, in denen über 40 Prozent der ostdeutschen Werktätigen beschäftigt waren.⁶ Auf der Grundlage der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Fusion der Sozialsysteme beschloss die DDR-Volkskammer am 23. Juli den Beitritt zur Bundesrepublik. Die Details regelte der am 31. August unterzeichnete Einigungsvertrag, der die Reorganisation von Recht und Verwaltung sowie nicht zuletzt eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse im »Beitrittsgebiet« und den Umgang mit den Hinterlassenschaften der einst omnipräsenten Organe des Ministeriums für Staatssicherheit beinhaltete.⁷ Der förmliche Beitritt erfolgte schließlich am 3. Oktober 1990. Damit wurde die Bundesrepublik um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erweitert, die 1952 aufgelöst und im Juli 1990 von der Volkskammer wieder eingerichtet worden waren.⁸ Berlin, die nun nicht länger geteilte Stadt, avancierte zur Hauptstadt der neuen Bundesrepublik, der »Berliner Republik«.⁹

Der Prozess der deutschen Einheit vollzog sich in einer Zeit, da sich die internationalen und transnationalen Beziehungen erheblich intensivierten, und zwar in zweifacher Hinsicht: zum einen durch eine Ausweitung und Vertiefung der europäischen Integration, zum anderen durch die Globalisierung. Letztere ging wesentlich auf die rasanten Fortschritte in der Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologie zurück, die die verschiedenen Teile der Welt durch eine dramatische Steigerung der Mobilität von Menschen, Gütern und Ideen gleichsam näher zusammenrücken ließen. In diesem Zusammenhang erfolgten ordnungspolitische Weichenstellungen in zahlreichen Staaten, die den Welthandel liberalisierten und intensivierten, Direktinvestitionen im Ausland erleichterten und so den Siegeszug transnationaler Konzerne ermöglichten. Im Rahmen einer grenzüberschreitenden Arbeitsteilung im weltweiten Maßstab entstanden Lieferketten, die sich rund um den Globus spannten und wechselseitige Abhängigkeiten schufen

4 Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989, auszugsweise abgedruckt in: Münch, *Dokumente der Wiedervereinigung*, 1991, 57–66.

5 Das Wahlergebnis bei Hoog und Münch, Einführung, 1991, XXIV–XXVI.

6 Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, abgedruckt in: Münch, *Dokumente der Wiedervereinigung*, 1991, 213–276.

7 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990, abgedruckt in: ebd., 327–354.

8 Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – vom 22. Juli 1990, abgedruckt in: ebd., 315–323.

9 Die nach wie vor gründlichste Aufarbeitung des Wiedervereinigungsprozesses in seiner nationalen wie in seiner internationalen Dimension bei Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009. Freilich sind viele Bewertungen bis heute umstritten, zumal aus ostdeutscher Perspektive. Siehe unlängst Kowalczyk, *Übernahme*, 2019. Zu den Folgen für Deutschland siehe insbesondere Ritter, *Preis der deutschen Einheit*, 2006. Einen knappen, aber instruktiven Überblick bietet Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, 2006, 434–450. Eine ausführliche Dokumentation bei Küsters und Hofmann, *Deutsche Einheit*, 1998.

bzw. vergrößerten. All dies steigerte, aufs Ganze gesehen, den Einfluss privatwirtschaftlicher Akteure, während die Regulierungsmöglichkeiten staatlicher Stellen tendenziell abnahmen.¹⁰

Parallel dazu gewann der europäische Integrationsprozess an Dynamik, wobei die deutsche Wiedervereinigung als Katalysator wirkte: Um das Sicherheitsbedürfnis der deutschen Nachbarn zu befriedigen, sollte das vergrößerte Deutschland noch fester in den europäischen Strukturen verankert werden. Zu diesem Zweck initiierten Bonn und Paris im Frühjahr 1990 die Umwandlung der EG in eine Europäische Union. Deren Gründung, die eine Wirtschaftsgemeinschaft in eine politische Union transformierte und damit auf eine höhere Ebene hob, geschah durch den Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde.¹¹ Weitere Schritte in Richtung Verflechtung und Freizügigkeit folgten: Der gemeinsame Binnenmarkt (1993) und der Europäische Wirtschaftsraum (1994) legten die »vier Freiheiten« im Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr fest, im März 1995 trat das bereits 1985 in Schengen unterzeichnete Abkommen in Kraft, mit dem für Reisende Grenzkontrollen innerhalb des »Schengen-Raums« (zunächst zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien) entfielen. Den Höhepunkt bildete die Einführung des Euro als gemeinsamer Währung (zum 1. Januar 1999 als Buchwährung, zum 1. Januar 2002 dann auch als Zahlungsmittel). Zudem hatte das Ende der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West die Erweiterung der Europäischen Union möglich gemacht, die in zwei Schritten erfolgte. Zunächst traten ihr 1995 die vormals »blockfreien« Staaten Finnland, Österreich und Schweden bei, 2004 dann – nach längerer Vorbereitung – neben Malta und Zypern auch Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, die bis 1989 zur Sowjetunion gehört oder in deren Einflussbereich gelegen hatten.¹²

In diesem Kapitel werden wir analysieren, wie sich Globalisierung und europäische Integration auf die MPG auswirkten. Wie hat die MPG darauf reagiert? Wie hat sie den Trend der zunehmenden Internationalisierung aufgenommen, welche neuen Probleme ergaben sich daraus? Zunächst aber beschäftigen wir uns damit, wie die MPG als führende (west-)deutsche Institution der außeruni-

versitären Grundlagenforschung mit der deutschen Wiedervereinigung umging. Wie bzw. in welchen Formen beteiligte sie sich am »Aufbau Ost« und welche Rückwirkungen auf ihre inneren Strukturen zeitigte dies? Wie bewältigte die MPG das Wachstum, das mit der Schaffung neuer Forschungseinrichtungen im Osten Deutschlands einherging? Und inwiefern trug die MPG dazu bei, dass letztlich das westdeutsche Wissenschaftssystem ohne große Veränderungen oder Anpassungen auf die neuen Bundesländer übertragen wurde?

5.2 Keine Entspannung beim MPG-Haushalt

Der Zusammenbruch der DDR und des Ostblocks, der einen Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten möglich machte, traf die MPG nicht nur völlig unvorbereitet, er erwischte sie sozusagen auf dem falschen Fuß. Denn als die Wiedervereinigung den »Aufbau Ost« ganz oben auf die Tagesordnung der Geldgeber setzte, war die MPG vollauf mit dem Aufbau von drei neuen Instituten im Westen der Republik beschäftigt. Die Gründung des MPI für marine Mikrobiologie in Bremen, des MPI für terrestrische Mikrobiologie in Marburg und des MPI für Informatik in Saarbrücken sollte nicht nur die offenen Flanken in der Umweltforschung und im zunehmend wichtiger werdenden IT-Bereich schließen, sondern die MPG auch in allen (alten) Bundesländern verankern und damit der Forderung der Geldgeber nach einem regionalen Proporz Genüge tun. Ermöglicht hatte diese kleine Gründungswelle der Bonner »Bildungsgipfel« vom 21. Dezember 1989, bei dem Bund und Länder beschlossen hatten, den Haushalt der MPG in den Jahren 1991 bis 1995 jährlich um jeweils 5 Prozent anzuheben. Mit dem »5x5 %-Beschluss« schien die finanzielle Stagnation, unter der die MPG bereits seit über eineinhalb Dekaden geächzt hatte, endlich überwunden und erstmals überhaupt in ihrer Geschichte »eine längerfristige Planungssicherheit« gegeben zu sein.¹³ Als die Mauer fiel, befand sich die MPG also wieder auf Expansionskurs – allerdings nicht im Osten, sondern im Westen Deutschlands, was sich bald als Problem erweisen sollte.

Der Fall der Berliner Mauer führte in der Bundesregierung nämlich umgehend zu einer Verschiebung der Prio-

¹⁰ Zur Einführung Osterhammel und Petersson, *Geschichte der Globalisierung*, 2012; Fäßler, *Globalisierung*, 2007.

¹¹ *Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992*. Bundesgesetzblatt Nr. 47 vom 30.12.1992, 1253–1296.

¹² Gehler, *Europa*, 2010; Brasche, *Europäische Integration*, 2017.

¹³ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 10; Protokoll der 149. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.3.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 149.VP, fol. 9–10. Zum Zusammenhang des »5x5 %-Beschlusses« mit der Gründung und dem Aufbau der drei neuen Max-Planck-Institute in den alten Bundesländern siehe Protokoll der 151. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 151.VP, fol. 14–16.

ritätensetzung. Um die Zustimmung zur Wiedervereinigung und zur Verankerung eines vereinigten deutschen Staats in den westlichen Strukturen zu erhalten, flossen bereits 1990 zweistellige Milliardenbeträge in die Sowjetunion, mit denen Gorbatschow seine ins Trudeln geratene Wirtschaft wiederzubeleben versuchte.¹⁴ Das war indes nur ein kleiner Vorgeschmack auf die Kosten, die auf die Bundesrepublik mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland zukamen. Und diese Kosten wiederum nahmen sich bescheiden aus im Vergleich zu den Transferzahlungen in die neuen Bundesländer, die in dem Maße anstiegen, in dem das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Zerrüttung, aber auch des maroden Zustands von Infrastruktur und Bausubstanz in der vormaligen DDR sichtbar wurde. Auf diese Weise schlitterte die Bundesrepublik in eine schwere Finanzkrise.

Im Sommer 1991 sah sich die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zu Steuererhöhungen gezwungen, die sie zuvor (nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen) ausgeschlossen hatte; bald darauf folgte ein zunächst zeitlich befristeter »Solidaritätszuschlag« auf Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer (der ab 1995 dauerhaft erhoben wurde), ein erster Solidarpakt (dem weitere folgen sollten) und die Auflage eines »Erblastentilgungsfonds«, um die Staatsschulden der DDR und die Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zu begleichen. Anderer finanzieller Folgelasten der Vereinigung entledigte sich der Fiskus weitgehend: Die Bundesregierung wälzte die Kosten der Massenarbeitslosigkeit – Arbeitslosenunterstützung und Frühverrentung –, die aus dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft resultierten, weitgehend auf die sozialen Sicherungssysteme ab, namentlich auf Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Schätzungen zufolge betragen die Nettotransferleistungen aus den alten in die neuen Länder bis 2006 rund 1400 Milliarden Euro, was zwischen 4 und 5 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die deutsche Einheit erwies sich finanziell als Fass ohne Boden.¹⁵

Umso dringender musste an anderer Stelle gespart werden. Zuvor geplante Projekte in den alten Bundesländern verloren durch Wiedervereinigung und »Aufbau Ost« an Aktualität und wurden aufgeschoben. Die Auswirkungen dieser Prioritätenverschiebung bekam die MPG bald schon

zu spüren. Aus dem BMFT hieß es ohne Umschweife, »daß [...] die Geschäftsgrundlage für die Verabredung zwischen den Ministerpräsidenten der alten Länder und dem Bundeskanzler vom Dezember 1989 durch die Wiedervereinigung Deutschlands entfallen sei.«¹⁶ Damit geriet die finanzielle Basis, auf der die MPG die Gründung der drei neuen Institute im Westen beschlossen hatte, ins Wanken. Zugleich galt es, eine ganze Reihe neuer Institute in Ostdeutschland zu gründen. Bald musste sich die MPG-Führung von der Illusion verabschieden, der Aufbau von Wissenschaftseinrichtungen in den neuen Bundesländern ließe sich kostenneutral, das heißt ohne Einschnitte bei den bestehenden Einrichtungen bewerkstelligen.¹⁷ Spätestens im Frühjahr 1991 wurde klar, dass der »Aufbau Ost« auch von der MPG Opfer erfordern würde.

Hinzu kamen weitere Faktoren, die Aufstellung und Durchführung des MPG-Haushalts in den 1990er-Jahren zu einem schwierigen Geschäft machten, zumal es zwei getrennte Haushaltskreisläufe in Ost- und Westdeutschland gab, von denen später noch zu sprechen sein wird. Die »Diskrepanz zwischen dem nominalen und dem realen Haushaltswachstum« engte ihren finanziellen Spielraum – wie schon in den 1970er-Jahren – ein. Dies machte immer wieder »Sparmaßnahmen« sowie »im einen oder anderen Fall« auch den »Verzicht auf Neuberufungen nach Emeritierungen« erforderlich, ging also an die Substanz der MPG.¹⁸ Im Sommer 1991 sah sich der Verwaltungsrat genötigt, das erst kurz zuvor aufgelegte »Adolf-von-Harnack-Förderprogramm«, das dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugutekommen sollte, auszusetzen, da die zur Verfügung stehenden Finanzmittel dafür nicht ausreichten.¹⁹ Das bedeutete zwar keinen großen Einschnitt in die Forschungsförderung, symbolisierte aber den Trend der Haushaltsentwicklung der MPG: Die Zeichen standen auf Sparen.

Wenig später, bei der Aufstellung des Haushaltsplans 1992, sah sich der Verwaltungsrat mit einer »Deckungslücke« von 16,8 Millionen DM konfrontiert. Um sie zu schließen, mussten »Verstärkungsmittel« gekürzt, »Personalstellen« reduziert, das »Programm zur Sanierung alter Gebäude« gestoppt und das »Geräte-Modernisierungsprogramm« »über zehn Jahre gestreckt« werden, »was allerdings seinen Erfolg mehr als fraglich« machte.²⁰ So

¹⁴ Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, 2009, 195–199 u. 250–252.

¹⁵ Ebd., 357–361; Ritter, *Preis der deutschen Einheit*, 2006, vor allem 100 u. 127.

¹⁶ Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 13 verso.

¹⁷ Zu dieser Illusion siehe Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 86–87.

¹⁸ Protokoll der 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 9. Zur Haushaltsentwicklung der MPG siehe auch unten, Anhang 1, Tabelle 1 und Anhang, Grafik 2.6.

¹⁹ Protokoll der 153. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP, fol. 12.

²⁰ Protokoll der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 11.

ging es die nächsten Jahre weiter. 1992 brachten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, die über den Erwartungen lagen, den Haushalt der MPG in die Bredouille.²¹ Ab 1993 geriet dann auch noch das MPI für Kohlenforschung in die Krise. Das Institut, das sich »auf der Grundlage von Patenten und Lizenzverträgen über mehrere Jahrzehnte hinweg selbst finanziert« hatte,²² musste nach dem Auslaufen wichtiger Patente – »analog zu einer Neugründung« – in den allgemeinen Haushalt der MPG aufgenommen werden, was ab 1994 zusätzliche Kosten von rund 20 Millionen DM pro Jahr bedeutete.²³ Zudem verhängte der Bundesfinanzminister immer wieder Haushaltssperren, um Geld zur Finanzierung der deutschen Einheit zusammenzubringen; so sperrte er der MPG 1996 beispielsweise 3 Prozent der Mittel, die er der MPG für die bereits bestehenden Einrichtungen im Westen zuvor bewilligt hatte.²⁴ Schließlich wirkten sich auch die Terroranschläge vom 11. September 2001 negativ auf die ohnehin angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand aus, was die Aussichten der MPG auf den Haushalt 2002 zusätzlich eintrübte.²⁵ Wer in der MPG gehofft haben sollte, dass sich die Haushaltslage in den 1990er-Jahren deutlich günstiger darstellen würde als in den beiden Dekaden zuvor, sah sich getäuscht. Zwar gelang die Gründung einer Reihe von neuen Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland, doch ging dies letztlich zulasten der Substanz im Westen.

Trotzdem hielt die MPG-Führung unbeirrt am Aufbau der drei neuen Institute im Westen fest. Anderenfalls fürchtete man, »gegenüber den Zuwendungsgebern, die nicht zuletzt angesichts der Neugründungspläne eine 5x5%ige Zuschußsteigerung zugesagt hätten, in eine noch schwierigere Position« zu geraten.²⁶ Die MPG wollte mit ihrem Beharren auf den einmal gegebenen Zusagen zugleich ihre Geldgeber an die dafür in Aussicht gestellte Gegenleistung binden, denn ohne eine Perspektive auf gesicherte Zuwächse erschien ihren Leitungsgremien weder der Aufbau der drei neuen Institute im Westen

noch ein größeres Engagement in den neuen Ländern realisierbar. Die Forderung nach Einhaltung des »5x5%-Beschlusses« wurde zum Mantra, das die führenden Repräsentanten der MPG in den Verhandlungen mit den Geldgebern gebetsmühlenartig wiederholten.²⁷

In diesem Kontext wuchs der Mittelfristigen Finanzplanung, auf die sich die MPG in den späten 1960er-Jahren nur sehr zögerlich eingelassen hatte, eine neue Bedeutung zu: Während die »MifriFi« der Politik längst nicht mehr als Rezept zur Vermeidung zukünftiger (Finanz-)Krisen, sondern eher als lästige Pflichtübung galt, nutzte die MPG dieses Instrument dazu, ihre Geldgeber auf einen gesicherten Entwicklungshorizont festzulegen. Das würde es ihr ermöglichen, ihre Aufbaupläne in Ost und West zu verwirklichen, ohne dramatisch in die bestehende Substanz eingreifen zu müssen – eben durch die Realisierung des »5x5%-Beschlusses« von 1989. Mit anderen Worten, die MPG setzte den Versuch fort, die Mittelfristige Finanzplanung in ein Instrument der Absicherung künftiger Haushaltszuwächse zu verwandeln. Angesichts der Finanznot der öffentlichen Hand standen die Erfolgsaussichten jedoch schlecht, was den Leitungsgremien vollkommen klar war. So warnte Präsident Hans F. Zacher mit Blick auf die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1993 bis 1997, »es dürfe bei den Planungen der Gesellschaft nicht das ›Prinzip Hoffnung‹ an die Stelle der ›internen Ernsthaftigkeit‹ treten.«²⁸

Tatsächlich drehten die Geldgeber den Spieß um und verankerten das Nullwachstum der MPG in den alten Ländern in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1996 bis 2000 – ein herber Schlag, auch wenn Zacher darin noch keinen Grund erblickte, die »Finanzdispositionen« der MPG »auf eine Katastrophenplanung« umzustellen.²⁹ Im Jahr darauf bezeichnete Generalsekretärin Barbara Bludau diese Vorgabe als »quasi ›fortgeschriebene Stagnation‹«.³⁰ Zuwachs verzeichnete der Haushalt der MPG, zumal bei den Investitionen, in den 1990er-Jahren ausschließlich im Osten, wie überhaupt »die Jahre

21 Der Tarifabschluss sah Lohn- und Gehaltssteigerungen von 5,4 % vor, die MPG hatte ihn in ihrem Haushaltsplan mit 3,5 % veranschlagt. Protokoll der 131. Sitzung des Senates vom 4.6.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 24.

22 Protokoll der 134. Sitzung des Senates vom 17.6.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP, fol. 22.

23 Protokoll der 133. Sitzung des Senates vom 19.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 26.

24 Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 13 verso.

25 Protokoll der 159. Sitzung des Senates vom 23.11.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 7.

26 Protokoll der 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 10.

27 Aus der Fülle an Belegen siehe Hans F. Zacher an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der alten Bundesländer und Berlins vom 14.5.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156.VP, fol. 221; Protokoll der 132. Sitzung des Senates vom 20.11.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 20–24.

28 Protokoll der 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 9.

29 Protokoll der 142. Sitzung des Senates vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 8 recto.

30 Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 18 recto.

bis 2002 [...] stark vom Aufbau in den neuen Ländern geprägt« waren.³¹

Um die Stagnation in den alten Bundesländern zu beenden, forderte die MPG im Frühjahr 2002 von den Geldgebern eine jährliche Zuschusssteigerung um 5 Prozent bis einschließlich 2006, was die Länder jedoch als »unrealistisch« bezeichneten – Berlin drohte angesichts dieser Forderung sogar unverhohlen damit, aus der Gemeinschaftsfinanzierung der MPG auszusteigen.³² So blieb die Verbindlichkeit der Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Ende des Untersuchungszeitraums Wunschdenken, und die MPG musste sich damit abfinden, dass Bund und Länder in den haushaltspolitisch schwierigen Jahren des »Aufbaus Ost« im Westen Wissenschaftsförderung nach Kassenlage betrieben – und die Kassen von Bund und Ländern waren in dieser Zeit meist ziemlich leer.

Ganz besonders schmerzte die »besorgniserregende Entwicklung« des Haushalts, da andere Wissenschaftsorganisationen – zumindest in der Wahrnehmung der MPG-Spitze – eine bessere Behandlung erfuhren. Als die Geldgeber für den Haushalt des Jahres 2000 nur ein mageres Plus von 3 Prozent bewilligten, kritisierte MPG-Präsident Hubert Markl, »daß – ausgehend von 1990 mit 100 % – die Haushaltszuwächse für die FhG und die WGL im Gegensatz zur Max-Planck-Gesellschaft stetig gestiegen seien«.³³ Während die Universitäten immer wieder klagten, die MPG werde bei der Finanzierung durch die öffentliche Hand bevorzugt, sah sich die MPG selbst nicht als Günstling der Politik. Als Bund und Länder die Steigerungsrate für den MPG-Haushalt des Jahres 2001 ein weiteres Mal von den beantragten 5 auf 3 Prozent drückten, während »die Deutsche Forschungsgemeinschaft für ihren Haushalt den beantragten Zuwachs« erhielt, bezeichnete Präsident Markl dies als »Niederlage für die Max-Planck-Gesellschaft« und für sich persönlich. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) rechtfertigte die Haltung der Länder damit, dass deren Haushaltslage durch die Folgen der Vereinigung »so kritisch wie seit langem nicht mehr« war.³⁴ In der Tat steckten die Länder angesichts knapper Kassen in einer Zwickmühle, denn die »Differenz zwischen dem, was sie den Hochschulen wegnähmen, und dem, was sie

der Max-Planck-Gesellschaft gäben, werde immer größer«, wie Wolf-Dieter Dudenhausen (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Senat im Juni 2002 erläuterte.³⁵ Hier machte sich der strukturelle Nachteil der MPG, die – anders als die DFG – direkt mit den von den Ländern getragenen Hochschulen konkurrierte, einmal mehr bemerkbar. Abermals sah sich die MPG – als Folge des »Geleitzugprinzips« – mit dem schon bekannten »Zielkonflikt« konfrontiert: Einerseits würde eine alleinige Finanzierung durch den Bund, mit der die MPG in der Vergangenheit geliebäugelt hatte, höhere finanzielle Zuschüsse ermöglichen. Andererseits erinnerte Fritz W. Scharpf, Direktor am MPI für Gesellschaftsforschung in Köln, die Senatoren daran, »dass die Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern die Grundlage für die im internationalen Vergleich absolut exzeptionelle wissenschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Grundlagenforschung« war (und ist).³⁶ Erneut vor die Wahl zwischen der Aussicht auf mehr Geld und der Bewahrung ihrer außergewöhnlichen Handlungsspielräume in der Forschungspolitik gestellt, entschied sich die MPG auch diesmal für Letzteres.

5.3 Die MPG im »Aufbau Ost«

In den elf Monaten zwischen dem Mauerfall und dem feierlichen Vollzug der Wiedervereinigung kam es zu wichtigen wissenschaftspolitischen Weichenstellungen, die das Forschungssystem der Bundesrepublik bis heute prägen.³⁷ Im Kern ging es um zwei eng miteinander verbundene Fragen: Sollte, erstens, ein gesamtdeutscher Staat einfach das westdeutsche Wissenschaftssystem übernehmen, oder wollte man die Gelegenheit nutzen, dieses System einer grundlegenden Reform zu unterziehen, wofür unter anderem der Wissenschaftsrat in einer aufsehenerregenden Denkschrift aus dem Juli 1990 plädierte?³⁸ Dieser Teil der Debatte glich einem verkleinerten Spiegelbild des innerdeutschen Diskurses um die Wiedervereinigung. Was sollte, zweitens, aus den zahlreichen, personell in der Regel überbesetzten Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)

31 Protokoll der 154. Sitzung des Senates vom 10.3.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 15 recto.

32 Protokoll der 160. Sitzung des Senates vom 8.3.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 160.SP, fol. 8 verso. — Protokoll der 161. Sitzung des Senates vom 13.6.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 161.SP, fol. 5 verso.

33 Protokoll der 153. Sitzung des Senates vom 19.11.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.SP, fol. 5 verso.

34 Protokoll der 156. Sitzung des Senates vom 24.11.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 5 verso, fol. 6 verso.

35 Protokoll der 161. Sitzung des Senates vom 13.6.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 161.SP, fol. 8 verso.

36 Ebd., fol. 9 verso.

37 Siehe dazu und zum Folgenden die grundlegende Analyse von Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 19–48.

38 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 6.7.1990. Siehe dazu auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 42.

werden, deren internationale Reputation sich von Institut zu Institut (bisweilen auch von Abteilung zu Abteilung) stark unterschied? In der DDR überwogen die Stimmen derjenigen, die für einen mindestens temporären, möglicherweise dauerhaften Erhalt der Akademieinstitute plädierten, etwa in Form einer »Leibniz-Gesellschaft«, die jedoch im Rahmen des westdeutschen Wissenschaftssystems keinen rechten Platz hatte.³⁹

In der Hauptversammlung, die Ende Juni 1990 in Travemünde tagte, legte sich die MPG-Spitze fest: Sie lehnte jegliche »Konvergenz« zwischen den beiden deutschen Wissenschaftssystemen ab – und sprach sich damit gegen den Erhalt der AdW-Institute als eigenständigem Akteur aus. Präsident Staab begründete diese Haltung mit dem Charakter der Akademie, die »fest in den zentralistischen Machtapparat, der [...] ein Apparat der SED war, eingebunden« gewesen sei. Zacher, der in Travemünde das Präsidentenamt von Staab übernahm, sekundierte seinem Vorgänger mit der Forderung, die MPG dürfe keine AdW-Institute aufnehmen, »die ihr nicht entsprechen«.⁴⁰ Der alte und der neue Präsident argumentierten damit auch pro domo, denn wären die Akademie-Institute auf dem Gebiet der DDR als Forschungsverbund erhalten geblieben, hätten sie dort in etwa die Rolle eingenommen, die die MPG in der alten Bundesrepublik spielte. Staab bezeichnete eine eventuell zu gründende »Leibniz-Gesellschaft« denn auch explizit als »Konkurrenzorganisation«.⁴¹

In Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU), der sowohl in der Frage der Konvergenz als auch hinsichtlich der AdW-Institute ähnliche Vorstellungen hatte, besaß die MPG einen mächtigen Verbündeten. Am 3. Juli 1990 trafen sich Riesenhuber und sein ostdeutscher Amtskollege Frank Terpe (SPD) mit Wissenschaftsminister:innen der Länder sowie »hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft aus beiden Teilen Deutschlands« zu einem »Kamingespräch«, um über Perspektiven der außeruniversitären Forschung in der DDR zu beraten. Als Ergebnis hielt die »Gemein-

same Pressemitteilung« fest, dass man »eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland« anstrebe, die sich an den westdeutschen Strukturen orientieren sollte. Als »zentrale Aufgabe« galt die »Einpassung« der Einrichtungen der AdW in diese Forschungslandschaft. Um deren »Umstrukturierung« vorzunehmen, wurde der Wissenschaftsrat um »eine Bewertung der Forschungskapazitäten der DDR« und um »Vorschläge zu ihrer Neuausrichtung« gebeten.⁴²

Damit hatten sich die Positionen von Riesenhuber, Staab und Zacher durchgesetzt – allerdings um den Preis, dass die MPG nun in der Mitverantwortung stand, was den Aufbau leistungsfähiger Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland betraf und was künftig aus den AdW-Instituten werden sollte. Damit geriet die MPG unter enormen Druck, einen Beitrag zum »Aufbau Ost« im Bereich der Forschung zu leisten, zumal andere westdeutsche Wissenschaftsorganisationen bereits relativ früh entsprechende Schritte eingeleitet hatten.⁴³

5.3.1 Ein »Sofortprogramm«

Als die MPG diese Aufgabe in Angriff nahm, musste sie verschiedene Hürden überwinden – und Geld zu beschaffen war nicht einmal das größte Problem. Schwerer wog, dass die MPG auf eine wissenschaftliche Kooperation mit Ostdeutschland denkbar schlecht vorbereitet war, denn die DDR stellte für sie weitgehend Terra incognita dar. An Spitzenforschung in internationalem Maßstab ausgerichtet, hatte sie vor 1989 die Zusammenarbeit über Landesgrenzen und Kontinente hinweg mit Kooperationspartnern aus den wissenschaftlich führenden Nationen gesucht, allen voran aus den USA. Wenn sie den Blick nach Osten wandte, dann fiel er hauptsächlich auf die Sowjetunion, deren wissenschaftliches Potenzial nicht zu übersehen war, wie etwa die Entwicklung der Fusionsforschung zeigt.⁴⁴ Umgekehrt erschien aus Moskauer Perspektive angesichts einer fehlenden

³⁹ Zu dieser Einschätzung kam auch der Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1992, 8. Zur AdW siehe Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994.

⁴⁰ Staab, *Freiheit und Unabhängigkeit*, 1990, 53–57 u. 60–63, Zitat 60; Zacher, *Herausforderungen*, 1990, 64. Siehe dazu Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 70; Tischvorlage zur Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 21.6.1990, betr.: Gegenwärtige und künftige Aufgaben der Max-Planck-Gesellschaft in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 270–271.

⁴¹ Protokoll der 125. Sitzung des Senates vom 21.6.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 125.SP, fol. 10.

⁴² Pressemitteilung des BMFT: Weichenstellungen für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft vom 3.7.1990, BArch DF 4/24357. Siehe dazu ausführlich Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 39–42.

⁴³ Ebd., 22 u. 28.

⁴⁴ Das in der Sowjetunion durchgeführte sogenannte Tokamak-Experiment brachte Mitte der 1960er-Jahre bis dato unerreichte Plasma-Einschlusszeiten und erlangte richtungweisende Bedeutung für die Fusionsforschung; in den frühen 1970er-Jahren brach weltweit ein regelrechtes »Tokamak-Fieber« aus. Stumm, *Kernfusionsforschung*, 1999, 50–51 u. 63–64, Zitat 64.

westdeutschen Akademie die MPG als die natürliche Partnerin für Forschungsk Kooperationen mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften – und nicht etwa die Universitäten, die in der Sowjetunion weitgehend auf ihre Ausbildungsfunktion beschränkt blieben.⁴⁵ Selbst mit der Volksrepublik China unterhielt die MPG Ende der 1980er-Jahre einen viel engeren wissenschaftlichen Austausch als mit der DDR. Eine erste Kontaktaufnahme war unter Präsident Lüst Mitte der 1970er-Jahre erfolgt, anschließend entwickelte die MPG exklusive Beziehung zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS), die man auch nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 nicht infrage stellte.⁴⁶

Was die Vernachlässigung der DDR betrifft, war die MPG nicht allein. Auch die DFG verfügte am Vorabend des Mauerfalls allenfalls über rudimentäre Verbindungen in den anderen deutschen Staat.⁴⁷ Da es an institutionellen Kontakten fehlte, blieben als Anknüpfungspunkte allein die Beziehungen einzelner Wissenschaftlicher Mitglieder, die über ihre Mitgliedschaft in der Leopoldina – als einer der ganz wenigen in gewisser Weise gesamtdeutschen Institutionen in der Zeit der staatlichen Teilung – Kollegen aus der DDR kannten.⁴⁸ Hinzu kam die »vorsichtige Annäherung« zwischen einzelnen Max-Planck-Instituten und Instituten der AdW in der Mauerstadt, die sich in der Vorwendezeit ergeben hatten, und zwar bisweilen auch unterhalb der Leitungsebene.⁴⁹

Diese persönlichen Kontakte erfuhren Ende 1989 eine deutliche Aufwertung. Nach einem Treffen mit Heinz Bethge, dem langjährigen Präsident der Leopoldina, im Dezember 1989 beschloss das »Präsidium« der MPG, auf der Grundlage solcher persönlicher Kontakte Einzelkooperationen von Max-Planck-Instituten mit Kolleg:innen in der DDR gezielt zu fördern.⁵⁰ Im Januar 1990 stellte die öffentliche Hand entsprechende Sondermittel in Aussicht, und bis zum Sommer gelang es der MPG bzw. den Max-Planck-Instituten, mehr als 30 einzelne Projekte auf den Weg zu bringen.⁵¹ Im Vergleich zu den

Aktivitäten der DFG, die sich aufgrund der ganz anderen Art von Forschungsförderung freilich wesentlich leichter tat, war dies allerdings nicht viel, weshalb die MPG bereits im Mai 1990 seitens des BMFT unter Druck geriet, ihr Engagement in der DDR deutlich zu intensivieren.⁵² Es musste dringend etwas geschehen. Nachdem die MPG sich – wie erwähnt – gegen ein Fortbestehen der Akademie der Wissenschaften und gegen eine Konvergenz ausgesprochen hatte, war sie in der Pflicht, andere Angebote zu unterbreiten.

Zwei Tage nach dem »Kamingespräch« setzte der frischgebackene Präsident Hans F. Zacher eine »Präsidentenkommission DDR« unter der Leitung Herbert Walthers vom MPI für Quantenoptik ein, die entsprechende Maßnahmen erarbeiten sollte. Die Kommission, die für die Aufbauleistung der MPG in Ostdeutschland eine zentrale Rolle spielte, erfüllte die ihr zugewiesene Aufgabe zügig und legte dem Senat im September ein Programm vor, das drei Aspekte enthielt: Erstens sollte die Förderung der Einzelkooperationen fortgesetzt, zweitens sollten befristete Arbeitsgruppen an ostdeutschen Universitäten gegründet werden, die eng an einzelne Max-Planck-Institute angebunden sein sollten, und drittens empfahl die Kommission dem Senat, ebenfalls zeitlich befristete Projektgruppen ins Leben zu rufen, aus denen später gegebenenfalls neue Institute hervorgehen konnten (ohne dass dies indes eine Festlegung in diese Richtung bedeutete).⁵³ Bei der Konzeption der Forschungsförderung in den neuen Bundesländern profitierte die MPG von den Erfahrungen, die sie seit Mitte der 1970er-Jahre mit derartigen Projektgruppen gemacht hatte – Zacher selbst hatte eine solche Gruppe geleitet, aus der später ein Max-Planck-Institut hervorgegangen war.⁵⁴ Über die Arbeitsgruppen hieß es im Jahresbericht der MPG explizit, das ihnen zugrunde liegende Konzept »orientiert sich an dem bewährten Instrument der Nachwuchsgruppen bzw. klinischen Forschungsgruppen«.⁵⁵ Ganz so neu waren die Wege also nicht, die die MPG in Ostdeutschland beschritt.

45 Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 255–298.

46 Ebd., 298–371.

47 Protokoll der 120. Sitzung des Senates vom 10.11.1988, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 120.SP, fol. 14.

48 Parthier, *Leopoldina*, 1994; Meulen, *Akademie der Naturforscher*, 2007, 10–13. Siehe auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 52–53.

49 Laitko, *Vorsichtige Annäherung*, 2002, 309–338.

50 Bethge, *Einigungsprozess*, 1991, 206; Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 53.

51 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 56.

52 Siehe mit weiteren Details und den entsprechenden Belegen ebd., 61. Protokoll der 153. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP, fol. 2–16, fol. 6.

53 Rundschreiben von Hans F. Zacher an die Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG vom 26.10.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 391, fol. 354–358. Anlage 1: Empfehlungen der Kommission, ebd., fol. 359–364; Protokoll der 151. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 151.VP, fol. 7–10. Siehe dazu auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 77.

54 Siehe oben, Kap. II.4.4.1, 129.

55 Max-Planck-Gesellschaft, *Jahresbericht 1990, 1991*, 22.

Was die Umsetzung der von der Präsidentenkommission ausgearbeiteten Vorschläge betraf, drängte die Zeit. Für die MPG ging es darum, ein Signal zu senden, dass sie beim »Aufbau Ost« nicht zurückstand, sondern sich ebenso tatkräftig engagierte wie die anderen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen. Deswegen begann man – nachdem Minister Riesenhuber den Plan abgesegnet und die Bund-Länder-Konferenz (BLK) grünes Licht für deren Finanzierung gegeben hatte⁵⁶ – umgehend mit der Gründung von Arbeitsgruppen. Für jede Arbeitsgruppe an einer ostdeutschen Universität übernahm ein Max-Planck-Institut gleichsam die Patenschaft, das heißt die wissenschaftliche Betreuung. Präsident Zacher nannte dieses Vorgehen »Institutsprinzip«, weil die Gründung von Arbeitsgruppen »von den Instituten ausgehen und verantwortet werden« müsse.⁵⁷ Die Arbeitsgruppen standen und fielen – auch in diesem Punkt blieb sich die MPG treu – mit der Auswahl des Leitungspersonals. Da für eine förmliche Ausschreibung keine Zeit blieb (und ein solches Verfahren auch nicht den traditionellen Berufungssancen der MPG entsprochen hätte),⁵⁸ gaben bei der Auswahl der Arbeitsgruppenleiter – es handelte sich ausnahmslos um Männer, die bis auf zwei Ausnahmen aus den neuen Ländern stammten – einmal mehr persönliche Kontakte von MPG-Direktoren zu ostdeutschen Kollegen den Ausschlag. Durch diese »Auswahl auf Zuruf« versuchte die MPG, die ihr eigenen Qualitätsstandards zu sichern.⁵⁹ Intensive Gründungsaktivitäten begannen noch im Winter 1990. Bis Ende 1991 – also in rund einem Jahr – entstanden 29 Arbeitsgruppen, von denen sich allerdings zwei wegen der Stasi-Vergangenheit der in Aussicht genommenen Leiter dann doch nicht realisieren ließen. Der Schwerpunkt lag mit 19 Arbeitsgruppen ganz eindeutig in der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion, während die Biologisch-Medizinische Sektion sechs und die Geisteswissenschaftliche Sektion fünf Arbeitsgruppen ins Leben rief, von denen jeweils eine nicht zustande kam.⁶⁰

Trotz der beiden Fehlschläge war die Einrichtung der Arbeitsgruppen an den Universitäten der neuen Bundesländer eine beachtliche Leistung und insgesamt ein Erfolg. Damit gelang der MPG ein zügiger Einstieg in den »Aufbau Ost«, was ihr Standing bei der Bundesregierung

(im Besonderen bei Bundesforschungsminister Riesenhuber) verbesserte. Zudem setzte die MPG-Führung ihre Vorstellung durch, die Arbeitsgruppen als temporäre Einrichtungen zu etablieren: Die MPG übernahm nur für deren Gründung und eine fünfjährige Übergangsphase die Verantwortung, danach sollten sie (auch budgettechnisch) in die jeweilige Universität eingegliedert werden. Nach einigem Hin und Her wurden die meisten Arbeitsgruppen trotz nicht unerheblicher Personal- und Finanzierungsschwierigkeiten tatsächlich in Universitätsinstitute umgewandelt – ein Beleg dafür, dass die »Präsidentenkommission DDR« bei der Auswahl von Themen und Leitungspersonal gute Arbeit geleistet hatte. Zugleich bediente die MPG mit der Gründung von Arbeitsgruppen eine Argumentationsfigur innerhalb des westdeutschen Diskurses über das Forschungssystem der DDR, nach der Grundlagenforschung ausschließlich an den Instituten der AdW betrieben worden sei, weshalb sie nun gleichsam an die Universitäten zurückverlagert werden müsste. Das entsprach zwar nicht ganz den Realitäten, erleichterte aber die Integration der neuen Bundesländer in ein gesamtdeutsches Wissenschaftssystem, das sich weitgehend an den westdeutschen Strukturen orientierte. Dies war ganz im Sinne der MPG, die dadurch ihren Status als *die* (gesamt-)deutsche Institution der außeruniversitären Grundlagenforschung wahren konnte.

Ähnlich erfolgreich war die MPG auch bei der auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrats zurückgehende Einrichtung von sieben Geisteswissenschaftlichen Zentren aus der Konkursmasse der zur Schließung stehenden AdW-Institute. Für deren administrative Betreuung rief die MPG eine eigene Gesellschaft ins Leben – die »Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH«. Wieder konnte die MPG die Verantwortung für diese ihr im Grunde wesensfremden Zentren auf eine Übergangszeit – zunächst drei, schließlich fünf Jahre – beschränken.⁶¹ Auch diesmal wälzte die MPG die Verantwortung für den Weiterbetrieb dieser Einrichtungen, die teilweise wissenschaftlich überaus erfolgreich waren, auf andere Träger ab: im Fall der Arbeitsgemeinschaften auf die Universitäten, bei den Geisteswissenschaftlichen Zentren zunächst auf die DFG, dann auf die »Blaue Liste« bzw. die WGL.

56 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 81–82.

57 Protokoll der 126. Sitzung des Senates vom 15.11.1990 (Entwurf), AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 309.

58 Zur Praxis der Berufung Wissenschaftlicher Mitglieder ausführlich unten, Kap. IV.4.

59 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 78–85, Zitat 79.

60 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 634–636, 640 u. 643–645. Die Zahlenangaben nach Ash, *MPG im Prozess*, 2023, 68–82.

61 Siehe unten, Kap. III.14. Siehe auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 97–103; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 647–648; Wissenschaftsrat, *Stellungnahmen Allgemeiner Teil*, 1992, 65–73; Rundschreiben Hans F. Zachers an die Senatoren der MPG vom 23.10.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 107–109.

5.3.2 Institutsgründungen im Osten

Die Gründung von Arbeitsgruppen und Zentren war indes nur eine Ad-hoc-Maßnahme, mit der die MPG kurzfristig auf die Wiedervereinigung reagierte. Traditionell galten Institutsgründungen in der MPG als Königsweg der Forschungsförderung. Vor dem Senat bezeichnete Präsident Zacher es als das »erste Prinzip [...], dass die Max-Planck-Gesellschaft Forschung durch die Gründung und Unterhaltung von Instituten fördere«. Deswegen müssten Institute »auch das zentrale Instrument der Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft in der früheren DDR sein«. ⁶² Das sah man auch in der Politik so, doch wollten die Führungsgremien der MPG von Instituten in Ostdeutschland zunächst nichts wissen. Zu unklar schien die weitere Entwicklung auf dem Weg zu einer deutschen Einheit zu sein, wie diese dann auch immer aussehen mochte. Noch im Sommer 1990 hielt man daher in der Generalverwaltung die Gründung von Max-Planck-Instituten »jenseits der bisherigen innerdeutschen Grenze« nur in »langfristiger Perspektive« überhaupt für denkbar. ⁶³ Dafür fehlten, so der damals noch amtierende Präsident Staab auf der MPG-Hauptversammlung, die »politischen Rahmenbedingungen«, konkret »die staatliche Vereinigung und die Wiederherstellung der Länderstruktur«. ⁶⁴ Darauf konnte sich die MPG allerdings nach dem Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 nicht länger herausreden. Angesichts des zunehmenden Drucks aus der Bundesregierung und den ostdeutschen Länderregierungen mussten nun möglichst schnell Max-Planck-Institute in den neuen Ländern aus der Taufe gehoben werden. Dabei galt es aus Sicht der MPG, zwei Forderungen abzuwehren: schon bestehende Max-Planck-Institute in die neuen Bundesländer zu transferieren sowie AdW-Institute zu übernehmen und als Max-Planck-Institute weiterzuführen.

Dem von der Politik und aus den neuen Bundesländern geäußerten Ansinnen, bestehende Forschungseinrichtungen aus West- nach Ostdeutschland zu verla-

gern, ⁶⁵ erteilte die MPG eine Absage. ⁶⁶ Ein früher Vorstoß in diese Richtung hatte darauf abgezielt, die drei Max-Planck-Institute, die sich 1990 im Stadium der Gründung und des Aufbaus befanden, kurzerhand nicht in Bremen, Marburg und Saarbrücken anzusiedeln, sondern in den neuen Ländern – diese Zumutung, die den zeitnahen Aufbau der drei Institute gefährdet und die Berufung der Gründungsdirector:innen infrage gestellt hätte, konnte die MPG-Spitze jedoch abwehren. Kurioserweise gab es auch einen Vorstoß in umgekehrter Richtung, der im Zusammenhang mit der Hauptstadtfrage stand. Bereits Art. 2 des Einigungsvertrags hatte Berlin zur Hauptstadt der größer gewordenen Bundesrepublik erklärt, ⁶⁷ der sogenannte Hauptstadtbeschluss des Bundestags vom 20. Juni 1991 machte die Stadt an der Spree dann auch zum Regierungssitz. Doch erst das sogenannte Bonn-Berlin-Gesetz, das der Bundestag im März 1994 verabschiedete, legte fest, welche Ministerien nach Berlin umziehen und welche in Bonn verbleiben sollten. Als Kompensation für den Verlust von Bundesministerien sollten andere öffentliche Einrichtungen nach Bonn verlegt werden, darunter auch das MPI für Bildungsforschung, um »Bonn als Wissenschaftsstandort« zu stärken. ⁶⁸ Dieser Vorschlag, den die Föderalismuskommission bereits 1992 unterbreitet hatte, stieß bei der MPG auf Ablehnung. Für Verwaltungsrat und Senat kam eine »Entwurzelung« des MPI für Bildungsforschung nicht infrage. Die laufenden Populationsstudien galten als »langfristige, an den Berliner Raum gebundene Projekte, die nicht transferiert werden könnten«. Zudem verwies man auf die enge »Verzahnung« mit anderen Berliner Einrichtungen, wobei die über Jahre gewachsenen Kooperationen »an Personen gebunden« seien. Auch erschien der Standort Berlin unverzichtbar für die Durchführung gesamtdeutscher Untersuchungen mit Ost-West-Vergleich. Hinzu kam die Befürchtung, »daß bei einer Verlegung ein Teil des Personals nicht mitziehen würde«. Aus diesen Gründen lehnte der Senat schließlich eine Verlegung des MPI für Bildungsforschung von Berlin nach Bonn

⁶² Protokoll der 126. Sitzung des Senates vom 15.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 10.

⁶³ Beatrice Fromm: Gegenwärtige und künftige Aufgaben der MPG in der Entwicklung der innerdeutschen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung vom 8.5.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 150.VP, fol. 353–357, Zitate fol. 355.

⁶⁴ Staab, Freiheit und Unabhängigkeit, 1990, 61–62.

⁶⁵ Diese Forderung erhob 1993 der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel gleich mehrfach. Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 10; Protokoll der 142. Sitzung des Senates vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 8 verso.

⁶⁶ Protokoll der 133. Sitzung des Senates vom 19.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 133.SP, fol. 25–26.

⁶⁷ Siehe dazu Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990, abgedruckt in Münch, *Dokumente der Wiedervereinigung*, 1991, 327–354, hier 328.

⁶⁸ *Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands*, 1994, 918–921; Staatssekretär Gebhard Ziller (BMFT) an Hans F. Zacher vom 21.9.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 163.VP, fol. 123–124.

ab, ergänzte diese Ablehnung aber um den Vorschlag, »statt dessen eines der Vorhaben, das sie im Hinblick auf die neuen Bundesländer berate, im Rahmen der für den Raum Bonn vorgesehenen Mittel in der Bundesstadt zu verwirklichen.«⁶⁹

Nicht so einfach zurückweisen konnte die MPG dagegen die Forderung, AdW-Institute zu übernehmen, die vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert worden waren.⁷⁰ Die »Präsidentenkommission DDR« bestand jedoch darauf, dass auch solche Institute »nach den für Neuvorhaben geltenden Kriterien geprüft« werden müssten – Präsident Zacher sprach in diesem Zusammenhang von »induzierten Neugründungen«.⁷¹ Das heißt, sie mussten, erstens, wissenschaftliches Neuland betreten, zweitens Forschungsfelder abdecken, die an den Universitäten nicht oder noch nicht ausreichend vertreten waren, und drittens musste sich eine herausragende Persönlichkeit finden lassen, die man mit der Leitung betrauen konnte. Die MPG sah sich zwar genötigt, die Vorschläge des Wissenschaftsrats aufzunehmen, doch reklamierte ihre Leitung bei ihrer Umsetzung einen beachtlichen Spielraum, um die betreffenden Institute »nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können«.⁷²

Was das in der Praxis bedeutete, zeigt das Beispiel des MPI für Mikrostrukturphysik, das als erstes Max-Planck-Institut in den neuen Bundesländern gegründet wurde. Es entstand aus dem AdW-Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle, das der Wissenschaftsrat positiv evaluiert und zur Weiterführung als Max-Planck-Institut empfohlen hatte.⁷³ Dabei war das Arbeitsgebiet des neuen Instituts so mit dem bereits in der MPG vorhandenen Cluster materialwissenschaftlicher Einrichtungen abzustimmen, dass »Doppelarbeit« vermieden wurde.⁷⁴ Zugleich musste das Personal des Instituts deutlich reduziert werden, um die Kosten für die MPG dauerhaft tragbar zu machen. Um eine »Betriebsübernahme« zu umgehen, durch die die MPG gezwungen gewesen wäre, alle mit unbefristeten Verträgen ausgestatteten Beschäftigten zu übernehmen, wurde das Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikros-

kopie zunächst formell geschlossen und gleich darauf als MPI für Mikrostrukturphysik neu gegründet – so kam es, dass die MPG in diesem einen Fall de facto doch ein AdW-Institut in ihre Reihen aufnahm. Die Ausnahmestellung des Hallenser Instituts resultierte nicht zuletzt aus den engen persönlichen Kontakten seiner Institutsleiter zu Direktoren gleich mehrerer Max-Planck-Institute, darunter das MPI für Quantenoptik, das MPI für Metallforschung und das Fritz-Haber-Institut. Diese Beziehungen ermöglichten nicht nur die faktische Aufnahme des Instituts in die MPG, sondern kamen auch in der Besetzung des Leitungskollegiums des neuen MPI zum Ausdruck.⁷⁵ Anfang September 1991 setzte Zacher Gerhard Ertl vom Fritz-Haber-Institut sowie Hellmut Fischmeister und Manfred Rühle vom MPI für Metallforschung als kommissarische Leiter des neuen MPI ein; hinzu kam mit Johannes Heydenreich der bisherige Institutsleiter, der 1990 bereits zum Auswärtigen Mitglied des MPI für Metallforschung ernannt worden war. Heydenreich war der einzige Wissenschaftler aus dem Osten, der unmittelbar nach der Wende den Aufstieg zum wissenschaftlichen Mitglied der MPG und zum Direktor eines MPI schaffte – und auch er war kaum mehr als ein Mann des Übergangs, stand die Emeritierung des 1930 geborenen Physikers doch bereits in absehbarer Zeit an.

Zu den »induzierten« Gründungen zählten – neben dem MPI für Mikrostrukturphysik – das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung und das MPI für Gravitationsphysik, die beide in Golm bei Potsdam angesiedelt wurden. Die beiden Letztgenannten unterschieden sich insofern vom MPI für Mikrostrukturphysik, als sie keine faktische Übernahme eines ehemaligen AdW-Instituts darstellten, sondern aus einzelnen Abteilungen verschiedener AdW-Institute sozusagen zusammengeschweißt wurden.⁷⁶ Diese drei Institute markierten allerdings Ausnahmen. Die »Richtlinie« lautete, wie sich Wolf Singer später erinnerte, »daß wir auch in günstigen Fällen von einer Übernahme absehen sollten, um keine Begehrlichkeiten zu wecken, keine Präzedenzfälle zu schaffen und die Kontrolle über das Wachstum der Max-

69 Protokoll der 138. Sitzung des Senates vom 18.11.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 9 recto–11 recto; Materialien für die 138. Sitzung des Senates vom 18.11.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 163.VP, fol. 128 recto–129 verso.

70 Ausführlich Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 88–103.

71 Protokoll der 126. Sitzung des Senates vom 15.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 10 u. 313. Siehe dazu und zum Folgenden auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 116–118.

72 Protokoll der 153. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 153.VP, fol. 8.

73 Wissenschaftsrat, *Stellungnahme*, 13.3.1991, 16. Siehe zum Folgenden unten, Kap. III.4.2; Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 119–125; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1080–1083.

74 So drückte sich Präsident Zacher aus, zitiert nach Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 120.

75 Das Folgende nach Protokoll der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 9.

76 Siehe zu den beiden Instituten Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 125–131 u. 211–218; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 603–604 u. 842–843.

Planck-Gesellschaft nicht zu verlieren.«⁷⁷ Die übrigen Neugründungen gingen nicht auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrats – und somit auch nicht auf vormalige AdW-Institute – zurück, weshalb Zacher sie als »originäre Gründung« bezeichnete, »ganz nach den Grundsätzen, die für uns [die MPG; J.B.] gelten.«⁷⁸ Während die MPG mit den »induzierten« Gründungen ihre Pflicht beim »Aufbau Ost« erfüllte, konnte sie mit den »originären« Gründungen die Gunst der Stunde nutzen, um die Flaute der 1970er- und 1980er-Jahre hinter sich zu lassen und neue Projekte in Angriff zu nehmen.

Die zahlreichen Neugründungen, die die MPG in Ostdeutschland – bei gleichzeitigem massiven Sparzwang im Westen – umsetzte, trugen überwiegend dazu bei, Forschungscluster zu verstärken oder zu arrondieren, die bereits in der MPG vorhanden gewesen waren.⁷⁹ Das lag nicht zuletzt an dem mehrstufigen Gründungsverfahren, das starke innere Impulse voraussetzte und Vernetzungen innerhalb einer Sektion (und bisweilen auch über die Sektionsgrenzen hinweg) beförderte bzw. erforderte; bereits bestehende Forschungscluster waren dadurch klar im Vorteil.⁸⁰ Freilich nutzte die MPG die Chance, die ihr die Wiedervereinigung bot, auch zum Einstieg in neue Forschungsfelder, die zuvor in der MPG noch gar nicht vorhanden gewesen waren. Hier mag pars pro toto ein Hinweis auf das 1993 in Jena gegründete MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen genügen,⁸¹ mit dem die MPG auch in den Wirtschaftswissenschaften Fuß zu fassen suchte.⁸² Der »Aufbau Ost« löste in der MPG ein regelrechtes Gründungsfieber aus, mit dem sich – allerdings ausschließlich in den neuen Bundesländern – auch Projekte realisieren ließen, die in der vorangegangenen Stagnationsphase schon aus finanziellen Gründen keine Chance gehabt hatten.

Zeitlich lassen sich zwei Wellen von Institutsgründungen in den neuen Ländern unterscheiden.⁸³ Die erste begann 1991 und umfasste insgesamt acht Institute: die drei »induzierten« Gründungen, von denen bereits die Rede war, das MPI für Wissenschaftsgeschichte und das MPI für Infektionsbiologie, die beide in Berlin eingerichtet

wurden, das MPI für molekulare Pflanzenphysiologie, das MPI für neuropsychologische Forschung in Leipzig und das MPI für Wirtschaftssysteme. Damit lag der regionale Schwerpunkt der Institute, die die MPG in Ostdeutschland gründete, zunächst eindeutig auf Berlin und Potsdam. Das sollte sich nicht zuletzt auf massiven Druck aus den neuen Bundesländern später ändern.⁸⁴ Zur zweiten Gründungswelle, die 1994 einsetzte, gehörten neun Institute und ein Teilinstitut. Vier davon, nämlich das MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften und das MPI für evolutionäre Anthropologie (beide in Leipzig), das MPI für Chemie fester Stoffe und das MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik (beide in Dresden), lagen in Sachsen; eines, das Magdeburger MPI für Dynamik komplexer technischer Systeme – das erste MPI in den Ingenieurwissenschaften –, in Sachsen-Anhalt; drei weitere wurden in Thüringen angesiedelt, nämlich das MPI für chemische Ökologie und das MPI für Biogeochemie, die beide in Jena entstanden, sowie das MPI für ethnologische Forschung in Halle an der Saale; in Mecklenburg-Vorpommern schließlich entstand das MPI für demografische Forschung in Rostock und die riesige Außenstelle des IPP in Greifswald, in der künftig die Stellaratorforschung betrieben wurde.

Die Pause zwischen den beiden Gründungswellen war der massiven Finanzkrise geschuldet, in die der Bund infolge der Wiedervereinigung geriet: Weder gelang die Finanzierung der Kosten der Einheit aus den Erlösen des »volkseigenen Vermögens« der ehemaligen DDR, da die »Volkseigenen Betriebe« vielfach marode waren und sich als nur schwer verkäuflich erwiesen; noch wurde das erklärte Ziel erreicht, den Ostteil Deutschlands durch eilig in Angriff genommene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen wirtschaftlich rasch an den Westteil heranzuführen. Damit dämmerte im Frühjahr und Sommer 1991 die Erkenntnis, dass die Herstellung der materiellen Einheit weit länger dauern und erheblich teurer werden würde, als die Bundesregierung zunächst gedacht bzw. öffentlich erklärt hatte. Die öffentliche Hand musste im Westen der Republik drastische Einsparungen

⁷⁷ Wolf Singer an Hubert Markl vom 10.2.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 197.VP, fol. 117.

⁷⁸ Protokoll der 126. Sitzung des Senates vom 15.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 313.

⁷⁹ So ergänzte beispielsweise das MPI für molekulare Pflanzenphysiologie, das seinen Sitz im entstehenden »Science Park« in Golm bei Potsdam fand, den Forschungsschwerpunkt in den Lebenswissenschaften. Siehe unten, Kap. III.9. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1159–1161; Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 138–140.

⁸⁰ Siehe unten, Kap. IV.4.2 und Kap. IV.4.3.

⁸¹ Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1663–1665; Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 146–153.

⁸² Seit der Ära Butenandt waren entsprechende Initiativen, die meist von den Wirtschaftsvertretern in Verwaltungsrat und Senat ausgegangen bzw. unterstützt worden waren, aus unterschiedlichen Gründen immer wieder gescheitert.

⁸³ Diese Periodisierung wie auch das Folgende nach Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 116–153 u. 190–218; Ash, *MPG im Prozess*, 2023, 101–128.

⁸⁴ Siehe dazu unten, Kap. II.5.3.4.

vornehmen, um die vorhandenen Finanzmittel auf den »Aufbau Ost« umzulenken. Das zeitigte Folgen für alle Ressorts, auch für das BMFT, was sich wiederum direkt auf die MPG auswirkte, die sich 1991 noch der Illusion hingab, Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern weitgehend ohne Abstriche bei bestehenden Instituten gründen zu können.⁸⁵ Umso böser war das Erwachen: Im Juni 1992 sah sich der Senat – auf Drängen Zachers – genötigt, die bereits gefassten Gründungs- und Berufungsbeschlüsse einstweilen auszusetzen und diese »nur in Abhängigkeit von den zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten zu vollziehen«.⁸⁶ Unter diesen Voraussetzungen war an die Gründung weiterer Institute einstweilen nicht zu denken. Eine Entspannung trat erst mit dem »Solidarpakt des Bundes und der Länder« vom März 1993 ein, mit dem der »Fonds Deutsche Einheit« für 1993 und 1994 massiv aufgestockt wurde, ehe die neuen Bundesländer ab 1995 in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden sollten.⁸⁷ Auf dieser Grundlage konnte die MPG nicht nur die bereits angestoßenen Neugründungen vollziehen, sondern auch eine zweite Gründungswelle vorbereiten. Die Forschung betont dabei die Rolle des neuen Bundesforschungsministers Paul Krüger (CDU), der aus Mecklenburg-Vorpommern stammte und gegenüber der MPG »auch als Anwalt der [neuen Bundesländer] und insbesondere seines Heimatlandes« agierte.⁸⁸

Alles in allem bewirkte der »Aufbau Ost« einen enormen Wachstumsschub der MPG, der allerdings weitgehend auf die neuen Bundesländer beschränkt war. Hier entstanden 18 Max-Planck-Institute, die Außenstelle des IPP in Greifswald sowie die Forschungsstelle von Ernst Fischer in Halle; bis 2002 kamen zwei weitere Institute im Westen hinzu – die MPG wuchs also binnen einer Dekade um rund 30 Prozent! Es erscheint dabei besonders bemerkenswert, dass die MPG trotz des starken Drucks aus der Politik beim Aufbau ihrer Forschungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern so weit wie irgend möglich an ihren hohen Standards für die Neugründung von Instituten festhielt. Das gilt sowohl für die genannten Voraussetzungen, die für einen Gründungsbeschluss vor-

liegen mussten, als auch für das komplizierte und zeitaufwendige Verfahren für die Gründung neuer Institute und die Berufung Wissenschaftlicher Mitglieder, obwohl die Regierungen aus den neuen Bundesländern drängten.⁸⁹ Allerdings stellten Institutsgründungen am Fließband Senat und Verwaltungsrat vor enorme Herausforderungen. Auch die Sektionen arbeiteten unter Hochdruck: Verschiedene Gründungs- bzw. Berufungskommissionen tagten parallel, was für die Sektionsvorsitzenden und die Vizepräsidenten eine große Belastung darstellte. In einer Ausarbeitung für den Verwaltungsrat vom Frühjahr 1992, die eine Zwischenbilanz zu den Gründungsvorhaben der MPG in den neuen Ländern zog, hob die Generalverwaltung hervor, »daß insbesondere die Wissenschaftler der Gesellschaft hier eine ganz außerordentliche Aufgabe mit einem persönlichen Einsatz bewältigt haben, den man nur als vorbildlich bezeichnen kann«.⁹⁰ In der Tat verlangte der »Aufbau Ost« der MPG enorm viel Kraft ab, sowohl was die Umsetzung des kurzfristigen Programms in Form von Arbeitsgruppen, Forschergruppen und Geisteswissenschaftlichen Zentren betrifft als auch – und erst recht – mit Blick auf seine langfristige Komponente, die Gründung von 18 neuen Instituten. Beides in so kurzer Zeit bewerkstelligt zu haben ist in der Tat bemerkenswert.

5.3.3 Der »Aufbau Ost« als »Abbau West«

All dies gab es allerdings nicht zum Nulltarif. Der rasante Aufbau von Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ging mit schmerzhaften Einschnitten in die Substanz im Westen einher. Das geschah zum einen über Einsparungen, die die MPG selbst vornahm, um durch die Umverteilung von Mitteln Neues schaffen zu können, ganz so, wie man es in der Amtszeit von Reimar Lüst bereits erfolgreich durchexerziert hatte; zum anderen musste die MPG strikte Sparmaßnahmen umsetzen, die ihr die Politik verordnete, um durch Einsparungen im Westen zur Finanzierung der deutschen Einheit beizutragen.

Der stockende Aufbau der drei neuen Max-Planck-Institute im Westen, die bevorstehende Übernahme eines

85 Ritter, *Kosten der Einheit*, 2009, 537–552; Paqué, *Bilanz*, 2009; Schwind, *Finanzierung der deutschen Einheit*, 1997. Zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die MPG siehe im Folgenden die Analyse von Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 159–188.

86 Dieser Teil des Senatsbeschlusses war besonders umstritten, wie die drei Gegenstimmen und eine Enthaltung beweisen. Protokoll der 131. Sitzung des Senates vom 4.6.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 19.

87 Schwind, *Finanzierung der deutschen Einheit*, 1997, 171–172; Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 188.

88 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 224. Nachweisen lässt sich dieser Einfluss Krügers v. a. bei der Errichtung der Zweigstelle des IPP in Greifswald, die Krüger im Gespräch mit Zacher ins Spiel brachte. Protokoll der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 8; Unterlage für die Senatssitzung der MPG am 11.3.1994, Gründung eines Teilinstituts des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 215–217.

89 Dies betont auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 117.

90 Protokoll der 155. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fol. 60–68, Zitat fol. 62.

erheblichen Teils der Betriebskosten des MPI für Kohlenforschung in den allgemeinen Haushalt, die steckengebliebene Modernisierung der Forschungsinfrastruktur bereits bestehender Institute und die beginnende Finanzkrise des Bundes, die eine komplette Übernahme der Kosten für die Gründung weiterer Institute in den neuen Ländern unwahrscheinlich machte – all diese Faktoren erhöhten in den Jahren 1991 und 1992 kontinuierlich den Druck auf die MPG, Mittel intern umzuschichten. Bereits im März 1991 verabschiedete sich der Verwaltungsrat von der unter Staab formulierten Doktrin, »der Ausstattung der bestehenden Institute Priorität [gegenüber Neugründungen; J.B.] einzuräumen«. Nun hielt man »verstärkte Bemühungen um Konzentration« für notwendig, »um den Leistungsstandard und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft auch für die Zukunft zu erhalten«.⁹¹ Im November 1991 sah sich die MPG-Führung genötigt, »auf Dauer angelegte Einsparungen bei den Personalausgaben« vorzunehmen, die sich »nur über eine Reduzierung der Planstellen erreichen ließen«.⁹² Der Verwaltungsrat beschloss daraufhin, 90 Stellen »aus den Institutshaushalten« einzuziehen, was einer Einsparung von 6,1 Millionen DM entsprach. Das strukturelle Problem, vor dem sie im Grunde seit 1973 stand, löste die MPG damit nicht: Kürzungen von Stellen brachten weniger Einsparungen, als Neuberufungen kosteten.⁹³ Auf diese Weise verlor die MPG mehr an Substanz, als sie an Spielraum für Investitionen in die Zukunft gewann.

Der MPG-Führung blieb daher nichts anderes übrig, als das Ausmaß der internen Umschichtungen zu vergrößern. Zacher sah es als notwendig an, »bis zu 10 % der Arbeitsbereiche in den alten Ländern zu schließen, um aus der durch die Stagnation der vergangenen zwanzig Jahre entstandenen »Investitionsfalle« herauszukommen«.⁹⁴ Im Juni 1992, gleichzeitig mit dem Aussetzen der Gründungsbeschlüsse in den neuen Bundesländern, verabschiedete der Senat auf Vorschlag Zachers für die bereits bestehenden Einrichtungen ein »Konzentrationsprogramm«, das die Hürden für Nachfolgeberufungen heraufsetzte. Die Maßnahme zielte darauf ab, »eine Um-

schichtung des Personalhaushalts in den Sachhaushalt (Haushaltskorrektur) herbeizuführen und durch den Verzicht auf Nachfolgeberufungen Einsparungen für Innovationen zu erreichen«.⁹⁵ Unter den Senatoren war diese Strategie nicht unumstritten. DFG-Präsident Wolfgang Frühwald hatte bereits ein halbes Jahr zuvor das Vorgehen der MPG und anderer westdeutscher Wissenschaftsorganisationen im Zuge der Wiedervereinigung mit dem Kalkül verglichen, »ein gesundes Bein abzuschneiden in der vagen Hoffnung, dafür eine sehr gute Prothese zu bekommen«. Manfred Erhardt (CDU), der Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, kontierte mit dem »Bild von den verdorrten Zweigen, die abgeschnitten werden müssten, damit neue Triebe und Blüten sprießen könnten«.⁹⁶ So oder so, die Einschnitte, die Verwaltungsrat und Senat beschlossen, waren schmerzhaft.

Im Zusammenhang mit den MPG-internen Umschichtungen von Stellen und Mitteln diskutierten die Leitungsgremien mehrfach die Frage, ob und inwieweit der MPG-Präsident das Recht haben sollte, einmal gemachte Berufungszusagen zumindest partiell zurückzunehmen, um entsprechende Einsparungen auch vor der Emeritierung Wissenschaftlicher Mitglieder vornehmen zu können. Die MPG sollte damit die Möglichkeit erhalten, »den Ausstattungsumfang eines Instituts, einer Abteilung oder eines Arbeitsbereichs gegebenenfalls an ein verringertes Leistungsvermögen eines Wissenschaftlichen Mitglieds anzupassen«.⁹⁷ Ganz ähnliche Argumente waren in den frühen 1970er-Jahren vorgetragen worden, als es um die Einführung der Befristung von Leitungsfunktionen gegangen war, die sich jedoch als stumpfes Schwert erwiesen hatte.⁹⁸ Tatsächlich stand der neue Vorstoß in engem Zusammenhang mit der Überprüfung der Leitungsfunktionen, denn Zacher schlug vor, »im Rahmen des Verfahrens zur Verlängerung der auf sieben Jahre befristet übertragenen Leitungsfunktionen auch die Ressourcenzuteilung zu überprüfen«.⁹⁹ Unter Hubert Markl wurde die Aufweichung der Berufungszusagen als »eine Konsequenz der Fortentwicklung des Fachbeiratswesens« begriffen, da bei »gravierenden negativen Leistungen [...]

⁹¹ Protokoll der 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 10.

⁹² Hierzu und zum Folgenden Protokoll der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 12.

⁹³ Protokoll der 136. Sitzung des Senates vom 11.3.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 15 recto.

⁹⁴ Protokoll der 132. Sitzung des Senates vom 20.11.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 132.SP, fol. 24.

⁹⁵ Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 6 recto.

⁹⁶ Protokoll der 131. Sitzung des Senates vom 4.6.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 12 u. 16.

⁹⁷ Protokoll der 161. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.3.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 5 verso.

⁹⁸ »Seit Einführung des Instruments im Jahr 1974«, berichtete Zacher dem Senat später, »habe die Leitungsbefugnis nur in einem Fall entzogen werden müssen.« Protokoll der 140. Sitzung des Senates vom 22.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 10 verso.

⁹⁹ Protokoll der 161. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.3.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 2 recto–11 recto, Zitate fol. 5 verso.

immer auch die Möglichkeit zu härteren Maßnahmen vorhanden sein« müsse.¹⁰⁰ Ein entsprechender Senatsbeschluss vom Juni 1998 begrenzte die »Kürzung der Ressourcenausstattung« auf »in der Regel« 25 Prozent. Da diese Bestimmung allerdings erst auf die ab diesem Zeitpunkt Berufenen angewandt werden konnte, spielte dieses neue Instrument im Untersuchungszeitraum keine Rolle mehr.

Kein Wunder, dass die MPG 1994 begonnen hatte, darüber nachzudenken, was ihr einen flexibleren Umgang mit den in den Instituten investierten Finanzmitteln erlauben würde. Denn just in diesem Jahr begannen die Sparmaßnahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms zu greifen. Um die eklatante Finanzschwäche der neuen Länder auszugleichen, hatte der Gesetzgeber Änderungen in der vertikalen (zwischen Bund und Ländern) und horizontalen Steuerverteilung (unter den Ländern) vorgenommen.¹⁰¹ Zur Kompensation der dadurch entstandenen Einnahmeausfälle des Bundes und der West-Länder aus dem Umsatzsteueraufkommen wurden die Ausgaben an anderen Stellen gekürzt; unter anderem musste die MPG im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms in den Jahren 1994 und 1995 je 1 Prozent ihres Personalhaushalts in den alten Bundesländern einsparen.¹⁰² Zum 1. Januar 1994 stand die MPG in der Pflicht, »88 Planstellen aus den Instituten der alten Bundesländer an die Zuwendungsgeber zurück[zu]geben«.¹⁰³ Zwischen 1994 bis 1996 summierte sich die Zahl der Stellen, die die MPG in den alten Bundesländern einsparte und zurückgab, auf 231, darunter drei C 4- und fünf C 3-Stellen, was dem »Potential eines größeren Max-Planck-Instituts« entsprach.¹⁰⁴ Nachdem die Bundesregierung 1995 das Konsolidierungsprogramm bis ins Jahr 2000 verlängert und die Zahl der einzusparenden Stellen nochmals erhöht hatte, sah sich die MPG im Juni 1996 zu

einem drastischen Schritt veranlasst: Nach Rücksprache mit seinem designierten Nachfolger verhängte Zacher ein »Berufungseinleitungsmoratorium«, das heißt, der Präsident leitete einstweilen »keine Berufungsanträge von Max-Planck-Instituten der alten Bundesländer an die Sektionen« weiter.¹⁰⁵ Dies war ein demonstrativer Akt, der das »akute Stellendefizit« der MPG nicht reduzierte; vielmehr sollte er »ein Warnsignal« an die Politik senden – der Empfänger, vor allem die Regierungen der alten Bundesländer, reagierte allerdings nicht darauf, sodass das Berufungseinleitungsmoratorium weitgehend folgenlos blieb (und schließlich still und leise wieder aufgehoben wurde). Insgesamt verlor die MPG im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms zwischen 1994 und 2000 737 Stellen, was rund 11 Prozent ihres Personals entsprach¹⁰⁶ – ein gewaltiger Aderlass.

Zunächst machte die MPG die zurückzugebenden Stellen durch das bereits laufende interne Konzentrationsprogramm frei, das heißt im Weg von »linearen Abschöpfungen«.¹⁰⁷ 1995 ging der Verwaltungsrat davon aus, dass die MPG zwischen 1996 und 1999 insgesamt rund 460 Stellen würde einsparen müssen, von denen »bis zu 300 Stellen nach den Vorgaben aus dem Föderalen Konsolidierungsprogramm an die Finanzierungsträger abzugeben« seien. Um dieses Ziel zu erreichen, beschloss man eine Fortsetzung des Konzentrationsprogramms sowie »eine lineare Stellenkürzung von ca. 2,5 %«, die »in den Instituten der alten Bundesländer [...] vorgenommen« werden sollte.¹⁰⁸

Spätestens 1996 war allerdings »die Grenze des Machbaren überschritten«,¹⁰⁹ das »Konzentrationsprogramm« an seine Grenzen gestoßen. Präsident Zacher teilte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) klipp und klar mit, dass die MPG weitere Stelleneinsparungen »nicht mehr auf dem Wege einer ›Verschlankung‹ unserer Institute«, sondern »nur durch Schließung von Instituten

100 Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 9 verso. Die folgenden Zitate ebd., fol. 10 recto.

101 *Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG*, 1993, 944–991. Siehe dazu Eggert und Minter, *Konsolidierungsprogramm*, 19.2.2018, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/foederales-konsolidierungsprogramm-36839/version-260286>.

102 Protokoll der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 10–11. Zu den dramatischen Folgen für die MPG siehe Materialien für die 165. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 165.VP, fol. 59–61.

103 Protokoll der 135. Sitzung des Senates vom 19.11.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 33; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 667–668.

104 Hans F. Zacher an Jürgen Rüttgers vom 8.5.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 140.

105 Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, ebd., fol. 6 recto. Die folgenden Zitate ebd., fol. 6 verso, fol. 8 recto; Protokoll der 168. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 168.VP, fol. 3 recto.

106 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 667.

107 Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 7 recto.

108 Protokoll der 165. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 165.VP, fol. 5.

109 Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 6 verso.

aufbringen« könne.¹¹⁰ Zacher setzte diese Ultima Ratio allerdings nicht mehr selbst ins Werk, sondern überließ diese undankbare Aufgabe seinem Nachfolger. Bereits in seiner Rede auf der MPG-Hauptversammlung im Juni 1996 kündigte Markl vorsichtig Institutsschließungen »nach sorgfältig prüfendem Ermessen« an, ohne jedoch zu sagen, welche Einrichtungen von einem solch drastischen Schritt betroffen sein könnten.¹¹¹ Diese Bombe – besser gesagt: vier Bomben – ließ Markl am 21. Oktober 1996 platzen: In einem Rundschreiben an die Mitglieder des Senats, dem nach der Satzung für Institutsschließungen zuständigen Gremium, und einer gleichzeitig herausgegebenen Presseerklärung kündigte er an, dass die MPG die Schließung von vier Instituten plane, nämlich des MPI für Biologie in Tübingen, des MPI für Verhaltensphysiologie in Seewiesen, des MPI für Aeronomie in Katlenburg-Lindau und des MPI für Geschichte in Göttingen.¹¹² Markl rechtfertigte dies damit, dass die MPG bis zum Jahr 2000 »über 500« weitere Stellen in den alten Bundesländern freimachen müsse, was in diesen Dimensionen nicht mehr nach der »Rasenmähermethode« möglich sei, »sondern durch strukturelle Eingriffe – das heißt auch durch Institutsschließungen – vorgenommen werden« müsse. Die Alternative, nämlich eine Fortsetzung der »über Jahre hinweg geübten Praxis«, jede frei werdende Stelle ohne Weiteres zu streichen, würde die MPG »in einen andauernden Depressionszustand versetzen«.¹¹³

Markl verfolgte mit seiner Ankündigung ein strategisches Ziel: Die Schließung ganzer Institute würde die einschneidenden Folgen der von der Bundesregierung ver-

hängten Sparmaßnahmen für jedermann offensichtlich zutage treten lassen. Ein Aufschrei aus Wissenschaft, Sitzländern und Öffentlichkeit war also vorprogrammiert, worauf ein mit allen Wassern gewaschener Wissenschaftspolitiker wie Hubert Markl fraglos spekulierte.¹¹⁴ Genau so kam es denn auch, allerdings fiel der Protest heftiger aus, als Markl kalkuliert haben dürfte. Der Beschluss, gerade diese vier Institute abzuwickeln, war auf Betreiben Markls im »Präsidium« gefallen und nicht in den laut Satzung zuständigen Organen. Ein solches Vorgehen erschien einigen als ein »autoritärer Akt«,¹¹⁵ der ebenso für Entrüstung sorgte wie die Entscheidung selbst. Besonders ungehalten reagierte der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), in dessen Bundesland gleich zwei Institute geschlossen zu werden drohten, was ihn »mit großer Sorge für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen erfüllt[e]«. ¹¹⁶ Schröder erklärte, er werde sich bei Gesprächen mit den Länderchefs und dem Bundeskanzler »mit Nachdruck dafür einsetzen, daß das vom Bund angestrebte Stellenkürzungskonzept nicht, vor allen Dingen nicht in dem vorgesehenen zeitlichen Rahmen umgesetzt wird«. Das war ganz im Sinne Markls, der die Bundesregierung unter Druck setzen wollte, ihre Kürzungsbeschlüsse zurückzunehmen oder doch zumindest abzumildern. Schröders Nachsatz, Niedersachsen werde sich anderenfalls »an den 5 %-Beschluss nicht mehr gebunden« sehen,¹¹⁷ lief dagegen den Interessen der MPG diametral entgegen, die diesen finanziellen Aufwuchs dringend für den weiteren Aufbau ihrer Institute in den neuen Ländern benötigte. Hinzu kam ein entsprechender

110 Hans F. Zacher an Jürgen Rüttgers vom 8.5.1996, ebd., fol. 139–144, Zitat fol. 140, Hervorhebung im Original. Der erste, der innerhalb der MPG angesichts der sich verschlechternden Finanzlage der öffentlichen Hand Institutsschließungen prognostiziert hatte, war Altpräsident Reimar Lüst gewesen. Protokoll der 142. Sitzung des Senates vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 10 verso.

111 Markl, Ansprache des neuen Präsidenten Hubert Markl, 1996, 42.

112 Rundschreiben von Hubert Markl an die Mitglieder und Ständigen Gäste des Senates der Max-Planck-Gesellschaft vom 21.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 204–205; Presseerklärung zu Stellenkürzungen bei der Max-Planck-Gesellschaft und den daraus folgenden Maßnahmen vom 21.10.1996, ebd., fol. 207–209. Die Direktoren der betroffenen Institute hatte Markl im Rahmen der Sektionssitzungen am 18.10.1996 informiert. Der Verwaltungsrat billigte Markls Vorgehen einstimmig. Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 169.VP, fol. 3 recto.

113 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 7 verso–8 recto. Den Begriff »Rasenmähermethode« für lineare Kürzungen hatte in der Sitzung zuvor bereits der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel verwendet. Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 8 verso.

114 In der Presseerklärung hatte es geheißt, dass Institutsschließungen abgewendet werden könnten, »wenn Bund und Länder die geplanten Personalkürzungen entsprechend mindern würden« – ein Wink mit dem Zaunpfahl. Presseerklärung zu Stellenkürzungen bei der Max-Planck-Gesellschaft und den daraus folgenden Maßnahmen vom 21.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 207–209, Zitat fol. 208–209. Mit den vier Institutsschließungen, die das »Präsidium« beschlossen hatte, ließ sich ohnehin nur knapp die Hälfte der bis zum Jahr 2000 zu streichenden Stellen einsparen, der Rest sollte »auf dem Wege von Abteilungsschließungen gedeckt werden«. Insofern hatte auch dieser Beschluss Symbolcharakter. Auszug aus dem Protokoll der Präsidiums-Sitzung vom 4.10.1996, ebd., fol. 196–200, Zitat fol. 197.

115 Schöttler, *MPI für Geschichte*, 2020, 111. Markl erläuterte, dass eine offizielle Presseerklärung der MPG nötig gewesen sei, »damit diese Informationen korrekt und einheitlich und unter Darlegung der wesentlichen Hintergründe weitergegeben werden und so verkürzten Darstellungen in den Medien vorgebeugt wird.« Rundschreiben von Hubert Markl an die Mitglieder und Ständigen Gäste des Senats der Max-Planck-Gesellschaft vom 21.10.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 204–205, Zitat fol. 205.

116 Gerhard Schröder an Hubert Markl vom 22.10.1996, GVMPG, BC 233119, fol. 332–333, Zitat fol. 332.

117 Gerhard Schröder an Hubert Markl vom 19.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 234–235, Zitate fol. 235.

Vorstoß der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, durch den die MPG-Spitze die »Autonomie« der Gesellschaft »in Frage gestellt« sah, indem »ein Parlament zu bestimmen suche, welche Institute geschlossen werden dürften und welche nicht«. ¹¹⁸

Heftige Kritik schlug Markl und der MPG insbesondere wegen der Ankündigung entgegen, das MPI für Geschichte schließen zu wollen. ¹¹⁹ Der Beirat des Instituts vermerkte befremdet, »daß eine derart gravierende Entscheidung ohne vorherige Evaluierung des Instituts und ohne angemessene Vorunterrichtung der Direktoren sowie des Beirats ausgesprochen wurde«. Da das Institut in der Scientific Community sehr gut vernetzt war, gingen zahlreiche »Solidaritätserklärungen aus aller Welt« ein; in Göttingen fand sogar eine Straßendemonstration statt. Die persönlichen Verletzungen, die der Beschluss bewirkte, waren tief und nachhaltig. Einer der beiden Direktoren, der Mediävist Otto Gerhard Oexle, unterstellte Markl wahlweise »Biologismus, Darwinismus und Sozialdarwinismus« oder aber »eine Haltung, in der sich technizistisches Verständnis von Wissenschaft und Welt, Willkür, Zynismus und Hohn mischen«. Obwohl das Tischtuch zwischen Institut und MPG zerrissen war, gelang es einstweilen noch, die Schließung zu verhindern. Markl hatte es der Geisteswissenschaftlichen Sektion überlassen, »die Fortführung des Max-Planck-Instituts für Geschichte sicherzustellen, wenn sie die geforderten 36 Stellen auf andere Weise einsparen könne«. ¹²⁰ Von dieser Möglichkeit machte die Sektion Gebrauch und verteilte die Last der Stellenkürzungen auf mehrere Institute, sodass der Senat in seiner nächsten Sitzung nur drei (Teil-)Schließungen – des MPI für Biologie, des MPI für Verhaltensphysiologie und des MPI für Aeronomie – beschloss. ¹²¹ Damit war das MPI für Geschichte allerdings nur vorläufig gerettet. Nach der Emeritierung von Oexle und seinem Kollegen, dem Neuzeithistoriker Hartmut Lehmann, wurde es 2006 schließlich doch geschlossen bzw. umgewandelt. ¹²²

Die MPG befand sich beim »Aufbau Ost« in einer Zwickmühle, denn sie bezahlte die Gründung zahlrei-

cher neuer Institute im Osten de facto mit massiven Kürzungen im Westen. Die MPG lief Gefahr, »in den alten Ländern Erstklassiges aufgeben zu müssen und in den neuen nur mit großer Verzögerung eine einheitliche Forschungslandschaft aufbauen zu können«. ¹²³ Doch alles Klagen half nichts. Reimar Lüst machte den Senatoren klar, »daß zugunsten dieser Gründungen [in Ostdeutschland; J.B.] Opfer in den alten Bundesländern gebracht werden müßten. Die Max-Planck-Gesellschaft könne nicht achtzehn Institute in den neuen Ländern gründen, ohne wenigstens drei Einrichtungen in den alten zu schließen.« ¹²⁴ Daran führte schon deswegen kein Weg vorbei, da die öffentliche Hand beim »Aufbau Ost« nach dem Prinzip »rechte Tasche – linke Tasche« agierte: Was sie der MPG mit der einen Hand gab, um den »Aufbau Ost« zu bewerkstelligen, nahm sie ihr mit der anderen durch Kürzungsmaßnahmen in den alten Bundesländern wieder weg. Auf diese Weise bewirkte die Politik eine beachtliche Verschiebung der regionalen Schwerpunkte der MPG.

5.3.4 Die Wiedervereinigung und der Finanzierungsmechanismus der MPG

Die Wiedervereinigung erwies sich aber auch deswegen als schwieriger Prozess, weil sie tektonische Verschiebungen im Verhältnis zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen den Ländern bewirkte. Kurz gesagt, gelang es der MPG in den 1990er-Jahren nicht mehr, Nutzen aus der Finanzierung durch zwei Geldgeber zu ziehen, die in einem strukturellen Gegensatz zueinander standen – also Bund und Länder gegeneinander auszuspielen. Die Fähigkeit, dies zu tun, hatte seit den 1960er-Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die MPG Steueransprüche der Politik abwehren konnte, obwohl sie finanziell fast vollständig von Zuschüssen der öffentlichen Hand abhängig geworden war. ¹²⁵

Für diese Veränderung gab es zwei Gründe. Zum einen existierten bis 1995 in den alten und in den neuen Bun-

118 Protokoll der Besprechung des Präsidenten mit den Vizepräsidenten am 9.12.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 170.VP, fol. 1 recto–5 recto, Zitat fol. 2 recto.

119 Das Folgende, wie auch die Zitate, nach Schöttler, *MPI für Geschichte*, 2020, 111–115.

120 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 9 verso.

121 Siehe Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 10 verso, 15 recto–17 recto; siehe dazu auch Aktenvermerk Franz Emanuel Weinert für den Präsidenten der MPG über Herrn Dr. Ebersold, betr.: Überlegungen und Kriterien zur Schließung von Max-Planck-Instituten aus der geisteswissenschaftlichen Sektion vom 19.9.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 171.VP, fol. 44–46; Ulrich Marsch, Vertrauliche Anlage zum Protokoll der 170. Sitzung (Vizepräsidentenkreis) 9.1.1997, ebd., fol. 20–25.

122 Rösener, *MPI für Geschichte*, 2014, 149–159; Schöttler, *MPI für Geschichte*, 2020, 118–123.

123 Protokoll der 139. Sitzung des Senates vom 24.3.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP, fol. 17 verso.

124 Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 10.

125 Dazu ausführlich Balcar, *Wandel*, 133–162.

desländern zwei getrennte Haushaltskreisläufe. Damit sollte verhindert werden, dass auch die ärmeren Bundesländer im Westen, die vor dem Mauerfall vom Länderfinanzausgleich profitiert hatten und auch weiterhin auf derartige Transferzahlungen angewiesen waren, angesichts der eklatanten Armut der neuen Bundesländer zu Nettozahlern mutierten. Deswegen bestand zunächst auch der Haushalt der MPG »aus zwei Finanzierungskreisen [...], die einen Ressourcentransfer aus den alten in die neuen Länder nicht zuließen.«¹²⁶ Auf diese Weise wurde allerdings auch der Umstand kaschiert, dass die MPG indirekt einen beachtlichen Teil ihres »Aufbaus Ost« aus ihrer Substanz in den alten Bundesländern bestritt. Zum anderen hatte die Wiedervereinigung die Lage auf der Länderseite komplizierter gemacht, indem sie die Länder in zwei Lager spaltete: Die Westländer waren aufs Ganze gesehen Nettozahler, die Ostländer Nettoempfänger. Die Folgen, die diese Frontstellung bewirkte, bekam die MPG direkt zu spüren. Immer wieder beklagten die Vertreter:innen der alten Bundesländer, »daß ein Institut in den alten Ländern geschlossen werde, um ein neues in den neuen Ländern zu gründen.«¹²⁷ Die Ländergemeinschaft, die das Königsteiner Abkommen seit 1949 getragen hatte, wurde durch diesen strukturellen Antagonismus zeitweilig sistiert. Hinzu kam, dass die neuen Länder zwar massiv vom »Aufbau Ost« profitierten, sich selbst jedoch einweilen als Habenichtse keine großen Sprünge in der Forschungsförderung leisten konnten. Angesichts mangelnder Finanzkraft fielen sie als Verbündete und Förderer der MPG mehr oder weniger aus; dies zeigte sich, als Zacher 1992/93 versuchte, sie für eine Beschleunigung der Institutsgründungen in Ostdeutschland zu gewinnen.¹²⁸ So wurden die neuen Institute weitestgehend durch Transferzahlungen des Bundes und der Westländer finanziert. Auch ein Hilferuf Zachers an Bundeskanzler Kohl und die Ministerpräsidenten der alten Bundesländer, der die »Erosion der Entwicklungsmöglichkeiten« im

Westen stoppen oder doch zumindest begrenzen sollte, verhallte weitgehend wirkungslos.¹²⁹

Da sie nicht mehr zwischen ihren Geldgebern lavieren konnte, geriet die MPG in den 1990er-Jahren unter starken Druck der Politik, wobei sich drei Druckpunkte unterscheiden lassen: Erstens sollte sie AdW-Institute übernehmen; wie wir gesehen haben, gelang es der MPG, diese Zumutung in einer überschaubaren Größenordnung zu halten und die aufgenommenen Institute bzw. Institutsteile nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Zweitens drängten Bund und neue Bundesländer auf die möglichst zügige Gründung möglichst vieler Max-Planck-Institute in Ostdeutschland, damit die MPG dort so bald wie möglich in dem gleichen Maße präsent war wie in den alten Bundesländern.¹³⁰ Den Regierungsvertretern konnte es damit nicht schnell genug gehen, weshalb immer wieder Kritik an der MPG laut wurde. So behauptete beispielsweise Bundeswissenschaftsminister Rüttgers in einer Bundestagsdebatte am 14. November 1996, »die Max-Planck-Gesellschaft hätte beim Aufbau neuer Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern »geschlafen«.¹³¹ Drittens forderten die Regierungen der neuen Bundesländer wieder und wieder die Ausgewogenheit der regionalen Verteilung der Max-Planck-Institute im Osten ein – und drückten dabei massiv aufs Tempo.¹³² Die MPG wandte zu Recht ein, dass es vollkommen unmöglich war, die neuen Einrichtungen überall zur gleichen Zeit aus dem Boden zu stampfen.¹³³ Von dem Argument, die Ergebnisse des »Aufbau Ost« erst an dessen Ende zu beurteilen, wollte man allerdings in den ostdeutschen Länderregierungen nichts wissen. »Wünschenswert wäre eine strikt wissenschaftlich begründete Standortentscheidung«, schrieb Markl den Länderregierungen ins Stammbuch. »Dazu müßte die Politik im Rahmen der Konsensfindung politische Partikularinteressen und Tendenzen zu einer gleichmäßigen regionalen Verteilung von Max-Planck-Instituten auf alle Bundesländer

126 Protokoll der 131. Sitzung des Senates vom 4.6.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 131.SP, fol. 25.

127 In diesem Fall der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair. Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 9 recto.

128 Hans F. Zacher an Manfred Erhardt, Hinrich Enderlein, Steffi Schnoor, Hans-Joachim Meyer, Rolf Frick und Ulrich Fickel vom 31.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156.VP, fol. 132–135. Siehe dazu auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 178–179.

129 Hans F. Zacher an den Bundeskanzler und die Regierungschefs der alten Bundesländer und Berlins, 14.5.1992 (Entwurf), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156.VP, fol. 219–224, Zitat fol. 220.

130 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 229–230.

131 Präsident Markl reagierte darauf mit einem Leserbrief an die Zeitschrift *Das Parlament*. Protokoll der 170. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.12.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 170.VP, fol. 1 recto–5 recto, fol. 1 verso.

132 Hierbei tat sich besonders der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel hervor. Protokoll der 139. Sitzung des Senates vom 24.3.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP, fol. 16 verso.

133 Siehe dazu beispielsweise den Vermerk von Beatrice Fromm für den Präsidenten und den Generalsekretär vom 16.3.1993, betr.: Präsidiumssitzung am 17.3.1993, hier: Umsetzung von Gründungsvorhaben für Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern und Standortfestlegungen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 58–64, hier v.a. fol. 59–60.

zurückstellen.«¹³⁴ Das war bereits vor 1989 ein frommer Wunsch gewesen, in den heftigen Geburtswehen des wiedervereinigten Deutschland wurde er vollkommen illusorisch.

Freilich zogen die neuen Bundesländer keineswegs alle an einem Strang. Brandenburg und Sachsen waren bei der Gründung von Max-Planck-Instituten früh und reichlich bedacht worden, während sich Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu kurz gekommen wähnten.¹³⁵ Dies anzuprangern wurde der thüringische Ministerpräsident Vogel nicht müde. Als »Westimport« – seine politische Heimat lag in Rheinland-Pfalz, dessen Ministerpräsident er von 1976 bis 1988 gewesen war – besaß er in ländertypischer Kirchturmpolitik ebenso viel Erfahrung wie im Umgang mit der MPG. Der Erfolg gab ihm recht: Im September 1995 forderte die BLK die MPG ohne Umschweife auf, bis zum 1. Januar 1997 ein weiteres Institut in Thüringen »in die institutionelle Förderung [...] aufzunehmen«. Dies war in den Augen der MPG ein »bisher einmaliger Vorgang«, denn zuvor hatte die BLK noch nie ein einzelnes Bundesland besonders herausgestellt.¹³⁶ Aus Sicht der MPG kam es im Jahr darauf sogar noch schlimmer: Das Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz, die im Oktober 1996 in Erfurt getagt hatte, enthielt die »Bitte der Regierungschefs von Bund und Ländern an die Max-Planck-Gesellschaft, bei der Gründung weiterer Institute besonders die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu berücksichtigen«. Von einer »Bitte« konnte indes nicht die Rede sein, da das Protokoll zugleich die »Absicht« von Bund und Ländern bekräftigte, »ein Max-Planck-Institut in Thüringen zum 1. Januar 1997 in die institutionelle Förderung der Max-Planck-Gesellschaft aufzunehmen«.¹³⁷

Auch unter den West-Ländern gab es Konflikte. Zwar akzeptierten sie zähneknirschend ihre staatspolitische Aufgabe, den neuen Ländern beim »Aufbau Ost« unter die Arme zu greifen; auf vermeintliche oder tatsächliche Bevorteilungen anderer Altbundesländer reagierten sie dafür umso allergischer. Das galt vor allem für den nordrhein-

westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD), dem »das bisher schon bestehende Ungleichgewicht zwischen den alten Ländern im Lichte dieser Entwicklung [gemeint ist die Gründung weiterer Institute in Ostdeutschland; J.B.] noch gravierender« erschien. Rau forderte, »daß der unabweisbare Transfer in den Osten nicht zu einem Abbruch und damit verbunden zu noch mehr Ungerechtigkeit im Bereich der westlichen Länder« führen dürfe.¹³⁸ Der Neid der vermeintlich zu kurz gekommenen beschränkte sich nicht auf derartige Forderungen, sondern schlug sich auch in Änderungen des Finanzierungsmechanismus der MPG nieder. So beschloss die BLK im September 1995, die Sitzlandquote zur Finanzierung von Max-Planck-Instituten ab 1997 auf 50 Prozent zu erhöhen – gegen die Stimmen Bayerns und Niedersachsens, die beide überproportional viele Einrichtungen der MPG beherbergten.¹³⁹ Vom Geist von Königstein, der 1949 die Finanzierung überregional bedeutender Forschungseinrichtungen durch die Ländergemeinschaft ermöglicht hatte, war da nicht mehr viel zu spüren.

Die MPG lehnte die »Gleichverteilungsmaxime« ab, da sie ihrer ureigenen Aufgabe wesensfremd erschien. »Der Auftrag der Max-Planck-Gesellschaft, das nationale Forschungssystem durch spezielle herausragende Grundlagenforschung zu ergänzen und dadurch zu optimieren«, erklärte Zacher, »sei nicht mit einer unbedingten Gleichverteilung der Einrichtungen über das gesamte Bundesgebiet hin in Einklang zu bringen«.¹⁴⁰ Auf diesem Ohr schienen die Länderregierungen jedoch taub zu sein, und so erreichte deren Kirchturmpolitik in den 1990er-Jahren ihren Höhepunkt, als die neuen Bundesländer alles daran setzten, Einrichtungen der MPG in den eigenen Regionen anzusiedeln. Die Neulinge lernten schnell, auch ihnen galt Wissenschaftspolitik schon bald als wichtiges Mittel der regionalen Infrastrukturpolitik. Die MPG konnte machen, was sie wollte – angesichts der so stark divergierenden Interessen der Länder konnte sie es nicht allen zugleich und gleichermaßen recht machen. Im Ergebnis führte dies dazu, dass sich in Ostdeutschland kein so eindeutiger regionaler Schwerpunkt der MPG heraus-

134 Antworten auf die Fragen der Evaluationskommission DFG/MPG an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft vom 3.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 18.

135 Zacher räumte in einer »Zwischenbilanz« vor dem Verwaltungsrat ein, »daß die ausgewogene Verteilung von Max-Planck-Instituten auf die neuen Bundesländer der Gesellschaft große Sorge bereite«, wobei ein »besonderes Problem [...] in bezug auf das Land Mecklenburg-Vorpommern [bestehe], da dort zur Zeit kein geeigneter Standort für eine der geplanten Institutsgründungen ersichtlich sei«. Protokoll der 155. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fol. 6–7.

136 Protokoll der 141. Sitzung des Senates vom 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 7 recto. Siehe dazu auch Vorläufiges Ergebnisprotokoll der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 7.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, 167.VP, fol. 102–103.

137 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 6 verso.

138 Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 10–11.

139 Protokoll der 141. Sitzung des Senates vom 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 7 recto.

140 Ebd., fol. 7 verso.

bildete, wie er sich in den langen 1960er-Jahren mit dem Großraum München entwickelt hatte.

5.4 Europäische Integration und Globalisierung

Die zunehmende Internationalisierung – sowohl hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses als auch als Globalisierung – war die zweite große Herausforderung, der sich die MPG in ihrer vierten Entwicklungsphase stellen musste. Beide Trends führten dazu, dass zunehmend Forscher:innen aus dem Ausland zu Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG berufen wurden, wovon noch die Rede sein wird.¹⁴¹ Das hatte gravierende Folgen: Mit einem Mal befand sich die MPG, die ihr Leitungspersonal bis dato fast ausschließlich unter deutschen Wissenschaftlern (und bisweilen auch Wissenschaftlerinnen) rekrutiert hatte (wiewohl nicht wenige zuvor für kürzere oder längere Zeit im Ausland tätig gewesen waren), in einem weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe. Sie trat damit in direkte Konkurrenz zu den finanzkräftigen Eliteuniversitäten in den Vereinigten Staaten, Großbritannien oder auch in der Schweiz. Die MPG nahm die Herausforderung an: »Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zur Globalisierung zwingen zu einem Wettbewerb der Innovationssysteme im Weltmaßstab, dem sich auch der deutsche Wissenschafts- und Forschungsstandort nicht entziehen kann«, hieß es in einer Stellungnahme des MPG-Präsidenten vom Sommer 1996. Allerdings fühlte man sich dafür nicht gerade gut gerüstet. Um international wettbewerbsfähig zu sein, forderte die MPG, flexibler mit den staatlichen Mitteln umgehen zu dürfen. Im »öffentlichen Tarif-, Dienst- und Arbeitsrechts« erblickten ihre Leitungsgremien »das eigentlich einengende Korsett notwendiger Reformschritte«.¹⁴²

Bereits in den frühen 1990er-Jahren hatte man in der MPG beklagt, dass die Besoldung der Wissenschaftlichen

Mitglieder nach den Grundsätzen des öffentlichen Dienstes es der Gesellschaft unmöglich mache, internationale Topstars anzuwerben. Bei Berufungen aus den USA und dem europäischen Ausland, aber teilweise auch bei Kandidaten von deutschen Hochschulen hatte man die Erfahrung gemacht, dass die betreffenden »Wissenschaftler zumeist bereits so hohe Bezüge haben, daß sie nur mit einem sehr hohen Besoldungsangebot gewonnen werden können«.¹⁴³ Zu diesem Zeitpunkt erhielt die Mehrzahl ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder Sonderzulagen von mehreren Tausend DM monatlich – zuzüglich zu ihren regulären Gehältern, die sich nach der »Bundesbesoldungsordnung C« richteten. Das reichte in den Augen der MPG-Spitze aber längst nicht aus, um mit den üppigen Gehaltszahlungen mithalten zu können, die in den USA winkten. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre verschärfte sich die Lage nochmals. Die MPG wählte sich im Nachteil, da der Konkurrenz aus den USA und der Schweiz »wesentlich mehr Mittel für Berufungen zur Verfügung stünden«, so Hubert Markl.¹⁴⁴ Vor diesem Hintergrund bedeutete die von der rot-grünen Bundesregierung 2001 ins Werk gesetzte Reform des Hochschulrahmengesetzes eine herbe Enttäuschung: Die aus der MPG wiederholt laut gewordene Forderung, »dass die Gehaltsangebote für Spitzenwissenschaftler kompetitiv sein müssten, damit die besten Wissenschaftler sowohl an Universitäten als auch an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Deutschland berufen werden könnten«, verhallte letztlich ungehört.¹⁴⁵

Die MPG reagierte auf die zunehmende Konkurrenz nicht etwa mit einer Änderung ihres Berufungsschemas – man hätte beispielsweise darüber nachdenken können, vermehrt vielversprechende, aber international noch wenig bekannte Nachwuchskräfte zu Wissenschaftlichen Mitgliedern zu machen¹⁴⁶ –, sondern mit verstärktem Fundraising, um beim weltweiten Wettbieten um arrivierte Wissenschaftsstars mithalten zu können. Zum einen wandte sie sich hilfeschend an die Geldgeber, den

¹⁴¹ Siehe unten, Kap. II.5.6; siehe auch unten, Kap. IV.5.

¹⁴² Stellungnahme des Präsidenten der MPG zu dem Konzeptpapier des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie »Innovation durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien zur strategischen Orientierung der Deutschen Forschungslandschaft« (übermittelt durch Schreiben des BMBF vom 9.7.1996), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 173.VP, fol. 90–92. Zur MPG im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe siehe auch Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 508–509.

¹⁴³ Siehe hierzu und zum Folgendem Sprechvorlage zur 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 166.

¹⁴⁴ Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 8. Siehe auch Protokoll der 150. Sitzung des Senates vom 20.11.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 5–8.

¹⁴⁵ Protokoll der 159. Sitzung des Senates vom 23.11.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 159.SP, fol. 9; *Bekanntmachung der Neufassung des Hochschulgesetzes*. Vom 19. Januar 1999. BGBl. I, Nr. 3 vom 27.1.1999, 18–34.

¹⁴⁶ Dafür plädierte etwa Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger, der im Vorstand von BASF für die Forschung zuständig war und gleichzeitig dem Senat und dem Verwaltungsrat der MPG angehörte. Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 8 verso.

Rahmen »für die Gewährung von Sonderzuschüssen« zu erweitern. Zum anderen richtete sie 1998 einen »Exzellenzsicherungsfonds« ein, der mit dem Erlös aus dem Verkauf privater Immobilien und mit Spenden gespeist wurde. Aus den Erträgen des Fonds, der in wenigen Jahren »10 bis 20 Mio. DM umfassen« sollte, plante man unter anderem, »Darlehen zum Erwerb von Wohneigentum, Umzugshilfen, Ausbildungskosten für Kinder« und anderes mehr auszureichen, »um den zumeist aus dem Ausland berufenen Wissenschaftlern den Übertritt in die Max-Planck-Gesellschaft zu erleichtern«. ¹⁴⁷ Da insbesondere von Stiftungen aus der Wirtschaft großzügige Spenden eingingen – Krupp-Stiftung, ZEIT-Stiftung und Jan Philipp Reemtsma stellten jeweils eine Million DM zur Verfügung –, schätzte der Verwaltungsrat, dass der Exzellenzsicherungsfonds bereits Ende 1999 über zehn Millionen DM beinhalten würde. »Auf diese Weise«, hoffte Generalsekretärin Bludau, »könne die Max-Planck-Gesellschaft im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben.« ¹⁴⁸ Bereits zuvor hatte die MPG im Zuge von Berufungsverhandlungen aus ihren privaten Mitteln gezielt Wohnungsbaudarlehen vergeben, um High Potentials zur Annahme eines Rufs zu bewegen. Der dafür vorgesehene Finanzrahmen von fünf Millionen DM war allerdings bald erschöpft und musste vergrößert werden. ¹⁴⁹

Trotz dieser beachtlichen zusätzlichen Leistungen bereitete der immer schärfer werdende Wettbewerb der MPG-Spitze Kopfzerbrechen. Die USA etwa starteten um die Jahrtausendwende eine Offensive, um ausgewiesene Fachleute, aber zunehmend auch gut ausgebildete, aufstrebende Nachwuchskräfte aus Europa – und nicht zuletzt aus Deutschland – ins Land zu locken. So erfuhr Präsident Markl in einem Gespräch mit James Sensenbrenner, dem Vorsitzenden des Forschungsausschusses des US-Kongresses, im Februar 2000, dass die USA zu diesem Zweck die Forschungsförderung 2001 um 8 Prozent aufzustocken gedachten, sodass etwa die National Science Foundation auf einen Zuwachs von 17 Prozent hoffen durfte – eine Steigerungsrate, von der die MPG und andere deutsche Wissenschaftsorganisationen seit den frühen 1970er-Jahren nur noch träumen konnten.

Die »Globalisierung in der Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich« bereiteten dem MPG-Präsidenten »zunehmend Sorge [...], denn der kommunikative Zugang zu Arbeitsgruppen, Diplomanden und Doktoranden, beispielsweise über das Internet, und damit verbunden die gezielte Konkurrenz um die jüngsten Talente werde immer größer«. ¹⁵⁰ Dem pflichtete der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Klaus Landfried, bei und unterstrich, »daß sich das deutsche Wissenschaftssystem in einer dramatischen Wettbewerbssituation befinde«. ¹⁵¹

Die MPG zählte freilich selbst zu den Profiteuren von Globalisierung und Internationalisierung, was die Rekrutierung ihres Personals betrifft – sowohl bei den Nachwuchskräften als auch bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs taten sich völlig neue Möglichkeiten auf, Spitzenwissenschaftler aus Ostmittel- und Osteuropa zu gewinnen, vor allem aus der Sowjetunion, deren Forschung in einigen Bereichen Weltspitze war. Die MPG bediente sich reichlich aus diesem Reservoir, denn angesichts der beklagenswerten ökonomischen Situation in ihrer Heimat zeigten sich viele Forscher:innen aus der untergegangenen Sowjetunion gern bereit, eine Offerte aus dem Westen anzunehmen. Reimar Lüst erklärte, es »liege im deutschen und im europäischen Interesse, russischen Wissenschaftlern zu helfen und ihnen eine Basis im europäischen Raum zu erhalten, damit sie nicht den Weg in die USA suchten«. ¹⁵² Der wohl prominenteste Fall war der Astrophysiker Rashid Sunyaev, der Leiter der Abteilung für Hochenergie-Astrophysik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. In München versprach man sich von »seine[r] besondere[n] Fähigkeit, Theorie und Beobachtung miteinander zu verknüpfen«, die schon seit Längerem angestrebte Intensivierung der Kooperation zwischen den beiden in Garching beheimateten Max-Planck-Instituten für Astrophysik und für extraterrestrische Physik sowie dem European Southern Observatory. Allerdings war die MPG nicht der einzige Interessent. Der Senat wusste, »daß renommierteste Institute in den USA jegliche Anstrengung unternehmen würden, um Herrn *Sunyaev* zu gewinnen«. ¹⁵³ Die MPG obsiegte schließlich im Wettbieten, weil sie Sunyaev ein

147 Ebd. Siehe auch Protokoll der 150. Sitzung des Senates vom 20.11.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 5–8.

148 Protokoll der 153. Sitzung des Senates vom 19.11.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.SP, fol. 9 verso; Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 9.6.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 191.VP, fol. 208. Zur Entwicklung des Fondsvermögens siehe auch Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 20.6.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 207.VP, fol. 239 recto–240 recto.

149 Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 166.VP, fol. 95–97.

150 Protokoll der 154. Sitzung des Senates vom 10.3.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 8 recto. Siehe, mit gleichem Tenor, auch Protokoll der 158. Sitzung des Senates vom 21.6.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 6 recto–6 verso.

151 Protokoll der 154. Sitzung des Senates vom 10.3.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 8 verso.

152 Protokoll der 138. Sitzung des Senates vom 18.11.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 138.SP, fol. 16 verso.

153 Ebd., Hervorhebung im Original.

paralleles Arbeiten in Garching und Moskau ermöglichte; im März 1995 wurde er zum Wissenschaftlichen Mitglied und zum Direktor am MPI für Astrophysik berufen.¹⁵⁴

In den 1990er-Jahren rückte nicht nur die Welt gleichsam ein Stück näher zusammen, sondern auch die europäischen Staaten durch die Ausgestaltung der Europäischen Union, die nach dem Abschluss des Vertrags von Maastricht als Geldgeber für die MPG immer wichtiger wurde. So stieg der Anteil der EU-Gelder insbesondere bei den projektbezogenen Mitteln in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre deutlich an und verstärkte einen Trend, der schon einige Jahre früher eingesetzt hatte: 1992 hatte die MPG 11,5 Millionen DM von der Europäischen Union bezogen, im Jahr darauf bereits 21,2 Millionen DM – im selben Jahr sorgte das »reale Nullwachstum des Bundesforschungshaushalts« dafür, dass die Projektförderung des Bundes signifikant zurückging.¹⁵⁵ »Die einzige Wachstumsmöglichkeit« erblickte Generalsekretär Wolfgang Hasenclever »in der Projektfinanzierung durch die Europäischen Gemeinschaften«.¹⁵⁶ Er sollte recht behalten. 1999 machten Gelder aus der europäischen Forschungsförderung »fast ein Viertel der Drittmittel-Förderung der Max-Planck-Gesellschaft« aus.¹⁵⁷

Ohne die massive finanzielle Unterstützung durch die EU wäre auch die Gründung der Außenstelle des IPP in Greifswald nicht möglich gewesen. Von den rund 500 Millionen DM, auf die die Kosten für das Projekt im Vorfeld geschätzt wurden, sollten 230 Millionen DM aus dem 4. Europäischen Rahmenprogramm zur Forschungsförderung kommen – allerdings unter der Voraussetzung, dass der Bund 55 Prozent der Kosten übernehmen würde. Trotz des langwierigen mehrstufigen Antrags- und Genehmigungsverfahrens lohnte sich der Aufwand: Die Europäische Kommission steuerte schließlich 45 Prozent der Investitionskosten und 25 Prozent der laufenden Kosten bei. Auf dieser finanziellen Grundlage war es dem IPP als weltweit einzigem Player in der Fusionsforschung

möglich, neben dem Tokamak-Experiment, das in Garching verblieb, auch die nach Greifswald verlagerte Stellaratorforschung beizubehalten.¹⁵⁸

Diese Entwicklung führte allerdings nicht dazu, die grundsätzliche Skepsis in der MPG gegenüber der europäischen Forschungspolitik zu beseitigen. Das Geld aus Brüssel nahm man zwar gern, aber es sollte der MPG – ähnlich wie die Zuschüsse von Bund und Ländern – weitgehend zur freien Verfügung überlassen werden. Europäische Initiativen in der Forschungspolitik, gar deren Europäisierung, lehnte man weiterhin strikt ab. Genau dies war die Crux der Forschungsrahmenprogramme, die die EG bzw. die EU seit 1984 auflegten: Sie setzten inhaltliche Schwerpunkte und machten organisatorische Vorgaben. Zudem lag das mit ihnen verbundene Vergabeverfahren nicht in den Händen der Wissenschaft, sodass nicht unbedingt die wissenschaftliche Qualität für die Bewilligung oder Ablehnung eines Antrags den Ausschlag gab.¹⁵⁹ Dadurch sah die MPG-Spitze die eigene Unabhängigkeit bedroht, die man stets verbissen verteidigt hatte. Präsident Zacher klagte schon im November 1993 mit Blick auf Brüssel, »der Aufbau der politisch-bürokratischen Maschinerie habe in den vergangenen Jahren zu einer Reduktion des Einflusses der Wissenschaft geführt«.¹⁶⁰ Deswegen bezeichnete man es innerhalb der MPG als »Gefahr, daß die EG-Forschungsförderung immer mehr Grundlagenforschung erfaßt«.¹⁶¹ Die MPG reagierte darauf mit dem Versuch, strategische Allianzen mit anderen europäischen Wissenschaftsorganisationen zu schmieden, und mit gezielter Lobbyarbeit in Brüssel.

Um dort eigene Interessen durchzusetzen, hatte die MPG schon 1990 damit begonnen, eine Reihe neuer Institutionen aufzubauen. Als Erstes die »Koordinierungsstelle EG der deutschen Wissenschaftsorganisationen« (KoWi), zu deren Gründungsmitgliedern die MPG gehörte und in der sie mit einem eigenen EG-Referenten vertreten war.¹⁶² Im Mai 2000 richtete die MPG eine eigene Ver-

¹⁵⁴ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 683. Siehe unten, Kap. III.6, 303.

¹⁵⁵ Protokoll der 153. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5.6.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.VP, fol. 9; Protokoll der 139. Sitzung des Senates vom 24.3.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 139.SP, fol. 6 recto–13 verso.

¹⁵⁶ Protokoll der 134. Sitzung des Senates vom 17.6.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 134.SP, fol. 25.

¹⁵⁷ Hubert Markl an die Direktoren und Leiter der Institute, Forschungsstellen und Arbeitsgruppen der MPG am 25.6.1999, betr.: Europäische Forschungsförderung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 193.VP, fol. 212–214, Zitat fol. 213.

¹⁵⁸ Protokoll der 136. Sitzung des Senates vom 11.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 136.SP, fol. 11 recto–14 recto; Protokoll der 162. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP, fol. 6 recto; Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 11 verso–12 recto; Protokoll der 141. Sitzung des Senates vom 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 12 recto–13 recto.

¹⁵⁹ Ausführlich Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 181–193; Protokoll der 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 119.

¹⁶⁰ Protokoll der 135. Sitzung des Senates vom 19.11.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 12.

¹⁶¹ Protokoll der 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 118.

¹⁶² Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 626.

tretung in Brüssel ein, die im Haus des Bundesverbands der Deutschen Industrie untergebracht und die zugleich für das IPP zuständig war.¹⁶³ Sowohl die KoWi als auch das Brüsseler Büro dienten dazu, »die Interessen der erkenntnisorientierten und anwendungs offenen Grundlagenforschung einzubringen«, »die Ausgangsposition der Max-Planck-Institute zu stärken und ihre Erfolgchancen bei einer konkreten Antragstellung zu erhöhen.«¹⁶⁴ Intern rief die MPG einen europapolitischen Beraterkreis ins Leben, der die Institute instruieren sollte, »wie sie sich besser europäisch organisieren könnten, um sich in Zukunft mit größerem Erfolg am europäischen Wettbewerb zu beteiligen.«¹⁶⁵ Zudem ernannte Präsident Markl einen Europabeauftragten; seine Wahl fiel auf Klaus Pinkau, der als Direktor am IPP für diesen Posten prädestiniert war. All diese neuen Einrichtungen konnten durchaus Erfolge verzeichnen, die sich in Euro und Cent messen ließen. So flossen aus dem 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, das von 2002 bis 2006 aufgelegt wurde, immerhin 159 Millionen Euro an Max-Planck-Institute.¹⁶⁶

Schwieriger gestalteten sich die Versuche, dauerhafte Bündnisse mit anderen Forschungseinrichtungen in Europa zu schließen, um der Top-down-Politik aus Brüssel eine Bottom-up-Initiative internationaler bzw. europäischer Wissenschaftskooperation entgegenzusetzen.¹⁶⁷ Einige Hoffnung setzte man auf die European Science Foundation, noch größere auf die European Heads of Research Councils (EuroHORCs), die Anfang 1993 unter Beteiligung der MPG mit dem Anspruch gegründet worden waren, die europäischen Wissenschaftsorganisationen gegenüber der EU-Kommission zu vertreten. Ein Problem der EuroHORCs bestand aus Sicht der MPG in der fehlenden personellen Kontinuität, da an der Spitze vieler europäischer Forschungsorganisationen und Dachverbände – anders als in der Bundesrepublik – eine rege Fluktuation herrschte, was die Bildung langfristiger

tragfähiger Allianzen behinderte.¹⁶⁸ Noch schwerer wog, dass sich deren Vertreter:innen weder auf die Besonderheiten des deutschen Wissenschaftssystems noch gar auf die Sonderstellung festlegen lassen wollten, die die MPG innerhalb dieses System genoss. Sie waren schlicht nicht bereit, gegenüber ihren Regierungen und der EU-Kommission für Prinzipien einzutreten, die aus der Perspektive der MPG die Freiheit der Forschung sicherten, sich jedoch aus französischer oder italienischer Sicht exotisch ausnahmen.¹⁶⁹ Daher ließ sich die Alimentierung mit Geldern der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger Abwehr staatlicher Steuerungsansprüche auf europäischer Ebene nicht durchsetzen.

Wesentlich erfolgreicher agierte die MPG bei der Internationalisierung eigener Forschungseinrichtungen. Ab Mitte der 1990er-Jahre exportierte sie das bewährte Konzept der Nachwuchsgruppen ins Ausland. Den Anfang hatte das sogenannte Gästelabor in Shanghai gemacht, das bereits 1982 ins Leben gerufen worden war und an dem verschiedene Arten biologischer Forschungen durchgeführt wurden.¹⁷⁰ Weitere Partnergruppen im Ausland folgten. Im Februar 1999 einigten sich der Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Lu Yongxian, und Hubert Markl auf die Einrichtung mehrerer Partnergruppen in China, die der projektorientierten Zusammenarbeit des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen sollten.¹⁷¹ Als weiteres Mittel der Nachwuchsförderung betrieb die MPG ab der Jahrtausendwende die Gründung von International Max Planck Research Schools, die als Kooperationsprojekte zwischen Max-Planck-Instituten und (in der Regel deutschen) Universitäten entstanden.¹⁷² Das Ziel dieser auf sechs Jahre angelegten Graduiertenkollegs, die einen Mindestanteil ausländischer Doktorand:innen von 50 Prozent aufweisen mussten, lautete »Intelligenzimport«: Sie wurden eingerichtet, »um die Heranbildung des wissenschaftlichen

163 Protokoll der 154. Sitzung des Senates vom 10.3.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 154.SP, fol. 13 verso; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 761.

164 Hubert Markl an die Direktoren und Leiter der Institute, Forschungsstellen und Arbeitsgruppen der MPG am 25.6.1999, betr.: Europäische Forschungsförderung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 193.VP, fol. 212–214, Zitat fol. 212. Siehe dazu auch Materialien für die 193. Sitzung des Verwaltungsrates vom 13.11.1999, ebd., fol. 206–207.

165 Protokoll der 150. Sitzung des Senates vom 20.11.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 150.SP, fol. 8 verso; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 719.

166 Ebd., 753.

167 Siehe dazu und zum Folgenden Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 186–191.

168 Sprechvorlage (gez. Dr. Kü/Schön): Neuere Entwicklungen in der Europäischen Forschungspolitik und Forschungsförderung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 163.VP, fol. 45.

169 Siehe unten, Kap. IV.9.5.

170 Sachse, *Wissenschaft*, 2023, 341–342.

171 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 739.

172 Damit reagierte die MPG auch auf die Anregung aus der Systemevaluierung, ihre Kooperation mit den Hochschulen zu intensivieren – davon wird noch die Rede sein. Siehe unten, Kap. II.5.5.3.

Nachwuchses für beide Partner zu verbessern«. ¹⁷³ Auf diese Weise sollte der oft beklagte Braindrain in einen Braingain umgewandelt werden. Wie erfolgreich die International Max Planck Research Schools langfristig dabei waren, ist hier nicht zu beurteilen. Ihre Gründung allein zeugt jedenfalls schon vom Selbstbewusstsein der MPG als Global Player.

5.5 Organisatorische Konsequenzen

5.5.1 Die Bürde des Präsidentenamts

Um die Chancen nutzen zu können, die mit den Herausforderungen von Wiedervereinigung und Globalisierung einhergingen, benötigte die MPG eine effiziente Organisation und eine tatkräftige Führung, die ihre Ziele taktisch flexibel und mit strategischem Weitblick verfolgte. Dem Präsidenten, dem die Satzung seit 1964 die Aufgabe zuwies, »die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft« zu »entwerfen«, ¹⁷⁴ kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Allerdings leiteten zwei Präsidenten die MPG zwischen 1990 und 2002, die ein für dieses Amt ungewöhnliches Profil aufwiesen: Der eine war kein Naturwissenschaftler, der andere kein Wissenschaftliches Mitglied der MPG. Keiner von beiden hatte vor seiner Wahl als Wunschkandidat für diesen Posten gegolten, beide kamen erst zum Zuge, nachdem andere, denen man das Amt angetragen hatte, aus verschiedensten Gründen abgewinkt hatten. Das schwächte ihre Position von Beginn an und trug dazu bei, dass sie der MPG nicht in dem Maße ihren Stempel aufprägen konnten, wie dies Adolf Butenandt oder Reimar Lüst getan hatten.

Nachdem Heinz A. Staab eine Wiederwahl abgelehnt hatte, »da er sich nach dem Ende seiner sechsjährigen Amtszeit wieder in vollem Umfang seinen wissenschaftlichen Aufgaben widmen« wollte, ¹⁷⁵ stand die Wahlkommission auch 1989 vor grundlegenden Entscheidungen. Sie beschloss, »bei etwa gleicher Eignung einem ›Insider‹ den Vorzug zu geben«, plädierte also einmal mehr gegen

einen Präsidenten, der nicht aus der MPG kam. ¹⁷⁶ Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit Staab, der neben dem Präsidentenamts weiterhin an der Leitung seines Instituts mitgewirkt und dort aktiv geforscht hatte, daher nur eine Art Teilzeitpräsident gewesen war, verlangte man nun, »daß das Präsidentenamts als Hauptamt – ohne andere berufliche Verpflichtungen – wahrgenommen werden müsse«. ¹⁷⁷ Dafür schloss die Kommission diesmal die Wahl einer aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion stammenden Persönlichkeit nicht von vornherein aus – vielleicht auch, weil »nur wenige der in Betracht kommenden Persönlichkeiten die Bereitschaft zur Kandidatur signalisiert« hatten. ¹⁷⁸

Schließlich fiel die Wahl tatsächlich auf einen Geisteswissenschaftler, nämlich den Juristen Hans F. Zacher, Direktor des MPI für ausländisches und internationales Sozialrecht. Zacher hatte von 1985 bis 1988 als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats gewirkt, wobei seine ausgleichende Art bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG auf viel Zustimmung gestoßen war. Da die MPG jedoch nach wie vor naturwissenschaftlich geprägt war bzw. von Naturwissenschaftlern dominiert wurde und die Befürchtung bestand, die »Wahl eines Geisteswissenschaftlers in das Präsidentenamts könne zu weitreichenden strukturellen Veränderungen [...] führen«, musste diese Entscheidung nach innen und nach außen penibel begründet werden. Zacher traute man zu, »daß er die Anliegen und Bedürfnisse der Max-Planck-Gesellschaft gegenüber einer Öffentlichkeit, die bestimmte Entwicklungen – gerade in der naturwissenschaftlichen Forschung – mit Skepsis verfolge, überzeugend vertreten könne«. ¹⁷⁹ Man hoffte also, dass es dem versierten Juristen gelingen würde, einer zunehmend wissenschaftskritischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit und die Bedürfnisse der naturwissenschaftlichen Forschung – gerade mit Blick auf strittige Themen wie die Genforschung oder Tierversuche – zu kommunizieren. Ganz wohl war dem Verwaltungsrat dabei offenbar nicht, weshalb man daran erinnerte, »daß Adolf von Harnack, der erste Präsident der Gesellschaft, bewiesen habe, daß ein Geisteswissenschaftler diese Aufgaben bewältigen könne«. ¹⁸⁰ Schließ-

173 Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 6 verso; Siehe dazu auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 31 u. 741.

174 So bestimmt es – seit der Reform von 1964 – § 11 Abs. 2 der Satzung der MPG. Zitiert nach Schön, *Grundlagenwissenschaft*, 2015, 26.

175 Protokoll der 148. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 148.VP, fol. 4. Siehe zum Folgenden auch den von Herbert Grünewald gezeichneten Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit von 1990–1996 vom 20.9.1989, ebd., fol. 59–62; Protokoll der 123. Sitzung des Senates vom 16.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 123.SP, fol. 9–13.

176 Protokoll der 147. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 147.VP, fol. 22.

177 Protokoll der 148. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 148.VP, fol. 4.

178 Protokoll der 147. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 147.VP, fol. 22.

179 Protokoll der 148. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 148.VP, fol. 5.

180 Ebd., fol. 6.

lich wählte der Senat Zacher einstimmig zum Nachfolger von Staab; zu diesem Ergebnis mochte auch das Lob beigetragen haben, das Altpräsident Butenandt der Arbeit der Wahlkommission spendet hatte.¹⁸¹

Die Hoffnung, dass der neue Präsident in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit punkten würde, zerbrach sich indes schon vor Zachers offiziellem Amtsantritt. Staab hatte seinen Nachfolger zur Pressekonferenz anlässlich der Hauptversammlung der MPG am 20. Juni 1990 in Lübeck mitgenommen, wo er auf die Frage nach dem Zustand der Geisteswissenschaften in der DDR antwortete: »Bei den Geisteswissenschaften gibt es natürlich Bereiche, an denen kein System etwas verderben kann, so wie die klassische Philologie. Aber dahinter gibt es Wüsten.«¹⁸² Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* machte daraus die reißerische Überschrift: »Wüste«. Kritik an der DDR-Wissenschaft.¹⁸³ Das vermeintliche Pauschalurteil, das Zacher so gar nicht gesprochen hatte, sollte ihm während seiner gesamten Amtszeit nachhängen. Aus der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft schlug ihm unverhohlene Skepsis, ja Ablehnung entgegen; zudem wurde das spätere Verhalten der MPG – etwa die Weigerung, AdW-Institute zu übernehmen, oder bei der Frage nach der Zukunft der Geisteswissenschaftlichen Zentren – in Beziehung gesetzt zu Zachers Äußerung vom Juni 1990. Das setzte die MPG auch in der Öffentlichkeit in ein ungünstiges Licht und brachte Zacher selbst von Anfang an in die Defensive. Er agierte fortan in seinem neuen Amt überaus zurückhaltend und vorsichtig.

Als das Ende von Zachers Amtszeit im Jahr 1996 näher rückte, musste wieder ein neuer Präsident gefunden werden, da Zachers Alter eine Wiederwahl nicht mehr zuließ.¹⁸⁴ Einer neuerlich eingesetzten Wahlkommission lagen 15 Vorschläge vor, die sie gründlich prüfte, wobei sie diejenigen Kriterien anlegte, die bereits bei den letzten Wahlen ausschlaggebend gewesen waren. Dazu zählten »Reputation als Wissenschaftler und nach Möglichkeit als Wissenschaftspolitiker, verbunden mit Führungserfahrung in der wissenschaftlichen Selbstverwaltung«, aber auch »Vertrautheit mit dem forschungspolitischen Umfeld auf nationaler und internationaler Ebene« sowie

»Akzeptanz in der Max-Planck-Gesellschaft«. Erklärtes Ziel der Kommission war es, »einen Institutsdirektor aus der Gesellschaft zu nominieren, der das Präsidentenamt als Hauptamt – ohne andere berufliche Verpflichtungen – wahrnehmen würde und möglichst von seinem Lebensalter her für zwei Amtsperioden in Frage käme«. Doch auch diesmal gelang es nicht, einen Kandidaten zu finden, der alle Kriterien erfüllte. So fiel die Wahl schließlich auf Hubert Markl, der zwar nicht der MPG angehörte, aber als DFG-Präsident (von 1986 bis 1991) »hohe Anerkennung über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus gefunden und in dieser verantwortungsvollen Tätigkeit bewiesen [hatte], daß er über die erforderlichen Fähigkeiten zur Leitung einer wissenschaftlichen Organisation vom Rang der Max-Planck-Gesellschaft verfügt«. Zudem hatte er in dieser Zeit die MPG, in deren Senat er als Gast geladen worden war, von innen kennengelernt. Die Kommission gab sich davon überzeugt, dass »Markls Erfahrungen in der Wissenschaftsadministration und -politik sowie seine bekannte Fähigkeit, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen, für die Max-Planck-Gesellschaft gerade in einer für die Grundlagenforschung schwierigen Zeit von großer Bedeutung sein« würden.¹⁸⁵ Da Markl jedoch zwischenzeitlich zum Rektor der Universität Konstanz gewählt worden war und dieses Amt zum 1. November 1995 anreten sollte, informierte die Kommission den Verwaltungsrat, den Senat und die Hauptversammlung bereits frühzeitig von ihrer Entscheidung.¹⁸⁶ Aus diesem Grund erfolgte Markls Wahl brieflich; von 45 stimmberechtigten Senatoren votierten 41 für Markl und zwei gegen ihn, zwei Senatoren beteiligten sich nicht an der Wahl.¹⁸⁷

Als erster Präsident der MPG, der nicht zuvor ihr wissenschaftliches Mitglied geworden war, blieb Markl in seinen sechs Amtsjahren ein Außenseiter – was allerdings auch Vorteile mit sich brachte: Dieser Status verschaffte ihm einigen Handlungsspielraum, den er entschlossen nutzte, um mit Traditionen und eingeschliffenen Verfahrensweisen zu brechen. Es war bereits die Rede davon, dass Markl kurz nach seiner Amtsübernahme die Schließung ganzer Institute in die Wege leitete, um die staat-

181 Siehe Protokoll der 123. Sitzung des Senates vom 16.11.1989, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 123.SP, fol. 10–12.

182 Zitiert nach Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 65, Hervorhebung im Original.

183 »Wüste«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.6.1990; zitiert nach ebd., zum Folgenden ebd., 65–66 u. 249–265.

184 Laut Beschluss des Verwaltungsrats vom 15.11.1989 durfte keine Personen mehr gewählt werden, »die das 67. Lebensjahr vollendet haben«. Eberhard v. Kuenheim: Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit 1996 bis 2002 vom 4.7.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 432, fol. 19–22, fol. 20.

185 Ebd., fol. 19–22; Protokoll der 165. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 165.VP, fol. 4 recto–4 verso.

186 Rundschreiben von Hans F. Zacher an die Senatoren der MPG vom 26.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 432, fol. 29–30; Protokoll der 140. Sitzung des Senates vom 22.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 5 verso–8 verso.

187 Eberhard v. Kuenheim an die Senatoren der MPG vom 4.8.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 432, fol. 4. Markl nahm die Wahl umgehend an. Hubert Markl an Hans Zacher vom 14.8.1995, ebd., fol. 3.

lich auferlegten Einsparungen zu ermöglichen, und dabei recht freihändig vorgeht. Ganz ähnlich agierte Markl im Umgang mit der Garching Innovation GmbH, der Technologietransfer-Agentur der MPG, der er im Hauruckverfahren die Erlaubnis erteilte, Forschungsergebnisse aus Max-Planck-Instituten auch durch die Gründung von Start-ups in klingende Münze zu verwandeln – über den Kopf der Generalverwaltung hinweg, die gegenüber derartigen Ausgründungen skeptisch war.¹⁸⁸ Einen gordischen Knoten zerschlug Markl auch, was die institutionalisierte Frauenförderung betrifft, die unter seiner Ägide endlich einsetzte.¹⁸⁹ Ähnlich verhielt es sich bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG, der Vorläuferin der MPG, zu der mannigfaltige persönliche Bezüge und Kontinuitätslinien bestanden, was entsprechende Aufklärungsarbeiten lange behindert hatte. In diesem Bereich leistete Markl, der als Außenstehender weniger Rücksicht auf die Altvorderen nehmen musste, mit der Einsetzung der Präsidentenkommission »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« ganze Arbeit.¹⁹⁰

Der institutionelle und kulturelle Wandel, den Markl durch sein bisweilen unorthodoxes Vorgehen bewirkte, verband sich allerdings mit einer Kehrseite: Der Präsident stieß durch seine einsamen Entscheidungen und seine forsche Art, diese zu kommunizieren, die Angehörigen der MPG und nicht zuletzt die Mitarbeiter:innen der Generalverwaltung regelmäßig vor den Kopf. Und da er in der MPG über keine »Hausmacht« gebot, fehlte es ihm bald an dem nötigen Rückhalt in der Gesellschaft, um ihre Interessen erfolgreich nach außen vertreten zu können. Als Markl 2001 »nach reiflicher Überlegung« von sich aus auf eine zweite Amtszeit verzichtete,¹⁹¹ hielt sich das Bedauern in der MPG in Grenzen. Andernorts erfuhr Markl höhere Wertschätzung. So ließ ihm die Royal Society eine »außergewöhnliche [...] Ehre« angedeihen, indem sie Markl zum »Auswärtigen Mitglied« kürte.¹⁹²

Beide Fälle verdeutlichen, dass die Wahl eines neuen Präsidenten die MPG in der vierten Phase vor zuvor ungekannte Probleme stellte, hinter denen sich strukturelle Verwerfungen verbargen. Die 1995 eingesetzte Wahl-

kommission führte die Schwierigkeit, einen geeigneten Kandidaten zu finden, darauf zurück, »daß hinsichtlich des Anforderungsprofils an die Person des Präsidenten einander widersprechende Vorstellungen bestehen. So werden einerseits Durchsetzungskraft und andererseits die volle Wahrnehmung der Autonomie der Institute, starkes öffentliches Auftreten und gleichzeitig große Zurückhaltung sowie Wissenschaftlichkeit und politisches Denken erwartet.«¹⁹³ Die Suche nach der »eierlegenden Wollmilchsau« musste mit einer Enttäuschung enden. Außerdem gab es in den 1990er-Jahren keine gleichsam »geborenen« Kandidaten vom Schlage eines Butenandt oder eines Lüst, die über das nötige Standing verfügt und zugleich den erklärten Willen zur Führung der MPG gehabt hätten. Noch-Präsident Zacher erläuterte 1995, »die Tatsache, daß die Kommission innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft keinen Kandidaten gefunden habe, habe zwei Seiten: Einerseits seien die nach der Wahrnehmung der Kommission hinreichend akzeptierten Persönlichkeiten zur Kandidatur nicht bereit gewesen, andererseits hätten diejenigen, die bereit gewesen seien, nicht die nötige Akzeptanz gefunden. Diese Konstellation spiegele eine Krise wider, in der jemand herbeigewünscht werde, der die Dinge auf eine irgendwie ganz andere Weise in Ordnung bringe, als man es sich aus der Nähe vorstellen könne.«¹⁹⁴ Die MPG suchte also eine Art Heilsbringer, die auch in der Wissenschaft selten sind.

Beim nächsten Mal war die Lage auch nicht viel besser. Auf der Suche nach einem Nachfolger für Markl fragte man sich im Senat, »ob die Wissenschaftlichen Mitglieder noch bereit seien, über ihr Institut hinaus noch Verantwortung für die Max-Planck-Gesellschaft als Ganze zu übernehmen«. Das war eine Frage ums Ganze, denn die MPG wurde (und wird) »vom Prinzip der Selbstverwaltung der Wissenschaft geprägt«; zudem hing »die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Max-Planck-Gesellschaft [...] entscheidend davon ab, dass ihre Mitglieder diese Selbstverwaltung ernst« nahmen, weshalb »jedes Mitglied bereit sein müsse, seinen Beitrag dazu zu leisten«. Reimar Lüst äußerte zwar Verständnis dafür, »dass jedes Wissenschaftliche Mitglied von der Bedeutung seiner

188 Siehe dazu Balcar, *Instrumentenbau*, 2018, 66–68.

189 Die MPG verwendete dafür ihre besonders wertvollen »privaten Mittel«. Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 169.VP, fol. 5 recto. – Siehe unten, Kap. II.5.6 und Kap. IV.5. Siehe auch Kolboske, *Hierarchien*, 2023.

190 Siehe unten, Kap. IV.6.6.

191 Markl führte dafür »vor allem Altersgründe« an. Protokoll der 157. Sitzung des Senates vom 23.3.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 6 verso.

192 Protokoll der 161. Sitzung des Senates vom 13.6.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 161. SP, fol. 15 recto.

193 Eberhard v. Kuenheim: Bericht der Senatskommission zur Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der MPG für die Amtszeit 1996 bis 2002 vom 4.7.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 432, fol. 21.

194 Protokoll der 140. Sitzung des Senates vom 22.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 140.SP, fol. 7 verso.

eigenen Forschungsarbeit überzeugt sei«, doch dürfe »die Wichtigkeit der Forschungsarbeit [...] nicht als Vorwand genutzt werden, um sich der Übernahme zusätzlicher Verantwortung in der Max-Planck-Gesellschaft zu entziehen, wie z. B. als Präsident«. Wer von der MPG jahrelang in seinen Forschungen gefördert worden war, sollte umgekehrt auch zu persönlichen Opfern bereit sein, weil »das Amt des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft ein *full time job*« sei – und daran ließ sich nun einmal nichts ändern, »ohne dabei ein wesentliches Stück der Selbstverwaltung aufzugeben«.¹⁹⁵

Dieser flammende Appell eines Ex-Präsidenten änderte weder etwas an der aktuellen Lage – die favorisierten Kandidaten winkten in der Regel gleich ab – noch an dem Dilemma, in dem sich die MPG aufgrund ihrer »monarchische[n] Struktur« befand. Die »Stellung des Präsidenten«, hatte Zacher einmal erläutert, sei »durch charismatisches Vertrauen charakterisiert, das vom Amtsinhaber mit großem persönlichen Einsatz bezahlt werden müsse. Die Erwartung einer ›personalen Garantie‹ mache das Delegieren von Aufgaben nahezu unmöglich.«¹⁹⁶ Da die MPG sozusagen in ihren eigenen Strukturen gefangen war, glich die Suche nach einem Ausweg aus dem präsidentiellen Dilemma in den 1990er-Jahren der Quadratur des Kreises. Erst 2002 gelang es, mit dem Biologen Peter Gruss, Direktor der Abteilung Molekulare Zellbiologie am MPI für biophysikalische Chemie in Göttingen, wieder einen Naturwissenschaftler aus der MPG ins Präsidentenamt zu bringen.¹⁹⁷ Mit seiner Wahl und dem Abschluss des massiven Aufbauprogramms in Ostdeutschland kehrte die MPG gleichsam wieder zur Normalität zurück.

5.5.2 Auf der Suche nach einer Kommandozentrale

Hans F. Zacher und Hubert Markl einten indes nicht nur ihr für dieses Amt ungewöhnliche Profil und die überzogenen Erwartungen, mit denen sie sich konfrontiert sahen und denen sie kaum gerecht werden konnten. Beide befanden sich auch auf der Suche nach einer geeigneten Kommandozentrale, von der aus sie – gestützt auf einen kleinen Kreis von Ratgebern und Mitstreitern – den

Organismus MPG kontrollieren und steuern konnten. Der SAFPP, der in der Ära Lüst als ein solches Instrument fungiert hatte, kam dafür nicht mehr infrage. Unter Lüsts Nachfolger Staab hatte dieses Gremium rasch an Bedeutung verloren.¹⁹⁸ Zudem war der SAFPP zu groß und seine Sitzungsfrequenz zu niedrig, um als Leitstelle beim »Aufbau Ost« zu taugen. Benötigt wurde ein kleineres, geschmeidigeres Gremium, das wesentlich häufiger zusammentrat, um umgehend auf die sich schnell ändernden Rahmenbedingungen für die Schaffung einer Forschungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern reagieren zu können.

Zacher setzte auf die sogenannten Vizepräsidentenbesprechungen, die sich unter seinem Amtsvorgänger Staab als eine Mischung aus Kommandozentrale und Tabakskollegium entwickelt hatten. Aus dieser Runde, in der Zacher wichtige Entscheidungen vorbereiten ließ, ging das »Präsidium« hervor, das »de facto zu einem Organ der Max-Planck-Gesellschaft« wurde, jedoch »keine satzungrechtliche Grundlage« hatte. Hinzu kam, dass das Tätigkeitsprofil des »Präsidiums« weitgehend dem »eines Vorstandes« entsprach. Dies warf später ein Problem auf, denn damit trat »das Präsidium in Konkurrenz zum satzungsgemäßen Vorstand, nämlich zum Verwaltungsrat«.¹⁹⁹ Die Wiedervereinigung, aber auch »die zunehmende Europäisierung und Internationalisierung wissenschaftlicher und wissenschaftspolitischer Strukturen« sowie die »wachsende Intensität der Diskussion und Auseinandersetzung um Strukturen, Ressourcen und Freiräume der Forschung« bewirkten in Zachers Amtszeit eine »stürmische Entwicklung der Führungsaufgaben«, was »erhöhten Beratungsbedarf« erzeugte, den der Verwaltungsrat »in seiner bisher üblichen Sitzungsfrequenz« nicht befriedigen konnte. Dies führte, etwa auf dem Weg der Protokollierung der Sitzungen, zu einer Formalisierung und Institutionalisierung der Vizepräsidentenbesprechungen, die intern bald als »Präsidiumssitzungen« firmierten. So war »hausintern von Beschlüssen des Präsidiums die Rede«, ganz so, »als seien es Beschlüsse des satzungsmäßigen Vorstands«.²⁰⁰

Einstweilen schien sich daran niemand zu stören. Zacher ging noch weiter. Zum Zweck der Zukunftsplanung der MPG rief er den »MEGA-Kreis« ins Leben, der erst-

¹⁹⁵ Protokoll der 158. Sitzung des Senates vom 21.6.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 11 recto, Hervorhebung im Original.

¹⁹⁶ Protokoll der 164. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23.3.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 4 recto.

¹⁹⁷ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 772.

¹⁹⁸ Siehe oben, Kap. II.4.3.3.

¹⁹⁹ Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrats am 21.11.1996 (Sprechvorlage), AMPG, II. Abt., Rep. 61, 169.VP, fol. 145–146, Zitate fol. 145.

²⁰⁰ Vermerk von Martin Steins (Leiter des Stabsreferats A der Generalverwaltung) über StGS, GS an den Herrn Präsidenten, betr. Verwaltungsrat/Präsidium vom 13.8.1996, ebd., fol. 149–150.

mals im Januar 1991 (und danach jeweils am Jahresanfang) zusammentrat. Dieser informelle Zirkel bestand aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats und den Sektionsvorsitzenden; er befasste sich mit der künftigen Entwicklung der MPG, und zwar in erster Linie auf der Ebene einzelner Institute, aber auch mit Fragen der Leitungsstruktur der MPG als Ganzes.²⁰¹ Da zeitgleich der Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung in eine Art Dornröschenschlaf fiel, entstand die paradoxe Situation, dass unter dem Juristen Hans F. Zacher wichtige Entscheidungen beim »Aufbau Ost« in Gremien getroffen wurden, die in der Satzung der MPG gar nicht vorkamen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es schließlich der Zoologe Hubert Markl war, der seine Rolle als MPG-Präsident recht hemdsärmelig interpretierte, der den Verwaltungsrat darauf hinwies, »daß das Präsidium keine satzungsrechtliche Grundlage habe«. ²⁰² Hinzu kam das Kompetenzgerangel mit dem Verwaltungsrat, sodass es »sowohl in satzungsrechtlicher wie auch in gremienpolitischer Hinsicht Probleme« zu lösen galt.²⁰³ Im Unterschied zum »Präsidium«, das nur aus MPG-Funktionären bestand, gehörten dem Verwaltungsrat auch »hochrangige externe Mitglieder« an: Vertreter der Großindustrie und der Hochfinanz, die »den Entscheidungen des Verwaltungsrats sowohl nach innen wie auch nach außen ein besonderes Gewicht« verleihen und die »Vermittelbarkeit und Akzeptanz« in beide Richtungen erhöhen sollten.²⁰⁴ Gerade dieser Aspekt erschien umso wichtiger, »je mehr der Verwaltungsrat zukünftig unangenehme Entscheidungen treffen muß, vor allem hinsichtlich der Steuerung von Ressourcen«. ²⁰⁵ Die Existenz eines »Präsidiums« barg die Gefahr, »den Verwaltungsrat auszuhöhlen und insbesondere die Bereitschaft hochrangiger externer Mitglieder zur Mitwirkung in diesem Gremium in Frage zu stellen«. ²⁰⁶ Welcher Topmanager wollte sich schon als Staffage eingesetzt sehen?

Der naheliegende Vorschlag, das »Präsidium« aufzugeben und stattdessen den Verwaltungsrat öfter einzuberufen, ließ sich nicht umsetzen, da gerade die viel beschäftigten externen Mitglieder über volle Terminkalender klagten, in denen sie keine weiteren Sitzungen mehr unterbringen konnten. Die Lösung bestand schließlich darin, »die Sitzungsfrequenz des Verwaltungsrats« zu erhöhen, dieses Gremium aber aufzuteilen: »Angelegenheiten, die Beschlüsse erforderten, [sollten] wie bisher in den den Senatssitzungen vorgeschalteten Verwaltungsratssitzungen behandelt werden.« Die zusätzlichen Zusammenkünfte waren dem »Vizepräsidentenkreis des Verwaltungsrats« vorbehalten und dienten der Beratung anderer Themen.²⁰⁷ Seit 2003 firmiert der Vizepräsidentenkreis in der Außendarstellung der MPG wieder als »Präsidium«, ohne dass der Verwaltungsrat dafür eine Satzungsänderung für notwendig gehalten hätte.²⁰⁸ Hierin kommt nicht zuletzt die zunehmende Unantastbarkeit der Satzung zum Ausdruck, die den Leitungsgremien der MPG ab den 1980er-Jahren als beinahe sakrosankt galt – und sei es auch nur, um kein Einfallstor für staatliche Steuerungsansprüche zu bieten.

Markls halbherzige Versuche, den SAFPP wiederzubeleben, den er in »Senatsausschuss für Forschungsplanung« umbenennen ließ, und mit dem »MEGA-Kreis« zu verschmelzen, waren zum Scheitern verurteilt. Denn unter seiner Ägide ging die MPG dazu über, »vermehrt *ad hoc* Präsidentenkommissionen zur strategischen Planung« einzusetzen.²⁰⁹ Da damit mehrere Gremien und Kommissionen gleichzeitig mit der Zukunftsplanung der MPG beschäftigt waren, konnte der neu formierte Planungsausschuss keine Statur gewinnen.²¹⁰ Er diskutierte zwar die anstehenden Neuvorhaben und legte dem Senat entsprechende Empfehlungen vor, die Agenda setzte er aber nicht.

201 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 670.

202 Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 169.VP, fol. 6 verso.

203 Vermerk von Martin Steins (Leiter des Stabsreferats A der Generalverwaltung) an den Herrn Präsidenten, betr. Verwaltungsrat/Präsidium vom 13.8.1996, ebd., fol. 148–153, Zitat fol. 148.

204 Sprechvorlage zur Sitzung des Verwaltungsrats am 21.11.1996, ebd., fol. 145–146, Zitate fol. 145.

205 Vermerk von Martin Steins (Leiter des Stabsreferats A der Generalverwaltung) über StGS, GS an den Herrn Präsidenten, betr. Verwaltungsrat/Präsidium vom 13.8.1996, ebd., fol. 148–153, Zitat fol. 149.

206 Sprechvorlage zur Sitzung des Verwaltungsrats am 21.11.1996, ebd., fol. 145–146, Zitate fol. 145.

207 Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1996, ebd., fol. 6 verso. Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 703.

208 Ebd., 788.

209 Protokoll der 153. Sitzung des Senates vom 19.11.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.SP, fol. 10 verso, Hervorhebung im Original.

210 Der neu formierte Senatsausschuss für Forschungsplanung tagte zweimal pro Jahr, wobei die Tagung im Januar – wie früher die MEGA-Tage – für die Fortentwicklung der einzelnen Institute reserviert war. Protokoll der 157. Sitzung des Senates vom 23.3.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 157.SP, fol. 10 recto.

5.5.3 Evaluierung als neues Lenkungsinstrument

Im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit kam es auch im Wissenschaftssystem zu der einen oder anderen unerwarteten Weichenstellung. Eine davon war die Einführung der Evaluierung als neues Instrument der Governance von Wissenschaftsorganisationen in der Bundesrepublik.²¹¹ Sie ging zum einen auf Vorbilder aus den USA und Großbritannien zurück, die für die deutsche Forschungs- und Wissenschaftspolitik schon lange stilbildend gewesen waren, deren Strukturen es nach Möglichkeit zu kopieren galt, um international in der Spitzenklasse der Forschung mithalten zu können; auf diese Weise wiesen sie umfassenden Reformen in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft, die reichlich Staub angesetzt hatte, den Weg. Zum anderen wirkte die Evaluierung der ostdeutschen Universitäten und der AdW-Institute nach, deren regionale Beschränkung auf Kritik stieß. Warum sollte ein derartiger Schritt auf die ostdeutschen Länder beschränkt bleiben?²¹² Da auch die westdeutschen Hochschulen bei den internationalen Rankings, die in den 1990er-Jahren aufkamen und sich schnell zu einem viel beachteten Indikator für Prestige und Leistungsfähigkeit von Universitäten entwickelten, auf den hinteren Rängen landeten (wenn sie es denn überhaupt schafften, gelistet zu werden), schien es an der Zeit, überkommene Strukturen wie etwa das humboldtsche Ideal der Einheit von Forschung und Lehre einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die Evaluierung der Forschungsinstitutionen durch die Forschenden selbst galt dafür als zentrales wissenschaftsimmanentes Instrument.

Am 7. März 1996 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz »die Evaluation aller gemeinsam geförderten Forschungseinrichtungen [...] bis 1998«, woraufhin der Intersektionelle Ausschuss der MPG am 12. März eine hochkarätig besetzte Arbeitsgruppe ins Leben rief, die sich mit der »Thematik ›Evaluation‹« befassen sollte.²¹³ Ihr gehörten »je zwei Mitglieder der drei Sektionen sowie vier externe Wissenschaftler« an. Dieser Schritt sei »nicht als defensive Strategie zu verstehen«, wie Paul B. Baltes, der die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Franz

Emanuel Weinert leitete, dem Senat versicherte. Vielmehr bestehe ihre Aufgabe darin, »einen analytischen Beitrag zu den Kriterien der Evaluation und zum Prozedere zu leisten.«²¹⁴ Im Klartext bedeutete das: Die Kommission sollte die Evaluation – unter anderem durch die Bestimmung der Indikatoren – in Bahnen lenken, die der MPG genehm waren. So hieß es denn auch in einer Stellungnahme, die die MPG gemeinsam mit der DFG abgab: »Auf der Ebene der *Systemevaluation* [könne] der Bewertungsmaßstab nur der internationale Vergleich sein, d. h., daß die deutschen Institutionen an ihren leistungsfähigsten ›Konkurrenten‹ im Ausland zu messen seien (›benchmarking‹). Dies habe durch internationale Experten zu geschehen, die sich nicht nur als Forscher, sondern auch als Kenner von Wissenschaftssystemen ausgewiesen hätten.«²¹⁵ Man vergaß dabei nicht zu betonen, dass die MPG ihre Forschungseinrichtungen schon längst (nämlich seit 1972) regelmäßig evaluieren ließ. Dieser Umstand verschaffte ihr nun einen großen Vorteil gegenüber den anderen Wissenschaftsorganisationen in der Bundesrepublik.

In der MPG lag (und liegt) die Evaluation in den Händen der Fachbeiräte. Sie setzen sich größtenteils aus externen Mitgliedern zusammen und sollen das Profil sowie die Leistungsfähigkeit der Max-Planck-Institute in regelmäßigen Abständen überprüfen. Wie so manch andere wegweisende Weichenstellung auch waren die Fachbeiräte durch die Satzungsreform von 1972 eingeführt und im Lauf der 1970er-Jahre in den Institutsstatuten verankert worden. Im März 1997 konstatierte Präsident Markl zufrieden, »daß mehr als 90 % aller in den Fachbeiräten tätigen Wissenschaftler von außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft kämen, davon deutlich über 50 % aus dem Ausland«. Dadurch sei sichergestellt, »daß Spitzenwissenschaftler aus der ganzen Welt in diese Gremien berufen würden.«²¹⁶ Die MPG profitierte auch nach über 25 Jahren ein weiteres Mal von der Weitsicht ihrer Leitungsgremien, die in den frühen 1970er-Jahren gegen massive interne Widerstände eine umfassende Strukturreform auf den Weg gebracht und die MPG damit zukunftsfähig gemacht hatten. So konnte die MPG die »Evaluationsdiskussion« der 1990er-Jahre, in der Reimar

211 Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 116–128; Kuhlmann, *Evaluation*, 2006, 289–310; Gläser und Stuckrad, *Reaktionen auf Evaluationen*, 2013. Mit Blick auf die außeruniversitäre Forschung siehe Heinze und Arnold, *Governanceregimes*, 2008.

212 Siehe Schönstädt, *Transformation der Wissenschaft*, 2021; Krull und Sommer, *Systemevaluation*, 2006.

213 Protokoll der 142. Sitzung des Senates vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 6 recto.

214 Protokoll der 143. Sitzung des Senates vom 20.6.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 143.SP, fol. 5 verso.

215 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 6 verso, Hervorhebung im Original; Barbara Bludau an den Ministerialdirigenten Jürgen Schlegel (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 173.VP, fol. 15–17.

216 Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 17 verso. Siehe unten, Kap. IV.4.3.3.

Lüst »zum Teil eine Modeerscheinung« erblickte, »mit großer Gelassenheit verfolgen«.²¹⁷

Dazu trug auch Präsident Zacher seinen Teil bei, der sich eine Reform des Fachbeiratswesens auf die Fahnen schrieb. Um »den Präsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen« und das jeweilige Institut »hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Arbeit« zu beraten und zu bewerten, drängte Zacher vehement darauf, Fachbeiräte in allen Forschungseinrichtungen der MPG verbindlich zu machen. Sie sollten turnusmäßig alle zwei Jahre zusammentreten, um als ihre »vornehmste Aufgabe [...] das Institut und, im Zusammenhang damit, den Präsidenten hinsichtlich einer innovativen Entwicklung der Arbeit des Instituts zu beraten«.²¹⁸ Zacher verfolgte damit zwei Zielsetzungen: Zum einen hielt er es für »zweckmäßig«, die Vorschriften für die Fachbeiräte für alle MPG-Einrichtungen zu vereinheitlichen, um »mehr Systematik in die Arbeit der Gremien zu bringen.« Zum anderen erkannte er klar, »daß die Max-Planck-Gesellschaft der Öffentlichkeit unter dem Gesichtspunkt ›Effizienz‹ Rechenschaft schulde«.²¹⁹ Zacher ging noch einen Schritt weiter und appellierte an den Senat, »bei allen Diskussionen die Eigenanstrengungen der Max-Planck-Gesellschaft zur Selbstevaluation zur Geltung zu bringen und unüberlegte Schritte der Finanzierungsträger vermeiden zu helfen«.²²⁰ Eine weitsichtige Mahnung: Wenn die MPG sich nicht selbst gewissenhaft evaluierte, würden die Regierungen von Bund und Ländern dies veranlassen, was für die Betroffenen fraglos sehr viel unangenehmer wäre.

Markl nahm diesen Faden auf und verknüpfte ihn geschickt mit einem anderen Reformprojekt, das Zacher angestoßen hatte, ohne es abschließen zu können: der Flexibilisierung von Berufungszulagen. Bei der »Weiterentwicklung des Fachbeiratswesens« ging es Markl um die »Operationalisierung jenes Verfahrens, das Herr

Zacher im März 1994 initiiert« hatte, »um die Ressourcenverwendung eines Wissenschaftlichen Mitglieds in regelmäßigen Abständen zu überprüfen«. Dies geschah »unter Einbeziehung der Empfehlungen der Fachbeiräte im Rahmen der alle sieben Jahre zu treffenden Entscheidung über die Verlängerung der Leitungsbefugnis des jeweiligen Wissenschaftlichen Mitglieds«.²²¹ Damit erhielt die Evaluation durch die Fachbeiräte auch eine interne Komponente: Sie avancierte zum Instrument der Ressourcensteuerung innerhalb der MPG. Markl wollte die Fachbeiräte allerdings auch als Werkzeug für »künftige Weichenstellungen in der Max-Planck-Gesellschaft« einsetzen. »Über den ursprünglichen Zweck hinaus«, nämlich die »Evaluation der wissenschaftlichen Arbeit der Institute«, sollten »die Erkenntnisse der Fachbeiräte künftig auch in eine ›Perspektivendiskussion‹ einfließen, die der Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft über das Jahr 2000 hinaus dienen solle«. Das Ziel lautete, »sinnvolle Umstrukturierungsmaßnahmen – Aufnahme neuer Forschungsthemen und Zurückziehen aus etablierten Forschungsgebieten – zu erarbeiten«.²²² Die Fachbeiräte waren demnach auch für die Planung der weiteren Entwicklung der MPG zuständig – ein weiterer Grund, warum der reformierte Senatsplanungsausschuss keine wesentliche Rolle mehr spielte.

Vor diesem Hintergrund stellte die anstehende »Systemevaluation« für die MPG keine große Herausforderung dar, zumal sie sowohl an der Auswahl der »international hochangesehenen Gutachter« als auch an der Festlegung der »*terms of reference*« mitwirkte²²³ und der »Bewertungskommission« vorab als »Informationsgrundlage« eine ausführliche »Selbstdarstellung [...] in deutscher und englischer Sprache« vorlegte.²²⁴ Daraufhin reichte die Kommission »einen weit gefaßten Katalog mit Fragen zur Struktur des Wissenschaftssystems in Deutsch-

217 Protokoll der 141. Sitzung des Senates vom 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 10 recto. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf warnte angesichts der Entwicklung der öffentlichen Haushalte dagegen davor, die »Evaluationsdiskussion als bloße Modeerscheinung wahrzunehmen«, er riet der MPG vielmehr zu einem offensiven Umgang mit diesem in Zukunft wichtiger werdenden Instrument. Ebd., fol. 10 recto–10 verso.

218 Sprechvorlage Verwaltungsrat zu TOP 5, hier: Reform des Fachbeirats- und Kuratoriumswesens in der Max-Planck-Gesellschaft 1992/93 vom 18.11.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 160.VP, fol. 194–197; Protokoll der 161. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.3.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 5.

219 Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 8 recto–9 verso.

220 Protokoll der 141. Sitzung des Senates vom 17.11.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 141.SP, fol. 9 recto.

221 Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 17 verso. Zur Reform Zachers siehe Vermerk von Martin Steins für Edmund Marsch vom 9.3.1994, betr.: Reform des Fachbeirats- und Kuratorienwesens in der MPG – Musterregelung für Fachbeiräte und Kuratorien, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 161.VP, fol. 104–107.

222 Protokoll der 146. Sitzung des Senates vom 5.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 10 verso–11 recto.

223 Ebd., fol. 7 recto, Hervorhebung im Original. Protokoll der 173. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11.4.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 173.VP, fol. 2. Dazu und zum Folgenden auch Kap. IV.4.3.3.

224 Protokoll der 148. Sitzung des Senates vom 27.3.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 6 verso. Dass der Vorsitzende der Kommission, der Brite Richard J. Brook, von 1988 bis 1991 Direktor am MPI für Metallforschung gewesen war, wirkte sich für die MPG alles andere als nachteilig aus. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 2, 2016, 1008.

land, zur Stellung der Max-Planck-Gesellschaft darin sowie zur inneren Struktur der Max-Planck-Gesellschaft« ein,²²⁵ den die MPG ebenso ausführlich beantwortete, wobei sie – taktisch geschickt – vergangene Leistungen mit künftigen Reformwillen verband.²²⁶ Entsprechend zufrieden konnte die MPG mit dem Ergebnis der Evaluierung sein. Der Bericht, den die Kommission der BLK am 25. Mai 1999 übergab, enthielt »Empfehlungen« an die MPG, die »mit keinerlei Maßgaben oder Hinweisen« verbunden waren. Besonders befriedigt zeigte sich die MPG-Spitze über »die ausdrückliche Empfehlung der Kommission, die Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft mit einer jährlichen Steigerungsrate von 5 % fortzusetzen«, was in den »schwierigen haushaltspolitischen Zeiten« eine große Unterstützung bedeutete.²²⁷ Unter den »Empfehlungen« fanden sich die Intensivierung der Kooperation mit den Universitäten, eine »Lockerung des Institutsprinzips als Wesensmerkmal der MPG durch verstärkte Förderung zeitlich begrenzter Forschungsvorhaben« sowie die Synchronisierung der »geplante[n] institutsübergreifende[n] Evaluation nach Forschungsfeldern [...] mit der periodischen Erneuerung von Leitungsfunktionen in den Max-Planck-Instituten«.²²⁸

Letzteres – die weitere »Fortentwicklung des Fachbeiratswesens« – stand ohnehin auf der Tagesordnung, denn als Gegenleistung für die Einführung der Budgetierung des Haushalts, von der noch die Rede sein wird, »forderten die Geldgeber von der Max-Planck-Gesellschaft eine Mittelsteuerung nach einer kontinuierlichen Evaluierung der Leistung und nach den Erfolgen der betreffenden Einrichtung«. Deswegen ging es nunmehr darum, »die Effizienz des Ressourceneinsatzes des Instituts unter einer mittelfristigen Perspektive zu begutachten«. Darüber hinaus strebte die MPG eine »Ausweitung des Betrachtungshorizonts über einzelne Institute hinaus auf eine bereichsspezifische Synopse verwandter Forschungseinrichtungen in der Max-Planck-Gesellschaft« an.²²⁹ Bald schon ergänzte die Forschungsfeldevaulation die Evalua-

tion einzelner Institute.²³⁰ So bestand die MPG die Prüfung durch die Systemevaluation mit Bravour. Dazu trug wesentlich bei, dass sie Elemente der Begutachtung durch die Peergroup der Scientific Community schon früh eingeführt hatte – weit früher als alle anderen deutschen Wissenschaftsorganisationen –, was nun auch ihr Ansehen bei den Geldgebern aus Bund und Ländern mehrte.

5.5.4 Der Umbau der Generalverwaltung

Auch im Binnengefüge der MPG galt es, Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen nach 1989 zu finden: auf die rasant gestiegene Zahl der Institute, die es administrativ abzufedern galt, auf den im Zuge der deutschen Einheit gefällten Hauptstadtdeschluss für Berlin sowie auf die deutlich stärkere Rolle der EU als Geldgeber der MPG.²³¹ Die MPG reagierte auf die tiefgreifenden Veränderungen auf nationaler wie auf internationaler Ebene mit dem größten Umbau ihrer Generalverwaltung seit den späten 1960er-Jahren.

Die vielen und in rascher Folge neu entstandenen Max-Planck-Institute stellten die Münchner Generalverwaltung vor enorme Probleme – nie zuvor hatte sie derart viele Neugründungen parallel zu stemmen gehabt. Sie musste die bewilligten Mittel jeweils rechtzeitig abrufen, entsprechende Ausschreibungen auf den Weg bringen, die Neubauten vom Architektenentwurf über die Bauphase bis zur Übergabe an die Forschung betreuen und dabei die Wissenschaftler:innen, denen es damit nicht schnell genug gehen konnte, trösten. Einige Besonderheiten in Ostdeutschland erschwerten dieses Geschäft zusätzlich, wenn etwa eigentumsrechtliche Unklarheiten auftauchten, die den Erwerb von Liegenschaften behinderten oder die Bebauung bereits erworbener Grundstücke verzögerten.²³² Hinzu kam die Betreuung der an den Universitäten eingerichteten Arbeitsgruppen wie auch der Geisteswissenschaftlichen Zentren; für Letztere hatte die MPG mit der »Förderungsgesellschaft Wissenschaft-

225 Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 5 verso; Anlage 1: Fragen der Evaluationskommission DFG/MPG an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 15.

226 Antworten auf die Fragen der Evaluationskommission DFG/MPG an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft vom 3.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 16 recto–26 verso.

227 Protokoll der 152. Sitzung des Senates vom 10.6.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 152.SP, fol. 8.

228 Pressestelle der BLK, Systemevaluation von DFG und MPG, 25.5.1999. Siehe dazu auch Protokoll der 153. Sitzung des Senates vom 19.11.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.SP, fol. 10 recto–12 recto.

229 Protokoll der 147. Sitzung des Senates vom 14.11.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 147.SP, fol. 10 verso–11 recto. Siehe dazu auch Protokoll der 148. Sitzung des Senates vom 27.3.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 8.

230 Protokoll der 156. Sitzung des Senates vom 24.11.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 156.SP, fol. 8 verso–9 verso.

231 Zur Gründung der KoWi und des Brüsseler Büros der Generalverwaltung der MPG siehe oben Kap. II.5.4, 177–178.

232 Rückblickend Hubert Markl an Eberhard Diepgen vom 2.9.1999, betr.: Standort unseres Instituts für Wissenschaftsgeschichte, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 193.VP, fol. 78–79.

liche Neuvorhaben mbH« eine eigene Trägergesellschaft gegründet, die unter der Leitung von Wieland Keinath stand, der eigentlich die Abteilung Interne Revision leitete.²³³ Sein Beispiel steht stellvertretend für viele Mitarbeiter:innen der Generalverwaltung, die neben ihren angestammten Aufgaben überaus zeitraubende Funktionen im »Aufbau Ost« übernehmen mussten. Kurzum, eine neue Forschungsinfrastruktur in Ostdeutschland aus dem Boden zu stampfen erwies sich auch aus Verwaltungsperspektive als Herkulesaufgabe, wenn auch als eine zeitlich begrenzte.

Allerdings musste die Generalverwaltung die neuen Institute, nachdem sie einmal gegründet waren, auch im laufenden Betrieb weiterhin begleiten. Das stellte die Institutsbetreuung der MPG, die seit den späten 1960er-Jahren in den Händen von vier Abteilungsleitern lag, vor gewaltige Probleme. Dieses Modell, das die Unternehmensberatung McKinsey bereits 1975 angesichts der Doppelaufgabe der betroffenen Abteilungsleiter kritisiert hatte,²³⁴ mochte bei einer Größenordnung von 50 bis 60 Instituten noch angehen, schließlich hatte es sich über 20 Jahre lang in der Praxis bestens bewährt. Mit der Welle von Neugründungen in Ostdeutschland kam es jedoch an seine Grenzen – und die Neuorganisation der Institutsbetreuung (und damit der Generalverwaltung insgesamt) auf die Tagesordnung der Leitungsgremien der MPG. Barbara Bludau, die ab dem 1. August 1995 als Generalsekretärin amtierte, warf die Frage auf, »ob die heutigen Strukturen noch zeitgemäß sind und die MPG ihre Aufgaben noch optimal erfüllen kann«.²³⁵

Mit der Reorganisation der Generalverwaltung befassten sich Mitte der 1990er-Jahre verschiedene Akteure:

Der Wissenschaftliche Rat setzte eine Arbeitsgruppe »Institute und Generalverwaltung« unter Leitung von Hans A. Weidenmüller ein, Direktor am MPI für Kernphysik. Innerhalb der Generalverwaltung erarbeitete das »Projekt für Aufgabenkritik und Organisationsentwicklung« Vorschläge aus der Sicht der Verwaltungspraktiker. Am wichtigsten war indes der Input der Boston Consulting Group, die die MPG mit einer Bestandsaufnahme und der Entwicklung von Vorschlägen beauftragt hatte.²³⁶ Um die »Serviceorientierung der Generalverwaltung gegenüber den Instituten« zu erhöhen,²³⁷ plädierte Boston Consulting dafür, die »Institutsbetreuung in einer Abteilung mit sektionaler Gliederung« zusammenzuführen und in der Generalverwaltung einen eigenen Institutsbereich von beachtlicher Größe zu schaffen, zu dem außer der Abteilung Institutsbetreuung auch die Personal- und Bauabteilung sowie das EDV-Referat gehören sollten.²³⁸

Auf dieser Grundlage beschloss der Verwaltungsrat am 21. April 1997 die Reorganisation der Generalverwaltung.²³⁹ Um die Generalsekretärin zu entlasten, erhielt der Stellvertretende Generalsekretär einen eigenen Geschäftsbereich, der drei Abteilungen und den Bereich Informations- und Kommunikationstechnik umfasste – also diejenigen Bereiche, die hauptsächlich »Dienstleistungen für die Institute erbringen«.²⁴⁰ Der Kern der Reform bestand darin, die Institutsbetreuung, die zuvor bei den Fachabteilungen gelegen hatte, zu einer organisatorisch selbstständigen Abteilung zusammenzufassen. Das geschah bereits am 1. Juli 1997.²⁴¹ Durch »eine deutliche Verringerung der Zahl der Schnittstellen« werde sich, so glaubte der Verwaltungsrat, »eine Optimierung möglichst vieler Arbeitsabläufe erreichen« lassen.²⁴²

233 Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 101. Zu Keinath siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 938. – Immer wieder begegnet einem für die Abteilung auch die Bezeichnung »Innere Revision«.

234 Bericht: Ausrichtung der Verwaltungsorganisation auf die Zukunft. Ergebnisse einer Kurzuntersuchung vom November 1975, DA GMPG, BC 105630, fol. 1–176, hier v.a. fol. 27.

235 Barbara Bludau an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generalverwaltung der MPG vom 25.11.1996, GVMPG, BC 230261, fol. 271 verso. Zur Reform der Institutsbetreuung siehe ausführlich Kap. IV.4.3.3.

236 Vermerk von Manfred Meinecke vom 30.6.1998 für den Vizepräsidentenkreis am 6.7.1998, hier: Fortentwicklung der Abteilung I – Institutsbetreuung, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 304, fol. 53–56.

237 Barbara Bludau an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generalverwaltung der MPG vom 25.11.1996, GVMPG, BC 230261, fol. 271 recto–272 verso, Zitat fol. 271 verso.

238 Boston Consulting Group: Strukturreformprojekt der Max-Planck-Gesellschaft, Detaillierte Mitarbeiterinformation vom 24.4.1997, GVMPG, BC 214928, fol. 1–83, Zitat fol. 23. Siehe dazu auch den Vermerk von Manfred Meinecke vom 30.6.1998 für den Vizepräsidentenkreis am 6.7.1998, hier: Fortentwicklung der Abteilung I – Institutsbetreuung, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 304, fol. 53–56.

239 Protokoll der 174. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.4.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 174.VP, fol. 2–4; Barbara Bludau an die Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom 22.2.2000, betr.: Veränderung des Stellenplans für den Bereich der B-Stellen, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 81, fol. 271–278. Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 935.

240 Barbara Bludau an die Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom 22.2.2000, betr.: Veränderung des Stellenplans für den Bereich der B-Stellen, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 81, fol. 271–278, Zitat fol. 273.

241 Notiz von Rüdiger Willems an die Teilnehmer der Abteilungsleiterbesprechung vom 22.9.1998, betr.: Jahresbilanzgespräch Strukturreformprojekt, GVMPG, BC 230261, fol. 17 recto–18 recto, Zitat fol. 17 recto.

242 Protokoll der 174. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.4.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 174.VP, fol. 2–4, Zitate fol. 3.

Während die MPG-Spitze und insbesondere Generalsekretärin Bludau, die sich für diese Lösung starkgemacht hatte, optimistisch in die Zukunft blickten, haderte das Gros der Wissenschaftlichen Mitglieder mit der Reform. Die Direktoren sahen sich bei der Institutsbetreuung nunmehr mit untergeordneten Befehlsempfänger:innen konfrontiert, weshalb ihre Eingaben lange Dienstwege innerhalb der Generalverwaltung zurücklegen mussten, wo sie früher schnelle Entscheidungen in persönlichen Gesprächen mit den hochrangigen und entsprechend einflussreichen Abteilungsleitern hatten herbeiführen können. Mit der Neustrukturierung fiel die Institutsbetreuung als Clearingstelle zwischen den Interessen der MPG-Zentrale und den Instituten praktisch aus. Kein Wunder, dass sich die Arbeitsgruppe des Wissenschaftlichen Rats vehement dagegen aussprach,²⁴³ die Kritik »aus Kreisen der Institutsdirektoren« heftig ausfiel und länger nachhallte.²⁴⁴ Anfangs musste die neu formierte Abteilung I, die nun für die Institutsbetreuung zuständig war, eine starke Fluktuation des Personals verkraften,²⁴⁵ was ihre Arbeitsfähigkeit in den ersten Jahren einschränkte. Langfristig schwächte die Reform der Institutsbetreuung die Bindekräfte innerhalb der MPG, wodurch die Tendenz zur »Verinselung« der einzelnen Max-Planck-Institute zunahm.

Davon drang allerdings kaum etwas nach außen. Wenn die Generalverwaltung in den 1990er-Jahren überhaupt in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, dann im Zusammenhang mit der Frage ihres Sitzes.²⁴⁶ 1952 hatte die Hauptversammlung beschlossen, den »Sitz der Max-Planck-Gesellschaft [...] zu dem Zeitpunkt nach Berlin« zu verlegen, »wenn Berlin die Aufgaben der Bundeshauptstadt übernommen hat«.²⁴⁷ Seinerzeit schien dies utopisch zu sein, doch der Fall der Mauer veränderte

auch hier die Perspektiven. Die MPG spielte zunächst auf Zeit. Als der Gesamtbetriebsrat die Frage aufwarf, hielt Zacher den Beschluss von 1952 »für interpretationsbedürftig« und erklärte im November 1990, »daß man im Augenblick dringendere Probleme zu lösen habe«.²⁴⁸ Ein Jahr später stellte sich Zacher auf den Standpunkt, dass »die Frage des Sitzes der Gesellschaft als eingetragene Verein und die Frage des Standortes der Generalverwaltung [...] strikt voneinander zu trennen« seien und »die Entscheidungskompetenz der Mitgliederversammlung [...] nur die Sitzfrage« betreffe.²⁴⁹ Der Präsident griff damit eine Differenzierung auf, die Generalsekretär Otto Benecke bereits 1959 vorgenommen hatte und die der MPG Spielraum verschaffte.²⁵⁰ Als Bayern im Frühjahr 1992 der MPG »in München für die Generalverwaltung eine die Zusammenführung aller Mitarbeiter erlaubende neue Unterbringung« anbot, hielt Zacher es angesichts der »hohen Friktionskosten, die ein Umzug der Verwaltung in eine andere Stadt mit sich bringen würde«, für »ratsam [...], das Angebot gegebenenfalls anzunehmen«.²⁵¹ Das sah der Verwaltungsrat ebenso, zumal Berlin sich bedeckt hielt und Bonn, das als Alternative ebenfalls im Raum stand, »keine Basis für ein eigenes Angebot« hatte, weil seinerzeit noch nicht feststand, »welche Ministerien nach Berlin übersiedeln werden«. Den Ausschlag gab, »daß die Gesellschaft bei einem Standortwechsel der Generalverwaltung auf keinen Fall mit einer finanziellen Unterstützung des Bundes rechnen« durfte, weshalb »das Ergebnis einer rational begründeten Entscheidung zum Standort der Generalverwaltung [...] unter den gegebenen Bedingungen nur München sein« konnte.²⁵²

Schließlich entschied die Hauptversammlung 1992, den juristischen Sitz der MPG von Göttingen nach Berlin zu verlegen, während der »Funktionsitz« – das heißt der

243 Siehe Hans Weidenmüller: Bericht der Arbeitsgruppe »Institute und Generalverwaltung des Wissenschaftlichen Rates« vom 3.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 178.VP, fol. 118 recto–120 recto.

244 Vermerk von Manfred Meinecke vom 30.6.1998 für den Vizepräsidentenkreis am 6.6.1998, hier: Fortentwicklung der Abteilung I – Institutsbetreuung, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 304, fol. 53–56, Zitat fol. 53.

245 Notiz von Rainer Gastl für Frau Rausch vom 30.3.2000, betr.: Klausurtagung auf Schloß Ringberg am 2.12./3.12.1999, GVMPG, BC 230261, fol. 2 recto–2 verso. Dass die neu geschaffene Abteilung I »in der Anfangsphase nicht unerheblich unter großen personellen Veränderungen zu leiden« hatte, war bereits seit Längerem bekannt gewesen. Siehe beispielsweise das Protokoll der 185. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.11.1998 (Sprechvorlage zu TOP 10), GVMPG, BC 214928, fol. 84–85, fol. 84.

246 Siehe dazu und zum Folgenden Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 154–155.

247 Zitiert nach Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 341.

248 Protokoll der 126. Sitzung des Senates vom 15.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 126.SP, fol. 13.

249 Protokoll der 154. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 154.VP, fol. 11.

250 Vertrauliches und persönliches Rundschreiben Otto Hahns an die Senatoren der MPG vom 9.11.1959, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34 SP, fol. 319. Siehe dazu Balcar, *Wandel*, 2020, 48.

251 Protokoll der 155. Sitzung des Verwaltungsrates vom 12.3.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 155.VP, fol. 8. Das Angebot des Freistaats sah vor, der MPG ein Grundstück in zentraler Lage in unmittelbarer Nähe zur neuen Bayerischen Staatskanzlei zu extrem günstigen Konditionen zu überlassen. Max Streibl an Hans F. Zacher vom 11. April 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 156.VP, fol. 199–200.

252 Protokoll der 156. Sitzung des Verwaltungsrates vom 3.6.1992, ebd., fol. 16.

Sitz der Generalverwaltung – in München bleiben sollte.²⁵³ Der Bau des hochmodernen Verwaltungsgebäudes, in dem die Generalverwaltung bis heute residiert, wurde mit über 50 Millionen DM veranschlagt; den Großteil brachte die MPG durch den Verkauf eines anderen Grundstücks in der Münchner Innenstadt auf, den Differenzbetrag – in der Planung sollte er elf Millionen DM betragen – übernahm der Freistaat im Weg einer Sonderfinanzierung.²⁵⁴ Die Grundsteinlegung für das »Max-Planck-Haus« erfolgte im Mai 1996, die Einweihung im Juli 1999.²⁵⁵ Damit blieben die engen Bande zwischen der MPG und Bayern, von denen beide Seiten in der Vergangenheit auf je spezifische Weise profitiert hatten, auch künftig erhalten.

5.5.5 Die Reform des Rechnungswesens und die Einführung der Budgetierung

Eine weitere wichtige Reform in der vierten Entwicklungsphase betraf das Finanz- und Rechnungswesen der MPG. Während die Zuschüsse der öffentlichen Hand in der Höhe durchweg hinter den Erwartungen und Hoffnungen der MPG zurückblieben, zeigten sich die Zuwendungsgeber nun erheblich offener hinsichtlich einer flexibleren Verwendung der bewilligten Finanzmittel. Auch dieser Sinneswandel hing mit der Veränderung von Governance-Modellen in Wissenschaft und Forschung zusammen, deren Trend wegführte von staatlicher Steuerung und direkter Kontrolle. An deren Stelle trat nun verstärkt die Selbststeuerung der Wissenschaftsorganisationen, die sich dabei an effizienzorientierten Kriterien aus dem Unternehmensmanagement ausrichten sollten. Die staatlichen Stellen verbanden damit die Erwartung einer effizienteren Verwendung der knappen Mittel, die Forschungseinrichtungen dagegen die Hoffnung auf mehr Gestaltungsspielraum in der eigenen Forschungspolitik.

Eine wichtige Voraussetzung schuf die MPG aus eigenem Antrieb heraus. Ihre Generalverwaltung ventilierte

ab 1990 Pläne zur »Umgestaltung des Rechnungswesens«. Da das »bisher eingesetzte, selbstentwickelte EDV-System [...] keine Verbindung zwischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung und Vermögensrechnung« ermöglichte, erwies sich die Dateneingabe als mühsam. Deswegen sollte ein neues System beschafft werden, das zugleich eine »Umstellung von kameralistischer auf kaufmännische Buchführung« ermöglichte. Man erhoffte sich von diesen Maßnahmen, deren geschätzte Kosten sich anfangs auf 20 Millionen DM beliefen, »eine Verbesserung der Produktivität, einheitliche und vereinfachte Abläufe in der Generalverwaltung und in den Instituten, eine Senkung des Software-Entwicklungs- und Pflegeaufwandes sowie die Schaffung einer einheitlichen Hardware«.²⁵⁶

Die Einführung des Finanzcontrollings sollte der Generalverwaltung nicht zuletzt einen besseren Einblick in die Haushalte der Institute ermöglichen, doch genau das war intern umstritten. Als »problematisch« erwies sich nämlich die mangelnde »Akzeptanz der Reform durch die Institute«, die durch sie »ihre satzungsmäßige Autonomie bedroht« sahen.²⁵⁷ Deswegen empfahl eine vom Intersektionellen Ausschuss eingesetzte Kommission, »einer dezentralisierten Version eines kommerziellen Systems den Vorzug zu geben«. Daraufhin beschloss der Verwaltungsrat, »das Projekt SAP-R/2 nicht weiter zu verfolgen, sondern das dezentrale SAP-R/3-System zu erproben«.²⁵⁸

Die Umsetzung dieses Projekts warf eine Fülle technischer Schwierigkeiten auf. Massive Unterstützung erhielt die MPG von Wolfgang Rölller, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Dresdner Bank, der wiederholt »Hilfe von Fachleuten« der Bank organisierte.²⁵⁹ Überhaupt waren es die Wirtschaftsvertreter im Verwaltungsrat, die die Einführung von SAP – in den meisten Unternehmen längst Standard – in der MPG im Wesentlichen vorantrieben.²⁶⁰ Die praktische Erprobung begann im Mai 1994 in drei Max-Planck-Instituten, später wurde die Testphase auf »sechs Max-Planck-Institute unterschiedlicher Größe

253 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 652–653.

254 Protokoll der 135. Sitzung des Senates vom 19.11.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 135.SP, fol. 31–32.

255 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 697 u. 747.

256 Protokoll der 151. Sitzung des Verwaltungsrates vom 14.11.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 151.VP, fol. 17. Siehe dazu auch Protokoll der 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 9–11.

257 Protokoll der 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 10.

258 Protokoll der 159. Sitzung des Verwaltungsrates vom 16.6.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 159.VP, fol. 12.

259 Protokoll der 152. Sitzung des Verwaltungsrates vom 7.3.1991, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 11; Protokoll der 157. Sitzung des Verwaltungsrates vom 19.11.1992, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 157.VP, fol. 11–12. Rölller selbst erklärte, es sei »für einen Außenstehenden [...] unverständlich, wie man einen solch großen Haushalt ohne »Controlling« führen wolle«. Protokoll der 158. Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.3.1993, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 158.VP, fol. 10.

260 Wolfgang Hasenclever an Herbert Grünwald vom 28.5.1991, betr.: Reform des Haushalts- und Rechnungswesens der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 152.VP, fol. 44.

und Struktur« ausgeweitet.²⁶¹ Im Juni 1995 stimmte der Verwaltungsrat der flächendeckenden Einführung von SAP-R/3 zu.²⁶² Die Generalverwaltung zeigte sich überzeugt, dass »der Nutzen die Betriebskosten weit übertreffen« werde,²⁶³ während die Institutsverwaltungen dem Einsatz mit gemischten Gefühlen entgegensahen. Aus ihrer Sicht bedeutete die Einführung des softwarebasiereten Finanzcontrollings nämlich die Entstehung gläserner Institutshaushalte, was ihre Handlungsautonomie gegenüber der Generalverwaltung ein Stück weit einschränkte. Diese dagegen sah darin eine wichtige Voraussetzung, um bei den Geldgebern die Erlaubnis für einen flexibleren Umgang mit den zur Verfügung gestellten Mitteln zu erhalten.

Man hatte sich in der Generalverwaltung nicht getäuscht. Mit Schreiben vom 9. Juli 1996 leitete der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie der MPG ein Strategiepapier zu. Es trug den vielsagenden Titel »Innovationen durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft« und eröffnete, so frohlockte Präsident Markl, »interessante Perspektiven im Hinblick auf Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte sowie hinsichtlich größerer Autonomie der geförderten Organisationen im Umgang mit den ihnen zugeteilten Mitteln.«²⁶⁴ Auch die Politik verband damit Hoffnungen: Anke Brunn (SPD), die nordrhein-westfälische Ministerin für Wissenschaft und Forschung, erklärte vor dem MPG-Senat, »daß mit Methoden des modernen Managements, mit Organisationsuntersuchungen sowie mit Budgetierung und Controlling finanzielle Spielräume zu gewinnen seien, ohne gleichzeitig eine schlechtere Arbeitsweise zu erreichen.«²⁶⁵ Zwar lehnten die Regierungschefs der Länder wie auch der Bundesforschungsminister eine vorab festgelegte »Effi-

zienrendite« ab – die Finanzministerkonferenz hatte sie auf 3 Prozent veranschlagt²⁶⁶ –, doch auch sie erwarteten, dass die MPG durch die Budgetierung mit dem vorhandenen Geld mehr erreichen werde. Ein anderer Grund, die »Übertragbarkeit von Resten sowie die flexible Verwendung der Mittel einzuführen«, bestand für den bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) in der Beseitigung des sogenannten Dezember-Fiebers: Mit der »bisherige[n] Haushaltspraxis, Geld auszugeben, nur weil das Ende des Haushaltsjahres bevorstehe«, sollte nun endlich Schluss sein.²⁶⁷

Mit Niedersachsen und Bayern unterstützten die beiden Bundesländer, die die meisten Einrichtungen der MPG beherbergten, die Initiative zur Budgetierung des Haushalts der MPG am stärksten.²⁶⁸ Letztlich hatten sie Erfolg. Am 20. März 1997 forderte die Ministerpräsidentenkonferenz die Bundesregierung auf, »die Zuwendungen an die Max-Planck-Gesellschaft zu budgetieren, um eine größere Flexibilität der Haushaltsführung erreichen und auch auf verbindliche Stellenvorgaben verzichten zu können«. Markl begrüßte »ein möglichst hohes Maß an Eigenverantwortung« für die »im Wissenschaftsbereich autonom handelnden Organisationen«.²⁶⁹ Auch die BLK sprach sich im Juni 1997 nochmals »nachdrücklich« für die Budgetierung des Haushalts der MPG aus, und zwar »bereits im Hinblick auf den Haushalt 1998«.²⁷⁰

Im März 1998 setzte die BLK neue Rahmenbedingungen für die Haushaltsführung der MPG fest. Die flexibleren Bewirtschaftungsregeln sollten zunächst in einem Zeitraum von drei Jahren erprobt werden, womit der MPG eine »Pilotfunktion« zugewiesen wurde.²⁷¹ Der Verwaltungsrat beschloss, »die im Außenverhältnis erreichten zusätzlichen Flexibilitäten möglichst weitgehend an die Institute« weiterzugeben, und räumte auch ihnen deutlich mehr Spielraum im Umgang mit einmal

261 Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 23.3.1995 in Berlin, betr.: Punkt 6 der Tagesordnung, Reform des Haushalts- und Rechnungswesens der MPG; weiteres Verfahren, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 133 recto–133 verso, Zitat fol. 133 recto. Protokoll der 162. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 162.VP, fol. 6 verso.

262 Protokoll der 165. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.6.1995, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 165.VP, fol. 2 recto–fol. 8 verso.

263 Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 23.3.1995 in Berlin, betr.: Punkt 6 der Tagesordnung, Reform des Haushalts- und Rechnungswesens der MPG; weiteres Verfahren, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 164.VP, fol. 133 recto–133 verso, Zitat fol. 133 verso.

264 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 5 verso; Jürgen Rüttgers an Hubert Markl vom 9.7.1996, Anlage: Innovationen durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 24 recto–fol. 32 verso.

265 Protokoll der 142. Sitzung des Senates vom 15.3.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 142.SP, fol. 9 verso.

266 Dazu und zum Folgenden Protokoll der 148. Sitzung des Senates vom 27.3.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 7 recto.

267 Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 16 verso.

268 Protokoll der 145. Sitzung des Senates vom 7.3.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 145.SP, fol. 7 recto.

269 Protokoll der 146. Sitzung des Senates vom 5.6.1997, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 146.SP, fol. 5 verso.

270 Ebd., fol. 10 recto.

271 Protokoll der 148. Sitzung des Senates vom 27.3.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 7 recto. Siehe dazu auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 726.

bewilligten Finanzmitteln der öffentlichen Hand ein. Die Mittelverteilung erfolgte »künftig verstärkt direkt auf die Institute«, also »dezentral orientiert«. Zudem fielen »viele Sonder- und Einzelregelungen weg«, was die Verwaltung der bewilligten Mittel vereinfachte.²⁷² Mit diesen Zielsetzungen erfolgte im November 1998 die Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens der MPG von der kameralistischen auf die kaufmännische Buchführung.²⁷³

Die Institute machten von den Möglichkeiten, die ihnen die Budgetierung und Globalisierung ihrer Haushalte eröffneten, »zunächst zögernd, dann jedoch immer häufiger [...] Gebrauch«. ²⁷⁴ Ihre ersten Erfahrungen fielen rundum positiv aus: Die meisten Verwaltungen erblickten darin »eine wertvolle Möglichkeit, mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln im Interesse ihres Institutes und ihrer Forschung besser umzugehen«. Die Generalsekretärin stellte fest, »dass es deutlich mehr Übertragungen in das nächste Haushaltsjahr als Vorgriffe gegeben habe«, wobei es offenbar keine Unterschiede zwischen größeren und kleineren Instituten gab. Der größte Vorteil für die MPG bestand darin, dass sie – obwohl sie gegenüber ihren Geldgebern »nach wie vor berichtspflichtig« war und »wie bisher ihre Pläne« vorlegen musste – »nun erst nach Vollzug des Haushalts« darzulegen hatte, »wie mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umgegangen« wurde.²⁷⁵ Die Lobeshymnen auf die Budgetierung gipfelten in der Feststellung, »dass die Max-Planck-Institute die Budgetierung als Befreiung empfänden und nun auch das wirtschaftliche Handeln in den Instituten verankert sei«. ²⁷⁶

Die »viel größere Flexibilität im Haushalt«, die der MPG »ein besseres Wirtschaften« erlaubte, hatte allerdings ihren Preis. »Nachdem die Zuwendungsgeber die Mittel nun pauschaler und mit einem Vertrauensvorschuss zuwiesen, d. h. nicht mehr vorab die Kontrolle hätten«, erläuterte Generalsekretärin Bludau, »müssten nun andere Kontrollmechanismen eingeführt werden.« Daher sah sich die MPG zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) genötigt, die »eine Voraussetzung zur dauerhaften Fortführung der Budgetierung

des Haushalts« war.²⁷⁷ Für Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) war dies »eine Bringschuld der Wissenschaft«. Schließlich »müsse erkennbar gemacht werden, zu welchen Ergebnissen die investierten Mittel geführt hätten«. Die kameralistische Haushaltsführung erschien ihr dafür ungeeignet; »dieses könne nur über eine gute und ausführliche – und manchmal auch selbstkritische – Information geschehen«. ²⁷⁸ Insofern blieb der bürokratische Aufwand, den die MPG für die Finanzmittel der öffentlichen Hand betreiben musste, nach wie vor beträchtlich.

So ging allen Effizienzgewinnen zum Trotz die Einführung der Budgetierung und der KLR mit einer deutlichen Zunahme des Personals in der Generalverwaltung und in den Institutsverwaltungen einher, von der im Anschluss noch die Rede sein wird. Die Umstellung in der Bewirtschaftung gelang ohne größere Schwierigkeiten, allerdings nicht zum Nulltarif – Bund und Länder mussten den gestiegenen administrativen Personalbedarf aus Steuermitteln finanzieren. Innerhalb der MPG bewirkte die Reform der Mittelzuweisung einschneidende Veränderungen im Verhältnis von Generalverwaltung und Instituten. Letztere waren seit dem Königsteiner Abkommen finanziell zu Kostgängern der MPG herabgesunken; mit der Einführung der Budgetierung gewannen sie beachtliche Handlungsspielräume im Umgang mit den staatlichen Mitteln und mehr Unabhängigkeit gegenüber der Generalverwaltung. Gleichwohl behielt diese nach wie vor beträchtlichen finanziellen Einfluss auf die Institute: zum einen über die Verteilung derjenigen Mittel, die die Geldgeber der MPG zentral zuwiesen, zum anderen über die Kontrolle des Finanzgebarens der Institute. Durch die Installation der SAP-Software gewann die Münchner Zentrale genaueren Einblick als je zuvor, wie die Institute mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln umgingen. Insofern wies die Umstellung des Rechnungswesens zugleich Züge von Zentralisierung und Dezentralisierung auf.²⁷⁹

272 Protokoll der 149. Sitzung des Senates vom 25.6.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 149.SP, fol. 11 recto. Siehe auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 733.

273 Ebd., 733, 736.

274 Protokoll der 153. Sitzung des Senates vom 19.11.1999, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 153.SP, fol. 14 recto.

275 Protokoll der 155. Sitzung des Senates vom 8.6.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 11 recto–11 verso.

276 Protokoll der 158. Sitzung des Senates vom 21.6.2001, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 158.SP, fol. 13 verso.

277 Protokoll der 161. Sitzung des Senates vom 13.6.2002, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 161.SP, fol. 10 recto. Dass die KLR sozusagen der Preis für die Budgetierung war, hatten Bund und Länder bereits frühzeitig klargemacht. Protokoll der 148. Sitzung des Senates vom 27.3.1998, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 148.SP, fol. 7 recto.

278 Protokoll der 155. Sitzung des Senates vom 8.6.2000, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 155.SP, fol. 12 verso.

279 Siehe unten, Kap. IV.4.5.

5.6 Sozialgeschichtliche Dynamik²⁸⁰

Insgesamt stellten die anderthalb Jahrzehnte von 1990 bis 2002/2005 für die MPG eine Phase ausgeprägten Wachstums und institutionellen Wandels dar, ähnlich wie in der zweiten Entwicklungsphase von 1955 bis 1972. Allerdings war dies nun auch – im Unterschied zur zweiten Phase – mit tiefgreifenden sozialgeschichtlichen Veränderungen verknüpft. Sie spiegelten den institutionengeschichtlichen Wandel, resultierten aus diesem und ermöglichten ihn.

5.6.1 Ungleichmäßiges Wachstum

Um die Dimension des Wachstums zu skizzieren, das die MPG in den 1990er-Jahren erlebte, genügen einige wenige Zahlen: 1990 existierten 62 Institute in der MPG, 2005 waren es 75.²⁸¹ 1990 betrug die Gesamtbeschäftigtenzahl 14.600, 2005 hatte sie sich auf 23.054 erhöht.²⁸² Wie bereits ausführlich geschildert, resultierte dieses Wachstum aus regional asynchron verlaufenden Prozessen, aus einer Verbindung von raschem »Aufbau Ost« und partiellem »Abbau West«. Fast alle Max-Planck-Institute, die in diesem Zeitraum gegründet wurden, entstanden in den neuen Bundesländern und in Berlin. Insgesamt stellte die MPG etwa 1.500 Stellen für den Aufbau von Instituten, Arbeitsgruppen und Forschungsstellen im Osten der Republik bereit, in denen ost- und westdeutsches Personal zum Zuge kam, mit einem ausgeprägten westdeutschen Übergewicht in den Leitungsfunktionen. Aus Sicht der MPG und für deren Entwicklung war dies eine erhebliche, unter politischem Druck und in kurzer Zeit größtenteils durch Umwidmungen erzielte Leistung. Kontinuitäten zur Wissenschaftslandschaft der DDR, wie sie an deren Ende existiert hatte, ergaben sich daraus nicht. Von den etwa 1.200 wissenschaftlichen Angestellten der abgewickelten Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR wurden bloß etwa 70 mit einer dauerhaften Perspektive in der MPG neu oder weiter beschäftigt. Nur etwa 100 – ostdeutsche und westdeutsche – Wissenschaftler:in-

nen nahmen 1992 ihre Arbeit an den neu eingerichteten Geisteswissenschaftlichen Zentren auf, die sich vorübergehend unter dem Dach der MPG befanden.²⁸³ Im Osten entstand also in Bezug auf die Wissenschaft etwas Neues, allerdings nach den Grundsätzen und Regeln der MPG.

Die verschiedenen Personalkategorien entwickelten sich in der vierten Entwicklungsphase der MPG unterschiedlich. Am deutlichsten waren die Veränderungen im technischen Bereich, der zwischen 1985 und 2000 um fast 10 Prozent schrumpfte. Bei den Arbeiter:innen und Lohnempfänger:innen gab es ab Ende der 1980er-Jahre Abwanderungsquoten von 19 bzw. 23 Prozent, wogegen kaum noch Zugänge zu verzeichnen waren. Eine Ursache hierfür war das starke Gewicht geistes- und sozialwissenschaftlicher Institute unter den Neugründungen der 1990er-Jahre, die vergleichsweise weniger Techniker:innen und Arbeiter:innen benötigten. Zudem wurde die geräteaffine Forschung in mittelgroßen Instituten mit gemeinsamen, für mehrere Abteilungen zugänglichen Servicebereichen konzentriert und effizienter gestaltet, sodass hier Personal eingespart werden konnte. Dagegen nahm der Anteil der Verwaltungsstellen am Gesamtpersonal zu, und zwar von 13 Prozent im Jahr 1990 auf 15 Prozent im Jahr 2000. Das war teils dem überproportionalen Wachstum der Generalverwaltung geschuldet (von 251 Stellen im Jahr 1991 auf 315 im Jahr 2000), teils dem Personalzuwachs in den Institutsverwaltungen (von 569 Personen 1990 auf 749 im Jahr 2000). Offensichtlich schritt die Ausdifferenzierung zwischen verwaltenden und wissenschaftlichen Tätigkeiten weiter voran, die Zunahme administrativer Tätigkeiten in den verschiedensten Bereichen der MPG zeigte sich in dieser Verschiebung zwischen den Hauptgruppen des Personals. Aber auch der Anteil von Wissenschaftler:innen am Gesamtpersonal der MPG nahm zu: von 29 Prozent 1990 auf 35 Prozent im Jahr 2000.²⁸⁴ Sie wurden zunehmend aus der Projektförderung finanziert statt auf etatisierten Planstellen beschäftigt und waren daher befristet angestellt. Wurden 1987 nur 357 Wissenschaftler:innen aus Projektförder-töpfen finanziert, waren es 1999 schon 622.²⁸⁵

280 Der gesamte Abschnitt 5.6 stammt von Birgit Kolboske und Juliane Scholz.

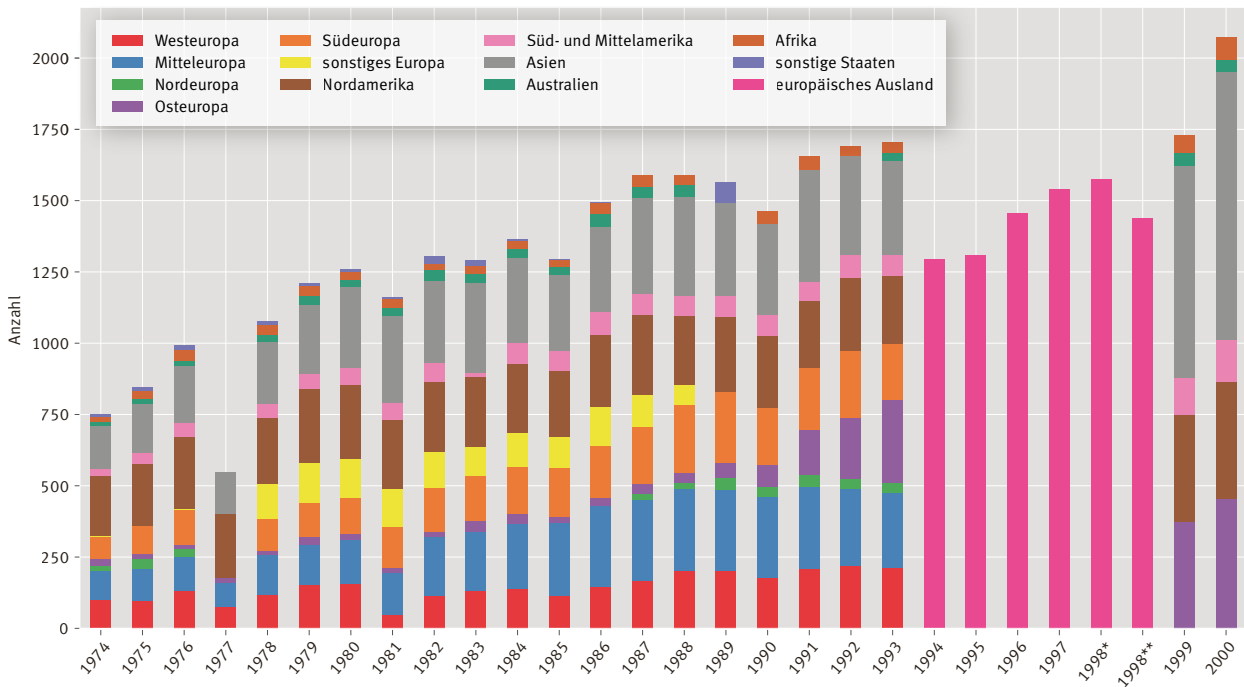
281 Ohne Außenstellen und sonstige Forschungsstellen. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 2005*, 2005, 70–72; Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, *Jahrbuch 1990*, 1990, 892.

282 Max-Planck-Gesellschaft, *Personalstatistik*, 2005, 20. Zur Gesamtzahl der Beschäftigten zählte das Personal auf Planstellen und aus der Projektförderung, aber auch Stipendiat:innen und Gastwissenschaftler:innen.

283 Peter Ebert und Dirk Hartung: »Die Max-Planck-Gesellschaft und die Forschung in den neuen Bundesländern«, in: ...reingelegt, Beilage Nr. 6 des Gesamtbetriebsrates zum MPG-Spiegel Heft 6/95, S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 81, Nr. 58, fol. 230–233; Modell »Einheitliche Forschungslandschaft« Planstellen, 1997, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 46, fol. 3.

284 Eigene Berechnungen auf Grundlage des *Zahlenspiegel* (1974–1993), *MPG in Zahlen* (1994–1999), Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlen und Daten 2000*, 2001.

285 Statistische Angaben entnommen aus: *MPG-Zahlenspiegel* (1974–1993), *MPG in Zahlen* (1994–1999) und Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlen und Daten 2000*, 2001.



5.6.2 Internationalisierung der Rekrutierung

Bereits seit Ende der 1960er-Jahre waren regelmäßig Nachwuchswissenschaftler:innen aus dem Ausland – vor allem aus Westeuropa und Nordamerika – zur MPG gekommen.²⁸⁶ Ab 1987 nahm besonders die Zahl der Nachwuchswissenschaftler:innen aus Osteuropa, Südeuropa sowie aus Übersee und Asien zu. Das spiegelte die fortschreitende Globalisierung wider und hatte mit der veränderten weltpolitischen Lage nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu tun. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre verdreifachte sich der Anteil der Nachwuchswissenschaftler:innen aus dem asiatischen Raum beinahe, und auch Gastwissenschaftler:innen und Stipendiat:innen aus Osteuropa – insbesondere Russland – waren nach Fallen des Eisernen Vorhangs zu einer festen Größe geworden. Im Jahr 2000 kamen 374 Gastwissenschaftler:innen aus Russland, 256 aus China sowie 196 aus dem übrigen asiatischen Raum, gegenüber 325 aus den USA.²⁸⁷

Im Jahr 1990 waren insgesamt 3.960 meist ausländische Stipendiat:innen und Gastwissenschaftler:innen an den Instituten der MPG tätig, bis 2002 stieg ihre Zahl auf 9.109. Diese jungen Forscher:innen hatte die Zentrale der MPG lange kaum beachtet. Sie arbeiteten in den einzelnen

Abb. 4: Anzahl der ausländischen Stipendiat:innen und Gastwissenschaftler:innen (1974–2000). – Quelle: Zahlenspiegel 1974–2000. doi.org/10.25625/GLZYQV.

Instituten und blieben meist nur für einige Monate oder Jahre. Doch ihre Bedeutung für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und vor allem für die nationale und internationale Ausstrahlung der MPG sollte nicht unterschätzt werden. Mit der Einrichtung strukturierter Promotionsprogramme in den International Max Planck Research Schools (IMPRS) im Jahr 2000 wurden Förderprogramme aufgelegt, die auf Teile dieser in sich vielfältigen und hochmobilen Gruppe zielten. 2002 machte der Anteil der Stipendiat:innen und Gastwissenschaftler:innen erstmals fast die Hälfte aller Beschäftigten aus: 9.109 Personen gegenüber 10.046 Beschäftigten auf Planstellen.²⁸⁸

Auch das Leitungspersonal der MPG wurde mittlerweile immer häufiger aus dem Ausland rekrutiert. Der Anteil der ausländischen Forscher:innen, die als wissenschaftliche Mitglieder berufen wurden, lag ab 1991 regelmäßig bei über 30 und ab 1998 bei über 40 Prozent. 2004 wurden 48 Prozent der Berufungszusagen an ausländische Spitzenforscher:innen ausgesprochen.²⁸⁹

²⁸⁶ Erhebung inländische und ausländische Gastwissenschaftler und Stipendiaten 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 67, Nr. 177, fol. 521–534.

²⁸⁷ Schott-Stettner, *MPG Personalstatistik 2000*, 2000, 15.

²⁸⁸ Eigene Berechnungen auf Grundlage des *Zahlenspiegel* (1974–1993), *MPG in Zahlen* (1994–1999), Max-Planck-Gesellschaft, *Zahlen und Daten 2000*, 2001, Max-Planck-Gesellschaft, *Personalstatistik*, 2003.

²⁸⁹ Scholz unter Mitarbeit von Aron Marquart, Robert Egel und Florian Kaiser, Neuberufene, 2023. doi:10.25625/X9LXH3.

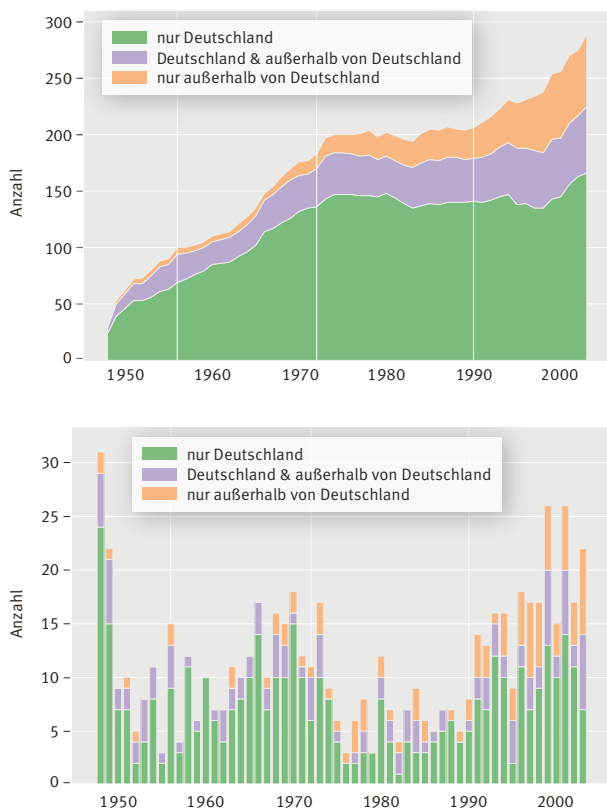


Abb. 5 und 6: Studiums- und Promotionsländer von aktiven Wissenschaftlichen Mitgliedern (oben) und bei Berufungen (unten), 1948–2005. – Quelle: Biografische Datenbank des Forschungsprogramms GMPG. doi.org/10.25625/RDNCUB.

Auch die Wahl der Studien- und Promotionsorte und der Verlauf der akademischen Karrieren der aktiven Wissenschaftlichen Mitglieder wurden wesentlich internationaler. Zwischen 1990 und 2003 hatten bereits 34 Prozent der aktiven Wissenschaftlichen Mitglieder ihr Studium und/oder ihre Promotion im Ausland absolviert.²⁹⁰ Seit MPG-Gründung war damit der Anteil von Direktor:innen und Abteilungsleiter:innen, die ihre akademische Ausbildung ausschließlich in Deutschland genossen hatten, kontinuierlich kleiner geworden. In der

vierten Phase blickte ein Viertel der aktiven Direktor:innen auf einen globalen und kosmopolitischen Karriereverlauf zurück.²⁹¹ Seit Anfang der 1990er-Jahre wurden zudem immer häufiger nach 1940 geborene Direktor:innen berufen.²⁹² Die hohe Zahl an Emeritierungen in den 1990er-Jahren (insgesamt 134) bedeutete einen Generationenwechsel an der Spitze der Institute, denn de facto wurde fast die komplette Riege der Direktor:innen in diesem Jahrzehnt ausgewechselt.²⁹³ Zwischen 1990 und 2005 wurden insgesamt 251 Neuberufungen ausgesprochen: Zwölf Direktor:innen kamen aus den USA, elf aus Österreich, je acht aus der Schweiz und Großbritannien, vier aus den Niederlanden, je drei aus Tschechien und Italien und zwei aus Frankreich.²⁹⁴

Zwar gehörten die ab 1990 berufenen Wissenschaftlichen Mitglieder einer anderen wissenschaftlichen Generation an und stammten wesentlich öfter als früher aus dem Ausland, doch änderte dies an der sozialen Schichtung der Direktor:innen in der MPG wenig. Nach wie vor entstammten sie ganz überwiegend bildungsbürgerlichen und akademisch geprägten Elternhäusern. Unter den Instituts- und Abteilungsleiter:innen dominierten die Söhne und Töchter von Beamten, leitenden Angestellten, Unternehmern und Freiberuflern wie Ärzten und Rechtsanwälten, während der Anteil der Wissenschaftlichen Mitglieder, die aus der bildungsfernen Unterschicht stammten, nur leicht auf 4 Prozent zunahm.²⁹⁵

5.6.3 Befristung und Fluktuation

In den 1990er-Jahren nahm auch beim Stammpersonal der Anteil der befristet Beschäftigten deutlich zu. Waren 1989 nur 581 der 2.343 Wissenschaftler:innen auf Planstellen befristet angestellt, waren es im Jahr 2000 bereits 1.071 von 2.565. Das bedeutete einen Anstieg in etwas mehr als zehn Jahren von knapp 25 auf etwa 42 Prozent. Rechnet man die durchweg befristet beschäftigten Wissenschaftler:innen aus der Projektförderung hinzu, war der Zeitvertragsanteil der in der MPG angestellten Wissenschaftler:innen zwischen 1989 und 2000 von

²⁹⁰ Scholz unter der Mitarbeit von Florian Kaiser und Aron Marquart, Geburts-, Studien- und Promotionsländer, 2023. doi:10.25625/RDNCUB.

²⁹¹ Sample-Größe waren 406 Personen. Siehe ebd.

²⁹² Siehe unten, Kap. IV.5; zu den wissenschaftlichen Generationen siehe oben, Kap. II.1, 29–31.

²⁹³ Die MPG hatte im Jahr 2004 272 Wissenschaftliche Mitglieder bei 74 Instituten und drei Außen- bzw. Forschungsstellen. Zahl der Emeritierungen, AMPG, II. Abt., Rep. 1, Nr. 27, fol. 18.

²⁹⁴ Scholz unter der Mitarbeit von Florian Kaiser und Aron Marquart, Geburts-, Studien- und Promotionsländer, 2023. doi:10.25625/RDNCUB.

²⁹⁵ Näheres bei Scholz unter Mitarbeit von Hannes Benne, Robert Egel und Florian Kaiser, Soziale Herkunft der Wissenschaftlichen Mitglieder, 2023. doi:10.25625/T95K3E.

38,5 auf 51,6 Prozent gestiegen.²⁹⁶ Hinzu kamen noch die temporär an den Instituten arbeitenden Nachwuchswissenschaftler:innen und Stipendiat:innen. Im Bereich Wissenschaft muss die Gesamtsituation als außerordentlich fluide bezeichnet werden. Für die Verwaltung bedeutete das eine enorme zusätzliche Belastung, denn durch den ständigen Arbeitsplatzwechsel entstanden neue arbeitsvertragliche Probleme und Reibungsverluste.

Ariane Leendertz führt die in den 1990er- und 2000er-Jahren stark forcierte Befristungspraxis der MPG darauf zurück, dass die Leitung für eine Festanstellung immer größere Hürden aufbaute und der Senat 1998 eine Obergrenze festlegte: Demnach durfte maximal die Hälfte der an den Instituten beschäftigten Wissenschaftler:innen unbefristete Arbeitsverträge haben. Solche Entscheidungen waren einerseits auf den Zwang zu finanziellen Einsparungen zurückzuführen, andererseits auf die sich ab Ende der 1980er-Jahre verstärkt abzeichnende Wettbewerbsorientierung und die nunmehr stark betonten »ökonomisch determinierten Referenzsysteme« in Wissenschaftsorganisationen, die Flexibilität, Konkurrenzfähigkeit und Leistungsfähigkeit als Bezugsgrößen etablierten.²⁹⁷

5.6.4 Erste Schritte Richtung Chancengleichheit

Neben dem raschen, wenngleich ungleichmäßigen Wachstum im Personalbereich, der Internationalisierung bei der Rekrutierung von Wissenschaftler:innen und der zunehmenden Fluidität der Arbeitsverhältnisse markierten eine neue Gleichstellungspolitik und eine erkennbare Zunahme des Wissenschaftlerinnenanteils einen weiteren Aspekt der sozialgeschichtlichen Veränderungen der vierten Phase der MPG-Entwicklung.

Die Zweite Welle der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren hatte in Westdeutschland die tradierten Geschlechterrollen radikal infrage gestellt und das Thema Chancengleichheit in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Ende der 1980er-Jahre drängten der Wissenschaftsrat und die BLK darauf, auch in den außeruniversitären Forschungsorganisatio-

nen gezielte Fördermaßnahmen für Frauen in Wissenschaft und Forschung zu entwickeln und umzusetzen.²⁹⁸ Neben der quantitativen Dimension ging es dabei um qualitative Integration: Die Chancen für Frauen, sich zu qualifizieren und beruflich Karriere zu machen, sollten verbessert werden. Gesetzgeberische Maßnahmen zur Förderung von Frauen, die 1994 im »Gesetz zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundesverwaltung und den Gerichten des Bundes« (Frauenfördergesetz) festgeschrieben wurden, betrafen die MPG nicht unmittelbar. Die Entwicklung und Anwendung eigener frauenfördernder Maßnahmen blieben vorerst weitgehend im Ermessen der MPG und ihrer Institute. Gleichwohl stieg in Öffentlichkeit und Politik der Druck auf die Wissenschaftsorganisationen, etwas in dieser Hinsicht zu unternehmen, sonst musste man langfristig einen Verlust an Fördermitteln befürchten. Zehn Jahre später stellte die BLK fest, dass Wissenschaftlerinnen weiterhin signifikant unterrepräsentiert waren.²⁹⁹ Im internationalen Vergleich lag Deutschland deutlich hinter Ländern wie den USA, Frankreich oder Großbritannien.³⁰⁰ Das galt für Hochschulen und Universitäten ebenso wie für die MPG, die hinsichtlich des Frauenanteils beim wissenschaftlichen Personal das Schlusslicht in Deutschland bildete.³⁰¹

Es ist im Wesentlichen dem MPG-Gesamtbetriebsrat und dessen Frauenausschuss zu verdanken, dass Themen der Frauenförderung in der MPG überhaupt auf die Agenda kamen und im weiteren Verlauf bindende Vereinbarungen zur Gleichstellungspolitik (Senatsbeschluss 1995, Gesamtbetriebsvereinbarung und Frauenförder-Rahmenplan) erkämpft worden sind.³⁰² In der Gleichstellungspolitik betrachtete die MPG in dieser Zeit Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigsten Beitrag zur Erhöhung des Frauenanteils. Gleichstellungspolitische Maßnahmen wie die Einführung einer Quote, die direkte Förderung von Wissenschaftlerinnen oder ihre Bevorzugung bei gleicher Qualifikation wurden dagegen beargwöhnt und ausdrücklich abgelehnt. Wissenschaftsadäquate Formen der Förderung, um im Rahmen der Nachwuchsförderung gezielt Wissenschaftlerinnen zu unterstützen, setzten erst spät ein.

²⁹⁶ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben Zeitverträgen im *MPG-Zahlenspiegel* (1985–1993); *MPG in Zahlen* (1994–1998); Schott-Stettner, *MPG Personalstatistik 2000*, 2000, 1–11.

²⁹⁷ Leendertz, *Wissenschaftler auf Zeit*, 2020, 18–19.

²⁹⁸ Wissenschaftsrat, *Empfehlungen des Wissenschaftsrates*, 1988; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, *Förderung von Frauen*, 1989.

²⁹⁹ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, *Frauen in Führungspositionen*, 1998.

³⁰⁰ European Commission Directorate-General for Research et al., »*She Figures*«, 2003.

³⁰¹ Siehe unten, Kap. IV.5.

³⁰² Ausführlich Kolboske, *Chancengleichheit*, 2018.

Das war unter anderem eine Folge der bereits erwähnten Anforderungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms im forschungspolitischen Kontext des »Aufbaus Ost«, die sich auch auf die Gleichstellungsmaßnahmen der MPG auswirkten. Nach Ansicht von Präsident Zacher fehlten dadurch die notwendigen Ressourcen, um ein C3-Sonderprogramm zur Frauenförderung zu finanzieren. Letztlich war dies jedoch eine Frage der Prioritätensetzung. Das zeigte sich 1996 mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Hubert Markl. Mit ihm nahm die Gleichstellungspolitik der MPG Fahrt auf. Markl zeigte, was mit politischem Willen selbst gegen gehörigen Widerstand aus den eigenen Reihen möglich war.

Mit der Thematik forschungspolitischer Frauenförderung war Markl bereits aus seiner Zeit als Präsident der DFG und als Gründungspräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vertraut. Unter seinem Vorsitz beschloss der MPG-Verwaltungsrat im November 1996 das Sonderprogramm zur Förderung von Wissenschaftlerinnen (später bekannt als W2-Minerva-Programm), das von Zacher noch im März des Jahres abschlägig beschieden worden war, und stellte unter Verwendung privater Stiftungsmittel 7,2 Millionen Mark zu dessen Umsetzung bereit.³⁰³ Das Programm wurde als frauenfördernde Maßnahme im Frauenförder-Rahmenplan vom März 1998 verankert.³⁰⁴ Kurzum: Gleichstellungspolitik war in den 1990er-Jahren kein Ruhmesblatt in der MPG-Geschichte. Erst externe Faktoren – wie der Druck aus der Politik und die Sorge um den Verlust von Fördermitteln – haben die Gleichstellungspolitik in der MPG überhaupt in Gang gesetzt, und zur partiellen Umsetzung verhalf ihr ein Präsident, der von außen kam und generell wenig Rücksicht auf gewachsene Strukturen und Traditionen der MPG nahm.

Traditionell war die Verwaltung die Domäne der in der MPG beschäftigten Frauen. Dort hatte sich ihr Beschäftigungsanteil seit den 1970er-Jahren kaum gewandelt, er lag

auch in den 1990er-Jahren bei durchschnittlich 77 Prozent.³⁰⁵ Im »wissenschaftsunterstützenden Bereich«, zu dem unter anderem die Sekretärinnen, Bibliothekarinnen und Laborantinnen zählten, stellten Frauen durchschnittlich 46 Prozent der Beschäftigten. Nimmt man alle Beschäftigungsgruppen zusammen, lag der Frauenanteil in der MPG in den 1990er-Jahren bei etwa 42 Prozent. Dagegen waren 1990 nur 283 – das waren 14 Prozent – der insgesamt 1964 tätigen Wissenschaftler:innen weiblich.³⁰⁶ Zur Gruppe des wissenschaftlichen »Mittelbaus« gehörten im selben Jahr nur acht weibliche Angestellte (von insgesamt 178). Besonders niedrig war der Frauenanteil in den besser vergüteten Leitungsfunktionen des Wissenschaftsbereichs. Nur zwei der insgesamt 201 Direktor:innen waren Frauen.³⁰⁷

Trotz der sehr bescheidenen Zahlen: Nach dem nahezu vollkommenen Stillstand in den vorangegangenen Jahrzehnten kam in die Gleichstellungspolitik allmählich Bewegung, wenn auch weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. 2004 gab es in der MPG immerhin zwölf Frauen auf C4-Stellen und eine Frau auf einer W3-Stelle. Das entsprach einer Frauenquote von 4,6 Prozent im Bereich der Leitungsfunktionen. Auf einer Hierarchiestufe darunter waren Frauen – als Abteilungsleiterinnen – schon häufiger anzutreffen: Dort lag ihr Anteil bei 11,6 Prozent. Die größte Steigerung beim weiblichen Personal fand auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen nach BAT 2a statt (bis 2004 auf 31,5 %) sowie bei den Doktorand:innen (40,3 %) und den Postdoktorand:innen (30,6 %). Knapp die Hälfte der studentischen Hilfskräfte in der MPG war ebenfalls weiblich. Insgesamt (inklusive des wissenschaftlichen Nachwuchses) belief sich 2004 der Frauenanteil im wissenschaftlichen Bereich auf knapp 32 Prozent.³⁰⁸

In Bezug auf Chancengleichheit ist in den vergangenen 25 Jahren in der Max-Planck-Gesellschaft einiges in Bewegung geraten. Zwar kann noch lange keine Rede von Parität an der Spitze sein, doch das Geschlechter-

303 Protokoll der 169. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 169.VP, fol. 5. Siehe dazu auch Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22.11.1996, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 15 verso–16. Bei den privaten Stiftungsmitteln handelte es sich unter anderem um Gelder aus der Gielen-Leyendecker-Stiftung, zu deren Förderschwerpunkten die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen gehört. Deutsches Stiftungszentrum, Gielen-Leyendecker-Stiftung, <https://www.deutsches-stiftungszentrum.de/stiftungen/gielen-leyendecker-stiftung>.

304 »Als Signal gegen die bestehende Unterrepräsentation von Frauen in Positionen der Besoldungsordnung C3 wurde im November 1996 in Ergänzung zu den bestehenden Fördermöglichkeiten ein auf drei Jahre befristetes Sonderprogramm geschaffen, das jährlich ca. drei hervorragend qualifizierten Wissenschaftlerinnen die Möglichkeit bietet, sich im Rahmen eines fünfjährigen C3-Vertrages für eine leitende Tätigkeit in Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu qualifizieren.« Rundschreiben Nr. 49/1998 der Generalsekretärin an die Institutsverwaltungen, Betriebsräte, Vertrauenspersonen für die weiblichen Beschäftigten. Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Max-Planck-Gesellschaft. Frauenförder-Rahmenplan, BC 207184, fol. 152.

305 European Commission Directorate-General for Research et al., »She Figures«, 2003.

306 Wissenschaftsrat, *Empfehlungen des Wissenschaftsrates*, 1988; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, *Förderung von Frauen*, 1989.

307 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, *Frauen in Führungspositionen*, 1998.

308 Siehe unten, Kap. IV.5.3.

verhältnis hat sich zahlenmäßig inzwischen zugunsten von Frauen verschoben. Maßnahmen wie etwa das W2-Minerva-Programm (seit 1997), das Mentoringprogramm Minerva-FemmeNet (seit 2001) sowie das Dual-Career-Netzwerk (seit 2010) haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich in dieser Hinsicht ein Kulturwandel in der MPG bemerkbar macht. Von grundlegender Bedeutung für dieses Umdenken ist auch die Rekrutierung anerkannter Wissenschaftlerinnen aus dem Ausland gewesen.³⁰⁹ Diese brachten neue Denkanstöße mit und konnten entscheidend dazu beitragen, traditionelle Vorstellungen hinsichtlich der Bedingungen ausgezeichneter Wissenschaft aus den Köpfen zu bekommen. Lange Zeit ist es bei der rigorosen Ablehnung einer Quotenregelung geblieben, allerdings verpflichtet sich die MPG seit Januar 2005 selbst dazu, die Anteile an Wissenschaftlerinnen auf den drei höchsten Karriereebenen kontinuierlich zu erhöhen.³¹⁰

5.7 Fazit

Ein Ereignis und ein Prozess prägten die MPG in ihrer Entwicklung von 1989/90 bis ins frühe 21. Jahrhundert: die deutsche Einheit und die Globalisierung. Was die Herstellung Ersterer betrifft, verdeutlicht das Beispiel der MPG, dass die Art der Wiedervereinigung – die faktisch einem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gleichkam – nicht allein das Ergebnis von Entscheidungen im politischen Raum war. Auch bundes-, das heißt hier: westdeutsche Organisationen – wie eben die MPG – scheuten Experimente mit offenem Ausgang und trachteten sehr erfolgreich danach, ihre eigenen Strukturen zu bewahren und auf den östlichen Landesteil auszudehnen. Wären alternative Wege besser gewesen, in diesem Fall etwa der Erhalt eines größeren Teils der AdW-Institute im Rahmen eines neu zu schaffenden Dachverbands oder deren Integration in die MPG? Der enorme technologische Rückstand, den die DDR gegenüber der Bundesrepublik aufwies, und – vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften – das hohe Maß an Politisierung der Wissenschaft in der SED-Diktatur sprechen nicht dafür, dass es von Vorteil gewesen wäre, Elemente des DDR-Wissenschaftssystems ins wiedervereinigte Deutschland zu transferieren. Unter den westdeutschen Akteuren fand sich denn auch kaum jemand, der zu einer grundlegenden Neugestaltung des bundesrepublikanischen Wissen-

schaftssystems bereit gewesen wäre. Die MPG machte in dieser Frage also keine Alleingänge, sondern befand sich im Mainstream. Dass sie in Ostdeutschland »Rosinenpickerei« betrieb, indem sie allenfalls diejenigen Abteilungen und Arbeitsgruppen aus AdW-Instituten weiterführte, die international als konkurrenzfähig galten, war aus ihrer Perspektive nicht nur legitim, sondern geboten; anderenfalls hätte sie ihren Ruf national und international aufs Spiel gesetzt.

Vielleicht hätte man sich in der MPG stärker darum bemühen sollen, mehr Wissenschaftler:innen, die in der DDR sozialisiert worden waren, in Spitzenpositionen zu bringen, das heißt, sie als Wissenschaftliche Mitglieder an die Institute in den neuen Ländern zu berufen, zumindest aber deutlich mehr als 70 der 1200 Ostwissenschaftler:innen zu übernehmen, um den Anschein der »Kolonisierung« zu vermeiden. Da sie dies nicht tat, bewältigte die MPG den »Aufbau Ost« mit Leitungspersonal, das weitgehend aus dem Westen stammte – allerdings nicht mehr nur aus Westdeutschland, sondern verstärkt aus Westeuropa und den USA. Zudem wurden in der vierten Entwicklungsphase erstmals vermehrt Frauen als Wissenschaftliche Mitglieder berufen. Beides, die zunehmende Internationalisierung des wissenschaftlichen Personals und die zunehmende Rekrutierung von Wissenschaftlerinnen in dieser traditionell so männlich geprägten Forschungsgesellschaft, machte die MPG – im Unterschied zur Wachstumsphase zwischen 1955 und 1972 – sozialgeschichtlich gesehen etwas vielfältiger und offener als zuvor. Ihre ehemals stärker ausgeprägte soziale Homogenität verringerte sich hinsichtlich Herkunft und Geschlecht ein wenig: In den 1990er-Jahren wurde das Gesicht der MPG internationaler und weiblicher. Das galt jedoch notabene nicht für die MPG-Spitze, an der – abgesehen von Generalsekretärin Barbara Bludau – deutsche Männer »in den besten Jahren« nach wie vor unter sich blieben.

Was den »Aufbau Ost« angeht, erreichte die MPG das Ziel, das die Politik ihr vorgegeben hatte: Rund zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer war sie in den neuen Bundesländern in etwa so stark vertreten wie in den alten. Die MPG trug auf diese Weise zur Verwirklichung der deutschen Einheit bei. Allerdings ging die Gründung von 18 neuen Instituten im Osten Deutschlands mit massiven Kürzungen im Westen einher, die in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre nicht nur die Schließung von einzelnen Abteilungen, sondern von ganzen Instituten erforderlich

309 Jede zweite Wissenschaftlerin der MPG kommt inzwischen aus dem Ausland. Siehe *Pakt für Forschung*, 2021, 66.

310 Die ersten beiden Selbstverpflichtungen galten vom 1. Januar 2005 bis 1. Januar 2010 sowie vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2016, die dritte vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2020. Die aktuelle gilt von 2020 bis 2030 mit einer geplanten Zwischenevaluation im Jahr 2025.

machten. In gleichem Maße, wie sich die Erweiterung nach Osten für die Bundesrepublik als eminente Herausforderung erwies, die zu erheblichen finanziellen und politischen Anstrengungen zwang, erbrachte die MPG de facto einen beträchtlichen Teil der Aufbauleistung in den neuen Ländern aus der eigenen Substanz. Dies ohne größere interne Verwerfungen bewerkstelligt zu haben stellt eine beachtliche Moderationsleistung der MPG-Spitze um die Präsidenten Hans F. Zacher und Hubert Markl dar, an der auch die Generalverwaltung ihren Anteil hatte.

Die Persönlichkeiten, die die MPG durch diese schwierige vierte Phase steuerten, wiesen ein anderes Profil auf als ihre Amtsvorgänger. Zacher war der erste Geisteswissenschaftler, der das Amt des MPG-Präsidenten innehatte, Markl der erste Präsident, der nicht zuvor Wissenschaftliches Mitglied der MPG geworden war, und Barbara Bludau die erste Frau, die zur Generalsekretärin der MPG bestellt wurde. Diese Besonderheiten, die alle drei streckenweise zu Außenseitern machten, brachten Vor- und Nachteile mit sich, wie sich insbesondere bei Hubert Markl zeigte. Als von außen Kommender brach er bisweilen mit Konventionen und Traditionen der MPG; damit ermöglichte er dringend nötige Schritte der Öffnung und Erneuerung, etwa den Beginn der Frauenförderung oder den Kurswechsel in puncto Kommerzialisierung. Besonders verdient machte sich Markl um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG; das Thema war bereits seit der Amtszeit von Staab aktuell gewesen, doch hatte sich die MPG-Spitze lange nicht dazu durchringen können, es gründlich in Angriff zu nehmen.

Indes kann nicht alles, was Markl anpackte, als Erfolgsgeschichte gelten. Keine Verbesserung brachte etwa die Reform der Generalverwaltung, die Generalsekretärin Bludau unter Markls Ägide mit Unterstützung der Unternehmensberatung Boston Consulting ins Werk setzte: Die Umstrukturierung der Institutsbetreuung, die zuvor in den Händen von vier einflussreichen Abteilungsleitern gelegen hatte, machte Kommunikation und Interaktion zwischen den Instituten und der Generalverwaltung eher schwerfälliger. Dazu trug auch bei, dass nun vermehrt Wissenschaftler:innen berufen wurden, die keinen deutschen Pass besaßen und mit den bürokratischen Gepflogenheiten in der Bundesrepublik kaum vertraut waren.

Als Folge von Globalisierung und Europäisierung sah sich die MPG einem weltweiten Wettbewerb unter den führenden Wissenschaftsorganisationen »um die besten Köpfe« ausgesetzt – ein Wettbewerb, bei dem man sich durch die Bindung an die Besoldungsregeln des öffentlichen Dienstes gegenüber der Konkurrenz aus Großbritannien, der Schweiz oder den USA im Nachteil wähnte. Um dennoch weiterhin internationale Wissenschaftsstars

gewinnen zu können, legte die MPG einen aus privaten Mitteln gespeisten »Exzellenzsicherungsfonds« auf, aus dem sie umfangreiche zusätzliche Leistungen bestritt. Gleichzeitig stieg die Bedeutung der EU als Geldgeber, vor allem bei den Drittmitteln, stark an. Um eigene Interessen durchzusetzen und einen stärkeren Einfluss der EU-Kommission auf die Forschungspolitik zu verhindern, betrieb die MPG in Brüssel intensive Lobbyarbeit und versuchte gleichzeitig, strategische Allianzen mit anderen europäischen Forschungsorganisationen zu schmieden – Ersteres mit mehr, Letzteres mit weniger Erfolg. Parallel dazu baute die MPG durch die Einrichtung von Partnergruppen im Ausland und von International Max Planck Research Schools ihre Forschungsinfrastruktur international aus, womit sie ihren Anspruch unterstrich, als Wissenschaftsakteurin ein Global Player zu sein.

Bei der Bewältigung der Herausforderungen der vierten Phase zeigte sich ein weiteres Mal, wie vorausschauend die MPG-Spitze in den langen 1960er-Jahren bei der Reform der inneren Strukturen agiert hatte. Evaluationen, die in den 1990er-Jahren als neues Steuerungselement in der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik Einzug hielten und einige Forschungsorganisationen vor beträchtliche Probleme stellten, gehörten in der MPG seit 1972 zum Alltagsgeschäft. Die längst bestehenden Institutsbeiräte und ihre Arbeitsweisen mussten nur geringfügig verändert werden, um den neuen Anforderungen zu entsprechen. Zwar ließ sich die Befristung der Leitungsfunktionen, die ebenfalls 1972 eingeführt worden war, aufgrund des Widerstands der Wissenschaftlichen Mitglieder nicht als Instrument der Forschungsplanung nutzen, doch hatte die MPG in der Ära Lüst bereits viel Erfahrung mit der Schließung von Abteilungen und Instituten gemacht, die ihr nun zugutekamen, um dem Sparzwang, den ihr die Politik im Westen auferlegte, nachzukommen. Zur Erleichterung der Schließung bestehender Einrichtungen beschlossen die Leitungsgremien zum einen eine gewisse Aufweichung der Berufungszusagen, die zuvor Eingriffe in den Besitzstand eines Instituts bzw. einer Abteilung vor Emeritierung des Direktors verhindert hatten; zum anderen wurde die Festanstellung von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen bedeutend erschwert – sie wurden nun in der Regel über Zeitverträge an die MPG gebunden, damit eine Abteilung nach der Emeritierung ihres Direktors sozusagen besenrein übergeben und gegebenenfalls geschlossen werden konnte. So waren die Lasten des Flexibilisierungskurses, mit dem die MPG auf die Sparvorgaben aus der Politik reagierte, ungleich verteilt: Während die Wissenschaftlichen Mitglieder nach wie vor sehr gut abgesichert waren, sahen sich ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in ökonomisch ohnehin schwierigen Zeiten großen Unsicherheiten ausgesetzt.

Aufs Ganze gesehen war die MPG mit diesem Kurs erfolgreich. Zwar konnte sie sich dem enormen Druck der Regierungen von Bund und Ländern nicht völlig entziehen; gerade was die Zahl und die Standorte der neuen Institute im Osten betrifft, musste die MPG nachgeben. Trotzdem gelang es der MPG, ihre Unabhängigkeit in der Forschungspolitik weitgehend zu bewahren. In welche Forschungsfelder sie einsteigen und welche der bestehenden Forschungsschwerpunkte sie dafür aufgeben wollte, blieb allein der Entscheidung ihrer Leitungsgremien überlassen. Dort gaben Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft den Ton an, während die Regierungen aus Bund und Ländern nach wie vor unterrepräsentiert waren, obwohl sie den Löwenanteil zum Haushalt der MPG beisteuerten. Somit gelang es der MPG, das, was sie als die grundgesetzlich garantierte »Freiheit der Wissenschaft« interpretierte, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg konsequent zu verteidigen. Angesichts des Steuerungsanspruchs, den der Bund ab ungefähr Mitte der 1950er-Jahre mit stetig steigender Intensität erhob, und der Rivalität der Länder, die zu Zwecken der regionalen Strukturpolitik, aber auch aus Prestige Gründen untereinander um die begehrten Max-Planck-Institute

konkurrierten, war dies alles andere als selbstverständlich.

Für ihre erheblichen Anstrengungen beim »Aufbau Ost« zahlte die MPG allerdings einen hohen Preis. Die Gründung von 18 neuen Max-Planck-Instituten in den fünf neuen Bundesländern bedeutete eine Erweiterung um fast ein Drittel – in nicht einmal zehn Jahren! Dies bewirkte eine strategische Überdehnung der MPG als Gesamtorganisation, der keine Zeit blieb, den rapiden Zuwachs gleichsam zu verdauen. An mahnenden Stimmen, die auf die Risiken eines ungebremsten Wachstums verwiesen, hatte es nicht gefehlt. Reimar Lüst und andere vertraten den Standpunkt, »daß die geplante Ausdehnung der Max-Planck-Gesellschaft auch intellektuell verkraftet werden müsse«.³¹¹ Dies gelang jedoch zunächst nicht oder nur eingeschränkt. Der Versuch, die enorme Vergrößerung mit einer eilig konzipierten und noch schneller umgesetzten Reform der Institutsbetreuung zu bewältigen, reichte nicht aus. Das führte in der Folge zu vermehrten Konflikten zwischen der Zentrale und ihren Instituten und erschwerte die Kooperation zwischen den Instituten – auch und gerade über die Sektionsgrenzen hinweg – zumindest für einige Jahre.

311 Protokoll der 137. Sitzung des Senates vom 9.6.1994, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 137.SP, fol. 10 recto.

